Osteuropa-Institut in Breslau

Oberschlesien

und

der Genfer Schiedsspruch

XII-1925-069

Sack / Berlin W 35 u. Breslau I.



neurs
Gebiete

r. 3861

XII- 1925- Obg



Liter. 4478
BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

BIBLIOTEKA KATEDRY PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO

Osteuropa-Institut in Breslau

Amt des Generalgouverneurs
für die besetzten polnischen Gebiete
Bücherei

Oberschlesien

und

der Genfer Schiedsspruch

Inw.s
Dział X-1
w: l.

Herausgegeben
unter Mitwirkung von
Berghauptmann Dr. Schmeisser, Wirkl. Geheimrat Professor Dr. Göppert, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Volz, Oberbibliothekar Kaisig, Staatsarchivrat Dr. Bellée, Dr. Stratil-Sauer
und anderen namhaften Mitarbeitern.

Wydz. Bibl. Prawnicza
1806148511

HERMANN SACK VERLAG BERLIN W35

1925

Amt des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete

Bücherverzeichnis Nr. 3867
Buchzeichen:
Standplatz: Abt.

Hermann Sack / Berlin W 35 u. Breslau I

Inhaltsübersicht.

Seite

Ein Nachruf als Vorwort 5

I. Oberschlesien. Land, Geschichte und Leute:
1. Die geographische Lage 9
2. Bild und Wesen der Landschaft 11
3. Die natürlichen Landschaften 18
4. Die kulturgeographische Entwicklung 30
5. Die geographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage 36

II. Oberschlesiens Blüte vor Einzug der Interalliierten Kommission:
1. Die wirtschaftliche Blüte 53
2. Die kulturelle Blüte 78

III. Oberschlesiens Niedergang während der Regierung der Interalliierten Kommission 84

IV. Die Abstimmung und die Zeit bis zur Räumung durch die Interalliierte Kommission 119

V. Die Pariser Tagung des Hohen Rates 157

VI. Die Genfer Tagung 166

VII. Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 und seine Grundlagen:
1. Die Genfer Entscheidung 171
2. Das Calonder-Abkommen 179

VIII. Die Zerreißung Oberschlesiens:
1. Die Feststellung der neuen Grenze 198
2. Die geographischen Folgen 206
3. Die wirtschaftlichen Folgen 210
4. Die kulturellen Folgen 217

IX. Zusammenfassende Schlußbetrachtung 221

X. Bibliographie 230

Ein Nachruf als Vorwort.

Am 2. April 1924 verschied in Berlin-Dahlem an einem Gehirnschlag Berghauptmann a. D., Wirklicher Geheimer Oberbergrat, Dr. ing. e. h. u. Dr. phil. h. c. Karl *Schmeißer,* der Vorsitzende des Verwaltungsrats des Osteuropa-Instituts in Breslau. Wenn das Osteuropa-Institut diesem arbeitsreichen Leben einige Worte des Gedenkens widmet, so erfüllt es damit eine allgemeine und eine besondere Pflicht. Allgemein, weil Berghauptmann *Schmeißer* mit seiner ganzen Persönlichkeit und seinem Einfluß für das Gedeihen des Instituts eingetreten ist. Besonders, weil dieses Werk seiner Initiative und seinem rastlosen Eifer die Entstehung verdankt.

Schmeißer wurde am 16. Oktober 1855 in Siegen geboren. Seiner Tätigkeit als Bergmann, Verwaltungsbeamter, Sachverständiger in Fragen des Goldbergbaues und der Goldwährung (1893—96), Direktor der preußischen geologischen Landesanstalt (1900—1906) und oberster Bergbeamter Schlesiens (1906—1922) brauchen wir hier nicht näher zu gedenken; das ist schon an anderer Stelle erfolgt („Glückauf", Bd. 60, Nr. 22; „Zeitschr. f. Berg-, Hütten- u. Salinenwesen", Bd. 72, Nr. 1). Unserer Erinnerung steht das besonders nahe, was *Schmeißer* für das Osteuropa-Institut als Mitbegründer und Mitleiter gewesen ist. Seine vielseitige Tätigkeit als leitender Beamter und seine ausgedehnten Reisen hatten bei ihm den Blick für allgemeine weltwirtschaftliche Fragen entwickelt, so daß er der intensiven Erforschung von Nachbarländern und Kolonien schon seit langem eine besondere Aufmerksamkeit zuwandte. So trat er denn mit Herz und Seele dem 1918 gegründeten Osteuropa-Institut in Breslau bei, in voller Erkenntnis der Wichtigkeit, welche die Ostländer für die Zukunft Deutschlands besitzen. Unermüdlich und mit voller Energie setzte er seinen Einfluß dafür ein, dem Institut äußerlich und innerlich Fortbestehen und Entwicklung zu sichern. Er verstand es, die vorliegenden Aufgaben klar zu umzeichnen und ihrer Erfüllung näherzubringen, tüchtige Mitarbeiter heranzuziehen, die Organisation zweckmäßig zu gestalten und durch unermüdliche Werbearbeit größere Kreise für die Ziele des Instituts zu interessieren. Insbesondere die Entwicklung der Abteilung für Berg- und Hüttenwesen lag ihm natürlich am Herzen und hier geht eine Reihe wertvoller Arbeiten auf seine Initiative zurück.

In der Zeit der Kämpfe um Oberschlesien hat *Schmeißer* als Deutscher und besonders als Leiter des schlesischen Bergbezirks an der Verteidigung der gerechten deutschen Ansprüche den lebhaftesten Anteil genommen. Auf seine Veranlassung entstanden damals die beiden ersten Denkschriften

des Osteuropa-Instituts über die oberschlesische Frage*, welche die Bedeutung Oberschlesiens für die gesamteuropäische Wirtschaft beleuchten sollten. Wenn auch diesen Denkschriften aus klar zutage liegenden Gründen ein Erfolg versagt blieb, so haben sie doch wohl dazu beigetragen, auch weitere Kreise des Auslandes (die Denkschriften wurden ins Englische, Französische, Italienische und Spanische übersetzt) über das am Ostrande Deutschlands begangene Unrecht aufzuklären. Als dann durch den Genfer Spruch die oberschlesische Frage zu einer „osteuropäischen" geworden war, lag es nahe, den ganzen Werdegang dieses wirtschaftlich, geographisch, völkisch und historisch so überaus wichtigen Prozesses noch einmal zusammenfassend darzustellen. Auch hier hat sich *Schmeißer*, auch nach seinem im Oktober 1922 erfolgten Eintritt in den Ruhestand, für die Herausgabe eines derartigen „Handbuches der oberschlesischen Frage" sehr lebhaft eingesetzt. Mit den folgenden Worten wollte er diese Herausgabe begründen und einleiten:

„Bitteres Unrecht erwuchs Deutschland durch feindlichen Machtspruch!

Nach 700jähriger Zugehörigkeit wurde in Oberschlesien ein blühender, durch deutschen Fleiß und deutsche Betriebsamkeit entwickelter Landesteil vom Vaterland gelöst.

Seine Geographie, seine Geschichte, Wachstum, Blüte, industriell-wirtschaftliche Betriebsamkeit, Volkstum, Handel und Wandel soll dieses Handbuch schildern, allen denen als Rüstzeug, die in Treuen an dem Gedanken festhalten und wirken, daß das in die Fremde geführte Kind dereinst zur Mutter zurückkehrt.

Die Satzung verbietet dem Osteuropa-Institut politische Parteibestrebung. Politischer Betätigung in den Ländern Osteuropas bleiben wir fern! Aber bei Oberschlesien handelt es sich um Wahrung heiligen Bodens unseres Heimatlandes, da ist unsere Parteinahme Pflicht, da ist unser Wort Gebet!"

Die Vorarbeiten, die Wahl der Mitarbeiter und die Festlegung des Gesamtplans geht im wesentlichen auf seine nie rastende Tätigkeit zurück. Leider hat er die Herausgabe des Werkes, für das er so viel warmes Interesse zeigte, nicht mehr erleben dürfen, aber es ist uns eine schmerzliche Genugtuung, seinem Wirken in diesem Vorwort wenigstens ein Denkmal zu setzen!

Das Werk, von Sachkennern und Augenzeugen verfaßt, soll auch dem Fernstehenden einen tieferen Einblick in das Problem „Oberschlesien" vermitteln. Sogar in den entferntesten Teilen Deutschlands begegnet man noch zum Teil einer erstaunlichen Unkenntnis darüber, um was es sich

---

* Beiträge zur oberschlesischen Frage. I. Oberschlesien und die Umgestaltung der europäischen Schwerindustrie durch den Versailler Vertrag. II. Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Kreise Pless und Rybnik zur oberschlesischen Montanindustrie. Vorträge und Aufsätze des Osteuropa-Instituts. III. Abteilung, Heft 2. Leipzig und Berlin bei B. G. Teubner.

hier an der Ostgrenze Deutschlands handelt. Hier galt es, eine Lücke der Literatur in möglichst verständlicher und allgemein faßlicher Form auszufüllen. Daher legten wir auch Wert darauf, verschiedenste Klassen der Bevölkerung — den Staatsmann, den Wirtschaftler, den Wissenschaftler, den Bürger als Augenzeugen der Ereignisse — zu Worte kommen zu lassen. Wenn auch das Werk dadurch an Einheitlichkeit verlor, so gewann es doch an Frische und Unmittelbarkeit der übermittelten Eindrücke. Geschichte zu geben, sind wir Zeitgenossen heute kaum imstande; dazu lastet die Gegenwart noch zu schwer auf uns. Aber wir brauchen vor ihrem endgültigen Richterspruch nicht bange zu sein und dürfen auch heute schon die Akten sammeln. In diesem Sinne kommt unser Werk auch nicht zu spät; es soll ja gerade verhindern, daß die Sorge und das Leid um Oberschlesien vor anderen drückenden Sorgen der Gegenwart verblassen. Es kann und soll nichts anderes sein, als *eine* Fassung eines Aktes der großen Tragödie der deutschen Not!

I. Oberschlesien: Land, Geschichte und Leute.

Von *Dr. Stratil-Sauer,* Leipzig.

1. Die geographische Lage.

Oberschlesien ist die südöstliche Eckfeste Deutschlands. Die eigentümliche geographische Lage, die W. Volz* ganz richtig als das Schicksal des Landes bezeichnet, erfüllt mit allen ihren Vorzügen und Nachteilen diesen Posten.

Schlesien liegt in der großen Ebenheit, welche von Rußland über Polen, Deutschland, Frankreich bis zum Atlantischen Ozean sich hinzieht, und zwar mitten in einer Bucht, welche durch das stumpfwinkelige Aufeinandertreffen von Karpathen und Sudeten gebildet wird. Die große Ebene wird gerade in Schlesien durch die Sudeten wie in einem Trichter zusammengefaßt und um die Hälfte verjüngt. Beträgt doch die Luftlinie Danzig—Ratibor 500 km und die Entfernung Stettin—Bautzen 250 km. Alle Wellen eines menschlichen Regens werden daher, wenn sie aus Osten kommen, auf schlesischem Boden sich doppelt verdichten, da sie an dem Gebirgswalle der Sudeten und Karpathen ihre natürliche Schranke finden. Andererseits wieder muß unser Land für Gaben, welche der Westen gibt, die Vermittler- und Verteilerrolle übernehmen.

Diese große, breite Zugstraße der nordeuropäischen Tiefebene wird aber vor ihrem Eintritt ins Posensche gegabelt. Denn hier setzt gen Osten zu die große Bruch- und Sumpfzone an, die erst in den Rokitno- und Pripetsümpfen knapp vor den altrussischen Toren ihr Ende findet. An dieser verkehrsfeindlichen Insel staut sich die Entwicklung und leitet ihr Leben in den ostpreußischen und schlesischen Arm. Das *deutsche Sprachgebiet* ist von diesen natürlichen Gegebenheiten *vollkommen abhängig.* Die deutschen Fangarme in Nord und Süd und die Bruchfeste polnischen Sprachgebietes, zwei knappe Schnellzugsstunden vor der Hauptstadt des Reiches, sind die resultierenden Wirkungen aus den natürlichen Ursachen.

In diesen südlichen Arm der breiten nordeuropäischen Straße hat aber ein besonderes Ereignis einen besonderen Fußweg gelegt, welcher gerade wieder durch Schlesien führt: die *Lößzone* Europas. Diese 50 und mehr Kilometer breite Zone, die ihrerseits wieder durch den Eisrand des Diluviums bedingt ist, erstreckt sich vom Atlantischen Ozean her hart am

---

* Oberschlesien und die oberschlesische Frage. Z. d. Ges. f. Erdkunde, Berlin 1922.

Gebirgsrande Mitteldeutschlands durch Schlesien, streicht längs des Karpathenfußes weiter und verliert sich in den Getreideböden der Ukraine und des südlichen Rußlands. Dieser Streifen Lößerde bedingt eine ganz andere Vegetation als die anderen Böden des gemäßigt feuchten Klimas. Während es sonst in der großen Ebenheit Nordeuropas kaum Stellen gibt, die, längere Zeit sich selbst überlassen, sich nicht mit einem dichten Walde, ja Urwalde beziehen, so ist dieser breite Streifen Lößerde ein *Feind des Baumwuchses.* Denn dieser Boden ist wasserdurchlässig und läßt den Niederschlag in derartige Tiefen versickern, wo ihn selbst die Pfahlwurzel der Kiefer nicht mehr herausheben kann. Damit aber ist inmitten des alten Urwaldes eine *Steppenzone* geschaffen, die sich nur schütter mit Büschen bedecken konnte. Dieser Streifen Lößerde wurde vom Urmenschen, der mit seiner Steinaxt dem Walde noch nicht zuleibe rücken konnte, aufgesucht und zeichnete gleich von Urbeginn dem Verkehr die Bahnen vor. Dieser Lößweg ist eine der *ältesten und meistbegangenen Straßen* der ganzen Erde; denn er trug den ersten Menschen, ja mehr noch, erzog erst das werdende Gehirntier zu einem denkenden Individuum, das, befreit von dem Dämmer des Urwaldes, im freien Lichte der Buschsteppe aufatmen konnte. Er vermittelte die ersten Kulturen und zerstörte sie wieder, denn auf ihm bewegten sich die Völkerwellen der Stein- und Bronzezeit, auf ihm flutete der Ost-Weststrom der Völkerwanderung und hier wirbelten die Mongolenpferde den Lößstaub auf. Hier fand der erste Handel sein freies Feld und konte im grauen Mittelalter bereits Emporien als Zeugen des guten Geschäftsganges in Kiew, Odessa, Krakau und Breslau gründen, ja selbst unsere siegreichen Heere von 1915 brachen in der Lößsteppe los, um hier im freien Gelände bis zum Fangstoß durchgreifen zu können.

Wir sehen also Schlesien, und mit ihm Oberschlesien, durch diese Lößzone, die mitten durch unser Land führt, besonders begünstigt, ja durch den Umstand der allgemeinen zonaren Verengung, denn diese gilt auch für die Lößsteppe selbst, *ganz hervorragend ausgezeichnet.*

Somit hätten wir die Ordinate für die Eckpfeilerstellung erkannt: Schlesien als bevorzugte Station in der großen Ost-Weststraße Europas. Jedoch durch eine weitere Gunst seiner Lage wird es zu einem *Hauptknotenpunkt.* Denn gerade hier schneidet eine der wichtigsten natürlichen NS-Straßen den Lößweg Mitteleuropas: der Gesenkeweg, die Mährische Pforte oder die *Bernsteinstraße* der Römer. Schon der Mensch der Steinzeit wählte diesen mühelosen Uebergang gerne, wenn ihn ein Handelsaustausch von den Lößstätten von Předmost nach Schlesien führte. Und als gar bei den Festspielen in den Amphitheatern Spätroms die blonde Farbe Germaniens in Haar und Gemma modern wurde, da zog neben tüchtigen Kaufleuten manch' Abenteurer durch den einzig gangbaren Pfad zwischen den Urwäldern beider Gebirge hindurch bis an die samländische Küste, um Bernstein zu gewinnen oder solchen in Schlesien billig einzuhandeln. Erst in späterer Zeit kamen weitere Uebergänge in Frage, erst dann, als eiserne Axt und deutscher Fleiß den Wald gelichtet hatten, verteilte sich der ganze

Verkehr auf die restlichen *10 Uebergänge* über Altvater und Gesenke. (Ramsauer Sattel 759 m, Roter Bergpaß 1011 m, Annakapelle zwischen Würbenthal und Engelsberg 838 m, Römerstadt 650 m, Zechitz 697 m, Lobnig 629 m, Ecce homo zwischen Hof und Bärn 633 m, Waltersdorf zwischen Waltersdorf und Habicht 651 m, Rudelzau 628 m, Lindenau 608 m.)

Einem Delta gleich ergießen sich die Verkehrswege, von Süden durch das Marchtal kommend, über das paßreiche Gesenke und den Hauptarm der Mährischen Pforte nach Oberschlesien. Die Mährische Pforte selbst ist mit ihren etlichen 300 Metern der niedrigste Punkt der mitteleuropäischen Hauptwasserscheide, liegt auf einer Bodenschwelle, die man fast übersehen kann (15 m bzw. 47 m im S), und es ist daher kein Wunder, wenn sie in der Entwicklungsgeschichte eine hervorragende Rolle gespielt hat und noch spielen wird. Doch nicht nur der Paßreichtum der Ostsudeten begünstigt die Verkehrslage unseres Landes, sondern auch die Paßarmut der *Karpathen.* Hunderte Kilometer lang muß sich der Verkehr an den geschlossenen Graten des jungen Gebirges stauen, bis er endlich im *Jablunkapaß* einen 551 m hohen Durchlaß findet, einen Durchlaß, der just vor die Tore Oberschlesiens führt.

Ueberblicken wir nun unsere letzten Ausführungen, so finden wir den *Schnittpunkt* von Abszisse und Ordinate in Oberschlesien selbst und wir können nicht besser als mit den Worten von *W. Volz* unsere Betrachtungen zusammenfassen: „So wird von der Natur der menschliche Verkehr förmlich durch Oberschlesien gedrängt, und Schlesien ist ein von Natur prädestiniertes Verkehrszentrum.“ (Oberschl. usw. S. 1.)

2. Bild und Wesen der Landschaft.

Der Wert Oberschlesiens liegt in dem Tiefengold seiner inneren Schätze, das Interesse in den wirtschaftlichen, politschen und nationalen Fragen. Das Antlitz der Landschaft selbst ist von Natur aus von einer großen Eintönigkeit, es ist für Verwöhnte gewöhnlich und unbedeutend, ja es würde langweilig sein, wenn es eben nicht Oberschlesien wäre, wo die zitternden Millionen Pferdekräfte alles kennen, nur keine Langweile. Führt uns der Zug von Oels aus ins Oberschlesische, an dem ewigen Einerlei von Feldern vorbei, und wenn sie auch noch so fruchtbar sind, hie und da von Busch und Waldflecken unterbrochen, so greift man lieber zur Lektüre. Denn selbst die kleinen Städtchen können nicht viel sagen Das hohe Rathaus, die Lauben, die engen Winkelstraßen der Altstadt, sie künden wohl, daß die Städte schon ihre Geschichte gehabt haben und auch ihre Geschichte erzählen können. Doch schon setzt der nichtssagende Baustil der Moderne und der Industrie von heute ein, Mietskasernen, Fabriken, engbrüstige Häuser, Straßen, die, breit angelegt, vornehm aussehen wollen und doch eine kümmerliche Armseligkeit zur Schau tragen. Besonders um den Bahnhof herum reicht ein Individuum gleichen Charakters dem anderen die Hand.

Tiefer im Oberschlesischen, hinter Rosenberg, umfängt uns der Wald fast ganz. Hier wieder treten wir gerne an das Fenster und lassen den Reiz der Heide auf uns einwirken. Im Walde verstreut verträumte Teiche, das Auge nur zur Hälfte offen. Im Rohre spielt der Wind. Im gleichen Takte nickt uns das Schilf zu wie ein alter Bekannter und unsere Gedanken fliegen über die Heide, gen Osten nach Rußland, wo wir mitten in der Hetzjagd eines Vormarsches im Zauberbanne des tiefen Ausdruckes der gleichen Waldaugen unser Herz in einer unvergeßlichen Stunde wiederfanden. Rußland, o Rußland, so geht es uns durch den Kopf, ja wirklich, das ist ja gar nicht mehr weit! Oft zum Greifen nahe steht die Postenkette der Grenzsteine. Doch nein, fährt unser Zug in Lublinitz ein, so sind wir wieder in dem uns bekannten Typus schlesischer Kleinstädte. Nochmals durchstößt unser Schienenweg einen breiten Forstgürtel. Doch dieser Wald läßt die Unrast eines heiß pochenden Lebens bereits vorahnen. Er steht da wie eine marschbereite Armee, in Reih und Glied geordnet. Wie Wunder und Zeichen flammt es geheimnisvoll über den dunklen Schatten der schweigenden Kronen auf, zu den Sternen zuckt ein glühendes Rot, der Feueratem eines Hochofens. Und da hat es uns auch schon selbst umfangen: „Schlote, Hochöfen, mächtige Industriebauten rechts und links in stets wachsender Zahl. Fördertürme und Zechen. Gewaltig erweitern sich die Bahnanlagen; Tausende von Güterwagen jeglicher Art, allenthalben von qualmenden Lokomotiven verschoben und rangiert; und bald können wir die Zusammenhänge nicht mehr unterscheiden; Schienenstränge, wohin wir schauen, und rollendes Material darauf, hin und her. Wie ein ungeheures Spinnennetz will es uns scheinen, das die Nähe und Ferne überspinnt: ein unübersehbares Verkehrsnetz. Ein buntes Bild das Ganze; Kleinbahn, Feldbahn und Elektrische surren und dröhnen allenthalben und suchen Anschluß an das große Netz. Welche Unsumme bewegter Güter! Und seitwärts und dazwischen, und wohin wir schauen, Schlote und Industriewerke verschiedenster Art, Häuserblöcke und ganze Städte, die Zehntausenden von Menschen Unterkunft bieten.“ (Aus *W. Volz:* Oberschlesiens Landschaft.)

Hier sind wir in dem grandiosen Hirnapparat von Oberschlesien. Hier wird gedacht und geschafft, hier werden Pläne geschmiedet und Befehle gegeben. . . Und das ganze andere Land ringsherum, der Wald, die Heide, die Flur, sie lauschen und gehorchen. Sie bringen Brot, sie führen Holz heran, Fleisch, ja selbst die eigenen Kinder werden von der Brust der Heimatscholle losgerissen und dem sausenden Getriebe der Maschinen zugeführt.

Das ist Oberschlesien! In beängstigender Geschwindigkeit führt uns der Zug durch das qualmende und feuerspeiende Labyrinth. Wo ist nun der Anfang? Wo ist das Ende? Wir haben dafür jeden Begriff verloren. Wir fühlen nur, wie ein Komplex dem anderen fest die Hand reicht, wie der Ton der einen Maschine auf den der anderen gestimmt ist, wie die hohen Schlote, die den Rauch zum Himmel blasen, miteinander durch feste Harmonien verbunden sind, wie der Verkehr im fiebernden Prestissimo die

ganze Symphonie dem Grundthema zutreibt: Deutscher Fleiß und deutsche Arbeit!

Wie grüßt dann unser Auge die breiten, ruhigen Formen des Gesenkes, wohin wir uns geflüchtet haben. Wohl sind die Berge noch recht bescheiden, und erst weit hinten, zwar im gut deutschen Sprachgebiet, aber doch hinter der Grenze, blauen die breiten und langgestreckten Kämme des Altvaters. Jedoch kann uns der Reiz einer Wanderung zwischen Ziegenhals, Neustadt und Leobschütz auf das angenehmste überaschen. Hügelauf und hügelab geht es bald im frischen Wald, einem geschwätzigen Bächlein entlang, bald wieder längs wogender Aehrenfelder, der satten Frucht eines fruchtbaren Bodens. Heiter ist die Landschaft in ihrem mäßig bewegten Rhythmus und ändert die Züge immer gerade dann, wenn sie glaubt, langweilig geworden zu sein, diese Landschaft, im Bewußtsein ihrer Mittelmäßigkeit, die aber doch immerhin gerne und aus vollem Herzen gibt, was sie von ihren bescheidenen Reizen geben kann.

Doch die kleineren Erhebungen an der Landesgrenze (Bischofskoppe 890 m, Glatze 785 m, Lange Berg 447 m, Stahler-Berg 350 m und endlich Roßkopf 545 m mit Fechenberg 525 m schon bei Leobschütz) sind eine Ausnahme. Denn der Hauptwesenszug von Oberschlesien ist eine *große Ebenheit mit kleineren Formen,* die von den Rändern der Ostsudeten abläuft, über der Odertalung wieder sanft ansteigt und sich in einer durchschnittlichen Höhe von 200—300 m bewegt. Wie am Rande der Sudeten, ist auch im Gebiete von Rybnik und Pleß ein bewegteres Relief zu finden. Nur aus der Mitte des Gebietes hebt sich von Krappitz bis Tost ein 80 km langer und bis 20 km breiter Muschelkalkrücken heraus, der Chelm, der in dem 385 m hohen Basaltkegel des Annaberges seine höchste Spitze erreicht. Die sich nach Norden immer mehr weitende Odertalung zerlegt ganz Oberschlesien in *zwei Teile:* das Gebiet von *Leobschütz und Neustadt* im W und die *oberschlesische Platte* im O.

Die Züge der oberschlesischen Landschaft können wir nur dann verstehen, wenn wir mit offenem Auge im Buche der Erdgeschichte zurückblättern. Die Meeresablagerungen des frühen geologischen Altertums sind für das Relief der Erdoberfläche kaum von Bedeutung, wenn wir von dem schmalen Streifen Gebirge absehen, den die Landesgrenze bei Ziegenhals noch umschließt. (Devonischer Quarzitschiefer.) Erst im Polnischen bei Olkusz in der Gegend von Krakau treten wieder Schichten devonischen Alters zutage, gleichsam ein großer Trog, in welchem dann die Kulmformation mit ihrer Grauwacke, mit Schiefern und Konglomeraten, und endlich die Steinkohlenformation gelagert sind. Dieses *oberschlesische Steinkohlenbecken* erstreckt sich von Mähr.-Ostrau über Bielitz-Biala bis ins Krakauische, zieht sich wieder bis Tarnowitz hoch, um dann wieder bei Hultschin das Vorland des Gesenkes zu erreichen. Geologisch haben wir es mit *zwei Mulden* zu tun, der großen Rybniker und der kleineren Beuthner Mulde, welche miteinander durch die *Sattelflözgruppe* verbunden sind. Im W wird das ganze Gebiet durch die *„Orlauer Störung"* begrenzt. Das oberschlesische Steinkohlenbecken erfüllt demnach ein Gebiet von

5757 qkm (Oberschlesien 12 941 qkm, Oldenburg 6340!). Der Gebietsanteil der einzelnen Staaten teilte sich:

Preußen 48,6 % = 2800 qkm,
Oesterreich 43,5 % = 2517 qkm,
Rußland 7,9 % = 440 qkm.

Nach der sogenannten Teilung des Abstimmungsbezirkes verschoben sich die Anteilzahlen nachstehend:

Preußen 33 %,
Polen 52 %,
Tschechien 15 %.

Schon die Ausdehnung und der Kohlenvorrat zeichnet Oberschlesien besonders aus. Durch Mächtigkeit und Zahl der Schichten wird gar unser Land von kaum einem anderen Kohlenbezirke der Erde übertroffen. So sind im W den Schichten des Oberkarbons 477 Kohlenbänke mit zusammen 272 m Kohle eingelagert. Das tiefste Bohrloch der Welt bei Czuchow (NO Rybnik) ist 2300 m tief in das Steinkohlengebirge hineingetrieben worden, hat 162 Steinkohlenflöze durchstoßen, erteufte aber noch immer nicht den Boden der unermeßlichen Steinkohlenschüssel, der erst bei 2700 m zu finden sein dürfte. Die Sattelflöze bei Beuthen erreichen eine sonst nie bekannte Mächtigkeit von nahezu 20 m, ein allzureicher Segen, der technisch nur den Abbau erschwert.

Die Kohlen selbst bildeten sich am Fuße des Varistischen Gebirges, der „Karbonischen Alpen", wie der damalige Hochgebirgszug Europas bezeichnet wird. Die firnbedeckten Grate stauten die regenbringenden Wolken, spendeten so der üppig wuchernden Vegetation das notwendige Naß, führten aber auch reißende Sturzbäche zu Tale, die den Gebirgsfuß zerrissen und im Urwald der Steinkohlenflora eine wildromantische Landschaft schufen. Heute ist das Gebirge abgetragen, kümmerliche Reste nur zeugen von der Majestät einer vergangenen Alpenwelt, und die erste „schlesische Schweiz" in ihrer ganzen Romantik erstarb zu ihren Füßen unter dem Schutte der späteren Meeresablagerungen. Das war die *höchste* Gunst, welche das Schicksal dem Lande gewährte. Denn nur durch eine derartige Mumifizierung wurden die Steinkohlenflöze vor einer weiteren Abtragung geschützt, bis nach abermillionen Jahren Hammer und Kompaß die Schleier lüfteten und aus den geologischen Zeichen den Jugendtod dieser lebendigen Landschaft enträtselten.

Das Kohlengebirge bedecken spärliche Permablagerungen, die aber für unsere Betrachtung keinerlei weitere Bedeutung gewinnen können. Erst wieder die Trias, und hier vor allem der *Muschelkalk,* ist für das Land von grundlegender Bedeutung. Morphologisch wichtig ist die aus Muschelkalk gebildete Bodenschwelle, der eingangs schon erwähnte Chelm, der im W durch den Oppelner Bruch scharf begrenzt wird. Wirtschaftlich von eminentester Wichtigkeit ist im Muschelkalk das Vorkommen von *Zink-, Blei- und Eisenerzen,* die in den Mulden von Beuthen und Trockenberg abgebaut werden. Kohle und Erze sind die Wirtschafts-

grundlagen der Schwerindustrie von heute, Kohle und Erze sind die Säulen des Industriekolosses von Oberschlesien. Diese Schicksalsgunst verdankt Oberschlesien abermals einem Gebirge, den Karpathen, welche zur mittleren Tertiärzeit dem südlichen Meere entstiegen. Der Druck der Gebirgsfaltung teilte sich besonders den Schichten des Karbons mit, welche unter diesem Einfluß zerbrachen und in einzelne Schollen zerlegt wurden. Damit aber wurde gleichzeitig den *Erzdämpfen* der Erdtiefen der Durchtritt in den überlagernden Muschelkalk ermöglicht, der die Lösungen einsaugte und so erzführend wurde. Außerdem verdankt die Industrie ihr Dasein der *Grundwasserführung* der Trias. Denn nur die großartige geologische Wasserleitung, wie sie der Muschelkalk darstellt, ist in der Lage, dem nimmersatten Durst der Maschinen Genüge zu tun, in einem Gebiete, wo an und für sich der Grundwasserspiegel durch den Bergbau erheblich gesenkt ist. Damit ist jedoch der Reichtum der Trias noch nicht erschöpft. In mächtigen Brüchen wird bei Gogolin, Krappitz u. a. m. ihr blauer Sohlenkalk als wichtiges Zusatzprodukt der Hochofenindustrie gebrochen.

Die nächste Epoche, die *Jurazeit,* ist für Oberschlesien wenig wichtig. Nur vereinzelte Berge bei Landsberg ragen wie Inseln aus dem Diluvium heraus. Sie sind die letzten Ausläufer des polnischen Jura, der sich erst bei der heiligen Muttergottes von Tschenstochau zu einem geschlossenen Zuge erhebt. Ablagerungen der Kreide treten bei Oppeln zutage und bedingen hier die weitbekannte Portlandzementindustrie.

Von größerer Wichtigkeit für die Ausgestaltung des heutigen Reliefs ist erst wieder das *jüngere Tertiär.* Es war eine lebhafte Sturm- und Drangzeit! Am Chelm lieferte ein Vulkan, der heutige Annaberg, basaltische Gesteine. Die Karpathen begannen sich zu erheben, die Sudeten wurden emporgestaut, der Altvater walmte sich über dem Gesenke auf und schickte im trägen Laufe seine Flüsse in die Ebene Oberschlesiens. Erst später, im Untermiozän, bog sich die oberschlesische Ebene vom Gesenke ab, wie auch die Karpathen in höhere Regionen gehoben wurden. Dadurch wurde die Abtragungskraft der Flüsse belebt, sie rissen mit erneuter Kraft tiefe Täler in die Landschaft und legten einen Kranz belebten Reliefs um den Fuß des Gebirges. Der Karpathendruck hatte ja auch der ganzen Platte böse mitgespielt. Im Osten die starre russische Tafel, im Westen die feste Altvatermasse und die Falten des Gesenkes, so blieb der trägen Platte kein anderer Ausweg als nach Norden, wobei sie aber selbst brach und die kräftige Jugendarbeit der Gewässer nur förderte. Ein zweites Thüringen schien an den oberschlesischen Grenzen entstehen zu wollen. Doch da flutete vom Wiener Becken durch die Mährische Pforte eine *Meeresbrandung* über unser Gebiet hinweg und verschüttete die Täler. Die Kämme und Rücken, welche das Meer nicht ertränken konnte und die jetzt wie Inseln aus der Flut noch hervorlugten, wurden mit der Brandungskraft eines Flachmeeres abgehobelt. Heute noch können wir die Spuren dieser Meeresarbeit verfolgen. Das Gesenke führt *Abrasionsterrassen,* die Arbeitsmarken eines steigenden und fallenden Meeres-

spiegels. Das Hotzenplotzer Bergland, die „oberschlesische Schweiz" am Fuße der Bischofskoppe, sie alle fallen durch eine bestimmte Gleichheit der Gipfelhöhen auf. Unschwer ist es, die Kämme durch eine Ebene untereinander zu verbinden, eine Ebene, die vor Jahrtausenden den *Meeresboden* des Miozänmeeres bildete. Auch die in diesem Jahrhundert in Oberschlesien erbohrten Salzlager, welche an die Galiziens anschließen, verdanken diesem Meere, seiner allmählichen Verdampfung und Austrocknung, ihre Entstehung. Als das Land wieder freigegeben wurde, folgten die Flüsse langsam dem Rückzuge des Meeres, doch nicht alle in ihrem Bette von vordem. Viele hatten den Weg schon verloren und heute ergeben Bohrungen in Oberschlesien oft derartige begrabene Talstrecken, die dem Gebirgsrande zu eine zunehmende Eintiefung erkennen lassen. Mit Eifer modellierte sich ein neues Entwässerungsnetz sein neues Talsystem. Viele Terrassen zu beiden Seiten der Flüsse lassen erkennen, daß diese *neuerliche Talbildung* häufig bis in die neueste Zeit unterbrochen wurde und *ruckweise* vor sich ging. Die Ausgestaltung wurde aber bald durch das große Glazialphänomen, durch die nordische Eiszeit, an der Vollendung gehindert.

Als die phantastischen Riesengletscher des *Diluviums* sich dem Lande näherten, eilten, Sturzbächen gleich, ungeheuere Schmelzwässer den Eismassen voraus. Die alten Flußläufe wurden wieder zugeschüttet, die Wasserflut riß neue Furchen und Abflußrinnen auf, die aber wieder verebnet wurden, sobald die Eiskolosse knirschend ihre Grundmoränen darüber hinwegschoben. Selbst in den Gebirgstälern drückte sich das Eis hinauf, kolkte die Talflanken weit aus, kantenrundete die Hügel der Gesenkeausläufer, schuf Formen und zerstörte sie wieder, kam und wich, überzog zweimal, vielleicht auch dreimal das Gebiet Oberschlesiens . . kurzum nur *wenigen Punkten* Oberschlesiens konnte das Eis nichts anhaben, wie der Bischofskoppe, dem Holzberge bei Ziegenhals und anderen Höhen, welche sich über 500 m erhoben. Doch hat sich an den Bergflanken das Eis derartig gescheuert, daß noch heute diese Wundmale an Profilknicken zu beobachten sind. An dem Rande der Riesengletscher peitschte ein eisiger Ost über die Steppe, der die ausgeblasenen Kleinstteilchen des Moränenschmutzes Schicht auf Schicht über die kümmerlichen Grasstoppeln ablagerte und so den *Löß* schuf, dessen warmer Boden im Westen und Süden die fruchtbaren Felder bedingt.

Als die Riesengletscher von unserem Lande gewichen waren, hinterließen sie ein *anders geartetes* Landschaftsbild wie heute. Doch sind die Züge, wie des Vaters Wesen auf dem Antlitze des Sohnes, noch frisch zu erkennen. Dem Mecklenburgschen ähnlich erhob sich im Herzen Oberschlesiens eine *Endmoränenkette,* welche den Odernebenflüssen eine Wasserscheide setzte. *Südlich* dieser Höhen sammelte die Oder *konzentrisch* ihre Nebenwässer, um dann endlich, wie die Weichsel bei Graudenz, hindurchzustoßen. Sie benutzte den Oppelner Bruch, im W des Muschelkalkrückens, als den Weg des geringsten Widerstandes. Hinter dem Durchstoße fand die Oder schon ein *altes Urstromtal* vor, also eine breite

Talung, welche die Schmelzwässer der in ihrem Rückzuge pausierenden Gletscher gerissen hatten. Bald auch wurde die Neiße selbständig, sie wurde von ihrem heutigen Knie meridonial abgelenkt, doch der nach Kosel weisende Mittellauf, die Zinna und Troja, besonders aber die Oppa, die alle *entgegengesetzt* der Generalabdachung fließen, sind noch die *Relikte* einer *zentripetalen Entwässerung* des südlichen Oderlandes. Heute sind die Moränenhöhen eingeebnet und nur in der unfertigen Landschaft des Falkenberger Kreises ist ein Rest vergangener Zeiten zu erblicken.

Nach Ausbildung des heutigen Entwässerungsnetzes wilderten die Flüsse in ihrem Bette und schufen breite Talauen, in denen das Gerinne von heute als ein bescheidener und gezähmter Epigone dahinfließt.

Fassen wir unsere Ausführungen übersichtlich zusammen, so ergibt sich folgendes:

I. Die Bodenschätze.

Diese verdankt Oberschlesien verschiedenen Epochen der Erdgeschichte, und zwar:

1. *Die Kohlen.* Sie entstanden am Fuße des varistischen Gebirges. Spätere Meeresablagerungen haben sie vor einer Abtragung geschützt. Sie wurden in *zwei Mulden* zerlegt: die *Beuthner* und die große *Plesser Mulde* und gegen Westen praktisch durch die Orlauer Störung begrenzt. Die Plesser Mulde ist stellenweise in größere Tiefen gesunken. Aus wirtschaftlichen Gründen ist hier der Abbau beschränkter. Beide Mulden verbindet ein Sattel mit den *Sattelflözen,* das Rückgrat des Industriebezirkes.

2. *Die Erze.* Sie wurden erst später dem Muschelkalke durch das zersprungene Steinkohlengebirge einfiltriert. Ihr Vorkommen ist daher hauptsächlich an die Klüftung des unterliegenden Karbons gebunden. Zink-, Blei- und Eisenerze werden in den *Mulden* von *Beuthen* und *Trockenberg* gewonnen. Das Vorkommen der Eisenerze in Jura und Tertiär ist von geringer Bedeutung.

3. *Die Kalke.* Sie werden bei *Gogolin, Krappitz* u. a. aus dem Muschelkalke und bei *Oppeln* aus der cenomanen Kreide gewonnen.

4. *Die Salze.* Sie sind an das Verbreitungsgebiet des marinen Tertiärs im Süden des Landes gebunden.

II. Die Formen der Oberfläche.

Diese erklären sich aus:

1. *Den tertiären Kräften.* Sie bedingen:

a) Die *Karpathenfaltung,* den *Sudetenrandbruch,* der noch bis Ziegenhals streicht, und die begonnene *Altvateraufwalmung.*

b) Auf der Oberschlesischen Platte selbst: *Basalteruption* des Annaberges, der *Oppelner Bruch* und die anderen Störungen.

c) Neuerliche und starke Belebung der Erosion durch die *untermiozäne Abbiegung* der ganzen oberschlesischen Ebenheit von den Sudeten und Beskiden. Dadurch bedingt scharfes Einschneiden der Entwässerung.

d) Miozäne *Transgression und Abrasion.* Die Entstehung der großen Abrasionsterrassen am Gebirgsrande.

e) Regression und *neuerliche Talbildung,* oft im neuen Talgang. Bildung von *Flußterrassen.*

2. *Dem diluvialen Formenschatz.*

a) Verschüttung und Einebnung pliozäner und altdiluvialer Formen.

b) Glazialerscheinungen am Gebirgsrande.

c) Diluviales Entwässerungssystem und die Relikte einer *zentripetalen Entwässerung.*

d) Versandung, Dünenformen und Löß.

e) Bildung von Flußterrassen.

III. Die Zusammensetzung des Bodens.

Erklärt sich aus:

1. *Glazialen Böden:*

a) Lößzone.

b) Sandflächen.

c) Lockerböden.

2. Gesteinsböden der eisfreien Zone am Rande der Sudeten (verschwindend klein).

3. Die Inseln tertiärer Sande und Tone im Glazial.

4. Das Alluvium der Flußauen.

Das sind die Hauptfarben, mit denen die Landschaft Oberschlesiens gemalt wurde. Das Vorherrschen einzelner Farben im großen Bilde gibt uns das Recht, Oberschlesien in eine Reihe organisch bedingter *„natürlicher Landschaften"* zu teilen, die im nachstehenden kurz skizziert sein mögen.

3. Die natürlichen Landschaften.

a) Das Industriegebiet.

Das Industriegebiet Oberschlesiens ist eine höchst gelungene Zusammenarbeit zweier Autoren, die sich gegenseitig ergänzen: Kohle und Erz. Mit einem scharfen Griffel zeichnet die Geologie der Tiefen die Grenzen des Industriegebietes an die Oberfläche durch. Im Norden liegt der Saum des Schlotwaldes an der Grenzzone der erzführenden Dolomite, und im Süden klingt das Rädergerassel da aus, wo die Kohlen in große Tiefen hinabsinken. Wo Kohlen und Erze sich die Hände reichen, da liegt naturgemäß der industrielle Brennpunkt, also in einem *Dreiecke,* welches durch die Städte Gleiwitz, Beuthen und Myslowitz gebildet wird. Diesem Dreiecke ist im Norden von Tarnowitz bis Beuthen die *Erzzone* und im Süden die *Kohlenaußenzone* Nikolai-Orzesche-Czuchow vorgelagert.

Unser Gebiet wird durch die Oder und im Osten bzw. Südosten durch die Weichsel entwässert. Der Grenzfluß Przemsa sammelt in sumpfiger Talung seine Nebenflüsse Rava und Brinitz zur Weichsel. Westlich der Linie Tarnowitz-Königshütte strebt die Entwässerung durch die Klodnitz und Malapane der Oder zu. Die Klodnitz, der wichtigste Fluß des Gebietes, entspringt beim Bahnhofe von Emanuelsegen in einer Höhe von 320 m und fließt in einem 84,1 km langen Laufe nach NNW. Da die

Birawka, der nächstsüdliche Nebenfluß der Oder, nur 12 km von ihr entfernt parallel fließt, so erhält die Klodnitz links keine bedeutenderen Nebenflüsse. Rechts streben ihr das Beuthner Wasser (entspringt in den Wiesen bei Miechowitz westlich Beuthen 300 m hoch) und die Drama bei Tatischau zu, die bei Neu-Repten ihren Ursprung findet.



Bekannt, aber nicht bedeutungsvoll ist die Klodnitz durch den nach ihr benannten *Klodnitz-Kanal,* der sich von Kosel (166 m Meereshöhe) bis nach der staatlichen Eisenhütte bei Gleiwitz (214,5 m) erstreckt. Das Gesamtgefälle von 49 m wird in 18 Haltungen überwunden. Bezeichnend für das Transportproblem in Oberschlesien ist es, daß bereits im Jahre 1792 mit dem Kanalbaue begonnen wurde. Er versprach auch die geopferte Mühe zu verlohnen, denn im Jahre 1847 (!) wurden 1 407 000 Zentner auf seinem Wasser bewegt. Nach dem Eisenbahnbau jedoch (1850) ließ der Verkehr im Verhältnisse immer mehr nach, da die Oder keine derartige Bedeutung als Schiffahrtsstraße gewinnen kann, wie man vielleicht im Anfange denkt. (Im Jahre 1920 wurden 65 000 t befördert.)

Das Industriegebiet selbst ist eine große *Kulturinsel* mitten im Waldgebiete. Im Norden reicht der Forst bis vor die Tore von Tarnowitz, und im Süden legt sich ein breiter Waldgürtel von Kosel bis nach Polen hinein vor. Ueber 500 qkm sind dem sandigen Waldboden abgerungen worden,

und dieser Fleck Erde wird von einer reichlichen Million Menschen bewohnt. 2500 Einwohner sind durchschnittlich auf den Quadratkilometer verteilt, das heißt also, jedem Einzelwesen kann nur ein Gärtchen von 20 mal 20 m zugebilligt werden, eine Raumnot, an der das Land ersticken würde, wenn ihm nicht Luft und Nahrung zuströmte.

Das Industriedreieck selbst ist eigentlich eine vollkommen *einheitliche Siedlung.* Hast du das Gefühl, am Rande der Stadt zu sein, so umfängt dich in den nächsten Minuten sofort das nächste Kunterbunt der oberschlesischen Industrielandschaft. Das ganze Leben gleicht einem großen Sauerbrunn. Ueberall im ganzen Bassin steigen Kohlensäureblasen auf und schlagen Wellenkreise am Wasserspiegel. An manchen Stellen glucksen stoßweise große Birnen auf, die weite Wellen treiben . . . alles in größter Unruhe, aber doch vollkommen organisch durch die Kanälchen der Erdentgasung bestimmt. So auch hier. Ein neuer Schacht treibt gleich seine Kreise, Häuser entstehen, Straßen, Schulen, Plätze, kurzum ein neuer Ort ist augenblicklich aus dem Boden gewachsen, wenngleich er keine eigene Gemeindeverwaltung besitzt, da eine weitblickende Organisation die kommunale Fürsorge nur einzelnen Orten übertragen hat. Das Wort „amerikanische Entwicklung" ist oft als Schlagwort mißbraucht worden. Für unsere sensationelle Veränderung des Landschaftsbildes durch Menschen Hand und Menschen Geist jedoch kann keine bessere Bezeichnung gefunden werden. Man vergleiche nur die Tabellen am Schlusse des Abschnittes! Vom Jahre 1781 bis 1910 hat sich die Bevölkerung *68mal vermehrt. W. Volz* hat jüngst sehr geistreich ausgerechnet, „wenn man sich vorstellt, Breslau mit seinen 528 000 Einwohnern wäre in demselben Tempo gewachsen, so hätte es 1781 nur 7806 Einwohner gehabt". (Oberschlesien . . . S. 11.)

Das Kristallisationszentrum des ganzen Industriegebietes ist die Stadt *Königshütte* (75 000 Einwohner). Der unsterbliche Vater der oberschlesischen Montanindustrie, Graf Reden, blickt heute von dem Erzsockel des nach ihm benannten Berges auf das Rieseneisenwerk *Königshütte.* Ein Heer von Arbeitern ist in den Stahl- und Preßwerken, in den Eisengießereien und in der Waggonfabrik beschäftigt. Weiter gegen Osten, hart an der alten russischen Grenze, liegt das Gegenstück: die *Laurahütte,* ein gigantisches Eisen- und Rohrwalzwerk. Beide Werke sind zu einem Unternehmen, der „Vereinigten Königs- und Laurahütte" zusammengeschlossen. Um die Stadt Königshütte selbst, die ihre Fangarme nach allen Richtungen ausstreckt, scharen sich die anderen Werke, das elektrische Großkraftwerk von Chorzow, das Reichsstickstoffwerk und die mächtige *Bismarckhütte,* ein Stahlwerk allerersten Weltranges.

Der eigentliche Träger der typischen oberschlesischen Kultur ist jedoch *Kattowitz* (45 000 Einwohner). In den Niederungen der Rava gelegen, ist es auch durch seine *günstige Verkehrslage* nach dem südlichen Oberschlesien ausgezeichnet und daher von der Eisenbahndirektion als Sitz auserkoren worden. Kattowitz ist eine großzügige Stadt. Der moderne Bahnhof verspricht viel, aber das stilvolle Stadttheater, der östlichste deutsche

Kulturtempel, rechtfertigt unsere Erwartungen. Die breiten Straßen, die geräumigen sinnigen Anlagen, alles das läßt das Walten eines einheitlichen Gedankens erkennen, der die Stadt mit Geschick und Stilgefühl dem Ziele zuführt, wohin Kattowitz zufolge seiner Lage zustrebt: der *Emporie des äußersten deutschen Ostens.* Bekannte industrielle Namen sind hier beheimatet: die Hohenlohe Zinkhütten, die Martha- und Baildonhütte, das Eisenwerk Ferrum, die Grube Cleophas von Giesches Erben in Zalenze . . . zu Dutzenden die Namen, die Zinkessen und Hochöfen, zu Hunderten die schlanken Kamine.

Myslowitz (20 000 Einwohner), an der ehemaligen Dreikaiserecke gelegen, war schon ein im Mittelalter bekannter Ort. Denn hier fand der Verkehr von Krakau eine Lücke zwischen den Weichsel- und den oberen Przemszabrüchen. Myslowitz ist die *Kielspitze deutschen Wesens,* und die abgehärtete Grenzlandkultur hat sich den schwierigsten Aufgaben als gewachsen erwiesen. Trotzdem man Rußland sieht und fühlt, steht man bewußt mit jedem Schritte auf deutschem Boden, von dem die Kirchen, die geräumigen Plätze, die Unterrichtsanstalten Zeugnis ablegen.

Im Nordpunkt des Industriedreieckes liegt die alte Stadt *Beuthen* (71 000 Einwohner), seit 1254 mit deutschem Recht ausgestattet und seit alters durch den Bergbau auf Blei und Silber bekannt. Wie früher als Verkehrsvermittler über den Muschelkalkrücken wichtig, so kommt auch heute der Lage der Stadt Bedeutung zu, da sie, der Gegenpol von Kattowitz, die nördlichen Gebiete dem Verkehr erschließt. Um die historische Stadt ist rasch die Siedlung von heute emporgeschossen, um die sich wieder der Kranz von Hütten und Gruben herumlegt. Im Westen ist die Karsten-Zentrum-Grube (Schles. Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb) und der Gräfin-Johanna-Schacht (Gräfl. Schaffgotsche Werke) zu erwähnen. Im Süden die Hohenzollern-Grube, der Redensblick-Schacht usw.

Ueber Lipine, dem größten oberschlesischen Zinkwerk (Schlesische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb) und Morgenroth, dem Schürzknoten der meisten Verkehrslinien des Industriedreieckes, gelangen wir nach *Gleiwitz* (69 000 Einwohner). Auch diese Stadt ist schon im 13. Jahrhundert bekannt, doch erst die Neuerweckung Oberschlesiens durch die Kohle führte sie zu einer größeren Bedeutung, ja es schien sogar, daß Gleiwitz zufolge seiner *Lage am Klodnitzkanal* dazu berufen sein würde, die Führung in Oberschlesien zu übernehmen. Jedoch „auch die vollendetste neuere Technik kann einen so wasserarmen Fluß nicht zu einem Großschiffahrtswege ausbauen". *(J. Partsch,* Schlesien II, S. 120.) In Gleiwitz ist die A.-G. der „Oberschlesischen Eisenindustrie" beheimatet, welche auch im Süden in der Grube „Gleiwitz" Kohle abbaut.

Das moderne *Hindenburg* ist viel jünger als sein Name und der greise Taufpate älter als die moderne Siedlung. Denn unter dem Namen wurden jüngst die Orte Zabrze, Zaborze usw. erst namentlich, dann aber auch verwaltungstechnisch zusammengefaßt. Doch ist es heute noch ein Dorf,

freilich nur dem Namen nach, denn die Siedlung trägt die Züge einer beginnenden Großstadt (67 000 Einwohner).

Eckbastion der Erzzone und gleichzeitig der nördliche Grenzstein des ganzen Industriegebietes ist die alte Bergstadt *Tarnowitz* (14 000 Einwohner), der man die malerischen Winkel vom Zuge aus gar nicht ansehen kann.

Der Süden ist noch weites Zukunftsland. Denn vorerst holte man die Kohle aus den Sattelflözen müheloser heraus. Jedoch die strategische Reserve von Milliarden schlummernder Pferdekräfte ließ Oberschlesien dem Weltwirtschaftskampfe ruhig ins Auge sehen.

Was dieser Industriebezirk für Deutschland und die Welt bedeutet, das zu verkünden, wollen wir einem beredteren Munde überlassen:

Oberschlesiens Kohlenvorräte betragen 40 % der deutschen Vorräte, 24 % der europäischen Vorräte (d. h. fast ebensoviel wie die gesamten englischen Kohlenvorräte); seine jährliche Förderung ist fast genau $\frac{1}{4}$ der gesamten deutschen Förderung. Die Zinkproduktion ist $\frac{4}{5}$ der deutschen Zinkproduktion, $\frac{1}{6}$ der Weltproduktion; seine Bleiproduktion 48 % der deutschen Bleiproduktion. Weniger bedeutend ist die Eisenerzproduktion, wie denn auch die Vorräte relativ unbeträchtlich sind (1913: 1,8 % der deutschen Vorräte); so verhüttet denn Oberschlesien 64 % fremde Erze neben 13 % oberschlesischen und 13 % deutschen Erzen; dadurch steigt seine Roheisenproduktion auf 5 % der deutschen Roheisenproduktion. Es hat 9 von 98 Hütten Deutschlands, 28 von 316 Hochöfen mit einer täglichen Leistungsfähigkeit von 2820 von 55 000 t deutscher Leistungsfähigkeit (= 5 %). Dementsprechend liegt seine Bedeutung auf dem Gebiet der Eisenindustrie; sind doch Oberschlesiens: 32 % der Schweißeisenwerke, 10% der Flußeisenwerke, 9% der Walzwerke und 3% der Gußeisenwerke Deutschlands.

Daneben kommen eine große Menge von Nebenbetrieben in Betracht; Kokereien und Gaswerke, Elektrizitätswerke und verschiedenartigste Werke und Fabriken, welche die Nebenprodukte, wie Teer, Pech, Benzol, Naphthalin, Kreosot, Toluol und ferner Ammoniak, Schwefelsäure weiterverarbeiten. Nicht vergessen werden darf der Kalk- und Portlandzementindustrie, der Ziegeleien, der Holzindustrie usw. usw.

Diesem Bilde industrieller Entwicklung entspricht auch die Verkehrserschließung Oberschlesiens: es kommen auf 100 qkm Landes

	Eisenbahn km	Kunststraße km
in ganz Oberschlesien	16,3	36,6
„ Deutschland	11,4	—
„ Polen	2,6	3,2
„ Galizien	5,7	3,7

(Aus *W. Volz:* Oberschlesien. S. 20).

Ueberblicken wir noch die blanken statistischen Angaben, so reift in uns das Verständnis für den ungeheueren Komplex, für das Räderwerk ohne Ende. Und wir erkennen, dieser Industriebezirk ist wirklich das Herz von Oberschlesien, ja das eigentliche Oberschlesien, denn das andere

ist bloße Dekoration und Drapierung. Und was wurde? Ein Herzschnitt — ein *Gewissen der Welt!*

b) Das südliche Waldgebiet und das Hügelland von Pleß und Rybnik.

Eigentlich ist das ganze Industriegebiet nur eine Ausnahme, und die Regel von Ostoberschlesien ist: *Wald.* Diese Regel lernen wir verstehen, wenn unser Fuß den Kohlenstaub von Kattowitz abschüttelt und den Sandboden der Plesser Forste betritt. Es dauert nicht lange, so haben wir die Kohlenaußenzone durchstoßen, und wir finden uns in den tiefsten Forsten, wo heute noch das Wisent wie ein Schwindsches „Schweigen im Walde" dem einsamen Wanderer entgegentritt, ein Aneinanderprallen von Gegensätzen, wie es eben -- nur in Oberschlesien möglich ist. Knapp vor den Toren des fürstlichen *Pleß* gibt der Wald unseren Blick frei, der nun ungehindert die freie, mäßig bewegte Landschaft durcheilt und erst weit hinten im Amphitheater der Beskidenkämme seine letzten Kulissen findet. Hier lohnt es sich schon eher, im Ackerbau seinen Verdienst zu suchen, denn eine fruchtbare, wenn auch schüttere *Lößdecke* bedeckt die Sande der eiszeitlichen Gewässer. In diesem breiten Streifen Flur streben wir, an zahlreichen Teichen vorbei, nach Westen zu, nach *Rybnik,* wo uns wieder ein *industrieller Streutypus* begegnet. Denn hier nähern sich die Kohlenschichten der großen Mulde wieder der Oberfläche. Besonders im Süden ist das Relief bewegter als wir glauben. Die Landschaft gewinnt einen bizarren Zug; der reichliche Niederschlag wird auf den miozänen undurchlässigen Tonen zu einem sofortigen Abfluß gezwungen, den er sich nun in zahlreichen und tiefeingekerbten *Waldtobeln* sucht.

Das ganze Gebiet wird teils nach der *Oder,* teils nach der *Weichsel* zu entwässert. Ein Höhenzug, der bei den Quellen der Klodnitz sich emporhebt und nach Nikolai-Orzesche hinzieht, trennt die beiden Stromgebiete. Eine unscharfe Wasserscheide zieht von hier ab über Sohrau nach Süden. So empfängt die Weichsel links die Korzynec, die ihrerseits wieder knapp vor der Mündung die Pszezinka aufnimmt. Etwas nördlicher mündet die Gostine, die sich im Mittellaufe zu dem Paprotzaner Teiche erweitert. Der Oder zu ergießt sich der Grenzfluß Olsa mit der Schotkowka, die steilwandige Summina und die teichreiche Birawka.

Die bedeutendste Stadt ist *Pleß,* an einer Verengung der früher ganz mit Teichen bestandenen Pszezinka gelegen (6000 Einwohner). Nördlich hat ein bescheidener Bergbau einen vielversprechenden Anfang gemacht: Fürstengrube und Emanuelsegen. Doch die Stadt der Zukunft ist *Rybnik* (15 000 Einwohner), mit den zahlreichen Flözlagern, die stattliche Industrieanlagen schon heute hervorgerufen haben. Bergwerke *Knurow, Dubenska,* Emmagrube, Charlotte, Donnersmark u. a. m.)

c) Das nördliche Waldgebiet der Stober und Malapane und das Ackerbaugebiet von Kreuzburg.

Nördlich Tarnowitz, hinter der Erzzone, umfängt uns wieder ein mächtiges *Waldgebiet,* entsprechend den Plesser Forsten im Süden, doch

betonter und *großräumiger.* Diese Landschaft mit ihren sanften Formen und dem Einerlei der Diluvialsande, die „nur wie Inseln aus der Meeresweite die Hauptlinien des Baus des Grundgebirges hervorschimmern" lassen *(Partsch,* Schlesien II, S. 127), ist innerlich reich an Kontrasten. Wanderte man einige Stunden südlicher in einer Gegend, wo man aus der Siedlung überhaupt nicht herauskam, so führen uns hier selbst angestrengte Tagesmärsche zu keinem gastlichen Dache. Es ist ein tiefes Flachland mit Hochgebirgswirtschaft, ein Wechsel reichsten Besitzes mit ärmster Habe, der hohen Jagd und des kurzen Getreides, das Industriegebiet von gestern, das tote Land von heute. Verschiedentlich ist schon der Versuch gemacht worden, dieses Gebiet zu kolonisieren, doch stets mit negativem Erfolge. Die *Malapane,* welche jenseits der alten Grenzen entspringt, entwässert diese Sandflächen mit ihren wichtigsten Nebenflüssen: Stollenwasser, Himmelwitzer Wasser (links) und Leschnitza, Lublinitzer Wasser (rechts). In der Talung, welche die Malapane in vielen Windungen durchfließt, wurde der erste Versuch gemacht, Oberschlesien industriell zu heben. Friedrich der Große, der auch die ersten Waldsiedlungen anlegte, gründete und warb viel für Eisenhämmer, welche hier billige Kräfte in Wasser, Forst und Leuten vorfanden.

Ein Keuperhöhenzug, der sich von Woischnik nach *Lublinitz* (4000 Einwohner), der armen Kreisstadt der Waldheide, erstreckt, bildet die Wasserscheide zur Lißwarte, also zur Weichsel hin. Höhen wie der Zobel-Berg bei Woischnik, der Grojetz-Berg bei Lubschau, gewähren eine prächtige Fernsicht über die endlose sonnige Waldfläche, hinter welcher der Dunst des Industriegebiets schwer lagert.

Im Norden greift die Stober in die Sandflächen hinein, um sie dann im Unterlaufe zu begrenzen. Links fließen ihm der Bodländer und der Budkowitzer Flößbach zu. Auch hier suchte das 18. Jahrhundert auf Grund der vorhandenen Toneisensteine des Oligozäns eine Eisenindustrie ins Leben zu rufen, die in der heutigen Zeit des Ersatzes wieder gerne aufgegriffen wird.

Lockerböden und die Verwitterungskrume des braunen Jura drücken dem *Kreuzburger Gebiete* einen ganz anderen Charakter auf. Neben der Forstkultur findet der *Ackerbau* ein gutes Fortkommen. Kreuzburg fällt dadurch vollkommen aus dem Rahmen der Nachbarschaft, wie es auch erst seit einem Jahrhundert zu Oberschlesien geschlagen wurde. Kreuzburg zählt fast 12 000 Einwohner und ist durch die Schilderung seines größten Sohnes, Gustav Freytag, bekannter geworden.

d) Der Muschelkalkrücken.

Das entzückende *Dramatal* und die *Klodnitz* sind die Abflußrinnen des Höhenrückens, welcher sich als das oberschlesische „Gebirge" am Nordwestrande des Industriegebietes erhebt. Den südlichen Hang bedeckt eine äußerst fruchtbare *Lößdecke,* die von der verästelten Entwässerung in tiefe Schluchten zerlegt wurde. Hier an der Sonnenlehne sind Obstkulturen, ja Weingärten heimisch. Dem Muschelkalkrücken ist als höchste Erhebung

Ostoberschlesiens der Basaltkegel des Annaberges aufgesetzt, der für die Straßen brauchbaren Schotter liefert. Der Muschelkalk selbst wird auch gebrochen und dient der *Kalkindustrie,* die Verfrachtungsmöglichkeit zu Schiff und Bahn gleich vor den Toren findet.

Auf der Hochfläche selbst überwiegt der Verwitterungsboden des Muschelkalkes, da die Lößbedeckung zum größten Teil schon abgetragen ist. Er ermöglicht eine Forstwirtschaft (Buchen!) und *reichlichen Ackerbau* im Gegensatze zu den Sandböden, die unweit die Malapaneforste tragen. Die alte deutsche Siedlung *Groß-Strehlitz* (6000 Einwohner) war zufolge ihrer Höhenlage eine wichtige Etappe auf der mittelalterlichen Handels- und Salzstraße Krakau—Breslau. Dem vereinzelten Weinbau in der Umgebung verdankt die Stadt die Rebe in ihrem Wappen.

e) Das Odertal.

Der Hauptstrom Oberschlesiens hat sich auch seine besondere Landschaft geschaffen. Ist auch die Stromtalung nicht sehr breit (6—8 km), so ist die fruchtbare Ebenheit mit ihren toten Flußläufen, abgeschnürten Meandern, saftigen Auwiesen, zusammengeballten Haufensiedlungen und größeren Städten ein Charakter vollkommen für sich. Die Gefällsverhältnisse der Oder sind unregelmäßig. Von der Olsamündung abwärts gleicht sich die Profillinie allmählich aus, um plötzlich, zwischen Malapane und Neiße, sich in einem besonderen Knick zu betonen. Der Grund ist darin zu suchen, daß auf dieser Strecke die *Spannung* zwischen dem alten Urstromtal im Norden einerseits und dem jüngeren Oderbett im Süden hinter dem Riegel des Muschelkalkrückens andererseits *ausgeglichen* wird. An der Fuge zwischen alter und neuer Oder, zwischen schmalem und breitem Stromland, führte die *alte Salzstraße* über den Strom, indem sie eine durch Flußverästelung bedingte Furt benutzte, an der sich die Hauptstadt Oberschlesiens, Oppeln, entwickelte.

Oppeln, die Stadt der Piasten, wurde bereits im frühen Mittelalter genannt. Schon im Jahre 984 predigte hier Adalbert von Prag. Der Ort war als der Herzogssitz Oberschlesiens von Bedeutung, wurde aber später von dem allgemeinen Verfalle des Landes mitgerissen und kam mit nur 1000 Einwohnern an Friedrich II. (heute 35 000 Einwohner). Gunst der Lage und Verhältnisse führten die Regierung von Oberschlesien dorthin, schafften einen *Eisenbahnknotenpunkt* mit sieben Linien. Die *Zementwarenindustrie,* welche in den Mergelkalken ihre Rohstoffe brach und leichte Absatzmöglichkeiten fand, steuerte auch ihren Anteil zur modernen Entwicklung der Stadt bei, wenngleich diese Unternehmungen sich mehr in den Vororten niedergelassen haben. Bei der Mündung der Klodnitz liegt die alte Festung *Cosel* (8000 Einwohner), die früher an der Enge der Mauern, heute an der Weite der Verkehrszentren krankt, liegen doch der Eisenbahnknotenpunkt *Kandrzin* 7 km und die Hafenanlagen 3 km von der Stadt entfernt. Am alten Umschlageplatz ungarischer und böhmischer Waren liegt *Ratibor* (37 000 Einwohner), eine durch die Oder gesicherte alte Feste.

Trotz der noch immer bestehenden *Ueberschwemmungsgefahr* sind ¾ des Stromlandes mit ergiebigen Aeckern bebaut, den Rest nehmen Wiesen ein und nur wenig Stellen sind von Wald bestanden, der heute immer weiter abgeholzt wird. Durch Regulierung und Verkürzung des Flußbettes (seit 1740 ist die Strecke Ratibor—Neißemündung um ¼ verkürzt worden!) dürfte noch viel fruchtbares Land gewonnen werden.

f) Das Lößgebiet von Leobschütz.

Die eingangs erwähnte *Lößzone* erstreckt sich westlich der Oder bis hart an den Fuß des Gesenkes und wird im Norden durch eine Linie Kosel—Ziegenhals begrenzt. Der Löß erreicht hier eine Mächtigkeit bis zu 10 m, und diesem warmen Boden verdankt unser Gebiet seine *reiche Fruchtbarkeit:* es ist wirklich die Butterseite von Oberschlesien.

Die sanftwellige Oberfläche, welche aber stellenweise fast wild eingeschnittene Täler führt, wird im Süden durch die Oppa entwässert, welche es sich gefallen lassen muß, auf kurze Strecken die politische Grenze zu bilden. Denn vergebens sucht man hier eine „Grenze", also das Aneinanderrainen von irgendwelchen Gegensätzen. Hüben wie drüben die gleiche Landschaft, die gleiche Bevölkerung — von der gleichen Reichstreue durchdrungen. Konnten die Leobschützer in einer freien Abstimmung ihre deutsche Gesinnung zum Ausdrucke bringen, so blieb dem deutschen Volke in den Sudetenländern trotz Bitten und Proteste ihr Selbstbestimmungsrecht verwehrt. Sie wurden in den ihnen *verhaßten* Verband der tschechoslowakischen Republik gepreßt. Doch jung und alt betrachtet diese nationale Verknechtung als eine bittere Folge des Friedensdiktates, das einmal fallen muß. Damit fallen auch die Ketten der Knechtschaft der Sudetendeutschen und die Grenzschranken, welche ein Land willkürlich zerschlagen.

Im Süden unseres Gebietes liegt an der Mündung der Oppa in die Oder auch das *„Hultschiner Ländchen"*, das zufolge des Artikels 83 des Friedensdiktates *ohne jede Volksabstimmung, ganz gegen den Willen der Bevölkerung, an die Tschechei abgetreten* werden mußte. Auf den rund 300 qkm leben 45 000 Einwohner, welche teils im Kohlenbergbau (bei Petershofen wurden 1918 700 000 t gefördert), teils in der Landwirtschaft ihr Fortkommen finden (Zuckerrüben und Flachs); sei es auf eigenem Grund und Boden oder in den Großgrundbesitzen derer von Rotschild. Die Stadt *Hultschin* mit 4400 Einwohnern bietet dem an anmutigen Stellen reichen Fleck Erde einen günstigen Mittelpunkt und vielen Sachsengängern, welche den Sommer über als Maurer oder Hausierer in der Fremde arbeiteten, ein Winterdach. Der Sprache nach sind die Mehrzahl der Hultschiner *Mährer,* sind also Reste des slawischen Volksstammes, der in seiner Urheimat Mähren bereits der Tschechisierung zum Opfer gefallen ist. Der Gesinnung nach sind jedoch *alle* Hultschiner Angehörige der deutschen

Kultur und Nation. Darin wurde die gepeinigte Bevölkerung nach der *unerhörtesten Willkürherrschaft* wie Besuchs*zwang* tschechischer Schulen, Prügelstrafen, Kerker usw. nur bestärkt. Sie bilden mit den Deutschen, den Slowaken und Magyaren eine gemeinsame Front gegen Imperialismus und Despotie der Tschechen.

Die Fruchtbarkeit des Leobschützer Gebietes kommt deutlich in den *Grundsteuerreinerträgnissen* zum Ausdruck. Während rechts der Oder im allgemeinen jeder Hektar mit bis höchstens 10 M. bewertet wird (Ausnahme: Kreuzburg, Muschelkalkrücken, besonders der südliche Lößhang, wie auch die Lößgebiete im Süden), ist links der Oder der Grundsteuerreinertrag *überall* mehr wie 10 M. (Ausnahme: Waldgebiet um Falkenberg). Bei Leobschütz und um Katscher beträgt er sogar über 40 M. Diese Fruchtbarkeit äußerte sich aber auch in einem freien Bauernstande, mit schmucken, reinlichen Siedlungen. Denn die erträgnisreichen Ernten setzten die Bauern in die Lage, bald ihre Lasten gegenüber der Grundobrigkeit abzuschütteln, ja sogar selbst den Großgrundbesitz aufzukaufen (bis auf ¼).

Die Kreisstadt *Leobschütz* (12 000 Einwohner) war schon im frühen Mittelalter bekannt. Sie liegt auf einem jener Wege, welche, die sumpfige Oderniederung umgehend, quer über das Gesenke von Norden nach Süden führen. Hier und besonders in Neustadt (16 000 Einwohner), welche Stadt schon auf den Schottern liegt, welche vom nahen Gebirge über Löß und Fruchtbarkeit gestreut wurden, ist aus einer Heimarbeit eine *Industrie* hervorgegangen.

g) Das Ackergebiet von Neiße.

Die politische Gemarkung zieht zwar noch Ottmachau (4000 Einwohner), ja selbst Patschkau (6000 Einwohner) zu dem Regierungsbezirk Oppeln, doch liegt um die Talauen der Biele und Neiße die Grenzzone von Oberschlesien. Obgleich damit der größte Teil des Ackerbaugebietes von Neiße aus dem Rahmen unserer Betrachtung fällt, so geht es doch nicht an, dieses kleine Gebiet zwischen der Lößzone, den Sanden im Norden und den Talauen im Westen als ein Anhängsel abzufertigen, da sich dieser Landstrich bewußt *heraushebt.* Nicht nur seltene Naturschönheiten breiten sich zu Füßen der *Bischofs-Koppe* (890 m), dem höchsten Punkte Oberschlesiens aus, die auch das Bad ohne Säuerling *Ziegenhals* (9000 Einwohner) als Sommerfrische begehrenswert machten, sondern auch das ganze Siedlungsbild ist grundverschieden. Ballen sich im Lößgebiete kleine Siedlungen eng aneinander, so herrschen hier *weite, große Straßendörfer* vor, die ihrerseits wieder den Flüssen folgen oder sich, wie längs der launischen Biele, auf Terrassen vor den stürmischen Ueberschwemmungen zurückgezogen haben. Der Grund ist darin zu sehen, daß im waldfeindlichen Lößgebiete schon seit Jahrtausenden eine dichte, engmaschige Siedlungsart sich herausgebildet hatte, um die fruchtbare Erde so weit als

möglich zu nützen, wogegen am Mergelboden der *Urwald* lastete, dem erst vor knapp 800 Jahren die deutschen Kolonisten zu Leibe rückten, indem sie mit Axt und Kelle längs der Flüsse vorzudringen wußten.

Neiße, das schlesische Rom (29 000 Einwohner), liegt als Schlüssel der bedeutsamen Gesenkestraßen am Neißeknie und der Bielemündung. Damit war die Entwicklung des Kreises natürlich vorgezeichnet. Die alte historische Bischofsstadt wurde von Friedrich II. mit neuen Mauern umgeben, über die aber heute die moderne Stadt weit hinausgegriffen hat. Verkehrsgeographisch interessant ist, daß die Bahnlinie Jägerndorf—Freiwaldau sich (es ist noch das Zeichen der früheren Freundschaft) den mühe-loseren Weg über preußisches Gebiet wählt, welches sie fast 10 km lang durchmißt.

h) Das Falkenberger Waldland.

Nördlich der fruchtbarsten Gegenden liegt wieder auf Sandboden eine *Insel Waldlandes.* Bedeutsam für das Gebiet ist das Tertiär, welches mit Letten und Tonen im Norden zwischen Oppeln und Löwen dem Gebiete einen freundlicheren Anstrich gibt und bei Falkenberg mit seinem undurchlässigen Boden viele Teichaugen trägt. Die Neißeaue selbst begleiten auch fruchtbare *Mergelböden,* doch nur einige Kilometer weiter ostwärts breitet sich die *Waldheide* aus, deren Sand, Hügelchen, Kiefern, schlechte Wege und Heidekraut durch den Truppenübungsplatz *Lamsdorf* gewissermaßen populär geworden sind. Die tiefen Forste zwischen der Steinau, dem Hauptflusse des Gebietes, und der Oder tragen ähnliche Züge wie die uns bekannten endlosen Wälder an den Malapaneufern.

Die Kreisstadt *Falkenberg* (2000 Einwohner) hat sich als Brückenstation über die Steinau entwickelt, wie auch die anderen Städte *Schurgast* (950 Einwohner) und *Löwen* (4000 Einwohner) als Neißefurten sich von der Umgebung heraushoben. Selbst das Geschenk des Tertiärs, die Braunkohle, hat in unserem Gebiete wegen der mächtigen Konkurrenz der oberschlesischen Steinkohle keine weitere Bedeutung.

i) Zusammenfassung.

Skizziert ergibt sich mithin nachstehende Uebersicht:

Die Oderaue trennt Ost- und Westoberschlesien. Nördlich und südlich des Muschelkalkrückens dehnt sich der *Heidesand* mit seinen großen Waldungen aus. Im äußersten Norden tragen die lockeren *Mergelböden* von *Kreuzburg* und im äußersten Süden die, wenn auch lückenhafte, *Lößdecke* von *Pleß* und *Rybnik* eine bessere Frucht. Als *Siedlungsoase im Waldgebiete* entstand am Treffpunkte von Kohlen und Erzen das *Industriedreieck,* das im Norden bis Tarnowitz eine *Erzzone* und im Süden eine *Kohlenaußenzone* Nikolai-Czuchow umsäumt. In Pleß, besonders in *Rybnik* begegnen wir einem *industriellen Streutypus.*

Im Westen breitet sich das fruchtbare *Gebiet von Leobschütz* aus. Im *Hultschiner Ländchen* wird die wieder emportauchende Kohle abgebaut.

Das Lößgebiet geht bei Neustadt in die *Mergelböden von Neiße* über. Beide Ackergebiete finden im Norden durch das *Falkenberger Waldland* ein Ende.

Nachstehende Tabelle gibt im Zahlenskelett die Landschaften wieder:

	Acker %	Wiese usw. %	Wald %	Einwohner 1910 Summe	pro qkm
1. Ackerbaukreise:					
Leobschütz	87	4	4	82 600	120
Neustadt	70	8	17	97 600	122
Neiße	77	8	9,5	70 800	102
Grottkau	77	9	9	40 600	78
Kreuzburg	69,5	11	15	52 000	94
2. Ackerbau- und Waldwirtschaft:					
Falkenberg	56	10	27	37 500	62
Rosenberg	44	9	43,4	52 300	58
Oppeln	41	9	45	118 000	84
Lublinitz	34	10	54	50 400	50
Groß-Strehlitz	50	7	38	73 400	82
Tost-Gleiwitz	54	8,5	33	80 000	91
3. Beeinflußt durch Industrie und Handel:					
Ratibor	69	8	15	119 000	142
Kosel	60	7	27	75 700	112
Rybnik	53	10	32	131 600	154
Pleß	50	13	31	122 900	115
4. Industriekreise (ohne die Stadtkreise):					
Tarnowitz	43	7	44	77 600	237
Beuthen	67	9	8	195 800	1980
Hindenburg	58	11	18	159 800	1336
Kattowitz	49	8	22	216 800	1193

Von den ganzen 12 941 qkm des oberschlesischen Gebietes sind demnach

7300 qkm = 56% Ackerbauland, 3912 qkm = 30% Wald
975 „ = 8% Wiesenland, 754 „ = 6% Unland u. Oedland.

Die Grundsteuerreinerträge spiegeln den *Gegensatz* zwischen den beiden oberschlesischen Hälften in aller Schärfe wieder. Es haben einen Grundsteuerreinertrag:

Unter 10 M. pro Hektar: 48% der Böden, die Kreise Lublinitz, Rosenberg, Pleß, Rybnik, Oppeln, Groß-Strehlitz, Industriebezirk.
11—20 „ „ „ : 11% der Böden, die Kreise Falkenberg und Kreuzburg.
21—30 „ „ „ : 33% „ „ , die Kreise Ratibor, Kosel, Neustadt, Grottkau, Neiße.
Ueber 30 „ „ „ : 8% „ „ , der Kreis Leobschütz.

Die Entwicklung Oberschlesiens sei durch nachstehende Tabelle beleuchtet:

	Einwohner pro qkm				Bevölkerungsbewegung	
	1781	1804	1871	1910	1871/1910 %	1781/1910 %
Lublinitz	13	22	45	50	11,2	262
Rosenberg	19	30	52	58	11,6	193
Falkenberg	28	50	67	62	—7,5	118
Grottkau	40	54	85	78	—9,0	98
Groß-Strehlitz	17	23	68	82	19,8	365
Oppeln	19	43	65	84	31,9	456
Tost-Gleiwitz	24	28	75	91	21,3	566
Kreuzburg	27	50	76	94	23,5	244
Neiße	49	66	103	102	—0,1	180
Kosel	35	51	96	112	16,4	495
Pleß	19	49	85	115	36,3	488
Leobschütz	51	54	119	120	0,2	134
Neustadt	41	65	108	122	13,0	196
Ratibor	26	65	114	142	25,1	425
Rybnik			87	154	77,6	
Tarnowitz	18	46	342	237	99,5	6764
Kattowitz				1193	229,2	
Hindenburg				1336	311,4	
Beuthen				1980	327,3	

Das Westoderland war also *dichter* bevölkert als das Ostoderland. Die „amerikanische Entwicklung" des Industriegebietes begann erst nach 1850 (Eisenbahn). Links der Oder erfolgt sogar eine *Abnahme!* Die Entwicklung der Städte reiht sich hier sinngemäß ein:

	Einwohnerzahl			
	1804	1871	1900	1919
Neiße	7900	22 500	24 300	29 000
Ratibor	3560	21 400	25 250	37 000
Oppeln	3100	12 700	30 000	35 000
Königshütte	—*	19 500	58 000	75 000
Gleiwitz	2900	17 900	52 500	69 000
Beuthen	1850	17 800	51 500	71 000
Kattowitz	—*	8 130	31 700	45 000

In einem Satze ist mithin Oberschlesien so charakterisiert: ein zumeist wenig fruchtbares, waldreiches Land von 12 941 qkm Größe, zu 95% nur dünn besiedelt; die Hälfte der *2 284 000 Bewohner* sitzt in dem rund 500 qkm großen Industriebezirk, der infolgedessen ungeheuer dicht bevölkert ist. (*W. Volz,* Oberschlesien S. 9.)

IV. Die kulturgeographische Entwicklung.

Schon öfter haben wir auf den Lößstreifen in Oberschlesien hingewiesen. Dieser fruchtbare und waldfreie Boden ist seit Jahrtausenden schon besiedelt, wenngleich wir die Volkszugehörigkeit der Bewohner nicht feststellen können. *Sicher nachweisbar* sind Germanen, und zwar die

* Bestand noch nicht.

Quaden bzw. *Vandalen,* welche zu Beginn unserer Zeitrechnung am Muschelkalkrücken, ferner im Lößgebiete von Leobschütz und Rybnik hausten. Verschiedene Funde in diesen Gebieten zeugen von der hohen Kultur der ersten Germanenstämme Oberschlesiens. Es ist eine Tatsache von politischer Bedeutung, daß bereits in jenem Momente, wo der Vorhang zum Beginne des weltgeschichtlichen Spieles sich in Oberschlesien lüftete, *germanische Stämme* es sind, die ihre Rollen spielen.

Im Zeichen der Völkerwanderung verließen auch die Germanen ihre Sitze. Wie in den Randgebieten der deutschen Sudetenländer dürften auch in Oberschlesien noch germanische Siedler zurückgeblieben sein. *Procopius* (um 500 n. Chr.) schreibt ausdrücklich in der Geschichte des Vandalenkrieges: „Heute ist das Andenken an die Vandalen getilgt und der Namen untergegangen, auch der Vandalen, welche im *Vaterlande zurückgeblieben sind*" (Lib. I. C. 22). Lange Jahrhunderte sind wir ohne geschichtliche Quellen. Funde erzählen von einwandernden *slawischen Völkerschaften,* die auf ganz primitiver Kulturstufe standen, ja sogar das *Eisen nicht* kannten.

Die erste *historische* Quelle führt uns Oberschlesien als Streitobjekt zwischen westlicher und östlicher Kultur, zwischen Böhmen und Polen, vor. Es gelang dem mächtigen Boleslaw Chrobry um das Jahr 1000, Oberschlesien für Polen zu gewinnen, doch wurde damit das Land nicht dem westlichen Kulturkreise entrückt. Es kamen Missionare und Kaufleute in das Land, und damit erhalten wir auch ein ungefähres Bild von der dort lebenden Bevölkerung. Es war ein typisches *Waldvolk,* lebte von Jagd und Fischerei, von Bienenzucht und einer Art primitiver Viehzucht. Dem Boden konnten sie mit ihrem Holzpfluge nur wenig Frucht entlocken, und dem Walde konnten sie ohne Eisen schon gar nichts antun. So waren die Bewohner ausschließlich auf die *waldfreien* Gegenden beschränkt. Die ansässige Urbevölkerung wurde aufgesogen oder zog sich an das Gebirge zurück. Ein Adel mit wenig kulturellen Werten beherrschte dieses Land, das an der Wende des 12. Jahrhunderts gut zu zwei Dritteln mit Wald bedeckt war, und dessen produktives Drittel (an und für sich schon mit Hain und Busch bedeckt wie eine *Parklandschaft)* von der kulturell tiefstehenden Bevölkerung nicht bewirtschaftet werden konte. Gegen Mittelschlesien wurde das Land durch die *„Preseka",* einem unzugänglichen Schutzurwald, abgeschlossen. Die übrigen Waldgebiete dienten als Jagdgründe. Nach dem Vorbilde der deutschen Kolonisierung in der Lausitz versuchten nun wohl auch die oberschlesischen Piasten, den Wald zu roden und damit Land und Macht zu gewinnen. Doch dieser Versuch scheiterte, ein deutliches Zeichen mangelnder innerer Kulturkraft. „Immerhin erfolgte hie und da ein Eindringen in den Wald, aber es blieb auf die Ränder der Lichtungen beschränkt; Namen wie Gohla, d. h. Lichtung, Podbor, d. h. unter dem Walde, Ellguth, gleich Lgota, d. h. Freigut, lassen die Verbreitung dieser Bestrebung erkennen." (*W. Volz:* Oberschlesien S. 13.)

Erst Ende des 12. Jahrhunderts, als deutsche Siedler aus dem Westen herbeigerufen wurden, *setzte in Oberschlesien die intensive Kolonisation*

ein. Mit *einem Schlage* ändert sich das Bild. Die Kulturpioniere brachten die Errungenschaften des Westens mit: eiserne Geräte, so also eisernen *Pflug* und eiserne *Rodeaxt,* die *Dreifelderwirtschaft,* das freie deutsche *Recht,* das die Kolonisten der drückenden Fron enthob, und nicht zum Schlusse deutschen Fleiß, Organisation und Tatkraft.

Das Vordringen des Deutschtums und der Kultur ist für das heutige Siedlungsbild noch von größter Bedeutung. Es schlug verschiedene Wege ein:

1. aus *Mittelschlesien* drang es in der Gegend von *Kreuzburg* ein, rodete die *Preseka* und drang südwärts und ostwärts vor;
2. es folgte dem *Odertal* aufwärts, nach *Oppeln* und weiter;
3. ein *breiter* Strom kam aus der *Grottkauer* Gegend, in das Gebiet von *Neiße* und weiter; 1223 ward Ujest gegründet und von hier aus verbreitet sich das Deutschtum nach allen Seiten. Interessant ist es, daß das Deutschtum schnell weit nach Osten vordrang, 1254 ward Beuthen, 1267 Gleiwitz begründet und die Germanisierung schreitet gewissermaßen von *innen heraus* allseits, auch gegen den Stober hin, vor.
4. Von Böhmen, der *Leobschützer Gegend* her, überschreitet das Deutschtum bei *Ratibor* die Oder, dringt gegen *Sohrau* vor, gleichfalls von innen her radiär allseitig den Wald aufarbeitend;
5. ward von *Mähren* aus das Gebiet von *Pleß* besiedelt.

Es entsteht also folgendes Siedlungsbild: 1. *Links der Oder:* Es bilden sich *geschlossene* deutsche Siedlungen im Lößgebiete von Leobschütz und in der gerodeten Preseka. Im Lößgebiete wird die slawische Bevölkerung von dem stärkeren Kolonistenstrome förmlich aufgesogen. Konnte doch bei intensiver Bewirtschaftung der Boden 3—4 mal soviel Einwohner ernähren als früher. 2. *Rechts der Oder:* Hier werden bei Kreuzburg *größere* Partien der Preseka gerodet. Nur kleine Lichtungen werden in das endlose, schütter von Slawen bewohnte Waldgebiet ausgeschlagen, welche von Deutschen eingenommen werden.

Das Großartige der inneren Kolonisation von Oberschlesien ist der geradezu *explosive Charakter.* In knappen 200 Jahren hat sich das Land derartig verändert, daß es wirklich nicht wiederzuerkennen ist. Welche besonderen Vorzüge haben nun die deutschen Bauernsöhne und Kaufleute in dieses Gebiet gelockt? Waren es die unfruchtbaren Sandflächen, der undurchdringliche Urwald der Preseka, die sumpfigen Wälder? Diese unverkennbaren Nachteile konnten selbst durch das größte Entgegenkommen der Fürsten und Klöster nicht aufgehoben werden. Der tiefere Grund ist wiederum in der *Lage* zu suchen, welche die Vorbedingungen für eine derartige rapide Kolonisation schuf, und wir können nicht anders, als den Gedankengängen von *W. Volz* zu folgen. (Oberschlesien S. 14 ff.)

Die eingangs erörterten großen Zugstraßen wurden im Mittelalter von bedeutenden, gepflasterten (!) *Verkehrswegen* benutzt. Die Salzstraße, von Breslau über Kreuzburg—Rosenberg—Lublinitz nach Tschenstochau und

Krakau. Eine zweite von Oppeln nach Groß-Strehlitz—Tost—Beuthen—Oswieczim—Krakau. Die Straße ins Donautal von Opeln nach Ratibor—Loslau—Mähr.-Pforte und eine andere Straße mit demselben Endziel: Brieg—Grottkau—Neiße—Ziegenhals. Auch heute noch folgen die Hauptlinien der *Eisenbahn* diesen Strecken. So sehen wir Oberschlesien durchzogen von einem großartigen Netz von besten Verkehrsstraßen, welche in Mittelschlesien, in Breslau, zusammenliefen.

Die Handelsbedeutung Breslaus beruhte einerseits im *Durchgangsverkehr* (Orient, Westdeutschland, Italien), andererseits im *Lokalhandel* mit dem benachbarten Polen. So gewinnt Mittelschlesien als Knotenpunkt der wichtigsten Straßen die gleiche Bedeutung wie Nürnberg oder Wien. Und da Breslau auch eine *Grenzstation* zwischen dem kulturlosen slawischen Osten und dem kulturellen deutschen Westen darstellt, so ist es die natürliche *Umladestelle,* wird also eine Handelsstadt allerersten Ranges. Doch auch eine eigene bodenständige *Industrie* blühte hier auf, da doch heimisches Bier, schlesische Tuche, Eisen- und Töpferwaren dem immer bedürftigen Osten billiger zu stehen kamen als die gleiche Ware aus dem fernen Westen.

Die alten Straßen Oberschlesiens sind alle durch Städte abgesteckt, welche in regelmäßigen Abständen von 20—30 km voneinander entfernt liegen, sich also als *Etappenorte* der damaligen Tagesreisen entwickelt haben. Handel und Gewerbe blühte und der dadurch bedingte Wohlstand kam auch dem Lande ringsum zugute. Der Reichtum an Städten, der das ganze mittelalterliche Schlesien von dem übrigen Osten besonders auszeichnete, läßt uns die rapide Durchdringung des Landes verständlicher erscheinen. Im Gegensatze zu den anderen Kolonialgebieten in Ostelbien ging hier nicht die kulturelle Erschließung in einer breiten Front Schritt für Schritt vorwärts, sondern von *innen heraus* griff der Prozeß von einigen Dutzend deutschen Städten durch; es war kein Zurückdrücken, sondern ein Aufrollen der Front durch mehrere Sturmkompanien. Auch politisch hatten sich endlich die Verhältnisse gebessert, da Polen feierlich alle Ansprüche auf Schlesien 1335 und 1339 zugunsten der deutschen Luxemburger abschwörte, ein Akt, der mehr de jure wichtig ist, denn de facto hatten die Polen keinerlei Einfluß mehr im Lande.

Da erfolgte ein ganz *katastrophaler Rückschlag,* den wir nur im großen Zusammenhange richtig verstehen lernen. Schon warfen die weltgeschichtlichen Geschehen düstere Schatten voraus. Die *Hussitenkriege* trugen die Flamme des tschechischen Chauvinismus auch nach Oberschlesien hinein, das sieben Jahre unter den Mordzügen zu leiden hatte. Doch schließlich waren es vorübergehende Kriegsnöte, die jedes Land zu überstehen hatte. Von einschneidender Bedeutung wurde für Oberschlesien der *Türkeneinfall* in Europa. Denn damit schiebt sich ein Riegel zwischen den Südosten und den Orient, der die Handelsbeziehungen unterbindet. Die alte Lößstraße wird von den schweifenden Heereszügen bedroht, so daß aus dem Knotenpunkt von Handelsstraßen nur eine *einfache Station* in

Oberschlesien wird. Und auch diese wird bedeutungslos, als die *Hochseeschiffahrt* aufkam, und Handel und Verkehr die billigen Wasserwege aufsuchten. Damit erhielt der oberschlesische Verkehr seinen *Todesstoß.* Die selten günstige kontinentale Lage des Landes wird jetzt dem Lande zum eigenen Verderben. Die teueren Gewürze, die Seide aus China, reicher Verdienst der schlesischen Händler, wurden nun über Amsterdam und Bremen billiger eingeholt. Nur lokalen Handel mit dem angrenzenden Polen kann Oberschlesien führen, das Land ist ausgeschaltet von den großen Verkehrslinien, es liegt jetzt zufolge seiner kontinentalen Lage ungünstig, ja höchst ungünstig, wie die spätere Entwicklung, wenn man es so bezeichnen kann, zeigen wird.

Die politischen Verhältnisse hatten sich auch sehr zugespitzt: ständige Kriege, Unsicherheit im Lande, neue Landesherren, nämlich die *Habsburger,* die ständig mit Geldnot zu kämpfen hatten und oft das Land an Blutsauger verpfänden mußten. Die Gegenreformation hat auch wenig Segen über Oberschlesien gebracht, so daß die Bilder des Hamburger *Holstenius* von unserem Lande sehr trübe aussehen. Oberschlesien *verödete.* Der deutsche Handelsmann verläßt die Scholle, die ihn nicht mehr ernähren kann. Der Adel sucht nun aus den Bauern das Geld herauszuholen, was ihm früher die reichen Städte willig boten. Diesen Forderungen sucht sich besonders der deutsche Landmann wieder zu entziehen, so daß auch eine Landflucht deutscher Elemente einsetzt. Die Städte konnten sich auch nicht mehr erhalten, sie wurden von dem allgemeinen Verfalle mitgerissen. Nur im fruchtbaren Westoderteil konnte die Landbevölkerung einigermaßen durchhalten.

Mit der Erwerbung des Landes durch *Friedrich II.* erfolgte ein allgemeiner Umschwung. Denn der neue Landesherr wandte seine besondere Fürsorge dem oberschlesischen Gebiete zu. Eine neue Verwaltung wurde für das Land ausgearbeitet und der inneren Kolonisation Mittel bereitgestellt. Deutsche Ansiedler wurden in das Land gerufen, Eisenhütten wurden im Waldgebiete angelegt, um so das Holz zu nützen. Allmählich begann auch die *Steinkohle* erhöhte Bedeutung bei der Eisenverhüttung zu gewinnen. Als gar die Dampfmaschine erfunden war, und die *Eisenbahn* die toten Strecken umspannte, da begann der neuerlich *große Aufstieg* Oberschlesiens. Das Schienennetz verband das Land mit den Meeren und söhnte die kontinentale Lage etwas aus.

Doch immerhin: Oberschlesien bleibt ein *Transportproblem! Gegensätze* sind die Harmonien im Rhythmus der oberschlesischen Landschaft und *Paradoxe* die Prämissen zu ihrer Erklärung! Konnten wir eingangs nicht genug tun, um die *Gunst* der oberschlesischen Lage ins rechte Licht zu setzen, um den Schürzknoten der natürlichen Hauptverkehrslinien Europas im Herzen des Landes nachzuweisen, so müssen wir jetzt die These aufstellen: Der *Knotenpunkt* ist ein *Verkehrsproblem.* Uns, die wir Gunst und Laune der kontinentalen Lage kennengelernt haben, wird diese These nicht verwundern.

Drei Fragen hat der oberschlesische Verkehr zu beantworten: Wie versorge ich die *Bevölkerung* des Industriebezirkes, wie den *Rohstoffbedarf* der Industrie und des Bergbaues und wie werde ich dem *Absatze der Produktion* gerecht? Die erste Frage ist wohl die leichteste, denn es gibt noch andere Millionenstädte — und eine solche ist ja eigentlich der Industriebezirk —, welche ein organisierter Verkehr erhalten kann. Kompliziert wird erst die Frage dadurch, daß der große Verkehr, wie wir ihn auf den größten Personenbahnhöfen täglich erleben können, eigentlich eine *Nebensächlichkeit* ist im Verhältnisse zu den beiden anderen Fragen. Das Grubenholz ist heranzubringen (1 500 000 Festmeter, davon ein Drittel von außerhalb); die Eisenindustrie bedarf 1 800 000 t, die Zinkindustrie 80 000 t Rohmaterial usw. Und gar die *Produktion!* Nur ein Drittel der oberschlesischen Kohle wird im Lande selbst verbraucht, zwei Drittel gehen nach auswärts. 1 300 000 t Fertigeisenfabrikate müssen auf den Markt geworfen werden, Zementwaren, Kunstdünger, kurzum, wenn wir noch die Güterbewegung innerhalb Oberschlesiens dazu rechnen, so erhalten wir über 50 000 000 t, eine Zahl, welche wir erst dann verstehen lernen, wenn wir bedenken, daß ein voller Güterzug 500—700 t fortschaffen kann.

Mühsam, mit der größten Anstrengung, wird der Verkehr seinem Lande gerecht. Vor allem fehlt Oberschlesien die *Wasserstraße.* Knappe 3 000 000 t können auf der Oder befördert werden, also 5—6% des gesamten Verkehrs. Der Grund ist einerseits in der großen Entfernung zum Hafen, andererseits wieder in der mangelhaften und launischen Wasserführung der Oder zu suchen. Das andere Uebel ist die *Sackgassenlage* im SO-Zipfel Deutschlands, welche die weite Entfernung und teuere Frachten mit sich bringt. Einige der Hauptentfernungen, bezogen auf den Industriebezirk, seien hier angeführt:

Die Oder beim Koseler Hafen	70 km	Krakau	80 km
Breslau	185 „		
		Lodz	250 „
		Brünn	300 „
Posen	320 „	Warschau	320 „
		Wien	375 „
		Lemberg	420 „
Frankfurt a. O.	425 „		
Dresden	450 „		
Berlin	500 „		
Bromberg	500 „		
Leipzig	530 „		
Halle	560 „	Budapest	560 „

Bergbau und Industrie haben also unter der kontinentalen Lage erheblich zu leiden und können sich nur durch „größte Energie und feinste Methoden konkurrenzfähig" erhalten. (*W. Volz:* Oberschlesien S. 10.)

Heute erlebt die Welt eine ähnliche Umwälzung wie vor 500 Jahren. Nur erfolgt der Anstoß nicht von der Hochseeschiffahrt her, sondern von der aufkommenden *Luftschiffahrt.* Die Beherrschung der Luft wird zu einer völligen Umwertung der Lage und des Raumes führen. Denn nun-

mehr wird der Raum spielend überwunden, ja das Land sogar besser als die See, so daß künftighin die so gefürchtete Kontinentalität eines Landes *keine* großen Nachteile, sondern vielmehr Vorteile mit sich bringen dürfte, *wenn* die Technik das Problem der *Massenbeförderung* zu lösen vermag. Gelingt das aber, dann ist es ohne Zweifel, daß nunmehr die günstige Durchgangslage auf Schlesien einen hervorragend befruchtenden Einfluß ausüben wird. Denn der Schnittpunkt der natürlichen Verkehrswege Europas ist naturgemäß auch der günstigste und gegebene Knotenpunkt für den Luftverkehr.

Ueberblicken wir nun kurz unsere letzten Ausführungen, so kommen wir zu nachstehenden Zusammenfassungen: Das *Paradox,* Oberschlesien ist ein Knotenpunkt natürlicher Verkehrslinien und dabei ein Transportproblem, ist ganz richtig. Solange die günstige kontinentale Lage etwas galt, blühte reiches und kulturelles Leben im Lande. Die *Hochseeschiffahrt* jedoch entzog dem meerfernen Schürzpunkte nunmehr teuerer Handelsstraßen seine Daseinsberechtigung. Oberschlesische Kultur und das Deutschtum, die in diesem Lande immer eine einfache Gleichung bilden, verfallen. Erst die *Schienenwege* retten das Land wieder aus der Krisis seiner Lage, nachdem die Erwerbung durch Preußen die notwendigen geregelten Voraussetzungen eröffnet hat. Doch leidet immer noch der Absatz der Kohlen und Industrieartikel unter der Ungunst einer *kontinentalen Lage,* die vielleicht der beginnende Luftverkehr in eine Gunst wandeln dürfte.

Das Wechselspiel von Wert und Unwert der kontinentalen Lage und die Abhängigkeit des Menschen ergibt schematisch nachstehende Zusammenstellung:

Altertum	Kulturferne Lage — Herrschaft des Urwaldes.
Frühes Mittelalter	Slawische Zeit — kulturnah, aber kulturarm — Herrschaft des Waldes.
Späteres Mittelalter	Deutsche Kultur — Handelsblüte im Landverkehr.
XVI. bis XVII. Jahrhundert .	Verfall durch den Sieg der Hochseeschiffahrt, Wertlosigkeit der Kontinentallage.
XIX. bis XX. Jahrhundert . .	Neue Industrieblüte durch die raumbesiegende Eisenbahn (trotzdem Schwierigkeit des Transportproblems).

(Aus *W. Volz,* Oberschlesien S. 7.)

V. Die geographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage.

Als über das zerfallene Deutschland die Feinde herfielen, meldete sich auch der „Siegerstaat" Polen mit Gebietsansprüchen. Unter anderem wurde auch die Abtretung Oberschlesiens von Deutschland gefordert, und diese Forderungen erhärtete Polen durch historische, wirtschaftliche und

nationale Anrechte. Durch eine Art wissenschaftliche Drapierung bemühte sich der polnische Imperialismus, die Ansprüche problematisch zu machen, und damit war die *„oberschlesische Frage"* geboren, die vorhin ganz unbekannt war, und deren Existenzberechtigung wir zu überprüfen haben.

Die kulturgeographische Entwicklung hat bereits ergeben, daß die erste historisch nachweisbare Bevölkerung Oberschlesiens Germanen waren. Im Drange der Völkerwanderung jedoch verschwinden diese Stämme. Als nach einer längeren, dunklen Pause die Geschichte in die Entwicklung des Landes wieder ein Licht werfen kann, sitzen slawische Stämme mit einer sehr niedrigen Kultur auf schlesischem Boden. Unfähig, das Land selbst zu kultivieren, beriefen sowohl die Piasten, die Fürsten des oberschlesischen Gebietes, als auch die Klöster um 1200 deutsche Kolonisten, welche das Land national und kulturell durchdrangen. Polen verzichtet 1335 ausdrücklich auf Oberschlesien, und *seitdem* ist dieses Gebiet *ohne Unterbrechung* ein Gebiet des *Deutschen Reiches,* zuerst unter den *Luxemburgern,* dann unter der schweren Hand der *Habsburger* und endlich unter *Preußen,* das auch unser Gebiet zu einer neuen Blüte führte. Oberschlesien war also seit 600 Jahren ein *integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches,* eine Tatsache, der sogar Lloyd George in offizieller Rede gerecht geworden ist. Ein wie untrennbarer und selbstverständlicher Besitz Preußens unser Gebiet vor 100 Jahren gewesen sein mag, geht aus folgendem klar hervor. Bei der Gründung des Großherzogtums *Warschau* mußte Preußen verschiedene Gebiete seiner Ostgrenze an Napoleon abtreten. Obgleich zweifellos der französischen Politik sehr gedient gewesen wäre, wenn durch eine Abtretung des oberschlesischen Gebietes die natürliche Kommunikation zwischen Oesterreich und Preußen eine Unterbrechung erlitten hätte, so wird dieser Gedanke gar nicht in den Bereich des Ausführbaren gestellt. Denn Oberschlesien ist eben Preußen. Knapp vor den Toren des Landes werden einige Jahre später die Runen um ganz Deutschland geworfen, wie auch mitten in der Heide die Geschicke unsterblichen Heldengeist in Friedrich Schill (geboren in Sodow bei Lublinitz) erweckten.

Von irgendwelchen *historischen Ansprüchen* Polens auf Oberschlesien kann daher gar *keine Rede* sein, es sei denn, die Weltgeschichte müßte dem polnischen Imperialismus zuliebe um 600 Jahre zurückgedreht werden. Mit dem gleichen „historischen Rechte" könnte dann England Teile von Nordfrankreich und Deutschland Burgund und Savoyen beanspruchen. Gibt es mithin eine „oberschlesische Frage" im historischen Sinne? Nein, denn Selbstverständlichkeiten sind nicht problematisch.

Der schwächste Einwand, den Polen für die Berechtigung der oberschlesischen Frage beibringen konnte, war das *wirtschaftliche* Moment. So wurde von polnischer Seite behauptet, daß Deutschland das Industriegebiet (denn das ist doch der Kern der ganzen Frage) nicht benötige, dieses hingegen eine conditio sine qua non für die Existenz eines Polenstaates be-

deute. Dieser Einwurf spricht jeden Voraussetzungen für das Gedeihen einer Weltwirtschaft und Weltproduktion derartig Hohn, daß er nur im unseligen Affekte politischer Verhetzung und Verblendung einen mildernden Umstand finden kann. Denn, so müssen wir fragen, handelt es sich um Oberschlesien oder handelt es sich um Polen? Worauf hat der Oberschlesier Rücksicht zu nehmen, auf *seine* geschichtliche Heimat der Väter oder auf irgendeine Günstlingsmacht augenblicklicher Machthaber von Versailles? Brauchen die *Oberschlesier* Polen?, so müssen wir fragen! Nein, im Gegenteil, so lautet die leidenschaftlose Antwort. *Oberschlesien braucht Deutschland* zur Sicherstellung

seiner Ernährung,
seines Bedarfs an Grubenholz,
seines Bedarfs an geschulten Technikern, Ingenieuren und qualifizierten Arbeitern,
seines Bedarfs an Maschinen, Hilfsmaschinen und Apparaten, insbesondere aller Erzeugnisse der elektrischen Industrie — da es selbst nur Halbfabrikate erzeugt —, auch für Reparatur und Ersatz,
seines Absatzes, da weder die Tschecho-Slowakei noch Polen aufnahmefähig sind.
Es bedarf der Eisenbahn und der Vorzugstarife, der billigen Wasserfrachten der Oder,
es bedarf des deutschen Kapitals und Kreditwesens zur Sicherstellung der Zufuhren und der enormen wöchentlichen Löhnungsgelder.

(W. Volz, Oberschlesien S. 39.)

Ja, wir können sogar die Parade für den ersten Einwurf, daß nämlich Oberschlesien von Polen und nicht von Deutschland „benötigt" wird, mit dem Hiebe der Gegenfrage beantworten: *Kann denn überhaupt Polen die oberschlesische Industrie aufrechterhalten? W. Volz* schreibt treffend in seinem „Oberschlesien" (S. 72):

„Abgesehen von allem Technischen und Organisatorischen gehört hierzu die Sicherung des Absatzes. Kann Polen jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle aufnehmen? Deutschland wird trachten, sich sobald als möglich durch Anspannung der niederschlesischen und sächsischen Reviere, der Braunkohle, die es in reichster Menge hat, von Polnisch-Oberschlesien freizumachen. Was soll dann mit der Kohle werden? Der Absatz oberschlesischer Kohle nach Polen war vor dem Krieg minimal. Kann er gesteigert werden? Und wenn es gelingen sollte, ergeben sich neue Schwierigkeiten; woher das Grubenholz nehmen, ohne das ein Betrieb unmöglich ist? Jetzt deckt Deutschland drei Viertel des ungeheuren Bedarfs. Wohl kommt ein Viertel der oberschlesischen Forsten zu Polen, wohl ist Galizien waldreich; aber für eine gesicherte Grubenholzbelieferung fehlt es auf lange an Verkehrsmitteln und Organisation, ohne die eine verläßliche Belieferung unmöglich ist. Es ist also eine völlige Umstellung nötig. Die deutsch-oberschlesischen Wälder werden schnell vollen Absatz ihrer Produktion

in Deutschland haben; auf sie ist nicht zu rechnen ohne weitestgehende Vorzugsbehandlung. Damit aber würde die Rentabilität des polnischen Bergbaues wiederum leiden.

Nicht anders steht es mit der Eisenindustrie. Sie ist ein Kunstgebilde, das allmählig geworden ist. Es wird fast nur importiertes Erz verhüttet. Die Versorgung Ostdeutschlands mit Eisen ist also für Deutschland nicht allzu schwer, soweit überhaupt Deutschland abnehmen kann. Also der deutsche Markt entfällt. Es bleibt Polen überlassen, den neuerworbenen Industriebezirk mit Rohstoff zu versorgen und Absatz zu schaffen — oder die Eisenindustrie stirbt ab. Nun ist aber bereits die polnsiche Industrie in äußerster Notlage; ein Plus an Industrie kann die Notlage nur steigern."

Es gäbe vielleicht noch eine Lösung, gleichzeitig eine Befriedigung der deutschen und polnischen Ansprüche durch eine Teilung des Industriebezirkes, so wird sich mancher denken. Jedoch ganz abgesehen davon, daß niemand seinen Besitz mit irgendjemand Fremden zu teilen gewillt ist, müssen wir wiederum fragen: *Worauf* kommt es an, auf Polen oder auf Oberschlesien. Und wir müssen die Frage dementsprechend ins Oberschlesische übersetzen. Ist es für den Industriebezirk von Vorteil, wenn er eine Trennung erleidet? Hat Oberschlesien durch eine Zerschneidung einen Vorteil? *Nein,* so lautet auch hier die objektive Antwort. Was für Gründe gegen eine Teilung des Industriegebietes sprechen, das möge uns hier auch *W. Volz* als der gegebene Fachmann berichten:

„Alle Industrien bauen sich auf der Steinkohle des Zentralreviers auf. Die Oder liefert dem Bergbau den Sand für den Sandversatz.

Die Forsten liefern zwei Drittel des ungeheuren Holzbedarfs der Gruben; sie liefern der bedeutenden Papier- und Zelluloseindustrie das wesentlichste Rohmaterial. Eine Lostrennung gefährdet den Bergbau aufs schwerste.

Die Agrarkreise werden von den Stickstoffwerken mit Stickstoff und von den Kokereien mit Ammoniak versehen; die Superphosphatfabriken sind ohne die Zinkblenderösthütten nicht lebensfähig.

Die chemische Industrie baut sich auf den Nebenprodukten der Kohlenverarbeitung auf.

Die Kokskohle des Rybniker Reviers ist für die Eisenhütten des Zentralreviers unbedingt erforderlich.

Die Karbidfabriken des Plesser Kreises versorgen ganz Oberschlesien mit dem für den Bergmann unerläßlichen Karbid.

Die Produkte der Zement- und Kalkindustrie von Oppeln und Gogolin usw. ermöglichen erst die umfangreichen Bauten aller Art der Industrie.

Die Tonindustrie von Ratibor liefert das feuerfeste Gestein für die Zinkindustrie.

Die Eisenhütten verbrauchen etwa ½ Mill. Tonnen Kalk als Zuschlag, der lediglich aus dem Oppelner und Groß-Strehlitzer Kreise stammt.

Die Wasserversorgung ist durch ein Röhrensystem auf Grund des Grundwassers der Kalke nördlich des Zentralreviers einheitlich ermöglicht;

eine Vergrößerung ist nur durch das Wasser der Oder möglich. Die einheitliche Wasserversorgung, das Verkehrsnetz und das elektrische Netz sind lebenswichtige Fragen für Oberschlesien.

Die natürliche Verkehrsstraße Oberschlesiens, die Oder, ermöglicht erst eine Rentabilität wichtigster Industriezweige durch die billigen Wasserfrachten.

Der Industriebezirk ist in seiner Ernährung auf das Westoderland angewiesen." *(W. Volz:* Oberschlesien S. 38.)

Aus der Fülle der Bedingtheiten sehen wir das ganze Bild in einen natürlichen Rahmen eingespannt, der sich mit der alten Reichsgrenze sehr gut deckt. Alle Versuche, dieses Bild zu zerschneiden, wären einer reinen Zerstörungswut gleichzusetzen, und das biblische Beispiel des salomonischen Urteils hätte sein richtiges Gegenstück gefunden. Wir sehen deutlich, *Oberschlesien braucht Deutschland,* Polen ist gar nicht in der Lage, den *Wirtschaftsorganismus zu erhalten* und eine Teilung des Industriebezirkes . . . ., es wäre der Tod des überempfindlichen Apparates. Gibt es mithin eine „oberschlesische Frage" im wirtschaftlichen Sinne? Sagten wir beim historischen Ueberblick, daß Selbstverständlichkeiten nicht problematisch wären, so gilt es hier, daß mit *Unlogik* keine Frage begründet werden kann, die Anspruch erhebt, von der Wissenschaft ernst genommen zu werden.

Der *nationale Teil* der „oberschlesischen Frage" muß jedoch in einer längeren Ausführung behandelt werden, schon deshalb, weil die deutsche Objektivität für gegnerische Gründe leichter empfänglich ist und speziell in diesem Falle mehr Sentimentalität und — nur ehrlich sein — *Bequemlichkeit* an dem eigenen Unglücke die größte Schuld trägt. Wenn sich Briand auf die *deutschen Atlanten* beruft, um die völkischen Anrechte Polens auf Oberschlesien zu beweisen, wenn die Polen in *deutschen Schriftstellern Zeugen* für den urpolnischen Charakter des Landes erstehen lassen, so zeigt das eben von einer grenzenlosen Naivität des deutschen Wesens, das sich an dem selbstverständlichen „Platz an der Sonne" entwickelte, wohin noch kein Schatten der „oberschlesischen Frage" fallen konnte, weil es keine gab.

Von polnischer Seite wird nun behauptet, daß in Oberschlesien Polen siedeln und daher nach dem nationalen Prinzipe der modernen Staatenbewegung das Land zu Polen gehöre. Wie liegen nun die Verhältnisse in Wahrheit? Wir wollen nach der Reihe die einzelnen Punkte der völkischen Struktur durchsprechen und den Oberschlesier uns betrachten, was er spricht und wie er wurde.

Man spricht allgemein von den „Polen" in Oberschlesien. Ist das richtig? Ja und nein. Gewiß gibt es unter denjenigen Bewohnern, welche im gewöhnlichen Umgange sich des Deutschen nicht bedienen, auch Polen, doch die *überwiegend große Zahl* von Oberschlesiern, welche gewöhnlich als Polen aufgeführt werden, haben mit den Hochpolen *nichts* zu tun. Die Sprache dieser Bevölkerung ist das sogenannte „Wasserpolnisch", ein

Relikt, welcher vom Hochpolnischen so weit entfernt ist, daß sich diese beiden Sprachstämme *gar nicht verstehen.* Das „Wasserpolnisch" ist ohne Zweifel ein in der Sprachentwicklung dem Polnischen gegenüber zurückgebliebener Dialekt. Die Verwandtschaft zwischen dem Holländischen und dem Niederdeutschen ist beispielsweise *größer,* als die des „Wasserpolnischen" mit dem Hochpolnischen.

Das „Wasserpolnische" ist auch im Gebiete von Oberschlesien nicht durchgehend gleich entwickelt. Doch führt es den einheitlichen Charakterzug, daß fast ohne Ausnahme *alle Kulturbegriffe* dem Deutschen entlehnt sind. Diesen Lehnworten wird eine polnische Verbalendung angehängt und derartig in die Sprache eingeführt, so daß faktisch oft der mit dieser Eigenheit vertraute Deutsche den Sinn des Satzes eher erfassen kann als der Hochpole. Gedruckt erscheint die Sprache des „Pieron" als karikiert, doch ist es in Wahrheit so; man erhält eher den Eindruck eins polonisierten Deutsch, als eines germanisierten Polnisch. Das „Wasserpolnisch" besitzt sogar schon eine nicht spärliche Literatur, und aus der Uebersetzung der Schillerschen Gedichte hat „ten Bürgschaft od pana Schillera" auch über die Grenzen Oberschlesiens eine gewisse Verbreitung gefunden. Unter dem unmittelbaren Einflusse der Nationalpolen hat sich gewiß auch das Hochpolnische Eingang zu verschaffen gewußt, doch wird das nur bei einer kleinen sozialen Schicht von Akademikern usw. gesprochen, die zahlenmäßig wenig Bedeutung gewinnen kann.

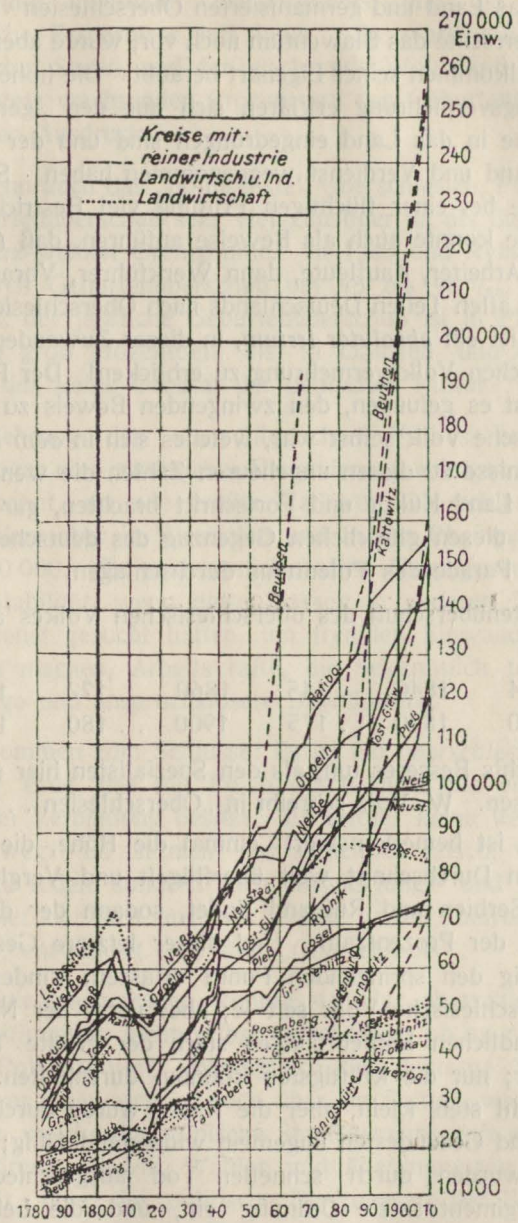
Und warum wird aber doch schlechthin in den meisten Veröffentlichungen der Oberschlesier, welcher das Deutsche nicht spricht, zum Polen gemacht? Man war in der Vorkriegszeit zu bequem, um sich mit derartigen Fragen nur zu beschäftigen oder den Namen der „Wasserpolen" offiziell einzuführen. Die Unklarheit in diesen Begriffen wurde von polnischer Seite geschickt benützt, aus den Oberschlesiern „echte" Polen gemacht, und damit aus Oberschlesien eine „Sprachenfrage" konstruiert. Diesem Nimbus ist die ganze Welt in ihrer Polensentimentalität aufgesessen, was uns aber nicht wundernehmen kann, denn der polnische Imperialismus hat es seit jeher verstanden, sich ein romantisch aufgeputztes Mäntelchen umzuhängen und so nicht nur Dichter, sondern auch Diplomatenherzen zu rühren.

Verfolgen wir einmal den Werdegang des Oberschlesiers! Die Entstehung des Siedlungsbildes soll uns die heutige Verteilung verständlich machen. Im 15. Jahrhundert war die Verteilung der Nationalitäten in großen Zügen wie folgt: West-Oberschlesien ist *ganz deutsch* und in Ost-Oberschlesien sind drei große germanische Zonen hineingelegt, 1. der Norden, also die Gegend um *Kreuzburg,* 2. die Mitte, nämlich der *Muschelkalkrücken* und 3. der Süden, das *Hügelland von Rybnik und Pleß.* Gewiß sind es nicht durchwegs Deutsche, welche in diesen ostoberschlesischen Teilen wohnen, jedoch ist das germanische Element zum mindesten stark überwiegend. Das reine Slawentum erhielt sich nur in den Waldgebieten. Es ist sicher und erwiesen, daß sich seit jener Zeit ein Mischprozeß in

unserem Gebiete abspielte. Germanen und Slawen vermengen sich, *ohne* daß ein Zuzug von Osten stattgefunden hätte. Oefter jedoch erfolgte ein geringer germanischer Zustrom von Westen. Es entwickelt sich also faktisch auf oberschlesischem Boden ein *Mischvolk der Oberschlesier,* das nichts mit dem reinslawischen Typus im Osten und, außer der Kultur, nichts mit dem rein Germanischen im Westen gemein hat. Diese Tatsachen werden noch durch die eigenartige *Kulturgrenze in den Kreisen Pleß und Rybnik* gegen den Süden unterstrichen. Betrachten wir nämlich eine Siedlungskarte genauer, so fällt uns eine deutliche Scheidelinie auf, welche die geschlossenen Siedlungen und Straßendörfer im Norden von den Einzelhöften im Süden trennt. Diese Linie ist eine *Kulturgrenze* allerersten Ranges, denn hier scheidet sich das westliche Europa vom Halbasien der östlichen Gebiete. Diese Linie fällt vollkommen genau mit der politischen Grenze des südöstlichen Oberschlesiens zusammen. Ein derartiger *krasser Gegensatz* kann sich eben nur dann entwickeln, wenn hüben und drüben liegende Gegenden einen für sich abgeschlossenen Weg gegangen sind. Und in der Tat! Hier die urdeutsche Siedlung, dort die slawischen Paseken, hier ist eben Oberschlesien und drüben Polen. Diese Grenze hätte sich gar nicht herausbilden können, wenn zu beiden Seiten ein einheitliches Volk in Kultur- und Blutsaustausch gestanden wäre. Warum konnte ein derartiger schroffer Gegensatz von Kulturbegriffen sich denn nicht an der Grenze gegen die deutschen Sudetenländer entwickeln? Wir sprachen schon oben von dem vollkommen gleichen Charakter der durch eine politische Grenze getrennten Landschaften. Weil hier der Deutsche in einer Kulturgemeinschaft mit dem Deutschen über der Grenze lebt, weil es ein zusammengehöriges Volk ist, hingegen im Plessischen — und hier gar soll die Hochburg des „Polentums" sein! — eine Gemeinschaft nicht vorhanden ist. Die rein deutschen Siedlungsanlagen haben mit unlöschbaren Worten den deutschen Charakter des Landes dokumentiert — zur Zeit der Kolonisation! Wie aber lagen die nationalen Verhältnisse später?

Wir sprachen bereits, daß der Verfall des Landes im 16., 17. und 18. Jahrhundert auch den Verfall des kulturreichen Deutschtums bewirkte. Für unsere Beweisführung von Wichtigkeit ist in dieser traurigen Periode festzuhalten: Nach Oberschlesien erfolgte *kein* fremder Zustrom, auch kein slawischer. Wie sollten auch in einem Lande, das seine eigenen Kinder nicht ernähren kann, für Zugewanderte Verdienststätten gefunden werden? Es entsteht vielmehr ein *Mischvolk der Oberschlesier,* welches sich aus Deutschen und Slawen auf oberschlesischem Boden entwickelte.

Eine grundlegende Veränderung erfolgte erst in den Jahren der beginnenden Industrie. Die Bevölkerung ganz Oberschlesiens hat sich in einem Zeitraume von rund 120 Jahren *versechsfacht.* Die Kreise vorwiegender Landwirtschaft entwickeln sich zwar langsam, steigen bis zum 2½fachen und beginnen sogar zu sinken; doch rechts der Oder erfolgt ein grandioser Aufstieg, besonders in den Kreisen, wo die Industrie zur vehementen und stürmischen Entfaltung kommt. (Siehe Diagramm.)



Die Entwicklung der Einwohnerzahlen der Kreise Oberschlesiens vom Jahre 1781 bis 1910 (in absoluten Zahlen).

Die polnische Propaganda hatte nunmehr einen prächtigen *Trick* am Lager. Das Mischvolk der Oberschlesier mußte ja unter dem Zwange der triftigen Gründe bis *vor* dem Aufkommen der Industrie zugegeben werden. Aber jetzt, so hieß es, kamen mit den Maschinen und Eisenbahnen auch die

„Preußen" in das Land und germanisierten Oberschlesien vollkommen. In vielen Teilen herrschte das Slawentum noch vor, wurde aber durch die Germanisierung vollkommen seiner Eigenart beraubt. Die hohen Prozentziffern der Bevölkerungsvermehrung erklären sich aus den „germanischen Elementen", welche in das Land eingedrungen sind und der bodenständigen Bevölkerung Land und Verdienst weggenommen haben. So die polnische Propaganda, die bei einer flüchtigen Prüfung viel Bestrickendes für sich hatte. Denn sie konnte auch als Beweise anführen, daß *tatsächlich* zahlreiche geistige Arbeiter, Kaufleute, dann Werkführer, Vorarbeiter, Spezialkräfte usw. aus allen Teilen Deutschlands nach Oberschlesien eingewandert sind. Doch es ist ein *absoluter Irrtum,* in dieser Zuwanderung den Grund der ungeheuerlichen Volksvermehrung zu erblicken! Der Forschungsarbeit von *W. Volz* ist es gelungen, den zwingenden Beweis zu liefern, daß es das oberschlesische Volk selbst war, welches sich in *dem* Maße vermehrte und im Verhältnisse zu diesen ungeheuren Zahlen die wenigen Deutschen, welche in das Land Kultur und Fortschritt brachten, *gar* nicht in Frage kamen. Durch diesen glücklichen Gegenzug des deutschen Gelehrten ist auch die letzte Parade des Polentums durchschlagen.

Der Geburtenüberschuß des oberschlesischen Volkes auf 10 000 Einwohner betrug:

1825 . . . 154	1840 . . . 145	1860 . . . 172	1870 . . . 156
1880 . . . 180	1890 . . . 175	1900 . . . 180	1910 . . . 181.

Wir können nichts Besseres tun, als den Spezialisten hier selbst zu Worte kommen zu lassen. *W. Volz* schreibt in ..Oberschlesien . . .", Seite 52:

„Zweierlei ist bemerkenswert: einmal die Höhe, die den deutschen und preußischen Durchschnitt weit überflügelt und Vergleichszahlen nur in Rumänien, Serbien und Rußland findet, sodann der deutliche gleichmäßige Anstieg der Prozentzahl. Und dieser letztere Gesichtspunkt läßt uns zahlenmäßig den springenden Punkt erfassen: kinderreich war das fruchtbare oberschlesische Volk seit je; aber unter der Not des Daseins, unter den unendlichen Entbehrunagen starb der größte Teil der Kinder im zarten Alter; nur die kräftigsten konnten durchhalten. So blieb die Bevölkerungszahl stets klein, aber die Rasse wurde durch diese Auslese der Zähesten und Gesundesten ungemein widerstandsfähig; alle schwächeren Elemente wurden durch schnellen Tod ausgeschieden. Mit dem preußischen Regiment setzte Ordnung ein, und die Lebensverhältnisse besserten sich; das war schon ein Vorteil. Aber den wohltätigsten Aufschwung brachte die Industrie; sie brachte Geld und Verdienst; der Arbeiter verdiente so viel Mark wie einst Pfennige. Damit hoben sich die Lebensverhältnisse, das Leben wurde sorgenfreier und die Kindersterblichkeit ließ nach; der gute Verdienst erlaubte frühes Heiraten; 10 bis 12 Kinder pro Familie sind an der Tagesordnung. So wuchs die Bevölkerung zahlenmäßig sehr schnell. Der gute Verdienst in der Industrie lockte

Arbeitskräfte an; aus ganz Oberschlesien kommen Leute; es besteht eine starke Wanderung innerhalb Oberschlesiens, und die Heimkehrenden nehmen reichliche Ersparnisse mit heim. So ward die Industrie dem ganzen Lande zum Segen, und der wachsende Wohlstand kommt zahlenmäßig in dem stets wachsenden Prozentsatz des Geburtenüberschusses zu einem prägnanten Ausdruck.

So steht denn auch das „polnischste" Oberschlesien, Pleß und Rybnik, in seinem Geburtenüberschuß sehr viel günstiger da als die Nachbarn jenseits der schwarz-weißen Grenzpfähle. In Pleß und Rybnik eine Volksvermehrung durch Geburtenüberschuß um 45 bis 48 ‰, drüben um 25 bis 32 ‰, d. h. der jährliche Geburtenüberschuß ist in Pleß und Rybnik fast doppelt so groß prozentuell als in Galizien und Oesterreichisch-Schlesien. Ist das keine Großtat der deutschen Kultur?"

Die Vermehrung des oberschlesischen Volkes erfolgte derartig explosiv, daß sogar eine zahlreiche *Abwanderung* erfolgen konnte. Es ist hinreichend bekannt, ein wie großer Teil von Oberschlesiern in Berlin, Sachsen, besonders aber in Westfalen und in der Rheinprovinz lebt, hier allein nahe 300 000. Es widerspräche allen Grundgesetzen von Wirtschaft und Rentabilität, wenn diese Massen in anderen Teilen Deutschlands ihr Verdienst gesucht hätten, um fremden Einwanderern in ihrem Lande Platz zu machen, Arbeitskräfte, die bekanntlich teuerer sind als die bodenständige und anspruchslosere Bevölkerung.

Und wir kommen zum Schlusse: Es ist ein *oberschlesisches Volk* auf oberschlesischer Erde, das mit Polen durch mehr als ein halbes Jahrtausend keinerlei Verbindung besitzt. Es erfolgt *keine Vermischung* über die Grenze hinweg. Es ist nicht nur sprachlich falsch, von „Polen" in Oberschlesien zu reden, sondern auch entwicklungs- und kulturgeschichtlich. Das Gebiet hat sich aus sich *selbst heraus,* befruchtet durch die deutsche Kultur, entwickelt. *Es sind „Oberschlesier".*

Doch, so wird man fragen, konnte sich das oberschlesische Volk in einer freien Abstimmung nicht *selbst* entscheiden, ob es nun zu Deutschland oder zu Polen wolle? Wenngleich der deutsche Sieg unzweifelhaft gewesen war, so waren es doch *über* ein Drittel, welche nach Polen hinüber wollten, welche die polnische Staatsgemeinschaft erwählten. Wie ist das zu erklären? Gewiß, Wahlen und Abstimmungen ergeben immer eine Möglichkeit, über die politische Denkungsart der Bevölkerung ein Bild zu gewinnen, doch wir dürfen auch nicht vergessen, daß selbst Volksentscheide und ihre Resultate Wirkungen irgendwelcher *Ursachen* sind, die zu ergründen die Hauptaufgabe einer ernsten Forschung ist. Wenn wir also nun den Oberschlesier betrachten wollen, wie er wählte, so müssen wir dann nicht vergessen, einige Zeilen über das *„Warum"* anzuschließen, um so ein richtiges Bild vom politischen Glaubensbekenntnis

der Bevölkerung zu gewinnen. (Näheres darüber siehe im Kapitel IV dieser Denkschrift.)

Zufolge Artikel 88 Anlage § 5 war im Versailler Friedensvertrag die *Volksabstimmung* über die Zugehörigkeit von Oberschlesien vorgesehen. Es sollte eine interalliierte Kommission den Mächten über die neue Grenzführung einen Vorschlag unterbreiten, welcher nicht nur auf die geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebietes, sondern auch auf die Wünsche der einzelnen abstimmenden Gemeinden Rücksicht nehmen sollte. Als Scheide für Abstimmungsberechtigte galt das Jahr 1904. Alle diejenigen, welche *nach* diesem Jahre nach Oberschlesien gekommen waren, durften nicht abstimmen. Man erhoffte dadurch, die deutschen „Einwanderer" auszuschalten und so das Resultat in polengünstigem Sinne zu beeinflussen, ein deutliches Zeichen für die augenauswischende „Objektivität" der Volksabstimmung.

Es ist hinreichend bekannt, was für eine *herbe Leidenszeit* über das oberschlesische Volk mit der Besetzung hereinbrach. Ein unglaublicher Terror wurde von polnischer Seite inszeniert, der stellenweise direkt mittelalterliche Formen annahm. Die Franzosen aber schauten diesem Treiben zu und unterstützten die Polen. Ueberprüfen wir die augenblicklichen Voraussetzungen, so erkennen wir bei beiden Parteien die *krassesten* Gegensätze: Deutschland geschlagen, stöhnend unter der Last der Abgaben, die Bürger selbst in einer Steuerschraube, die von den Militärkommissionen noch immer fester angezogen wurde, Polen hingegen als „Siegerstaat" inmitten der Menschen „erster Qualität" zum Unterschiede von den Deutschen. In Deutschland Frohnarbeit für diese Sieger, in Polen lockte die Nutznießung zugewiesener Früchte; nicht minder bedeutsam war auch die Herrschaft der Sozialdemokratie in Deutschland, in welcher die streng katholische Landbevölkerung Feinde der Kirche erblickte. Schließlich, lohnte es sich nicht, polnisch zu stimmen, wo doch für eine deutsche Mark gleich *zehn* polnische zu erhalten waren? So wurde ernstlich dem Waldbauern eingeredet. Der Termin der Abstimmung wurde immer hinausgeschoben, denn der Feind sagte sich mit Recht, je länger Deutschland an seiner unheilbaren Krankheit, dem Versailler Friedensdiktat, krankt, desto schwächer müsse es werden, desto mehr steigen die Aussichten für Polen. Endlich, als wirklich die politischen Aussichten höchst düster geworden waren, endlich wurde der Abstimmungstermin ausgeschrieben. Trotz allem! Die Abstimmung ergab einen *deutschen Sieg*.

709 348 deutsche Stimmen standen gegen
479 747 polnische!

Drei Fünftel aller Oberschlesier hatten deutsch gestimmt. Aber doch nicht 97 % wie im Masurengebiete! Wieso kommt das? Zur Erklärung ist es angezeigt, sich die Reichstagswahlen von früher zu vergegenwärtigen.

Reichstagswahlen in Oberschlesien.

1. Im Ganzen.

	Zentrum %	Polen %	Sozial-demokraten %	Rest %	
1874	36	—	—	64	
1878	63	—	—	37	Kulturkampf
1881	82	—	0,02	18	
1884	80	—	0,03	20	
1887	68	—	0,1	32	Septennat
1890	77	—	2,1	21	
1893	72	—	5,3	23	
1898	81	0,02	14	5	Industrie!
1903	60	17	11	12	Polnische Pro-
1907	32	39	7	22	paganda
1912	22	34	12	32	

2. Verteilt auf die einzelnen Kreise.

	Zentrum		Polen		Sozial-demokraten		Rest	
	1903 %	1907 %	1903 %	1907 %	1903 %	1907 %	1903 %	1907 %
Kreuzburg, Rosenberg . .	—	—	4	39	3	1	93	60
Oppeln	87	12	—	55	8	5	5	28
Groß-Strehlitz, Kosel . .	90	35	8	40	1	2	1	23
Tost, Lublinitz, Gleiwitz .	51	28	33	44	4	5	12	23
Industriebezirk N	60	16	15	53	22	12	3	19
Industriebezirk S	45	13	26	52	22	11	7	24
Pleß, Rybnik, Kattowitz-Ld.	37	11	47	65	½	1	15½	23
Ratibor	61	51	12	20	9	6	18	23
Leobschütz	91	75	—	—	4	3	5	22
Neustadt	88	92	—	—	11	8	1	—
Falkenberg	84	73	—	—	3	2	13	25
Neiße, Grottkau	92	94	—	—	7	5	1	1

Wir können also daraus entnehmen, daß im *Südwesten* (Leobschütz) des Landes das Zentrum vorherrscht, im *Industriegebiete* die Sozialdemokratie und im *Norden* (Kreuzburg) der konservative Gedanke überwiegt. Erst seit *knappen* 20 Jahren beginnt sich das nationale Polentum zu entfalten, und zwar *nur* in den Gebieten Pleß und Rybnik. Die Wahlen nach dem Zusammenbruche im Jahre 1919 bringen den Sozialdemokraten einen großen Zuwachs (38 % aller Stimmen). Den Polen wäre es freigestanden, eigene Kandidaten aufzustellen, doch proklamierten sie Wahlenthaltung, um sich im politischen Kampfe mit den Stimmen der Spartakisten, welche gleichfalls Stimmenthaltung proklamiert hatten, zu brüsten. Trotzdem Deutschland noch unmittelbar unter dem Eindrucke der Katastrophe stand, ein neues, siegreiches und unverschuldetes Polenreich die Werbetrommel für das Nationalpolentum mit bestem Geschicke rührte, waren es doch an die 70 % deutscher Stimmen, welche in Oberschlesien gezählt werden können, wenn man die übliche Wahlversäumnis berücksichtigt.

Die Gemeinderatswahlen vom November 1919 ergeben auch die Möglichkeit, über die politische Denkungsweise der Oberschlesier ein Bild zu gewinnen. Das Westoderland ist natürlich ganz deutsch. Kreuzburg, Kosel, Rosenberg und Oppeln stark deutsch, Pleß, Rybnik und die Landbezirke des Industriebezirkes stark polnisch.

Was ist aus diesen Wahlen zu entnehmen? Das reißende Ansteigen sozialdemokratischer Stimmen läßt erkennen, daß die Volksstimmung Oberschlesiens *sozial* und nicht national orientiert ist, daß „der bei einem Teile vorhandene Wille zu Polen zum allergrößten Teil nicht nationalen Idealen, sondern lediglich der Hoffnung auf soziale Besserung im vielversprechenden Polenlande entspringt". *(W. Volz:* Oberschlesien, S. 59.) Und leider, das *muß* gesagt werden, soziale Mißstände gab es im Lande mehr wie genug. Man bedenke, daß rund die Hälfte des ganzen Oberschlesiens in der Hand von 54 Besitzern sich befindet, ja nur sieben Großmagnaten sich in einem vollen Viertel Oberschlesiens teilen. Da blieb für den anderen Teil der Bevölkerung wenig freies Land übrig, und das Leben war daher für die meisten armen Häusler eine Plagerei vom Morgen bis zum Abend. Gewiß brachte die Industrie Verdienstmöglichkeiten, aber die Wohnungsnot, die gedrückte Lage der Bergarbeiter erweckte die *Opposition,* und die fand eben in der Polenpartei den Geist des Widerspruchs gegen das Bestehende. Von diesem Gesichtspunkte aus werden wir von der Abstimmung ein logisches Bild erhalten, und wir werden der Frage, *warum* der Oberschlesier *so* abstimmte, erheblich näher kommen.

Es ist bezeichnend für das „nationale Problem", daß sich die Abstimmungsergebnisse mit der Sprachenverteilung *nicht* in Einklang bringen lassen. Waren z. B. bei den früheren Volkszählungen im Kreise Rosenberg 81 % der Bevölkerung als „polnisch" gezählt worden, so ergab die Volksabstimmung jedoch nur 32 % von Wählern, welche sich für Polen entschieden hatten. Die Abstimmung war zwar geheim, jedoch gelang es den Bemühungen von *W. Volz,* eine Methode ausfindig zu machen, mit deren Hilfe wir bei den „Wasserpolen" zwei Parteien unterscheiden können: Die *eine,* welche sich für Polen und die *andere,* welche sich für Deutschland erklärt hatte. In nachstehender Tabelle werden uns die berechneten Zahlen der Wahlergebnisse wiedergegeben:

Kreis	Deutschsprachig 1910 %	Deutsche Stimmen 1921 %	Anteil an der Gesamtzahl deutscher Stimmen 1921 %	Auf 10 Deutsche kommen Deutschpolen 1921	Von allen polnisch-sprechenden wählten Deutsch 1921 %
Leobschütz . .	84,5	99,4	5,6	2	97
Oberglogau . .	—	88,3	2,7	7	75
Kreuzburg . .	46,9	96,1	3,7	10,5	92
Rosenberg . .	16,4	68,2	2	30	62
Oppeln . . .	33,6	75,6	6,8	13	63
Lublinitz . . .	14,6	53,3	1,3	22,5	45
Groß-Strehlitz .	17,2	49,3	1,9	17	39

Kreis	Deutschsprachig 1910 %	Deutsche Stimmen 1921 %	Anteil an der Gesamtzahl deutscher Stimmen 1921 %	Auf 10 Deutsche kommen Deutschpolen 1921	Von allen polnisch-sprechenden wählten Deutsch 1921 %
Tost-Gleiwitz .	20,4	59,1	2,3	15	42
Kosel	21,7	75,6	3,1	24	69
Ratibor . . .	23	70,8	4,2	20	62
Industriebezirk .	41,2	54,4	21,9	4	22
Rybnik . . .	18,9	35	2,5	10	22
Pleß	13,4	26	1,3	10,2	16

Aus dieser Tabelle ergibt sich die interessante Tatsache, daß die Hälfte aller „Polen", also der oberschlesischen „Wasserpolen", deutsch gestimmt haben, ja in den Kreisen Leobschütz, Oberglogau, Kreuzburg, Kosel, Oppeln, Ratibor und Rosenberg wäre die Abstimmung von den Wasserpolen ganz *allein* ohne einen einzigen deutschen Wähler für Deutschland gewonnen worden.

Zusammen ergibt sich, daß

für *Deutschland* stimmten: 410 000 = 35 % deutschsprachige Oberschl.,
305 000 = 25 % polnischspr. Oberschl.

Für *Polen* stimmten: 5 243 = 0,4 % deutschsprachige Oberschl.,
474 000 = 39,6 % polnischspr. Oberschl.

Diese Zahlen bringen uns dem „nationalen Problem" näher. Wohl kommen *vereinzelte* Renegaten bei jeder Gelegenheit vor, wo es gilt, Farbe zu bekennen, jedoch ist es ausgeschlossen, daß die *Hälfte* eines Volkes die nationale Sache *verrät.* Und bemühen wir uns, den Gedanken, welchen wir aus der Stimmenverteilung der Reichstagswahlen gewonnen haben, auch hier anzuwenden, so kommen wir zum richtigen Resultate, daß es einzig und allein *soziale* Gründe waren, welche den Oberschlesier bei der Abstimmung leiteten. Lehrreich und interessant ist es, die alten Verkehrsstraßen, auf welchen schon im Mittelalter der deutsche Kaufmann Waren und Kultur nach dem Osten gebracht hatte, als *„Kraftlinien"* (ein Ausdruck von *W. Volz)* deutschen Wesens verfolgen zu können. Längs dieser „Kraftlinien" wird überwiegend deutsch gewählt und je weiter weg von Kultur und Sitte, desto polnischer werden die Wahlresultate. Der *gute* und reiche Boden gibt deutsche Bauernstimmen, hingegen auf magerer Krume der Sandböden wählt der Waldbewohner polnisch. Der Grubenarbeiter entscheidet sich für Polen, der Hüttenarbeiter für Deutschland . . kurzum jede deutsche Stimme ist eine Erklärung für einen gewissen kulturellen Wert des Abstimmenden. Hat sich doch in ganz Oberschlesien nur eine *einzige Stadt* gefunden (Berun), welche *keine* deutsche Majorität aufwies.

Ehe wir aber unseren Schlußstrich ziehen, gilt es noch eine Frage zu klären: Von polnischer Seite wird sehr gerne eingewendet, daß die „Emigranten", also jene Oberschlesier, welche zerstreut außerhalb der Abstimmungsgrenzen wohnen, die Wahlschlacht zugunsten Deutschlands entschieden hätten. Doch dem ist nicht so. Gewiß marschierten 170 000 Abstimmungsberechtigte aus der ganzen Welt zur Wahlkampagne auf, doch ist es aus der Statistik bekannt, daß sich die Mehrheit dieser Auswanderer aus *polnischsprechenden* Oberschlesiern rekrutierte. Setzen wir immerhin die Schätzungsziffer ein, daß 25 % der „Emigranten" *polnisch* gestimmt hätten, so ergibt sich im *polenfreundlichsten Sinne,* daß ohne diese Stimmen noch immer

statt 709 000 . . . 579 000, d. h. 57 %, deutsche Stimmen,
statt 479 000 . . . 439 000, d. h. 43 %, polnische Stimmen

abgegeben worden wären, also immerhin noch ein *deutscher* Sieg. Abgesehen davon, daß es unlogisch ist, derartige Rechtsverdrehungen aufzurühren, entblößt damit die polnische Propaganda die schwache Stelle in ihrem Apparate: die *Kulturfrage.* Kann es einen besseren Zeugen für deutsches Recht auf Oberschlesien geben, als diese Auslandsoberschlesier, die gelernt hatten, zwischen ihrer Heimat und anderen Teilen des Reiches oder anderen Ländern Vergleiche zu ziehen, und die damit erkannt hatten, daß *nur* deutsche Tatkraft ihr Heimatland im großen Rahmen der Kultur als besonderes Objekt erhalten kann? Der Waldhauer kannte nur seinen Acker und das, was ihm von polnischen Agenten vorgesagt wurde. Doch die „Emigranten", fast durchgehend wasserpolnischer Umgangssprache, sie konnten wählen, weil sie die Voraussetzungen überschauen konnten. Wie dem auch sei, wir erkennen aus den zwingenden Zahlen, daß auch *ohne* „Emigranten" der deutsche Sieg gewiß gewesen wäre.

Nach diesen Voraussetzungen wird es uns nicht sonderlich schwer fallen, den richtigen Schluß zu ziehen. Wir erkannten, daß die Abstimmung in Oberschlesien zwar einen *deutschen Sieg bedeutete,* daß aber immerhin mehr als ein Drittel der Bewohner sich zum Polenstaate bekannte. Es ergab sich bei der Verfolgung und Erklärung der Stimmenverteilung, daß es eine Unmöglichkeit sei, die Propolen und Prodeutschen der Abstimmung aus „nationalen" Motiven heraus zu erklären. Wählten doch fast die Hälfte aller *polnisch* sprechenden Oberschlesier *deutsch.* Schon die Reichstagswahlen weisen uns auf den richtigen Weg zur Lösung unserer Frage, die *rein sozialer* Natur ist. Es war nicht zu leugnen, daß in Oberschlesien soziale Mißstände vorherrschten und diejenigen, welche unter diesen Uebelständen zu leiden hatten, wählten polnisch, aus Oppostion und vertrauend auf die himmelversprechenden Agitatoren. Ueberlegen wir ferner, daß die schrecklichste Leidenszeit und rücksichtsloser Terror die Bevölkerung einschüchterte, so müssen wir den Oberschlesiern zugestehen, daß sie gewiß *nicht schlecht* abgestimmt haben, und unter gleichen tristen

Verhältnissen eine Volksabstimmung an der Grenze der Schweiz oder der Niederlande vielleicht auch nicht besser ausgefallen wäre.

Wie steht es nun mit der „oberschlesischen Frage"? Wir mußten aus *historischen* Gründen die Aufstellung einer Frage ablehnen, erkannten in der *wirtschaftlichen* Motivierung auch keine Berechtigung einer „oberschlesischen Frage" und müssen nach unseren Ausführungen über das *Mischvolk der Oberschlesier* auch die Berechtigung einer „oberschlesischen Frage" im *völkischen Sinne* in Abrede stellen. Die Resultate der Volksabstimmung sind nur durch *soziale* Gesichtspunkte zu klären und die „oberschlesische Frage" daher nimmer Herz- sondern höchstens eine Magenfrage.

Das Politikum der „oberschlesischen Frage von gestern" ist daher ein ad hoc erfundenes polnisches Scheinwesen, das in Versailles geboren wurde, und Frankreich aus der Taufe gehoben hat. Die „oberschlesische Frage", sie wurde ersonnen, um die Bevölkerung Oberschlesiens gegeneinander *aufzubieten,* um dort Zwietracht zu säen, wo deutscher Fleiß und deutsche Kultur unter den schwierigsten Verhältnissen ein reiches Wirtschaftszentrum zum Heranreifen gebracht haben.

VI. Erklärung der Fachausdrücke:

Die Erdgeschichte wird geologisch in nachstehende Formationen eingeteilt:

Quartär mit Diluvium und Alluvium (Jetztzeit) . .	Neozoikum
Tertiär	
Kreide	Mesozoikum
Jura	
Trias	
Perm oder Dyas	Paläozoikum
Karbon	
Devon	
Silur	
Kambrium	

Einzelne Ausdrücke:

Basalt = Dichtes dunkles vulkanisches Gestein des Neozoikums.
Endmoräne = Gesteinsschuttablagerung am Ende des Gletschers.
Flöz = Bergmannsausdruck für (wirtschaftlich nutzbare) Gesteinsschicht.
Grauwacke = Feste Sandsteine des Paläozoikums.
Grundmoräne = Gesteinsschutt unter dem Gletscher.
Keuper = Gesteine der jüngeren Trias.
Konglomerate = Verkittete Geröllagen.
Kulm = Gesteine des älteren Karbon.

Löß = In Massen zusammengewehter ungeschichteter Steppenstaub.
Mergel = Kalkhaltiger Ton.
Miozän = Vierte Epoche des Tertiärs.
Mulde = Nach unten eingebogenes Schichtensystem.
Muschelkalk = Gesteine der mittleren Trias.
Oligozän = Mittlere Epoche des Tertiärs.
Quarzitschiefer = Verkieselter und geschieferter Sandstein.
Schelfmeer = Flachsee bis 200 m Tiefe.

II. Oberschlesiens Blüte vor Einzug der Interalliierten Kommission.

1. Die wirtschaftliche Blüte.

Aus einem von undurchdringlichen Wäldern und Sümpfen bedeckten, an Verkehrswegen äußerst armen Lande hat deutsche Kultur und deutsche Pionierarbeit im Laufe der letzten 150 Jahre einen blühenden Industriebezirk geschaffen. Die auf niedriger Kulturstufe stehende Bevölkerung fristete ein ärmliches Dasein und wußte mit den Bodenschätzen, die ein gütiges Geschick ihm in den Schoß geworfen hatte, nichts anzufangen. Wohl hatte es nicht an Versuchen gefehlt, die gelegentlich an der Erdoberfläche gefundenen glänzenden Mineralien bergbaulich zu gewinnen und hüttenmännisch zu verwerten. Doch kamen diese Versuche nach verhältnismäßig kurzer Blütezeit wieder in Verfall. Solche Versuche reichen zurück in das 12. und 13. Jahrhundert, in denen nach geschichtlichen Nachrichten eine erste Blütezeit der Blei- und Eisenerzgewinnung zu verzeichnen war. Das 16. Jahrhundert brachte einen zweiten Versuch eines bergbaulichen Aufschwungs, ohne jedoch von durchgreifender Wirkung zu sein.

Erst der tatkräftigen Fürsorge eines deutschen Fürsten, Friedrichs des Großen, und seiner Mitarbeiter, des Ministers v. Heinitz und des Berghauptmanns Graf v. Reden, war es beschieden, das Berg- und Hüttenwesen Oberschlesiens auf der Grundlage der deutschen Kultur zu neuem Leben zu erwecken. Seit dieser Zeit hat Oberschlesien ständig an Bedeutung zugenommen. Der Bergbau und die Hüttenindustrie haben belebend auf Handel und Wandel gewirkt und andere Industrien mit ins Leben gerufen. Ganz überragende Bedeutung aber hat bis in die Gegenwart der Bergbau und die Hüttenindustrie behalten, so daß eine Schilderung der industriellen Entwicklung Oberschlesiens sich vorwiegend mit der Montanindustrie befassen muß.

Für die Entwicklung Oberschlesiens sind zwei Gesichtspunkte von überragender Bedeutung, nämlich einerseits *der Reichtum Oberschlesiens an Bodenschätzen* und andererseits *die Ungunst seiner wirtschaftsgeographischen Lage*. Letzterer Umstand hat bewirkt, daß Oberschlesien sich erst verhältnismäßig spät als Industrieland entwickelt hat und auch heute noch durch diese Lage mannigfache Hemmungen erfährt. Trotzdem haben die im allgemeinen günstigen Lagerungsverhältnisse der Kohlen- und Erzvorkommen es vermocht, durch deutsche Pionierarbeit in Oberschlesien in wenigen Jahrzehnten eine Entwicklung herbeizuführen, die

auf dem ganzen europäischen Festlande kaum ihresgleichen findet und an amerikanische Verhältnisse erinnert. Es war die Einführung und der Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes, welcher Oberschlesien über die Ungunst seiner geographischen Lage hinwegsetzen konnte.

Abgesehen von den regelmäßigen Konjunkturschwankungen, die für alle Industrien charakteristisch sind, zeigt — mit Ausnahme des Eisenerzbergbaues — Oberschlesien eine gleichmäßige und starke Aufwärtsbewegung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Wenn diese durch deutsche Arbeit hervorgerufene und durch den Weltkrieg nur unterbrochene Entwicklung, sich als so kräftig erwiesen hat, so ist anzunehmen, daß sie ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Die von deutscher Seite für den Internationalen Geologen-Kongreß in Toronto (Canada) vorgenommenen sorgfältigen Berechnungen der in Oberschlesien anstehenden Kohlenvorräte ließen eine weitere günstige Entwicklung und eine langdauernde Nachhaltigkeit, insbesondere des Steinkohlenbergbaues, erwarten. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges trat naturgemäß eine Stockung der Entwicklung ein, die sich über die Zeit der Revolution und der Herrschaft der Interalliierten Kommission hinaus fortsetzte.

Seitdem nunmehr Oberschlesien durch den Machtspruch der Botschafterkonferenz geteilt und damit das Industrieland Oberschlesien zum größten Teil aus seinem in organischer Entwicklung entstandenen Zusammenhange mit dem deutschen Mutterlande gerissen ist, mußten damit natürliche und kulturelle Zusammenhänge gelöst werden. Unabsehbare Folgen ergaben sich hieraus für alle Beteiligten, nicht zum wenigsten für Oberschlesien selbst. Wird es, dessen größter Teil von nun an mit der Wirtschaft Polens verknüpft ist, die ihm im Verbande des Deutschen Reiches seinerzeit sicher winkende wirtschaftliche Aufwärtsbewegung weiterhin durchmachen, um dereinst zu werden, wozu es die Natur gemacht hat: die Kohlenbasis Osteuropas?

Die Grundlage des oberschlesischen Bergbaus und seiner gesamten Industrie bilden Steinkohle, Blei-, Zink- und Eisenerze. Beachtenswert ist, daß alle diese Mineralien in einem räumlich verhältnismäßig engbegrenzten Gebiete auftreten.

Das oberschlesische Steinkohlen-Becken, im Westen begrenzt durch eine etwa von Peiskretscham nach Hultschin verlaufende Linie, bedeckt den ganzen Ostzipfel Oberschlesiens und im Anschluß daran weite Gebiete der ehemaligen Kaiserreiche Oesterreich-Ungarn und Rußland, die nunmehr teils der Tschechoslowakei, zum größten Teil aber Polen zugefallen sind. Nachstehende Karte zeigt die Ausdehnung des oberschlesischen Steinkohlen-Beckens in dem Zustande vor der Teilung Oberschlesiens durch den Genfer Schiedsspruch.

Die Schichten des Steinkohlen-Gebirges in Oberschlesien sind in einer Mächtigkeit von 3 bis rund 7000 m entwickelt, die in der Richtung von Osten nach Westen allmählich zunimmt. In diesen mächtigen Schichtenkomplexen sind im Westen 477, im Osten 105 einzelne übereinander

liegende Kohlenbänke bekannt. Die größte Bedeutung besitzt die sogenannte Sattelflözgruppe, welche zwar nur wenig über 250 m Gesamt-Schichtenmächtigkeit umfaßt, aber doch in sechs einzelnen Kohlenflözen bis zu 27 m bauwürdiger Kohlenmächtigkeit besitzt. Dadurch, daß die Flöze der Sattelgruppe teilweise zusammenkommen, bildet sich ein einziges Flöz bis zu zehn und mehr Meter reiner Kohle. Diese Sattelflözgruppe



hebt sich in einer 7 bis 12 km breiten Zone, die sich von Gleiwitz über Hindenburg, Königshütte nach Myslowitz hinzieht, bis zutage heraus. Diesen günstigen Lagerungsverhältnissen hat Oberschlesien zweifelsohne die rasche und glänzende Entwicklung seines Steinkohlenbergbaues zu verdanken. Die geringe Tiefe unter der Erdoberfläche, die Freiheit von schlagenden Wettern und die Mächtigkeit der Flöze waren von Natur aus so günstige Entwicklungsfaktoren, daß es nur des Eingreifens der gut entwickelten deutschen Bergbautechnik bedurfte, um diese glänzende Entwicklung Oberschlesiens hervorzurufen.

Nördlich von dem erwähnten Flözsattel bilden die Schichten der Steinkohlenformation eine zum Teil sehr stark und steil eingefaltete Mulde, die als Beuthener Mulde bekannt ist. Nach Süden fallen die Steinkohlenflöze von dem Hauptsattel aus sanft ein und bilden eine große Binnenmulde, deren Tiefstes etwa in der Gegend zwischen Sohrau und Pleß zu suchen ist. Am Westrande des oberschlesischen Steinkohlenbeckens findet sich ebenfalls, infolge einer Spezialaufsattelung, die sogenannte Rybniker Mulde, in der die mächtigen Flöze der Sattelflözgruppe infolge der Aufsattelung noch einmal der Oberfläche näher gerückt sind und dem Bergbau gut zugänglich werden.

Die Beschaffenheit der in Oberschlesien vorkommenden Kohle weist vorwiegend auf ihre Verwendung als Hausbrand- und Industriekohle, daneben auch in erheblichem Umfange als Gaskohle hin. Verhältnismäßig arm ist Oberschlesien an guter Kokskohle. Die bisher bekannten Vorräte beschränken sich auf den westlichen und südwestlichen Teil des Bezirks und in diesem auf die liegendsten Flöze der Sattelflözgruppe und die Flöze der Randgruppe.

Die Kohlenvorräte Oberschlesiens werden auf rund 200 Milliarden Tonnen veranschlagt. Davon hat Deutschland durch den Genfer Schiedsspruch 176 Milliarden oder rund $^7/_8$ verloren.

Im einzelnen verteilen sich diese Vorräte wie folgt:

Teufenstufe	Stratigr. Stellung		Summe	Kohlenart	
	Mulden- u Sattelgr. in Millionen t	Randgruppe in Millionen t	in Millionen t	backend in Millionen t	nicht backend in Millionen t
0—100 m	50 365	10 000	60 365	7 000	53 365
1000—1200 m	12 460	2 000	14 460	1 800	12 660
1200—1500 m	12 567	3 000	15 567	3 000	12 567
1500—2000 m	19 603	4 000	23 603	4 500	19 103
Summe	94 995	19 000	113 995	16 300	97 695

Die Erzvorkommen Oberschlesiens liegen in Gesteinen der sogenannten Triasformation, welche in der Beuthener Mulde den Schichten der Steinkohlenformation aufgelagert sind und verhindern, daß der Nordrand der Beuthener Steinkohlenmulde zutage tritt. Erz und Kohle liegen also hier direkt übereinander. Die am häufigsten auftretenden Erze sind Zinkerze (Blende und Galmei), ferner Bleierze (Bleiglanz, Weißbleierz oder Bleierde) und Eisenerze (Markasit und Brauneisenerz). Diese Erze treten meistenteils in innigem Zusammenhange miteinander auf, so daß ihre bergmännische Gewinnung gemeinsam erfolgen muß. Erst durch einen Aufbereitungsprozeß lassen sich die einzelnen Erzarten voneinander trennen. Während in der Gegend von Beuthen die Zinkerze überwiegen, findet man in der Gegend von Tarnowitz hauptsächlich Bleierze. Infolge ihrer zum Teil glänzenden Oberfläche und ihrer auffallenden Farbe hatten die Erze schon in alter Zeit die Aufmerksamkeit der Landesbewohner auf sich gelenkt und zu Versuchen, sie nutzbar zu machen, angeregt. Zahlreiche

PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

alte kleine Pingen und Schächtchen der Umgegend von Beuthen und Tarnowitz deuten auf einen uralten Erzbergbau dieser Gegend hin.

Durch die räumliche, engbegrenzte Ausdehnung der Erzvorkommen sind den Erzvorräten Schranken gesetzt, die sich deutlich in der Entwicklung des Eisenerzbergbaues zeigen. Obgleich sichere geschichtliche Ueberlieferungen über den Ursprung des oberschlesischen Eisenerzbergbaues fehlen, kann er jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach zusammen mit dem Bleierzbergbau als die älteste Art industrieller Betätigung betrachtet werden. Primitiv waren die Hilfsmittel, die dem damaligen Bergbau zu Gebote standen, gering darum auch die erzielten Leistungen. Von einem planmäßigen Abbau war keine Rede; man gewann die Erze in kleinen Erdlöchern (Duckeln), wo sie gerade in der Nähe der Oberfläche gefunden wurden und wechselte den Gewinnungsort, wenn der Erzgehalt nachließ. Der Grundwasserspiegel setzte dem Bergbau nach der Tiefe ein Ziel, bis man im Laufe des 18. Jahrhunderts, nachdem deutsche Kultur und Technik aus Kohle und Eisen die Dampfmaschine geschaffen und damit das wertvollste Rüstzeug industrieller Tätigkeit gewonnen hatte, auch nunmehr Herr der in tieferen Gruben zufließenden Wassermengen werden konnte.

Das bergmännische Vordringen beim Eisenbergbau wurde durch die leichte Gewinnbarkeit der mulmigen und wenig festen Brauneisenerze begünstigt und so nahm die Eisenerzgewinnung einen verhältnismäßig raschen Aufschwung. Zuverlässige statistische Nachrichten liegen erst seit dem Jahre 1871 vor, in welchem die oberschlesische Eisenerzförderung rund 480 000 t betragen hat. Sie konnte seit diesem Zeitraum bis 1889 dauernd gesteigert werden und hatte in diesem Jahre mit rund 798 000 t ihren Höhepunkt erreicht. Der Eisengehalt der Lagerstätten erschöpfte sich nunmehr, so daß die Gewinnung ständig zurückgehen mußte. Im Jahre 1913 wurden noch 138 000 t, im Jahre 1920 aber nur noch 63 000 t Eisenerze gewonnen. Der Zeitpunkt ist demnach nicht mehr fern, an dem der oberschlesische Eisenerzbergbau infolge vollständiger Erschöpfung der Lagerstätten zum Erliegen kommen wird.

Günstiger in dieser Beziehung liegen die Verhältnisse beim *Bleierzbergbau.* Der Bleiglanz, als das hauptsächlichste Bleierz, reizte durch sein glänzendes Aussehen schon frühzeitig zu bergmännischen Versuchen und erwies sich auch bei seiner Verwertung zu Blei und Silber als leicht zu verarbeitender Stoff. Die Anfänge des Bergbaus auf ihn verlieren sich ebenfalls in geschichtlichem Dunkel. Erstmalig im Jahre 1229 wird der Ansiedlung Bytom (Beuthen) Erwähnung getan, in der sich wandernde deutsche Bergleute aus dem Mansfeldschen und dem Harz, angelockt von dem Rufe des Silberreichtums der Gegend, niedergelassen hatten. Die Einwanderung deutscher Bergleute wurde durch landesherrliche Maßnahmen begünstigt, und so entwickelten sich deutsche Siedlungen und ein nach damaligen Begriffen bedeutender Bergbau auf Bleierze. Welche Ursachen seinen Verfall nach 100 Jahren herbeigeführt haben, ist nicht erkennbar, vermutlich unüberwindbare technische Schwierigkeiten im Verein mit kriegerischen und kirchlichen Wirren.

Ein und ein halbes Jahrhundert waren seit dem Verfall des alten Beuthener Bergbaus verstrichen, als im Jahre 1519 ein neuer reicher Bleierzfund bei dem Dorfe (jetzt Alt-) Tarnowitz gemacht wurde. Der Fund fiel in eine Zeit, in der ein tatkräftiger deutscher Fürst, Markgraf Georg von Brandenburg, im Lande herrschte; er verstand es, Bergbaulustige und des Bergbaus Kundige aus dem übrigen Deutschland ins Land zu ziehen. Ihre Ansiedelung erfolgte in unmittelbarer Nähe der Fundstelle; sie erhielt später das landesherrliche Privilegium einer „freien Bergstadt" und den Namen Tarnowitz nach dem ehemaligen Dorfe. In jene Zeit lebhafter bergbaulicher Tätigkeit fällt der erste Versuch, die Rechtsverhältnisse der Bergbautreibenden durch Erlaß einer deutschen Bergordnung im Jahre 1528 einheitlich zu regeln.

Der Betrieb war auch jetzt noch häufigen Wechselfällen unterworfen, entsprechend der Veränderlichkeit des Erzvorkommens und den wechselnden Schwierigkeiten durch zusitzende Grubenwasser. Immerhin besaß der Bergbau einen für damalige Verhältnisse bedeutenden Umfang; berichtet doch ein altes Bergbuch, daß in der näheren Umgebung der Stadt Tarnowitz selbst, in der der hauptsächlichste Bergbau umging, in dem Zeitraum von 1529—1627 7518 Schächte, 59 Wäschen, 24 Röststätten, 6 Hütten und 1 Stollen gemutet wurden.

Mit dem Beginn des 17. Jahrhunderts geriet der Bleierzbergbau Oberschlesiens, vornehmlich durch die Wirren des 30jährigen Krieges, erneut in Verfall. Dieser Zustand änderte sich mit einem Schlage, als Graf Reden auf Veranlassung der preußischen Regierung an die Spitze des schlesischen Bergbaus trat. Er durchschaute mit klarem Blicke, daß eine Wiederbelebung des Bergbaus nur unter der Initiative des Staates erfolgen könne und ergriff alsbald die dazu notwendigen Maßnahmen. So wurde zunächst im Jahre 1783 das Absenken mehrerer Schächte und Bohrlöcher bei Bobrownik, Trockenberg und Lassowitz angeordnet. Damit beginnt die dritte bis auf den heutigen Tag andauernde Periode des oberschlesischen Bergbaus auf Bleierze. An ihr ist zunächst bemerkenswert, daß zur Hebung der zusitzenden Grubenwasser auf Betreiben Redens alsbald eine Feuermaschine aufgestellt wurde, wodurch die bis dahin bestehenden Schwierigkeiten behoben wurden.

Um die Nachhaltigkeit des Bergbaus sicherzustellen, entschloß sich die Preußische Staatsregierung, ein für ihre Zwecke geeignetes und der Größe nach ausreichendes Feld für die Bleierzgewinnung sich zu reservieren. Dies geschah zunächst 1786 in mäßigen Grenzen durch Mutung. Im Jahre 1837 wurde es jedoch durch eine im Wege der Kabinettsorder ausgesprochene Feldesreservation in einem Ausmaß erweitert, daß es seitdem fast die gesamten bleierzführenden Partien umfaßt. Innerhalb dieses reservierten Feldes sind später Privatgruben zur Ausbeutung der beibrechenden Zinkerze entstanden. Ihnen lag die Verpflichtung ob, die gewonnenen Bleierze gegen Erstattung der Selbstkosten an den Staat abzuliefern. So sehen wir etwa vom Jahre 1830 ab den Bergbau auf Bleierz vom Staat

und von Privaten betrieben. Die Entwicklung dieses Bergbaus in den letzten Jahrzehnten zeigt nachstehende Tabelle:

1881	21 000 t
1886	29 000 t
1891	28 700 t
1896	31 000 t
1901	45 000 t
1906	43 000 t
1911	47 700 t
1913	52 600 t
1920	22 000 t

Wenn auch der Rückgang der Förderung an Bleierz seit 1913 zunächst einmal eine Folge des Krieges ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Bleierzbergbau den Höhepunkt seiner Entwicklung erreicht, wenn nicht gar überschritten hat. Für einige Jahrzehnte mag er noch reichen; dann wird auch er durch Erschöpfung der Lagerstätte zum Erliegen kommen.

Der Bergbau auf die in Oberschlesien auftretenden *Zinkerze* (Zinkblende und Galmei) ist jüngeren Alters als der auf Eisen- und Bleierz. Der Grund hierfür liegt vornehmlich darin, daß man erst verhältnismäßig spät gelernt hat, die Erze hüttenmännisch zu verwerten. Zunächst gelang nur die Darstellung von Messing durch Verschmelzen des Galmeis mit Kupfererz. Der Bergbau galt infolgedessen anfangs nur dem der Tagesoberfläche zunächst gelegenen Galmei und wurde in primitiver Weise geführt. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts gleichfalls zum Erliegen gebracht und völliger Vergessenheit anheimgefallen, wurde er am Anfange des 18. Jahrhunderts durch den Breslauer Kaufmann Georg von Giesche zu neuem Leben erweckt. Seitdem ist Galmei ununterbrochen in Oberschlesien gewonnen worden, bis die zunehmende Erschöpfung des Vorkommens um die Mitte des 19. Jahrhunderts dazu zwang, sich der reicheren, aber bis dahin nicht verhüttbaren Zinkblende zuzuwenden. Da deren Vorkommen nachhaltiger als das des Galmeis ist, hat sich der Bergbau in günstigster Weise entwickeln können und verspricht noch eine Lebensdauer, die schätzungsweise auf 100 Jahre bemessen werden kann. Die Entwicklung des Bergbaus auf beide Zinkerze veranschaulicht nachstehende Uebersicht, bei der allerdings zu bemerken ist, daß die Zahlen der ersten Jahre Roherz und aufbereitetes Gut, der späteren Zeit nur aufbereitetes Erz enthalten:

	Galmei t	Blende t
1881	444 281	99 809
1886	371 935	172 780
1891	324 391	271 277
1896	263 338	275 514
1901	194 348	327 955
1906	186 966	396 917
1911	119 000	375 000
1913	107 800	400 000
1920	37 500	228 800

Der Steinkohlenbergbau Oberschlesiens, dessen Bedeutung heute alle anderen Zweige industrieller Tätigkeit überragt, ist das jüngste Glied des oberschlesischen Bergbaus. Diese Tatsache erklärt sich daraus, daß für

die Bedürfnisse des schwach besiedelten Landes an Brennstoffen der Holzreichtum Oberschlesiens ehedem mehr als genügte. So ließ man die Kohle auch dort, wo sie unmittelbar zutage tritt, zunächst achtlos liegen.

Der Zufall mag die Entdeckung begünstigt haben, daß das schwarze Gestein brennbar war; geschichtliche Ueberlieferungen über Zeit und Ort der erstmaligen Verwendung von Kohle fehlen jedenfalls. Die ersten geschichtlich nachweisbaren Versuche zu bergmännischer Gewinnung von Steinkohle fanden um die Mitte des 18. Jahrhunderts in der Gegend von Ruda und Orzegow, sowie bei Kostuchna im Kreise Pleß statt; es handelte sich regelmäßig um das Ausgehende einzelner Flöze, das mit den damaligen Hilfmitteln der Technik gewinnbar, dem Bergbau die meisten Aussichten bot. Von einem geregelten und nachhaltigen Bergbau kann auch hier keine Rede sein. Man richtete je nach den Aussichten, die das Vorkommen zu bieten schien, bald hier bald dort einen Betrieb ein und verließ ihn, wenn man der technischen Schwierigkeiten nicht mehr Herr zu werden vermochte. In dieser Weise schleppte sich der Steinkohlenbergbau einige Jahrzehnte fort, bis auch ihm in dem Grafen Reden der eigentliche Erwecker erstand. Unablässig war er bemüht, den Bergbau zu beleben und ihm vor allem Absatz für die geförderte Kohle zu schaffen. Hierin lag zunächst die größte Schwierigkeit, da Bedarf im Lande nicht vorhanden war und dem Absatz auf größere Entfernungen der Mangel an geeigneten Transportmitteln und der überaus schlechte Zustand der Wege hinderlich waren. Auf beiden Gebieten setzte Redens Fürsorge ein. So wurden Prämien ausgesetzt für den Umbau von Heizöfen und industriellen Feuerungen von Holz auf Steinkohle. Im Lande selbst enstand der Kohle als neuer Abnehmer die im Jahre 1786 auf der Friedrichsgrube aufgestellte Dampfmaschine, der alsbald weitere folgten. Ein weiterer fand sich in der Eisenhüttenindustrie, nachdem auf Redens Veranlassung im Jahre 1796 der erste auf dem europäischen Kontinent mit Steinkohlenkoks betriebene deutsche Hochofen angeblasen worden war. Der Verbesserung der Transportverhältnisse diente der in dem Jahre 1788 in Angriff genommene, 1805 vollendete Klodnitzkanal und die Gewährung von Vergünstigungen an Fuhrleute und Kahnschiffer für die Verfrachtung von Kohle. Der von der Vollendung des Kanals erhoffte Erfolg einer Belebung des Absatzes nach Breslau und Berlin blieb allerdings infolge der schlechten Schiffahrtsverhältnisse der Oder hinter den Erwartungen zurück, auch beherrschte damals das frachtlich günstiger gelegene und bereits zu einer größeren Produktion gelangte Niederschlesische Revier den Breslauer und Berliner Markt.

Unter Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten besserten sich die Absatzverhältnisse allmählich, so daß die Gründung staatlicher Steinkohlenbergwerke von Reden ins Auge gefaßt werden konnte. Diese Absicht konnte in dem letzten Jahrzehnt des 18. und dem ersten des 19. Jahrhunderts durch Begründung der beiden heute noch bestehenden Gruben „Königin Luise“ bei Zabrze und „König“ bei Chorzow verwirklicht werden. Diesen beiden Gruben wurden später, um ihnen einen nachhaltigen Betrieb

zu ermöglichen, Felder von erheblicher Ausdehnung reserviert. Der Betrieb der beiden staatlichen Bergwerke war für damalige Verhältnisse vorbildlich; seine Erfolge spornten auch Private zu neuen Versuchen an, und so sehen wir am Ende des 18. Jahrhunderts über eine größere Fläche verstreut bereits 18 Bergwerke mit 619 Mann Belegschaft und einer Jahresförderung von 38 546 t im Betriebe. Von ihnen standen vier im Eigentum des Preußischen Fiskus, zwei in dem der freien Standesherrschaft Pleß, der Rest war in gewerkschaftlichem Besitz, zumeist dem des deutschen Adels.

In den darauffolgenden Jahrzehnten tritt zunächst der staatliche Steinkohlenbergbau in den Vordergrund. Die Anlegung des Hauptschlüsselerbstollens bei Zabrze, der vom Jahre 1800 an innerhalb von 68 Jahren 14 000 m weit ins Feld getrieben, zur Wasserhaltung und Förderung nutzbar gemacht und zu diesem Zwecke mit dem Klodnitzkanal verbunden wurde, brachte insbesondere der Königin-Luise-Grube einen ungeahnten Aufschwung.

Die Erfolge des deutschen staatlichen Bergbaus, der in der sich allmählich entwickelnden Hüttenindustrie seinen Hauptabnehmer fand, regte die Bergbaulust Privater weiter an, so daß die Zahl der gewerkschaftlichen Gruben sich im Jahre 1820 bereits auf 28 mit etwa 147 000 t Förderung und 1000 Mann Belegschaft gesteigert hatte. Der Drang zur Betätigung im Steinkohlenbergbau war zeitweise so lebhaft, daß gegen Ende der dreißiger Jahre, um spekulativen Auswüchsen auf diesem Gebiete vorzubeugen, eine Beschränkung des Schürfens, Mutens und Verleihens verfügt werden mußte; sie wurde jedoch 1856 wieder aufgehoben und die Anträge auf Verleihungen häuften sich alsbald wieder. So waren 1860 89 gewerkschaftliche Gruben mit 12 800 Arbeitern und 2 478 000 t Förderung im Betrieb.

An diesem Aufschwung hatte nicht zum wenigsten die Beseitigung der staatlichen Bevormundung des Bergbaus durch das Gesetz vom 12. Mai 1851 Anteil.

Nicht unerwähnt möge hier bleiben, — weil für den gesamten Bergbau Oberschlesiens bedeutungsvoll und förderlich — die im fridericianischen Zeitalter erfolgte Kodifikation der vielerlei herrschenden Rechtsnormen auf dem Gebiete des Bergbaus in einem Gesetz, der unter dem 5. Juni 1769 erlassenen Revidierten Bergordnung für das souveräne Herzogtum Schlesien und die Grafschaft Glatz. Bedeutete sie für damalige Verhältnisse einen erheblichen Fortschritt, so erwies sich das in ihr geschaffene Recht, das den gesamten Bergbau durch die Fesseln eines starren staatlichen Bureaukratismus einengte, als ein Hindernis für eine freie Entfaltung der im Laufe der Jahrzehnte im Bergbau lebendig gewordenen Kräfte.

Mannigfache Momente waren es, die seit der Mitte des Jahrhunderts dem Steinkohlenbergbau zu neuem Aufschwung verhalfen. Als bedeutendstes ist zu nennen die Ueberwindung der aus der geographischen Lage Oberschlesiens sich ergebenden Nachteile durch den Bau von Eisenbahnen. Die deutschen Eisenbahnen, die selbst mit der Zeit Hauptabnehmer für

oberschlesische Kohle wurden und es noch sind, schufen dieser eigentlich erst ihr Absatzgebiet. Im Verein damit wirkte eine in dem Allgemeinen Berggesetz vom 24. Juni 1865 zum Ausdruck gebrachte Gesetzgebung mit, dem Bergbau ein freieres Feld der Betätigung zu schaffen. Erst jetzt war die Bahn freigeworden für eine Entwicklung des Steinkohlenbergbaus, die dem Reichtum Oberschlesiens an Kohle entsprach. Schließlich blieb auch der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung, der in Deutschland nach den Kriegen von 1866 und 1870/71 einsetzte, nicht ohne Einfluß auf Oberschlesien.

Die unaufhaltsame Aufwärtsbewegung seit jener Zeit findet in nachstehenden Zahlen ihren Ausdruck:

Jahr	Förderung insgesamt in 1000 t
1871	6 532
1876	8 430
1881	10 368
1886	12 865
1891	17 730
1896	19 586
1901	25 251
1906	29 653
1909	34 657
1913	43 801
1916	42 066
1918	39 968
1920	31 750

Die Entwicklung hat mit Kriegsausbruch ihr Ende gefunden. Wie sie sich weiter gestalten wird, nachdem die politischen und sozialen Verhältnisse sich von Grund aus verändert haben, bleibt abzuwarten. Auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit war der Steinkohlenbergbau Oberschlesiens im Jahre 1913 jedenfalls noch nicht angelangt.

In den ersten Jahrzehnten seines Bestehens blieb der Steinkohlenbergbau auf den Gleiwitz-Myslowitzer Sattel beschränkt, auf dem die ergiebigsten Flöze in geringen Teufen anstanden. Mit der Entwicklung der Bergbautechnik wurde auch die ganze Beuthener Mulde allmählich vom Bergbau ergriffen. Nur vereinzelt entstanden jedoch zunächst Steinkohlenbergwerke in der dem Sattel nach Süden vorgelagerten Mulde. Das produktive Karbon wird hier von einem aus wasserführenden tertiären Schichten bestehenden Deckgebirge überlagert, das dem Abteufen von Schächten große Schwierigkeiten entgegensetzt. So sehen wir um die Jahrhundertwende den Steinkohlenbergbau vorwiegend auf ein durch die Städte Gleiwitz—Myslowitz—Tarnowitz gebildetes Dreieck, das sogenannte Zentralrevier, beschränkt, während die gewaltigen Vorräte der südlich vorgelagerten Kreise Pleß und Rybnik im wesentlichen noch der Erschließung harrten. Diese setzte in den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts mit großzügigen Untersuchungsarbeiten ein, denen Mutungen und an bergbaulich günstigen Stellen alsbald neue Unternehmungen folgten. So entstanden im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte, räumlich vom Zentralrevier getrennt, der Rybniker und Nikolaier Bezirk. Wirtschaftlich

verwuchsen diese, insbesondere der Rybniker Bezirk, allerdings auf das allerengste mit dem Zentralrevier. Dieses zeigte nämlich seit geraumer Zeit bereits Zeichen beginnender Erschöpfung seiner Kokskohlenvorräte, so daß die Frage der Versorgung der im Zentralrevier belegenen Kokereien mit Kokskohle und der Hütten mit Koks allmählich brennend wurde. Hier sprang das Rybniker Revier ein, das durchweg eine vorzügliche Kokskohle führt und den im Zentralrevier entstehenden Ausfall ausgleichen konnte.

Von besonderer Bedeutung war von jeher die Frage, inwieweit die geförderte Kohle sich zur Verkokung eignete, da Koks als unentbehrlicher Rohstoff der Hüttenindustrie stets begehrt war. Glücklicherweise erwiesen sich einige Flöze der westlichen Gruben des Zentralreviers als Kokskohle führend. So siedelte sich hier im Laufe der Zeit eine Kokereiindustrie an, die in neuerer Zeit einen Zuwachs durch einige Kokereien des Rybniker Reviers erfahren hat. Immerhin blieb die Erzeugung von Koks im Verhältnis zu der gesamten Kohlenförderung gering; sie stieg von 721 000 t im Jahre 1881

auf 1 257 000 t im Jahre 1901
1 568 000 t „ „ 1906
1 723 000 t „ „ 1911
2 055 000 t „ „ 1913
2 728 000 t „ „ 1918
2 487 000 t „ „ 1920

Im Jahre 1920 waren 18 Anlagen mit etwa 3000 Koksöfen vorhanden, die sämtlich auf die Gewinnung von Nebenprodukten eingerichtet waren.

Deren Herstellung hat etwa seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts mehr und mehr Eingang gefunden und wird heute vielfach an gemeinsamen Verarbeitungsstätten, bis zu allen nach dem heutigen Stande der chemischen Technologie darstellbaren Endprodukten, betrieben. Aus nachstehenden Zahlen ist die Entwicklung der Nebenproduktenerzeugung ersichtlich:

	Teer, Teerpech, Teeröle t	Schwefelsaures Ammoniak t	Benzol t
1906	68 755	20 035	3 584
1913	154 291	35 447	24 506
1918	134 920	31 747	29 855
1920	112 413	32 000	26 000

Die Absatzverhältnisse des oberschlesischen Steinkohlenbergbaues wurden durch die Mangelhaftigkeit der Verkehrswege und Transportmittel sehr erschwert. Der am Ende des 18. Jahrhunderts gemachte Versuch, die Verkehrsverhältnisse durch den Bau des Klodnitzkanals zu verbessern, mußte solange Stückwerk bleiben, als ihm nicht der Ausbau der Oder zu einer leistungsfähigen Wasserstraße folgte. Hierfür sind zwar bis in die 80er Jahre des 19. Jahrhunderts hinein dauernd Aufwendungen von Staats wegen gemacht worden; sie waren aber im Verhältnis zu der Größe der Aufgabe stets zu gering bemessen. Erst das Wasserstraßengesetz vom 6. 6. 1888 stellte Mittel in einem Umfange bereit, daß die Anlage eines Umschlaghafens in Kosel-Kandrzin und die Kanalisation der wichtigsten Abschnitte des Flußlaufes ausgeführt werden konnten. Seither sind noch

mehrfach Staatsgelder bewilligt worden, die dem weiteren Ausbau der Oder zum Großschiffahrtsweg dienen. Das Werk befindet sich noch im Bau; es wird nach seiner Vollendung eine Schiffbarkeit des Stromes für 600-t-Kähne bei einem Niedrigwasserstande von 1,40 m gewährleisten. Für Kähne dieser Abmessungen ist wiederum der Klodnitzkanal nicht schiffbar, so daß seine Bedeutung zurzeit eine ganz untergeordnete ist. Zwar liegen Projekte für einen Ausbau des Kanals vor; ob sie jemals zur Ausführung kommen werden, muß dahingestellt bleiben. Bis auf weiteres ist jedenfalls mit der Tatsache zu rechnen, daß eine leistungsfähige Wasserstraße der oberschlesischen Montanindustrie erst in einer Entfernung von ihrem Standort von 60 km zur Verfügung steht. Daraus erklärt sich auch der Umstand, daß der Absatz auf der Oder nur mit dem verhältnismäßig geringen Anteil von etwa 6 % am Gesamtabsatz beteiligt ist.

Der unzureichende Zustand der Straßen in Oberschlesien veranlaßte die preußische Staatsregierung, durch Reskript vom 13. August 1779 eine Schlesische Steinkohlenbergbauhilfskasse ins Leben zu rufen, zu deren Hauptaufgaben der Bau und die Unterhaltung von Bergwerksstraßen gehörte. Dieser Aufgabe hat sich die Kasse, die durch Kabinettsordre vom 18. März 1861 in eine Niederschlesische und eine Oberschlesische Steinkohlenbergbauhilfskasse geteilt wurde, mit anerkennenswertem Erfolge unterzogen und so auf dem Wege der gemeinsamen Selbsthilfe der Bergbautreibenden dazu beigetragen, die Absatzverhältnisse zu verbessern. Heute ist der Absatz mit Landfuhrwerk in Höhe von 2—3% des Gesamtabsatzes nur noch für das Revier selbst und seine allernächste Umgebung von einiger Bedeutung.

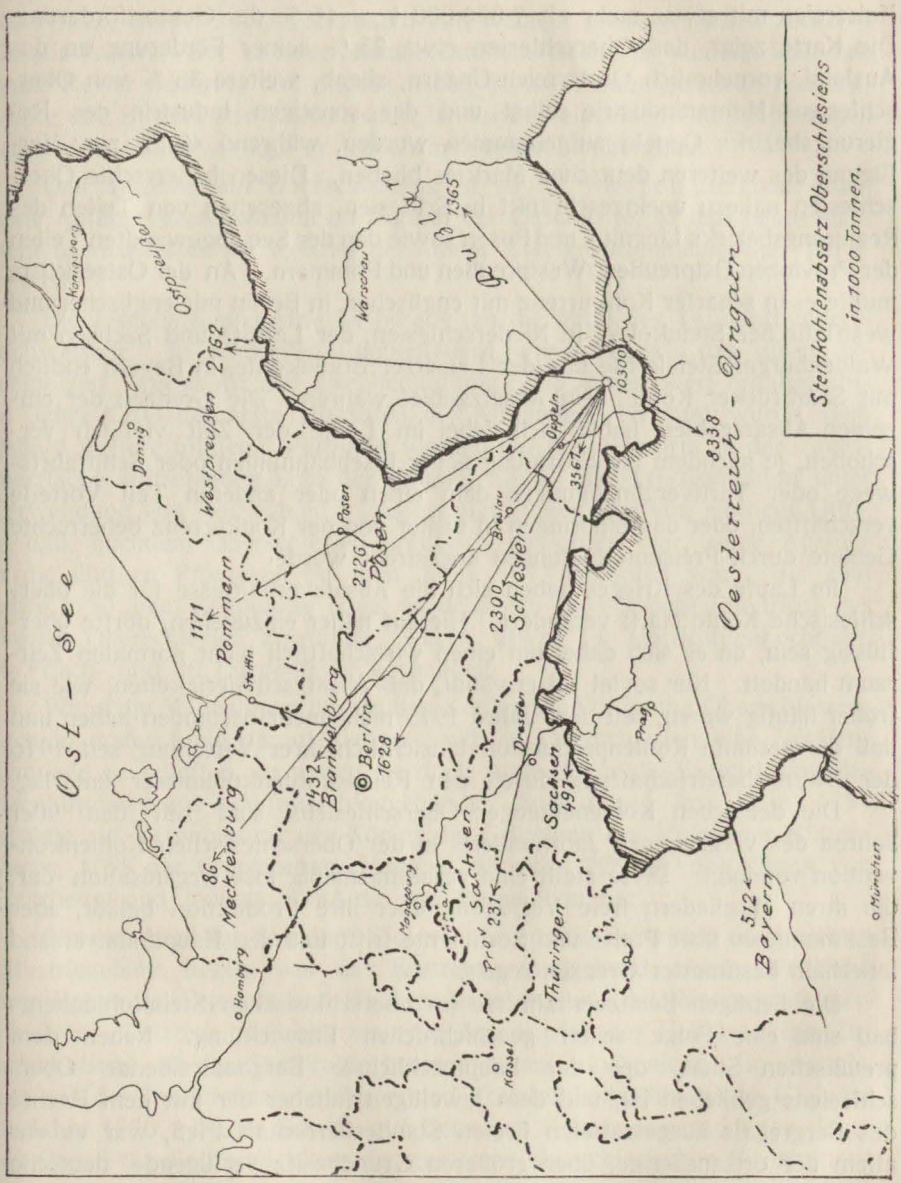
Um die Mitte des 19. Jahrhunderts begann eine durch den Bau der ersten Eisenbahnen bedingte Wendung zum Besseren in den Absatzverhältnissen.

Der Ausbau der Eisenbahnlinien, der Oberschlesien mit dem übrigen Deutschland verbindet, ist seither in richtiger Erkenntnis des Wertes dieses Transportmittels für Oberschlesien zunächst durch die Unternehmungslust Privater, später durch Fürsorge des preußischen Staates, in einem Umfange gefördert worden, daß heute ein durchaus leistungsfähiges und den Anforderungen genügendes Verkehrsnetz zur Verfügung steht.

Anders steht es mit den Transportmitteln nach den benachbarten außerdeutschen Ländern. Da diese an der oberschlesischen Grenze eine eigene Kohlen- und Eisenindustrie besaßen, die sie gegen die Konkurrenz Oberschlesiens schützen zu müssen glaubten, sind im Laufe der Zeit nur wenig Bahnen entstanden, die den Verkehr über die Grenze ermöglichen.

Unter diesen Umständen hat der Inlandsabsatz für Oberschlesien von jeher die ausschlaggebende Rolle gespielt. Eine Darstellung der wechselnden Entwicklung der Absatzverhältnisse würde zu weit führen. Den Absatz in einem der letzten Friedensjahre zeigt nebenstehende Karte*:

* Die Zahlen der Karte sind insofern nicht ganz zutreffend, als der Wasserversand ab Cosel-Oderhafen und Oppeln mit 1 200 000 t sowie ab Breslau mit 250 000 t nicht in vollem Umfange berücksichtigt werden konnte.


Steinkohlenabsatz Oberschlesiens
in 1000 Tonnen.
Ost - See
Ostpreußen
Westpreußen 2752
Pommern 1171
Posen 2126
Schlesien 2300
Oesterreich - Ungarn 8338
Berlin 1628
Brandenburg 1432
Mecklenburg 86
Sachsen 497
Prov. Sachsen 231
Thüringen
Bayern 512
Warschau
Posen
Stettin
Danzig
Königsberg
Magdeburg
Hannover
Kassel
Dresden
Prag
München
Oppeln
Breslau
16300
3567

In ihr ist in einer Summe aufgeführt der Selbstverbrauch der Gruben mit etwa 3 300 000 t = 8 % der Förderung und der Verbrauch des engeren Industriebezirks, insbesondere der Hüttenindustrie und der Kokereien mit etwas mehr als 7 000 000 t = 16 % der Gesamtförderung. Die Karte zeigt, daß Oberschlesien etwa 25 % seiner Förderung an das Ausland, vornehmlich Oesterreich-Ungarn, abgab, weitere 35 % von Oberschlesiens Montanindustrie selbst und der sonstigen Industrie des Regierungsbezirks Oppeln aufgenommen wurden, während 40 % zur Verfügung des weiteren deutschen Marktes blieben. Diesen beherrschte Oberschlesien nahezu uneingeschränkt in Schlesien, abgesehen von Teilen des Regierungsbezirks Liegnitz, und Posen sowie den der See abgewandten Teilen der Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern. An der Ostseeküste mußte es in scharfer Konkurrenz mit englischer, in Berlin mit englischer und westfälischer Steinkohle, in Niederschlesien, der Lausitz und Sachsen mit Waldenburger Steinkohle und der Lausitzer Braunkohle, in Bayern endlich mit Saarbrücker Kohle, sein Absatzgebiet wahren. Die Grenzen der einzelnen Absatzgebiete haben sich dabei im Laufe der Zeit vielfach verschoben, je nachdem die Eröffnung neuer Eisenbahnlinien oder Schiffahrtswege oder Tarifvergünstigungen dem einen oder anderen Teil Vorteile verschafften, oder das Eindringen in bisher von der Konkurrenz beherrschte Gebiete durch Preisunterbietungen angestrebt wurde.

Im Laufe des Krieges haben sich die Absatzverhältnisse für die oberschlesische Kohle stark verändert. Hierauf näher einzugehen, dürfte überflüssig sein, da es sich dabei um einen wirtschaftlich nicht normalen Zeitraum handelt. Nur soviel sei erwähnt, daß Absatzschwierigkeiten, wie sie früher häufig waren, seit dem Jahre 1915 nicht mehr bestanden haben und daß die gesamte Kohlenproduktion hinsichtlich ihrer Verteilung seit 1916 der Zwangsbewirtschaftung durch den Reichskohlenkommissar unterlag.

Die deutschen Kohlenerzeuger Oberschlesiens sind seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in der Oberschlesischen Kohlenkonvention vereinigt. Diese stellt eine verhältnismäßig lose Organisation dar, die ihren Mitgliedern freie Verfügung über ihre Produktion beläßt, aber Bestimmungen über Preise und Sortimente trifft und den Hauptbahnversand innerhalb bestimmter Grenzen regelt.

Die heutigen Besitzverhältnisse im oberschlesischen Steinkohlenbergbau sind eine Folge seiner geschichtlichen Entwicklung. Neben dem preußischen Staat, der der hauptsächlichste Bergbautreibende Oberschlesiens geblieben ist, und dem jeweiligen Inhaber der mit dem Rechte des Bergregals ausgestatteten Freien Standesherrschaft Pleß, war es vor allem der ortsansässige, über größeren Grundbesitz verfügende deutsche Adel, der sich die Entwicklung des Bergbaus angelegen sein ließ. Daneben finden wir aber auch Private und Gesellschaften als bergbauliche Unternehmer tätig.

Als mit dem Vorrücken des Bergbaus in größere Teufen seine Abhängigkeit von kapitalkräftigen Händen sich mehr und mehr als notwendig erwies, setzte in den 70er Jahren eine Konzentrationsbestrebung ein, die

den heutigen Besitzverhältnissen ihren Stempel aufgedrückt hat. Abgesehen von einigen kleineren Werken befindet sich der gesamte Steinkohlenbergbau, einschließlich der noch unverritzten Reservefelder, zurzeit in der Hand des Fiskus, einiger adliger Magnaten und weniger größerer (meist Aktien-) Gesellschaften. Der in einer Hand befindliche Besitz ist zumeist über das ganze Revier zerstreut und umfaßt neben Steinkohlenbergwerken Erzbergwerke und Hütten. Der Schwerpunkt ist bei den einzelnen Unternehmungen verschieden; zumeist liegt er jedoch im Steinkohlenbergbau.

Das *Hüttenwesen* Oberschlesiens ist so alt wie sein Bergbau; auch seine Anfänge verschwinden im Dunkel der Geschichte, so daß heute nicht mehr nachzuweisen ist, welches der älteste Zweig hüttenmännischer Tätigkeit ist.

Die *Eisenhüttenindustrie* ist bereits um die Mitte des 14. Jahrhunderts nachweisbar. In primitiven Luppenfeuern wurde damals das Eisen erschmolzen. Diese Art der Eisenherstellung blieb unverändert erhalten, bis im Jahre 1703 der erste Hochofen bei Althammer errichtet wurde, dem alsbald weitere folgten. Verhüttet wurden nur die vielerorts an der Tagesoberfläche auftretenden Erze der Keuper-, Jura- und Triasformation unter Verwendung von Holzkohlen. Das erzeugte Eisen war von geringer Güte, so daß, nachdem Oberschlesien preußisch geworden war, seine Ausfuhr in die übrigen Provinzen bis zum Jahre 1777 verboten war. Bis zum Jahre 1750, dem Zeitpunkte etwa, an dem sich die Fürsorge Friedrichs des Großen Oberschlesien zuwandte, waren etwa 14 Holzkohlenhochöfen, 40 Frisch- und 30 Luppenfeuer vorhanden.

Wenn die Maßnahmen des großen Königs zur Förderung Oberschlesiens auch in erster Linie darauf zielten, sich in Oberschlesien eine Waffenschmiede zu schaffen, so waren sie doch zugleich für die Entwicklung des Eisenhüttenwesens von ausschlaggebender Bedeutung. Im Jahre 1754 erfolgte auf Veranlassung des Königs die Gründung des Malapaner Hüttenwerks, 1755 der Creutzburger Hütte, 1768 und 1775 die der Hütten von Krascheow und Jedlitze, 1784 die von Dembiohammer.

Für die Wahl des Standorts dieser Anlagen, die außerhalb des heutigen Industriegebiets liegen, war das Bestreben maßgebend, sie in der Nähe ihrer Rohstoffe, Eisenerz und Holz, zu errichten und mit Wasserkraft auszustatten. Letztere benötigte man für den Antrieb der Gebläse. Ein Zusammenhang mit der Steinkohle bestand damals noch nicht. Er erwuchs erst aus der Inbetriebnahme des ersten Kokskohlenhochofens in Gleiwitz im Jahre 1796. Dieser Schritt, auf Betreiben Redens unternommen, legte den Grund für die Entwicklung des gesamten oberschlesischen Eisenhüttenwesens unserer Zeit.

Dem Gleiwitzer Ofen folgte 1802 ein solcher in Königshütte und später andere in unmittelbarer Nähe der Gewinnungsstätten von Kohle. Die Erkenntnis der Vorzüge des Betriebes der Hochöfen mit Koks brach sich jedoch nur langsam Bahn, so daß unter den im Jahre 1816 vorhandenen 40 Hochöfen nur wenige waren, die mit Koks betrieben wurden.

Allmählich verdrängte jedoch der Kokshochofen den Holzkohlenhochofen, bis der letzte, abseits vom eigentlichen Industrierevier gelegene Holzkohlenhochofen im Jahre 1911 stillgelegt wurde.

Heutigentags finden wir die Hochofenindustrie an die Kohlenvorkommen gebunden.

Allmählich wuchsen die Abmessungen der Oefen, insbesondere nach der Einführung der mit Dampf angetriebenen Gebläsemaschinen, und damit stiegen die erzielten Leistungen. Anfangs betrug die Produktion eines Ofens kaum mehr als 1 t täglich, im Jahre 1831 war sie auf 4 t, im Jahre 1877 auf 47 t angewachsen; heute beträgt sie ein Vielfaches davon.

War das oberschlesische Eisen früher wegen seiner schlechten Beschaffenheit gefürchtet, so besserte sich dank zweckmäßiger Betriebsmaßnahmen seine Beschaffenheit. Seither ist die Eisenhüttenindustrie Oberschlesiens technisch stets auf der Höhe geblieben; ja Oberschlesien war zeitweise in der Entwicklung allen anderen Eisenhüttenbezirken Deutschlands voran.

Die schon frühzeitig gemachte Erfahrung, daß das aus dem Erz erschmolzene Eisen, um es schmiedbar zu machen, einer besonderen Behandlung ausgesetzt werden muß, führte von der ältesten Bearbeitungsmethode dieser Art, dem Frischen, im Jahre 1817 zur Erfindung des Puddelprozesses. Dieser hat viele Jahrzehnte in Oberschlesien eine ausschlaggebende Rolle gespielt und sich in Resten bis auf den heutigen Tag erhalten.

Einen weiteren Abschnitt in der Geschichte des Eisenhüttenwesens bezeichnet die an die Namen Bessemer, Thomas, Martin und Siemens geknüpfte Art der Darstellung schmiedbaren Eisens, die in den 70er und 80er Jahren einen Kampf des Schweißeisens mit dem Flußeisen einleitete, um mit der fast völligen Verdrängung des ersteren zu enden. Hand in Hand mit diesem Prozeß ging die Ausgestaltung der Verfahren zur Weiterverarbeitung des Eisens in Gießereien, Walz-, Preß- und Hammerwerken.

Ein besonderer Fortschritt war es, als man gelernt hatte, das erblasene Roheisen bis zur fertigen Maschine zu verarbeiten. Das Verdienst, hier bahnbrechend gewirkt zu haben, gebührt dem 1808 zum Leiter der Gleiwitzer Werkstatt berufenen Maschineninspektor Holtzhausen. Mehr als 50 Dampfmaschinen sind unter seiner Leitung entstanden und haben seinen und seines Werkes Ruf weit über Oberschlesiens Grenzen getragen.

Kritische Zeiten entstanden der Eisenhüttenindustrie in den 40er Jahren des 18. Jahrhunderts durch die Konkurrenz des englischen Eisens. Sie wurden im Jahre 1844 durch Einführung eines Schutzzolles zeitweilig beseitigt. Dessen Wirkung war eine so günstige, daß die Eisenhüttenindustrie in den nächsten Jahrzehnten einen erheblichen Aufschwung durch Gründung der meisten heute noch bestehenden Hütten nahm. Doch blieb diese Entwicklung nicht ohne Rückschläge. Unter dem Einfluß einer von England natürlich freudig geförderten Freihändlerströmung wurden 1874 die

Stabeisenzölle, 1876 die Roheisenzölle aufgehoben. Damals vermochte England seine Montanindustrieerzeugnisse wieder in steigendem Maße nach Deutschland abzusetzen. Die wachsende Not der Eisenindustrie im Verein mit der Notlage anderer Industriezweige verfehlte aber nicht ihre Wirkung. Die Klagen der Industrie wurden von der Reichsregierung als berechtigt anerkannt, und 1879 kam der Zolltarif zustande, welcher auch einen mäßigen Roheisenzoll wieder einführte. Neben anderen Gründen führte das nicht nur zur Zurückdrängung der englischen Einfuhr, sondern auch dazu, daß Deutschland nach und nach als Konkurrent Englands auf dem Weltmarkt auftreten konnte, da die deutsche Industrie erheblich erstarkte.

Am Ende des 19. Jahrhunderts finden wir die Großeisenindustrie fast ausschließlich in unmittelbarer Nähe der Steinkohlenbergwerke auf dem Gleiwitz-Myslowitzer Sattel und vorwiegend in wenigen Großunternehmungen, darunter zwei staatlichen, vereinigt. Sie umfaßte im Jahre 1912 35 Hochöfen, 24 Eisen- und Stahlgießereien, 16 Stahl- und Puddelwerke, 13 Walzwerke sowie eine weitverzweigte Verfeinerungsindustrie, wie Rohrwalzwerke, Preß- und Hammerwerke, Konstruktionswerkstätten, Maschinenfabriken und Kesselbauanstalten, Drahtwalz- und Drahtverarbeitungswerke, Waggon- und Brückenbauanstalten, Kleineisen- und Eisenblechfabriken. Die hauptsächlichsten Produkte sind Roheisen, Fluß- und Schweißeisen, Walzeisen aller Art, Röhren, Bleche und Draht.

Während die Herstellung des Roheisens, des Stahles, Fluß- und Schweißeisens sowie der meisten Walzwerksprodukte und Röhren in der Hand großer Unternehmungen liegt, finden wir die Anlagen zur Weiterverarbeitung bis zum Fertigfabrikat teils den Großbetrieben angegliedert, teils als selbständige Unternehmungen von verschiedenem Umfange. Die Entwicklung der Produktion veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Jahr	Produktion an Roheisen in 1000 t	Produktion an Flußeisen in 1000 t	Produktion an Schweißeisen in 1000 t	Produktion der Walzwerke an Fertigfabrikaten (Schweiß- und Flußeisen) ohne Roheisen in 1000 t
1750	1,3	—	—	—
1800	14,6	—	—	—
1852	69,1	—	—	—
1870	230	—	—	—
1881	325	—	—	—
1886	372	—	—	—
1891	478	271	—	347
1896	615	378	—	490
1901	641	607	—	501
1906	901	888	187	750
1911	963	1 234	85	806
1913	994	1 395	68	957
1920	575	1 213	11,5	705

Die Aufwärtsentwicklung, die sich in den vorstehenden Zahlen spiegelt, darf nicht zu der Annahme verleiten, daß die oberschlesische Eisenindustrie in einer besonders günstigen Lage sei; eher ist das Gegenteil der Fall.

Begründet auf die Eisenerzvorkommen Oberschlesiens, mußte sie bereits von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an in steigendem Maße fremde Erze heranziehen. Das Verhältnis zwischen einheimischen und fremden Erzen verschob sich immer weiter zuungunsten der ersteren, so daß heute die eigenen Erze nur noch eine untergeordnete Rolle spielen. Die Entwicklung der Verhältnisse zeigt nachstehende Uebersicht:

Jahr	Förderung Oberschlesiens an Eisenerz in 1000 t	Verbrauch der oberschlesischen Hochöfen an Eisenerz in 1000 t
1870	406	658
1881	660	854
1889	777	943
1902	428	1 099
1905	315	1 257
1911	150	1 399
1913	138	1 431
1920	62	916

Die Bezugsquellen für fremdes Erz sind etwa je zur Hälfte das übrige Deutschland und das Ausland, vornehmlich Schweden, weiterhin die ehemaligen Kaiserreiche Rußland und Oesterreich-Ungarn.

Da die Gewinnungsorte der Erze weitab liegen, kommen diese bereits mit einer hohen Fracht vorbelastet zur Verbrauchsstelle; einen Ausgleich dafür vermögen Ausnahmetarife und der Ausbau der Oder zum Großschiffahrtsweg nur in gewissen Grenzen zu schaffen. Weiterhin erwies sich bei dem Fortschritt in den Abmessungen der Hochöfen der oberschlesische Koks als nicht genügend tragfähig, so daß die Hochöfen nur bis zu einer bestimmten Größe und damit Leistungsfähigkeit gebaut werden konnten. Schließlich wurden die Erzeugnisse, die, durch Maßnahmen der österreichischen und russischen Regierung in ihrem Absatz nach deren Ländern behindert, vorwiegend auf dem deutschen Markt Absatz suchen mußten, durch eine erhebliche Fracht bis zu diesem belastet. Aus all diesen Gründen erklärt sich die schwierige Stellung anderen günstiger gelegenen deutschen Revieren gegenüber, in die sich die oberschlesische Eisenhüttenindustrie insbesondere auf dem Gebiete der Roheisenerzeugung mit der Zeit mehr und mehr gedrängt sah.

Diese Ungunst der Verhältnisse auszugleichen, schritt man zunächst im Laufe der letzten Jahrzehnte allenthalben zur Verarbeitung von Schrott. Hieraus erklärt sich die in der Produktions-Tabelle zunächst auffällige Tatsache, daß die Darstellung von Fluß- und Schweißeisen die des Roheisens bereits überschritten hat. Weiterhin ließ man sich die Entwicklung der Verfeinerungsindustrie, die früher eine untergeordnete Rolle gespielt hatte, angelegen sein. Ueber ihre Entwicklung unterrichtet nachstehende Uebersicht:

Jahr	Preß- und Hammerwerke in 1000 t	Rohrwalzwerke in 1000 t	Konstruktionswerkstätten in 1000	Maschinenbauanstalten in 1000 t	Sonstige Verfeinerungsbetriebe in 1000 t
1905	29,6	47	30	10,3	80,7
1910	45	68,7	36	8,5	92
1913	64	85	52	15	110
1918	45,8	42	54,7	7,5	183,9
1920	52,9	63,6	29,2	5,2	82,2

Der Anteil Oberschlesiens an der gesamten deutschen Eisenhüttenindustrie ist ein verhältnismäßig geringer. Mit seiner Erzeugung von rund 1 Million Tonnen Roheisen im Jahre 1912 ist Oberschlesien nur zu 6 % an der Gesamterzeugung Deutschlands beteiligt; im Jahre 1871 waren es 15 %. Der prozentuale Rückgang, der sich gleichmäßig über den Zeitraum verteilt, ist eine Folge der vorstehend geschilderten Verhältnisse, in der Hauptsache der ungünstigen Lage Oberschlesiens zu den Bezugsstellen der Erze und den Absatzgebieten.

Die *Verhüttung der Bleierze* Oberschlesiens, die so alt ist wie der Bleierzbergbau und dessen verschiedene Blütezeiten mit durchgemacht hat, erfolgte bis zum Jahre 1786 an vielen kleinen Betriebsstätten „ohne sonderliche Grundsätze in Absicht der Beschickungen und Zuschläge", vermutlich durch einfaches Verschmelzen mit Holzkohle. Nach der Inbetriebnahme der Friedrichsgrube wurde alsbald die Friedrichshütte errichtet. Sie blieb bis zum Jahre 1863 die einzige Bleihütte Oberschlesiens, da Bleierz nur aus dem reservierten Felde der Friedrichsgrube gefördert wurde und demgemäß an den Fiskus abgeliefert werden mußte. Erst in jener Zeit erstand zur Verhüttung der außerhalb der Friedrichsgrube im Felde der Bleicharley-Grube gewonnenen Erze die im Eigentum einer Privatgesellschaft stehende Walther-Croneck-Hütte.

In der Zeit von 1786—1862 erfolgte das Verschmelzen der Bleierze unmittelbar im Schachtofen, später wurde der Flammofenprozeß und die Zinkentsilberung eingeführt, 1886 trat die Röst- und Sinterarbeit hinzu.

Im Anfange dieses Jahrhunderts wurde das Huntington-Heberlein-Verfahren eingeführt, dem in den letzten Jahren das Dwight-Lloyd-Verfahren folgte. Nebenher ging die Einführung eines Verfahrens zur Unschädlichmachung der bisher die Vegetation stark beeinträchtigenden Abgase des Röstprozesses durch Verarbeitung ihres Gehaltes an schwefliger Säure zu Schwefelsäure.

Da das oberschlesische Bleierz von Natur rein und mit einem Gehalt von mehr als 70 % Blei und 0,02 % Silber reich ist, lieferte der Hüttenprozeß ein reines und darum auf dem Markte begehrtes Produkt, so daß größere Absatzschwierigkeiten im allgemeinen nicht bestanden.

Die Produktion in den letzten Jahrzehnten veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Jahr	Blei t	Glätte t	Silber kg
1887	22 279	2 879	11 848
1891	18 429	1 976	7 441
1895	20 017	2 049	8 783
1899	22 961	2 155	9 155
1903	42 191	2 336	10 825
1907	32 937	2 030	8 523
1911	41 811	3 441	10 621
1913	39 922	2 904	7 389
1920	17 166	574	3 112

Der Absatz der vorwiegend hier ins Gewicht fallenden Bleierzeugung erstreckte sich auf das In- und Ausland in nachstehendem Ausmaße:

Jahr	Absatz nach dem Inlande t	Absatz nach dem Auslande t
1887	19 984	7 543
1891	14 477	5 621
1895	15 643	8 750
1899	18 387	8 310
1903	31 643	12 765
1907	17 641	14 206
1911	22 168	16 904

Wir sehen ein starkes Anwachsen des Absatzes ins Ausland, der seit Ausbruch des Krieges naturgemäß fortgefallen ist. Diese Erscheinung muß von dem Gesichtspunkt aus gewertet werden, daß Deutschland im Laufe der Zeit zu dem *drittgrößten Erzeuger von Blei* geworden war und infolgedessen über den Eigenbedarf produzierte.

Der Absatz der beim Bleihüttenprozeß entfallenden Schwefelsäure hat von Anfang an Schwierigkeiten bereitet, da das gleiche Produkt aus dem Zinkhüttenprozeß anfällt und infolgedessen meist in einer den Bedarf weit übersteigenden Menge auf dem Markte angeboten wurde. Die Hauptabnehmer dafür waren von jeher die Nebenproduktengewinnungsanlagen der Kokereien zwecks Verarbeitung des dabei gewonnenen Ammoniaks auf schwefelsaures Ammoniak und die Superphosphatfabriken Ost-Deutschlands.

Die *hüttenmännische Herstellung von metallischem Zink* ist erst etwa 120 Jahre alt. Zuvor hatte man zwar bereits gelernt, aus einem Gemisch von Galmei und Kupfererz Messing zu erschmelzen, und diese Kunst hat eine Belebung des Bergbaus auf Galmei bereits im 16. Jahrhundert zur Folge gehabt. Bereits im Jahre 1565 findet eine Messinghütte bei Jägerndorf urkundliche Erwähnung.

Die Darstellung von Zink durch Destillation von zinkhaltigen Rückständen des Eisenhüttenprozesses ist erstmalig im Jahre 1800 dem Fürstlich Plessischen Kammerassesor Ruhberg in der Glashütte zu Wessolla gelungen. Die Kunde von der Erfindung veranlaßte alsbald den Preußischen Staat zur Gründung einer Zinkhütte, die unter Leitung des Oberbergamtsreferendars Karsten im Jahre 1809 unter dem Namen Lydognia in Betrieb genommen wurde. In ihr gelang, nachdem der zinkische Ofenbruch knapp geworden war, die Herstellung von Zink aus Galmei auf dem gleichen Wege nach vorhergehender Kalzinierung des Galmeis.

Im Laufe der Zeit erfuhr der Zinkhüttenprozeß bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nur geringfügige Veränderungen. Seit jener Zeit zwang die zunehmende Erschöpfung der Galmeilager dazu, sich der Verwertung der bis dahin für unverhüttbar geltenden Zinkblende zuzuwenden. Deren Verhüttung gelang, als man dem Destillationsprozeß im Muffelofen einen Röstprozeß zur Entfernung des Schwefelgehaltes aus den Erzen voran-gehen ließ. Um die Verbesserung des Verfahrens zur Verhüttung von Blende hat sich der Generaldirektor Bernhardi besondere Verdienste erworben. Sie erfolgt heut allgemein in der Weise, daß in besonderen Rösthütten die Erze in Flammöfen oder Muffelöfen mit und ohne Verarbeitung der entstehenden SO_2haltigen Gase auf Schwefelsäure von dem Schwefelgehalt befreit und zu Zinkoxyd umgewandelt werden. Die Darstellung von metallischem Zink aus dem Produkt des Röstprozesses erfolgt nach wie vor durch Destillation, in der Regel in dreietagigen Muffelöfen; die Zahl der in einem Ofen vereinigten Muffeln beläuft sich auf bis zu 300 Stück. Die Produktion eines Ofens schwankt zwischen 1—5 t Zink, arbeitstäglich. Als wertvolles Nebenprodukt wird aus dem bei dem Verhüttungsprozeß anfallenden Zinkstaub Kadmium gewonnen.

Für die Weiterverarbeitung des Zinks bestehen in Oberschlesien mehrere Zinkwalzwerke, die etwa den dritten Teil der Produktion aufnehmen. Das Zink wird in ihnen raffiniert und zu Blechen, Röhren und Stäben weiterverarbeitet.

Der Standort fast sämtlicher Zinkhütten befindet sich in der Nähe der Gewinnungsstellen von Zinkerz, in den Kreisen Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz. Im Jahre 1912 waren 12 Rösthütten und 16 Rohzinkhütten, sämtlich im Privatbesitz, vorhanden, deren Produktion sich aus nachstehender Tabelle ergibt:

Jahr	Verarbeitete Blende t	Produktion		Rohzink-produktion t
		abgeröstete Blende t	Schwefelsäure auf 50 grād. Säure berechnet t	
1887	53 882	40 245	21 013	82 640
1891	66 236	50 483	32 676	88 420
1895	84 857	65 168	33 229	95 430
1899	123 602	97 101	64 029	100 113
1903	187 596	147 502	104 268	118 522
1907	421 006	342 044	139 840	137 736
1911	411 352	333 354	213 317	155 628
1913	472 151	385 827	255 589	169 439
1920	270 411	223 200	183 329	81 412

An der gesamten Zinkerzeugung Deutschlands, das bisher nächst den Vereinigten Staaten von Nordamerika der größte Zinkproduzent am Weltmarkt war, ist Oberschlesien mit etwas mehr als 60 % beteiligt, einer Zahl, die seit Jahrzehnten ziemlich konstant geblieben ist. Da Deutschlands Produktion an Zink seinen Bedarf schon seit langer Zeit überstieg, war es für Zink Ausfuhrland. Auch hieran war Oberschlesien

in erheblichem Umfange beteiligt, im Jahre 1887 mit 16 % seiner Produktion, im Jahre 1912 mit 25 %. Der Auslandsabsatz erstreckte sich in der Hauptsache auf Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien; im Inlande wurde vornehmlich der ostdeutsche Markt von Oberschlesien versorgt.

Neben dem Bergbau und Hüttenwesen treten die *anderen Industriezweige* Oberschlesiens stark in den Hintergrund. Zum großen Teile sind sie als Hilfsindustrien für die Bedürfnisse der Montanindustrie anzusprechen, und nur einzelne von ihnen sind von Bedeutung für den außeroberschlesischen Markt. Vertreten sind folgende Hauptgruppen:

Industrie der Steine und Erden,
Holz-, Zement- und Papierindustrie,
Chemische Industrie,
Metallverarbeitungsindustrie, soweit sie nicht als Bestandteil der Hüttenindustrie zu dieser zu zählen ist,
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel,
Elektrische Industrie,
Textilindustrie,
Lederindustrie.

Die Industrie der Steine und Erden umfaßt neben einer großen Anzahl von Ziegeleien, Sand- und Kiesgräbereien und einigen Schamotte- und Dinaswerken, deren Produktion im wesentlichen dem allerdings gewaltigen lokalen Bedarf dient, Zement- und Kalkindustrie sowie die Weiterverarbeitung von Zement zu Zementwaren und Kunststein.

Die *Portlandzementindustrie* ist nächst der Montanindustrie der bedeutendste Zweig industrieller Tätigkeit Oberschlesiens. Ihr Standort ist die Umgebung von Oppeln mit ihren mächtigen Kalksteinlagern. Begründet im Jahre 1857, hat sich diese Industrie bis zum Ausbruche des Weltkrieges zu einer Leistungsfähigkeit von 6,4 Millionen Faß zu je 170 kg entwickelt; die höchste Produktion wurde im Jahre 1911 mit 4,7 Millionen Faß erzielt, die von zehn Werken erzeugt wurden. Der Absatz erstreckte sich in früheren Jahren bis in das überseeische Ausland; infolge einer dem Auslandsabsatz abträglichen Zollpolitik verschwand dieser allmählich. Vor dem Kriege wurde ein Drittel der Produktion von der oberschlesischen Industrie verbraucht, ein weiteres Drittel ging nach Posen und Westpreußen, der Rest gelangte nach dem übrigen Deutschland zum Versand.

Der Kriegsausgang hat eine völlige Umwandlung in den Produktions- und Absatzverhältnissen herbeigeführt. Die Erzeugung sank — unter Stillegung der weniger günstig arbeitenden Werke — bis auf 1,5 Millionen Faß im Jahre 1921. Davon verbraucht Oberschlesien etwa 20 %, der Rest geht ins übrige Deutschland und ins Ausland, vorzugsweise nach Skandinavien. Die Zementerzeuger sind in dem Zementbund organisiert, in dessen Händen die Regelung des Absatzes liegt. Nach dem Kriege hat eine weitgehende Konzentrationsbewegung stattgefunden, die die gesamte Industrie in der Hand weniger Gesellschaften vereinigt hat.

Die *Kalkindustrie,* deren Alter bereits mehr als 100 Jahre beträgt, baut sich auf den Kalksteinvorkommen der Kreise Oppeln, Groß-Strehlitz,

Tost-Gleiwitz, Beuthen und Tarnowitz auf. Sie umfaßt 30 Kalkwerke mit 57 Ringöfen und einer Leistungsfähigkeit von 2 Millionen Tonnen Kalkstein, Bau- und Düngekalk, sowie Kalk zu den mannigfachsten sonstigen Verwendungszwecken. Der Absatz der oberschlesischen Kalke erfolgt nahezu ausschließlich in Ostdeutschland, das im übrigen arm an Kalkwerken ist. Hauptabnehmer ist auch hier die oberschlesische Industrie.

Die Industrie der Steine und Erden ist im übrigen noch in den abseits vom Industriebezirk gelegenen Kreisen Neiße und Falkenberg in einer größeren Anzahl von *Steinbrüchen* sowie in einer Porzellan- und drei Glasfabriken vertreten.

Die *Holzverarbeitungsindustrie,* deren Grundlage die großen Waldbestände Oberschlesiens bilden, ist in mannigfachster Weise entwickelt. Neben Sägewerken, die in der Hauptsache für den Bedarf des Reviers an Gruben- und Bauholz arbeiten, besteht sie in Anlagen zur Möbel-, Kisten- und Holzstiftefabrikation sowie besonders in Fabriken zur Erzeugung von Zellstoff, Papier und Pappe. Hierfür bestehen 12 große Fabriken, deren Produktion von 100 000 t (im Jahre 1913) über Oberschlesien hinaus im übrigen Deutschland und im Auslande Absatz findet.

Die *Chemische Industrie* schließt sich zum Teil an die Kokereien in Gestalt von Nebenproduktengewinnungsanlagen an, zum Teil dient sie in Gestalt von Sprengstoffabriken, Schmierölfabriken und einer Holzimprägnieranstalt ganz oder vorwiegend den Zwecken des Bergbaus. Im übrigen ist sie in der Düngemittelindustrie, der Seifenfabrikation, in der Holzverkohlungs- und Holzessigindustrie sowie zahlreichen anderen Zweigen vertreten.

Die *Metallverarbeitungsindustrie* ist sowohl im Anschluß an die Hüttenindustrie, als auch in selbständigen Anlagen entwickelt. Sie umfaßt Gießereien, sowie Maschinen-, Werkzeug-, Kessel- und Gerätefabriken aller Art und zwei große Emaillierwerke. Die Fabriken arbeiten vorwiegend für den lokalen Bedarf. Trotz der Vielseitigkeit dieser Industrie deckt diese den Bedarf der oberschlesischen Montanindustrie an Maschinen, Geräten u. dgl. nicht annähernd. Oberschlesien befindet sich gerade hierin in fast völliger Abhängigkeit von dem übrigen Deutschland. Insbesondere fehlen ihm ganz Fabriken zur Herstellung von elektrischen Maschinen.

Die *elektrische Indusrie* ist fast ausschließlich in der Form von Anlagen zur Erzeugung elektrischer Energie vertreten. Neben einer ganzen Reihe größerer oder kleinerer Kraftwerke, die sich im Besitz von Bergwerks- oder Hüttenbesitzern oder im Eigentum von kommunalen Verbänden befinden, bestehen insbesondere die beiden großen Zentralen der Oberschlesischen Elektrizitätswerke in Zaborze und Chorzow. Diese versorgen einen großen Kreis von industriellen und gewerblichen Unternehmungen sowie Gemeinden mit Strom; an das Kraftwerk in Chorzow ist, als besonders erwähnenswert, die ebenda belegene, im Kriege begründete Anlage der Reichsstickstoffwerke angeschlossen.

Der Fabrikation von Materialien, die in der elektrischen Industrie Verwendung finden, dient eine einzige Anlage bei Ratibor, die in der Hauptsache Elektroden herstellt.

Die *Industrie der Nahrungs- und Genußmittel* ist angesichts des gewaltigen lokalen Bedarfs an diesen weitgehend vertreten, insbesondere in Getreidemühlen, Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien, Zigarrenfabriken usw. Der Standort dieser Industrien richtet sich nach den landwirtschaftlichen Verhältnissen, befindet sich also vielfach außerhalb des eigentlichen Industriebezirks.

Die *Textil- und Lederindustrie* sind hauptsächlich in den Kreisen Neiße, Neustadt, Leobschütz und Ratibor vertreten. Sie arbeiten für den lokalen Bedarf, daneben aber auch für den Absatz nach dem Reich und dem Auslande.

Die *Land- und Forstwirtschaft* ist in Oberschlesien infolge der ungleichmäßigen Beschaffenheit des Bodens verschieden entwickelt. Im allgemeinen ist Oberschlesien in landwirtschaftlicher Beziehung nicht günstig gestellt. Gutes Ackerland finden wir nur in den Kreisen Leobschütz, Neiße, Grottkau und im Odertal; hier herrscht infolgedessen der Ackerbau vor. Das gesamte rechts der Oder belegene Gebiet ist dagegen der Bodenkultur wenig günstig, so daß es hauptsächlich nur der Forstnutzung dienen kann, die in den Kreisen Tarnowitz, Pleß, Rybnik, Tost-Gleiwitz, Groß-Strehlitz und Lublinitz 30—50 % der gesamten Bodenfläche umfaßt.

Die hauptsächlich angebauten Früchte sind Kartoffeln, Roggen und Hafer; daneben sind große Flächen der ärmeren Gegenden von Wiesen oder Hutungsland bedeckt. Die Melioration des Bodens hat im Laufe der letzten 50 Jahre ganz außerordentliche Fortschritte erzielt, so daß der Stand der landwirtschaftlichen Kultur ein an sich hoher geworden ist. Die Produkte landwirtschaftlicher Tätigkeit werden naturgemäß restlos in Oberschlesien selbst verbraucht, ohne jedoch dessen Bedarf decken zu können.

So wurden im Durchschnitt der Jahre 1909—1911 im Regierungsbezirk Oppeln

	erzeugt	mehr eingeführt als ausgeführt
	t	t
Weizen	110 535	—
Roggen	310 249	19 328
Hafer	268 335	—
Gerste	126 879	12 805
Kartoffeln	1 753 057	25 350
Mehl und Mühlenfabrikate . .	—	59 042

An dem Einfuhrüberschuß waren etwa gleichmäßig beteiligt die Regierungsbezirke Breslau und Liegnitz, die Provinz Posen und das Ausland.

In erheblichem Umfange auf die Einfuhr war Oberschlesien hinsichtlich des Schlachtviehs angewiesen, wobei die Einfuhr von Rindvieh vorwiegend aus der übrigen Provinz Schlesien, die von Schweinen hauptsächlich aus dem Auslande (Polen) erfolgte.

Die Besitzverhältnisse der Landwirtschaft weisen örtlich große Verschiedenheiten auf. Während in den fruchtbaren Gebieten links der Oder der kleinbäuerliche Besitz überwiegt, ist in den anderen Kreisen der Großgrundbesitz (200 ha und mehr) zu 30—50 % an der landwirtschaftlich genutzten Fläche beteiligt.

Ein besonderes Problem bietet der kleinbäuerliche Besitz insofern, als er vielfach allein nicht in der Lage ist, eine Familie zu ernähren. Infolgedessen hat sich mehr und mehr die Gewohnheit herausgebildet, daß die männlichen erwachsenen Mitglieder der Bauernfamilien in der Industrie Arbeit suchen und nur über den Sonntag zu ihren Familien heimkehren, denen die Bewirtschaftung des landwirtschaftlichen Besitzes in der Hauptsache obliegt.

Der *Waldbesitz* verteilt sich zu etwa $^3/_5$ auf privaten Großgrundbesitz und je $^1/_5$ auf den Preußischen Staat und andere Besitzer. Die Forstnutzung befindet sich auf einem hohen Stande der Kultur und findet im Bergbau, dem Bauwesen und der Zellstoff- und Papierindustrie einen lohnenden Absatz. Auch hier vermag die Produktion dem Bedarf nicht entfernt zu genügen. Der Verbrauch an Grubenholz allein stellte sich vor dem Kriege auf etwa 1 Million cbm. Etwa $^1/_3$ davon mußte aus dem Auslande, vornehmlich Galizien und Polen, gedeckt werden.

Entsprechend der Vielseitigkeit Oberschlesiens in Erzeugung und Verbrauch findet der *Handel* in seinen Eigenschaften als Groß- und Kleinhandel ein reges Feld der Betätigung. Während der letztere den lokalen Bedürfnissen dient, vermittelt der Großhandel hauptsächlich den Einkauf an Lebensmitteln und Rohstoffen für das Industriegebiet sowie den Verkauf der industriellen Produkte.

Der Bezirk umfaßt etwa 4300 im Handelsregister eingetragene gewerbesteuerpflichtige Betriebe. Um welche Werte es sich handelt, die dabei umgesetzt werden, mögen die nachstehenden Zahlen zeigen:

Der Bruttowert der Erzeugnisse der oberschlesischen Montanindustrie allein bezifferte sich im Jahre 1912 auf annähernd 700 Millionen Mark. Rechnet man dazu noch den der Erzeugnisse der übrigen Industrien sowie der Land- und Forstwirtschaft, so dürfte die Zahl den Wert einer Milliarde Goldmark erheblich übersteigen. Der Eisenbahngüterverkehr des Regierungsbezirks Oppeln in Höhe von 53 Millionen Tonnen war an dem des Deutschen Reiches mit 13 % beteiligt. Die Gesamtbevölkerung betrug 1919 = 2 283 992 Personen, darunter etwa 1 000 000 erwerbstätige Personen. Von diesen entfielen auf die Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe, 400 000, Landwirtschaft, Gärtnerei,Forstwirtschaft usw. 360 000. Der Rest verteilte sich auf Handel und Verkehr, Beamte sowie andere Erwerbszweige.

Allen diesen Personen und ihren Familien gewährte Oberschlesien Arbeit und Brot. Vergleicht man damit den Zustand Oberschlesiens vor etwa 150 Jahren, der uns ein von Wald und Sumpf bedecktes, dünn besiedeltes Land zeigt, dessen Bewohner nur mühsam dem Boden ihr

kümmerliches Brot abrangen, so gewinnt man ein Bild von der Größe der deutschen Kulturarbeit, die nötig war, um aus diesem vergessenen Erdenwinkel in wenigen Menschenaltern ein blühendes Land erstehen zu lassen.

2. Die kulturelle Blüte.

Von Oberbibliothekar *Kaisig*.

Abgeschlossen Februar 1923.

Schon äußerlich zeigt sich auch dem flüchtigen Beobachter Oberschlesiens ein augenfälliger Unterschied gegen die Zustände jenseits der Grenze des früheren Russisch-Polen und Galizien. Hier wohlgepflegte Städte mit Parkanlagen, Wasserleitung, Kanalisation, Badeeinrichtungen, Straßenbahn, Gas- und elektrischer Beleuchtung; blühende Dörfer, in denen das Strohdach schon eine Seltenheit geworden ist, mit schön und zweckvoll gebauten Arbeiterkolonien, großen Kirchen und stolzen Herrensitzen. Drüben ein Tiefstand auch bei selbstverständlichen Einrichtungen einer zeitgemäßen Lebenshaltung; Straßen, in denen man im Schmutz versinkt, strohgedeckte Holzhütten, in denen Tiere und Menschen gemeinsam hausen und alles von Schmutz und Ungeziefer starrt. Hier der zufriedene Arbeiter, dessen Kleidung schon von einem gewissen Wohlstand zeugt, und zu dessen Lebensbedürfnissen das tägliche Zeitunglesen gehört; dort Armut, Alkoholismus und Analphabetentum. Hier eine wohlorganisierte Gesundheitspflege mit einem Netz von Krankenkassen und eine in verheißungsvollem Ausbau begriffene soziale Gesetzgebung, dort in allen diesen Dingen im besten Falle unfertige Anfänge, daher Krankheiten aller Art und Seuchen, gegen die eine ständige gespannte Aufmerksamkeit unserer Gesundheitspolizei nötig war, damit sie nicht über die Grenze herübergriffen.

Aehnlich steht es um die geistig-sittliche Kultur, die wir hier eingehender betrachten wollen. Im Mittelpunkte aller Kulturbestrebungen steht in Oberschlesien wie überall die *Schule*. Im Jahre 1919 verfügte das Volksschulwesen über 56 hauptamtliche Kreisschulämter mit 7703 Lehrkräften. Jedes, auch das kleinste Dorf besaß seine wohleingerichtete Volksschule, und die Zahl der Analphabeten war demgemäß verschwindend gering. Daneben ein blühendes höheres Schulwesen mit sechzehn Gymnasien, einem Progymnasium, drei Realgymnasien, fünf Oberrealschulen und einer Realschule, zwei Oberlyzeen und sechzehn Lyzeen. Fachschulen wie die Baugewerksschule in Kattowitz, die Maschinenbauschule in Gleiwitz, die Bergschule in Tarnowitz, das Pomologische Institut in Proskau, die Lehrerseminare, landwirtschaftlichen Schulen, Handelsschulen usw., ergänzen und runden das Bild eines blühenden Schulwesens, das seltsam abstach gegen die Unkultur jenseits der alten Grenze, woselbst die Zahl der Analphabeten noch kurz vor dem Kriege 40 % und mehr betrug.

Dem massiven Quaderbau der Volksschule lose angegliedert oder auf ihm aufgebaut eine Fülle von Einrichtungen schulmäßiger und freierer Art, die als *Jugendpflege* ihre Erfolge zu erhalten und zu vertiefen bestimmt

waren. Eine wohlausgebaute *Jugendfürsorge* nahm sich der gefährdeten Jugend an und an sie schloß sich die sogenannte *Jugendbewegung,* die die Jugend in freier Stelbstbestimmung aus sich heraus organisiert. Auf alle diese Einrichtungen soll ein kurzer Blick geworfen werden.

In Oberschlesien bestanden im Jahre 1910 nicht weniger als 279 *Kleinkinderschulen,* die die Kleinen im vorschulpflichtigen Alter in ihre Obhut nahmen, sie in bildender Weise beschäftigten, ihnen auch kostenlose Speisungen zuteil werden ließen, was besonders in den letzten Jahren der Not vielen Eltern eine willkommene Entlastung schaffte. Aehnliche Einrichtungen, nur für eine andere Altersklasse, nämlich die schulpflichtigen Kinder, waren die *Kinderhorte.* Sie nahmen die Kleinen an den Nachmittagen auf und sorgten für Beaufsichtigung der Schularbeiten, für Spiel und Zeitvertreib. Auch diese waren gewöhnlich mit Speisungen der Besucher verbunden.

Dem bildenden Zeitvertreib der Schüler dienten die *Schülerbüchereien,* für deren Instandhaltung und Erneuerung im Haushaltsplan jeder Schule Mittel eingesetzt waren. Nach der Statistik des Schuljahres 1910/11 besaßen die Schülerbüchereien der Volksschulen im ganzen 207 547 Bücher. Einem ähnlichen Zwecke dienten die beiden *Jugend-Zeitschriften* „Kindergärtchen" und „Der junge Oberschlesier", die in den neunziger Jahren gegründet worden waren und von den Kindern gegen einen mäßigen Bezugspreis selbst gehalten wurden. Mit Spannung wurde jede Nummer erwartet, und die Rätselecke, das Preisausschreiben, die schönen Bilder und Märchen fanden eifrige Beachtung. Das *Jugendspiel* wurde an besonderen Nachmittagen gepflegt; mehrere tausend oberschlesische Lehrer und Lehrerinnen sind in besonderen Kursen vom Oberschlesischen Spiel- und Eislaufverband nach den Regeln des deutschen Zentralausschusses für Volks- und Jugendspiele ausgebildet worden.

Im Sommer traten ergänzend die *Jugendwanderungen* hinzu. Unter Führung ihrer Lehrer wanderte die Jugend in Feld und Wald oder mit Hilfe der Eisenbahn auch in die weitere Umgebung hinaus und wurde in gesunder, fröhlicher Wanderfahrt mit der Heimat besser vertraut. Im Winter trat ergänzend der *Eislauf* hinzu. Nicht weniger als 842 Schulen Oberschlesiens besaßen schon 1912 regelrechte Spielplätze für die Jugend; in 275 Schulen waren im Winter *Eisbahnen* für die Jugend hergerichtet. In den Ferien veranstaltete die Lehrerschaft vielerorts *Ferienspiele* und *Ferienwanderungen,* und in den größeren Städten, wo es vor allem darauf ankam, die Kinder möglichst den Gefahren der Straße zu entrücken, sorgte man für Einrichtung von *Ferienlesezimmern.*

Nach dem Abschluß der Volksschule nahm sich der männlichen Jugend die kaufmännische, gewerbliche und ländliche *Fortbildungsschule,* die Handfertigkeitsschule usw. an, der weiblichen Jugend die *Haushaltungsschule,* der man auf dem Lande meist die leichtbewegliche und erfahrungsbewährte Form der Wanderhaushaltsschule gab. In ähnlicher Weise nun wie bei den Volksschulen ist auch der Fortbildungsschule ein System von freieren Einrichtungen lose angegliedert, das in seiner Gesamtheit als

Jugendpflege landesgesetzlich geordnet ist, mit dem Ziele, die heranwachsende Jugend vor Verwahrlosung zu schützen. In *Jugend-* und *Mädchenheimen* wurden die Jugendlichen mit angemessener Lektüre, Spiel, Gesang und Ausflügen beschäftigt. Aus den Turn- und Spielabteilungen der Schulen wurde die Jugend zwanglos übergeführt in die Jugendabteilungen der Turn- und *Spielvereine,* die netzartig den ganzen Bezirk umspannten. Die *Volksbüchereien* Oberschlesiens besaßen besondere Jugendabteilungen, die für die Jugend geeignete und von ihr besonders begehrte Literatur in sorgfältiger Sichtung darboten. Die sonstigen Vereine (Gesangvereine, Stenographenvereine, kaufmännische Vereine), dazu das ganze kirchliche Vereinswesen sorgten, schon um sich den Nachwuchs zu sichern, für rechtzeitige Heranziehung der Jugend.

Dieser weitverzweigten Jugendpflege-Organisation stand ein wohlausgebautes System der sogenannten *Jugendfürsorge* zur Seite, das sich der gefährdeten Jugend annahm in Form von Vormundschaft, Schutzaufsicht, Waisenpflege usw., und neben diesen beiden Arten der Jugendfürsorge geht dann noch die *Jugendbewegung* einher, die, organisatorisch auf sich selbst stehend, eine Reihe von zum Teil machtvollen Jugendorganisationen umfaßt, z. B. den Quickborn für die katholische Jugend, die Wandervogelbewegung und die Arbeiterjugendbünde. Sie erstreben Selbsterziehung der Jugend durch Jugendwanderungen und Pflege edler Geselligkeit, zum Teil unter Verbannung von Alkohol und Tabak.

So zeigt die Jugendwohlfahrtspflege das Bild eines wohlgeordneten, in sich geschlossenen Organismus, der zwar in dieser oder jener Hinsicht noch nicht voll entwickelt war, aber in seinen vielfachen Verästelungen und Verzweigungen achtunggebietend dastand, in seiner Gesamtheit kaum in einem anderen Bezirke Deutschlands übertroffen wurde und gar nicht zu vergleichen war mit der Lage jenseits der Grenze.

Ein Gleiches läßt sich von den *Bildungseinrichtungen für die Erwachsenen* sagen. Die Volksbücherei ist bereits erwähnt. Sie umfaßte vor der Trennung gegen 1300 Lesegelegenheiten, davon 175 Standbüchereien und 15 Kreiswanderbüchereien mit 1088 Ausgabestellen. In Oberschlesien besaß vor dem Kriege fast jeder Ort seine Volksbücherei, ein Stand, der in anderen Bezirken Deutschlands auch nicht annähernd erreicht war. Der Krieg und die nachfolgenden Jahre der Verwirrung und der Polenaufstände haben vieles davon in Verfall geraten lassen, aber der Lesehunger, der sich in breiten Kreisen der Bevölkerung bis zum einfachen Arbeiter hin kraftvoll regt, hat bereits zu einem teilweisen Wiederaufbau geführt. Seit 1903 waren die oberschlesischen Volksbüchereien in einem *Verbande oberschlesischer Volksbüchereien* zusammengeschlossen, der unter hauptamtlicher Leitung stand und ein eigenes Vereinsorgan, „Die Volksbücherei in Oberschlesien", herausgab.

Der geistigen Bildungspflege der breiten Massen diente neben der Volksbücherei die 1906 errichtete staatliche *Auskunftsstelle für Volksunterhaltung,* zugleich die Lichtbilderstelle des Bezirks, die seit einer Reihe von Jahren Volksunterhaltungsabende organisierte, sie kostenlos mit

Lichtbilderreihen versorgte und ihr Augenmerk darauf richtete, den Volksabenden einen immer edleren Inhalt zu geben, ohne deswegen ihre Volkstümlichkeit zu beeinträchtigen. Diesem Zwecke diente vor allem die Auswahl der Lichtbildervorträge, die, mit einem passenden Text versehen, den Schulen, Vereinen usw. für ihre Volksunterhaltungs- und Elternabende kostenlos zur Verfügung gestellt wurden. Eine von dem Leiter der staatlichen Auskunftsstelle verfaßte Anleitung betont z. B. die Wichtigkeit, Lichtbild, Vortrag, Gesang, Musikdarbietungen usw. auf einen bestimmten Ton abzustimmen, um den volkstümlichen Abenden die Einheitlichkeit und die Eindrucksfähigkeit zu geben, deren solche Veranstaltungen bedürfen, um nicht zur bloßen Volksbelustigung hinabzusinken.

Die Turn-, Spiel- und Sportvereine des Bezirks sind bereits erwähnt. Der *Oberschlesische Spiel- und Eislaufverband* mit seinen vor der Teilung mehr als 400 Vereinen fand seinesgleichen nicht im übrigen deutschen Vaterlande. Auch das Turn- und Sportwesen ist kräftig entwickelt. Die sportlichen Wettkämpfe in den größeren Städten locken jedesmal Tausende von Zuschauern herbei und wachsen sehr häufig zu sportlichen Ereignissen ersten Ranges aus, wie auch die Eisfeste des oberschlesischen Spiel- und Eislaufverbandes Eisläufer aus aller Welt zum Austrag von Meisterschaften herbeizulocken pflegen.

Eine besonders erfreuliche Entwicklung zeigt die *bodenständige Literatur-* und *Kunstpflege* Oberschlesiens. Während noch vor zwanzig Jahren von oberschlesischen Malern und Schriftstellern kaum die Rede war, sind in den letzten Jahrzehnten eine Reihe erfreulicher Talente aus dem heimatlichen Boden emporgesprossen, die zu guten Hoffnungen berechtigen. In Malerei, Bildhauerei, Baukunst, Musikpflege treten zu den älteren Kräften eine Fülle jüngerer Talente, die den Ruf zerstören, daß Oberschlesien keine schöpferische Eigenkultur hervorbringen könne. Alle diese Talente, obwohl vielfach von polnischer Herkunft, wenden sich fast durchweg dem Lichte der deutschen Kultur zu und liefern damit den Beweis, daß Oberschlesien auch in seinen kulturellen Grundkräften deutsch gerichtet ist.

Museen als bescheidene Anfänge des erwachenden geschichtlichen Sinnes befinden sich in Beuthen, Gleiwitz, Neiße, Oppeln, Ratibor und in einer Anzahl kleinerer Orte. Sie haben sich in neuerer Zeit zum Oberschlesischen Museumsverbande zusammengeschlossen. Das Gleiwitzer Museum, das im Begriffe ist, sich angemessene Räume zu verschaffen, hat sich bereits einen hauptamtlichen Geschäftsführer, den ersten wissenschaftlichen Museumsleiter Oberschlesiens, geleistet.

Ein Blick auf das *Theater-* und *Vortragswesen* zeigt gleichfalls erfreuliche Ansätze. Ein eigenes Theatergebäude besitzt zwar nur die Stadt Kattowitz. Ständige Theater aber gab es außerdem in Beuthen, Gleiwitz, Königshütte, Oppeln, Neiße und Ratibor. Die Theater haben freilich auch mit der Not der Zeit zu kämpfen, die Erfolge des Kattowitzer Stadttheaters, das es sogar unter polnischer Herrschaft zu einem Ueberschußbetriebe bringt infolge der straffen Zusammenfassung der deutschen

Theaterbesucher, läßt aber die Hoffnung zu, daß es auch auf deutscher Seite gelingen wird, die Theater über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegzubringen. Diese Hoffnung wird gestärkt durch die *(nach* der Abtrennung) auch in Oberschlesien hervorgetretenen und auf Mobilisierung der Theaterbesucher hinzielenden Bühnenreformbestrebungen, der freier gerichteten in der sogenannten Freien Volksbühne und der religiös gerichteten im Bühnenvolksbund. Das Zusammenwirken beider Einrichtungen in der sogenannten Landesbühne ergibt dann die Krönung und staatliche Unterstützung des Werkes.

Der Zusammenfassung und Veredlung des *Vortragswesens* dienten eine Reihe von Volksbildungsvereinen, die sich in neuerer Zeit in der Richtung der Volkshochschule entwickelten, indem sie sich Vortragsreihen, Kurse, Uebungen usw. angliederten. Sie waren im „Oberschlesischen Volkshochschulbund" zusammengefaßt, dessen Sitz Gleiwitz und dessen rührigste Vertreter der Volksbildungsverein in Gleiwitz und die Volkshochschule in Kattowitz waren. Neben diesen Veranstaltungen gingen eine Reihe von zum Teil hochwertigen Vorträgen einher, die meist von Vereinen, aber auch in Form der sogenannten Hochschulvorträge von den Stadtgemeinden veranstaltet wurden und noch der straffen Durchorganisierung entbehrten.

Das *Musikwesen,* das sich in Oberschlesien einer besonderen Pflege erfreute — wir erinnern nur an den Meisterschen Gesangverein in Kattowitz — hat sich inzwischen eine Spitze geschaffen in Form einer Vertretung im Oberschlesischen Kulturverbande, von dem noch die Rede sein soll.

Das *Kino* pflegt man im allgemeinen in das Bildungswesen nicht einzubeziehen, weil es zwar der Bildungsbestandteile nicht entbehrt, aber soviel Unwahres, künstlerisch Wertloses und Verbildendes in sich schließt, daß der volkerzieherische Nutzeffekt mit Recht angezweifelt wird. Die Reformbewegung konzentriert sich in Oberschlesien im *Oberschlesischen Bilderbühnenbund,* der, vor einigen Jahren errichtet, unter den gleichartigen Einrichtungen Deutschlands ganz zweifellos in vorderster Linie steht und mit seiner Fülle von eigenen Filmen und Kinoapparaten eine gute Kapitalrücklage hinter sich hat, die ihm das Durchhalten durch die kommenden trüben Zeiten sehr erleichtern wird. Sein Verfahren, vom Lande her durch Gründung von Reformbilderbühnen die Schundfilmbewegung abzudämmen, kann als mustergültig bezeichnet werden.

Eine eigene Universität oder sonstige Hochschule als Anregungs- und Stützpunkt des wissenschaftlichen Lebens im engeren Sinne fehlt in Oberschlesien noch. Um so bemerkenswerter ist es, daß sich trotzdem auch hierzulande, abseits von den Brennpunkten geistigen Lebens, wissenschaftliches Eigenleben zu regen begann. Es haben sich in neuerer Zeit *wissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften* gebildet, z. B. für oberschlesische Vorgeschichte, Sprachforschung und Volkskunde.

Eine besondere Betrachtung würde die oberschlesische *Presse* erfordern. 1913 bestanden in Oberschlesien 104 deutsche Zeitungen, davon

24 täglich erscheinende mit annähernd 300 000 Beziehern und 12 polnische Zeitungen mit etwa 60 000 Beziehern. Daneben verschiedene Zeitschriften, die inzwischen eingegangen sind. Schon diese wenigen Ziffern zeigen, daß die oberschlesische Bevölkerung, soweit sie durch die Zeitung am kulturellen Leben Anteil nahm, im wesentlichen deutsch gerichtet war. Da auf diesem Gebiete keinerlei Zwang ausgeübt werden kann, so finden hier die üblichen Gegenargumente von hakatistischem Druck keine Stätte.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Vor der Zerreißung Oberschlesiens bot sein Bildungswesen den Eindruck eines kräftig aufstrebenden Eigenlebens mit einer Fülle von Verästelungen und einer organischen Einheitlichkeit, wie sie als Gesamterscheinung keinem der sonstigen Bezirke Deutschlands nachstand. Im einzelnen war manches noch unentwickelt, wie denn Oberschlesien als kulturelles Neuland noch nicht mit den kulturgesättigten Bezirken des inneren Deutschlands in Wettbewerb treten konnte. Noch fehlten die höchsten Formen wissenschaftlichen und künstlerischen Lebens, die Hochschulen, Akademien, wissenschaftlichen Forschungsinstitute. Denn seine Geschichte weiß von kulturfrohen Fürstensitzen, von glanzvollen Residenzen, von Pracht und Reichtum nichts zu erzählen. Erst vor nicht viel mehr als einem Jahrhundert war der unterirdische Reichtum des Bezirks entdeckt worden und hatte auch kulturell sein Gesamtbild günstig beeinflußt. Und so deuteten alle Anzeichen darauf hin, daß Oberschlesien das Versäumte schnell nachholen und sich immer weiter von den Verhältnissen jenseits der Grenze entfernen würde, von denen es im Augenblicke der Teilung mindestens schon ein Jahrhundert trennte.

III. Oberschlesiens Niedergang während der Regierung der Interalliierten Kommission.*

Artikel 88 des Versailler Vertrages räumte einem Teile Oberschlesiens das Recht der Volksabstimmung über die künftige politische Zugehörigkeit des Landes ein. Es geschah dies mit den hochtönenden Worten, daß die Einwohner des im einzelnen genau festgelegten Gebietes dazu berufen werden, im Wege der Abstimmung kundzugeben, ob sie mit Deutschland oder Polen vereinigt zu werden wünschen. Das der Volksabstimmung unterworfene Gebiet deckte sich im wesentlichen mit dem früheren preußischen Regierungsbezirk Oppeln; nur der Kreis Neiße und Teile der Kreise Neustadt, Falkenberg und Ratibor (Hultschiner Ländchen) blieben außerhalb des Abstimmungsgebietes. Zu diesem zugeschlagen wurde andererseits ein Teil des dem Regierungsbezirk Breslau zugehörenden Kreises Namslau.

Diejenigen Maßnahmen, die der Feindbund zur Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung für notwendig hielt, sind in einer besonderen Anlage zu dem vorerwähnten Artikel 88 des Versailler Diktats enthalten. Nach § 2 dieser Anlage war die Zone der Volksabstimmung unverzüglich einem internationalen Ausschuß von vier Mitgliedern zu unterstellen, die durch die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, das Britische Reich und Italien zu ernennen waren. Gleichzeitig sollte das Abstimmungsgebiet von Truppen der alliierten und assoziierten Mächte besetzt werden.

Dem internationalen Ausschuß waren, außer in gesetzgeberischer oder steuerlicher Hinsicht, alle Befugnisse der deutschen oder preußischen Regierung zugesprochen worden. Er trat damit an die Stelle der Regierung der Provinz oder des Regierungsbezirks. Er sollte selbst für die Auslegung der ihm durch die Bestimmungen des Versailler Diktats übertragenen Befugnisse zuständig sein und selbst zu bestimmen haben, inwieweit er diese Befugnisse auszuüben oder den bestehenden Behörden zu belassen gedachte.

Abänderungen der bestehenden Gesetze und Steuern sollten nur mit Zustimmung des Ausschusses in Kraft treten dürfen. Die öffentliche Ordnung sollte durch den Ausschuß mit Hilfe der zu seiner Verfügung stehenden Truppen und, soweit er es für nötig hielt, von einer aus Landeseinwohnern gebildeten Polizei aufrechterhalten werden.

* Unter Benutzung von von Landrat Dr. Urbanek, früherem deutschen Plebiszitkommissar, zur Verfügung gestelltem Material.

Der Ausschuß sollte ferner alle Maßnahmen treffen, die er zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe für erforderlich erachtete. Er durfte insbesondere die Ausweisung jeder Person verfügen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Machenschaften der Bestechung oder Einschüchterung zu fälschen versuchen würde.

So weit die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktats über die Verwaltung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes durch den internationalen Ausschuß bis zur Vornahme der Abstimmung.

Schwere Jahre hatten das oberschlesische Land und seine Bewohner durchgemacht. Gleich zu Anfang des Krieges war es, gegen die damalige russische Grenze nur unzulänglich durch deutsche Truppen geschützt, der Gefahr feindlichen Einmarsches mit allen von der russischen Besetzung Ostpreußens her bereits bekannten entsetzlichen Folgen für die Bevölkerung ausgesetzt gewesen. Es waren die Jahre steigender Not und Entbehrungen infolge der wirtschaftlichen Anforderungen der Kriegführung gefolgt, die mit ganzer Wucht, und am empfindsamsten auf dem Gebiete des Ernährungswesens, Land und Leute bis auf das äußerste gepeinigt hatten. Auch die Erscheinungen der Staatsumwälzung im Spätherbst 1918 hinterließen ihre Spuren in Oberschlesien in Gestalt einer mehr als bedenklichen Lockerung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit.

Da wurde im Mai 1919 der in langmonatlichen Beratungen in Paris fertiggestellte Entwurf eines Friedensvertrages vom Rate der feindlichen Mächte bekanntgegeben und der deutschen Regierung zur Aeußerung binnen kürzester Frist zugefertigt. Was kein Deutscher bis dahin für möglich gehalten hatte, sollte zur Tatsache werden, Oberschlesien, dieses Gebilde deutschen Industrie- und Gewerbefleißes, dieses für das Wirtschaftsleben des deutschen Mutterlandes unentbehrliche Land, sollte losgerissen und bis weit auf das linke Oderufer hinaus an den neu zu bildenden Staat Polen abgetreten werden. Eine gewaltige Erregung bemächtigte sich darob der von solchem Schicksal bedrohten Bevölkerung, weit hinein bis in die Reihen der polnisch sprechenden Oberschlesier, seien sie Industriearbeiter oder Landleute. Gewaltige Kundgebungen fanden alsbald in allen Städten statt gegen die Vereinigung Oberschlesiens mit Ländern, deren Kulturstand bisher gewaltig hinter dem Oberschlesiens zurückgeblieben war, zu einem neuen Staatswesen. An den Kundgebungen beteiligte sich auch außerordentlich stark die Bewohnerschaft der Industriedörfer und ländlichen Orte. Lichtbildaufnahmen von den Protestversamlungen wurden von der deutschen Regierung ihrem Protest gegen die beabsichtigte Vergewaltigung Oberschlesiens beigefügt und diese scheinen, verstärkt durch unmitelbare Berichte amerikanischer Augenzeugen, auf den Hohen Rat in Paris doch einen solchen Eindruck gemacht zu haben, daß man sich dort entschloß, den Oberschlesiern das Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen, übrigens

das einzige Zugeständnis, welches auf die zahlreichen Proteste der deutschen Regierung gegen die Vergewaltigungen des Friedensvertrages erfolgte.

Ein Aufatmen ging nach dem Bekanntwerden dieser neuen Entscheidung durch die deutschgesinnten Kreise des Landes. Glaubte man doch nunmehr hoffen zu dürfen, daß die teure Heimat dem deutschen Vaterlande erhalten bleiben werde, denn keinem, der Land und Leute und ihre von polnischer Propaganda noch wenig oder gar nicht beeinflußte Gesinnung zur Zeit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages kannte, konnte es zweifelhaft sein, daß bei Durchführung der Volksabstimmung unter den von der Mächtevereinigung zugesicherten Garantien ein überwältigendes Ergebnis für Deutschland herauskommen müßte.

Man erwartete die nunmehr unvermeidlich gewordene Besetzung des Landes durch die Truppen der alliierten Hauptmächte binnen kürzester Frist nach der am 28. Juni 1919 erfolgten Unterzeichnung des Versailler Vertrags. Aber Woche auf Woche verrann, ohne daß etwas Positives über den Zeitpunkt der Besetzung bekannt wurde. Die Polen nutzten diese Zeit bereits eifrig dazu aus, ihre alten Organisationen zur Bekämpfung des Deutschtums durch Entfaltung einer Lügenpropaganda ohnegleichen auszubauen und zu verstärken. So konnten sie es wagen, schon Ende August 1919 einen polnischen Aufstand zum Zwecke einer gewaltsamen Besitzergreifung für Polen in Szene zu setzen. Man wollte offenbar das in der Provinz Posen bereits als zum Ziele führend erprobte Verfahren, nämlich durch Schaffung vollendeter Tatsachen das Einverständnis der Entente zur Besitzergreifung des Landes zu erlangen, in Oberschlesien wiederholen, um damit der gefürchteten Volksabstimmung auszuweichen. Aber die Reichswehr, die, verstärkt durch freiwillige Grenzschutzkorps, die gefährdeten Kreise besetzt hielt, hielt die Aufstandsbewegung mit starker Hand nieder, so daß sie nach einer Woche vollends zum Erliegen kam. Die Bewegung war räumlich auf den Kreis Pleß und Teile der Kreise Rybnik, Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz beschränkt geblieben.

Die feindliche Besetzung ließ auch nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes weiter auf sich warten. Es verging Monat auf Monat und das Jahresende kam heran, ohne daß Nachrichten aus Paris über die Vornahme der vertraglich festgesetzten Besetzung des oberschlesischen Landes an die deutsche Regierung gelangten. Man gewöhnte sich schließlich an diesen Zustand und es erschien nicht weiter verwunderlich, daß Gerüchte entstanden und eifrig genährt wurden, der Hohe Rat in Paris wolle von der Besetzung Oberschlesiens überhaupt Abstand nehmen und Oberschlesien ohne die Abstimmung bei Deutschland belassen. Da plötzlich, Ende Januar 1920 erhielt die Reichswehr den Befehl zur planmäßigen Räumung des Abstimmungsgebietes. Mit tiefer Bewegung und banger Sorge vor der Zukunft sahen die Deutschen die Beschützer des Landes abziehen. Auch in diesem äußersten Moment war noch nichts Näheres über den Besatzungsplan der alliierten Truppen bekannt geworden. Viele glaubten,

daß polnische Hallertruppen, die jenseits der Grenze zusammengezogen sein sollten, das Abstimmungsgebiet besetzen würden.

Da geschah das in weiten Bevökerungskreisen nicht Geglaubte nun wirklich. Von der Südostecke des Bezirkes angefangen, vollzog sich innerhalb 10 Tagen die Besetzung des Abstimmungsgebiets durch die feindlichen Truppen, ganz überwiegend Franzosen in feldmarschmäßiger Ausrüstung mit einem ungeheuren Troß an Wagen und Kriegsgepäck, und zwar wurde jede geräumte Zone 24 Stunden später in Besitz genommen. Der Wettergott meinte es übel mit den Fremdlingen und hatte einen kräftigen Dauerregen verbunden mit heftigem Südweststurm zum Empfange angesetzt, der in kürzester Zeit den vorher gefallenen Schnee in einen flüssigen Brei verwandelte, dem wohl der beste Franzosenstiefel nicht standhalten konnte. Dieses Wetter, das keinen Hund hinterm Ofen hervorzulocken vermochte, bewirkte auch, daß die Zahl der Neugierigen, die dem Einmarsch in die Garnisonstädte beiwohnten, nur eine kläglich geringe war. Die feindlichen Befehlshaber mochten daraus wohl auf eine unfreundliche Gesinnung der Bevölkerung geschlossen haben, man ließ die Vorsicht der Weisheit Mutter sein, vermied beim Marsch vom Bahnhof nach den Kasernen die Hauptverkehrsstraßen und machte überhaupt von der ganzen Besetzungsaktion so wenig Aufsehen wie nur irgend möglich. Doch lange dauerte diese Zurückgezogenheit nicht. Schon am nächsten Tage mußten die bestürzten Städter feststellen, daß auf irgendeinem öffentlichen Gebäude, in der Regel dem Rathause, die französische Flagge gehißt war und daselbst sich eine starke militärische Wache mit intensivem Wachtdienst eingenistet hatte. Wer jetzt noch nicht glauben wollte, daß die öffentliche Gewalt auf die ungebetenen Gäste übergegangen war, der konnte baldigst eines anderen belehrt werden, wenn er Zeuge wurde, wie in zahlreichen Fällen Straßenpassanten, die vielleicht den Fremdlingen eine mißachtende Gebärde gemacht hatten oder sich gar zu einer unfreundlichen Bemerkung hatten hinreißen lassen, einfach von einer Kavalleriepatrouille aufgegriffen und nach der Wache geschleppt wurden, von wo die Arrestanten in der Mehrzahl der Fälle in Sammeltransporten nach Gleiwitz zur Aburteilung durch das dort eiligst errichtete französische Militärgericht geschafft wurden. Nun kannte die Empörung der städtischen Bevölkerung keine Grenzen mehr und suchte nach irgendeiner offenen Ausdrucksform.

Besonders eindrucksvoll entwickelte sich in der kleinen Stadt Tarnowitz eine Kundgebung gegen die neuen Machthaber. Daselbst fiel zeitlich mit dem Einzug der Franzosen das 50jährige Jubiläum des Realgymnasiums zusammen. Zahlreiche frühere Schüler der Anstalt waren herbeigeeilt, um in Stunden des Zusammenseins alte Jugenderinnerungen auszutauschen. Die Schüler der höheren Klassen sollten einen Fackelzug veranstalten. Die Bürger und Bürgerinnen der Stadt hatten sich zahlreich in den Straßen aufgestellt, um den Fackelzug anzusehen. Da wurde plötzlich bekannt, daß der französische Kommandant den Fackelzug verboten habe, weil er durch ihn eine Störung der öffentlichen Ordnung befürchtete. Nur ganz kurze Zeit malt sich die Enttäuschung in den Gesichtern der festlich gestimmten

Menge. Dann aber, wie von einer unsichtbaren Macht getrieben, formt man sich zu einem Zuge, einem Riesenzuge ohne Anfang und ohne Ende, der sich unaufhörlich durch die nach dem Ringe führende Hauptstraße, über den Ring hinweg durch eine andere Straße und um die Stadt herum wieder denselben Weg zum Ringe schiebt. Machtvoll hallt das Deutschland- und das Preußenlied durch die Straßen, das Lied von „Den Vöglein im Walde" und der „Heimat, in der es ein Wiedersehen gibt", die Massen singen sich in immer größere Begeisterung und konzentrieren sich immer mehr auf dem geräumigen Ringe, wo vor dem Rathause die französische Wache ins Gewehr getreten ist und entgeistert in die sich immer drohender gebärdende Menge starrt, dem unvermeidlich erscheinenden blutigen Zusammenstoß entgegensehend. Die deutsche Schutzpolizei hat um die Wache einen Schutzkordon gezogen und ihre Organe suchen die aufgeregte Masse durch Ansprachen zu beschwichtigen und vom Aeußersten abzuhalten. Es will nicht glücken. Allenthalben fordern Hitzköpfe durch laute Ansprachen dazu auf, die Absperrkette zu durchbrechen, die auf der Freitreppe des Rathauses stehenden Erbfeinde zu entwaffnen und mit Schimpf und Schande aus der Stadt zu jagen. Da ertönen von den Weichbildern der Stadt ringsher Schreckschüsse. Französische Kavallerie ist aus den Kasernen ausgerückt, hat die Stadt systematisch umzingelt und rückt nun von allen Seiten mit gezückter Hiebwaffe gegen das Stadtinnere vor. Die Vernunft siegt bei den Massen, man weicht der Gewalt, läßt sich in die Seitenstraßen und weiter bis jenseits der Ausgänge der Stadt abdrängen, die nunmehr von französischen Postenketten abgesperrt werden. — Zwei Stunden später treffen die alten Schüler des Realgymnasiums in der Turnhalle zum Festkommers zusammen. Bleich und ernst verkündet der Leiter des Kommerses einen Befehl des französischen Stadtkommandanten: „Das Schulgebäude werde von einer Kompagnie Soldaten umstellt, die Teilnehmer dürfen bis spätestens zur festgestzten Stunde nur einzeln oder zu zweien den Ort der Veranstaltung verlassen, jede Anhäufung und Ruhestörung wird mit Waffengewalt verhindert werden." Keine Festesfreude will an der Tafelrunde aufkommen, kein heiterer Sang erschallt, doch in der Erinnerung an die gemeinsame Zeit des Lernens zu einer Zeit, zu welcher das von allen geliebte Vaterland auf der Höhe seiner Macht und vor aller Welt in Glanz und Ansehen stand, treffen sich, da der Empörung unter den Lauschern des Feindes mit freiem Wort nicht Ausdruck verliehen werden kann, die Blicke der ehemaligen Schulgenossen und mit stummem Händedruck wird es gelobt: Nimmermehr darf auf die Dauer der Erbfeind über die gemeinsame Heimat gebieten; diese war deutsch, ist deutsch und muß deutsch bleiben für alle Zeiten!

Der Verfasser glaubte, an dieser Stelle ein Stück eigenen Erlebens einflechten zu dürfen, in der Ueberzeugung, daß das Erzählte besser als eine allgemein gehaltene Schilderung ein Bild von der Stimmung unter den Deutschgesinnten zur Zeit des Beginns der feindlichen Besetzung zu

geben vermag. Welche Empfindungen waren es nun, von welchen die Oberschlesier mit polnischer Muttersprache in den ländlichen Ortschaften und den Industriedörfern angesichts der vollzogenen Besetzung des Landes durch die fremden Truppen befallen wurden? Gewohnt, in den Tag hineinzuleben, ohne sich um die Zukunft viel Sorgen zu machen, sahen sie sich nun vor Tatsachen gestellt, zu denen Stellung zu nehmen ein unerläßliches Gebot der Stunde geworden war. Wohl zuckte der Arm und ballte sich die Faust in der Erinnerung an die langen Kriegsjahre, während welcher man den Erbfeind, sei es in tapferem Angriff, sei es in zäher Abwehr, die deutsche Kraft hatte fühlen lassen, als dieser selbe Feind, dessen Hinterhältigkeit man kennengelernt und dessen Lügenpropaganda man es zu verdanken hatte, daß eine Welt von Feinden dem armen, deutschen Vaterlande erstanden war, nunmehr nach geschlossenem Frieden noch in der oberschlesischen Heimat auftauchte. Was wollten diese Fremdlinge hier, die doch an der unsagbaren Not der Heimat die Hauptschuld trugen? Wollten sie die bestehende schwere Not an Nahrungsmitteln noch vergrößern und dazu noch auf der Bärenhaut liegen, während das arme oberschlesische Volk sich schwer plagen mußte, um das zum Leben Notwendigste zu verdienen? Doch eine rechtzeitig eingesetzte polnische Propaganda hatte schon dafür gesorgt, daß solche Gedanken, die man bei der Unterhaltung mit Landsleuten von der Scholle häufig hatte äußern hören, nicht allzu tief bei der ländlichen Bevölkerung und der Industriearbeiterschaft Wurzeln fassen konnte. Da waren zahlreiche Agitatoren schon vor dem Einzug der fremden Truppen als harmlose und unverdächtige Handelsleute verkleidet in den Dörfern umhergezogen und taten es noch fernerhin und in Tausenden und aber Tausenden von Einzelgesprächen hatten sie es ebenso vielen Hirnen beigebracht und besonders bei den urteilslosen Frauen Glauben gefunden: Habt Vertrauen zu den Franzosen, empfangt sie, die nur die Feinde Deutschlands, nicht aber eure Feinde waren, als *Freunde* mit offenen Armen. Sie kommen zu euch, um euch von dem preußischen Joch zu befreien und euch zu Kindern des neu errichteten freien Polens zu machen, dieses Polens, in dem es keine Not mehr geben wird und in dem jeder Bürger eine gesicherte Existenz finden wird und, was das beste, als freier Mann auch frei über das Erschaffte verfügen wird, anders wie in Deutschland, wo auch weiterhin die Staatsgewalt mit rauher Hand eingreifen wird, um dem schwer ringenden Volksgenossen auch das Letzte abzupressen, dessen der Staat zur Fristung seines Daseins bedarf. Mußten die Verkünder solch froher Botschaft bisher im geheimen ihre Tätigkeit ausüben, um nicht als Verräter des Vaterlandes zur Rechenschaft gezogen zu werden, wer wollte sie jetzt angesichts der Ohnmacht, zu der die vollzogene Besatzung die bisherigen Hüter der staatlichen Ordnung verurteilt hatte, daran hindern, das Schafskleid abzuwerfen und offen als polnische Agitatoren die Massen um sich zu scharen und sie für Polens Sache zu begeistern! Nun konnte man endlose Züge formieren und sie nach der Stadt leiten, um den französischen Freunden dadurch eine Huldigung darzubringen. Und trotz der durch die Stadtkommandanten erlassenen Umzugs-

und Versammlungsverbote, die bei Versuchen zu gleichartigen deutschen Veranstaltungen bereits scharf zur Anwendung gekommen waren, wurden diese polnischen Umzüge auswärtiger Elemente in den Städten von den neuen Machthabern nicht nur geduldet, sondern es wurde auch zugelassen, daß französische Soldaten sich in die Züge einreihten, um damit dem Vollzug der Verbrüderung mit ihren vermeintlichen Schutzbefohlenen öffentlichen Ausdruck zu geben. Geschah solches schon in der ersten Woche, was durften die deutschen Brüder und Schwestern noch von der Unparteilichkeit der Besatzungstruppen in der ferneren Besetzungszeit erhoffen?

Die Besetzung des oberschlesischen Abstimmungsgebiets endete am 10. Februar 1920 planmäßig mit der Besetzung der Stadt Oppeln, welche zum Sitze des nach § 2 der Anlage des Artikels 88 des Versailler Diktats eingesetzten Internationalen Ausschusses ausersehen war. Sämtliche Kreise, in denen mit einer stärkeren polnischen Bewegung zu rechnen war, waren durch Franzosen besetzt worden. Nur die Kreise und Kreisteile westlich der Oder (Ratibor z. T., Leobschütz, Kosel z. T. und Neustadt) hatte man den Italienern zur Besetzung überlassen. Nach Bestimmung des eben erwähnten § 2 war das Abstimmungsgebiet ‚von den Truppen der alliierten und assoziierten Mächte" zu besetzen. Zu diesen gehörten neben Frankreich und Italien, auch England und die Vereinigten Staaten von Amerika, welche letzteren beiden Staaten aber keine Besatzungstruppen gestellt hatten. Warum hatten sich diese beiden Hauptmächte, zu deren Unparteilichkeit die deutsche Regierung von vornherein ein größeres Vertrauen gehabt hätte, an der Besetzung des Landes nicht beteiligt? Warum hatten die anderen Mächte es zugelassen, daß Frankreich, dessen Deutschenhaß und Polenfreundlichkeit, als jedes berechtigt erscheinende Maß übersteigend, weltbekannt war, bei der Besetzung diejenigen Kreise für sich in Anspruch nahm, die nach ihrer geographischen Lage zunächst für den polnischen Appetit in Frage kamen?

Der Internationale Ausschuß hatte sich am 10. Februar in Oppeln unter dem Schutze der französischen Leibgarden konstituiert und sich die Bezeichnung „Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission" beigelegt. Der Vorsitz in dieser Kommission war dem französischen General Le Rond übertragen worden, einem Mann, dessen hinterhältiges Spiel in der ferneren Entwicklungsgeschichte der oberschlesischen Frage in das rechte Licht zu setzen, eine der Hauptaufgaben der weiteren Darstellung sein wird. Als englischer Oberkommissar trat der Oberst R. F. P. Percival, als italienischer der General A. De Marinis in die Interalliierte Regierungs- und Pebiszitkommission ein. Die Vereinigten Staaten von Amerika hatten, obwohl vertraglich dazu verpflichtet, keinen Vertreter in die Interalliierte Kommission entsandt, ein Umstand, der zu dem Schlusse berechtigt, daß dieser Staat, der auch den Versailler Vertrag nicht ratifiziert hat, sich mit dem Makel einer Vergewaltigung Deutschlands in der oberschlesischen

Frage nicht beflecken wollte. Ein ungeheurer Stab von französischen, englischen und italienischen Regierungsbeamten, militärischen Beratern und technischen Sachverständigen aller Art fand sich zur Unterstützung der Interalliierten Kommission in Oppeln zusammen und emsig machte man sich daran, die Organisation der Landesverwaltung zu studieren und danach schrittweise die Verwaltung selbst zu übernehmen und auszugestalten.

Die innere Verwaltung und oberste Polizeigewalt innerhalb der einzelnen Kreise wurde interalliierten Kreiskontrolleuren übertragen, die gleichzeitig mit der Regierungs- und Plebiszitkommission ihr Amt antraten. Im Gegensatz zu der bei der militärischen Besetzung geübten Methode stellte jede der drei an der Interalliierten Kommission beteiligten Mächte eine annähernd gleiche Zahl Kreiskontrolleure. Diese waren Engländer in den Kreisen Beuthen-Land, Tarnowitz, Lublinitz, Rosenberg, Kreuzburg und Groß-Strehlitz, Italiener in den Kreisen Pleß, Rybnik, Ratibor, Leobschütz, Kosel und Neustadt und Franzosen in den Kreisen Beuthen-Stadt, Königshütte-Stadt, Kattowitz-Stadt, Kattowitz-Land, Hindenburg, Gleiwitz-Stadt, Gleiwitz-Land und Oppeln. Betrachtet man diese Verteilung mit kritischem Blick, so fällt sofort in die Augen, daß es auch hier französisch-polnischem Intrigenspiel wieder gelungen war, die Hochburgen des Deutschtums, die großen Städte Kattowitz, Gleiwitz, Beuthen und Königshütte ebenso wie den industriell wertvollsten Teil des Abstimmungsgebiets, die Kreise Hindenburg und Kattowitz-Land, der besonderen französischen — polenfreundlichen und deutschfeindlichen — Einflußsphäre zu unterstellen.

Am 12. Februar 1920 prangten an allen öffentlichen Anschlagsstellen des Abstimmungsgebiets große Plakate mit einem Aufruf der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission in deutscher und polnischer Sprache, worin sie die Uebernahme der Regierungsgewalt auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrags bekanntgab. Im Namen der alliierten Mächte wurde verkündet, „daß mit der Besitznahme des Landes eine neue Aera der Freiheit und der Gerechtigkeit eingesetzt habe. Die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission betrachte es als ihre erste Pflicht, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, damit jeder in voller Sicherheit seinen Geschäften nachgehen könne. Ruhe und vollkommene Arbeitsfreiheit werde den Oberschlesiern zugesichert. Gönne die Interalliierte Kommission einerseits ihr Wohlwollen allen denjenigen, die ihre Pflichten treulich erfüllen wollen, so halte sie sich anderseits für verpflichtet, *alle Unruhestifter rücksichtslos und gnadenlos zu verfolgen,* wer sie auch sein möchten. Alle diejenigen, die den Frieden und die allgemeine Ordnung störten, die den Klassenhaß und religiöse und nationale Zwiste anfachen oder versuchten, revolutionäre Komplotte zu schaffen, auch diejenigen, *welche die freie Aeußerung der Bevölkerung in Oberschlesien während der Abstimmung zu hemmen oder zu fälschen suchten,* würden aufs strengste bestraft werden. Die auf wahre Freiheit gegründete, den Oberschlesiern

von den alliierten Mächten gewährte Gerechtigkeit setze eine entsprechende Rücksicht auf aufrichtige Achtung für die Aeußerung des Willens des Nächsten voraus. In dieser Beziehung werde scharfe und genaue Kontrolle ausgeübt werden".

Ungeheure Scharen von Männern und Frauen des oberschlesischen Volkes drängten sich vor den Plakaten und studierten mit gegenseitiger Hilfe diese Proklamation. Innerlich bewegt und tief ergriffen ging man weiter, nachdem man womöglich mehrmals diese herrliche Kundgebung gelesen hatte, um ihren Inhalt auch ganz in sich aufzunehmen. So war es denn also wahr, was schon wochen- und monatelang jene Ortsfremden, die so interessante Gespräche zu führen verstanden, behauptet hatten, Oberschlesien werde von aller Not rasch gesunden, Ruhe und Sicherheit werde zurückkehren, wenn erst die Interalliierte Kommission die Regierung des Landes angetreten haben werde. Einer Regierung, die ein solches Programm auf ihre Fahnen schreibe, könne man das vollste Vertrauen entgegenbringen. Willig wolle man ihre weiteren Maßnahmen abwarten und ihren Weisungen sich fügen.

Aber auch in den Reihen der Deutschgesinnten bis herauf in diejenigen der Intelligenz wurde man stutzig ob des entschiedenen Tons der Proklamation. General Le Rond und seine Trabanten hatten ihr Wort verpfändet. Wenn diese Treuhänder Oberschlesiens es, wie man erwarten durfte, einlösten, dann war der Sieg der deutschen Sache sicher. Man wollte sich also der Interalliierten Kommission gegenüber in jeder Weise loyal und korrekt verhalten, um die Prüfungszeit der oberschlesischen Heimat nach Möglichkeit abzukürzen.

Die ersten drei Monate unter der Oberverwaltung der Interalliierten Regierungs- und Plebiszitkommission verliefen ruhig und ohne besondere Zwischenfälle. Freilich machte die Kommission von den vertraglich von ihr in Anspruch genommenen Rechten einen immer weitergehenden Gebrauch. Die einzelnen Abteilungen in der Zentralinstanz in Oppeln waren emsig tätig, den ihnen zugewiesenen Zweig der durch die im Amt gebliebenen deutschen und preußischen Beamten weiter ausgeübten Staatsverwaltung grundsätzlich zu studieren und, anfänglich vorsichtig tastend, dann aber immer bestimmter auftretend, auf ihn Einfluß zu gewinnen. Die Finanzverwaltung wurde von der des deutschen und preußischen Mutterlandes vollständig getrennt; die Einnahmen der öffentichen Kassen hatten ausschließlich zur Deckung der Verwaltungsausgaben zu dienen. Der unter die interalliierte Kontrolle gestellte Verwaltungsbezirk der Eisenbahndirektion in Kattowitz wurde auf das Abstimmungsgebiet beschränkt bzw. erweitert. Zum Zeichen, daß auch die Postverwaltung von der des Reiches losgelöst und unter interalliierte Verwaltung gestellt worden war, wurden eigene Briefmarken mit symbolischem Bildnis — Taube mit Oelzweig über einer oberschlesischen Landschaft schwebend — und mit französischer Haupt- und deutscher und polnischer Nebenaufschrift herausge-

geben; Eingriffe in die Zollhoheit des Deutschen Reiches unterblieben zwar, dafür wurde aber der Paßzwang beim Verkehr über die Grenzen des Abstimmungsgebietes und ein Legitimationszwang beim Verkehr innerhalb dieses Gebietes eingeführt. Die Pässe der aus- und einreisenden Oberschlesier mußten mit dem Visum des für den Wohnort zuständigen interalliierten Kreiskontrolleurs versehen sein. Besonders in den kreisfreien Städten mit französischem Paßbureau wurde bei der Erteilung der Visa außerordentlich schikanös verfahren. Die zur Bewältigung des Verkehrs getroffenen Einichtungen waren gänzlich unzulänglich. In Zeiten starken Reiseverkehrs mußten die Massen, 6 Stunden und länger allen Unbilden der Witterung ausgesetzt, auf der Straße stehen und drängen, bis sie zum Einlaß in das Zimmer des Gewaltigen an die Reihe kamen. An der deutschen Abstimmungsgrenze wurde die Paßkontrolle außerordentlich scharf und streng gehandhabt, während an der kongreßpolnischen Grenze das Gegenteil der Fall war. Zahlreiche Landübergänge waren überhaupt nicht von interalliierten Grenzwächtern besetzt und es vollzog sich hier ungehindert ein Verkehr von Elementen, die im Interesse der Sicherung eines ehrlichen Abstimmungskampfes fernzuhalten, alle Ursache vorhanden gewesen wäre.

Auch eine starke *wirtschaftliche* Bevormundung des Abstimmungsgebietes durch die Organe der Interalliierten Kommission setzte alsbald ein. Am ausgeprägtesten trat dies bei der Verteilung der im Abstimmungsgebiete gewonnenen Steinkohle in Erscheinung. Eine dem ausgeschalteten deutschen Reichskommissar für die Kohlenverteilung nachgebildete Organisationsstelle bestimmte den Anteil, den jedes an der oberschlesischen Kohlenproduktion teilhabende Land zu erhalten hatte, wobei natürlich auf die Kohlenbedürfnisse Polens die größte Rücksicht genommen wurde. Auch der Kohlenbedarf des Abstimmungsgebiets selbst wurde stets voll gedeckt. Die Unterverteilung der für Deutschland freigegebenen Menge wurde aber alsdann der Verfügung des Reichskohlenkommissars belassen.

Die zahlreichen Gelegenheiten und Anlässe, die die wirtschaftlichen und technischen Sachverständigen der Interalliierten Kommission fanden und erfanden, um sich in der Verwaltung und den Betrieben der großen industriellen Konzerne umzusehen, wurden natürlich zu ausgedehnter Handels- und technischer Spionage benutzt, und es ist schwer zu sagen, ob darin Frankreich England oder England Frankreich den Rang abgelaufen hat. Jedenfalls waren beide Staaten eifrig bemüht, den Grund und Boden für ein Eindringen ihres Länderkapitals in die oberschlesische Industrie vorzubereiten.

Es versteht sich beinahe von selbst, daß Frankreich als derjenige Staat, der sich den vorherrschenden Einfluß in der Interalliierten Kommission ausbedungen hatte, vor allem die Oberleitung des Polizeiwesens für sich in Anspruch nahm. Dies geschah offenbar in der Erkenntnis, daß die Organisation und Handhabung der Polizei, vor allem aber auch ihre Zusammensetzung in nationaler Hinsicht ein außerordentlich wichtiger Faktor in der Lenkung und Beeinflussung des Abstimmungskampfes zu werden

versprach. Unschätzbar für französisch-polnische Zwecke war der Wert der mit der Polizeigewalt verbundenen Preßzensurgewalt. Wir werden noch sehen, wie Frankreich mit dieser wirksamen Waffe in der Hand zu operieren und seinen Interessen zu dienen verstand.

Eins der interessantesten und wichtigsten Probleme, das sich bald nach vollzogener Besetzung des Landes aufrollen mußte, war das, wie wird sich die industrielle Arbeiterschaft, die an Zahl wie an wirtschaftlicher Bedeutung wichtigste Gruppe der ansässigen Bevölkerung, zu der Fremdherrschaft stellen, und umgekehrt, welche Taktik wird die Interalliierte Kommission gegenüber der Arbeiterschaft anwenden? Zweifellos war der Kommission bekannt, daß jene Bevölkerungsschicht, nach dem wilden Taumel der durch die deutsche Revolution aufgepeitschten Leidenschaften kaum zur unerläßlichen Arbeitsdisziplin zurückgekehrt, jederzeit bereit war, wiederum die als zu eng empfundenen Arbeitsfesseln zu sprengen und unter Mißachtung jeder Autorität der Staatsgewalt von neuem in offenen Kampf mit dem Unternehmertum zu dem Ziele der Erreichung einer unbedingten wirtschaftlichen Vormachtstellung zu treten. Wird die Interalliierte Kommission die Arbeiterschaft in der Achtung vor ihrer Regierungsgewalt erhalten können oder ihr diese Achtung nötigenfalls beizubringen verstehen? Daß man diese Frage anfangs vom absoluten Herrenstandpunkt aus zu behandeln und zu lösen gedachte, geht aus § 1 Abs. 2 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Diktats hervor, wonach binnen zwei Wochen nach dem Inkrafttreten des Vertrages die im Abstimmungsgebiete bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte aufzulösen waren. Solche Einrichtungen waren nun zwar zum Zeitpunkt der Durchführung der feindlichen Besetzung in Oberschlesien nicht mehr vorhanden; dagegen bereitete sich in Deutschland der Erlaß und die Durchführung des Betriebsrätegesetzes vor, durch welches die revolutionäre Errungenschaft der Arbeiterräte, freilich unter starken Einschränkungen ihrer sachlichen und örtlichen Befugnisse, auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden sollte. Man mußte nach der erwähnten Vertragsbestimmung erwarten, daß die Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission dem Betriebsrätegesetz, von dem ein großer Teil der Industriearbeiterschaft im Abstimmungsgebiete eine außerordentliche Stärkung seiner innerpolitischen und wirtschaftlichen Positon und insbesondere die Bergarbeiterschaft die allmähliche Verwirklichung der von ihr erstrebten Sozialisierung des Bergbaus erwartete, die Bestätigung zu seiner Gültigkeit versagen würde, wozu die Bestimmung in § 3 der Anl. zu § 88, „Abänderungen der bestehenden Gesetze treten nur mit Zustimmung des Ausschusses in Kraft", eine genügende Handhabe gegeben hätte.

Nun, die Interalliierte Kommission verstand es außerordentlich gut, diese wichtige Angelegenheit unentschieden in der Schwebe zu halten und die dadurch gewonnene Zeit dazu zu nützen, die Psyche des oberschlesischen Arbeiters eingehend zu studieren. Dies erschien besonders

den Franzosen notwendig, um je nach dem Ergebnis die regierungsseitige Behandlung des Arbeiters auf das Ziel, ihn zu einem gefügigen Werkzeug bei der Wahrung der französischen Abstimmungsinteressen zu machen, einzustellen.

Es bedurfte wohl keines besonderen Scharfsinns, um alsbald zu erkennen, daß nur eine wohlwollende und nachsichtige Behandlung des noch immer von den revolutionären Ideen befangenen Industriearbeiters zur Erreichung dieses Zieles angetan sein konnte.

Für diese Taktik war es zweifellos auch mitbestimmend gewesen, daß man geflissentlich vermieden hatte, auch die Industriegemeinden mit überwiegender Arbeiterbevölkerung mit Truppen der alliierten Mächte zu belegen. Man hätte ja anderseits befürchten müssen, daß die noch unter den Auswirkungen der Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit stehende und noch immer mit einer erheblichen Nahrungsmittelnot kämpfende Bevölkerung bei ständigem Anblick der wohlgenährten, sich zumeist dem Nichtstun hingebenden fremden Soldateska gereizt wurde und daß dadurch für Reibereien oder gar Tätlichkeiten ein Boden bereitet würde, ein Boden, der dann vermutlich auch eine wachsende Abneigung gegen die Fremdherrschaft überhaupt hervorgebracht hätte mit der Wirkung einer allmählichen Abkehr von der Unterstützung der politischen Ziele der Fremdherrschaft, die wohl auch der weniger einsichtsvollen Arbeiterschaft klar vor Augen gestanden haben.

Der unbefangene Beobachter konnte bei dieser Sachlage in den ersten Besetzungsmonaten das eigenartige Schauspiel genießen, daß jede der sich voneinander abhängig wähnenden Parteien — hier Interalliierte Kommission, dort Industriearbeiterschaft — geflissentlich alles vermied, was auf der anderen Seite als unfreundliche Handlung hätte ausgelegt werden können. Auf der Seite der Arbeiterschaft erklärte sich die abwartende Haltung, die man der fremden Herrschaft gegenüber zur Schau trug, auch aus einer gewissen Sorge heraus, daß die militärischen Machthaber Unruhen mit Waffengewalt unterdrücken könnten, wie es ja aus der Proklamation der Interalliierten Kommission auch herauszulesen gewesen war. So herrschte denn während der ersten Besetzungszeit auf den Bergwerken und industriellen Werken ein Arbeitsfrieden, wie er seit langer Zeit in Oberschlesien schmerzlich vermißt worden war. Die Interalliierte Kommission versäumte natürlich nicht, diese Tatsache als raschen Erfolg ihrer Regierungskunst an die Weltglocke zu hängen.

Allmählich verstärkte sich aber infolge des Ausbleibens jeglichen Zwischenfalls das Vertrauen, das man der neuen Landesregierung in Arbeiterkreisen glaubte entgegenbringen zu können. Die Gewerkschaften glaubten, sich diese Wandlung in den Kreisen ihrer Anhänger zunutze machen zu können, indem sie einen größeren Kreis von Arbeitnehmer angehenden Wünschen, welche bisher bei unmittelbarer Verhandlung mit den Arbeitgebern sich noch nicht hatten durchdrücken lassen, den Organen der Interalliierten Kommission, insbesondere den Kreiskontrolleuren, vortrugen. Man fühlte sich durch die Art und Weise, wie die in Anspruch

genommenen französischen und englischen Beamten in vornehm zur Schau getragener Ruhe die vorgebrachten Wünsche entgegennahmen und wohlwollende Prüfung versprachen (die aber zumeist unterblieb), stark angezogen, und die sich rasch verbreitende Kunde von dem unerwartet weitgehenden Entgegenkommen der fremden Herren löste nun eine wahre Flut von Einzelbeschwerden zum Teil aus weit zurückliegender Zeit aus, die man über den Kopf der zuständigen Lokalbehörden und -Gerichte hinweg und zum Teil gegen deren bereits vorliegende, abweisende Bescheide oder Urteile glaubte nunmehr leicht der gewollten Entscheidung entgegenführen zu können. Die Kreiskontrolleure konnten sich dieses Ansturms nicht erwehren und mußten die Erledigung der schriftlich und mündlich vorgebrachten Beschwerden auf ganz untergeordnete Beamte abschieben, welche wegen absoluter Unfähigkeit die Sachen im Sande verlaufen lassen mußten.

Die vorstehend skizzierte Bewegung wurde auch von den polnischen Gewerkschaften dazu ausgenutzt, die Interalliierte Kommission zur Stellungnahme zu arbeitsrechtlichen Streitfragen mit politischer Bedeutung zu veranlassen. In den Arbeitgeberverbänden war man übereingekommen, diejenigen Arbeiter, welche als Haupthetzer und Urheber der im Jahre 1919 vorgekommenen zahlreichen Arbeiterrevolten festgestellt und dann als Teilnehmer am ersten polnischen Aufstand im August 1919 bei der Niederwerfung desselben über die Landesgrenze gedrängt worden waren, von wo sie erst nach Wochen und Monaten zurückzukehren wagten, auf Grund einer dies zulassenden Bestimmung der geltenden Arbeitsordnungen als entlassen zu betrachten und ihre Wiedereinstellung nach erfolgter Rückkehr zur Arbeit zu verweigern. Die polnischen Gewerkschaften hatten gegen dieses durchaus berechtigte Verhalten der Arbeitgeber einen scharfen Kampf geführt, indem sie die also Gemaßregelten zu Märtyrern der polnischen Sache stempelten und ihre Wiedereinstellung auf dem alten Arbeitsplatz durch Urteile der Gewerbegerichte und Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse zu erreichen suchten. Als aber diese Wege nicht zum gewünschten Ziele geführt hatten, glaubte man von der Interalliierten Kommission einen Machtspruch erreichen zu können, indem man sie bewußt falsch dahin unterrichtete, daß im Falle von abschlägigen Bescheiden neue schwere Unruhen unter den Belegschaften der Gruben und industriellen Werke unvermeidlich seien, während in Wirklichkeit die großen Massen der Arbeiter von jenen Führern, denen sie in früherer Verblendung in materielles Elend gefolgt waren, längst abgerückt waren. Die interalliierten Organe, die, soweit sie Engländer waren, damals die Unehrlichkeit der polnischen Kampfmethoden noch nicht erkannt hatten, im anderen Falle aber als Franzosen nur zu gern den polnischen Wünschen entgegenkommen wollten, legten sich vermittelnd ins Zeug und erreichten in den weitaus meisten Fällen die Wiedereinstellung der Unruhestifter, da die in Frage kommenden Werksverwaltungen sich lediglich wegen der Verfechtung einer Prinzipienfrage den Kreiskontrolleur nicht zum Feinde machen wollten.

Ehe das eigenartige Verhältnis der Interallierten Kommission zu der Arbeiterschaft des Abstimmungsgebietes und die Beeinflussung der späteren Volksabstimmung durch dieselbe weiter beleuchtet werden kann, ist es notwendig, sich mit anderen Erscheinungen zu beschäftigen, durch welche jenes Verhältnis eine besondere Gestaltung erfahren hatte. Von größter Bedeutung in dieser Hinsicht ist der Aufbau und die Durchführung der polnischen Werbepropaganda gewesen, deren hundertfältig verzweigte Fäden von *einer* Hand ausgingen und geleitet wurden, der Hand Korfantys.

Bekanntlich war Korfanty, ein geborener Kattowitzer, schon im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts im Deutschen Reichstage und Preußischen Landtage als von den Polen oberschlesischer Wahlkreise durchgebrachter Abgeordneter tätig gewesen und war dort durch seine bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit unternommenen Vorstöße und Reden im radikal nationalpolnischen Sinne allgemein aufgefallen und bekannt geworden. Die polnischen Parlamentsfraktionen glaubten später, seine für die polnische Sache unschätzbaren Fähigkeiten besser verwerten zu können, indem sie ihn als Landtagskandidaten für einen Posener Wahlkreis aufstellten und wählen ließen. So verschwand Korfanty in den Jahren vor Ausbruch des Weltkrieges und während des Krieges vom Schauplatz der oberschlesischen Bühne. Als aber nach dem Gelingen des Posener Staatsstreiches und der Konstituierung des jungen polnischen Staates dessen ländergieriges Bestreben sich Oberschlesien zuwandte, da erinnerte man sich des Mannes, der, selbst ein Kind des Landes, wie kein anderer berufen schien, in dem bevorstehenden schweren Kampfe der Nationalitäten die Führung der polnischen Sache zu übernehmen. Eigenes Streben nach Ruhm und persönlicher Macht beseelten unter dem Schutze der neu entfalteten Schwingen des weißen Adlers diesen heißblütigen Jünger Kosciuskos in einem Maße, daß Korfanty, der doch als Beauftragter der polnischen Regierung seine Propagandatätigkeit in Oberschlesien ausüben sollte, sich jeder Bevormundung durch dieselbe entzog, sobald er Zeit und Gelegenheit als gekommen erachtete, auf eigene Faust im Dienste der polnischen Sache zu operieren und seine persönliche Machtstellung zu befestigen.

Schon vor der Besetzung Oberschlesiens durch die interalliierten Truppen hatte Korfanty viel von sich reden gemacht, wenngleich sich seine Tätigkeit mehr im Verborgenen und mit der gebotenen Reserve vollzog. Welches oberschlesische Kind kennt nicht die berühmt gewordene Korfantysche Kuh, die nach seinen Versprechungen in Polen jeder Mann des Volkes in seinem Stalle haben sollte! Der erste polnische Aufstand im August 1919 war das Werk Korfantys. Freilich hatte dieser Regisseur es damals vermieden, mit Namen und Person dieses gewagte Spiel verantwortlich zu zeichnen.

Nun war durch die vollzogene Besetzung die Sachlage mit einem Schlage verändert worden. Jetzt konnte man jede Besorgnis vor Anwendung der Strafparagraphen des Strafgesetzbuches über Landesverrat

fallen lassen. Herunter also mit der bisherigen Maskierung und aufgeklappt das Visier, damit jedermann, ob Freund oder Feind der polnischen Sache, das wahre Gesicht des polnischen Hetzfanatikers sehen konnte, das der deutschen Sache rücksichtslosesten Kampf, auch unter Verwendung der gemeinen Waffen der Lüge und Verleumdung, ansagt.

Kein Zweifel mehr über den Beginn solchen Kampfes konnte für den herrschen, der am Morgen des 12. April 1920 den von Korfanty als „Polnischen Plebiszitkommissar für Schlesien" gezeichneten öffentlichen Aufruf las: „Es wimmelt bei uns von offenen und geheimen preußischen Agenten. Auf höheren Befehl versuchen sie in Oberschlesien Unruhen hervorzurufen, unsere Heimat ins Unglück zu stürzen, das Blut des polnischen Volkes wie im vergangenen Jahre zu vergießen und noch größeren Hunger und noch größeres Elend in Oberschlesien heraufzubeschwören." Dann ging es in bunter Hetze weiter, Judenpogrome, preußische Geheimbünde, große Waffenankäufe, Aufruhrpläne der Deutschen und andere Phantasien von bevorstehenden Schreckensereignissen wurden aufgetischt, um den friedlichen Landsmann aus seiner noch immer zur Schau getragenen, politischen Gleichgültigkeit aufzurütteln und ihn auf den Kampfplatz gegen den vermeintlichen Todfeind zu rufen.

Eine ungeheure Aufregung bemächtigte sich des Deutschtums. Man erwartete unverzügliches Eingreifen der Interalliierten Regierungskommission und die Unschädlichkeitsmachung Korfantys durch Außerlandesverweisung unter Anwendung der Bestimmung in § 3 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Diktats, welche die Ausweisung jeder Person vorsieht, welche das Ergebnis der Volksabstimmung durch Einschüchterungsmachenschaften zu fälschen versucht.

Nichts von dem Erwarteten geschah. Wie Schuppen fiel es jetzt denen von den Augen, die noch immer in den überkommenen Anschauungen deutschen Rechtsempfindens geglaubt hatten, die vom ehemaligen Feindbund entsandten Treuhänder Oberschlesiens würden ihr Amt nach Recht und Gewissen ausüben, um einstmals vor dem Urteil der Weltgeschichte bestehen zu können. Jetzt sickerte es durch, daß Korfanty bei General Le Rond ein- und ausging, daß er bereits zahlreiche Unterredungen unter vier Augen mit dem Repräsentanten der Interalliierten Kommission gehabt habe, ohne daß von einer Zuziehung des englischen und italienischen Oberkommissars und, was strenge Unparteilichkeit unbedingt geboten hätte, eines Vertreters der deutschen Parteien überhaupt nur die Rede gewesen wäre. Von aller Welt verraten und verkauft, das war die bittere Erkenntnis der Deutschgesinnten dieser Tage. Nun galt es, alle Kräfte zusammenzufassen, zu retten, was noch zu retten war.

Korfantys Schmähaufruf gegen die Deutschen hatte seine Wirkung nicht verfehlt. Wenigstens glaubte Korfanty selbst in seiner maßlosen Verblendung solches festgestellt zu haben. So wollte er eine Heerschau über seine Gefolgschaft unter der Berg- und Industriearbeiterschaft abhalten, und nichts schien ihm geeigneter, sich dieser Gefolgschaft zu vergewissern und sie zahlenmäßig festzustellen, als die Ansetzung eines allgemeinen

Demonstrationsstreiks. Schnell war ein Haufen Forderungen politischer und wirtschaftlicher Art zusammengestellt und in ungeheuren Mengen von Flugblättern über den ganzen Industriebezirk verbreitet worden, durch welche gleichzeitig zum Streik am 10. und 11. Mai aufgefordert wurde. Wiederum hatte der Name Korfanty als Unterzeichner des Aufrufs zündend auf die betörten Massen gewirkt. Die zahlreichen Gleichgültigen und Abseitsstehenden wurden durch den sofort einsetzenden und gut organisierten Streikterror zum Mitmachen bestimmt. Warum sollte man auch nicht — man verdiente ja gut — in diesen schönen Frühlingstagen in der schönen Natur spazierengehen? So war denn der Erfolg bis auf einige Gruben im Königshütter und Hindenburger Revier und die großen Hüttenwerke mit ihrer aufgeklärteren Belegschaft ein durchschlagender. Stolz warf sich Korfanty in die Brust. Die Interalliierte Kommission und besonders sein Freund, Le Rond, konnten mit ihm zufrieden sein. Die Massen hatte Korfanty hinter sich und konnte sie jederzeit französischen Interessen dienstbar machen.

Ob es Korfanty bekannt war, daß in seiner äußeren Gefolgschaft zahlreiche brave Arbeiter und Familienväter waren, die, ach so gern, lieber ihr Geld verdient hätten und in diesen Tagen des rücksichtslosen Streikterrors hoffnungsvoll auf die Interalliierte Kommission geblickt hatten? Hatte diese nicht in ihrer Proklamation feierlich gelobt, dafür Sorge zu tragen, daß jedermann ungestört und in voller Sicherheit seiner Arbeit nachgehen könne! Wo blieb sie mit ihren Maßnahmen? Warum befahl Le Rond, dieser Treuhänder Oberschlesiens, nicht, daß einige seiner in Massen in den Städten herumlungernden Soldaten die Grubeneingänge besetzten, um damit die Terrorisierung der Arbeitswilligen zu verhindern? Le Rond tat es nicht, weil er die große Masse der Korfanty-Anhänger für die Durchführung seiner Pläne brauchte und diese fühlen sollten, daß er, der großmächtige Truppengebieter, hinter Korfanty und dessen Plänen stand.

Es genügte Korfanty nicht, dem deutschen Gegner seine Macht mit dem Streikerfolg gezeigt zu haben. Ihn bis zum äußersten zu reizen und in diesem Zustande zu unüberlegten Handlungen zu verleiten, danach ging all sein Sinnen und Trachten. Als bestes Mittel dazu dünkte ihm die Abhaltung polnischer Straßendemonstrationen. So wurde denn — in der Regel Sonntags — der polnische Heerbann bald in diese, bald in jene deutsche Stadt geführt, wo unter reichlicher Entfaltung polnischer Fahnen auf dem Marktplatze die Menge durch hetzerische Ansprachen und das Absingen national-polnischer Lieder weiter fanatisiert wurde. Bei solchen Zügen wurde alles mitgehen geheißen, was laufen konnte, und ganze Dörfer evakuiert. Wehe denen, welche von den Häschern als Zurückgebliebene festgestellt wurden! Sie hatten Nachstellungen aller Art und Mißhandlungen zu gewärtigen. Nichts geschah von seiten der Interalliierten Kommission, die Umzüge und Zusammenrottungen doch auf das strengste untersagt hatte, gegen diese Demonstrationen. Zähneknirschend mußten die deutschen Städter diese widerlichen Schauspiele ansehen. Gegen-

demonstrationen wurden erst nicht versucht, auch nicht in den treudeutschen Städten, denn man wußte nur zu genau, daß die französischen Truppen sie, nunmehr in gewissenhafter Ausübung ihrer Mission, im Keime erstickt hätten.

Was lernte aber die ländliche und industrielle Bevölkerung, soweit sie von den Korfantyschen Ideen betört war, aus dem Verhalten der Interalliierten Kommission? Sie erkannte, daß die Mission derselben nur eine vorgetäuschte war, daß die französischen Interessen, die auf die Stärkung Polens gerichtet waren, für Le Rond die ausschlaggebenden waren, daß ferner der englische und der italienische Oberkommissar Schwächlinge waren, die gegen den Deutschenhasser Le Rond gar nichts ausrichten konnten und nicht vermochten, die von den alliierten und assoziierten Mächten feierlichst gelobte unparteiische Regierung des oberschlesischen Landes den französischen Widerständen entgegen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Diese Erkenntnis, die sich allenthalben breitmachte und von Mund zu Mund fortpflanzte, schuf nun freie Bahn für eine Entwicklung, die in ihrem weiteren Verlaufe verzweifelte Aehnlichkeit mit dem russischen Bolschewismus gewann und einen Niedergang der allgemeinen und persönlichen Sicherheitsverhältnisse im Abstimmungsgebiete herbeiführte, wie er in einem kultivierten Staatswesen, noch dazu unter der Regierung einer aus Vertretern der führenden Kulturstaaten Europas zusammengesetzten Kommission, die über starke militärische Machtmittel verfügte, niemals für möglich gehalten worden wäre.

Man muß die Psyche und Veranlagung des oberschlesischen Arbeiters kennen. Getreu seiner slawischen Eigenart ist er unterwürfig und gefügig, solange er eine Macht über sich fühlt. Spürt er aber, daß diese Macht sich lockert, dann kehren sich diese Eigenschaften sofort in das Gegenteil. Willig gehorcht er alsdann den Führern, die ihn mit leichter Mühe zur Auflehnung gegen diejenigen Gewalten, die er eben noch als rechtmäßig anerkannte, veranlassen. Jetzt, da immer mehr offen zutage trat, daß die zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufene Interalliierte Kommission die bisherigen Träger dieser Ordnung, das industrielle Unternehmertum, die Polizeigewalt und die Justiz nicht stützte, sondern ihnen entgegentrat und ihre Autorität untergrub, wo es nur immer zur Erreichung der gesteckten politischen Ziele ihr von Vorteil erschien, da war der Zeitpunkt gekommen, wo man in der Arbeiterschaft den offenen Kampf gegen diese verhaßten Gewalten, die es ja nach den Berichten von Korfantys Hetzaposteln in dem freien Polen nicht geben sollte, mit allen Mitteln aufnehmen konnte.

Die Interalliierte Kommission wurde von dieser Bewegung, die sie in solchem, ihre Regierungshoheit bedrohenden Ausmaße nicht gewollt, selbst in die Enge getrieben und bekam die Macht der durch ihre Energielosigkeit entfesselten, niederen Volksleidenschaften arg zu fühlen. Zunächst mußte sie, wegen der möglichen Rückwirkung auf ihre Heimatländer sehr gegen ihre Ueberzeugung, das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien anerkennen. Die Geister, die sie damit gerufen, wurde sie nun nicht mehr los; denn die

neugebackenen Betriebsräte, unter denen sich eine große Zahl Radikalisten schlimmster Sorte befand, sahen ihre Hauptaufgabe darin, ihren Wählern nun schnellstens die Erfüllung aller möglichen und unmöglichen Wünsche zu verschaffen, und glaubten dieses Ziel am raschesten dadurch erreichen zu können, daß sie persönlich in Oppeln bei der hohen Kommission vorstellig wurden. Diese dürfte über die Unbescheidenheit der ungebetenen Gäste außerordentlich erstaunt und sich ebenso klar darüber gewesen sein, daß, ließ man die Zügel der Regierungsgewalt weiter so am Boden schleifen, die Entwicklung zum Bolschewismus unvermeidlich folgen müsse. Aber Le Rond mußte wegen der auf dem Spiele stehenden französischen Interessen — Förderung der polnischen Sache — gute Miene zum bösen Spiel machen und Zuckerbrot reichen, wo die Peitsche am Platze gewesen wäre. So vertröstete man und versprach, hielt aber das Versprochene nicht.

Wir werden später zu dem Kapitel des Freundschaftsbundes zwischen der Interalliierten Kommission und der radikalpolnischen Arbeiterschaft zurückkehren, weil es wie kein anderes zu enthüllen geeignet ist, in welcher Weise die Fremdlinge ihre hohe Mission zu eigennützigen Zwecken mißbraucht haben. Zuvor muß aber noch einiger anderer Regierungskunststücke der Interalliierten Kommission Erwähnung getan werden, weil sie in der Geschichte der von der Kommission getriebenen Mißwirtschaft nicht fehlen dürfen als Beweisstücke für die einseitige Unterdrückung und Provokation der Deutschen und ihrer Sache.

Eine der ersten Anordnungen der Oppelner Kommission war der Befehl der Abgabe aller in der Bevölkerung noch vorhandener Waffen. Die Kreiskontrolleure, die mit der Durchführung der Anordnungen beauftragt worden waren, erließen außerordentlich scharfe Aufrufe mit Ankündigung schwerer Freiheits- und Geldstrafen für Uebertretung des Gebots. Haussuchungen nach verborgenen Waffen wurden angekündigt, um den vollen Erfolg des Ablieferungsgebotes sicherzustellen. Man fand in deutschen Kreisen die Anordnung durchaus vernünftig und unerläßlich, um die für den bevorstehenden Abstimmungskampf notwendige friedliche Atmosphäre auch wirklich zu gewährleisten. Wer also in diesen Kreisen noch eine Waffe im Besitz hatte, trug sie nach der beim Kreiskontrolleur eingerichteten Waffenablieferungsstelle. Mit welcher Schärfe die Kreiskontrolleure das Waffenverbot in den Städten durchzuführen trachteten, geht insbesondere daraus hervor, daß sogar die Schützengilden ihre Gewehre restlos abliefern mußten.

Nach einiger Zeit sickerte es durch Hilfsangestellte der Kreiskontrolleure durch, daß merkwürdigerweise aus den ländlichen und industriellen Ortschaften mit starker polnisch gesinnter Einwohnerschaft fast gar keine Waffen abgeliefert worden seien, trotzdem dort vom letzten Aufstand her noch zahlreiche Waffen zu vermuten waren. Wie kam das? Wer den ängstlichen Charakter des Oberschlesiers polnischer Zunge und

den heillosen Respekt, den derselbe scharfen obrigkeitlichen Geboten entgegenzubringen gewohnt ist, kennt, wird den Schlüssel zu diesem Rätsel leicht finden können. Hier steckte System darin! Hier mußte eine allgemeine Verständigung durch eine mit Le Rond in Verbindung stehende Stelle oder Persönlichkeit — jedermann wird sie raten können — vorausgegangen und allen Kreisen, die es anging, eingehämmert worden sein: „Auf euch bezieht sich das Waffenabgabegebot nicht, hebt eure Waffen auf, denn ihr werdet sie in den bevorstehenden Kämpfen um die heilige polnische Sache noch gut brauchen können. Nachstellungen wegen Zurückbehaltung der Waffen habt ihr nicht zu befürchten usw." Und in der Tat, nie hat man während der langen Okkupationszeit etwas davon gehört, daß bei einem polnisch gesinnten Bewohner des Abstimmungsgebietes, er mochte sich noch so verdächtig gemacht haben, von französischen oder anderen interalliierten Truppen nach Waffen gesucht worden wäre. Die Deutschgesinnten in den Städten hatten aber unter solchen Waffensuchungen, die besonders zur Nachtzeit beliebt waren, schwer zu leiden. Es genügte der leiseste Schatten eines Verdachts, ganz gleich woher geworfen, und die Prozedur wurde von der französischen Soldateska mit einer Gründlichkeit vorgenommen, die einer besseren Sache wert gewesen wäre. Von einem Erfolge dieser Haussuchungen freilich hat man nie etwas vernommen. Mit unverhohlener Freude wurde von den Polen die Parteilichkeit der französischen Truppen bei der Ueberwachung der Waffenabgabe verfolgt. Man wurde seiner Sache immer sicherer. Man brachte Trinksprüche auf den genialen General Le Rond aus. Frankreich hatte den richtigen Mann an seine Stelle gesetzt.

Nach § 3 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Diktats hatte sich der interalliierte Ausschuß das Recht vorbehalten, solche Personen aus dem Abstimmungsgebiet auszuweisen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechungs- oder Einschüchterungsmachenschaften zu fälschen versuchten. Man hatte anfangs erwartet, daß die Kommission diese sehr dehnbar gehaltene Bestimmung dazu benützen würde, um sich in größerem Umfange aller deutsch-preußischen Beamtenelemente zu entledigen, an deren Loyalität sie Zweifel hegen zu können glaubte. Das Erwartete trat nicht ein. Um so größeres Aufsehen erregten die wenigen Fälle, in denen von jener Bestimmung Gebrauch gemacht wurde. Von außerordentlicher Bedeutung wurde wegen ihrer Folgen die mit Frist von 24 Stunden verfügte Ausweisung des Oberstaatsanwalts Fipper in Beuthen. Dieser hatte in einer Strafsache die Einmischung der Interalliierten Kommission als ungesetzlichen Eingriff in die preußische Justizhoheit zurückgewiesen und sich dadurch jene rigorose Ausweisung auf den Hals geladen. Die Empörung unter der Justizbeamtenschaft über diese Maßregelung eines angesehenen Berufsgenossen, der nur seine Amtspflicht erfüllt hatte, kannte keine Grenzen. Um dieser nachhaltigen Ausdruck zu geben, beschloß man an allen Gerichten des Abstimmungsgebietes den Eintritt in

den Justizstreik und das Verharren in demselben bis zur Zurückziehung der Ausweisung. Angesichts der ungeheuren Schädigung der Landesinteressen, die eine Lahmlegung jeglicher Gerichtstätigkeit in kürzester Frist nach sich ziehen mußte, wäre es unbedingt Pflicht der Kommission gewesen, eine Brücke zur Verständigung zu suchen. Die Kommission tat nichts nach dieser Richtung und verharrte stolz auf ihrem Herrenstandpunkt. Der Streik nahm eine ungeahnt lange Dauer an. Von Woche zu Woche konnte man beobachten, wie frecher und frecher das Verbrechertum sein Haupt erhob und nicht mehr besorgt, dem Arm der irdischen Gerechtigkeit zu verfallen, seine dunklen Pfade wandelte und die öffentliche Sicherheit in einem unerhörten Maße gefährdete. Aber nicht nur das gemeine, nein, auch das politische Verbrechertum im Dienste der polnischen Propaganda wurde in jener Zeit ohne Richter auf Erden erst groß gezüchtet, bis es, wie in einem der folgenden Kapitel noch zu zeigen sein wird, mit Nutzung des französischen Freundes sich über die den deutschen Händen verbliebene Landesjustiz hinwegsetzen konnte. Zweifellos hat General Le Rond diese Entwicklung als Folge des Justizbeamtenstreiks vorausgesehen und gewollt und darum vermöge seiner überragenden Stellung in der Interalliierten Kommission die rechtzeitige Beilegung des Streiks zu verhindern gewußt.

Von ganz besonderem Einfluß mußte auch auf die Gestaltung der Dinge das Verhalten der Interalliierten Kommission zur Presse werden. Es war vorauszusehen gewesen, daß die Kommission ihre Regierungsgewalt rücksichtslos gebrauchen würde, um eine ihr unbequeme Presse zu unterdrücken und die Preßfreiheit, so weit sie sich gegen die Fremdherrschaft und ihre Maßnahmen richtete, zu unterbinden. Die im Reiche erscheinende deutsche Presse, die führenden Berliner und Breslauer Zeitungen, die im oberschlesischen Bezirke viel gelesen wurden, fielen, weil sie in ihrer Kritik sich kein Blatt vor den Mund nahmen und nehmen konnten, den Maßnahmen der interalliierten Kommission zuerst zum Opfer. Ein Verbot jagte das andere; die zeitliche Begrenzung schwankte je nach der Schwere und Bedeutung der den Anlaß zur Maßregelung gebenden Artikel zwischen einigen Tagen und mehreren Wochen. Das häufige Ausbleiben der deutschen Reichspresse infolge Unterbindung der Einfuhr in das Abstimmungsgebiet hatte natürlich zur Folge, daß die Zahl der Zeitungsbesteller außerordentlich stark zurückging. Das dürfte Le Rond, der Deutschenfresser, beabsichtigt haben und mit seinen Verboten hat er auch tatsächlich erreicht, daß die deutsche Zeitungsleserschaft „unter Zwangswirtschaft" gestellt wurde, insofern sie nunmehr auf das Lesen der im Abstimmungsgebiet erscheinenden deutschen Lokalblätter angewiesen war. Diese verfolgten ausnahmslos die Taktik einer durchaus loyalen Haltung gegenüber der Interalliierten Kommission und ihren Maßnahmen. Die letzteren wurden nur einer ruhigen und sachlichen Kritik unterzogen. Die Zustände, wie sie sich unter der interalliierten Miß-

wirtschaft allmählich herausbildeten, wurden zwar in den Zeitungen regelmäßig behandelt und mit den früheren Zuständen unter der preußischen Herrschaft in Parallele gesetzt. Es geschah dies aber ohne jede Uebertreibung und unter Vermeidung besonderer Schärfen und Spitzen gegen die Fremdregierung. Bewundernswert war geradezu die Kunst mancher Zeitungsschreiber, das zu bemänteln und zu entschuldigen, was man hätte hüllenlos an den Pranger stellen sollen. Gelang dies mitunter aber nicht und floß einmal helle Empörung über diese oder jene Schandtat der Vollstrecker des Willens Le Ronds in die Feder, dann folgte die Strafe ob solcher Unbotmäßigkeit und Aufhetzung harmloser Leser gegen die französische Militärdiktatur auf dem Fuße. Mit Extrablatt durfte die Zeitung, welche also schwer gesündigt hatte, ihren Lesern noch anzeigen, daß auf Verfügung einer Hohen Regierungs- und Plebiszitkommission ihr Erscheinen auf so und so lange verboten sei. Und die Schweigezeit begann und mußte bis zum letzten Tage durchgehalten werden, denn auf Verhandlungen wegen Abkürzung des Erscheinungsverbots ließ man sich bei der Kommission grundsätzlich nicht ein. Alle im Abstimmungsgebiet erscheinenden Tageszeitungen haben derartige Maßregelungen über sich ergehen lassen müssen. Um ihre Mission, der bedrängten deutschen Sache zu dienen und sie in ihrem schweren Kampfe zu stützen, auch fernerhin aufrechtzuerhalten, mußte die also schikanierte deutsche Presse ihr regelmäßiges Erscheinen mit allen Mitteln sicherzustellen und vor den brutalen Eingriffen in ihre Preßfreiheit durch die Interalliierte Kommission zu bewahren suchen. Es konnte dies nur durch das schwere Opfer eigener Enthaltsamkeit und Beschränkung in der Ausübung des Rechts der freien Meinungsäußerung geschehen, sehr zum Schaden des deutschen Interesses an dem erstrebten überwältigenden Abstimmungssiege.

Wie sah es mittlerweile im polnischen Preßwesen aus? Die in polnischer Sprache erscheinenden Blätter durften ungestört hetzen und ihren schon vor der Okkupation begonnenen Verleumdungsfeldzug gegen das Deutschtum fortsetzen. Man nahm sich wohl bei der Interalliierten Kommission kaum Zeit, diese Blätter wegen der Uebersetzungsschwierigkeiten durchzusehen. Allzusehr konnte ihre Hetz- und Wühlarbeit der deutschen Sache auch nicht schaden, denn der Kreis der Oberschlesier mit polnisch schlagendem Herzen, welcher eine polnisch geschriebene Zeitung zu lesen verstand, war doch nur ein sehr kleiner. Man zog es entschieden vor, eine deutschgeschriebene Zeitung zu lesen, denn in ganz Oberschlesien sind auch die polnisch sprechenden Landsleute des Deutschen in Wort und Schrift mächtig.

Also mußte eine weise polnische Propagandatätigkeit beizeiten dafür Sorge tragen, daß sich in deutscher Sprache geschriebene Zeitungen in den Dienst der polnischen Sache stellten. Das von Konfanty in Beuthen gegründete „Polnische Plebiszitkommissariat", eine Zentralstelle für die Leitung der gesamten Propaganda zur Beeinflussung der Volksabstimmung im polnischen Sinne, kaufte zu solchem Zwecke einige in finanzielle Schwierigkeiten geratene, bis dahin aber in deutschen Kreisen viel gelesene

Blätter an. Mit einer Raffiniertheit ohnegleichen wurde nun daran gegangen, die ahnungslose Leserschaft für die polnischen Interessen einzufangen und dauernd zu gewinnen. Die dazu notwendige Schwenkung des Blattes wurde so allmählich vollzogen, daß der große Kreis der weniger einsichtigen Leser kaum merkte, wohin die Reise ging, bis er, zumal ihm für deutsche Interessen eintretende Zeitungsstimmen geflissentlich ferngehalten wurden, an der Berechtigung der deutschen Sache zweifelnd gemacht, immer mehr in das Netz polnischer Verdrehungskunst und Schönfärberei hineingeriet, durch dessen enge Maschen es kein Entschlüpfen mehr gab. War man auf diese vorsichtige Weise der weiteren Gefolgschaft der der deutschen Sache abtrünnig gemachten Volksgenossen sicher geworden, dann konnte das schwere Geschütz einer planmäßigen Verleumdung aufgefahren und der Kampf gegen alles Deutsche mit diesem niedrigsten und verwerflichsten aller Kampfmitel mit aller Schärfe aufgenommen werden.

In diesem Verleumdungsfeldzug tat sich am rühmlichsten oder vielmehr am unrühmlichsten die in deutscher Sprache geschriebene und in Beuthen erscheinende „Oberschlesische Grenzzeitung“ hervor. Jedes Kind im Industriebezirk wußte, daß der Hauptschriftleiter dieses ehemals angesehenen und viel gelesenen deutschen Blattes Korfanty selbst war, wenn er auch stets einen Strohmann vorschob, um sich durch die von ihm kommandierten Hetzereien nicht allzu sehr vor der großen Oeffentlichkeit und den Dienststellen der interallierten Verwaltung bloßzustellen. Was dieses Blatt sich im Laufe der weiteren Besetzungszeit an Wahrheitsverdrehungen und niedrigen und gemeinen Unterstellungen und Verleumdungen geleistet hat, das können Worte nicht schildern. Da wurde jede, auch die kleinste patriotische Kundgebung der deutschen Streiter aufgebauscht zu einer schweren Gefahr für die heilige polnische Sache; da wurden geflissentlich Märchen in die Welt gesetzt und eifrig weiter genährt von einer großen inneren und äußeren Geheimorganisation der Deutschen zum Zwecke der gewaltsamen Wiederbesitzergreifung des oberschlesischen Landes unter rücksichtslosem Sengen und Morden gegen diejenigen, welche der polnischen Sache bisher den Schild gehalten hatten. Da wurde immer und immer wieder in den herrlichsten Farbensymphonien das seine Kinder erwartende polnische Paradies gemalt und in Gegensatz gestellt zu der vergangenen Zeit preußischer Unterdrückung. Da wurden über die Zustände im Deutschen Reiche die tollsten Unwahrheiten verbreitet, der unmittelbar bevorstehende Zusammenbruch vorausgesagt und die unvermeidlich vor dem Ausbruch stehenden bolschewistischen Zustände in den düstersten Farben gemalt und dem armen, gepeinigten Oberschlesier die Zuflucht in den warmen Schoß der großen und gütigen polnischen Mutter als einzig noch mögliche Rettung seines Lebensschiffes gepriesen.

Der Interalliierten Kommission gegenüber trug das Korfantyblatt natürlich eine Unterwürfigkeit zur Schau, die nicht mehr zu unterbieten war. Da wurde Le Rond als gütiges und weises Oberhaupt einer hohen Regierungs- und Plebiszitkommission in allen Registern gepriesen und

glauben gemacht, daß das arme, geknechtete Oberschlesien eines Mannes von solch' hohem Gerechtigkeitssinn bedürfe, um den Boden für eine wahrhaft unbeeinflußte Volksabstimmung reif zu machen. Nicht oft genug konnte Korfantys Zeitungsgeschreibsel die freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem neu erstandenen Polen und dem mächtigen Frankreich jenseits des Rheins hervorkehren und betonen, wie gern sich Polen der ihm entgegengestreckten Freundeshand bedienen möchte, um sich unter dem Schutze Frankreichs zu einem mächtigen Staatswesen zu entwickeln, wie es eine weise, interalliierte Politik nach dem Versailler Friedensvertrage zur Sicherung des europäischen Friedens für notwendig gefunden habe.

Kein Wunder, wenn die „Oberschlesische Grenzzeitung" bei solcher Haltung sich der besonderen Sympathien der französischen Offiziere, soweit sie zum Lesen einer deutsch geschriebenen Zeitung in der Lage waren, erfreute. Vielleicht hatte auch General Le Rond in begreiflicher Sorge um das geistige Wohl seiner Schutzbefohlenen die Lektüre dieser Zeitung besonders empfohlen. Tatsache war jedenfalls, daß das Korfantyblatt aus den Rockärmeln und Taschen der meisten die öffentlichen Verkehrsmittel benutzenden französichen Offiziere hervorsah und daß deutsche Interessen vertretende Blätter niemlas in ihren Händen gesehen wurden.

Daß die in der Hand Korfantys vereinigten oberen Schriftleitungen der polnischen Hetzblätter mit der französischen Preßüberwachungsstelle auf freundschaftlichem Fuße standen, bedarf kaum einer Erwähnung. Die polnische Presse kam ja nicht, wie die deutsche, des öfteren in die Lage, die Haltung der vom französischen Einfluß beherrschten Interalliierten Kommission und ihre Maßnahmen einer abfälligen Kritik zu unterziehen. So lag ja auch für die französische Preßüberwachungsstelle niemals ein Anlaß vor, gegen die gute und gefügige polnische Presse durch Erscheinungsverbote vorzugehen, wie man es so oft gegen die böse und aufsässige deutsche Presse tun mußte. Das tägliche Hetzen und Verleumden, die unerhörte Aufstachlung zum Nationalitätenhaß, wie es sich die „Grenzzeitung" täglich leistete, schien die französische „Unparteilichkeit" als Wahrung berechtigter Interessen anzusehen. Daß durch die Duldung solch' unterhörter Hetzkampagne der Boden vergiftet werden mußte, aus dem die feierlichst proklamierte freie und unbeeinflußte Volksabstimmung hervorwachsen sollte, schien die zur Sicherung und Ueberwachung der unbeeinflußten Volksabstimmung eingesetzte Interalliierte Plebiszitkommission weiter nicht zu berühren. Die deutsche oberschlesische Presse freilich war, soweit ihr Erscheinen nicht gerade untersagt war, eifrig bemüht, die polnischen Verleumdungen und Unterstellungen zu widerlegen und zu entkräften. Eine nachhaltige Wirkung konnte aber damit nicht erzielt werden, denn Angestellte und Beauftragte des polnischen Plebiszitkommissariats und Korfantysche Spürhunde waren eifrig am Werke, das Eindringen und die Verbreitung der gefürchteten deutschen Gegenpresse in die zahlreichen, unter die polnische Machtsphäre geratenen Ortschaften zu unterbinden.

Nach einer Bestimmung des § 3 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Diktats sollte während der Besetzungszeit die Ordnung im Abstimmungsgebiet durch den internationalen Ausschuß mit Hilfe der zu seiner Verfügung stehenden Truppen und, soweit der Ausschuß es für nötig hielt, von einer Polizei aufrecht erhalten werden, die nach dem englischen Text aus den Einwohnern, nach dem französischen Text aus Leuten, die aus dem Lande stammen, zu bilden war.

Nach Abzug der deutschen Truppen bei Räumung des Abstimmungsbezirks war die staatliche Schutzpolizei zurückgeblieben und hatte sich, wie bisher, ihren Aufgaben weiter gewidmet, da die eingerückten fremdländischen Truppen nicht die geringsten Anstalten machten, ihrerseits einen Polizeidienst zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu organisieren. Die Schutzpolizei bestand ganz überwiegend aus geborenen oder ansässig gewordenen Oberschlesiern. Nur vereinzelt gehörten ihr auch Leute aus dem nicht zum Austimmungsgebiet gehörigen Oberschlesien und aus dem sonstigen Schlesien an. Diese hätten sich leicht abstoßen lassen, und der Polizeikörper hätte dann den Bestimmungen des Versailler Diktats genügt. Die Weiterverwendung einer mit den besonderen Eigenarten des Landes vertrauten Polizei, insbesondere soweit die allgemeinen Sicherheitsverhältnisse in Frage kamen, hätte um so mehr im Interesse des Landes und aller seiner Bewohner gelegen, als gerade die fremden Machthaber, der gute Wille vorausgesetzt, eben wegen der Unkenntnis der polizeilichen Bedürfnisse und der der Zuständigkeit der Polizei unterworfenen Gebiete zur Organisation eines diesen Verhältnissen Rechnung tragenden, ausreichenden Polizeidienstes gar nicht in der Lage waren.

Doch die Polizeitruppe war bis zu gewissem Grade militärisch organisiert und stand in guter Disziplin fest zur Verfügung ihrer Führer. Die Führer waren deutschgesinnte ehemalige Offiziere. Hatten sie nicht vor der Besetzungszeit ab und zu durchgegriffen gegenüber die öffentliche Sicherheit bedrohenden Elementen, die jetzt Korfanty zur Erreichung seiner Ziele gebrauchen wollte, Elemente, die für Bezahlung vor keiner ungesetzlichen Handlung und vor keiner Gewalttat zurückschreckten? So wurde denn die Hetze gegen die Schutzpolizei in der „Oberschlesischen Grenzzeitung" und den ihr sinnverwandten Blättern in einer nicht mehr zu überbietenden Schärfe eröffnet. Es wimmelte in diesen Blättern tagtäglich von den ungeheuerlichsten Unterstellungen. Immer wieder wurde das Märchen von ungeheuren Waffenvorräten aufgetischt, die die Schutzpolizei verborgen halte. Mit ihrer Hilfe werde sie im gegebenen Moment auf dem Plane erscheinen, um das der Befreiung entgegensehende Land in die preußische Knechtschaft zurückzustoßen. Wehe dann allen denjenigen, die sich für die Loslösung Oberschlesiens von Deutschland eingesetzt hatten, die den armen, in Sklaverei gehaltenen Landeskindern die Augen geöffnet hatten, daß sie erkannten, wohin sie gehörten und wo ihnen ein sorgenfreies Leben winkte und der Weg zu Glücksgütern aller Art offen stand! Was Wunder, daß der der Betörung und Verhetzung von jeher leicht zugängliche Oberschlesier vor Haß und Wut gegen die Schutzpolizei,

dieses Ueberbleibsels aus der abgetanen preußischen Zeit, überschäumte und immer lauter der Ruf nach Entfernung und Landesverweisung dieser Polizei erscholl.

Der also zu ihm klingenden Volkesstimme glaubte sich Le Rond nicht länger verschließen zu dürfen. Ob er im trauten Zusammenarbeiten mit seinem Freunde Korfanty an der Entfesselung der Volksleidenschaften mitgearbeitet hat, wie böse Zungen, die aber zu hellsehenden Augen und hellhörigen Ohren gehören, behaupten, überlassen wir der Beurteilung des Lesers. Die Schutzpolizei, die sich um den Schutz Oberschlesiens vor Aufruhrbewegungen zweifellos große Verdienste erworben hatte, mußte sich also auf das Gebot der Interalliierten Kommission auflösen. Alle nicht geborenen Oberschlesier, welche der Schutzpolizei angehört hatten, mußten unverzüglich das Land verlassen.

Da aber die Interalliierte Kommission nicht gesonnen war, den unumgänglich notwendigen Polizeidienst durch ihre Truppen ausüben zu lassen — denn dazu hätte sie ja die Truppen auch in die industriellen und ländlichen Ortschaften außerhalb der Städte verlegen müssen, was sie aus den bereits erörterten Gründen vermeiden mußte —, mußte für einen Ersatz für die aufgelöste Schutzpolizei Sorge getragen werden. Daraus erwuchsen aber der Interalliierten Kommission keine Verlegenheiten, denn Korfanty hatte rechtzeitig mit seinem Plane für Schaffung einer Ersatzpolizei aufgewartet. Abstimmungspolizei oder Apo sollte dieses neue Gebilde genannt werden. Schon aus dem Namen ging hervor, daß diese Polizei dazu berufen sein sollte, die Vorbereitung und gerechte und unbeeinflußte Durchführung der Volksabstimmung zu schützen. Hierzu mußte sie paritätisch zusammengesetzt werden, das heißt das Anteilverhältnis an deutsch und polnisch fühlenden Polizeibeamten mußte in jedem Polizeiort etwa dem gleichen Anteilverhältnis in der Bevölkerung entsprechen. Wie wollte man aber *vor* der Abstimmung des Anteilverhältnis einwandfrei feststellen? Das war eine glatte Unmöglichkeit. Das sahen auch Le Rond und Korfanty ein. Also entschied man im hohen Rate der Plebiszitkommission, die Schutzpolizei müsse zu gleichen Teilen aus deutsch- und polnischgesinnten Mitgliedern zusammengesetzt werden. Darob große Befriedigung im deutschen Lager. Die Kreiskontrolleure wurden mit der Bildung der neuen Polizei beauftragt. in den überwiegend deutschen Städten hielt es freilich schwer, die Polizei in der angeordneten paritätischen Zusammensetzung zusammenzubekommen. Man mußte sich also die polnisch Gesinnten zum größten Teil von den Dörfern verschreiben. Man bekam aber die paritätische Polizei nach der Vorschrift der hohen Obrigkeit in den Städten überall richtig zusammen.

Was ging mittlerweile in den Dörfern vor, die unter dem Banne von Korfanty und seiner Helfershelfer standen? Eine geschickte, vom polnischen Plebiszitkommissariat geleitete Propaganda hatte rechtzeitig eingesetzt, um die von Korfanty gewollte, weil gebrauchte Stimmung gegen eine paritätische Zusammensetzung der Abstimmungspolizei zu erzeugen. Es genügte, wenn in jedem Orte eine Handvoll gekaufter Hetzer es in die Menge

schrien, man wolle keine Deutschen in der örtlichen Polizei, die ihre Hauptaufgabe nur darin sehen würden, den Ortseinwohnern wegen ihrer polnischen Gesinnung Ungelegenheiten zu bereiten. Die große Masse war gegenüber den Tagesfragen stumpf geworden. So erhob sich, auch aus den deutsch gerichteten Kreisen, kein ernstlicher Widerspruch gegen die angesonnene Vergewaltigung. Man wollte sich durch solchen Widerspruch die neue Polizei von vornherein nicht zum Feinde machen, man wollte ja überhaupt mit der Polizei nichts zu tun bekommen, also konnte einem ja auch die Zusammensetzung derselben gleichgültig sein. Man ließ also gewähren, und das Verhängnis nahm seinen Lauf. Korfanty schuf sich mit der Abstimmungspolizei, mit Ausnahme der in den Städten aufgestellten, ein gefügiges und brauchbares Werkzeug für den weiteren Abstimmungskampf, und das im vollen Lichte der Oeffentlichkeit und unter den Augen der „neutralen" Interalliierten Kommission.

Es wird noch zu zeigen sein, in welcher Weise sich Korfanty der Abstimmungspolizei zur Erreichung seiner Ziele bediente. Die Tätigkeit dieser „Polizei" im Solde Korfantys wird aber nur der verstehen und erklären können, der in die Vorgänge bei ihrer Bildung und Organisation noch etwas näher Einblick gewonnen hat. Dadurch, daß die Kreiskontrolleure mit der Bildung der örtlichen Polizeiorganisationen betraut waren und demnach auch über die eingelaufenen Meldungen Entscheidung zu treffen hatten, wurde nach außen der Anschein erweckt, als ob Fehlgriffe bei der Annahme der künftigen Polizeibeamten nicht vorkommen könnten und alle Gewähr dafür gegeben sei, daß ungeeignete und bedenkliche Elemente von der Aufnahme in die Polizeikorps ausgeschlossen blieben. Hinter den Kulissen sah es aber anders aus. Die von den Kreiskontrolleuren mit der Prüfung der Papiere zwecks Sichtung der sich Meldenden beauftragten Personen konnten sich des Ansturms gar nicht erwehren und schrieben die Bewerber unbesehen in die Listen, bis die zugelassene Zahl erreicht wurde und die Liste geschlossen werden mußte. Daß aber die auf der Werbeliste vorn Stehenden auch zu der Korfanty unbedingt ergebenen Garde gehörten, dafür hatte der „Polizeiderzernent' im Polnischen Plebiszitkommissariat wohl gesorgt. Schon lange Wochen vorher hatte man ja, dank der zur Interalliierten Kommission in Oppeln unterhaltenen guten Beziehungen, von dem Beschluß der Bildung einer Abstimmungspolizei Kenntnis erhalten. Man hatte also rechtzeitig diejenigen Maßnahmen treffen können, die geboten erschienen, um die „geeigneten" Leute in die Abstimmungspolizei hineinzubekommen. Da wurde rechtzeitig die Werbetrommel gerührt. Wie verlockend war doch der Eintausch eines Faulenzerlebens mit gutem Essen und einer schönen, neuen Polizeiuniform mit warmem Wintermantel gegen die mühselige Arbeit im Bergwerk oder in der Hütte! Und war man erst Polizeibeamter, dann bot sich ja auch herrliche Gelegenheit, an diesem oder jenem Widersacher sein Mütchen zu kühlen. Freilich mit den Papieren haperte es. Man besaß kein Zeugnis, daß man Soldat gewesen war oder während dieser Zeit keine Strafe wegen Verstoßes gegen die Disziplin oder wegen Ungehorsams gegen einen Vorgesetzten erhalten

hatte. Dafür war einem aber bescheinigt worden, daß man schon im Gefängnis, wenn nicht gar Zuchthaus gesessen habe. Aber wozu waren einem denn geheime Bureaus empfohlen worden, wo man die Papiere so bekommen konnte, wie man sie brauchte. Also griff man mutig zu. Nur nebenbei wurde man noch auf ein Bureau im Polnischen Plebiszitkommissariat bestellt, wo man bedeutet wurde, man müsse den Weisungen des Plebiszitkommissars unweigerlich Folge leisten, wenn anders man nicht bald wieder aus der Polizei herausfliegen wolle.

Will man die folgende Entwicklung der Verhältnisse im oberschlesischen Abstimmungsbezirk erklären, welche im wesentlichen durch vollständige Untergrabung jeglicher Staatsautorität, Sabotage der Gesetze und Verordnungen, Züchtung fanatischen Hasses gegen politische Gegner und erhebliche Lockerung der Sicherheit von Leben und Eigentum, jener Grundfeste jeder staatlichen Ordnung, gekennzeichnet werden, so muß man die Faktoren kennen, die zusammenwirkend diese unheilvolle Entwicklung, diesen Niedergang des Abstimmungsgebiets in jeder Beziehung eingeleitet und beschleunigt haben. Diese Faktoren, die im einzelnen klarzulegen und zu zergliedern der Verfasser vorstehend versucht hat, sind die Duldsamkeit der Interalliierten Kommission gegenüber den polnischen Umtrieben und der zügellosen Hetzarbeit der polnischen Presse, im Gegensatz dazu die einseitige Unterdrückung jeglicher Regung für die deutsche Sache, die schwächliche Haltung der Kommission in den Konflikten der Arbeitnehmer- mit der Arbeitgeberschaft und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung eine Polizei, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unfähig war und der es auch an dem guten Willen dazu mangelte.

Jeder Kenner des Landes und seiner Bewohner sah es kommen, die Verhältnisse mußten zu einer Katastrophe treiben, wenn nicht sofort jede Wirksamkeit jener zerstörenden Kräfte unterbunden und das von Oppeln aus gehandhabte Regierungssteuer energisch umgeworfen wurde, um das in schwerem Wellensturm ringende oberschlesische Schiffchen in ruhigere Fluten zu lenken und dadurch vor dem Versinken und Untergange zu retten.

Nichts dergleichen geschah. Man ließ die Dinge weitertreiben, unbekümmert, wohin die Reise ging. Niemand hinderte Korfanty und seine „Grenzzeitung" daran, die Schmähungen und Verleumdungen gegen alles, was deutsch war, fortzusetzen und ins Maßlose zu steigern. Wenn auch der Gang des Alltagslebens scheinbar ruhig und normal war, wenn auch zahlreiche Paraden, die Le Rond mit großem militärischen Gepränge in den Städten abhielt, den Deutschen eindrucksvoll vor Augen führen sollten, wie wohl geborgen sie unter dem Schutze der größten Okkupationsmacht waren, nichts konnte darüber hinwegtäuschen, die politische Atmosphäre war mit Zündstoff überladen, die von Korfanty und seinem Hintermann Le Rond gewollte Katastrophe konnte jeden Tag hereinbrechen. Korfanty wartete wohl, bis er den Feuerstrahl in das vorbereitete Pulverfaß warf,

nur noch auf einen geeigneten Moment, der ihm nach dem bewährten Rezept seiner französischen Freunde gestatten würde, die Schuld auf die Schultern des Gegners zu wälzen.

Und ein Anlaß zu solchem Manöver bot sich nur zu bald. Auf dem äußeren Welttheater waren die unter dem weißen Adler gescharten tapferen polnischen Söhne durch den Ansturm des russischen Bolschewistenheeres in arge Bedrängnis geraten. Heftig rüttelte der Russe an den ohnehin zu schwach konstruierten Grundfesten des jungen polnischen Reiches. Aufmerksam verfolgte man in Oberschlesien diese Entwicklung. Hoffnungen wurden laut, die Russen würden in wildem Ansturm Polen über den Haufen rennen und damit das Abstimmungsgebiet von der polnischen Gefahr befreien. Die auch in Oberschlesien vertretenen Kommunisten erhoben ihr Haupt und wähnten sich nahe dem Ziel ihrer Wünsche, der Vereinigung mit der russischen Sowjetrepublik. Man wollte nicht die Zauderpolitik der deutschen Reichsregierung verstehen, die sich durch ein Zusammengehen mit Rußland ein für allemal den polnischen Bedrücker hätte vom Halse schaffen können. Statt dessen erließ die Reichsregierung eine strikte Neutralitätserklärung. Man verstand dies mit Rücksicht auf die im anderen Falle dem Westen des Reichs drohende Verschärfung der französischen Sanktionspolitik. So fühlte man sich aber nun auch zum Wächter darüber berufen, daß in der aus dem Reichsverbande losgelösten Südostecke des Reiches jene Neutralitätserklärung auch beachtet und durchgeführt werde. Man erachtete auch die französische Schutzmacht als an diese Erklärung gebunden. Doch Waffentransporte, die sich nach der kongreßpolnischen Grenze zu bewegten, schienen ein anderes erkennen zu lassen. Nicht genug damit, man mußte auch beobachten, daß die Eisenbahnen mit französischen Truppentransporten belegt wurden. Nun schlugen die Wogen der Empörung in der deutschen Bevölkerung hoch empor. Die Führer der deutschen Arbeitergewerkschaften setzten auf den 18. August in allen Städten unter Einladung der Bürgerschaft Volksversammlungen an, zum Zwecke der Demonstration gegen das Verhalten der französischen Truppen.

Der französische Kommandant der Stadt Kattowitz schien — wahrscheinlich durch polnische Ratgeber beeinflußt — um die Sicherheit der ihm anvertrauten Truppen am Demonstrationstage stark besorgt zu sein. Nicht anders ist es zu erklären, daß er mit einem starken Truppenaufgebot, bestehend aus Kavallerie und Maschinengewehrabteilungen, die den Demonstrationsplatz umgebenden Straßen besetzen ließ, um den Teilnehmern an der Versammlung die militärische Macht genügend vor Augen zu halten. Doch die Wirkung auf die durch die gehörten Reden erhitzten Köpfe war eine ganz andere. Man staute sich vor den Truppen und reizte sie durch Zurufe. Die Truppen mochten sich bedrängt fühlen. Säbel begannen zu schlagen und Gewehre loszugehen. Dazwischen platzte eine Handgranate. War sie nicht aus dem Hause geworfen worden, wo ein als fanatischer Polenanhänger bekannter Arzt wohnte? Der Pöbel dringt in das Haus und erschlägt den Arzt. Straßenkämpfe schließen sich an.

Der französische Kommandant zieht sich mit seinen Truppen nach den am Weichbild der Stadt gelegenen Kasernen zurück. Am nächsten Tage Fortdauer der Straßenkämpfe, die Deutschen versuchen das polnische Plebiszitunterkommissariat zu stürmen, das französische Militär schießt rücksichtslos in die Menge. Verhängung des Belagerungszustandes über die Stadt.

Korfanty hat erreicht, was er erreichen wollte. Die Deutschen haben in unerhörter Weise die friedliebenden Polen provoziert. Nun kann der sorgsamst bis in alle Einzelheiten vorbereitete polnische Sturm losbrechen. Und er bricht los, auf ein Kommandowort des Allgewaltigen. Im Landkreise Kattowitz beginnend und sich auf die Kreise Pleß und Rybnik südlich und Beuthen-Land und Tarnowitz nördlich rasch fortpflanzend, besetzen bewaffnete Aufrührer die Amts- und Gemeindehäuser, hissen auf ihnen die polnische Flagge, bedrängen und mißhandeln die Mitbürger, die bisher ihr Deutschtum nicht verleugnet haben, verjagen sie aus ihren Wohnungen und gebärden sich in jeder Weise als die neuen Herren. Die letzten Ueberbleibsel der preußischen Unkultur werden entfernt, die Straßen polnisch umgetauft. Man setzt polnische Ortskommandanten ein, meist Individuen übelster Sorte, die mit dem Strafgesetz schon in Konflikt gekommen sind. Der freie Verkehr von Ort zu Ort wird durch Einführung von Passierscheinen, die von den polnischen Ortskommandanten ausgestellt sein müssen, einer genauen Kontrolle unterworfen und dadurch stark unterbunden. Man überträgt diese Art Personenkontrolle auch auf den Straßenbahn- und Eisenbahnverkehr. Man verhaftet die Fahrgäste, die sich nicht in der vorgeschriebenen Weise ausweisen können und erreicht dadurch die völlige Lahmlegung des öffentlichen Verkehrs.

Die Mißhandlungen Deutschgesinnter häufen sich in erschreckender Weise, und die schreckliche Kunde von aus politischem Fanatismus begangenen Morden eilt erstmalig durch die Lande. Einen Schrei des Entsetzens löste die Nachricht aus von dem furchtbaren Iosefsthaler Massenmorde. Eine polnische Bande überfällt das Schlafhaus in Maczeykowitz und führt die Insassen, acht deutsche Arbeiter und den Schlafhausmeister, gefangen fort. Wenige Tage darauf werden die Leichen der erschossenen Gefangenen bei Josefsthal an der polnischen Grenze aufgefunden. Erschütternd wirkt auch die Kunde von der Niederbrennung des Dorfes Anhalt im Kreise Pleß, einer rein deutschen Insel in jener stark mit Polen durchsetzten Gegend.

Pflichtschuldigst trat die Interalliierte Besatzungsmacht auf den Plan. Sie verhängte über das ganze vom Aufstand ergriffene Gebiet, einschließlich der in ihm gelegenen deutschen Städte, den Belagerungszustand und erließ erneut ein scharfes Waffenabgabegebot, dessen Durchführung dieses Mal mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden sollte. Wiederum herrschte ob der Kundgebung solchen starken Willens, dem bei Benutzung der reichlich zur Verfügung stehenden militärischen Machtmittel der Erfolg nicht fehlen konnte, in deutschen Kreisen große Genugtuung. So hatte sich also die Interalliierte Kommission auf ihre Pflicht

besonnen! Voll Vertrauen sah man der sofortigen Liquidierung des Aufstandes entgegen. Wiederum aber erstreckten sich die von den französischen Militärkommandanten ergriffenen Maßnahmen nur auf die deutschen Städte. In unerhörter Weise wurden hier auf die geringste Verdächtigung hin die Wohnungen Deutscher nach Waffen durchsucht. Durch Auffahren von Tanks und Maschinengewehren auf den Hauptplätzen suchte man dem verhaßten Deutschen, der sich vermessen hatte, von den französischen Statthaltern des Landes Schutz vor den polnischen Aufständigen zu erwarten, den abhanden gekommenen Respekt vor dem französischen Militarismus wieder beizubringen. Jeder auf den Bahnhöfen der Städte ankommende Reisende wurde einer körperlichen Untersuchung nach Waffen unterworfen.

Wo aber blieb das Einschreiten der interalliierten Truppen in den ländlichen Aufstandsherden? Unbekümmert um den Belagerungszustand und das Waffenverbot der Kommission schalteten hier die offen mit Gewehren bewaffneten Insurgenten nach ihrem Belieben und den von der Aufstandsleitung erlassenen Befehlen. Man drangsalierte weiter diejenigen mehr oder minder isolierten Deutschen, die für ihr Deutschtum einzutreten gewagt hatten, und verschleppte einen Teil von ihnen, hauptsächlich Lehrer, Landjäger und ehemalige Polizeibeamte, Gruben- und Hüttenbeamte, nach Kongreßpolen, von wo die Verschleppten erst nach Wochen nach großen Entbehrungen und vielfachen Mißhandlungen in die Heimat zurückkehrten.

Die Generalprobe zur endgültigen Besitzergreifung des Landes für Polen schien befriedigend ausgefallen zu sein. So blies denn Korfanty nach zehntägiger Dauer den Aufstand ab, da sich die Folgen der eingetretenen Sabotierung des Wirtschaftslebens bemerkbar zu machen begannen. Die Waffen wurden den Herren Insurgenten abgenommen und in geheimen Waffendepots bis zur nächsten Verwendung fein säuberlich verwahrt. Daß die Interalliierte Kommission mit dem Menschheitsbeglücker Le Rond an der Spitze sich für diese Waffenverstecke interessiert hätte, hat man niemals gehört.

Mit einer wirklich erstaunlichen Exaktheit hat dieser zweite polnische Aufstand geklappt. Nur eine umfassende und bis in alle Einzelheiten gehende vorbereitende Organisation, unterstützt durch reiche Geldmittel, konnte solches zuwege bringen. Das Gerippe für die militärische Organisation des Aufstandes bildeten die Sokolvereine, jene Vereinigungen junger, waffenfähiger Leute, die, nach außen in das harmlose Gewand von Turn- und Sportvereinen gekleidet, in Wirklichkeit von einer zielbewußten nationalpolnischen Propaganda schon seit länger als einem Jahrzehnt zum Werkzeug für die Ausführung der auf Wiederherstellung eines polnischen Nationalstaates gerichteten nationalpolnischen Pläne ausersehen und entsprechend agitatorisch beeinflußt und geleitet worden waren.

Die Zeit *nach* dem Augustaufstand 1920 setzte fort, was *vor* dem Aufstand bereits auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens unheilverheißend in Erscheinung getreten war. Die polnische Propaganda für den Abstimmungskampf hatte durch die von der Interalliierten Kommission dem Aufstand gegenüber eingenommene schwächliche und parteiische Haltung eine mächtige Stärkung erfahren. Unverzüglich wurde der Verleumdungsfeldzug gegen alles Deutsche mit den früheren vergifteten Waffen wieder aufgenommen.

Wo war der frühere Rechtsstaat geblieben, in welchem jedem Bürger der Schutz seines Lebens und Eigentums gewährleistet war, in dem aber auch alle Bürger sich den Staatsnotwendigkeiten beugten und willig die sie angehenden Gesetze und Verordnungen beachteten? Noch einige Streiflichter auf einzelne Zweige der öffentlichen Verwaltung müssen geworfen werden, um die von der Interalliierten Kommission in der gewissenlosesten Weise getriebene Mißwirtschaft in ihren Folgen und Wirkungen gebührend zu kennzeichnen.

Auf dem Gebiete des Steuerwesens waren geradezu anarchistische Zustände eingerissen. Der Machtbereich der Finanzämter erreichte mit der Stadtgrenze sein Ende. Nur die Deutschen in den Städten führten im großen und ganzen die veranlagten Steuern ab. Außerhalb der Städte jedoch scherte man sich den Teufel um die deutschen und preußischen Steuergesetze, kaum daß jemand wußte, welche Gesetze im Abstimmungsgebiet gültig und welche es nicht waren. Als zur Sicherung der Steuereingänge das wichtige Reichsgesetz betreffend Einbehaltung eines zehnprozentigen Steuerabzuges vom Lohn im Reiche erlassen wurde, lief man sofort aus den Arbeiterkreisen Sturm gegen dieses Gesetz und erreichte bei der bekanntlich durch abstimmungspolitische Gründe beeinflußten, allerweil freundlichen Stellung der Interalliierten Kommission gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft das Verbot der Gültigkeit dieses Gesetzes für Oberschlesien. Daß die Regierungs- und Plebiszitkommission auch die Erhebung des Reichsnotopfers im Abstimmungsgebiet unterband, wurde in deutschen Kreisen vielfach auf die Absicht zurückgeführt, die Steuerkraft des Landes zugunsten des polnischen Nachfolgestaates zu schonen.

Ueberaus traurig hatten sich auch die Schulverhältnisse im Abstimmungsgebiet gestaltet. Die Lehrerschaft auf dem Lande, die treu zur deutschen Fahne gehalten hatte, sah sich fortgesetzten Bedrohungen, Verfolgungen und Mißhandlungen seitens der bezahlten polnischen Freiheitshelden ausgesetzt. Soweit nicht gerade Schulstreik angesetzt war, in welchem Falle jene Hetzer diejenigen Kinder, die zur Schule wollten, mit Gewalt wieder nach Hause trieben, zeigte sich die ältere Schülerschaft infolge der mit ihr getriebenen Verhetzung in den Schulen derart aufsässig, daß von einer erfolgreichen Gestaltung des Unterrichts nicht die Rede sein konnte. Den Anträgen der zuständigen Schulaufsichtsstellen, mit allen zur Verfügung stehenden Machtmitteln für haltbare Schulzustände in den Landgemeinden zu sorgen, wurde seitens der Interalliierten Kommission natürlich nicht stattgegeben. Auch in den Städten unterlag der

Unterricht, besonders in den höheren Lehranstalten, schweren Störungen durch Inanspruchnahme der Schulgebäude für Flüchtlingslager, Militärlazarette u. a. m. Die Schäden, die die oberschlesische Jugend während der Besatzungszeit an Körper und Geist erlitten hat, sind unermeßlich.

Von den unglaublichen Mißständen im Polizeiwesen ist schon die Rede gewesen. Noch manches andere Kapitel über die Mißwirtschaft der fremden Herren und unverantwortliche Vernachlässigung der ihnen anvertrauten Interessen ließe sich anschließen, muß aber als über den Rahmen dieser Schrift hinausgehend an dieser Stelle unterbleiben.

Terror, rücksichtsloser Terror, dieses im alten Staate selbst in Zeiten hochgehender politischer Erregung unbekannt gebliebene Kampfmittel gegen den politischen Gegner, wurde im weiteren Verlaufe der Besetzungszeit Oberschlesiens immer mehr Hauptwaffe der radikalpolnischen Fanatiker, mit welchen Korfanty zur raschen Erreichung seiner Ziele sich umgeben hatte.

Es begann die Aera der politischen Morde. Die Opfer suchte sich der politische Mord unter denjenigen Deutschen, die unentwegt in den Domänen des Polentums das Deutschtum hochgehalten und es mutig gegen den polnischen Ansturm verteidigt hatten. Es würde zu weit führen, all die Namen dieser Märtyrer hier anzuführen, so erwünscht es auch sein mag, ihr Andenken der Nachwelt zu erhalten. Sie gehören zu einem nicht unbeträchtlichen Teil dem Arbeiterstande an; auch der Lehrerstand ist stärker vertreten. Die feige Kugel des Meuchelmörders aus dem Hinterhalt war es in der Regel, der jene Verfechter ihrer deutschen Sache zum Opfer fallen mußten. Die Einschüchterung der Anhänger jener Wackeren war das Ziel. Um es zu erreichen, wurde unter den Augen anerkannter Repräsentanten des polnischen Volkes, das sich mit seiner tiefen Religiosität nicht genug brüsten konnte, der Meuchelmord gepriesen und organisiert.

Konnte es wundernehmen, daß das in einer dichtbesiedelten Industriegegend stets vorhandene Verbrechergesindel, das seine niedrigen Instinkte nur solange unterdrückt, als die Furcht vor Strafe und Vergeltung es dazu veranlaßt, nun, da die zahlreichen politischen Mordtaten ungesühnt blieben und die Interalliierte Kommission nicht einmal Anstalten traf, um die Täter ausfindig zu machen, frech und unbekümmert auf den Plan trat und sich Verbrechen auf Verbrechen häufte? So verging denn keine Woche, in der nicht die Zeitungen mehrmals erschütternde Kunde von gemeinen und häufig in viehischster Weise begangenen Mordtaten brachten. Banden von Verbrechern taten sich zusammen, um gemeinsam ihre Raubfahrten zu unternehmen. Einsamer gelegene Gehöfte, bei deren Besitzern größere Geldbeträge vermutet wurden, wurden nächtlicherweise umstellt und die Bewohner darauf, soweit ihnen nicht im letzten Augenblick die Flucht gelang, niedergemacht. Eine Spezialität der Verbrecherbanden waren die Ueberfälle der großen Geldtransporte der industriellen Werke an den Lohntagen, die in der ersten Zeit regelmäßig gelangen,

manchem braven Grubenbeamten, der den Geldtransport begleitete, das Leben kosteten und den Verbrechern Unsummen von Lohngeldern in die Hände fallen ließen.

Es sei hier dem Verfasser gestattet, ein Einzelverbrechen, dessen Opfer ihm persönlich bekannt waren, herauszugreifen und zu dem Zwecke näher zu schildern, um damit die geradezu zum Himmel schreienden Sicherheitszustände, wie sie sich allmählich entwickelt und dem Abstimmungsgebiet die treffende Bezeichnung „Wild-Ost" eingetragen hatten, gebührend zu kennzeichnen.

Abseits von der geschlossenen Ortslage eines großen Industriedorfes im Kreise Tarnowitz wohnte ein Bergverwalter. Derselbe klagte dem Verfasser, wie wenig sicher er sich mit seiner Familie in seiner Häuslichkeit fühle. Er hatte als Deutscher, der strengen Anordnung der Interalliierten Kommission folgend, seine einzige Waffe, einen Revolver, abgeliefert. Nun, da die Unsicherheit im Lande von Tag zu Tag sich vergrößerte, hatte er beim Kreiskontrolleur die Rückgabe der Waffe beantragt, war aber abschlägig beschieden worden. So sehe er, so sprach sich dieser Mann dem Verfasser gegenüber resigniert aus, da ihn seine Berufspflichten an jener gefährdeten Wohnstätte festhielten, sein Schicksal, eines gewaltsamen Todes als Opfer der unglücklichen oberschlesischen Verhältnisse sterben zu müssen, voraus und sei, da zum Schutze seines Lebens und Eigentums keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, tagtäglich auf solch' tragisches Ende gefaßt.

Zehn Tage nach dieser Unterredung durcheilte den Industriebezirk die Schreckenskunde von der Ermordnung des Bergverwalters. In den Abendstunden eines Novembertages hatte sich der Ortspfarrer in einer Droschke zur Kurrende nach der Behausung des Bergverwalters begeben. Die im Dorfe überall herumlungernden, zu jedem Verbrechen bereiten, organisierten Banditen hatten diesen Vorgang beobachtet und angenommen, daß zur Lohnvorschußzahlung bestimmte Gelder mit dem Wagen in die Wohnung des Bergverwalters geschafft worden seien. So fand man sich denn bald darauf zusammen, drang, während ein Teil der Bande es umstellt hielt, in das Haus ein, forderte von dem Bergverwalter die Lohngelder, mißhandelte ihn, als er erklärte, solche nicht im Besitz zu haben, auf das schwerste und schoß ihn schließlich über den Haufen. Das gleiche Schicksal erlitt ein zu Hilfe herbeieilender Bureauassistent. Die Tochter des Bergverwalters, im Brautstand befindlich, wurde von den Banditen vergewaltigt und dann gleichfalls erschossen.

An den Beisetzungsfeierlichkeiten der armen Opfer dieses scheußlichen Verbrechens, zu welchen die Leichen des Bergverwalters und der Tochter, letztere im Brautstaat, aufgebahrt worden waren, nahm das ganze Dorf teil. Wie viele unter dem nach Tausenden zählenden Trauergefolge mochten um die Urheberschaft der Schandtat gewußt und in Gewissensangst mit sich gerungen haben, ob sie durch Anzeige dieses oder jenes Verbrechers diesen dem Arme der irdischen Gerechtigkeit ausliefern sollten! Die Stimme des Gewissens mußte aber vor der Sorge um das

eigene Leben, der Angst vor der Rache der Helfershelfer der etwa gefaßten Verbrecher schweigen. Ob man freilich derjenigen Banditen, deren Verhaftung angeordnet, auch wirklich habhaft geworden wäre? Die Abstimmungspolizei, deren Unfähigkeit und Willenlosigkeit ja schon gekennzeichnet worden ist, wollte und konnte sich aus demselben Grunde der Angst vor der Rache, die bei dem organisierten Zusammenhange der einzelnen Verbrecherbanden unausbleiblich schien, nicht mit der Verfolgung und Aufklärung der Verbrechen befassen.

So blieb auch dieses Kapitalverbrechen, wie so viele seinesgleichen, ungesühnt. War durch die Schuld der Interalliierten Kommission, die einem jeden ihren Schutz feierlichst zugesichert hatte, die allgemeine Moral, die Achtung vor dem Leben und dem Eigentum der Mitmenschen auf einem Tiefstand angelangt, der selbst dem unkultiviertesten Staatswesen zur Schande gereicht hätte, warum griff diese Interalliierte Kommission nun nicht ein, um mit Hilfe ihrer reichen Machtmittel dieser Zustände schleunigst Herr zu werden? Es hätte dazu doch nur bedurft, Polizeitruppen in ausreichender Stärke in die gefährdeten Ortschaften zu legen und diese den mit der Verfolgung der Verbrechen betrauten Dienststellen zur Verfügung zu stellen. Ungezählt waren die Stimmen der Ordnungspresse, die diese Notwendigkeiten der Interalliierten Kommission vor Augen hielten. General Le Rond hielt es nicht für nötig, dazu Stellung zu nehmen. Es genügte ihm wohl, daß jene Vorstellungen nur von den die deutschen Interessen vertretenden Blättern erhoben wurden, um sie von vornherein zu ignorieren.

Inzwischen hatte die von Korfanty und seinem polnischen Plebiszitkommissariat geleitete polnische Hetzpresse ungehindert weiter ihres Amtes gewaltet. Ihre ganze Taktik war nunmehr darauf eingestellt worden, den verhaßten deutschen Gegner durch derbste Anpöbelungen und gemeinste Unterstellungen bis aufs Blut zu reizen, immer zu dem Ziele, ihn, den deutschen Gegner, zu Unbesonnenheiten gegenüber den Anhängern der polnischen Sache zu verleiten, um alsdann die sorgsam weiter vorbereitete polnische Gegenaktion mit dem weiten Ziele der Besitzergreifung des ganzen Abstimmungsgebiets für Polen in Szene zu setzen und den Deutschen als Sündenbock für den spontanen Ausbruch der polnischen Volksleidenschaften hinzustellen.

Da es nicht gelingen wollte, dieses Ziel mit Hilfe der Tätigkeit der Hetzpresse zu erreichen, sann Korfanty und sein Stab auf andere, mehr Wirksamkeit versprechende Mittel. Am frühen Morgen eines Dezembertages 1920 wurden die Bewohner des Nordwestteils der Stadt Kattowitz durch eine gewaltige Detonation aus dem Schlafe geweckt. Gleichzeitig klirrten in weitem Umkreise sämtliche Fensterscheiben zu Boden. Alsbald wurde bekannt, daß auf dem Wilhelmsplatz das überlebensgroße Zweikaiserdenkmal, eine Zierde der Stadt, samt dem kostbaren Marmorsockel in die Luft gespengt worden war. Die Untat war vollkommen gelungen.

Die Empörung der an der Tatstelle zusammenströmenden Bürger kannte keine Grenzen und machte sich in lauten Verwünschungen gegen die französische Stadtbesatzung Luft, die durch allerhand Wachtmätzchen die Bevölkerung behellige, für den Schutz der Stadt gegen verbrecherische Anschläge aber nicht das geringste tue. Die Folge dieses Appells an die Besatzungsmacht war die Verhaftung einiger deutscher Bürger wegen Auflehnung gegen die Militärgewalt. Daß aber diese sich ihrer Pflicht besonnen hätte, sofort für die Aufklärung des Verbrechens das Nötigste zu tun, solches war wohl von der Gerechtigkeit der französischen Machthaber nicht zu erwarten. Es handelte sich ja auch nur um ein Denkmal zur Pflege der Erinnerung an die Glanzzeiten des deutschen Kaisertums, an eine Zeit, in der jener beispiellose Aufstieg Oberschlesiens in industrieller und kultureller Beziehung erfolgte, desselben Oberschlesiens, das man jetzt Polen in die Hände spielen wollte, welches sich vermaß, das Erbe deutscher Kultur und deutschen Industriefleißes antreten zu wollen.

Die ungesühnt gebliebene Denkmalssprengung in Kattowitz machte alsbald Schule. Schon acht Tage später wurde von polnischer Bubenhand ein Sprengattentat auf das Denkmal Kaiser Wilhelms I. in Tarnowitz verübt. Das schändliche Werk war freilich hier Stümperhänden anvertraut worden. Es blieb bei einer unbedeutenden Beschädigung des Sockels, während das überlebensgroße Standbild selbst unbeschädigt blieb. Gleichsam als wäre der verehrte alte Kaiser aus schwerer Lebensgefahr gerettet worden, ließen es sich deutsche Bürger nicht nehmen, das Denkmal festlich zu bekränzen.

Noch einige andere Denkmäler des alten Kaisers wurden durch nächtliche Sprengungen beschädigt oder zerstört, ohne daß das geringste seitens der Interalliierten Kommission geschah, um solchem verbrecherischen Treiben der polnischen Hand Einhalt zu tun. Korfanty aber durfte es wagen, in seinem Beuthener Lügenblatt seinen Anhängern aufzutischen, die deutschen Kommunisten hätten die Denkmalsattentate begangen.

So ging denn unter dem Zeichen von Haß und Lüge, Terror und Ungerechtigkeit das für Oberschlesiens Schicksal so bedeutsame Jahr 1920 aus. Ein Jahr, das, obgleich es dem Deutschtum die grausamste Unterdrückung gebracht hatte, diesem dennoch nicht den Glauben an den Sieg seiner gerechten Sache zu rauben vermocht hatte. So überschritt man die Schwelle des Jahres 1921, das die Volksabstimmung bringen mußte, von welcher man nicht nur die Befreiung des Landes von der drückenden Fremdherrschaft, sondern auch die Rückkehr zum großen deutschen Vaterlande erhoffte, dessen Wiederaufbau man sich alsdann mit ganzen Kräften widmen wollte.

IV. Die Abstimmung und die Zeit bis zur Räumung des Abstimmungsgebiets durch die interalliierten Truppen.

Bezüglich der Volksabstimmung, welche den Oberschlesiern nach § 88 des Versailler Diktats zugestanden worden ist, sind im § 4 der Anlage zu § 88 die näheren Ausführungsbestimmungen getroffen worden.

Danach hatte die Abstimmung nach Ablauf einer von den alliierten und assoziierten Hauptmächten festzusetzenden Frist stattzufinden, indessen nicht früher als sechs und nicht später als achtzehn Monate nach dem Amtsantritt des Interalliierten Ausschusses zur Verwaltung des Abstimmungsgebiets.

Stimmberechtigt sollte jede Person ohne Unterschied des Geschlechts sein, die den nachstehenden Bedingungen genügte:

a) sie muß am 1. Januar des Jahres, in dem die Volksabstimmung stattfindet, das zwanzigste Lebensjahr vollendet haben;

b) sie muß in der Zone, in der die Volksabstimmung stattfindet, geboren sein oder dort seit einem von dem Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen darf, ihren Wohnsitz haben oder von den deutschen Behörden ohne Beibehaltung des Wohnsitzes im Abstimmungsgebiet ausgewiesen worden sein.

Jeder Stimmberechtigte sollte in der Gemeinde abstimmen, in der er seinen Wohnsitz hat, oder, wenn er seinen Wohnsitz nicht im Abstimmungsgebiet hat, in der Gemeinde, in der er geboren ist.

Die Vorschriften über die Stimmberechtigung schienen auf den ersten Blick für die deutsche Sache nicht ungünstig zu sein, insofern die Berechtigung auch ausgedehnt wurde auf diejenigen im Abstimmungsgebiet geborenen Oberschlesier, welche vor der Abstimmung ihren Wohnsitz aus dem Gebiet wegverlegt hatten, wobei es auf den Zeitpunkt des Wegzuges aus Oberschlesien nicht ankam. Freilich hatte sich der Rat der Allierten für den Fall, daß diese Bestimmung sich allzusehr zugunsten Deutschlands auszuwirken drohte, eine Hintertür offengelassen, indem er dem zur Verwaltung des Landes eingesetzten Ausschuß es überließ, das Abstimmungsrecht der nicht geborenen Oberschlesier, aber im Abstimmungsgebiet ansässig und heimatberechtigt gewordenen Landesbewohner dadurch zu

beschränken, daß er den Zeitpunkt, vor welchem die zur Abstimmung Zuzulassenden ihren Wohnsitz im Abstimmungsgebiet begründet haben mußten, nach Belieben und Bedarf zurückdatieren konnte.

Schon vor der Besetzung des oberschlesischen Abstimmungsgebiets durch die interalliierten Truppen hatte im Reich eine Bewegung eingesetzt, die zum Ziel hatte, die geborenen, aber aus ihrer Heimat verzogenen Oberschlesier zu ermitteln und ihnen ihre Pflicht, der bedrängten Heimat in ihrer Schicksalsstunde durch Abgabe ihrer Stimme für Deutschland beizustehen, vor Augen zu führen. Diesem Zwecke dienten die Verbände heimattreuer Oberschlesier, die sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Stimmberechtigten zusammenzufassen und rechtzeitig für den Abstimmungskampf zu organisieren.

Als die deutschen Zeitungen Ende Januar 1920 meldeten, daß die Stunde der Besetzung für Oberschlesien gekommen sei und bange Sorge die im Abstimmungsgebiet ansässigen Deutschen beschlich, da erschienen im ganzen deutschen Vaterlande die Verbände heimattreuer Oberschlesier zum ersten Male für die Heimat erkennbar auf dem Plane. Hunderte von Telegrammen gingen in jenen letzten, vom Fremdjoch noch freien Tagen bei den Schriftleitungen der deutschen oberschlesischen Zeitungen zur Veröffentlichung ein, in welchen die Verbände der alten Heimat und ihren so schwer bedrängten Landsleuten ihren treudeutschen Gruß entboten und unter Nennung ihrer bisherigen Mitgliederzahl heilig gelobten, in der Entscheidungsstunde zur Stelle zu sein und durch Abgabe der Stimme für Deutschland zur Errettung der geliebten Heimat aus den gierig ausgestreckten Fängen des weißen Adlers beizutragen. Diese Gelöbnisse der Heimattreue wurden herzlich und mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Brüder und Schwestern im Reich hatten also die Heimat nicht vergessen, ein Lichtstrahl in dem dunklen Gewölk der heranbrechenden schicksalsschwangeren Zeit.

Die Interalliierte Kommission hatte es mit der Ansetzung des Abstimmungstermins absolut nicht eilig. Die da prophezeit hatten, die Abstimmung werde schon im Sommer 1920 stattfinden, behielten Unrecht. Der polnische Aufstand im August 1920 wirkte weiter verzögernd auf die Entschließungen der Kommission. Mehrmals ließ diese amtlich bekanntgeben, daß Ruhe im Lande die unerläßliche Voraussetzung für die Abstimmung sei und daher abgewartet werden müsse, bis die hochgehenden Wogen der politischen Erregung sich geglättet hätten. Daß diese Erregung allein die Auswirkung des verwerflichen Treibens Korfantys und seiner Helfershelfer war, übersah die Kommission geflissentlich. Durch Unschädlichmachung dieses Mannes hätte sie mit einem Schlage dem Lande den inneren Frieden geben können, auf dessen Boden die Entscheidung über das Schicksal des Landes heranreifen sollte.

Immerhin bequemte man sich in Oppeln gegen Ende des Jahres dazu, mit den technischen Vorbereitungen zur Abstimmung zu beginnen. Es handelte sich zunächst darum, von den Bewohnern des Abstimmungsgebietes diejenigen auszusondern, die nicht im Lande geboren waren. Diese Landeskinder wurden dadurch gekennzeichnet, daß sie die für jeden Bewohner des Abstimmungsbezirks vorgeschriebene Legitimationskarte von der Gemeindebehörde ihres Wohnortes in grüner Schrift ausgefertigt erhielten, während die geborenen Oberschlesier mit Karten in roter Schrift ausgerüstet wurden.

Inzwischen suchte sich die Tätigkeit der polnischen Hetzpropaganda mehr und mehr auf die mit der Abstimmung unmittelbar zusammenhängenden Fragen zu konzentrieren. Hatte man bisher als Mittel zum Zweck auf jede Weise und bei jeder sich bietenden Gelegenheit blinden Haß gegen alles Deutsche gepredigt, so hielt man jetzt die aus so gedüngtem Boden entsprossene Saat für reif zur Ernte. Unter den Augen der Interalliierten Kommission und mit deren Duldung wurde in allen Ortschaften mit Ausnahme der deutschen Städte mit überwiegender deutscher Mehrheit planmäßig jede Werbetätigkeit für die deutsche Sache, jede Veranstaltung von deutscher Hand zur Aufklärung der Abstimmungsberechtigten und zur Abwehr der maßlosen polnischen Provokationen unterdrückt. Wo auch immer der Versuch gemacht wurde, die Deutschen zu sammeln, um den Polen und ihren Nachläufern sowie den Lauen und Unentschiedenen die Stärke des Deutschtums und seiner Anhängerschaft und seine Bedeutung im Abstimmungskampfe vor Augen zu führen, da sah man sich roher Gewalt und rücksichtslosem Terror der Korfanty'schen Garden ausgesetzt. Man fand das Versammlungslokal bereits lange vor der festgesetzten Versammlungszeit von lärmenden polnischen Rohlingen besetzt, die sich nicht scheuten, dessenungeachtet im Saale erscheinende Deutsche mit Knüppeln zu vertreiben. Durchaus nicht vereinzelt wurden auch deutsche Versammlungen dadurch gesprengt, daß polnische Fanatiker durch die Fenster in den Versammlungsraum schossen. In anderen Fällen wurden sogar Handgranaten in die Versammlung geworfen und brachten deutsches Blut zum Fließen.

Seitens des zur Wahrung der deutschen Interessen und Abwehr der polnischen Uebergriffe begründeten deutschen Plebiszitkommissariats wurde ob solcher Vorkommnisse regelmäßig Beschwerde beim interalliierten Kreiskontrolleur oder der Kommission in Oppeln erhoben und Schutz und Sicherstellung der deutschen Versammlungsfreiheit gefordert. Französische Machthaber gingen, den Winken Le Ronds folgend, darüber einfach zur Tagesordnung über. Englische Kreischefs sahen ihre Pflicht, die Deutschen vor den polnischen Terrorakten zu schützen, zwar ein und versprachen Abhilfe. Sie konnten aber ihre Anforderungen von militärischem Schutz bei den französischen Befehlshabern nicht durchsetzen und mußten sich ohnmächtig deren passiver Resistenz beugen.

So blieb denn alles beim alten. Die polnischen Terroristen beherrschten unumschränkt die industriellen Ortschaften und Dörfer. Die Deutschen mußten, wollten sie nicht ihre Habe und ihr und ihrer Familie Leben aufs Spiel setzen, dem Zwange der Verhältnisse sich fügen und sich jeglichen Bekenntnisses ihres Deutschtums in der Oeffentlichkeit enthalten. Die deutsche Sache, die deutschen Abstimmungsinteressen erlitten aber durch die Niederhaltung jeder deutschen Propaganda einen ungeheuren Schaden. Ungezählte Massen Abstimmungsberechtigter, die bisher plan- und interesselos zwischen den Parteien gestanden hatten, hätten noch rechtzeitig den Weg in das deutsche Lager gefunden, wenn die Möglichkeit bestanden hätte, eine deutsche Aufklärungstätigkeit auch nur annähernd in dem Maße zu entfalten, wie es die Polen ungehindert tun konnten und als ihr selbstverständliches Recht ansahen.

Neben dem rohen offenen Kampfe gegen das Deutschtum ging ein versteckter geheimer her. Die Abstimmungsberechtigung war ja auch dem weiblichen Geschlechte zugestanden worden, das, an Zahl stärker wie das männliche, für den Ausfall der Abstimmung von entscheidender Bedeutung werden konnte. Die Frauen auf dem Lande und in den Industrieorten für eine Stimmabgabe für Polen einzufangen und sich ihre Mitarbeit für Polens Sache zu sichern, das hatte Korfantys Mobilmachungsplan demjenigen Teile der katholischen Geistlichkeit zugedacht, der aus Ueberzeugung, zum Teil aber auch gegen Versprechung persönlicher Vorteile sich hatte bereitfinden lassen, am Werke des Vaterlandsverrates mitzuarbeiten. Das bei früheren Wahlen bereits mehrfach als zum Ziele führend erprobte Verfahren, von der Kanzel herab politische Lehren zu erteilen, wurde eifrig wieder angewandt. Die also vorgestimmten Frauenseelen wurden darauf zu Prozessionen vereint nach dem unfern der alten Reichsgrenze gelegenen Wallfahrtsort Czenstochau in Kongreßpolen geführt. Nach Erledigung der religiösen Zeremonien wurden sie hier mit Freundlichkeiten aller Art überschüttet. Das polnische Plebiszitkommissariat hatte auch nicht versäumt, die nötigen Mittel für eine gute Bewirtung und Beschenkung der Wallfahrerinnen bereitzustellen. Während sonst in Kongreßpolen die Lebensmittel außerordentlich knapp und teurer waren wie in Oberschlesien, hatte eine weise polnische Fürsorge die nötigen Vorkehrungen getroffen, um in Czenstochau Lebensmittel in Hülle und Fülle zu billigeren Preisen auf der Bildfläche erscheinen zu lassen. Reich beladen mit billigst erstandenen Bedarfswaren aller Art und geleitet von zu größter Freundlichkeit verpflichteten Sendlingen des edlen Pan Korfanty, kehrten die Wallfahrerinnen in freudigster Stimmung zurück nach der ihnen jetzt ach so arm erscheinenden preußisch-oberschlesischen Heimat. Lange Wochen hindurch konnte man auf den oberschlesischen Bahnhöfen längs der polnischen Grenze diese Wallfahrerinnen in großen Scharen beobachten, wie sie begeistert den zum Empfang erschienenen Angehörigen

ihre Reiseeindrücke schilderten und das eben geschaute polnische Paradies in allen Tönen priesen. Dorthin dauernd zu gelangen, dafür wollten sie sich mit allen Kräften im Abstimmungskampfe einsetzen.

Die Schilderung einer Begebenheit mag hier in die Darstellung der Abstimmungsvorbereitungen eingeflochten werden, die noch einmal die traurigen Verhältnisse in der oberschlesischen Justiz infolge einer durchaus rechtswidrigen Bevormundung durch die Interallierte Kommission von abstimmungspolitischen Gesichtspunkten aus beleuchtet.

Unter dem Namen „Wahrheit" war von dem Schriftleiter Kupka eine gleichzeitig in deutscher und polnischer Sprache erscheinende Zeitung gegründet worden, die es sich zur Aufgabe machte, die Oberschlesier polnischer Zunge von der Bevormundung durch Korfanty und seinen Klüngel zu befreien und sie, ohne etwa bestimmt einer Beinflussung der Abstimmung im deutschen Sinne dienen zu wollen, zur vollständigen Unbefangenheit gegenüber den sich aus der bevorstehenden Abstimmung ergebenden Problemen zurückzuführen und zu erziehen. Kupka war Beamter des polnischen Plebiszitkommissariats gewesen und soll, angewidert von den Methoden, mit welchen diese Organisationsstelle den Kampf gegen alles Deutsche führte, den Entschluß zur Herausgabe dieses unabhängigen Blattes gefaßt haben. Selbstverständlich verwertete er nun seine Kenntnisse der Praktiken Korfantys und seiner Helfershelfer im Sinne der von seinem Blatte erstrebten Aufklärung der Massen. Die „Wahrheit" fand, unterstützt von einer geschickten Werbetätigkeit, bald einen über jedes Erwarten großen Leserkreis. Der Name Kupkas als des Wahrheitsapostels war bald in aller Munde. Entsprechend groß war auch die Bestürzung, als eines Tages — etwa nach zweimonatlichem Erscheinen der „Wahrheit" — die Zeitungen die Nachricht brachten, Kupka sei in seiner Wohnung in Beuthen von zwei in diese eingedrungenen Banditen erschossen worden.

Angesichts dieser grauenvollen Mordtat an einem am Abstimmungskampfe führend beteiligten Manne drängte sich jedem Denkenden von selbst die Frage nach einem Zusamenhange zwischen dem Verbrechen und der Tätigkeit der polnischen Hetzpropaganda auf. Niemand, gleich welchem politischen Lager er angehörte, konnte sich des Verdachtes erwehren, daß das Verbrechen nur zu dem Zwecke begangen worden sei, Kupka wegen seiner politischen Tätigkeit zu beseitigen.

Nachdem längere Zeit hindurch vergeblich nach den Mördern gefahndet worden war, gelang ihre Ermittelung und Verhaftung. Das Strafverfahren wegen Mordes wurde eingeleitet und einige Wochen vor dem Abstimmungstage Termin zur Hauptverhandlung vor dem Beuthener Schwurgericht angesetzt. Voll Spannung sah ganz Oberschlesien dem ersten Verhandlungsbericht entgegen, von dem man sensationelle Enthüllungen über Korfantys Propagandatätigkeit und ihre verwerflichen Methoden erwartete.

Die Zeitungen wußten aber nur zu melden, daß die Verhandlung alsbald nach ihrer Eröffnung auf unbestimmte Zeit vertagt werden mußte, weil am vergangenen Abend ein französisches Militärkommando im Untersuchungsgefängnis erschienen sei, die Auslieferung der des Mordes an Kupka bezichtigten Untersuchungsgefangenen verlangt und diese alsbald nach Oppeln zur Verfügung der Interalliierten Kommission geschafft habe.

Dieser Akt brutalster Willkür erregte natürlich gewaltiges Aufsehen im ganzen Abstimmungsbezirk. Die Interalliierte Kommission vollführt ohne den geringsten Rechtstitel, also widerrechtlich, einen Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren, entzieht zwei des Mordes angeklagte Verbrecher ihren berufenen irdischen Richtern, und warum? Weil sie fürchten muß, daß in dem Gerichtsverfahren nicht nur ein Zusammenhang zwischen dem Verbrechen und der polnischen Hetzpropaganda aufgedeckt, nein, darüber hinaus auch das vornehmlich von den französischen Machthabern betriebene Begünstigungssystem dieser polnischen Propaganda mit ihren verwerflichen, Treu und Glauben ins Gesicht schlagenden Arbeitsmethoden beleuchtet und öffentlich an den Pranger gestellt werden könnte.

Hätte eine internationale Landesverwaltung, die ihr Amt nach Fug und Recht und bestem Gewissen geführt hat, es nötig gehabt, die Ergebnisse einer Strafgerichtsverhandlung fürchten zu müssen? Wie schlecht muß das Gewissen der Interalliierten Kommission gewesen sein, wenn sie die durch die gewaltsame Verhinderung der Gerichtsverhandlung erwirkte Bloßstellung als das kleinere Uebel in den Kauf nahm gegenüber der Gefahr der Aufdeckung der Geheimbeziehungen ihres Oberhaupts Le Rond zu Korfanty und dem polnischen Plebiszitkommissariat? Oder war für die Maßnahme der Interalliierten Kommission nur die Sorge maßgeblich gewesen, daß eine Aufdeckung der Kampfesweisen des polnischen Plebiszitkommissariats die große Gefahr einer Beeinflussung der Abstimmung im Sinne einer Benachteiligung der polnischen Interessen heraufbeschworen hätte?

Inzwischen besann man sich in Oppeln von neuem, daß man das oberschlesische Land besetzt hatte, um eine Volksabstimmung durchzuführen, und daß die Volksabstimmung innerhalb 18 Monaten nach Beginn der Besetzung durchgeführt sein mußte. Man mußte sich also dazu bequemen, die weiteren Vorbereitungen etwas zu beschleunigen. Da war die Bestimmung des Friedensvertrages, die das Abstimmungsrecht auch denjenigen im Abstimmungsgebiet geborenen Oberschlesiern zubilligte, die ihren dauernden Wohnsitz nach dem Reiche verlegt hatten, eine Bestimmung, die dem General Le Rond viel Kummer und schlaflose Nächte bereitet haben dürfte. Mußte doch dieser für den Ausfall der Abstimmung im polnischen Sinne sich verantwortlich fühlende Allgewaltige mit wachsender Sorge die eine ungeahnte Entwicklung annehmende heimattreue Bewegung im Reiche verfolgen. Fürwahr, die mustergültige Organisation, die die

heimattreuen Oberschlesier bis auf den letzten Mann und die letzte Frau zur Rettung der teuren Heimat am Abstimmungstage dieser zuführen wollte, wuchs sich zu einer schweren Gefahr für die polnische Sache aus, denn, darüber waren sich Freund und Feind klar, die Stimmen der zu erwartenden Oberschlesier aus dem Reiche mußten einen Faktor bilden, der für das Gesamtergebnis der Abstimmung leicht von ausschlaggebender Bedeutung werden konnte.

So ergab sich denn für Le Rond die Notwendigkeit, auf Mittel und Wege zu sinnen, die geeignet erschienen, die aus dem Zustrom der Reichsoberschlesier zu erwartende Beeinflussung der Abstimmung im deutschen Sinne abzuschwächen oder am besten ganz zu verhindern. Die polnischen Freunde erwiesen sich bei der Ausfindigmachung solcher Mittel außerordentlich findig. Sie versuchten zunächst, die befreundete Interalliierte Kommission dazu zu bestimmen, die hinderliche und unbequeme Bestimmung im Einverständnis mit ihren Heimatregierungen ganz fallen zu lassen. Freilich mußte ein Grund ausfindig gemacht werden, damit auch der Welt gegenüber die Notwendigkeit dieser Maßnahme klargelegt werden konnte.

Ein Weg, dessen Beschreiten das gesteckte Ziel zu erreichen versprach, fand sich sehr bald. Er war ja auch durch die Hetzpropaganda des polnischen Plebiszitkommissariats gegen alles Deutsche schon von lang her planmäßig vorbereitet worden. Man mußte nur den Reichsoberschlesiern mit genügender Deutlichkeit zu verstehen geben, daß ihr Erscheinen in der oberschlesischen Heimat für sie mit schweren Gefahren für Leib und Leben verknüpft sein werde. Gelang es, diese Befürchtung glaubhaft zu machen, dann konnte man erwarten, daß ein großer Teil der also eingeschüchterten auswärtigen Abstimmungsberechtigten, insbesondere die Frauen, in letzter Stunde die Reise nach Oberschlesien aufgeben würden, und man hoffte, alsdann gewonnenes Spiel zu haben.

So stellte denn Korfanty seine nach wie vor ausgezeichnet arbeitende Hetzpropaganda darauf ein, die polnischen Volksleidenschaften gegen die von reichsdeutscher Seite her drohende Vergewaltigung der Volksabstimmung aufzustacheln. Diejenigen Oberschlesier, die ihren Wohnsitz in das Reich verlegt hatten, wurden dem einfältigen polnischen Zeitungsleser eindringlichst und beharrlich als Fremdlinge vor Augen geführt, die im Abstimmungsgebiet nichts mehr zu suchen hatten. Um sie recht verächtlich zu machen, legte man ihnen die Bezeichnung „Emigranten" zu. Diese Emigranten also, die durch ihre Abwanderung zu erkennen gegeben hatten, daß sie das Band mit der alten Heimat zerschnitten hatten, wollten erscheinen, um zu verhindern, daß das ethnographisch unzweifelhaft polnische Oberschlesien mit seiner Mutter Polen vereinigt würde? Niemals durften das Kinder einer polnischen Mutter zugeben! Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln mußte solches verhindert werden, wenn es sein mußte, also auch mit Gewalt. Offen sprachen dies die Korfantyschen Hetzblätter aus und verbreiteten es die im polnischen Solde stehenden Wanderprediger. Unter diese ging sogar Korfanty persönlich. In Rosenberg hielt er eine wüste Hetzrede gegen die Emigranten. Kein Oberschlesier dürfe einen Emigranten, der käme, um an

der heiligen polnischen Sache Verrat zu üben, Unterhalt und Obdach gewähren. Wie die Wölfe und andere wilde Tiere, die in die friedlichen Dörfer einfallen, um ihre Raubgelüste zu befriedigen, müsse die gegenüber der gemeinsamen Gefahr einig zusammenstehende Bevölkerung sie mit Dreschflegeln und Knüppeln in die Wälder jagen, wo sie elend verkommen müßten, ein Schicksal, das sie nicht anders verdient hätten. Wohl regte sich angesichts solcher Aufreizungen auch in polnisch fühlenden Herzen, die sich auch unter den verrohenden Zeitverhältnissen noch anständige Denkungsart bewahrt hatten, Widerspruch gegen diesen Führer und die von ihm empfohlenen unwürdigen Kampfmethoden. In die Herzen der großen Menge, die blindlings dem Führer zu folgen gewillt war, war aber ein gefährlicher Keim gelegt, der sich in der Abstimmungszeit wirklich zu einer schweren Gefahr für das Leben und die Sicherheit der auswärtigen Abstimmungsgäste ausgestalten konnte.

Dies hatte auch das deutsche Plebiszitkommissariat erkannt, welches aufmerksam und mit wachsender Besorgnis die gegen die Reichsoberschlesier geführte Bewegung verfolgt hatte. Nun, da die Rosenberger Hetzrede Korfantys einmal wieder dem Faß den Boden ausgeschlagen hatte, schien der Zeitpunkt gekommen, zu einem kräftigen Abwehrschlage auszuholen. Die leitenden Herren des deutschen Plebiszitkommissariats begaben sich persönlich zur Interalliierten Kommission nach Oppeln und erhoben bei den Oberkommissaren Vorstellungen gegen das unverantwortliche Treiben Korfantys und dessen voraussichtliche unheilvolle Folgen. Mit Nachdruck wurde auf die Bestimmung im § 3 Absatz 6 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages verwiesen, wonach der für die Verwaltung des Abstimmungsgebiets eingesetzte interallierte Ausschuß verpflichtet war, die Ausweisung jeder Person zu verfügen, die irgendwie das Ergebnis der Volksabstimmung durch Bestechungs- oder Einschüchterungsmachenschaften zu fälschen versucht, und die Anwendung dieser Bestimmung auf Korfanty verlangt. Wirksam wurde der unternommene Schritt durch gleichzeitige Bekanntgabe der Tatsache und des Zweckes der Reise der deutschen Kommission nach Oppeln in der deutschen oberschlesischen Presse unterstützt. Man glaubte, daß dieses Mal auch die Hinterhältigkeit eines Le Rond keinen Ausweg aus den engen Maschen des zugezogenen Netzes finden werde und daß die — nach dem Wortlaut des Friedensvertrages — „zur Sicherung einer freien, unbeeinflußten und geheimen Stimmabgabe" eigens auf ihren Posten berufene Interalliierte Kommission dieses Mal vor den Augen der Welt und des Weltgewissens sich auf ihre Pflicht besinnen würde. Man hatte falsch geglaubt. Mit einer Vertröstung auf einen baldigen schriftlichen Bescheid wurden die deutschen Sendlinge entlassen. Der Bescheid blieb aus. Die polnische Hetze gegen die Emigranten konnte, ungehindert durch Maßnahmen der Interalliierten Kommission, ihren Fortgang nehmen.

Worte vermögen die Niederträchtigkeit des Verhaltens der Interalliierten Kommission, die mit dieser Passivität erneut schwer gegen ihre hohe Mission verstieß, nicht auszudrücken. Wenn auch der Fehlschlag des

von deutscher Seite unternommenen Vorstoßes gegen das unheilvolle Wirken Korfantys zweifellos dem überragenden Einfluß Le Ronds in der Interalliierten Kommission zuzuschreiben ist, unverständlich bleibt wiederum das schwächliche Nachgeben des englischen und des italienischen Oberkommissars, das bei der Mehrzahl der unterstellten englischen und italienischen Kreiskontrolleure absolut nicht verstanden wurde, ja sogar ihren scharfen Widerspruch hervorrief. Längst war es durchgesickert, daß einzelne dieser Herren sich auf ihren Posten, den in voller Objektivität auszufüllen sie bestrebt gewesen waren, durchaus nicht mehr wohl fühlten und bei ihren Heimatregierungen ihre Abberufung betrieben und teilweise darin auch Erfolg hatten.

Auch General Le Rond wurde um diese Zeit nach Paris berufen. Man erwartete, daß er sich dort ob seiner, mit der ihm übertragenen Mission in krassesten Widerspruch geratenen, unerhört parteiisch betriebenen Amtsführung verantworten sollte, und erwartete danach seine endgültige Abberufung. Soviel Hoffnungen, soviel Enttäuschungen! Schon nach 14 Tagen meldete das Amtsblatt der Interalliierten Kommission, daß General Le Rond „vom Urlaub" zurückgekehrt sei und die Leitung der Interalliierten Kommission wieder übernommen habe.

Bald darauf wurde bekannt, was es mit der Pariser Reise des Generals für eine Bewandtnis gehabt hatte. Zum ersten Male während seiner nunmehr einjährigen Amtstätigkeit hatte er sich veranlaßt gesehen, sich deutscher Interessen anzunehmen. Es waren die Emigranten, die stimmberechtigten Reichsoberschlesier, die sich der väterlichen Fürsorge des französischen Generals erfreuen und durch dieselbe vor Schaden an Leib und Seele bewahrt bleiben sollten. War nicht die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ordnung und damit erst recht für die persönliche Sicherheit der Abstimmungsberechtigten verantwortlich? Konnte sie dann zulassen, daß die Reichsoberschlesier zur Abstimmung in den Orten mit stärkerem polnischen Einschlag erschienen, um von der aufgeregten polnischen Bevölkerung womöglich erschlagen zu werden? Eine solche Kulturschande würde die Welt auf das Konto der Alliierten setzen. So hatte man ja, immer nach der eigenartig und künstlich zugestutzten Logik von Le Rond, nun glücklich einen Grund gefunden, um die längst als lästig und die polnischen Interessen gefährdende Bestimmung des Friedensvertrages, welche auch den aus dem Abstimmungsgebiet verzogenen gebürtigen Oberschlesiern das Abstimmungsrecht verlieh, zu sabotieren. Auf den mündlichen Vortrag des anscheinend noch immer das volle Vertrauen der verbündeten Regierungen genießenden Generals, der natürlich verschwieg, daß der polnische Haß gegen die Emigranten nur durch die unverantwortliche Duldsamkeit der Oppelner Oberkommissare großgezogen worden war, sah sich auch wirklich der Hohe Rat in Paris veranlaßt, sich nochmals ernsthaft mit dem Problem des Abstimmungsrechtes der Emigranten zu befassen.

Doch die deutsche Regierung in Berlin war auf dem Posten und erhob so energischen Protest gegen die anscheinend beabsichtigte Aufhebung

dieser beinahe einzigen im Interesse des Deutschen Reiches liegenden Bestimmung des Friedensvertrages, daß man in Paris übereinkam, man dürfe den Deutschen keinen Rechtsgrund zu einer Durchlöcherung des Versailler Vertrags an anderer Stelle an die Hand geben und müsse daher notgedrungen auch das Abstimmungsrecht der Reichsoberschlesier aufrechterhalten.

Dafür suchte aber der Hohe Rat in Paris den befürchteten Einfluß des oberschlesischen Abstimmungsergebnisses durch die Teilnahme der Reichsoberschlesier an der Abstimmung auf andere Weise abzuschwächen. Unter dem Vorwand, man könne die Emigranten nicht dem Terror ihrer polnischen Landsleute ausliefern, sollte die Abstimmung der Reichsoberschlesier in einem Orte des besetzten rheinischen Gebietes unter alliierter Kontrolle abgehalten werden. Man rechnete wohl in solchem Falle mit einem sehr erheblichen Ausfalle in der Beteiligung an der Abstimmung, weil bei vielen Abstimmungsberechtigten für den Entschluß zur Reise nach der oberschlesischen Heimat wohl hauptsächlich der Wunsch eines Wiedersehens mit Verwandten und Bekannten bestimmend gewesen sei, und die im Durchschnitt viel weitere und darum im Winter beschwerlichere Reise nach dem Rheinlande in zahlreichen Fällen unterbleiben würde, weil ein besonderer Anreiz bei den meisten Abstimmungsberechtigten in Wegfall komme.

Die Standhaftigkeit der deutschen Regierung, welche auf strikter Durchführung des Friedensvertrages bestand, bewirkte indessen, daß der Hohe Rat auch diesen Plan fallen lassen mußte. Nun stellte das polnische Plebiszitkommissariat, nachdem es sich von der Aussichtslosigkeit einer völligen Hintertreibung der Mitabstimmung der Reichsoberschlesier hatte überzeugen müssen, bei der Interalliierten Kommission den Antrag, die Emigranten für sich an einem anderen Tage wie der Hauptabstimmung abstimmen zu lassen. In diesem Falle wäre die persönliche Sicherheit der fremden Abstimmler weniger gefährdet, weil die ansässige polnische Bevölkerung sich alsdann bei der Arbeit befinde und daher sich um die Fremden nicht weiter kümmern würde. Daß dieser Grund nur vorgeschoben war und in Wirklichkeit nur auf eine getrennte Ermittlung der für Deutschland abgegebenen auswärtigen Stimmen spekuliert wurde, die man alsdann in geeigneter Weise politisch verwerten könnte, wird wohl auch der Interalliierten Kommission zum Bewußtsein gekommen sein. Von seiten des deutschen Plebiszitkommissariats wurde aber auch gegen diesen Versuch einer Beeinträchtigung des Gesamtabstimmungsergebnisses zuungunsten Deutschlands mit aller Energie angekämpft. Die Interalliierte Kommission wurde erneut auf ihre Pflicht hingewiesen, für die Sicherheit der Abstimmung die nötigen Maßnahmen zu treffen. Sie brauche nur ihre reichen militärischen Machtmittel einzusetzen und die Sicherheit der bedrohten Abstimmungsberechtigten werde gewährleistet sein. Die Kommission nahm auch wirklich, wohl weniger aus Beachtung der deutschen Vorstellungen, als der von Paris erhaltenen Weisung, äußerlich jede Verletzung des Friedensvertrages zu vermeiden, von einer Sonderbehandlung der Reichsoberschlesier Abstand.

Man mußte auf andere Weise die voraussichtlich für die polnische Sache schädlich wirkende Mitabstimmung der Emigranten auszugleichen suchen. Dies gestattete ja glücklicherweise die Fassung des § 4 Abs. 2b der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Diktats. Nach dieser Bestimmung sollten, wie schon erwähnt, die Abstimmungsberechtigung auch diejenigen im Abstimmungsgebiet wohnenden, dort nicht geborenen Personen erhalten, welche ihren Wohnsitz seit einem von dem interalliierten Ausschuß festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen durfte, im Abstimmungsbezirk begründet hatten. Diese zeitliche Einschränkung erschien vom feindlichen Standpunkt aus verständlich, denn man mußte und wollte diejenigen Bewohner des Abstimmungsgebiets von der Abstimmung fernhalten, die erst nach dem Bekanntwerden der Absicht des Feindbundes, Oberschlesien dem neuen Polenreich zuzuschlagen, aus politischen Absichten zur Stärkung des bedrohten Deutschtums in das Land gekommen waren. Andererseits hatten die Väter des Versailler Diktats mit dieser Vertragsbestimmung dem interalliierten Ausschuß wohl auch als Richtlinie an die Hand geben wollen, den Zeitpunkt, welcher für die Abstimmungsberechtigung der nicht geborenen Oberschlesier maßgebend sein sollte, nicht zuweit zurückzudatieren, weil es vor den Augen der Welt, der gegenüber man ja als Hüter der Menschenrechte aufzutreten beliebte, eine Rechtsbeugung gewesen wäre, wenn man das Recht der Teilnahme an der Abstimmung denjenigen Bewohnern des Abstimmungsgebiets vorenthalten hätte, welche durch dauernde Verlegung ihres Wohnsitzes in das Gebiet dem Wohle und Gedeihen desselben ihre Lebensarbeit gewidmet hatten und daher durchaus zur Mitentscheidung über das politische Schicksal dieses Landes berufen und berechtigt schienen.

Nun, die sich wiederum dem französischen Einfluß nicht nur Le Ronds, sondern auch der hinter ihm stehenden französischen Regierung beugende Interalliierte Kommission glaubte, sich jetzt über solche Erwägungen hinwegsetzen zu müssen, wo es galt, die Gefährdung des erstrebten polnischen Abstimmungssieges durch das Mitstimmen der deutschen Emigranten zu bekämpfen. So machte sie denn von der ihr erteilten Befugnis, den Termin, vor welchem der Zuzug der zur Abstimmung zuzulassenden, nicht geborenen Oberschlesier in das Abstimmungsgebiet erfolgt sein mußte, nach ihrem Belieben festzusetzen, den weitesten und rücksichtslosesten Gebrauch, indem sie diesen Termin auf den 1. Januar 1904 zurückverlegte.

Sie begründete die Notwendigkeit dieser Maßnahme damit, daß zu jenem Zeitpunkt in Oberschlesien die auf Wiedererrichtung eines selbständigen polnischen Staatswesens unter Einbeziehung aller Landesteile mit polnisch sprechender Bevölkerung abzielende Bewegung erstmalig Boden gewonnen und dies die deutsche Reichs- und preußische Staatsregierung seither veranlaßt habe, durch in großem Maße erfolgende Versetzung von Beamten aus Innerdeutschland nach Oberschlesien und systematische Verpflanzung weiter Kreise deutscher Intelligenz dorthin jene Bewegung mit allen Kräfetn zu bekämpfen und einzudämmen. Diesen aus

politschen Gründen in das Land gezogenen, aber hier landfremd gebliebenen Personen müsse das Abstimmungsrecht versagt bleiben.

Wer in Oberschlesien seit 1904 die Entwicklung der Verhältnisse miterlebt hat, weiß, daß die polnische Gefahr in der verflossenen Blütezeit deutscher Weltgeltung nie ernst genommen worden ist, weder von den Oberschlesiern selbst, noch von der Reichs- und Staatsregierung. Auch die polnische Intelligenz, die übrigens im Abstimmungsgebiet außerordentlich schwach vertreten war, war von der Aussichtslosigkeit der Bewegung überzeugt und überließ ihre Schürung wenigen polnischen Hitzköpfen. Der Zuzug von deutschen Elementen aus dem Reichsinnern nach Oberschlesien, auch soweit er sich erst vom Jahre 1904 an vollzogen hat, geschah lediglich, um den Bedarf eines sich kräftig entfaltenden reichen Produktionslandes an Arbeitskräften, welchem der eigene Nachwuchs im Lande nicht vollauf genügen konnte, heranzuziehen. Wenn der Anteil der Intelligenz unter den in das Abstimmungsgebiet Zugezogenen ein höherer sein sollte, wie es dem Verhältnis zwischen geistiger und Handarbeiterschaft innerhalb der im Bezirk geborenen Oberschlesier entspricht, so war für eine solche Verschiebung allein das Bedürfnis der Industrie maßgebend. Unsinnig ist die Behauptung, daß die Industrien von Germanisierungsabsichten geleitet worden wären, als sie in größerem Maßstabe Verwaltungs- und Betriebsbeamte und hochqualifizierte Spezialarbeiter aus dem inneren Deutschand nach Oberschlesien zogen. Hierfür war allein maßgebend gewesen, daß diese Einwanderer in anderen Industrierevieren als wirtschaftlicher erprobte Arbeitsmethoden nach Oberschlesien verpflanzen sollten. Die Arbeit dieser Männer, gleich, ob sie auf geistigem Gebiete oder als Handarbeiter tätig waren, hat ganz wesentlich zu dem gewaltigen Aufschwung des Landes beigetragen, der bei dem Hang der geborenen Oberschlesier, an dem Althergebrachten festzuhalten und sich der Zweckmäßigkeit neuer Arbeitsmethoden zu verschließen, im anderen Falle kaum eingetreten wäre. Tatsache ist also, daß das oberschlesische Land aus den zugewanderten Reichsbürgern reichen wirtschaftlichen Vorteil gezogen hat und daß die eingeborenen Arbeiter durchaus keinen Grund gehabt haben, jenen Einwanderern gegenüber sich einer feindlichen Gesinnung zu befleißigen und sie der Germanisierungsbestrebungen zu verdächtigen.

Konnte man diesen Männern mit ihren großjährigen Familienmitgliedern, die sich im wahrsten Sinne des Wortes in Oberschlesien eine neue Heimat, eine Heimat der Arbeit, gegründet und damit in diesem Lande Vollbürgerrecht erworben haben, die Teilnahme an der Abstimmung verweigern, ihnen das Recht entziehen, an dem politischen Schicksal des Landes, dem sie ihre Lebensarbeit bis dahin geweiht hatten und unter allen Umständen weiter zu weihen entschlossen waren, mitzuwirken? Die Verneinung dieser Frage durch den Beschluß der Interalliierten Kommission, den Zeitpunkt, von welchem ab nicht in Oberschlesien geborene Bewohner des Abstimmungsgebiets in diesem gewohnt haben müssen, um das Abstimmungsrecht zu erhalten, bis zum 1. Januar 1904 zurückzuverlegen, war

eine Rechtsbeugung, eine unerhörte Vergewaltigung der vitalsten Interessen von Tausenden treuer Landeskinder, wie sie schlimmer nicht denkbar ist. Mit allem Nachdruck wird immer und immer wieder auf dieses Unrecht hingewiesen werden müssen, wenn es gilt, die Fundamente, auf welche später die Entscheidung über die Zerreißung Oberschlesiens gegründet worden ist, auf ihre Haltbarkeit vor dem ehernen Gange der Weltgeschichte zu untersuchen und vor den Augen des Weltgewissens offenzulegen. Wiederum war die Interalliierte Kommission dem französischen Einfluß und den einseitigen und gegen besseres Wissen geschehenen Einflüsterungen von polnischer Seite erlegen. Die Verhältnisse objektiv zu prüfen, wozu die Anhörung berufener deutscher Sachverständiger unerläßlich gewesen wäre, hatten die bestellten Hüter der Rechte aller Nationen einmal wieder nicht für nötig gehalten.

Noch einige Worte zu der Behauptung, die Zurückdatierung des Termins der Abstimmungsberechtigung der nicht im Lande geborenen Oberschlesier auf den 1. Januar 1904 sei mit Rücksicht darauf nötig gewesen, daß die deutsche und die preußische Regierung zum Zwecke der Unterdrückung der polnischen Bestrebungen große Massen reichsdeutscher Beamter nach Oberschlesien geworfen habe, die, da sie in Oberschlesien eine Heimatberechtigung nicht erworben haben, von der Abstimmung ausgeschlossen werden sollten. Diese Behauptung ist eine maßlose Uebertreibung. Die Reichs- und Staatsbeamtenschaft sowie die Lehrerschaft Oberschlesiens hat stets zu über 90 % aus geborenen Landeskindern bestanden. Nur wenige höhere Beamte sind in das Land gekommen, um ihre anderweit gewonnenen Diensterfahrungen für die Verwaltung des Landes nutzbringend zu verwerten. Sie gehörten meist den technischen oder Betriebsverwaltungen des Reiches und des Staates an (Eisenbahn, Post, Bergbau, Bauverwaltung usw.), wo sich ihnen also so gut wie gar keine Gelegenheit zo politischer Betätigung geboten hat. Und glaubt man wirklich im Ernst, daß eine Handvoll von gegen das Polentum aktiv ankämpfenden deutschen Beamten imstande war, die natürliche deutsche Gegenbewegung so an sich zu reißen und zu stärken, daß der Kampf gegen die polnischen Autonomiebestrebungen und die Erfolge in diesem Kampfe wesentlich auf das Konto dieser Beamten zu setzen ist? Mit ein paar Landräten, Regierungs- und höheren Justizbeamten konnte die Regierung nicht eine deutsche Bewegung gegen die polnische Gefahr führend beeinflussen oder systematisch ausgestalten, wenn diese Bewegung nicht längst aus dem deutschfühlenden Teile der ansässigen Bevölkerung heraus entfacht und in die richtigen Bahnen gelenkt worden wäre. Warum also mußte wegen der in ihrer Wirkung bedeutungslosen Uebergriffe einiger weniger Beamter eine unverhältnismäßig größere Zahl anderer Beamter, die dem Abstimmungsgebiet dauernd ihre Berufsarbeit gewidmet und in diesem Lande eine zweite Heimat gefunden haben, vom Abstimmungsrecht ausgeschlossen werden, weil sie erst nach dem 1. Januar 1904 in das Land gezogen ist? Es fehlt für solchen Willkürakt der interalliierten Wächter über die Menschenrechte jegliche Erklärung, jeglicher Grund.

Man denke noch schließlich an das große Unrecht, das durch die Entscheidung der Interalliierten Kommission zahllosen Frauen zugefügt worden ist, die, obgleich nicht im Abstimmungsgebiet geboren, oberschlesischen Männern die Hand zum Lebensbunde gereicht haben. Welche Tragik für eine Mutter, sich ausgeschlossen zu sehen von der Mitbestimmung über das nationale Schicksal ihrer Kinder, welche durch den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse an das Land ihrer Geburt gekettet bleiben sollen, die aber selbst als Minderjährige ihre Stimme noch nicht in die Wagschale haben werfen können!

Nun da alle das Abstimmungsrecht betreffenden grundsätzlichen Fragen geregelt waren, konnten die letzten technischen Vorbereitungen zur Abstimmung selbst, über deren Termin bis Anfang Februar 1921 noch immer nichts verlautet war, zuwege gehen. Ein hochnotpeinliches Verfahren wurde vorgeschrieben, um die Legitimation derjenigen Reichsoberschlesier nachzuprüfen, die auf Grund ihrer Geburt im Abstimmungsgebiete das Abstimmungsrecht in ihrer Geburtsgemeinde in Anspruch nehmen wollten.

In jeder Gemeinde wurde ein sogenannter paritätischer Ausschuß errichtet, an welchen die Abstimmungsberechtigten aus dem Reiche ihren Zulassungsantrag unter Beifügung der vorgeschriebenen urkundlichen Nachweise zu richten hatten. Mit jedem solchen Gesuch mußten zwei im Abstimmungsgebiet wohnhafte Zeugen namhaft gemacht werden, welche auf Erfordern eidlich zu erhärten bereit sein mußten, daß sie den Antragsteller von Person kannten und daß dieser in der Gemeinde, in der er abstimmen wollte, auch wirklich geboren sei, ein Verfahren, daß bei Vorlage beglaubigter Auszüge aus den standesamtlichen Geburtsregistern und genügender Personalausweise durchaus entbehrlich war und sicherlich nur zu dem Zwecke ausgeklügelt worden ist, die Legitimation außerordentlich zu erschweren und in zahlreichen Fällen überhaupt unmöglich zu machen. Denn eine große Zahl von Stimmberechtigten wird, besonders wenn der Wegzug aus Oberschlesien Jahrzehnte zurücklag, überhaupt nicht in der Lage gewesen sein, solche Zeugen nahmhaft zu machen. Da regelmäßig diese Zeugen von den paritätischen Ausschüssen vorgeladen wurden, um die von ihnen verlangten Versicherungen mündlich abzugeben, werden ebenfalls sehr zahlreich die Fälle gewesen sein, in denen die Zeugen, soweit sie größere Entfernungen zurückzulegen hatten, aus Mangel an Zeit oder aus Scheu vor den hohen Reisekosten den Ladungen vor die paritätischen Ausschüsse keine Folge leisteten, in welchen Fällen die Legitimation als mißglückt angesehen, die Eintragung in die Liste der Abstimmungsberechtigten unterblieb und ein Ausweis für die Stimmberechtigung dem Antragsteller vorenthalten wurde.

Und überhaupt die paritätischen Ausschüsse. Sie bildeten kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Abstimmungszeit. In vielen Ortschaften mit überwiegend polnisch orientierter Bevölkerung kamen sie überhaupt nicht zustande, weil sich keine Personen fanden, die sich als deutsche Vertreter in den Ausschüssen öffentlich zur deutschen Sache zu bekennen

wagten. In zahlreichen anderen Gemeinden waren zwar die Voraussetzungen zur paritätischen Zusammensetzung der Ausschüsse erfüllt worden, der gut organisierte polnische Terror sorgte aber alsbald dafür, daß diejenigen deutschen Vertreter, welche ihr Amt gewissenhaft auszuüben gesonnen waren, durch Drohbriefe geängstigt und bewogen wurden, auf die Mitarbeit in den Ausschüssen zu verzichten. Durchaus nicht vereinzelt waren auch die Fälle, in denen die deutschen Vertreter durch offene Gewalt und Mißhandlungen an der Ausübung ihrer Aemter gehindert wurden. Daß auf die vom deutschen Plebiszitkommissariat bei der Interalliierten Kommission erhobenen Vorstellungen von dieser zum Schutze und zur Sicherstellung der Tätigkeit der deutschen Mitglieder in den paritätischen Ausschüssen nichts geschah, war bei dem Deutschenhaß des allgebietenden Generals Le Rond selbstverständlich und von den Deutschen nicht mehr anders erwartet worden. Das Sündenregister des interalliierten Ausschusses, das getreulich zu führen diese Schrift sich zur Aufgabe gemacht hat, ist aber durch diese unerhörte Gewissenslosigkeit der Hüterin von Gesetz und Ordnung um ein gewichtiges Blatt vermehrt worden.

Einen gewaltigen Schaden aber haben die deutschen Abstimmungsinteressen durch das eben gegeißelte System erlitten. In den zahlreichen Gemeinden, in denen in den paritätischen Ausschüssen die deutschen Mitglieder entweder ganz ausgeschaltet oder aus Gründen ihrer persönlichen Sicherheit zur Untätigkeit verurteilt waren, wurden natürlich nur polnische Geschäfte besorgt. Wo sich die geringste Handhabe bot, die Antragsteller wegen irgendeines Mangels der vorgelegten Unterlagen zurückzuweisen, geschah dies. Viele Fälle sind auch bekannt geworden, in denen fanatische polnische Mitglieder der paritätischen Ausschüsse die aus dem Reiche eingegangenen Anträge um Zulassung zur Abstimmung einfach verschwinden ließen, so daß die Antragsteller nie etwas über das Schicksal ihrer Anträge erfuhren und infolgedessen auch von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen blieben.

Des öfteren ist in dieser Abhandlung schon darauf hingewiesen worden, daß in der Interalliierten Kommission der Einfluß Le Ronds ein überragender war, demgegenüber die Engländer sich in der Regel nicht durchsetzen konnten. Die laufenden Berichte des englischen Oberkommissars und der englischen Kreiskontrolleure mochten in London keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß diese Englands unwürdige Stellung im interalliierten Ausschuß im wesentlichen auf den Mangel englischer Besatzungstruppen im Abstimmungsgebiete zurückzuführen war. Man hatte in englischen Regierungskreisen wohl nun auch klar erkannt, wohin die Reise zu gehen drohte, wenn man die Ueberwachung und Sicherung der Abstimmung allein den französischen Militärgewalthabern überließ. So entschloß man sich in London noch in letzter Stunde, einen stattlichen englischen Truppenkörper nach Oberschlesien zu entsenden, der an der militärischen Besetzung des Landes teilnehmen sollte.

Das Eintreffen der englischen Tommies in ihren schmucken Khaki-uniformen und berockter Schotten mit ihrem stattlichen Troß an Lastwagen und Pferden, deren Erhaltungszustand sich sehr vorteilhaft von der verlotterten „bagage" der Franzosen abhob, wurde in deutschen Kreisen mit unverhohlener Freude begrüßt. Sah man doch mit Recht darin ein äußeres Zeichen dafür, daß das mächtige England gewillt war, dem Intrigenspiel Frankreichs zugunsten Polens entgegenzutreten und auf „fair play" bei der Durchführung der Abstimmung zu dringen. Besonders in den nördlichen Kreisen Tarnowitz, Lublinitz, Rosenberg und Kreuzburg, die von den Engländern besetzt und gleichzeitig von den Franzosen vollständig geräumt wurden, zog mit den stammverwandten ehemaligen Kriegsfeinden eine zuversichtliche Stimmung unter den Deutschen ein, während im polnischen Lager eine gewisse Niedergeschlagenheit Platz griff. Man traute hier den englischen Fremdlingen, deren Unparteilichkeit man bis zu einem gewissen Grade schon aus dem Verhalten der englischen Kreiskontrolleure kennengelernt hatte, nicht recht, und die von den englischen Militärgewaltigen beliebte Schaustellung der mitgebrachten Kriegsmittel, Tanks und Panzerzüge eingeschlossen, bewirkte denn doch eine erhebliche Eindämmung der bereits wiedererwachten Gelüste zu neuen Putschen, mit denen man die drohende Abstimmung zu sabotieren trachtete. Die Engländer brachen auch mit dem System, die Besatzungstruppen nur in den deutschen Städten zu belassen, sondern legten militärische Abteilungen auch in die größeren Landorte, durch welche Maßnahme dem bis dahin geübten polnischen Terror erhebliche Hindernisse in den Weg gelegt wurden.

Da plötzlich in den letzten Tagen des Februar 1921 geschah es, was im deutschen und polnischen Lager schon seit Monaten erwartet wurde und nun dennoch die Welt überraschte, die offizielle Bekanntmachung der Interalliierten Kommission, daß die Abstimmung auf Sonntag, den 20. März 1921 festgesetzt worden sei. War es nicht wiederum eines der sattsam bekannten Ränkespiele des Generals Le Rond, den Abstimmungstermin vom Tage der Bekanntgabe an so kurzfristig — 3 Wochen — festzusetzen? Hoffte er, der deutschen Sache dadurch einen Schlag zu versetzen, daß er den Verbänden heimattreuer Oberschlesier im Reiche keine ausreichende Zeit lassen wollte, die zur rechtzeitigen Heranschaffung der Abstimmungsberechtigten vorbereiteten Maßnahmen durchzuführen? Er hatte sich schwer getäuscht hinsichtlich der Leistungen, deren deutsche Tat- und Organisationskraft fähig ist, wenn das Schicksal eines Teils der deutschen Heimaterde auf dem Spiele steht. Erst jetzt konnte ermessen werden, wieviel aufopfernde Kleinarbeit in den Verbänden geleistet worden war, um jenen großen Mobilmachungsplan erstehen zu lassen, für den die Zeit der Ausführung nunmehr ganz plötzlich herangekommen war.

Um es gleich vorwegzunehmen, es klappte alles vorzüglich, klappte genau so gut, wie es zur Mobilmachung zum großen Kriege Anfang August

1914 geklappt hatte. Bis ins kleinste waren die Zug- und Fahrpläne für die zu bewerkstelligenden Massentransporte nach Oberschlesien von der Eisenbahnverwaltung und die Verteilung der Fahrgäste auf die Züge und ihre Verpflegung während der Reise von den heimattreuen Verbänden vorbereitet worden. Nun war nur noch nötig, jedem Abstimmungsberechtigten Tag und Stunde seiner Abreise mitzuteilen und die längst vorbereiteten Einreisepapiere zuzustellen.

Staunend sahen die Oberschlesier auf den Bahnhöfen die Anschläge über die Fahrpläne der mit den Abstimmlern zu erwartenden Sonderzüge, die in den Tagen vom 10. bis 19. März zu vielen Hunderten aus allen Teilen des Reichs, selbst aus den Rheinlanden und dem fernen Bayerland, eintreffen sollten. Eine Festesstimmung, trotz des großen Ernstes der Zeit, griff in den Städten um sich. In großzügiger Weise wurde die Unterbringung der Abstimmungsgäste, wie man sie in der herzlichsten Bereitschaft, ihnen Gastfreundschaft zu gewähren, nunmehr nannte, organisiert. Da gab es keinen deutschen Haushalt, der es sich nicht auch unter schwierigen Verhältnissen ermöglichte, einem Abstimmungsgaste in seinen Wänden ein behagliches Unterkommen zu gewähren. Die allgemeine Begeisterung und freudige Erwartung stiegen aufs höchste, als die oberschlesischen Zeitungen auf Grund erhaltener Drahtnachrichten die Abfahrt der ersten Abstimmungszüge von den fernsten Ausgangsstationen melden konnten. Da hatten hohe Reichs- und Staatswürdenträger, so in Berlin der Reichspräsident, es sich nicht nehmen lassen, die Abstimmungsfahrer auf den Ausgangsstationen zu begrüßen und sie nochmals auf die Wichtigkeit ihrer Mission hinzuweisen. Nun rollten die mit Girlanden geschmückten Abstimmungszüge auf zahlreichen Schienenwegen der oberschlesischen Heimat zu, durch ebenso reichgeschmückte Bahnhöfe hindurch, wo Musikkapellen und Gesangvereine durch vaterländische Weisen und Lieder im Verein mit bester, von den örtlichen heimattreuen Verbänden gewährter Verpflegung die Durchreisenden bei bester Stimmung zu erhalten wußten.

Manch' Herz im oberschlesischen Abstimmungslande schlug den erwarteten Verwandten und Freunden nicht ohne Bangigkeit entgegen. Würden die Züge glücklich hereinkommen oder würde polnischer Fanatismus ihnen Hindernisse in den Weg legen oder gar vor Attentaten auf die fahrenden Züge nicht zurückschrecken? Nun, die Besorgnis erwies sich als unbegründet, die Züge trafen ausnahmslos ohne ernstere Gefährdung auf ihren Zielstationen ein.

Französische Mißgunst und Niederträchtigkeit hatten freilich auf Mittel gesonnen, um die Begeisterung und Freude der Kommenden und Empfangenden herabzustimmen. So war die Bestimmung ergangen, daß die Eisenbahnzüge mit den Abstimmungsgästen beim Passieren der Grenze des Abstimmungsgebiets ihren Girlandenschmuck abzunehmen hatten. Nachdrücklichst sollte damit den Abstimmlern vor Augen geführt werden, daß die Interalliierte Kommission innerhalb ihres Machtbereichs jeglichen Ausfluß nationaler Begeisterung bei den Deutschgesinnten zu unterdrücken

gesonnen war und daß sie die ganze Volksabstimmung nur vom rein geschäftlichen Standpunkt der Abwicklung einer Bestimmung des Friedensvertrages anzusehen wünschte.

Weit mehr nach absichtlicher Schikanierung des Deutschtums sah die fernere Anordnung aus, daß die Bahnhöfe der Städte beim Einlaufen der Sonderzüge militärisch abgesperrt wurden, um jede Art von offizieller Begrüßung der Abstimmungsgäste zu unterbinden. Während diese Anordnung im örtlichen Bereich der *englischen* Besatzung nicht zur Durchführung gelangte, gingen die den Bahnhofsdienst versehenden *französischen* Soldaten sogar so weit, die zum Tragen des Gepäckes der Ankömmlinge zur Verfügung gestellten deutschen Gymnasiasten von den Bahnsteigen zu jagen.

Nun, alle von interalliierter Seite kommenden Erschwernisse des Empfanges der Abstimmungsgäste konnten diese nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Empfang durch die deutschen Landsleute dennoch ein außerordentlich herzlicher war. Unvergeßlich werden den deutschen Oberschlesiern die Eindrücke bleiben, die sie beim Ankommen der ersten Abstimmungszüge gewonnen und empfunden haben. Mit Tränen innerer Rührung in den Augen standen sie da, Männer und Frauen aller Bevölkerungsschichten, überall da, wo sich ein Ausblick auf die fahrenden Züge bot, den stummen und doch so wirkungsvollen Gruß des Tücherschwenkens übend, welche Begrüßungsform aus den dichtbesetzten Zugfenstern warm und ständig erwidert wurde. Wessen die Treue gegen und die Liebe zur Heimat in der Stunde ernstester Gefahr fähig ist, wer Augen hatte zu sehen, konnte es in diesen Tagen gewahr werden, wenn er die Scharen der ankommenden Abstimmungsgäste musterte. Da hatten Greise und Greisinnen, die die oberschlesische Heimat seit 60 und mehr Jahren nicht mehr gesehen, die weite und anstrengende Reise nicht gescheut, ungezählte Mütter mit Säuglingen und Frauen, die der Mutterschaft gerade in den Abstimmungstagen entgegensahen, hatten sich, ebenso wie viele schwere Kranke und Leidende, dem in großzügiger Weise in den Sonderzügen organisierten Hilfsdienst des Roten Kreuzes anvertraut, um im entscheidenden Augenblick die Stimme für die Erhaltung der teuren Heimat beim geliebten deutschen Vaterlande in die Wagschale werfen zu können. Das Höchste an Heimattreue boten auch diejenigen Landeskinder auf, die sogar aus überseeischen Ländern rechtzeitig zugereist waren, um in der Schicksalsstunde der Heimat zur Stelle zu sein.

Herrliches Frühlingswetter herrschte an jenen der Abstimmung vorangehenden Märztagen und trug wesentlich dazu bei, die zuversichtliche Stimmung zu befestigen und zu erhalten.

Besondere Maßnahmen waren von den Unterausschüssen des deutschen Plebiszitkommissariats zum Schutze derjenigen Reichsheimattreuen getroffen worden, die in den Industriegemeinden und ländlichen Ortschaften abzustimmen hatten. Man hatte sie ausnahmslos in den Städten untergebracht, in der Sorge, daß ihre persönliche Sicherheit in den vom polnischen Terror beherrschten Orten stark gefährdet sei. Diese Sorge schien durch-

aus begründet, denn die Hetze gegen die Emigranten, die in so stattlicher Zahl zur Abstimmung erschienen waren, daß in den Städten das Straßenbild von ihnen beherrscht wurde, nahm kurz vor der Abstimmung mit jedem Tage in ganz bedenklicher Weise zu. Junge Burschen fielen über in den Eisenbahnzügen des gewöhnlichen Verkehrs sitzende Einzelreisende her und mißhandelten sie, nachdem sie sie als „Heimattreue" festgestellt hatten. Das fremde Militär tat wiederum nichts zum Schutze der allgemeinen Sicherheit; befremdlicherweise hatten auch die Engländer ihre Abteilungen aus den ländlichen Ortschaften zurückgezogen.

Der Abstimmungstag selbst kam heran. Bis zum letzten Tage hatte man geglaubt, daß die Interalliierte Kommission sich auf ihre Pflicht besinnen und Maßnahmen zu einem wirksamen Schutze der Abstimmler gegen den polnischen Terror treffen würde. Es hätte dies in der Weise geschehen können, daß die fremden Abstimmler in Sammeltransporten unter militärischer Bedeckung von den Städten nach den Abstimmungsorten gebracht wurden. Ferner wäre zum Schutze der eingeschüchterten Deutschen in den vom polnischen Terror beherrschten Ortschaften es unbedingt notwendig gewesen, jedes Abstimmungslokal militärisch sichern zu lassen, wozu 2—3 bewaffnete Soldaten durchaus genügt hätten. Wäre solche Maßnahme zur Wahrung der Parität auch in den Städten durchgeführt worden, hätten die noch kurz vor der Abstimmungszeit noch bedeutend verstärkten Besatzungstruppen auch ausgereicht. Mit der technischen Undurchführbarkeit ließ sich also das Unterbleiben eines solchen Sicherungssystems nicht entschuldigen, wie es nachträglich versucht worden ist.

Es geschah also nichts zu dem dringend notwendigen Schutze der Reichsabstimmler und deutschen Minoritäten in den unter polnischem Einfluß stehenden Ortschaften, eine Pflichtlosigkeit der Interalliierten Kommission, die an dieser Stelle genügend festgenagelt werden möge. Was war die Folge dieser Unterlassung? Ein Teil der deutschen Abstimmungsgäste, besonders Frauen, die erst nach ihrer Ankunft im Abstimmungsgebiete von der ihnen drohenden Gefahr unterrichtet worden waren, verzichtete aus Sorge um die persönliche Sicherheit auf die Ausübung des Abstimmungsrechts in ihren Heimatorten und verblieb am Abstimmungstage in den Städten.

Was nach allem Vorangegangenen kaum erwartet werden konnte, geschah, der Abstimmungstag verlief äußerlich ruhig. Irgendwelche ernsten Ausschreitungen gegen Deutschgesinnte sind nicht bekannt geworden. Nur Versuche der Stimmbeeinflussung wurden zahlreich unternommen.

Stolz sprach die Interalliierte Kommission nach der Abstimmung der gesamten Bevölkerung für ihr besonnenes Verhalten am Abstimmungstage ihre Anerkennung aus. Sie versäumte nicht, dabei durchblicken zu lassen, daß sie die äußerlich würdige Durchführung der Abstimmung als die Frucht ihrer Volkserziehung und segensreichen Regierung ansah. Ob wohl jemand beim Lesen dieser Proklamation im polnischen Plebiszitkommissariat

gelacht hat? Wenn die durch und durch verhetzte polnische Anhängerschaft sich am Abstimmungstage wirklich jeder Gewalttätigkeit enthalten hat, so läßt sich dies nur auf Grund einer festen und energischen Parole erklären, die Korfanty im rechten Augenblick, wahrscheinlich auch auf die von Le Rond erlassene Weisung, gegeben haben wird. Vor den Augen der Welt, die an diesem Tage auf das oberschlesische Abstimmungsgebiet gerichtet waren, mußte unter allen Umständen der Schein des Rechts gewahrt bleiben. Die Gerechtigkeit der polnischen Sache durfte keinen Flecken erleiden. Den Deutschen durfte man keine Angriffspunkte für eine Anfechtung der Abstimmung an die Hand geben. Man hatte ja auf andere Weise erreicht, was man gewollt, die Einschüchterung der deutschen Abstimmler auf der ganzen Linie und damit die erstrebte Verschiebung des Abstimmungsergebnisses zugunsten Polens.

In den ersten Tagen nach dem Abstimmungstage konnte noch kein halbwegs klares Bild von dem Gesamtergebnis der Abstimmung gewonnen werden, da immer nur Teilresultate bekannt wurden und die Veröffentlichung des amtlichen Ergebnisses noch ausstand.

Am Morgen nach der Abstimmung tauchten allenthalben Gerüchte auf, daß die Polen an den Emigranten für die Beeinflussung der Abstimmung zu Deutschlands Gunsten Rache üben und zu diesem Zweck in die deutschen Städte eindringen wollten. Die Gerüchte veranlaßten einen großen Teil der geängstigten Abstimmungsgäste zu überstürzter Abreise, wodurch der für zehn Tage festgelegte Abbeförderungsplan der Eisenbahnverwaltung erheblich gestört und in Unordnung gebracht wurde.

Die Gerüchte entbehrten nicht der Unterlagen. Die mühsam unterdrückten polnischen Volksleidenschaften regten sich aufs neue, als nach und nach bekannt wurde, daß auch in denjenigen Ortschaften, welche die Polen als ihren sicheren Besitz angesprochen hatten, ein größerer Teil deutsche Stimmen abgegeben worden waren. Man wollte an den Verrätern der polnischen Sache, als welche zunächst die Arbeiter mit deutsch klingenden Namen verdächtig waren, Rache üben. Zu vielen Tausenden strömten die sich bedroht Fühlenden, soweit möglich unter Mitnahme ihrer beweglichen Habe, in den Städten zusammen, wo ihnen Notquartiere in den Schulen zugewiesen wurden. Das Stimmungsbarometer stand also wieder einmal auf Sturm, und dies wenige Tage nach dem Abstimmungstermin, welcher nach dem Willen der Interalliierten Kommission dem von ihr regierten Lande nach einer Periode der Beruhigung und des Ausgleichs der politischen Gegensätze den endgültigen Frieden hatte bringen sollen.

Nachstehend eine Zusammenstellung der Abstimmungsergebnisse nach den amtlichen Feststellungen:

Lfd. Nr.	Kreis	Stimmberechtigte	Abgegebene Stimmen für Deutschland	Polen
1	Beuthen Stadt und Land	152 553	73 531	73 055
2	Cosel	49 310	36 356	12 221
3	Gleiwitz Stadt und Tost-Gleiwitz	88 885	53 077	35 510
4	Groß-Strehlitz	46 437	22 390	23 023
5	Hindenburg	88 605	45 222	43 282
6	Kattowitz Stadt und Land	150 631	75 617	69 964
7	Königshütte Stadt	44 052	31 848	10 764
8	Kreuzburg einschl. Namslau	46 177	43 346	1 779
9	Leobschütz	66 000	65 128	256
10	Lublinitz	29 818	15 478	13 675
11	Neustadt O.-S. (Oberglogau)	38 190	32 722	4 476
12	Oppeln Stadt und Land	105 553	77 031	25 827
13	Pleß	72 256	18 670	53 372
14	Ratibor Stadt und Land	71 063	48 277	20 630
15	Rosenberg	35 976	23 861	11 147
16	Rybnik	82 045	27 924	52 332
17	Tarnowitz	45 613	17 076	27 507
	Summe	1 213 164	707 554	478 820

Von den insgesamt abgegebenen Stimmen galten 59,64 % dem Verbleiben bei Deutschland und 40,36 % dem Anfall an Polen. Das Gesamtabstimmungsergebnis stellt sich also als *ein glänzender deutscher Sieg* dar, indem die Zahl der deutschen Stimmen diejenige der polnischen Stimmen um 228 734 oder beinahe $^1/_5$ der insgesamt abgegebenen Stimmen übertrifft. Das Stimmenverhältnis ist demnach annähernd 3 (Deutschland) zu 2 (Polen). Konnte angesichts dieses Ergebnisses die Entscheidung des ehemaligen Feindbundes nach der Weltgerechtigkeit und dem durch den Versailler Vertrag feierlichst festgelegten Selbstbestimmungsrecht der Völker zweifelhaft sein?

Von den 17 Kreisen, für welche eine getrennte Ermittelung des Abstimmungsergebnisses stattfand, haben nur drei (Pleß, Rybnik und Tarnowitz) eine absolute polnische Mehrheit erzielt. In drei Kreisen (Beuthen Stadt und Land, Groß-Strehlitz und Hindenburg) ist das Stimmenverhältnis annähernd wie 1 : 1, in den Kreisen Kattowitz Stadt und Land und Lublinitz bleibt die Zahl der polnischen Stimmen hinter der der deutschen nur verhältnismäßig unbedeutend zurück, während in den übrigen neun Kreisen der deutsche Abstimmungssieg ein überwältigender ist.

Schon in der Einteilung der amtlich festgestellten Abstimmungsergebnisse nach der offiziellen Bekanntgabe durch die Interalliierte Kommission kann man deren Absicht der Verschleierung des Ergebnisses zu Polens Gunsten erkennen. Bekanntlich bilden die großen Städte Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz besondere Stadtkreise und hatten daher Anspruch auf gesonderte Veröffentlichung ihrer Abstimmungsergebnisse. Die für Deutschland (Polen) abgegebenen Stimmen betrugen in Beuthen 29 877 (10 090), in Gleiwitz 33 022 (8558) und Kattowitz 22 774 (3800). Warum verschwieg die Interalliierte Kommission in ihrer amtlichen Veröffent-

lichung diese doch zweifellos besonders interessierenden Abstimmungsergebnisse der Wirtschafts- und Kulturzentren des ganzen Abstimmungsgebiets? Etwa weil die Zahlen einen glänzenden Sieg des Deutschtums in diesen wichtigsten Städten Oberschlesiens nachweisen und diese Feststellung dem General Le Rond nicht in den Kram paßte?

Es folgen noch einige andere Abstimmungs-Teilergebnisse von wichtigeren Orten, die später an Polen gefallen sind:

Ortschaft	Stimmen für Deutschland	Stimmen für Polen
Stadt Lublinitz	2583	352
Stadt Tarnowitz	7558	1352
Landgemeinde Laurahütte	6161	3081
Landgemeinde Siemianowitz . . .	5442	4233
Landgemeinde Bismarckhütte . . .	8347	4654
Landgemeinde Zalenze	4705	3869
Stadt Myslowitz	5826	4563
Stadt Nicolai	3051	2434
Stadt Pleß	2843	910
Stadt Sohrau	2353	1036
Stadt Rybnik	4714	1945
Stadt Loslau	1665	662

Diese Abstimmungsergebnisse der wichtigsten, polnisch gewordenen Ortschaften werden auch ohne Kommentar das durch die spätere Genfer Entscheidung an dem oberschlesischen Deutschtum verübte schreiende Unrecht und die ungeheure Vergewaltigung der deutschen Bewohner Oberschlesiens in das rechte Licht setzen.

In den auf den Abstimmungstag folgenden Wochen stand natürlich die Frage, wie der Oberste Rat in Paris auf Grund der von der Interalliierten Kommission in Oppeln zu machenden Vorschläge die Abstimmungsergebnisse werten und demgemäß die Entscheidung treffen werde, im Vordergrund des Interesses. Die Korfantypresse bemühte sich krampfhaft, ihre Enttäuschung über das schlechte Abschneiden der Polen bei der Abstimmung zu verbergen und die Ergebnisse zugunsten Polens zu verwerten. Sie schied die westlichsten und nördlichsten Kreise, deren Einbeziehung in den Abstimmungsbezirk die polnische Ländergier unter der Behauptung, auch diese Kreise seien überwiegend polnisch, seinerzeit durchgesetzt hatte, nach der vernichtenden Niederlage, die die Polen dort erlitten hatten, nunmehr aus und doktorte so lange in Abstimmungsgeographie herum, bis eine Linie gefunden war, östlich welcher nach ihrer Behauptung eine absolute polnische Stimmenmajorität nachweisbar war. Diese Linie, die später mit Korfantylinie bezeichnet wurde und die den ganzen Kreis Lublinitz und den größten Teil des Kreises Groß-Strehlitz umfaßte, in der Gegend von Krappitz die Oder gewann und an diesem

Flusse entlang bis zur Landesgrenze bei Annaberg verlief, forderte sie von der Interalliierten Kommission als künftige Landesgrenze.

Als in deutscher Gegenrechnung der Nachweis geführt worden war, daß die Rechnung Korfantys falsch und in dem beanspruchten Gebiet die behauptete polnische Mehrheit tatsächlich nicht vorhanden war, verstieg man sich auf polnischer Seite zu der Behauptung, daß östlich der Korfantylinie die Mehrzahl der Gemeinden eine polnische Mehrheit bei der Abstimmung erzielt hätten und auf Grund dieser Tatsache der Anspruch auf die Zuteilung gerechtfertigt sei. Auch diese Behauptung wurde später durch die deutschen Gegenermittlungen Lügen gestraft.

Auf deutscher Seite hegte man hinsichtlich einer Abtretung an Polen nur Befürchtungen für die Kreise Rybnik und Pleß, allenfalls auch noch für den Kreis Tarnowitz, weil dieser Kreis bei der Abstimmung auch noch eine polnische Stimmenmehrheit ergeben hatte. Wenn man sich aber den engen wirtschaftlichen Zusammenhang dieses Kreises mit dem Zentralindustriegebiet, wie er in Sonderheit durch die Lieferung von Trinkwasser, Eisenerzen und Verhüttungszuschlägen und die Verhältnisse des Eisenbahnverkehrs bedingt war, vergegenwärtigte, glaubte man, um diesen Kreis sich keiner Sorge mehr hingeben zu brauchen.

Man hatte erwartet, daß die Interalliierte Kommission und besonders die Franzosen nach der Abstimmung die im abstimmungspolitischen Interesse bisher unterlassenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der immer und immer wieder gestörten Ruhe und Ordnung nunmehr treffen und insbesondere die zahlreichen Verbrechen, unter deren Nachwirkung die Bevölkerung noch immer in großer Aufregung war, sühnen werde. Es hätte der Kommission gut angestanden, wenn sie wenigstens zuguterletzt noch kurz vor Einstellung ihrer Regierungstätigkeit in dieser Beziehung guten Willen gezeigt und sich bemüht hätte, das Land den Nachfolgestaaten in einem Zustande gefestigter Ordnung und Sicherheit zu übergeben. Nichts von dem Erwarteten geschah. Kein Wunder, daß das Verbrechertum, eingewiegt in Sicherheit vor energischen Nachstellungen, nach wie vor frei schaltete und die Bewohnerschaft des Abstimmungsgebiets in Angst und Schrecken versetzte. Bezeichnend für die Verhältnisse war, daß die Mörder eines Bergwerksdirektors im Rybniker Grubenbezirk sich in ihren Heimatorten ungehindert frei bewegen und sich der Schurkentat noch rühmen konnten.

Begreifliche Erregung setzte in den von englischen Truppen besetzten Kreisen ein, als diese plötzlich Ende April Anstalten trafen, das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Es verlautete, daß die Truppen zur Niederhaltung der Aufstandsbewegung in Irland notwendig und sofort gebraucht würden. Mit schwerer Sorge sahen die gequälten Bewohner des in Frage

kommenden Bezirks die Engländer scheiden, die sich durch ihr unparteiisches und den polnischen Umtrieben gegenüber standhaftes Verhalten durchaus die Sympathien der deutschen Bevölkerung erworben hatten. Die Wiederbesetzung der geräumten Kreise durch die offen deutschfeindlichen französischen Truppen ließ für die Zukunft nichts Gutes ahnen.

Nur zu bald sollten die Tatsachen den Befürchtungen Recht geben. Am 1. Mai 1921 ließ Korfanty durch die ihm ergebene Presse verbreiten, daß die Entscheidung des Obersten Rates in Paris über das Schicksal Oberschlesiens unmittelbar bevorstehe und daß diese Entscheidung dahin laute, daß nur die Kreise Rybnik und Pleß an Polen abgetreten und daß das gesamte übrige Abstimmungsgebiet an Deutschland zurückgegeben werden solle. Er kommentierte die große Ungerechtigkeit dieser Entscheidung gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Polen und führte die Entscheidung auf deutsche Umtriebe und auf den von den Deutschen bei der Abstimmung verübten Verrat zurück. Er vermied aber in den aufrufartig gehaltenen Artikeln geflissentlich, die polnische Bevölkerung dahin zu beeinflussen, daß sie die Entscheidung nicht ruhig hinnehmen solle, oder sie gar zu einem Widerstand gegen dieselbe aufzuhetzen.

Diese letztere Unterlassung mußte auffallen und gerade aus ihr schöpften Kenner der verkappten Arbeitsmethoden und Hintertürpolitik des großen polnischen Volksbeglückers den Verdacht, daß schwerwiegende Ereignisse unmittelbar bevorständen. In der Tat stellte es sich bald danach heraus, daß die ganze Nachricht von A bis Z erfunden und von Korfanty nur zu dem Zweck in die Welt gesetzt worden war, den Unterführern das Signal zum Ausbruch des sorgsamst vorbereiteten und ebenso geheim gehaltenen dritten polnischen Aufstandes zu geben. Es sollte auf diese Weise die Welt nochmals dahin getäuscht werden, daß der Aufstand, der dieses Mal unter allen Umständen zur Besitzergreifung des Abstimmungsgebiets mindestens bis zur Korfantylinie für Polen führen und den Obersten Rat in Paris vor eine vollendete Tatsache nach dem Posener Muster stellen sollte, als ein Akt der Verzweiflung aus der geknechteten polnischen Bevölkerung heraus geboren worden sei.

Noch glaubte man in den Städten bis zum Abend des 2. Mai nicht an eine Berechtigung der herumschwirrenden Gerüchte von einer neuen polnischen Aufstandsbewegung. Da wurden nachts zwischen 12 und 1 Uhr die Bürger durch wilde Schießerei auf den Straßen aus dem Schlafe geschreckt. Bewaffnete polnische Banden, die sich in den umliegenden Dörfern nach dem Korfantyschen Mobilmachungsplan gebildet hatten, waren in großer Stärke in alle Städte eingefallen und suchten durch anhaltendes, sinnloses Abfeuern ihrer Schußwaffen der Bürgerschaft klar zu machen, daß die Stadt dieses Mal durch Gewaltstreich in polnische Hand gefallen und jeder bewaffnete Widerstand von deutscher Seite zwecklos sei. Die im wahrsten Sinne des Wortes überrumpelten Deutschen wären

auch, selbst wenn sie im Besitz von Waffen gewesen wären, zu solchem Widerstande gar nicht in der Lage gewesen, da jede nicht als Insurgent gekennzeichnete Person, welche die Straße zu betreten gewagt hätte, auf der Stelle über den Haufen geschossen worden wäre.

Pflichtschuldigst trat die französische Besatzung auf den Plan. Das Eingreifen der bewaffneten Macht geschah aber nicht, wie es der Unbefangene als einzig richtig empfunden hätte, durch Anwendung von Waffengewalt gegenüber Aufständischen, die sich trotz des bestehenden strengen Waffenverbots der Besatzungsmacht vermessen hatten, des Nachts in friedliche Städte einzudringen und daselbst unter völliger Mißachtung des Lebens und der Gesundheit der Bürger ein Höllenkonzert durch fortgesetztes Abfeuern Hunderter von Schußwaffen zu verüben. Nein, man umzingelte vorsichtig die Insurgenten und veranlaßte sie durch Verhandlungen mit ihren Anführern zum Abrücken aus den Städten, wobei man ihnen aber die widerrechtlich mitgeführten Waffen ausdrücklich beließ oder, soweit eine Entwaffnung vorgenommen worden war, wieder aushändigte. Drängt sich nicht nach allen Hinterhältigkeiten, deren die französische Besatzungsmacht bislang schon überführt worden war, von selbst der Verdacht auf, daß alles ein abgekartetes Spiel gewesen ist, eine Theaterkomödie, inszeniert zu dem Zwecke, nach außen den Eindruck zu erwecken, die Besatzungstruppen hätten ihre Pflicht getan? Vielfach sind Beobachtungen gemacht worden, daß französische Offiziere sich in der Nacht vom 2. zum 3. Mai nicht zur Nachtruhe begeben, daß sie beim Einzug der Insurgenten vom offenen Fenster aus mit deren Führern militärische Grüße ausgetauscht hatten, untrügliche Zeichen dafür, daß die Kommandostellen der französischen Besatzung in die polnischen Pläne eingeweiht worden waren und sie gebilligt hatten.

Als der Morgen nach der Schreckensnacht ergraute, sahen sich die Städter allenthalben von der Außenwelt abgesperrt. Verdächtige, im Orte unbekannte Gestalten wimmelten zahlreich auf den Straßen herum, die reiche Spuren von der nächtlichen Beschießung aufwiesen. Die Eisenbahn hatte ihren Gesamtverkehr eingestellt, teils weil die Fahrbeamten sich weigerten, den Dienst wegen der großen Unsicherheit im Lande anzutreten, zumal in der Aufstandsnacht verschiedentlich Eisenbahnbeamte im Dienst erschossen worden waren, teils weil die Unterwegs-Stationen von den Insurgenten besetzt worden waren und den Melde- und Signaldienst eingestellt hatten. Mit der Eisenbahn hatte auch die Post ihren Dienst eingestellt und die hinzutretende Zerstörung der Telephon- und Telegraphenverbindungen bewirkte, daß die Abschneidung und Isolierung der Städte von der Außenwelt eine vollkommene wurde.

Eine Fülle von Schreckensnachrichten erreichte die Städte. Eine Reihe von Morden an prominenten Persönlichkeiten war wiederum verübt worden. In großen Massen waren die Beamten und deutschgesinnten Arbeiter von den Gruben und Hütten in die Städte geflüchtet, wo ihre Unterbringung größte Schwierigkeiten verursachte. In den meisten Betrieben war Streik ausgebrochen; politischer Streik zur Unterstützung des Aufstands sagten

die einen, Proteststreik gegen die polnische Vergewaltigung sagten die anderen. Zahlreiche Arbeiter, die nicht in der Nachbarschaft der Arbeitsstätten ansässig waren, hatten sich, noch rechtzeitig gewarnt, am Tage vor dem Ausbruch des Aufstands in ihre Heimatorte begeben, von wo sie wegen der großen Unsicherheit im Lande nicht zurückzukehren wagten. So stellte sich als erste Folge des polnischen Putsches eine fast völlige Lahmlegung der Produktion ein, aus welcher das Land seine Lebenskräfte zog.

Die Einstellung des Eisenbahnverkehrs bewirkte sehr bald die Unterbindung der weiteren Zufuhr von Lebensmitteln, auf die der Industriebezirk bei der Dichte seiner Bevölkerung in hohem Maße angewiesen war. Die Folge waren Angstkäufe der noch vorhandenen Lebensmittel, welche die einsetzende Lebensmittelnot rasch verschärften und verstärkten. Die Not in den Städten wuchs auch sichtlich dadurch, daß die polnisch gesinnte Bevölkerung zwar ungehindert weiter Einkäufe an Lebensmitteln in den Städten machen konnte, andererseits es aber unterließ, auf dem Lande produzierte Lebensmitel, wie bisher, in den Städten zum Verkauf zu bringen.

Der freie Verkehr über Land zu Wagen und zu Fuß wurde von der polnischen Aufstandsleitung in schärfste Kontrolle genommen. Die militärischen Kommandanten — das kleinste Nest hatte einen solchen erhalten — stellten den Bewohnern ihres Bezirks, soweit sie zur Ausübung ihres Berufes oder aus sonstigem triftigen Grunde die Ortschaft verlassen mußten, einen polnischen Ausweis — przepustka — aus, mit welchem sie sich beim Verkehr über Land zu legitimieren hatten. Ein- und Ausgänge aller Ortschaften waren durch mit Gewehren bewaffnete Insurgenten besetzt, welche die Prüfung der Ausweise vornahmen. Personen ohne vorschriftsmäßige Ausweise wurden verhaftet und dem Ortskommandanten vorgeführt.

In den Städten waren in der ersten Zeit des Aufstands Stellen, die zur Ausstellung der Ausweise befugt waren, nicht vorhanden. Die Folge war eine fast vollständige Lahmlegung des Berufsverkehrs von Stadt zu Land. Erst als die polnische Aufstandsleitung die schädliche Wirkung des Ausschlusses Tausender von der Ausübung ihrer Berufsarbeit auf die Produktion einsah, wurden auch in den Städten Dienststellen zur Austertigung der Ausweise eingerichtet. Die Prüfung des Bedürfnisses wurde in jedem Einzelfalle von einer mehrgliedrigen Kommission vorgenommen. Die Ausfertigungsstellen arbeiteten infolgedessen außerordentlich langsam und Hunderte von Interessenten, denen die Wiederaufnahme ihrer Berufstätigkeit auf den Nägeln brannte, mußten nach vielstündigem Warten unverrichteter Sache umkehren, wenn mittlerweile die Stunde des Dienstschlusses für die „Commission“ gekommen war. Daß im übrigen Personen, die auf irgendwelche Weise ihr Deutschtum öffentlich bekannt hatten oder den Auswüchsen des Polentums entgegengetreten waren, keine Ausweise erhielten und ihnen dadurch größter persönlicher Schaden zugefügt wurde, sei nur beiläufig erwähnt.

Inzwischen trat der Gesamtplan des neu entfesselten dritten polnischen Aufstands immer deutlicher hervor. Man hatte dieses Mal gewaltig hinter den Kulissen, d. h. der kongreßpolnischen Grenze vorgearbeitet, und es ist wirklich erstaunlich, daß so wenig von den Aufstandsvorbereitungen in die oberschlesische Oeffentlichkeit gedrungen ist. Man hatte dieses Mal richtige Insurgentenheere ausgerüstet. Die Bewaffnung war im Vergleich mit den beiden vorangegangenen Aufständen bedeutend vervollkommnet worden. Die Heeresabteilungen führten auch Großkampfmittel, wie Maschinengewehre und Minenwerfer, mit sich, und ein gewaltiger Wagentroß sollte auch ein längere Verpflegung der Truppen im Felde sicherstellen. In wessen Hände die Oberleitung der Truppenbewegungen gelegt worden war, wurde geheim gehalten. Zweifellos ist, daß die Verbände durch zahlreiche Angehörige der regulären polnischen Truppen verstärkt worden waren. Andererseits wurde im Aufstandsgebiet selbst ein Rekrutierungssystem in der gewissenlosesten Weise getrieben. Ungezählt sind diejenigen jungen Leute, die entgegen ihrer Ueberzeugung nur zur Sicherung ihres Lebens mit der Waffe in der Hand sich der Aufstandsbewegung anschließen mußten.

Nachdem die Ueberrumpelung der deutschen Städte vorläufig nicht, wie erwartet, geglückt war, ließ man sich durch den Mißerfolg nicht abhalten, in Gewaltmärschen im Norden und im Süden um den engeren Industriebezirk herum, bis zur schon früher festgelegten Korfantylinie vorzustoßen, um einem etwaigen Vordringen deutscher Freiwilligenkorps über diese Linie hinaus zuvorzukommen und die Linie in Verteidigungszustand zu setzen.

Neben diesen äußeren Operationen wurde eine planmäßige Einschließung der deutschen Städte durch Insurgentenheere vorgenommen. Man wollte die Städte durch Aushungern zur Uebergabe zwingen. Bei dem noch immer ruhenden Eisenbahnverkehr konnte das nicht schwer sein. Es wurde aber auch jeder Lebensmitteltransport in die Städte durch Fuhrwerke unterbunden. Fußgänger, die auf Grund ihrer Ausweise die Postenketten an den Stadteingängen passierten, mußten sich Leibesvisitationen unterziehen und die Beschlagnahme mitgeführter Lebensmittel gefallen lassen.

Nicht genug damit, daß durch den rasch wachsenden Lebensmittelmangel die Not aufs höchste stieg, ersann die Aufstandsleitung noch andere, geradezu teuflische Mittel, um den Widerstand der deutschen Städte zu brechen und diese zur Uebergabe zu zwingen. Im Besitz der inmitten des Aufstandsgebietes gelegenen Zentralwasser- und Elektrizitätswerke, scheute man sich nicht, den Städten die Wasserzufuhr und den elektrischen Strom abzusperren. Eine Zeitlang konnte in den Städten mit größeren Bahnhöfen der dringendste Wasserbedarf aus den gefüllten Wassertendern der Lokomotiven gedeckt werden. Dann schritt man dazu, mit Hilfe der Feuerspritzen den im Leitungsnetz noch vorhandenen Wasservorrat auszupumpen. Die finsteren Nächte aber benutzten unter Duldung oder gar Mitwirkung der Aufstandsleitung gebildete Räuberbanden zu Einfällen in

die Städte und Plünderungen von Geschäftsläden und Privatwohnungen, wobei nach bewährtem Banditenrezept die Bewohner mit der Androhung des Erschießens in Schach gehalten wurden.

Von außen sorgten außerdem des Nachts die Insurgentenabteilungen durch andauerndes Flinten- und Maschinengewehrfeuer, unter dessen Schutze sie bis in das Zentrum der Städte vordrangen, dafür, daß die gequälten Städter auch während der Zeit der Bettruhe nicht vergaßen, in wessen Gewalt sie sich befanden. Mitunter wurde auch ein planmäßiges Bombardement mit Minenwerfern vorgenommen und durch die gewaltigen Detonationen die Stadtbewohner in Angst und Schrecken versetzt. Zahlreiche Personen wurden auf den Straßen erschossen oder in den Wohnungen durch verirrte Kugeln getötet oder verletzt.

Unerhört war das Verhalten der französischen Besatzungen angesichts der äußersten Bedrängnis der Stadtbewohner. Die militärischen Machthaber empfingen zwar die Vertreter der Bürgerschaften, zeigten Verständnis für die vorgebrachten Anträge und Anregungen zur Behebung und Linderung der äußersten Not, versprachen, unter militärischem Schutze Lebensmittel in die Städte schaffen zu lassen, und noch dies und jenes, was geeignet war, die geängstigten Städter zu beruhigen. Alle diese Versprechungen waren aber bewußt in den Wind gesprochen worden. Man trat dem allnächtlichen Geschieße polnischer Banden auf den Straßen nicht entgegen und ließ die organisierten Plünderungen deutscher Geschäfte ohne Gegenmaßnahmen geschehen. Die zugesagte Einfuhr von Lebensmiteln beschränkte sich darauf, daß die hungernden und sich fast nur noch von verdorbenen Ersatzlebensmitteln aus der Kriegszeit her nährenden Städter zusehen durften, wie schwer beladene französische Fouragewagen, bemannt mit mehr als wohlgenährten Poilus, und Wassertonnenwagen ungehindert die polnischen Insurgentenketten passieren und hinter den sich schließenden Kasernentoren verschwinden durften.

Die Empörung der deutschen Bürger über das Gebaren der Vertreter der französischen Schutzmacht, die so offensichtlich mit der Insurgentenschaft und ihren Zielen sympathisierte, kannte keine Grenzen. Wer mochte noch daran zweifeln, daß die überall gleichmäßige Einstellung der militärischen Kommandanten zu der durch den Aufstand geschaffenen Lage auf Anweisung und Befehl des Oberstkommandierenden Le Rond erfolgte, mit dem man nach wie vor durch von den Insurgenten überall durchgelassene Automobile die Verbindung aufrecht erhielt?

Die Leiden der deutschen Stadtbevölkerung erfuhren auch in anderer Hinsicht noch Verschärfungen. Obgleich man nach Nachrichten aus dem unbesetzten Deutschland förmlich lechzte, ob dort Maßnahmen zur Befreiung des oberschlesichen Landes von den polnischen Bedrückern vorbereitet wurden und wie weit sie gediehen waren, war bei der Absperrung des vom Aufstand ergriffenen Gebiets von jedem Außenverkehr nichts Verläßliches über die Pläne der deutschen Regierung zu erfahren. Allerhand unkontrollierbare Gerüchte gingen um und wurden zur Belebung der aufs tiefste niedergeschlagenen Hoffnungen eifrig genährt. Man versprach

sich viel von einer Aktion freiwilliger deutscher Formationen, die in der Bildung begriffen sein sollten, und war schmerzlich enttäuscht, als verlautete, eine kriegerische Aktion deutscher Selbstschutzkorps sei auf den Druck der alliierten Regierungen von der deutschen Regierung untersagt worden.

Inzwischen war auch nach Oberschlesien gedrungen, daß Lloyd George „fair play" in Oberschlesien verlangt habe. An dieses Wort knüpften sich neue Hoffnungen. Man hoffte, daß das mächtige England, wenn nötig auch gegen den Willen des französischen Bundesgenossen, an Polen ein Ultimatum auf Räumung des widerrechtlich besetzten Gebiets richten und den anmaßenden Polen Korfanty, hinter welchem sich die polnische Regierung nach wie vor verkroch, nötigenfalls mit Waffengewalt zur Aufgabe seines abenteuerlichen Unternehmens zwingen werde.

Mittlerweile fuhren in den eingeschlossenen Städten die französischen Machthaber fort, die Deutschen zu drangsalieren und sie täglich aufs neue empfinden zu lassen, daß sie auf Hilfe in ihrer äußersten Not nicht zu rechnen hatten. Die ohnehin unter schärfster Zensur stehende Lokalpresse, auf die man mangels jeder Möglichkeit, eine auswärtige Zeitung zu Gesicht zu bekommen, angewiesen war, und die man täglich mit der Hoffnung entfaltete, sie würde eine Nachricht von der bevorstehenden Befreiung bringen, wurde verboten, sobald irgend etwas in ihren Zeilen stand, was solchen Hoffnungen Nahrung geben konnte. Die deutschen Zeitungsleser mußten sich dann mit der Lektüre eines in deutscher Sprache erscheinenden und über den ganzen Industriebezirk verbreiteten polnischen Hetzblättchens begnügen, welches seine Spalten mit aufgebauschten Nachrichten „von der Front" und den erfolgreichen Heldenkämpfen der tapferen polnischen Söhne zu füllen wußte.

Der ob der sich jagenden Mißerfolge der deutschen Sache stumpf und hoffnungslos gewordene deutsche Stadtbürger wurde eines Tages aus seiner Lethargie aufgeschreckt, als er gewahrte, daß die Franzosen mit Großkampfmitteln, unter anderem auch Tanks, auf den Plätzen und Straßen erschienen waren. Wollte man einen bevorstehenden Angriff der Polen auf die Stadt abschlagen oder war gar aus Paris der Befehl gekommen, den Aufstand mit Waffengewalt niederzuschlagen, um die Ehre der Besatzungsmacht vor der Welt wieder herzustellen? Ach nein, man hatte Nachricht empfangen, daß die Deutschen einen Selbstschutz organisieren wollten, und wollte durch das Zurschaustellen der Massenmordwaffen die gefürchteten deutschen Umtriebe, von denen man befürchtete, daß sie sich auch gegen die Besatzungsmacht richten könnten, im Keime ersticken.

Inzwischen entfaltete Korfanty mit dem Stabe seiner Getreuen draußen auf dem Lande eine emsige Tätigkeit, um das für den polnischen Staat okkupierte Land einer halbwegs geordneten vorläufigen Verwaltung zuzuführen. Er ließ sich in seinem Vorhaben keineswegs durch die anfäng-

lichen Mißerfolge, die sein ganzes Unternehmen scheitern zu lassen drohten, beirren.

Von unheilvollem Einfluß auf den weiteren Verlauf des Aufstands nach Korfantys Plane schien gleich in der zweiten Aufstandswoche der Umstand werden zu wollen, daß die Banken nicht in der Lage waren, die am 15. Mai fällig gewordenen Lohngelder zur Verfügung zu stellen. Die Reichsbank außerhalb des besetzten Gebiets lehnte es aber mit Recht ab, die benötigten Zahlungsmitel nach Oberschlesien zu senden, da wegen des Stillstandes der Eisenbahnen die Geldtransporte nur auf dem Landwege hätten bewerkstelligt werden können und alsdann hundert gegen eins zu wetten gewesen wäre, daß die Gelder von den Insurgenten abgefangen und in die Aufstandskasse geleitet worden wären. Als bekannt wurde, daß die Lohnzahlungen zu dem festgesetzten Termine gefährdet seien, griff große Unruhe und Empörung in den Belegschaften der Gruben und Hüttenwerke Platz, und so manchem begeisterten Polenschwärmer mochten wohl in diesen Tagen die ersten Bedenken und Befürchtungen ob des neuen Polenreiches Herrlichkeit aufgetaucht sein. Korfanty verstand es aber, seine Mannen vom Abfall von seiner Sache zurückzuhalten, indem er die Lüge verbreiten ließ, die deutsche Regierung halte die Lohngelder zurück, um damit dem Aufstand einen tödlichen Schlag zu versetzen. Er erreichte mit dieser Neuauflage des alten Rezepts, dem Gegner alle Schuld für die unausbleiblichen Folgen der durch den Aufstand bewirkten Lösung aller Bande der Ordnung in die Schuhe zu schieben, leicht die gewollte Beruhigung der Arbeitermassen, die nun ohne Widerspruch zunächst Lohnteilzahlungen und später Lohnzahlungen in Notgeldscheinen, die eiligst von den großen Industrieverwaltungen hergestellt wurden, annahmen.

Von Anfang an trachteten die Insurgenten danach, die Eisenbahnstrecken und Bahnhöfe in ihre Gewalt zu bekommen, um durch Wiederaufnahme des Bahnverkehrs dem Lande die Grundlage zu einem Wiederaufbau zu verschaffen. Man begann damit außerhalb der von der Aufstandsbewegung nicht erfaßten Städte auf den zahlreich vorhandenen Umfahrungsstrecken. Die fehlenden Lokomotiven holte man sich nächtlicherweile unter den Augen der französischen Wachen aus den Lokomotivschuppen der zu den Städten gehörenden Bahnhöfe heraus. Nach und nach wurden auch diese Bahnhöfe überrumpelt und in Verkehr gesetzt, so daß dieser im Aufstandsgebiet selbst mit Ausnahme des von italienischen Truppen und deutschen Selbstschutzkörperschaften gehaltenen Bahnhofs Gleiwitz lückenlos wieder in Gang kam. Die Benutzung der Züge blieb aber auf die Inhaber der polnischen Ausweise, die bereits beim Betreten des Bahnhofs abverlangt wurden, beschränkt. Viel bemerkt und belacht wurde in jenen Tagen ein reich mit Fettschweinen beladener Viehzug, den Korfanty planmäßig im ganzen Industriebezirk herumfahren und just zu den Hauptverkehrszeiten auch an den Personenbahnsteigen halten ließ, um den ausgehungerten Oberschlesiern rechten Appetit auf das polnische Schlaraffenland zu machen.

Korfanty ersann auch neue Methoden, um in denjenigen in seinem Machtbereich gelegenen Industrieorten, in denen sich die Bewohner bei der Abstimmung in besonders großem Umfange zu Deutschland bekannt hatten, diesen Willen der Bevölkerung einer Zwangskorrektur zu unterziehen. Auf seine Veranlassung befahlen die polnischen Ortskommandanten ortsweise, daß sämtliche Häuser an einem bestimmten Tage in den polnischen Landesfarben (weiß-rot) zu flaggen hätten und zu schmücken wären. Das hierzu benötigte Material wurde reichlich jedem Hause zur Verfügung gestellt und wanderte am Tage nach der Benutzung an einen anderen Ort zu gleicher Verwendung. Es bedarf keiner Erwähnung, daß angesichts der im Weigerungsfalle drohenden Gewalt- und Vergeltungsmaßnahmen der Insurgenten kein deutsch fühlender Hausbesitzer oder Mieter sich dem Befehle widersetzte, so daß die Ortschaft tatsächlich im reichsten Schmucke der polnischen Landesfarben prangte. Korfanty aber ließ Lichtbilder von der Ausschmückung vornehmen und schickte sie an den Obersten Rat in Paris zur Veröffentlichung in französischen Zeitschriften. Er knüpfte daran die unerhörte Behauptung, daß die Bilder die wahre Volksmeinung und Begeisterung für Polen erkennen ließen, die bei der Abstimmung infolge des deutschen Terrors nur erheblich verfälscht zum Ausdruck gekommen sei. Solche Verunglimpfung geschah u. a. auch der großen Industriegemeinde Bismarckhütte, die bei der Abstimmung mit 8347 deutschen gegenüber 4654 polnischen Stimmen ein viel bemerktes Treubekenntnis für Deutschland abgelegt hatte. Diese Gemeinde besaß einen Gasthof „Zum eisernen Kanzler", dessen Schilder natürlich während der Aufstandszeit verschwinden mußten. Bezeichnend war es aber für die wahre Gnsinnung der ansässigen Bevölkerung, daß die Schilder am Tage der offiziellen Beendigung des Aufstands wieder zum Vorschein kamen und die Plakette des Altreichskanzlers wochenlang reichen Guirlandenschmuck tragen durfte.

Inzwischen fand Korfanty unter dem Schutze der französischen Besatzungsmacht immer neue Mittel und Wege, seine eigene Regierungsgewalt zu befestigen und auszubauen, wobei ihm sein unzweifelhaft gutes Organisationstalent außerordentlich zu statten kam. In Schoppinitz hatte er eine Gesamtregierung des Aufstandsgebiets eingesetzt, die alle Zweige der Staatsverwaltung umfaßte. Auch eine polnische Eisenbahndirektion und eine Zentralstelle für Montanwirtschaft, deren Einwirkung sich die Berg- und Hüttenwerke im Interesse der Aufrechterhaltung ihrer Betriebe nicht entziehen konnten, fehlten innerhalb der Gesamtorganisation nicht. Ob es nur ein Zufall war, daß der Ministerpräsident mit allen seinen Ministerien nur wenige Minuten von der kongreßpolnischen Grenze sich festgesetzt hatte? Der Gipfel der Unverfrorenheiten, welche sich der polnische Diktator leisten zu können glaubte, war das Verbot der auf Grund reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften bestehenden Steuerleistungen und das Ausschreiben neuer Steuern für die Aufstandskasse, ferner die Herausgabe eigener Briefmarken für den Postverkehr innerhalb des Aufstandsgebiets.

So war die Mitte des Monats Juni herangekommen. Sechs schwere Wochen der Angst und Entbehrung hatten die von den Insurgenten eingeschlossenen Städte über sich ergehen lassen müssen, und die Not der Bürger war auf dem Höhepunkt angelangt. Wo war die Einlösung des Versprechens geblieben, welches die Interalliierte Kommission schon in der ersten Aufstandswoche durch Maueranschlag bekannt gegeben hatte, nämlich den schmählichen Bruch des Landfriedens durch einen von einem unverantwortlichen Abenteurer inszenierten bewaffneten Aufruhr mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln in kürzester Frist niederzuschlagen? Nur einer der bekannten Theaterdonner Le Ronds, dazu bestimmt, der Welt blauen Dunst vorzumachen, bis sich ihr Interesse wieder anderen Dingen zugewandt hatte!

Ein Aufatmen ging durch die Reihen der Deutschland treu Gebliebenen, als immer bestimmter verlautete, England hätte sich entschlossen, nach Oberschlesien wiederum Truppen zu entsenden, um den status quo wieder herzustellen. Die Hoffnungen belebten sich aufs neue, daß das mächtige Albion dem Aufrührer Korfanty ein energisches Ultimatum zur Räumung des von den Insurgenten besetzten Gebietes stellen werde, welches letztere in Beachtung der gegenüber ihrer Front entfalteten englischen Militärmacht wohl veranlassen würde, ihre Sache verloren zu geben. Im anderen Falle zweifelte man nicht daran, daß die englische Regierung, welche mit den anderen interalliierten Regierungen ihr Wort für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Oberschlesien verpfändet hatte, die sich aus der Lage ergebenden Folgerungen zu ziehen wissen und unter Zuhilfenahme des italienischen Besatzungsheeres und der noch immer bereit stehenden freiwilligen deutschen Selbstschutzformationen den Aufstand mit militärischen Machtmitteln unterdrücken werde.

So viel Hoffnungen, so viel Enttäuschungen. Die französische Politik fand Mittel und Wege, die Engländer von ihrem Vorhaben abzubringen. Um das ohnehin schon in zahlreichen Geplänkeln mit Italienern und deutschen Selbstschutzkorps geflossene teure Blut der polnischen Freunde zu schonen, ließ sich das edle Frankreich zu anderweitigen Zugeständnissen auf dem Welttheater an England herbei, welche dessen Zorn und kriegerischen Geist rasch verrauchen ließen. Die Lahmlegung der dem gallischen Hahne allzu gefährlich dünkenden freiwilligen deutschen Formationen erreichte die französiche Regierung auf die Initiative Le Ronds aber durch die an die deutsche Regierung gerichtete Drohung des französischen Einmarsches in das Ruhrrevier im Falle weiterer Kampfbetätigung des Selbstschutzes gegen die polnischen Insurgenten.

So war die Besserung, welche die Lage der Deutschen im Aufstandsgebiet durch das Erscheinen der Engländer im vom Aufstand nicht ergriffenen Teile des oberschlesischen Abstimmungsgebiets zunächst erfahren zu haben schien, rasch verflogen und damit auch die Aussicht auf eine Beendigung des Aufstands in absehbarer Zeit geschwunden.

Doch kam schließlich unerwartet von anderer Seite Hilfe aus der Not. Schon von Mitte Juni 1921 ab konnten Sachkenner aus dem täglich

kleinlauter werdenden Geschreibsel der Korfanty ergebenen Presse den Schluß ziehen, daß Korfanty gesonnen war, sein Aufstandsunternehmen bald zu liquidieren. Schließlich stand es auch in jenen Blätter gedruckt zu lesen, daß er „auf den Wunsch der Interalliierten Kommission" die Demobilisierung und Räumung der von den Aufständischen besetzten Gebiete vornehmen werde. In Wirklichkeit war es natürlich weniger der tatsächlich unter der Führung Englands ausgeübte Druck der Interalliierten, wie die Unmöglichkeit, den Aufstand finanziell weiter durchzuhalten, was den schlauen Fuchs zur Waffenstreckung veranlaßte. Längst war es kein Geheimnis mehr, daß die tapferen Insurgentenkrieger in hellen Scharen davonliefen, um sich einmal wieder bei Muttern ordentlich satt essen zu können. Auf anderen Teilen der „Front" und allenthalben in der „Etappe" nahm man gegen den Kriegsherrn eine direkt feindliche Haltung ein, da man nicht gesonnen war, sich von den leeren und aus den Geheimfonds der polnischen Regierung nicht mehr gespeisten Kriegskassen länger zum Narren halten zu lassen. So fabrizierte man denn im polnischen Hauptquartier mit Hilfe der französischen Freunde, um das ganze Aufstandsunternehmen vor vollständigem und schimpflichem Zusammenbruch zu retten, einen auf zehn Tage — 26. Juni bis 5. Juli — verteilten Räumungsplan, der das von den Insurgenten besetzt gehaltene Gebiet etappenweise zur Wiederbesetzung durch englische oder andere interalliierte Truppen und Wiederunterstellung unter die legitime deutsche Zivilverwaltung freigeben sollte. Korfanty versäumte natürlich nicht, in dem Tenor des Räumungsabkommens lügnerischerweise die Freiwilligkeit seines Entschlusses zu betonen, der ihm um so leichter geworden sei, als der Zweck des Aufstands, der Welt nochmals die volle Gerechtigkeit der polnischen Ansprüche auf Oberschlesien vor Augen zu führen, erreicht sei, indem diese Welt dem Aufstand ihre volle moralische Unterstützung geliehen und ihm dadurch zu der langen Lebensfähigkeit verholfen habe.

Viele hielten das nunmehr offiziell bekannt gewordene Räumungsabkommen Korfantys für einen Theatercoup und ein nur papierenes Rückzugsmanöver vor dem englischen Drucke. Doch behielten dieses Mal die Optimisten, welche an die Ehrlichkeit des Abkommens geglaubt hatten, Recht. Die etappenweise vorgesehene Räumung des ganzen Gebiets fand in der Tat im großen und ganzen planmäßig statt und endete mit dem Verschwinden Korfantys und seines Hauptquartiers über die kongreßpolnische Grenze, die dem Helden allein die in verschiedener Hinsicht stark bedroht erscheinende persönliche Sicherheit verbürgen konnte. Auch die Waffen wurden zu gelegentlicher neuer Verwendung über die Grenze in Sicherheit gebracht. Man hatte auf seiten der Interalliierten Kommission bei den Verhandlungen mit Korfanty wohl nur übersehen, ihre Abgabe zu fordern! In den nördlichen Grenzkreisen wurden die geräumten Zonen Zug um Zug von den nachrückenden Engländern besetzt. In der Stadt Beuthen, welche unter der Hinterhältigkeit der französischen Besatzung während der Aufstandszeit besonders zu leiden gehabt hatte, kam es anläßlich des Einzuges der englischen Truppen zu freudigen Kundgebungen

der Bevölkerung, welche die in der Stadt noch verbliebene französische Besatzung als Bedrohung auffaßte und mit Waffengewalt unterdrücken zu müssen glaubte. Bei der sich entspinnenden Schießerei wurde ein französischer Major durch eine verirrte Kugel getötet. Dies bot der polnischen Hetzpresse willkommenen Anlaß, gegen die „deutschen Mörderbanden und Orgeschbanditen" sofort wieder schwerstes Geschütz aufzufahren und den eben unter dem Zwange der Verhältnisse getätigten Friedensschluss zwischen Deutsch und Polnisch wieder allmählich zu zerreißen. Zu der Ueberführung der Leiche des erschossenen Majors nach dem Bahnhof zum Transport in die Heimat entbot die Leitung der polnischen Propaganda ein zu vielen Tausenden zählendes Trauergefolge. Eine bessere Gelegenheit der befreundeten französischen Nation die polnischen Sympathien und den Dank für die dem Aufstande zuteil gewordene Unterstützung zu bezeugen, hätte sich auch kaum geboten.

Nur kurz kann noch auf die Zeit eingegangen werden, die Oberschlesien nach der Liquidation des dritten polnischen Aufstands bis zur Räumung durch die Interalliierte Kommission unter deren weiterer, nunmehr wieder gefestigter Herrschaft durchlebte.

Nur langsam kam die durch den Aufstand schwer beschädigte Verwaltungsmaschinerie wieder in Gang. Die wieder die Nordkreise besetzt haltenden Engländer waren mit Erfolg bemüht, die in die öffentlichen Aemter widerrechtlich eingenisteten Korfantyanhänger, von denen ein größerer Teil die sich aus der Aufgabe des Aufstandsunternehmens für sie sich ergebenden Konsequenzen noch nicht zu ziehen geneigt war, ohne viel Federlesens zu entfernen. In der französischen Machtsphäre dagegen, wo die gegenüber polnischer Renitenz beliebten Samtpfötchen der französischen Machthaber nur wenig ausrichten konnten, dauerte es geraume Zeit länger, bis man an demselben Ziele angelangt war. Besonders der Bahnhof Kattowitz wurde noch eine Woche über den vereinbarten Räumungstag hinaus von den Insurgenten eigenmächtig besetzt gehalten, und es bedurfte erst der von der deutschen Eisenbahndirektion eigens bemühten englischen Vermittlung, um die hartnäckigen polnischen Herrschaften zum Abzug zu bewegen.

Die zerstörenden Wirkungen des Aufstands zeigten sich bei der Rückübernahme des Eisenbahnbetriebs in deutsche Verwaltung mit. am stärksten. Lokomotiven und sonstige Betriebsmittel, aber auch die stationären Betriebseinrichtungen (Stellwerke, Signalanlagen usw.) hatten durch die lange unsachgemäße Behandlung während der Aufstandszeit vielfach Schaden erlitten und mußten erst einer umfassenden Wiederherstellung unterzogen werden. Ein Teil der deutschen Lokomotiven und des Wagenparks war überdies nach Kongreßpolen oder Galizien verschleppt worden und wurde von dort erst nach und nach und auch nur auf Grund energischer englischer Vorstellungen und von Zwangsmaßnahmen (Kohlensperre) zurückgeschickt.

Die Interalliierte Kommission war froh, durch die Unordnung, die der Aufstand in Handel und Wandel hinterlassen hatte, noch für einige Zeit ihrer Verpflichtung, einen Vorschlag über die künftige politische Zuteilung des Abstimmungsgebiets auf Grund des Abstimmungsergebnisses dem Obersten Rat in Paris zu unterbreiten, enthoben zu sein. Mit dem üblichen Phrasenschwall ließ Le Rond verkünden, daß absolute Beruhigung des Landes und seiner Bewohner die unerläßliche Voraussetzung für die Entscheidung über das politische Schicksal Oberschlesiens nach dem durch die Abstimmung bekundeten Willen seiner Bevölkerung sein müsse.

Jetzt endlich dafür zu sorgen, daß diese Voraussetzung schnellstens erfüllt werde, lag der Interalliierten Kommission natürlich fern. Sie verlangte zwar, daß die beim Ausbruch des polnischen Aufstands vertriebenen oder geflüchteten Betriebsbeamten der Gruben und Hütten, Lehrer und Landjäger auf ihren Posten zurückkehrten, tat aber nichts, um diese gegen den durch die Aufstandserfolge gestärkten polnischen Terror zu schützen. So bot das oberschlesische Abstimmungsgebiet auch weiterhin ein Bild des Niedergangs und Zerfalls der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Moral. Heute wurden hier vom polnischen Mob Landjäger aus den Häusern geholt und erschlagen, morgen drang dort eine bewaffnete Bande in eine Grubenbeamten-Wohnkolonie ein, um die Bewohner aufs schwerste zu mißhandeln und mit Todesandrohungen zu ängstigen. Brennpunkte dieses Banditenunwesens waren die Ortschaften Antonienhütte und die südlich von Nicolai gelegenen Fürstlich Pleßischen Steinkohlengruben, wo die Beamtennachstellungen durch die von dritter Seite in fanatischer Auflehnung gegen alles Deutsche erhaltene polnische Bevölkerung in unaufhörlicher Folge eine Betriebserschütterung nach der anderen bewirkte, ohne daß eine militärische Besetzung der Werke zum Schutze der verfolgten Beamten zu erreichen gewesen wäre. Die Zustände schrien zum Himmel. Sie erwiesen von neuem nicht nur die Unfähigkeit der Interalliierten Kommission, das ihren Händen anvertraute Land in Ruhe und Ordnung zu halten, sondern auch den mangelnden Willen der Franzosen, in ihrer Machtsphäre Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, die in ihrer Wirkung einen Schutz deutscher Interessen bedeutet hätten.

An anderer Stelle dieses Buches wird geschildert, was sich mittlerweile in Paris und danach in Genf zutrug, wo die Gegensätze in der oberschlesischen Frage unter den Nationen zum Austrag gebracht wurden und sich das politische Schicksal Oberschlesiens erfüllen sollte.

Endlich um Mitte Oktober 1921 brachte der Draht aus Genf die Entscheidung. Ein geradezu lähmendes Entsetzen bemächtigte sich der Oberschlesier ob derselben. Das ehemals blühende Wirtschaftsgebilde, eine wirtschaftliche Einheit, durchwoben von ungezählten Fäden wirtschaftlicher Zusammenhänge, durch einen von Haß gegen Deutschland diktierten Gewaltspruch zerrissen! Ungezählte bisher gesicherte Existenzen vor die bange Frage gestellt, was soll werden? Keine Feder kann die Ratlosigkeit

beschreiben, die in den Reihen der Tausende vor die Existenzfrage Gestellten Platz griff, keine Feder aber auch die Trauer derjenigen, die, mit ihrer Existenz an das abzutretende oberschlesische Land gekettet, nunmehr vom geliebten deutschen Vaterlande schmerzlichen Abschied nehmen sollten und die Abschiedsstunde nahegekommen wähnten.

Es war für alle diejenigen, die ihre Angelegenheiten in der einen oder anderen Weise zu ordnen hatten und dafür Zeit brauchten, ein Glück, daß der Zerreißung Oberschlesiens nach dem Spruche des Völkerbundsrats Wirtschaftsverhandlungen zwischen den beiden beteiligten Staaten vorangehen sollten, die zur Vermeidung einer plötzlichen Wirtschaftskatastrophe und zur Milderung der dauernden wirtschaftlichen Nachteile, die sich durch die Loslösung des polnisch werdenden Teils Oberschlesiens vom deutschen Wirtschaftskörper ergeben mußten, auch unerläßlich schienen.

Die an anderer Stelle dieses Werkes ausführlich behandelten Wirtschaftsverhandlungen begannen Anfang Dezember 1921 und dauerten mit kürzeren und längeren Unterbrechungen bis in das Frühjahr 1922 hinein. Diese unter dem Vorsitz des von ehrlichem Verständigungswillen beseelten ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Calonder geführten Wirtschaftsverhandlungen, die einen Ausgleich der sich entgegenstehenden deutsch-polnischen Interessen und eine Verständigung auf mittlerer Linie zum Ziele hatten, blieben nicht ohne gute Wirkung auf die äußeren Verhältnisse im Abstimmungsgebiet, zumal sich die polnische Presse in ihrem Kampfe gegen das Deutschtum Mäßigung auferlegte, um nicht durch künstliche Verschärfung der nationalen Gegensätze den Fortschritt der Wirtschaftsverhandlungen zu gefährden, da von deren gutem Ausgang es abhing, ob das zur Abtretung kommende oberschlesische Land für Polen ein Glücks- oder Schmerzenskind werden sollte. So war die Zeit der ersten drei Monate des Jahres 1922, gemessen an den früheren unter der Mißwirtschaft der Interalliierten Kommission durchlebten Zeiten, eine Periode der Beruhigung und des Abwartens. Der Kampf war mit der, wenn auch unter Protest erfolgten Annahme des Genfer Schiedsspruchs durch die deutsche Regierung ausgekämpft. Dumpf ergab man sich auf deutscher Seite dem unabwendbar gewordenen Schicksal.

Und die Polen? Von freudiger Erregung über das ihnen in den Schoß fallende Geschenk war nur wenig oder gar nichts zu spüren. Veranstaltungen polnischer Freudenkundgebungen, wie sie dem slawischen Blute so nahe liegen und wie sie bei der Willfährigkeit und leichten Lenkbarkeit der Massen hätten unschwer in Szene gesetzt werden können, unterblieben gänzlich. War man sich in den Kreisen, die den Kampf für Polen bisher geleitet und organisiert hatten, plötzlich bewußt geworden, welch' schwere Verantwortung die Genfer Entscheidung plötzlich auf ihre Schultern gelegt hatte, die Verantwortung für den Fortgang des Wirtschaftslebens in dem Polen zugesprochenen Gebiete unter aller Voraussicht nach schwierigsten Verhältnissen, die Verantwortung für Brot und Arbeit für einige hunderttausend Menschen?

Aus zahlreichen Symptomen konnte man jetzt wahrnehmen, daß auch der einfache Mann, der Arbeiter, Bergmann oder Bauer, der vielleicht seine Stimme für Polen abgegeben hatte, angesichts der harten Tatsachen, welche die Ziehung einer politischen Grenze durch ein einheitliches Wirtschaftsgebiet schaffen mußte, die ganze Unsinnigkeit der Genfer Entscheidung zu erkennen und die zahlreichen, seinem eigenen armseligen Erwerbsleben drohenden Unzuträglichkeiten zu ahnen begann. Grund genug für eine Verstimmung, die, je länger, je mehr, in den Reihen der ehemaligen Polenfreunde Platz griff und täglich angesichts der offenen Vorbereitungen für die Errichtung der neuen Zollgrenze mit Verkehrserschwerungen aller Art neue Nahrung erhielt. Als bekannt wurde, daß ein Heer von kongreßpolnischen und galizischen Beamten das abzutretende oberschlesische Land verwalten sollte, setzte unter der Arbeiterschaft eine scharfe Gegenbewegung ein. Zahlreiche Oberschlesier, die sich gegen Versprechungen von Vorteilen für Eintreten und Kampf für die polnische Sache hatten gewinnen lassen, mußten in diesen Tagen ihre Hoffnungen auf Gewährung eines Plätzchens an der neuen polnischen Staatskrippe begraben und erkennen lernen, daß der Verrat am Vaterlande ein undankbares Geschäft ist.

Zu Anfang Mai stand fest und war auch von Le Rond zur öffentlichen Kenntnis gebracht worden, daß bis Ende Juni der Uebergang der abgetretenen Landesteile in die polnische Souveränität vollzogen sein werde. Allerorts waren die letzten Vorbereitungen für die Uebergabe, insbesondere auch derjenigen der Eisenbahnen, staatlichen Berg- und Hüttenwerke und der Behörden im Gange. Da wurde das unglückliche Land noch einmal von schweren Unruhen heimgesucht.

Die sattsam bekannten polnischen Terroristen, die bei der auf Burgfrieden eingestellten Parole der bisherigen Leitung der polnischen Bewegung ihr schändliches Handwerk einige Monate sehr gegen ihren eigenen Willen hatten ruhen lassen müssen, hielten den Augenblick für gekommen, um noch einmal, ehe die duldsame Interalliierte Kommission von der vielleicht energisch gegen Unruhestifter einschreitenden polnischen Regierung abgelöst wurde, ihr Mütchen an den verhaßten Deutschen zu kühlen. Sie setzten auf einzelnen Gruben und industriellen Werken förmliche Deutschenhetzen in Szene. Die deutschgesinnten Arbeiter wurden von ihren Arbeitsplätzen vertrieben und, nicht genug damit, über die künftige Landesgrenze nach Deutsch-Oberschlesien gejagt. Hier löste die Not der angekommenen Flüchtlinge bald eine entsprechende Gegenbewegung aus. Die Austreibungen der politisch Andersgesinnten nahmen in beiden Lagern an Häufigkeit und Roheit der Ausführung zu. Um die immer zahlreicher werdenden Flüchtlinge wohnlich unterzubringen, bildeten sich sogenannte Räumungskommissionen, die den Ausgewiesenen Wohnungsräumbefehle zuschickten, denen die Bedachten aus Angst vor Verwirklichung der angedrohten Gewaltmaßnahmen auch ausnahmslos nachkamen. So entstand über die künftige Grenze hinweg von hüben und drüben eine wahre Völkerwanderung. Ein mit Hausrat beladener Wagen folgte dem

andern. Selbstverständlich war es nicht möglich, den vertriebenen Familien alsbald Wohnquartiere zuzuweisen, so daß diese gezwungen waren, mit Kind und Kegel in den Straßengräben zu nächtigen. Die Interalliierte Kommission, die von diesen Zuständen Kenntnis hatte, sah sich wiederum nicht veranlaßt, dem wüsten Treiben, bei welchem der deutsche Arbeiter entschieden der am meisten leidende Teil war, mit Hilfe ihrer Machtmittel Einhalt zu tun. Damit setzte General Le Rond der „Aera einer neuen Gerechtigkeit", wie er bei seinem Antritt die Regierungstätigkeit der Interalliierten Kommission anzupreisen beliebt hatte, einen würdigen Schlußstein.

Die Uebergabe der Polen zugesprochenen Gebiete vollzog sich im allgemeinen reibungslos nach dem vorher festgelegten Plane. Anfang Juli 1922 war die Räumung des ehemaligen Abstimmungsgebiets von den interalliierten Truppen beendet. Klanglos, wie sie gekommen, verließ die Interalliierte Kommission den Schauplatz ihres beinahe 2½jährigen Wirkens. Die Zeit wird der Welt die Augen darüber öffnen, in welcher Weise die Vertreter der interalliierten Regierungen, die nicht genug das Wort von der Gerechtigkeit und Menschlichkeit im Munde führen konnten, vor allem aber die Vertreter des französischen Imperialismus mit Le Rond an der Spitze, ihre Mission in Oberschlesien zu selbstsüchtigen Zwecken mißbraucht haben. Eine Saat ist gesät worden. Ruhe und Frieden für die beteiligten Nationen wird aus ihr nicht geerntet werden.

V. Die Pariser Tagung des Hohen Rates.

Nach § 5 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Vertrages hatte nach Beendigung der Abstimmung im besetzten oberschlesischen Gebiet der zur Verwaltung dieses Gebiets eingesetzte Interalliierte Ausschuß (Commission) den alliierten und assoziierten Hauptmächten die Anzahl der in jeder Gemeinde abgegebenen Stimmen mitzuteilen und gleichzeitig neben einem eingehenden Bericht über die Wahlhandlung einen Vorschlag über die Linie einzureichen, die in Oberschlesien unter Berücksichtigung sowohl der Willenskundgebung der Einwohner *als auch* der *geographischen* und *wirtschaftlichen* Lage der Ortschaften als Grenze Deutschlands angenommen werden solle.

Von größter Wichtigkeit ist die Feststellung, daß bei der Teilungsfrage den geographischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten gegenüber den sich nach dem Abstimmungsergebnis ergebenden ethnographischen Gesichtspunkten nicht eine untergeordnete oder ergänzende Bedeutung eingeräumt wurde, sondern eine durchaus gleichberechtigte. Zur Ausschließung jeglichen Zweifels an der Richtigkeit dieser Feststellung sei hier noch der französische Urtext der Vertragsbestimmung angeführt: „une proposition sur le tracé, qui devrait être adopté comme frontière de l'Allemagne en Haute Silésie, en tenant compte du volu exprimé par les habitants *ainsi que* de la situation géographique et économique des localités". Die Festlegung der Grenzlinie selbst lag nach § 6 der Anlage zu Artikel 88 den „alliierten und assoziierten Hauptmächten" ob, als welche im einleitenden Satze des Versailler Vertrags die Vereinigten Staaten von Amerika, das Britische Reich, Frankreich, Italien und Japan bezeichnet worden sind. Die Vertretung dieser Staaten, die zur Wahrung der den alliierten und assoziierten Hauptmächten durch den Versailler Vertrag vorbehaltenen Rechte zusammengetreten war, hatte sich die Bezeichnung „Hoher Rat" (Conseil sûprème) beigelegt. Der Hohe Rat trat zu einer Tagung, auf deren Tagesordnung als wichtigster Beratungsgegenstand die Beschlußfassung über die oberschlesische Frage gesetzt worden war, am Montag, den 8. August 1921 in Paris zusammen. Frankreich und England waren durch ihre Ministerpräsidenten Briand und Lloyd George, Italien durch Bonomi vertreten. Als Berater waren von französischer Seite Loucheur, von englischer Seite Lord Curzon zugezogen. Die Vertreter der Ver. Staaten von Amerika (Harvey) und Japan (Graf Ishi) sind auf der

Tagung nicht weiter hervorgetreten. Der amerikanische Vertreter scheint sich auf Anweisung seiner Regierung an den ausgedehnten Debatten über die oberschlesische Frage überhaupt nicht beteiligt zu haben.

Nicht nur die an der Lösung des oberschlesischen Problems unmittelbar interessierten Regierungen Deutschlands und Polens und die gequälten Einwohner des Abstimmungsgebiets selbst blickten in jenen Tagen voller Spannung nach Paris, nein, ohne jede Uebertreibung kann gesagt werden, die Augen der ganzen Welt waren dorthin gerichtet, wo eine Entscheidung gefällt werden sollte, deren Ausfall früher oder später den Gang der Weltgeschichte beeinflussen mußte. Diese Erkenntnis war Gemeingut aller Nationen, die in der politischen Arena eine Rolle spielen wollten, dadurch geworden, daß die oberschlesischen Verhältnisse, wie sie sich unter der Mißwirtschaft der Interalliierten Kommission herausgebildet und zu den beiden großen polnischen Aufständen geführt hatten, seit Jahresfrist ständig Gegenstand der Behandlung in der führenden Presse aller Länder gewesen waren. Es ergab sich alsdann von selbst, daß das Interesse für die politische Lösung der oberschlesischen Frage immer weitere Kreise erfaßte, welche erkannten, wie sich in wachsendem Maße aus der oberschlesischen Frage politische Gegensätze zwischen England und Frankreich entwickelten. Die Verhandlungen des Hohen Rats fanden natürlich unter völligem Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Hohe Rat stellte indessen der Presse Tagesberichte über die Konferenz zur Verfügung, die in ihrer Dürftigkeit die wirklichen Geschehnisse allerdings nur ahnen ließen. Immerhin war ein Rahmen gegeben worden, den auszufüllen die französische Tagespresse auf Grund ihrer vielfachen Beziehungen zu eingeweihten Kreisen eifrig bemüht war. So ergibt denn eine umfassende Durchsicht der Presse während der Konferenztage von dem Verlaufe der Tagung folgendes Bild.

Die erste Sitzung fand am Montag, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, statt und wurde von Briand als Präsidenten des Hohen Rats mit den üblichen Begrüßungszeremonien und -phrasen eröffnet. Es scheint, daß Briand mit Lloyd George schon am Abend des 7. August eine geheime Unterredung gehabt hat, um ihre Meinungen zum Austausch zu bringen. In der Tagung des 8. August wurde alsbald in die Vernehmung der Sachverständigen-Kommission eingetreten, die mit dem Studium der oberschlesischen Grenzfrage befaßt worden war. Diese Sachverständigen-Kommission bestand aus dem Engländer Cecil Hurst, dem Franzosen M. Laroche und dem Italiener Torre Franca, welche nacheinander ihre Ansichten entwickelten. Der offizielle Bericht des Hohen Rats behauptet, daß unter den Sachverständigen hinsichtlich der anzuwendenden juristischen Grundsätze Einmütigkeit geherrscht habe. Tatsächlich ist dies aber, wie sich aus dem späteren Verlauf der Verhandlungen ergibt, nur insoweit der Fall gewesen, als die Zulässigkeit einer Teilung des Abstimmungsgebietes einstimmig anerkannt wurde, während die weitergehenden Behauptungen in der amtlichen Auslassung von dem Bestreben diktiert zu sein scheinen, die zutage getretene Uneinigkeit vor der Oeffentlichkeit noch geheimzu-

halten, dies in der Hoffnung, daß während der weiteren Tagung noch eine volle Einmütigkeit erzielt werden würde.

In der zweiten Sitzung des Hohen Rates am Vormittag des 9. August fand die Anhörung der drei Oberkommissare der Interalliierten Kommission in Oppeln, General Le Rond, Sir Harald Stuart und General Marini, statt, welche ja nach § 5 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Vertrags dem Hohen Rat einen geschlossenen Vorschlag für die Grenzziehung unterbreiten sollten. Der offizielle Bericht über diese Sitzung erwähnt nur, daß die Oberkommissare über die Frage der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit der Truppen im besetzten oberschlesischen Gebiet berichteten, schweigt sich also über den Vorschlag der Interalliierten Kommission zur Frage der Grenzziehung aus, ein Beweis, daß ein der erwähnten Vertragsbestimmung entsprechender Vorschlag mangels jeder Möglichkeit, sich über einen solchen unter den drei Oberkommissaren zu einigen, gar nicht eingebracht worden ist.

In derselben Sitzung ergriff sodann Lloyd George das Wort, um seine Ansicht über die Gesamtheit der oberschlesischen Frage auseinanderzusetzen. Der englische Premierminister bezeichnete das oberschlesische Problem als eins der folgenschwersten, welches jemals vor dem Obersten Rat verhandelt worden ist. Er wünsche durchaus, so schnell als möglich zu einer Entscheidung zu kommen, aber die Alliierten würden ihre Pflichten verletzen, wenn bei der Regelung nicht auf das Recht der Minoritäten gebührend Rücksicht genommen werden würde. Eine Regelung, welche diese Bedingung nicht erfüllen würde, würde gewiß zu einem neuen Kriege führen. Oberschlesien sei 700 Jahre deutsch, das sei ein längerer Zeitraum als derjenige, welcher seit der Einverleibung der Normandie in Frankreich verflossen sei. Es stimmt, daß Schlesien zu Oesterreich gehört hat, bis es von Friedrich dem Großen erobert wurde. Aber auch zu Preußen habe Oberschlesien nunmehr 177 Jahre lang gehört, das sei eine längere Zeit als diejenige, während welcher Frankreich Elsaß-Lothringen besessen hat, ehe es ihm 1871 genommen wurde. Die Volksabstimmung habe zu Deutschlands Gunsten ein Stimmenverhältnis von 7 : 4 ergeben. Jeder Versuch, der zur Ausscheidung des deutschen Bevölkerungsteils aus Deutschland gemacht würde, würde auf seine Urheber zurückfallen und Großbritannien würde niemals in eine solche Regelung einwilligen.

Lloyd George schlug alsdann vor, daß die Angelegenheit zur erneuten Prüfung an die Sachverständigen zurückverwiesen werde und daß diesen folgende Leitsätze an die Hand gegeben werden sollten.

1. Alle Stimmen sollen einen gleichen Wert haben; also muß auch die Stimme eines Industriearbeiters mit derjenigen eines Bauern gleichgewertet werden. Die Industriezone darf nicht als eine künstliche Schöpfung hingestellt werden.

2. Die eine Einheit bildenden industriellen Gebiete, welche eine deutsche Mehrheit haben, die doppelt so groß ist wie die polnische Minder-

heit, müssen Deutschland zugeteilt werden. Bei dem anstoßenden Lande muß geprüft werden, ob es Gemeinden enthält, die wirtschaftlich untrennbar mit den eine industrielle Einheit bildenden Gebieten verbunden sind.

Mit besonderem Pathos verlangte Lloyd George noch weiter, daß die einzige Waffe der Alliierten die Gerechtigkeit sein müsse. Gewiß sei es von großer Wichtigkeit, daß Frankreich sich an alles das klammert, was seine Sicherheit berührt. Aber Frankreich würde seine Sicherheit nicht vergrößern, sondern im Gegenteil vermindern, wenn es seine gegenwärtige Haltung in der oberschlesischen Frage aufrechterhielte. Frankreich werde immer die Welt hinter sich haben, wenn es ungerecht angegriffen wird; aber die Nationen, welche das britische Reich bilden, würden niemals einwilligen, sich in einen neuen Krieg hineinreißen zu lassen, der daraus entstehen könnte, daß einer der Alliierten in der Stunde des Triumphes seine Kraft zu einer Unterdrückung mißbraucht und die Gerechtigkeit in der Stunde seiner Macht mit Füßen getreten habe. Frankreich werde in Sicherheit sein, wenn es sagen kann, daß, als es in seinen Händen die Macht gehalten hat, es diese mit Mäßigung gebraucht habe.

Zum Schluß wurde in der Vormittagssitzung des 9. August der folgende einstimmige Beschluß gefaßt:

„Unter Berücksichtigung der Schwierigkeiten, die sich im oberschlesischen Zentralrevier aus dem engen Beieinanderliegen von Stadtgemeinden ergeben, die eine starke *deutsche* Mehrheit, und von Landgemeinden, die eine starke *polnische* Mehrheit aufzuweisen haben, ferner unter Berücskichtigung der Notwendigkeit, diese Sachlage mit den Grundsätzen des Vertrages in Einklang zu bringen, wird die Kommission der Sachverständigen, verstärkt durch die Kommissare der Interalliierten Kommission, ersucht, noch einmal die oberschlesische Frage zu prüfen und einen Bericht zu erstatten, aus dem hervorgeht, welche Gemeinden aus wirtschaftlichen oder geographischen Gründen von den großen städtischen Gemeinden, in deren Nähe sie liegen, nicht abgetrennt werden können. Aus dem Bericht soll auch hervorgehen, welche Eisenbahnlinien notwendig sind für die wirtschaftliche Existenz und das Gedeihen der in Frage kommenden Gegenden."

Nach anderweiten Berichten hat sich Lloyd George zur Frage der Grenzziehung auf das bestimmteste dahin festgelegt, daß England nur in eine Abtretung der Kreise Rybnik und Pleß einwilligen könnte, daß aber das gesamte übrige Abstimmungsgebiet ungeteilt bei Deutschland verbleiben müsse.

Am Nachmittag des 9. August fand eine weitere Sitzung des Obersten Rates statt, in welcher der französische Ministerpräsident Briand seine Ansichten über die oberschlesische Frage auseinandersetzte. Trotz der üblichen Einkleidung mit den schon zum Ueberdruß gehörten Phrasen, daß Frankreich nur sich für die Gerechtigkeit auf der Welt einsetze, ergab sich aus seinen Ausführungen ganz unverhüllt der Standpunkt, daß das neuerrichtete Polen lebensfähig gemacht werden und daher an Industrie erhalten müsse, was es brauche. Die deutschen Interessen über diese

Notwendigkeit zu schonen, läge kein Anlaß vor, da Deutschland den Krieg verschuldet habe und das Schicksal des Besiegten auf sich nehmen müsse. Das Land sei ethnographisch unbestritten polnisch und wenn durch die Entwicklung der Industrie ein gewisser deutscher Einschlag hineingekommen sei, so sei dies gänzlich unerheblich, denn die industrielle Entwicklung habe erst von 1870 an eingesetzt und sei mit den Milliarden durchgeführt worden, die Deutschland 1871 Frankreich widerrechtlich abgepreßt hat. Der Wert des Abstimmungsergebnisses sei durch das Mitstimmen der Emigranten beeinträchtigt worden. Briand betonte besonders stark alles Gegensätzliche der französischen Auffassung zu der von Lloyd George vertretenen englischen Auffassung, versäumte aber nicht, um einen in politischer Hinsicht ungünstigen Eindruck seiner Rede in England abzuschwächen, zum Schluß auch auf die Notwendigkeit eines einmütigen guten Willens der Alliierten und der Aufrechterhaltung der Entente hinzuweisen.

Am 10. und 11. August beschäftigte sich die Sachverständigen-Kommission damit, die ihr zugewiesene Aufgabe zu lösen. Sie zergliederte zu diesem Zweck das gesamte Industrierevier in 16 Unterbezirke (Zonen), welche aus wirtschaftlichen und verkehrsgeographischen Gründen nicht weiter geteilt werden könnten. Jede Zone erhielt neben einem Buchstaben den Namen der größten in ihm gelegenen Gemeinde. Es ergaben sich so die Zonen A. Gleiwitz, B. Zabrze, C. Bielschowitz, D. Ruda, E. Antonienhütte, F. Lipine, G. Königshütte, H. Siemanowitz, I. Beuthen, J. Scharlay, K. Kattowitz, L. Myslowitz, M. Radzionkau, N. Miechowitz, O. Tarnowitz und P. Ellgoth-Idaweiche. In einer besonderen Anlage I werden für jede einzelne Gemeinde und alsdann summarisch für jede Zone die Abstimmungsergebnisse angegeben. Daß bei der Abgrenzung der Zonen, und zwar, wie anzunehmen, auf den Einfluß der französischen Mitglieder der Sachverständigen-Kommission eine starke „Abstimmungsergebnisgeographie" getrieben worden ist, geht daraus hervor, daß größere Gemeinden mit stärkerer polnischer Mehrheit, z. B. Ruda, Radzionkau und Miechowitz, allein für sich zu einer Zone erklärt wurden, während andererseits die großen Städte Kattowitz, Beuthen und Tarnowitz mit ganz überwiegender deutscher Mehrheit mit einer Anzahl Landgemeinden mit stärkerer polnischer Bevölkerung zusammengeworfen wurden, um so eine starke Abschwächung des sonst zu augenfällig für Deutschland ausgefallenen Abstimmungsergebnisses zu gewinnen. Ob es lediglich nur ein Versehen gewesen ist, daß die große Landgemeinde Mikultschütz mit 5691 polnischen von 7750 insgesamt abgegebenen Stimmen *gleichzeitig* der Zone Zabrze und der Zone Tarnowitz zugeschlagen worden ist, wodurch das Gesamtabstimmungsergebnis beider Zonen zugunsten Polens aufgebessert werden konnte, bleibe dahingestellt. Durch solche Methoden und Mittelchen wurde aber schließlich erreicht, daß nur 7 „Zonen" mit deutscher 9 solchen mit polnischer Mehrheit gegenüberstanden, während bekanntlich bei der Abstimmung in dem gesamten, der Zergliederung unterworfenen Zentralrevier eine ausgesprochene deutsche Mehrheit erzielt worden war.

Zur Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat die Sachverständigen-Kommission für jede der errichteten Zonen festzustellen gesucht, welche Zweige der Montanindustrie für die Zone von Bedeutung sind, ob und inwieweit diese Industrien von den in anderen Zonen errichteten Industrien durch den notwendigen Austausch von Roh-, Zwischen- und Fertigprodukten abhängig sind, ferner wie die Versorgung mit Wasser und Elektrizität und die Eisenbahnverkehrsverhältnisse sich gestalten. Eine nach solchem Grundplan angestellte Zergliederung und Durchforschung der gesamten wirtschaftlichen sowie wirtschafts- und verkehrsgeographischen Verhältnisse des Industriegebietes hätte auch die bisher sich zu einer gegenteiligen Auffassung bekennenden Mitglieder des Hohen Rates von der Unmöglichkeit der Zerreißung des *eine* wirtschaftliche Einheit bildenden Gesamtbezirks überzeugen müssen, wenn solche Arbeit mit peinlicher Gründlichkeit und bis in alle Einzelheiten durchgeführt worden wäre. Wie konnte aber unter den Voraussetzungen, unter welchen die Sachverständigen-Kommission das ihr aufgetragene Gutachten abgeben mußte, und unter dem Drängen des ständig versammelten und auf die Beendigung der Arbeit der Sachverständigen wartenden Hohen Rats von Gründlichkeit die Rede sein? Ließ sich überhaupt ein Gutachten von derartigem Umfange ohne Möglichkeit weiterer örtlicher Ermittlungen und Anhörungen von Vertretern und Vertrauensleuten der interessierten Kreise in zwei Tagen fertigstellen bzw. das den Sachverständigen zur Verfügung stehende Material nach ganz neuen Gesichtspunkten ordnen und sichten? Kein Wunder also, wenn auch diese Feststellungen der Sachverständigen-Kommission den Stempel der Oberflächlichkeit und Unzulänglichkeit auf der Stirn tragen und von zahlreichen sachlichen Irrtümern strotzen. Der Sachverständigen-Kommission dürfte auch im Verlaufe ihrer Beratungen immer klarer zum Bewußtsein gekommen sein, daß ihr nach den angegebenen Gesichtspunkten abzugebendes Gutachten das erwartete Licht in das oberschlesische Teilungsproblem nicht nur nicht hineinzubringen vermochte, sondern daß das schon bestehende Chaos der Meinungsverschiedenheiten nur noch vergrößert werden würde. Sie vermochte auch keine Klärung in das herrschende Dunkel zu bringen, als sie noch versuchte, ihre „Zonen" in bunter Folge nach den einzelnen wirtschaftlichen Gesichtspunkten, als da sind Kohle, Koks, Wasser, Elektrizität, Zink, Eisenbahn — die bedeutende oberschlesische Eisenindustrie ist in der Eile ganz übersehen worden —, auseinander- und neu zusammenzugruppieren. Es nützte alles nichts, diese Kommission der Sachverständigen mußte die Waffen strecken und ihre Unfähigkeit zur Lösung der ihr übertragenen Aufgabe bekennen. Dies kann nicht besser als durch die Wiedergabe einer wortgetreuen Uebersetzung der Schlußsätze ihres Gutachtens belegt werden:

„Die Kommission ist sich nach den verschiedenen, von ihr vorgenommenen Prüfungen darin einig, daß die Grenzlinie, wie sie auch festgesetzt werde, nicht durch die von ihr bestimmten Gruppen gehen dürfe.

Andererseits stellt die Kommission fest, daß es zwischen den verschiedenen Gruppen Beziehungen gibt, deren Wichtigkeit in den einzelnen Fällen verschieden ist.

Die Kommission kann zu keinem einstimmigen Entschluß darüber kommen, in welchem Maße es diese Beziehungen unmöglich machen, daß die Grenze die eine oder andere Gruppe durchschneidet."

Und der dunklen Rede tiefer Sinn? Die Kommission wagt es nicht, einzugestehen, daß sie mit alleiniger Ausnahme der Polens Sache verfechtenden Franzosen den engeren Industriebezirk für unteilbar hält.

Während der Zeit der Beratungen der Sachverständigen-Kommission versuchte der Hohe Rat, sich mit der Lösung anderer Weltprobleme zu beschäftigen, scheint aber angesichts des noch der Lösung harrenden oberschlesischen Problems damit nicht sonderlich vorangekommen zu sein. Man versuchte auch nach altem diplomatischem Rezept, fern vom Konferenztisch, einander zu bekehren, indem man sich mittlerweile zu Gastmählern einlud. Aber auch die erlesensten Genüsse des Gaumens und der Kehle vermochten nicht, die vorhandenen Gegensätze dem Ausgleich näherzubringen und man kehrte unverrichteter Sache an den Konferenztisch zurück.

Inzwischen wurde bekannt, daß Lloyd George wegen Verschärfung des irländischen Konflikts nach England zurückzureisen und Lord Curzon mit der Führung der englischen Delegation zu betrauen beabsichtige. Es lag für die Franzosen nahe, die Absicht Lloyd Georges als Symptom für das Aufgeben des englischen Standpunkts gegenüber dem französischen anzusehen. Lloyd George verschob indessen seine Abreise und nahm an der offiziellen Sitzung des Hohen Rats am 12. August teil. In dieser Sitzung wurde nochmals hart um die Festsetzung der oberschlesischen Grenzlinie gestritten. Da aber weder die englische noch die französische Partei sich bereitfinden lassen wollte, dem Gegner Konzessionen zu machen, schien ein Abbruch der Konferenz schließlich unvermeidlich. Da brachte Briand — nach einer anderen Lesart soll es der Italiener Bonomi gewesen sein — den Vorschlag ein, die strittige Angelegenheit als Streitigkeit über die Auslegung eines Vertrages dem Völkerbundsrat zur Entscheidung zu überweisen, ein Ausweg, zu dem der Artikel 13, Abs. 2, des Versailler Vertrags eine willkommene Handhabe bot.

Lloyd George scheint diesen Vorschlag ohne langes Besinnen angenommen zu haben. Konnte er doch hoffen, daß in dem erweiterten Schiedsrichterkreise des Völkerbundsrats die Vertreter der zu Frankreich in keinem Vasallenverhältnis stehenden Staaten dem englischen Standpunkt beitreten und ihm zum Siege verhelfen würden. Anders freilich rechnete Briand. Er war froh, sich zunächst die Zeit zum Bundesgenossen zu erwählen, die Zeit, die er dazu benutzen wollte, die Vertreter der an der deutsch-polnischen Grenzfrage ganz unbeteiligten Mächte, besonders die von Japan, China, Brasilien und Spanien, mit allen einer hohen Politik zur Verfügung stehenden Mitteln für den französischen bzw. polenfreundlichen Standpunkt zu gewinnen.

Man faßte also den Beschluß, die Schwierigkeiten, die sich bei der Festsetzung der oberschlesischen Grenze durch den Hohen Rat nach § 6 der Anlage zu Artikel 88 des Versailler Vertrags ergeben hatten, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten und ihn zu bitten, seine Ansicht über die unter Wahrung der Vertragsbestimmungen am zweckmäßigsten erscheinende Grenzziehung zu äußern. Auf die große Dringlichkeit der Erledigung sollte hingewiesen werden.

Gleichzeitig verpflichteten sich die Mitglieder des Obersten Rates gegenseitig, den Beschluß des Völkerbundsrates, *wie er auch ausfallen* möge, anzunehmen und zu ihrer eigenen Entscheidung zu machen.

Man wird, um das Bild von der Pariser Tagung des Hohen Rats und den Eindruck, den diese Veranstaltung nach außen machte, zu vervollständigen, nicht an der Haltung der Pariser Presse vorübergehen dürfen, welche die Tagung des Hohen Rats und die zu erwartenden politischen Folgen eingehend kommentierte.

Die Sachverständigen des Hohen Rats mußten sich in der viel gelesenen Wochenschrift „L'Europe Nouvelle" eine derbe Kritik ihrer Befähigung zu dem übernommenen Amte gefallen lassen. Ihr Bericht wurde treffend als gänzlich unzureichend gekennzeichnet. In den Spalten desselben Blattes mußte sich die französische Regierung sagen lassen, daß ihr in der schlesischen Angelegenheit ein übler Nachgeschmack anhänge, der daher komme, daß man habe zu boshaft sein wollen. „Es wäre schlauer gewesen, wenn wir uns bemüht hätten, unparteiisch zu sein." Durch zweifelhafte Manöver eine zweifelhafte Majorität zusammenzubekommen, sei eine Methode, welche das Ansehen der französischen Nation schwächt, und bedeute eine Gefahr für den Frieden Europas.

Ueber die Teilungsfrage selbst spricht sich „L'Europe Nouvelle" wie folgt aus: „Dadurch, daß sie 16 wirtschaftliche Zonen schufen, haben die Sachverständigen bewiesen, daß es wirklich unmöglich war, quer durch diese Zonen eine Grenzlinie zu ziehen, welche gewisse dieser Zonen den Deutschen und andere den Polen überließ. Würde man vom Standpunkt der allgemeinen Interessen des Friedens und der Gerechtigkeit in Europa wirklich klug handeln, wenn man Deutschland eine einzige dieser wirtschaftlichen Zonen wegnähme, welche ihm Jahrhunderte hindurch gehört haben und deren Wohlstand es begründet hat?"

Andere Pressestimmen lassen zwischen den Lobsprüchen, die sie den französischen Vertretern ob ihrer Unnachgiebigkeit spenden, doch deutlich die Besorgnis durchblicken, daß ein überspannter Bogen den französischen Interessen durch Lockerung, wenn nicht gar Bruch, der Entente schaden könnte. Das Gespenst einer fortschreitenden Isolierung Frankreichs hat so manchem Zeitungsschreiber vorgeschwebt. Ein allgemeines Aufatmen geht denn auch durch die Presse, als diese Gefahr durch die Annahme des Beschlusses auf Ueberweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat als gebannt gelten konnte. Man preist diesen Entschluß in allen Tonarten und erhofft von ihm, daß diese Körperschaft sich von der Rich-

tigkeit des französischen Teilungsplans mit Zuschanzung fast des ganzen Industriebezirks an Polen überzeugen lassen werde.

Der klägliche Ausgang der Pariser Tagung des Hohen Rats, von der die Welt einen endgültigen Machtspruch über Oberschlesiens Schicksal erwartet hatte, ließ deutlicher als wie bei allen vorangegangenen Konferenzen das aufziehende Unwetter am Ententehimmel gewahr werden. Die Bedeutung der Tagung liegt darin, daß sie die Abkehr der englischen Politik von dem französischen Imperialismus mit dem Ziele völliger Niederhaltung Deutschlands lückenlos enthüllt und damit der späteren deutschen Politik auch in der oberschlesischen Frage wertvolle Fingerzeige geliefert hat.

Die von den vier Mächtervertretern, die sich bis dahin nicht genug tun konnten, ihre Einigkeit in alle Welt hinauszuposaunen, zur Fassung eines einmütigen Beschlusses erwiesene Unfähigkeit und ihre Hilflosigkeit beim Versagen der Sachverständigen, drückt andererseits die Tagung zu einer Komödie herab, welche zu der großen, sich nunmehr hinter den Vorhängen des Welttheaters vorbereitenden Tragikomödie von Genf das Vorspiel darstellt.

VI. Die Genfer Tagung.

Durch den Verlauf der Pariser Verhandlungen über die oberschlesische Frage hatten die französisch-englischen Beziehungen zweifellos eine schwere Erschütterung erlitten. Ministerpräsident Briand wollte den französischen Standpunkt nicht aufgeben, nachdem die französische Diplomatie soeben in der Frage der Durchfuhr der für Oberschlesien vorgesehenen Truppen eine Niederlage hatte verzeichnen müssen. Andererseits war es auch für den englischen Ministerpräsidenten Lloyd George schwer, mit vollem Ernst das Gespenst des Bruches der Entente an die Wand zu malen. Die ganze Atmosphäre, in der sich die Verhandlungen in Paris abspielten, mußte vielmehr den Eindruck erwecken, daß zwar vom Bruch gesprochen wurde, die ernstliche Absicht, es eventuell dazu kommen zu lassen, aber fehlte. Bezeichnenderweise berichtete der „Petit Parisien" in jenen Tagen, Loyd George habe, als ihm die Mitteilung von der ablehnenden Haltung des französischen Ministerrates gemacht wurde, geantwortet: „Mais alors, c'est la rupture?", worauf Briand lächelnd entgegnete: „J'espère que non; si vous avez dit votre dernier mot, il ne nous reste plus qu'à chercher le moyen de l'éviter."

Es wurde daher als eine erlösende Erleichterung der recht gespannten Situation angesehen, als — ob von französischer oder englischer Seite, ist nicht zuverlässig bekannt — als letztes Refugium: die Verweisung der Frage an den Völkerbundsrat, gefunden wurde.

In Ausführung dieses Beschlusses des Obersten Rates der alliierten Mächte ersuchte Briand den Völkerbundsrat durch ein an dessen Vorsitzenden, den japanischen Grafen Ishii, gerichtetes Schreiben um einen Vorschlag darüber, *welche Grenzlinien in der oberschlesischen Frage die alliierten und assoziierten Mächte bestimmen sollten.*

Der Völkerbundsrat setzte zur Prüfung der aufgeworfenen Frage und zur Vorbereitung der Entscheidung eine Viererkommission ein, welche bestand aus dem Vertreter Belgiens Hyman, dem Vertreter Brasiliens da Cunha, dem Vertreter Spaniens Quinones de Leon und dem Vertreter Chinas Wellington Koe. Da die oberschlesische Frage sich in dem damaligen Stadium allmählich gewissermaßen zu einer Machtfrage zwischen England und Frankreich entwickelt hatte, war die Haltung der Vertreter Brasiliens, Spaniens und Chinas ungewiß. Hyman war selbstverständlich Exponent der Franzosen.

Dieser Viererausschuß beschloß zunächst, eine Sachverständigen-Enquête einzuleiten und ernannte zu seinen Experten die Herren Dr. Hodac und Dr. Herold. Ersterer ist Tschecho-Slowake, Direktor einer großen Prager Industrie-Gesellschaft und Jurist; letzterer ist Deutsch-Schweizer und Direktor einer großen privaten Schweizer Eisenbahngesellschaft. Die genannten Sachverständigen erhielten den Auftrag, die oberschlesische Frage zu studieren und zu diesem Zweck auch bei den Einwohnern des Gebietes Informationen einzuholen. Beigegeben wurden ihnen zwei Sekretäre des Völkerbundsrates, die Herren Dénis und von Montenac. Dénis ist Franzose, von Montenac West-Schweizer.

Der Aufgabe, bei den Einwohnern Oberschlesiens Informationen einzuholen, entledigten sich die Sachverständigen in der Weise, daß sie Ende September 1921 zunächst den Geschäftsführer des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, Bergrat Dr. Geisenheimer, nach Genf einluden, um „mündlich technische und örtliche Auskünfte zu erteilen". Die Einladung wurde späterhin auf den Vorsitzenden des genannten Vereins, Herrn Geheimen Bergrat, Generaldirektor Dr. ing. h. c. Williger, und den Syndikus des Vereins, Dr. Tomalla, ausgedehnt. Am 29. September 1921 begannen die Verhandlungen. Herr Dr. Hodac erklärte, daß er und Dr. Herold von der Viererkommission als Sachverständige mit der Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse Oberschlesiens beauftragt seien und sich ihrerseits Informationen bei Personen holen müßten, welche die oberschlesischen Verhältnisse genau kennen. Bei den Erörterungen sollen politische Verhältnisse ausscheiden. Es solle auch nicht in Betracht gezogen werden, ob eine Teilung des oberschlesischen Industriebezirkes stattfinden würde, obgleich eine derartige Teilung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages zulässig sei. Die Völkerbundsexperten hatten den Wunsch, durch die Vernehmung der oberschlesischen Sachverständigen ihre Kenntnisse zu ergänzen und sich vor allem solche Fragen beantworten zu lassen, auf die das ihnen vorliegende Material keine ausreichende Auskunft gab. Im einzelnen kamen folgende Punkte zur Sprache:

1. Oberschlesische Wasserleitungen.

Es wurde erörtert, welche Verbindungen und Zusammenhänge der einzelnen Wasserversorgungsanstalten bestehen; ob, wenn Oberschlesien durch eine Trennungslinie geteilt würde, die Wasserleitungen sich gegenseitig aushelfen könnten und ob die Möglichkeit vorhanden sei, neue Wasserzufuhren, namentlich aus dem nördlichen Teile Oberschlesiens, zu schaffen.

2. Oberschlesische Haupt- und Schmalspurbahn.

Die Sachverständigen ersuchten um Auskunft über die Entstehung, Verwaltung und Bedeutung der oberschlesischen Schmalspurbahn und ihre Beziehungen zur Hauptbahn, sodann über Tariffragen und über die Notwendigkeit eines einheitlichen Verkehrsnetzes im Industriegebiete.

3. Oberschlesische Elektrizitätswerke (O. E. W.).

Es wurde Auskunft verlangt über die Lage der Kraftanlagen, über das Leitungsnetz, über die Organisation der Gesellschaft, ihre Beziehungen zur Industrie und den Kommunen und ihre Tarifpolitik.

4. Oberschlesischer Berg- und Hüttenmännischer Verein und Kohlenkonvention.

Die Sachverständigen erbaten sich Angaben über Bedeutung und Organisation des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, der Kohlenkonvention und aller anderen mit diesen Körperschaften im Zusammenhange stehenden Institute (Arbeitgeberverband, Ueberwachungsverein usw.).

5. Oberschlesische Eisenindustrie.

Es wurde nach den Erzförderungen der oberschlesischen Eisenindustrie gefragt, nach der Erzversorgung der oberschlesischen Eisenhütten, der Koksversorgung, dem Veredelungsverkehr zwischen den einzelnen Hüttenwerken, nach dem Absatz der Produkte und nach dem Schicksal der oberschlesischen Eisenindustrie, falls sie zu Polen käme.

Weiterhin kamen

6. die Kohlenvorräte Oberschlesiens,

7. die Zink- und Bleierzvorräte, die oberschlesische Zink- und Bleiproduktion,

8. die Arbeiterverhältnisse

und

9. die wirtschaftlichen und technischen Beziehungen der oberschlesischen Werke untereinander

zur Erörterung.

Einen besonders breiten Raum der Verhandlungen nahm

10. die Währungsfrage

für ein eventuell an Polen abzutretendes Teilgebiet ein. Die Diskussion dieser Frage zerfiel in zwei Teile. Man behandelte die Möglichkeit, ob es durchführbar sei, neben der polnischen Währung eine deutsche Währung beizubehalten, in der man die Arbeiter löhnt, während Steuern und Frachten (wie z. B. in Danzig) mit polnischer Mark bezahlt würden, oder ob für den Fall, daß diese Parallelwährung nicht durchzuführen sei, für das oberschlesische Abstimmungsgebiet eine eigene Währung zu kreieren sein möchte.

Die Besprechung dieser Angelegenheit führte unmittelbar dazu, die Frage eines autonomen Teilstaates innerhalb des Polnischen Staates und die Frage des Freistaates anzuschneiden. Von beiden Staatsgebilden wurde allerdings bald erklärt, daß sie nicht lebensfähig seien.

Obwohl die deutschen Sachverständigen es andauernd an den dringendsten Versicherungen nicht fehlen ließen, daß eine Teilung des

oberschlesischen Industriebezirkes unmöglich sei, andernfalls für beide Abschnitte, insbesondere für den zu Polen geschlagenen, auf wirtschaftlichem Gebiete die katastrophalsten Folgen zu befürchten wären, ließen doch manche von den Völkerbundsratsexperten gemachte Aeußerungen darauf schließen, daß man eine Aufteilung Oberschlesiens im Sinne habe und den an Polen abgetretenen Teil innerhalb des Polnischen Staates unter ein wirtschaftliches Sonderregime bezüglich der Industriegesetzgebung, der Wirtschaftsverträge mit Deutschland, der sozialen Gesetzgebung und vor allem der Währung stellen wolle, aus dem Gedanken heraus, daß es durch eine solche wirtschaftliche Sonderstellung möglich sein werde, das abgetretene Industrierevier ohne irgendeine politische, aber mit einer gewissen wirtschaftlichen Anlehnung an Deutschland lebensfähig zu erhalten.

Der weitere Gang der Verhandlungen ließ immer mehr den Eindruck gewinnen, daß unter Wegfall aller anderen Möglichkeiten einer Entscheidung über Oberschlesien nur noch die Aufteilung des Industriebezirkes in Betracht kam. Selbst der Verlauf der Teilungslinie schien im großen und ganzen schon festzustehen; offensichtlich hatte man eine nord-südliche Teilungslinie im Auge, und man beschäftigte sich allem Anschein nach nur noch mit der Frage, ob einzelne Ortschaften oder einzelne größere industrielle Werke angesichts der bestehenden engen wirtschaftlichen Beziehungen deutsch bleiben oder polnisch werden sollten.

Während bei den Besprechungen zwischen den oberschlesischen Vertretern und den Sachverständigen des Völkerbundes anfangs nur allerlei wirtschaftliche Fragen behandelt wurden, ließ später der Verlauf der Verhandlungen erkennen, daß der den Völkerbundsexperten erteilte Auftrag *nicht* dahin lautete, sich darüber zu äußern, *ob Oberschlesien teilbar ist oder nicht,* sondern es kam mehr und mehr das Thema in den Vordergrund:

Wie ist die oberschlesische Industrie in einem „polnischen Oberschlesien" lebensfähig, wie die Einheit des oberschlesischen Wirtschaftsgebietes bei Ziehung einer politischen Grenze aufrecht zu erhalten? Die oberschlesischen Sachverständigen waren also nicht dazu nach Genf geladen, um Auskünfte über die Möglichkeit einer Teilung Oberschlesiens oder die Art der Linienführung zu geben, sondern vielmehr dazu, um zu der Frage ausgeholt zu werden, auf welche Weise die durch die Abtretung eines Teiles des Industriegebietes vorauszusehenden Schwierigkeiten sich mildern lassen. Richtiger gesagt, die Völkerbundsexperten wollten aus den Gründen, welche von den deutschen Sachverständigen gegen die Möglichkeit einer Teilung Oberschlesiens vorgebracht wurden, alle diejenigen Maßnahmen für die Sicherung des wirtschaftlichen Fortbestandes des an Polen abzutrennenden Gebietes, insbesondere des Fortbestandes der Schwerindustrie, entnehmen und vorschlagen, welche die Ziehung einer Grenzlinie ermöglichten. Der Völkerbundsrat hatte sich eben offenbar darauf eingestellt, lediglich nach *politischen* Gesichtspunkten seine Entscheidung zu fällen und alle deutscherseits vorgetragenen Bedenken wirtschaftlicher Art mit der sorglosen Beruhigung beiseite zu lassen, daß die

Sachverständigen schon Mittel und Wege finden würden, um bei der Aufteilung des Gebietes einen wirtschaftlichen Ruin des Landes zu vermeiden, und daß Deutschland Maßnahmen aufzuerlegen sein werden, welche die Durchführung der Aufteilung sicherstellen. Offensichtlich war schon vor der Einberufung der oberschlesischen Sachverständigen die Teilung Oberschlesiens eine vollkommen beschlossene Sache und den Experten des Völkerbundsrates bereits vor Aufnahme der Verhandlungen in dieser Beziehung eine bestimmte Marschroute gegeben. Aus diesem Grunde blieben auch die andauernden Bemühungen ohne jeden positiven Erfolg, welche Deputationen der oberschlesischen Arbeiterorganisationen bei dem Vorsitzenden des internationalen Arbeitsamtes in Genf im Interesse der Erhaltung günstiger Arbeitsverhältnisse in einem ungeteilten Oberschlesien zu wiederholten Malen aufgewendet hatten.

Der Völkerbundsrat faßte über das von ihm geforderte Gutachten am 12. Oktober 1921 Beschluß, und zwar zuungunsten Deutschlands; die Entscheidung war aber noch viel ungünstiger als selbst bei größtem Pessimismus befürchtet werden konnte. Eine Grenze sollte mitten durch den Industriebezirk gezogen werden, vier Fünftel des Zentralreviers sollten an Polen fallen! Ueberdies sollte Deutschland auf allen Gebieten zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft im abgetretenen Industriegebiete Hilfe leisten! Da der oberste Rat zugesagt hatte, den Vorschlägen des Völkerbundsrates, wie sie auch ausfallen mögen, sich bedingungslos zu unterwerfen, so war damit die oberschlesische Frage entschieden, das traurige Schicksal Oberschlesiens, die unglückselige Zerreißung des schwergeprüften Landes besiegelt, Deutschland wertvoller Teile eines von ihm geschaffenen Industriebezirkes beraubt!

Ueber den Gewaltspruch des Obersten Rates und seine Auswirkungen wird das nächste Kapitel das nähere ausführen. Jedenfalls erblickt das deutsche Volk in dem territorialen und wirtschaftlichen Diktat des Obersten Rates angesichts der unbestreitbaren deutschen Mehrheit bei der Volksabstimmung eine himmelschreiende Ungerechtigkeit und eine Verletzung des Versailler Vertrages.

Schwer begreiflich bleibt, daß als Sachverständige des Völkerbundes Angehörige eines Landes fungiert haben, das an der Regelung der oberschlesischen Frage unmittelbar interessiert ist, und noch viel weniger ist es begreiflich, daß Beschlüsse über die Vorschläge der Völkerbundssachverständigen von Personen gefaßt worden sind, welche keine Kenntnis von Oberschlesiens Land und Leuten haben. Die oberschlesische Bevölkerung hat es nicht vergessen und wird es nie vergessen, daß die Mitglieder der vom Völkerbundsrat eingesetzten Viererkommission es nicht für nötig befunden haben, vor der Fällung ihres Entscheids Oberschlesien zu besuchen, um an Ort und Stelle alle einschlägigen Fragen zu studieren und sich durch eigene Augenscheineinnahme über die örtlichen Verhältnisse zu unterrichten. Der Spruch hätte dann sicher anders gelautet!

VII. Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 und seine Grundlagen.

Von *Prof. Dr. H. Göppert,*
Unterstaatssekretär a. D., Wirklicher Geheimer Rat.

---

1. Die Genfer Entscheidung.

Mittels Schreiben vom 20. Oktober 1921 wurde dem deutschen Botschafter in Paris die Entscheidung der Botschafterkonferenz über das oberschlesische Abstimmungsgebiet überreicht. Die Entscheidung beruhte auf einem mit kurzer Begründung versehenen Gutachten des Völkerbundsrats. Nach diesem in Genf verfaßten Gutachten hat sich der Name „Genfer Entscheidung" eingebürgert.

Im Artikel I der Entscheidung wird zunächst die neue Grenzlinie unter Vorbehalt der Bestimmung im einzelnen festgesetzt. Dieser Teil der Entscheidung wird an anderer Stelle behandelt. Die folgenden Zeilen haben es nur mit dem weiteren Inhalt zu tun.

Die Abstimmung war doch nicht so ausgefallen, daß selbst die Willkür der Sieger es hätte wagen können, das gesamte oberschlesische Industrierevier Polen zuzusprechen. Man machte deshalb den Versuch, wie es in der Begründung zu dem Gutachten des Völkerbundsrats verschämt heißt: „fidèlement et loyalement, korrekt und loyal in der Grenzziehung, die Ergebnisse der Abstimmung zum Ausdrucke zu bringen", also jedem der beiden Staaten so viel von der oberschlesischen Bevölkerung zuzusprechen, wie es der Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen entspricht. Das ließ sich namentlich auch im Hinblick auf gewisse unausgesprochene Absichten nicht durchführen, ohne „das Industrierevier zu teilen, auf beiden Seiten der Grenze beträchtliche nationale Minderheiten zu lassen und wichtige Interessen auseinander zu reißen". Richtiger ausgedrückt: Die neue, im Artikel I der Genfer Entscheidung bezeichnete Grenzlinie ist weder eine geographische, noch nationale, noch wirtschaftliche Scheidelinie, sondern geht von der willkürlichen Hand des über alle Rücksichten erhabenen Siegers geführt mitten durch einen lebenden Körper hindurch.

Aus dieser Art der Teilung Oberschlesiens ergab sich eine Lage, an die der Versailler Friedensvertrag, der mit einem Abstimmungssieg der Polen für ganz Oberschlesien rechnete, nicht gedacht hatte. Im Friedensvertrag, Abschnitt VIII, „Polen", waren nämlich hinsichtlich der an Polen

fallenden Teile Deutschlands nur wenige Bestimmungen getroffen. Im übrigen sagt Artikel 92 Abs. 5, daß alle in dem gegenwärtigen Vertrage nicht geregelten Fragen, die anläßlich der Abtretung dieser Gebiete entstehen, in späteren Abkommen geregelt werden, also der freien Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen überlassen sind. Hierbei glaubte es der Völkerbund hauptsächlich wohl unter dem Eindruck der deutschen Abstimmungsagitation, die ganz auf den Nachweis der Unteilbarkeit Oberschlesiens gerichtet gewesen war, nicht belassen zu dürfen. Aus dem Recht, Oberschlesien zu teilen, entnahm man ohne weiteres die Befugnis, auch unter bestimmten Bedingungen und Auflagen zu teilen. Der Völkerbundsrat und nach seinem Vorschlag die Botschafterkonferenz hielten es für erforderlich und zulässig, „um das wirtschaftliche und soziale Leben Oberschlesiens vor Störung zu schützen und die Schwierigkeiten während der Zeit des Wiederanschlusses an Polen (rédaptation) möglichst zu verringern", *das gesamte Abstimmungsgebiet für diese Uebergangszeit, nämlich für höchstens 15 Jahre, unter ein régime transitoire zu stellen* mit dem Ziele: „Der Industrie in dem von Deutschland abgetretenen Teile ihre alten Märkte und die unentbehrlichen Zufuhren von Rohstoffen, Halb- und Fertigfabrikaten zu erhalten; die wirtschaftlichen Störungen zu vermeiden, die mit einer sofortigen Aenderung der Währung im polnischen Teile verbunden sein würden; zu verhindern, daß der Betrieb der oberschlesischen Eisenbahnen durch die Verlegung der politischen Grenze gestört wird; die Versorgung mit Wasser und Elektrizität zu regeln; die Freiheit des Verkehrs trotz der neuen Grenze zu erhalten; das Privateigentum zu schützen; den Arbeitern auch unter der neuen Staatshoheit die Vorteile der deutschen sozialen Gesetzgebung sowie ihre gewerkschaftliche Organisation zu erhalten; schließlich einen gegenseitigen Schutz der Minderheiten zu sichern".

Die diesen Zwecken dienenden Anordnungen wurden in dem Artikel II der Genfer Entscheidung unter den Buchstaben a bis k aufgeführt.

Die Verhältnisse in Oberschlesien waren aber zu verwickelt, die Verfasser der Entscheidung zu kümmerlich informiert, als daß diese Anordnungen mehr hätten sein können als kurze Andeutungen. Man griff deshalb zu dem Ausweg, die praktische Ausgestaltung einem zwischen Deutschland und Polen zu schließenden Abkommen zu übertragen. Ursprünglich machte § 6 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages die Festsetzung der Grenzlinie durch die alliierten und assoziierten Mächte und die Mitteilung dieser Tatsache durch die mit der Regierung des Abstimmungsgebietes betraute Internationale Kommission zur alleinigen Voraussetzung für die Rückübernahme der Regierung des bei Deutschland verbleibenden Teiles durch Deutschland und die Uebernahme des an Polen fallenden Teiles durch Polen. Jetzt fügte aber Artikel III der Genfer Entscheidung eine weitere Voraussetzung hinzu, nämlich den Abschluß dieses Abkommens zwischen Deutschland und Polen. Grenzfestsetzung und Abschluß des Abkommens bildeten nunmehr als Voraussetzung für Rückübernahme und Uebernahme

der Verwaltung, wie das Uebermittlungsschreiben ausdrücklich sagt, ein Ganzes. Nach Artikel IV der Entscheidung hatte die im § 6 der Anlage zu Artikel 88 des Friedensvertrages vorgeschriebene Mitteilung erst zu ergehen, wenn auch die im Artikel III vorgeschriebenen Verhandlungen zum Ziele geführt hatten, das régime transitoire, der fünfzehnjährige Zwischenzustand, in Kraft treten konnte. Das bedeutete: Deutschland erhält vor der Hand nicht die volle Souveränität über die ihm verbleibende Zone des Abstimmungsgebietes zurück, Polen erwirbt vor der Hand nicht die volle Souveränität über das ihm zugewiesene Land. Sondern in beiden Zonen ist die Souveränität durch das nach dem Diktat des Obersten Rates geschlossene Abkommen beschränkt; beide Zonen führen, innerhalb der Staaten, zu denen sie gehören, in bestimmter Hinsicht eine Sonderexistenz, die sich auch in der Aufrechterhaltung eines gewissen besonderen Zusammenhangs zwischen ihnen äußert.

Um aber den Abschluß des Abkommens nach dem Willen des Obersten Rates zu sichern, ließ die Genfer Entscheidung Deutschland und Polen auch nicht als souveränen Staat zum souveränen Staat verhandeln, sondern stellte die Verhandlungen unter die Leitung eines vom Völkerbundsrat zu bestellenden Präsidenten, dessen Aufgabe es sein sollte, darauf zu achten, daß das Abkommen den Grundsätzen der Genfer Entscheidung entspräche, und falls eine Einigung nicht zu erzielen wäre, den Vertragsinhalt durch seine Entscheidung festzustellen.

Einen weiteren Ausdruck fand die Beschränkung der Souveränität und die gemeinschaftliche Sonderexistenz der beiden Zonen des Abstimmungsgebiets in der Schaffung besonderer gemeinschaftlicher Organe für das Abstimmungsgebiet. „Um die Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu überwachen", sollte eine Gemischte Kommission (commission mixte) geschaffen werden, bestehend aus einem vom Völkerbundsrat ernannten Präsidenten und zwei von Deutschland sowie zwei von Polen ernannten Beisitzern „originaires de la Haute Silésie". Gedacht war also diese Kommission als ein Zusammenwirken von Völkerbundsrat und Abstimmungsgebiet und hinter der weiten Fassung ihrer Zweckbestimmung stand wohl die Absicht, sie sich zu einer Art Saarregierung auswachsen zu lassen.

Ferner sollte für das Abstimmungsgebiet ein Schiedsgericht (tribunal arbitral) geschaffen werden, bestehend aus einem vom Völkerbundsrat ernannten Präsidenten und einem polnischen und einem deutschen Beisitzer, „dessen Aufgabe es sein sollte, alle privatrechtlichen Streitigkeiten zu entscheiden, die aus der Anwendung des Abkommens entstehen". Eine höchst dunkle Bemerkung, über deren Sinn sich auch die Verfasser der Entscheidung völlig im unklaren waren, wie überhaupt die Genfer Entscheidung flüchtig gearbeitet und schlecht redigiert ist.

Es war hiernach eine ganz eigenartige staatsrechtliche Zwitterstellung, die das Abkommen für das Abstimmungsgebiet schaffen sollte. Glücklicherweise ist es gelungen, diese Zwitterstellung wesentlich abzuschwächen.

Die Frage, ob die Botschafterkonferenz nach dem Versailler Friedensvertrag berechtigt war, die Rückgabe der deutschbleibenden Zone an Deutschland noch von der Erfüllung dieser Auflage abhängig zu machen, ist zweifellos zu verneinen. Es handelt sich um einen weiteren Akt reiner Willkür der Sieger.

———————

Aus den oben wiedergegebenen Worten des der Botschafterkonferenz durch den Völkerbundsrat unterbreiteten Vorschlags lassen sich deutlich die mitwirkenden Gesichtspunkte erkennen. Einmal die Erkenntnis der Gefahr, die die Abtrennung eines Teiles des Industriereviers für das Wirtschaftsleben dieses Teiles bedeutet. Von deutscher Seite war ja alles erdenkliche Material zusammengetragen worden, um die Unteilbarkeit des Industriereviers zu beweisen. Weiter hat aber bei den Protektoren des polnischen Staates augenscheinlich ein starkes Mißtrauen gegen die Fähigkeit Polens obgewaltet, das ihm zugedachte Geschenk zu seinem und seiner Protektoren Nutzen auf der wirtschaftlichen Höhe zu erhalten, ein gewisses Mißtrauen auch gegenüber dem polnischen nationalen Fanatismus. Die Franzosen hatten die wirtschaftlichen Folgen ihres eigenen nationalen Fanatismus, der sie veranlasste, im Elsaß und in Lothringen alles Deutsche zu tilgen, in dem Niedergang der Industrie genügend zu spüren bekommen. Daher das Streben, im an Polen abgetretenen Teil möglichst alles beim alten zu lassen. Dann machte sich der Wunsch, die Arbeiterschaft durch Erhaltung der sozialen Errungenschaften zu beruhigen, bemerkbar. Hier hat namentlich der Einfluß des ehemaligen französischen Ministers, jetzigen Direktors des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, eingesetzt, der einen Rückschritt auf dem Gebiete der sozialen Gesetzgebung zu verhindern bestrebt war. Schließlich tritt der von dem Völkerbundsrat zum Gegenstand seiner besonderen Fürsorge gemachte Gedanke des Schutzes der nationalen, kirchlichen und sprachlichen Minderheiten auf den Plan.

Damit sind die Aufgaben des von der Genfer Entscheidung verlangten Abkommens im wesentlichen gekennzeichnet, nämlich:

Vereinbarungen über eine Reihe wirtschaftlicher und sozialpolitischer Maßnahmen im Interesse der Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens im abgetretenen Gebiet;

Vereinbarungen über den Schutz der Minderheiten und, wie ergänzend hinzuzufügen ist, über den Erwerb der Staatsangehörigkeit, die Rechte der Optanten und das Wohnrecht von Angehörigen des anderen Staates.

Als dritte Aufgabe trat noch hinzu, die nähere Bestimmung der Zuständigkeit der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts für Oberschlesien.

Es handelte sich also keineswegs um ein bloßes Wirtschaftsabkommen. Zwar ist in der Genfer Entscheidung die Auflage an Deutschland, sich in dem ihm bleibenden Teile Minderheitsschutzbestimmungen zu unter-

werfen, nicht nur mit Gründen der Billigkeit, sondern auch der Aufrechterhaltung des oberschlesischen Wirtschaftslebens gerechtfertigt. Wir haben aber darin nur eine leere Redensart zu erblicken, bestimmt, über die völlige Willkürlichkeit dieses Verlangens hinwegzutäuschen.

Nur mit gänzlicher Unkenntnis der Genfer Entscheidung oder mit kritikloser Hinnahme der Beruhigungsartikel, die seinerzeit von englischen Zeitungen zur Bemäntelung des erneuten vollständigen Sieges Frankreichs gebracht wurden, ist es zu erklären, daß in Deutschland die höchst naive Ansicht aufkommen und sich erhalten konnte, daß Oberschlesien durch die Entscheidung zu einem gemeinschaftlichen Wirtschaftsgebiet für Deutschland und Polen gemacht werden solle. In den Worten des Vorschlags des Völkerbundes tritt deutlich hervor, daß man auch nicht im entferntesten daran dachte, Deutschland einen wirtschaftlichen Einfluß im abgetretenen Teile zu wahren. *Der einzige Zweck war, das Wirtschaftsleben im abgetretenen Gebiet mit der erzwungenen Hilfe Deutschlands aufrecht zu erhalten und so zu verhindern, daß sich die polnische Zone an dem Trennungsschnitt verblute.*

Wie wenig an die Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft gedacht war, beweist am schlagendsten die Tatsache, daß die politische Grenze alsbald auch zur polnischen Zollgrenze werden, die polnische Zone also sofort dem polnischen Wirtschaftskörper eingegliedert und dadurch unter Entwicklungstendenzen gestellt werden sollte, die es je länger, um so stärker von der deutschgebliebenen Zone losreißen müssen.

Das Wohl und Wehe der deutschen Zone kümmerte die Entscheidung sehr wenig, wenn man nicht den Schutz der „polnischen" Minderheiten in der deutschen Zone als Fürsorge ansehen will. Die bei einem Abkommen unvermeidliche Gegenseitigkeit brachte es freilich mit sich, daß auch der deutschen Zone gewisse Rechte gegenüber der polnischen Zone oder Polen zukommen, die aber für die deutsche Zone naturgemäß nicht die entsprechende Bedeutung haben. Das Schwergewicht der Genfer Entscheidung liegt durchaus auf der polnischen Seite. Insoweit aber die Entscheidung die vorläufige Aufrechterhaltung eines gemeinschaftlichen Betriebes, wie beim Eisenbahnwesen, und wenigstens für kurze Zeit bei der Elektrizitätsversorgung wollte, ist es klar genug, daß hier die Sorge um die Zustände, die andernfalls unter polnischer Leitung entstehen könnten, die Feder geführt hat. Anders verhält es sich vielleicht bei dem Wunsch der Entscheidung, daß die gemeinschaftliche Wasserversorgung aufrecht erhalten werde. Der polnischen Zone war mit Vorbedacht der sehr leistungsfähige Adolfschacht zugewiesen und nach den ernsten Ausführungen der Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins über die Wasserfrage mochte die Ent-

scheidung wohl die Verantwortung scheuen, die mit der Abtrennung der deutschen Zone von der leistungsfähigsten Quelle verbunden sein könnte.'

Die Deutschland im Interesse der polnischen Zone auferlegten Zugeständnisse hatten gleichzeitig die Bedeutung, daß Deutschland die Waffen aus der Hand geschlagen wurden, mit denen es das Unrecht von Genf zwar nicht hätte beseitigen, aber doch abschwächen können. Der rasche Ausgang eines an der neuen Grenze geführten Wirtschaftskrieges zugunsten Deutschlands wäre nicht zweifelhaft gewesen. Deshalb legte ihm die Genfer Entscheidung die Zugeständnisse, die es sonst teuer hätte verkaufen können oder nur widerruflich für kurze Zeit hätte zu geben brauchen, einfach auf, und zwar für die ganze Periode der Rédaptation, des Wiederanschlusses, wie es verlogenerweise heißt, oder richtig ausgedrückt: für eine Zeit, in der sich die abzutrennende Zone von dem Mutterlande, dem es alles verdankt, losgelöst und in den ihr ganz fremden polnischen Wirtschaftskörper hineingewachsen haben kann.

Eine gewisse Folgerichtigkeit ist diesem Verfahren nicht abzusprechen, wohl aber Gerechtigkeit und Billigkeit. Es verhält sich kaum anders, als wenn einem Landwirt sein wertvollster Acker genommen ist und ihm dann noch zugemutet wird, Saatgut, Arbeitskräfte und Gespanne für die Bestellung zu liefern und für den Absatz der Ernte zu sorgen, weil sonst der neue Besitzer auf dem Lande ja nicht vorwärts kommen kann. Aber es wäre von vornherein nicht zu erwarten gewesen, daß Deutschland die Lage rücksichtslos ausgenützt hätte. Die Verelendung des ihm entrissenen Gebietes wäre von ihm niemals angestrebt worden, nicht nur mit Rücksicht auf das in Oberschlesien investierte deutsche Kapital, sondern vor allem aus nationalen Gründen; denn es ist deutsches Land, das jetzt plötzlich im gegnerischen Lager steht. Gewiß würde Deutschland, wenigstens einstweilen, manches von dem freiwillig gegeben haben, was ihm die Genfer Entscheidung auferlegt. Aber es hätte dann Maß, Bedingungen und Zeit in der Hand behalten, während es jetzt für die unerhört lange Zeit von 15 Jahren gebunden ist und gebunden bleibt, auch wenn die Dinge in Oberschlesien eine Gestaltung annehmen, die jedes deutsche wirtschaftliche und nationale Interesse an dem Lande beseitigt. Das mit der Knebelung Deutschlands begangene Unrecht betrifft darum namentlich die Zukunft.

Den Fragen der Staatsangehörigkeit und des Schutzes der nationalen, sprachlichen und kirchlichen Minderheiten innerhalb des Abstimmungsgebiets auf beiden Seiten der Grenze ist eine besondere Stellung zugewiesen. Der Völkerbund hat den Schutz der in einem Nationalstaat eingesprengten nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten zu seiner besonderen

---

[1] Vielleicht stand hier auch die Absicht im Hintergrunde, Deutschland in Abhängigkeit von der Wasserversorgung aus Polen zu erhalten, um im Falle von Konflikten Polen die Möglichkeit zu geben, einen Druck auf Deutschland auszuüben.

Aufgabe gemacht. Das Palais des Nations am Genfer See wird gern der Zufluchtsort der Minderheiten (temple des minorités) genannt. Unter dem 28. Juni 1919 haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England, Frankreich, Italien und Japan mit Polen den schon im Versailler Vertrag vorbehaltenen Vertrag geschlossen, der sowohl die Fragen des Erwerbs der Staatsangehörigkeit wie die Rechte und den Schutz der Minderheiten in dem neugeschaffenen Staate regelt. Diese Regelung tritt nach dem genannten Vertrage in Polnisch-Oberschlesien mit dem Uebergang der Souveränität auf Polen ohne weiteres und zwar für alle Zeiten in Kraft. Die Genfer Entscheidung verpflichtet aber Deutschland, „aus Gründen der Billigkeit wie der Aufrechterhaltung des oberschlesischen Wirtschaftslebens", die Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten wenigstens für den Zwischenzustand, also für 15 Jahre, in dem ihm verbleibenden Teile des Abstimmungsgebiets einzuführen. Polen und Deutschland sollten in ihr Abkommen Vereinbarungen aufnehmen, die die Durchführung der Grundsätze dieses Polen-Mächte-Vertrages im ganzen Abstimmungsgebiet bezwecken. Dieser Teil des Abkommens soll aber nicht nur ein Vertrag zwischen Deutschland und Polen sein, sondern Verpflichtungen von internationaler Bedeutung (d'interêt international) darstellen, die ebenso wie der Mächte-Polen-Vertrag unter der Garantie des Völkerbundes stehen. Das bedeutet: sie können ohne Zustimmung der Mehrheit des Völkerbundsrats nicht geändert werden. Der Völkerbundsrat ist befugt, auf Anregung eines seiner Mitglieder auf Verletzungen oder Gefährdung der Minderheitsrechte aufmerksam zu machen und die nötigen Hinweise zu geben; die Minderheiten haben die Möglichkeit, sich mit einer Petition an den Völkerbundsrat zu wenden, allerdings nur dann mit Aussicht auf Beachtung, wenn ein Mitglied des Rates sich der Beschwerde annimmt. Hier ist also weitergehend eine unmittelbare, die Souveränität einschränkende Einflußnahme des Völkerbundsrates zugunsten des Minderheitsschutzes vorgesehen und gleichzeitig den beiden Staaten die Möglichkeit entzogen, ihre auf Grund der Genfer Entscheidung getroffene Vereinbarung durch freie Vereinbarung zu ändern. Bezüglich des übrigen Inhalts des Abkommens ist dagegen diese Möglichkeit nicht beschränkt.

Abgesehen von den Fragen der Staatsangehörigkeit und des Minderheitsschutzes haben Deutschland und Polen der Genfer Entscheidung genügt, wenn sie eine den dort niedergelegten Grundsätzen entsprechende Vereinbarung getroffen haben. Alsbald nach Abschluß sind sie aber in ihrem Vertragswillen wieder frei und können ohne Zustimmung des Völkerbundes die Aufhebung der Aenderung des Abkommens vereinbaren und insoweit auch die Tätigkeit der Gemischten Kommission und des Schiedsgerichts beenden. Die naheliegende Folgerung, daß sie dann auch in der Lage seien, einzelne Punkte von vornherein abweichend von den Grundsätzen der Genfer Entscheidung oder überhaupt nicht zu regeln, hat der Präsident

Calonder nicht gelten lassen wollen, sondern es als seine Aufgabe bezeichnet, dafür zu sorgen, daß das Abkommen die Punkte der Genfer Entscheidung sämtlich und entsprechend dieser Entscheidung regle.

Die Genfer Entscheidung ist verfaßt in dem prächtigen Hotel am Quai du Mont Blanc in Genf, das jetzt zu der Würde des Palais des Nations erhoben ist, von des Landes und der Sache unkundigen Männern, die leichtfertig genug waren, mit Hilfe eines Tschechoslowaken und eines Schweizers als sachverständigen Beratern, die kaum lösbare Aufgabe meistern zu wollen. Es kann keine Rede davon sein, daß die Entscheidung den ungeheuren Komplex von wirtschaftlichen Fragen, der durch die Teilung Oberschlesiens entsteht, auch nur annähernd umfaßt. Es scheint, als ob die Verfasser der Meinung gewesen seien, daß es in Oberschlesien nur Großindustrie und Bergbau gebe, und daß es daher nur für diese und ihre Arbeiterschaft zu sorgen gelte. Das Interesse der Landwirtschaft wird nur durch eine Bestimmung berührt, nämlich daß natürliche Erzeugnisse aus einem Teile des Abstimmungsgebietes zollfrei die Grenze überschreiten dürfen, um in dem anderen Teil des Abstimmungsgebiets verbraucht zu werden. Indessen kann es auch hier noch zweifelhaft sein, ob diese Bestimmung nicht vorwiegend die Versorgung der Industriebevölkerung des abgetretenen Teils im Auge hat. Handel und Handwerk werden überhaupt nicht berücksichtigt. Die sehr eindringliche Denkschrift der oberschlesischen Handwerkskammer mit ihrem Hinweis auf das dichte Oberschlesien durchziehende Netz von Innungen und Genossenschaften ist unbeachtet geblieben, wahrscheinlich bei der Fremdheit der Materie gar nicht verstanden worden.[2] Als hauptsächlichstes Material haben augenscheinlich für den wirtschaftlichen Teil die ausgezeichnete Denkschrift des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins und der Handelskammer in Oppeln sowie die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften gedient. Die erstgenannte Denkschrift hatte sich wie alle übrigen zur Aufgabe gemacht, die Unteilbarkeit Oberschlesiens nachzuweisen, und hatte dabei naturgemäß die Interessen der Industrie und des Bergbaus in den Vordergrund gestellt. Sie hat das tragische Schicksal gehabt, den Verfassern der Genfer Entscheidung lediglich als Leitfaden dafür zu dienen, in welchen Punkten wirtschaftlichen Schädigungen durch die Teilung Oberschlesiens *im Interesse des polnischen Teils* vorzubeugen sei. So hat die Genfer Entscheidung für die Industrie und den Bergbau des abzutretenden Teils und deren Arbeiterschaft verhältnismäßig gut gesorgt, wenngleich auf Schritt und Tritt zu erkennen ist, daß die Sachkunde eben nicht weiter reicht als die Denkschrift. Im übrigen ist sie ein klägliches Stückwerk, und so mußte auch das diese Entscheidung ausführende Abkommen insoweit Stückwerk bleiben. Wenn es zu einem allgemeinen Handelsvertrag mit Polen kommt, bleibt diesem auch für Oberschlesien noch ein weites Feld.

[2] Die deutsche Delegation hat es sich angelegen sein lassen, dem Handwerk die der Industrie zugedachten Vorteile zuzuwenden.

Gänzlich aus dem Rahmen der Genfer Entscheidungen aber fielen alle Fragen der Ueberleitung und Auseinandersetzung, die nicht unmittelbar auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Um nur einiges hervorzuheben: Die Interessen der durch die Grenzziehung schwer getroffenen Kommunalverbände, öffentlichen Körperschaften und Einrichtungen (Landschaft, Provinzialanstalten, Handelskammer, Handwerkskammer, Innungen), der im abgetretenen Teil wohnhaften Pensionsberechtigten usw. Lediglich der Abschluß des Abkommens, das die in der Genfer Entscheidung aufgeführten Einzelpunkte regelt und für das sich nach dem mit der Leitung der Verhandlungen betrauten ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Calonder die Bezeichnung „Calonder-Abkommen" eingebürgert hat, war aber zur Voraussetzung des Ueberganges der Souveränität an Polen gemacht. Es würde zum mindesten der Billigkeit entsprochen haben, den Uebergang der Souveränität von der völligen vertragsmäßigen Regelung dieser dringenden Fragen abhängig zu machen. Im übrigen konnte es uns ja nur erwünscht sein, daß uns in möglichst weitem Umfange Verhandlungsfreiheit gelassen wurde, da eine Festlegung doch immer nur zu unseren Ungunsten erfolgt wäre. Nur durften uns dann nicht gerade auf Gebieten, wo wir die stärksten Trümpfe in der Hand hielten, mit denen wir das gesamte Spiel hätten beeinflussen, insbesondere auch die Polen verhandlungsbereit machen können, die Hand gebunden werden. Die Ungerechtigkeit der Genfer Entscheidung gegenüber Deutschland und gegenüber Oberschlesien erhält so eine neue Beleuchtung.[3]

---

2. Das Calonder-Abkommen.

A. Nachdem sich Deutschland, wenngleich unter Protest, entschlossen hatte, der Genfer Entscheidung entsprechend über das Abkommen mit Polen zu verhandeln, wurde zum deutschen Bevollmächtigten der Reichsminister a. D. Schiffer und zu seinem Stellvertreter der Staatssekretär z. D. Lewald bestellt. Preußen betraute mit der Wahrnehmung seiner Interessen den Unterstaatssekretär a. D. Dr. Göppert. Von Polen wurde der Minister Casimir Olszowski bevollmächtigt. Zum Präsidenten ernannte der Völkerbundsrat, nachdem der bezeichnenderweise zunächst aufgeforderte ehemalige Schweizer Bundespräsident Adoor, dessen deutschfeindliche Richtung bekannt ist, die Uebernahme des Amtes abgelehnt hatte, den ehemaligen Bundespräsidenten Felix Calonder. Die Verhandlungen begannen in den Tagen vom 23. bis 26. November 1921 in Genf und wurden dann vom 9. Dezember 1921 bis zum 28. Januar 1922 in Oberschlesien (Beuthen, Hindenburg und Katto-

[3] Ein deutscher Versuch die Polen unter Abschlußzwang zu stellen, indem der Gemischten Kommission in dem Abkommen die Befugnis beigelegt werden sollte, auf Anrufen einer Partei einen maßgeblichen Vorschlag für die Regelung der nicht in der Genfer Entscheidung vorgesehenen Auseinandersetzungs- und Ueberleitungsfragen zu machen, ist leider daran gescheitert, daß der Präsident erklarte, nicht zugunsten Deutschlands entscheiden zu können. S. aber Art. 582 § 2 d. Abkommens.

witz) fortgesetzt, um schließlich in Genf ihren Abschluß zu finden. Am 15. Mai wurde dann das Abkommen in öffentlicher, von Calonder geleiteter Sitzung von den beiden Bevollmächtigten unterzeichnet. Nachdem auf deutscher Seite der Reichsrat einstimmig und der Reichstag mit der für Verfassungsänderungen erforderlichen Mehrheit[4] dem Abkommen zugestimmt hatte, wurden die Ratifikationsurkunden am 3. Juni 1922 in Oppeln ausgetauscht.[5]

Die Verfasser der Genfer Entscheidung hatten es nicht für erforderlich gehalten, sich über die Verhältnisse an Ort und Stelle zu unterrichten. Der deutsche Bevollmächtigte hat es gegenüber dem Widerstand der Polen durchgesetzt, daß den Empfindungen der Bevölkerung, um deren Wohl und Wehe es sich handelte, wenigstens durch Verlegung der Verhandlungen nach Oberschlesien Rechnung getragen wurde. Es war so die Möglichkeit gegeben, in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen zu arbeiten, was zu deren Beruhigung beigetragen, aber auch die Sache gefördert hat. Der Deutsche Ausschuß in Kattowitz ist auch bei den internen Besprechungen der Delegation zugezogen worden. Freilich hat nicht nur die deutsche Delegation aus der engen Verbindung mit den beteiligten Kreisen Nutzen gezogen. Auch die anfänglich wenigstens vielfach schlecht informierte polnische Delegation hat Ratschläge und Anregungen erhalten, die vielleicht nicht an sie gelangt wären, wenn die Fühlungnahme weniger leicht und unauffällig möglich gewesen wäre.

Im ganzen haben sich die Verhandlungen, so zäh auch manchmal gerungen wurde, in korrekten Formen abgespielt. Schon der Umstand, daß Deutschland in der Lage war, aus seinem alten Beamtentum seiner Delegation alle nötigen Kräfte zur Verfügung zu stellen, während Polen nur über eine geringe Zahl von Unterhändlern verfügte, brachte es mit sich, daß die Führung der deutschen Seite zufiel, während sich die polnischen Delegierten, soweit sie nicht mit den deutschen Absichten übereinstimmten, bald in die Verteidigung gedrängt sahen. Dabei machte sich nicht allein die alte Erfahrung geltend, daß mit der Federführung zwar Arbeit, aber auch der maßgebende Einfluß verbunden zu sein pflegt. Vielmehr kam im Laufe der Verhandlung immer ausgesprochener die geistige Ueberlegenheit der alten geschulten Kräfte, über die Deutschland heute noch aus früheren

---

[4] Bei den Vorschriften über das Schulwesen (Art. 97 ff.) kann ein Widerspruch mit den Vorschriften der Reichsverfassung über „Bildung und Schule", Art. 142 ff. in Frage kommen.

[5] Zu vgl. Gesetz über das am 15. Mai 1922 geschlossene deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 11. Juni 1922 (R. G. Bl. S. 237), durch das dem Abkommen innerstaatlich Gesetzeskraft beigelegt ist. Ferner die am 3. Juni 1922 von den Vertretern der beiden Regierungen bei Austausch der Ratifikationsurkunden abgegebene Erklärung zur Erläuterung des Artikels 1 § 3 des Abkommens und Gesetz über die Erklärung der deutschen Regierung zu dem am 15. Mai 1922 geschlossenen deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien vom 29. Juli 1922 (R. G. Bl. S. 765). Diese Erklärung bildet einen integrierenden Bestandteil des Abkommens.

Im Verhältnis der vertragschließenden Staaten zueinander ist das Abkommen am 15. Juni 1922 in Kraft getreten. An diesem Tage ist nämlich der deutschen und polnischen Regierung die im § 6 d. Anl. zu Art. 88 des Friedensvertrages vorgesehene Benachrichtigung gemacht worden.

Zeiten verfügt, zur Geltung, sodaß die Polen trotz aller Zähigkeit schließlich immer wieder weichen mußten.

Nur der angespannten Arbeit dieser Männer ist es auch zu danken, daß das große Abkommen in unverhältnismäßig kurzer Zeit beendet worden ist. Dabei war allerdings eine weitgehende Arbeitsteilung erforderlich. Es wurden zwölf Unterkommissionen eingesetzt, die die einzelnen Abschnitte der Genfer Entscheidung zu bearbeiten hatten. Diese Kommissionen haben ihre Aufgabe im wesentlichen in Oberschlesien abschließen können. Die sich anschließenden Verhandlungen in Genf dienten dann dazu, in den noch streitig gebliebenen oder nach polnischer Verhandlungstaktik erneut streitig gemachten Punkten zu einer Einigung zu kommen. Außerdem trat dort eine Redaktionskommission zusammen mit der Aufgabe, die zunächst in deutscher Sprache getroffenen Vereinbarungen in das Französische zu übersetzen, die einzelnen Teile des Abkommens miteinander abzustimmen und zu dem endgültigen Text zusammenzufassen.

Zu einer formellen Entscheidung des Präsidenten ist es nicht gekommen. Doch war die Möglichkeit, seine Entscheidung herbeizuführen, von großem Einfluß. Sie hat hier und da die Durchfechtung des deutschen Standpunktes gehemmt und es rätlich erscheinen lassen, in Einzelheiten entgegen zu kommen, um einer in ihrem Ergebnis zweifelhaften, grundsätzlichen Entscheidung aus dem Wege zu gehen. Ueberwiegend, und zwar in den für uns wichtigsten Fragen, hat die Befürchtung einer für Deutschland günstigen Entscheidung die Polen zum Nachgeben veranlaßt. Die Persönlichkeit und das ganze Auftreten des Präsidenten ließen klar erkennen, daß er von dem reinsten Willen zur Objektivität beseelt und keiner Beeinflussung, von welcher Seite sie auch kommen mochte, nachzugeben geneigt war. Die Genfer Entscheidung hatte der Deutschen Delegation ihre besten Trümpfe aus der Hand genommen. Unter dem Vorsitze Calonders aber sah sie einen Trumpf wieder in ihrer Hand, der seit dem 11. November 1918 für Deutschland keine Geltung mehr gehabt hatte, nämlich den Trumpf der gerechten Sache. Für den Geist, in dem Calonder sein Amt auszuüben gedachte, war es bezeichnend, daß er es für seine Pflicht ansah, die oberschlesischen Verhältnisse selbst kennen zu lernen. Während seines Aufenthalts in Oberschlesien hat er mit allen Bevölkerungskreisen Fühlung genommen. Er verließ Oberschlesien voll warmen Mitgefühls mit der unglücklichen, durch die Genfer Entscheidung mißhandelten Bevölkerung. So ist er auch später bei seiner Rückkehr als Vorsitzender der Gemischten Kommission mit vollem Vertrauen empfangen worden.

Das Abkommen ist in französischer Sprache abgefaßt. Eine deutsche und eine polnische Uebersetzung ist beigefügt. Allein maßgebend ist der französische Wortlaut. Es umfaßt 606 Artikel, von denen ein großer Teil noch in mehrere Paragraphen zerlegt ist und zerfällt in fünf Teile: Allgemeine Bestimmungen, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz, Schutz der

Minderheiten, soziale Fragen, wirtschaftliche Fragen. Das Schlußprotokoll enthält wichtige Einzelbestimmungen.

Im Rahmen, der durch die Genfer Entscheidung gezogen war, betrifft das Abkommen nur das ehemalige Abstimmungsgebiet, wie es durch den Versailler Vertrag umschrieben ist. Jedoch sind von seiner Geltung die zum Abstimmungsgebiet gehörigen Teile des Kreises Namslau ausgenommen. Leider erstreckt sich diese Ausnahme nicht auch auf die unter den obwaltenden Umständen besonders lästigen Bestimmungen über den Minderheitenschutz (Art. 54 bis 158). Das Abkommen beschränkt sich ferner auf die Fragen, deren Regelung die Genfer Entscheidung verlangt hatte. Für die Einbeziehung anderer Fragen bot sich keine Handhabe. Nur in vereinzelten Fällen sind aus Zweckmäßigkeitsgründen Vereinbarungen, die im engen Zusammenhange mit diesen Fragen standen, mit aufgenommen worden. So ein vorläufiges Abkommen über den Grenzverkehr (Artikel 238 ff.), ein Abkommen über den Geschäftsbetrieb der zurzeit in der polnischen Zone tätigen deutschen Großbanken und der in der deutschen Zone tätigen polnischen Banken (Art. 314 ff.), sowie ein Abkommen zum Schutze des deutschen Eisenbahnpersonals, das vorläufig in polnische Dienste treten würde (Art. 501 bis 561). Auch die Vereinbarungen über den Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr (Art. 381 ff.) waren von der Genfer Entscheidung nicht vorgeschrieben, hätten also in ein besonderes Abkommen verwiesen werden können.[6]

Schon der außerordentliche Umfang des Abkommens zeigt, daß man sich nicht darauf beschränkt hat, die Grundsätze der Genfer Entscheidung in Vertragsform zu bringen, sondern bestrebt war, sie nach allen Richtungen hin auszubauen.

Die Formulierung des Abkommens läßt deutlich erkennen, daß sie von Juristen stammt, die durch die Schule des Bürgerlichen Gesetzbuches gegangen waren. Dies galt auch für die Mehrzahl der polnischen Unterhändler. Das bedeutet sehr starke Konzentration des Ausdrucks und leider auch nicht gerade übermäßige Gemeinverständlichkeit. Hin und wieder ist die Fassung auch durch taktische Rücksichten beeinflußt. So schien es nicht immer zweckmäßig, die den Polen abgerungenen Zugeständnisse zu deutlich in Erscheinung treten zu lassen.

B. Es ist im Rahmen dieses Buches nicht möglich, das Abkommen, das jetzt bestimmt ist, für 15 Jahre in wichtigen Punkten wirtschaftliche und rechtliche Verhältnisse im Abstimmungsgebiet, die Beziehungen der beiden Zonen dieses Gebietes zueinander und der polnischen Zone zum alten deutschen Mutterlande zu regeln, einigermaßen vollständig darzustellen. Es

---

[6] Gleichzeitig mit dem Calonder-Abkommen wurden abgeschlossen:
ein Abkommen über die Grenzübergangsbahnhöfe mit beiderseitiger Zoll- und Paßabfertigung und über die Rechte und Pflichten der Beamten im privilegierten Durchgangs- und Eisenbahnübergangsverkehr (R. G. Bl. II, S. 573);
ein Abkommen über den Postscheckverkehr (R. G. Bl. II, S. 541), das übrigens nur für die Zeit galt, in der die deutsche Mark die einzige gesetzliche Münzeinheit in Polnisch-Oberschlesien war.

werden Jahre vergehen, bis es ganz in die Praxis übergegangen sein wird. Wahrscheinlich ist es in großen Teilen zu einer nur papierenen Existenz verurteilt. Es kann hier nur das Wichtigste hervorgehoben werden.[7]

Bei der Würdigung des Abkommens ist einmal zu berücksichtigen, daß nach der Auffassung des Präsidenten eine Abweichung von den Grundsätzen der Genfer Entscheidung nicht zulässig war. Dieser starre Standpunkt nötigte dazu, Bestimmungen aufzunehmen, an die bei freierem Vertragsschluß niemand gedacht hätte, in bestimmten Fällen auch von der Genfer Entscheidung verlangte, für beide Teile unerwünschte Einrichtungen zwar zu schaffen, sie aber möglichst auszuhöhlen.

Vor allem aber ist immer wieder darauf hinzuweisen, daß Deutschland nicht mit freien Händen an den Verhandlungstisch trat. Es stand unter Abschlußzwang; die wichtigsten Zugeständnisse waren ihm einfach auferlegt, kamen also als Verhandlungsobjekte nicht mehr in Betracht. Dazu trat, daß die starken nationalen und wirtschaftlichen Interessen, die es mit einem großen Teil der Bevölkerung und dem Wirtschaftsleben der polnischen Zone verbinden, dazu nötigten, überall auch für die Verhältnisse jenseits der neuen Grenze zu sorgen. Es war nicht allein der Schutz der nationalen, kirchlichen und sprachlichen Minderheiten, der der deutschen Delegation am Herzen lag. Sie mußte namentlich auch besonderen Nachdruck auf die Gestaltung der rechtlichen Verhältnisse in der polnischen Zone legen. Wo für einige Zeit noch gemeinschaftliche Einrichtungen bestehen blieben, wie bei der Wasserversorgung und dem Knappschaftsverein, verstand es sich von selbst, daß Deutschland Wert darauf legen mußte, die Verwaltung zu behalten und Polen nur die unerläßlichste Beteiligung einzuräumen. Um aber die Unfallversicherung, für die es Polen noch an allen Organen fehlt, nicht alsbald zusamenbrechen zu lassen, sind die deutschen Berufsgenossenschaften verpflichtet worden, die Geschäfte einstweilen noch für polnische Rechnung weiterzuführen. Der polnischen Unfähigkeit, ein Eisenbahnsystem von der Verkehrsdichtigkeit des oberschlesischen mit geschultem Personal zu besetzen, wollte das Abkommen dadurch zu Hilfe kommen, daß es Polen die Möglichkeit gab, deutsches Eisenbahnpersonal, das sich bereitfand, für einige Zeit in polnische Dienste zu treten, zu verwenden, selbstverständlich unter Bedingungen, die den Interessen des Personals ausgiebigsten Schutz zu gewähren schienen. Uebrigens ist auch die Aufrechterhaltung der zurzeit in der polnischen Zone tätigen Filialen deutscher Großbanken den Polen zugestanden worden, um ihnen die Beibehaltung der deutschen Markwährung zu erleichtern. Damit ist aber gleichzeitig

[7] Eine eingehendere Orientierung ermöglicht das Oberschlesien-Heft der Blätter für Gesetzeskunde, Jahrg. 1922 Nr. 6 (Verlag von Georg Stilke), über die arbeitsrechtlichen Bestimmungen: Joachim, Arbeitsrechtliche Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien, Reichs-Arbeitsblatt 1922 Nr. 14, ferner verschiedene Aufsätze in der Juristischen Wochenschrift vom 15. Juli 1922, Jahrg. 51, Heft 14. S. ferner die Aufsätze des Verf.: Industrie und Liquidationsrecht im deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien, Bank-Archiv 1922, S. 253 und die Währungsfrage in dem deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien, Bank-Archiv 1922, S. 296.

dem Wunsche der Banken entsprochen und der deutschen Wirtschaft das Verbleiben starker Außenposten in der polnischen Zone vorderhand gesichert worden.

a) Obwohl es der Genfer Entscheidung, wie schon gesagt, durchaus fern lag, das frühere Abstimmungsgebiet während der Uebergangsperiode als einheitliches Wirtschaftsgebiet zu erhalten, hatte sie doch in einigen Punkten die Aufrechterhaltung einer Gemeinschaftlichkeit teils vorgeschrieben, teils den beiden vertragsschließenden Staaten anheimgestellt. Die beiden Delegationen begegneten sich in dem Wunsche, diese Reste von Gemeinschaftlichkeit, die nichts Gutes versprachen, soweit nach der Entscheidung und den tatsächlichen Verhältnissen nur möglich, nicht eintreten zu lassen oder baldigst zu beseitigen.

Für den Betrieb der staatlichen Eisenbahnen im Abstimmungsgebiet hatte die Entscheidung eine gemischte Verwaltung vorgeschrieben. Dem mußte das Abkommen Rechnung tragen, aber es hat dies in einer Form getan, die der Selbständigkeit der Eisenbahnverwaltungen in den beiden Zonen kaum Abbruch tut. Es hat lediglich ein gemeinschaftliches Oberkomitee vorgesehen, das hauptsächlich gewisse Fragen, die sich aus den engen Verkehrsbeziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Teil ergeben und unter allen Umständen eine Verständigung verlangen, zu regeln hat. Von einem gemeinschaftlich verwalteten Eisenbahnnetz ist jedenfalls keine Rede. Immerhin war es hier sowohl wie bei der Post nötig, um das Ineinandergreifen der beiden Verwaltungen zu ermöglichen, sehr eingehende Vereinbarungen zu treffen.

Es war ferner die Absicht der Entscheidung, durch die neue Grenze dem Verkehr zwischen den beiden Zonen möglichst wenig Hindernisse zu bereiten. Zu diesem Zweck schrieb sie die Einführung einer Verkehrskarte vor, die jeder Bewohner des Abstimmungsgebiets kostenlos erhalten und die ihm die Grenzüberschreitung ohne weitere Förmlichkeiten gestatten sollte. Das Abstimmungsgebiet sollte ein einheitliches Verkehrsgebiet bleiben. Diese aus mannigfachen Gründen bedenkliche Einrichtung ließ sich nicht beseitigen. Aber auch die Polen erkannten die damit verbundene Gefahr und kamen dem deutschen Wunsche, die Erteilung der Verkehrskarte aus politischen Gründen möglichst zu beschränken, bereitwillig entgegen. Von besonderer Bedeutung ist, daß Personen, die erst nach dem 1. Januar 1921 zugezogen sind, die Verkehrskarte nicht erhalten sollen, sondern den allgemeinen Verkehrsvorschriften unterliegen Gegen den Strom der Zuwanderer aus Kongreßpolen und Galizien würde sich also die deutsche Zone schützen können. Die Verkehrskarte wird zwar von der Behörde des Wohnorts ausgestellt, bedarf aber der Gegenzeichnung durch die Behörde des anderen Staates, sodaß die Befolgung der Ausstellungsvorschriften gegenseitig kontrolliert wird. Uebrigens berechtigt die Verkehrskarte lediglich zum freien Verkehr innerhalb des Abstimmungsgebiets, nicht dagegen zur Einreise in das übrige Deutschland oder Polen. Es werden daher, falls — wie zu befürchten — Mißbräuche eintreten, an der Grenze des Abstimmungsgebiets Schutzmaßnahmen getroffen werden können. Die

Verkehrskarte gilt nur für die Person, nicht für das, was sie mit sich führt. Hier greifen die Zollvorschriften, Ausfuhr- und Einfuhrverbote Platz. Das schon erwähnte Grenzabkommen gewährt nur sehr beschränkte Erleichterungen.[8]

Wer die Verhältnisse an der neuen Grenze kennt, wird freilich, so sorgsam auch die Bestimmungen getroffen sind, keinen Zweifel haben, wie sich die Dinge wirklich abspielen. Andererseits wird die Verkehrskarte hoffentlich auch dazu beitragen, daß die Deutschen in der polnischen Zone in engem wechselseitigen Verkehr mit ihren Landsleuten jenseits der Grenze bleiben.

In der Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins war mit besonderem Nachdruck auf die Untrennbarkeit der Wasserversorgung des Industriereviers hingewiesen worden. Die Entscheidung stellte die Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Wasserversorgung wenigstens anheim. Aber auch hier trafen sich die beiden Delegationen in dem Bestreben, möglichst rasch und vollständig eine Trennung eintreten zu lassen. Nach den getroffenen Vereinbarungen werden die beiden Zonen nach einer kurzen Uebergangszeit, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, voneinander unabhängig sein. Diese Trennung ermöglichte es auch, der sehr naheliegenden Gefahr vorzubeugen, daß sich Polen in die Handhabung der preußischen Wasserschutzbestimmungen einmischen und dadurch, vielleicht nicht allein des Wasserschutzes wegen, der Entwicklung des Bergbaus in dem uns noch verbleibenden Revier Hindernisse bereiten könnte. Deutschland hat die nach den geologischen Verhältnissen unbedenkliche Garantie dafür übernommen, daß der polnische Adolfschacht durch bergbauliche Arbeiten im preußischen Wasserschutzbezirk nicht beeinträchtigt wird.

Auch für den oberschlesischen Knappschaftsverein, dessen Aufrechterhaltung die Entscheidung ermöglichen wollte, ist die baldige Auflösung vorgesehen (Art. 214), die mittlerweile erfolgt ist.[9]

b) Auf den Ausbau der Bestimmungen der Entscheidung, die darauf hinzielten, der polnischen Zone die Erschütterungen tunlichst zu ersparen, die mit einem Wechsel der Währung verbunden sind, glaubte die deutsche Delegation nach den damaligen Verhältnissen im deutschen nationalen und wirtschaftlichen Interesse besonderen Nachdruck legen zu müssen. Durch die seitherige Entwicklung sind die getroffenen Vereinbarungen gegenstandslos geworden. In Ost-Oberschlesien gilt jetzt die neue polnische Währung.

Sehr sorgfältig ist der Grundsatz der Entscheidung durchgeführt, daß in der polnischen Zone die wohlerworbenen Rechte aufrechterhalten

---

[8] Selbstverständlich ist Deutschland in der Lage, autonom weitere Erleichterungen, namentlich Befreiung von den Ausfuhrverboten für Nahrungsmittel zu gewähren, sofern und solange die Aufrechterhaltung des bisherigen Arbeiterverkehrs in seinem Interesse liegt.

[9] Zu vgl. Gesetz, betr. das deutsch-polnische Abkommen über die Teilung des oberschlesischen Knappschaftsvereins, vom 22. Febr. 1923 (R. G. Bl. II, S. 132).

bleiben. Eingriffe im Wege der allgemeinen Gesetzgebung konnten allerdings nicht ausgeschlossen werden. Aber es ist für diesen Fall eine Schadenersatzpflicht des polnischen Staates vorgesehen, die dadurch noch besonderen Wert erhält, daß der Schadensanspruch nicht vor den polnischen Gerichten, sondern vor dem Schiedsgericht für Oberschlesien geltend zu machen ist. (Art. 4, § 2. Art. 5.)

Zu dem Schutz der wohlerworbenen Rechte gehörte auch deren Sicherstellung vor der Liquidation. Nach der Auffassung der Polen, die eine gewisse Stütze in dem Wortlaut der Entscheidung zu finden schien,[10] sollten sie mit einer nur für industrielle Anlagen, Bergwerke und Lagerstätten geltenden, zeitlich beschränkten Ausnahme auch in Oberschlesien berechtigt sein, gemäß Art. 92 des Versailler Vertrags das Vermögen, die Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger zwangsweise, allerdings gegen volle Entschädigung, einzuziehen. Diese Befugnis würde den Polen eine vernichtende Waffe zur Entdeutschung der polnischen Zone in die Hand gegeben haben. Um die Frage ist deshalb bis zuletzt zäh gerungen worden. Es gehört zu den wichtigsten Erfolgen der deutschen Delegation, daß die Sicherheit des deutschen Eigentums im polnischen Oberschlesien vor der Liquidation erreicht worden ist, mit nur zwei sehr beschränkten, schwerlich in Betracht kommenden Ausnahmen, deren eine einen geringfügigen Teil des landwirtschaftlich genützten Großgrundbesitzes, die andere die Anlagen der eigentlichen Großindustrie betrifft. (Art. 6 ff.) In der freien Verfügung über ihre Anlagen ist aber die Großindustrie nicht beschränkt.

Nach der Entscheidung bleiben in der polnischen Zone zunächst die jetzt geltenden Gesetze in Kraft, jedoch ist Polen berechtigt, Gesetze, die für sein ganzes Gebiet gelten, auch in Oberschlesien einzuführen. Hier ist es gelungen, zwei wichtige Einschränkungen zu vereinbaren. Auf dem Gebiete der Bodengesetzgebung und der Arbeitsgesetzgebung darf Polen die geltenden Gesetze nur durch Vorschriften ersetzen, die ihrem Inhalt nach geeignet sind, an die Stelle der bisherigen Vorschriften zu treten. (Art. 1, § 2.)

Die erstere Ausnahme richtet sich gegen die Einführung des polnischen Agrarreformgesetzes vom 15. Juli 1920, dessen brutale, auf eine fast entschädigungslose Enteignung hinauslaufenden Bestimmungen dem deutschen Grundbesitz noch weit gefährlicher geworden wären, als das Liquidationsrecht. Die zweite Ausnahme sichert die polnische Zone wenigstens auf dem Papier gegen Rückschritte auf dem Gebiet der sozialpolitischen Gesetzgebung. Unter der Voraussetzung, daß die sozialpolitischen Gesetze in der polnischen Zone auch ausgeführt werden, ist diese Sicherung von größter Bedeutung für das Wirtschaftsleben in der deutsch bleibenden Zone. Die Frage, ob ein polnisches Gesetz geeignet ist, an die Stelle des bisherigen

[10] Buchstabe j der Entscheidung lautet: Polen wird für 15 Jahre auf die Vorteile aus Art. 92 des Versailler Friedensvertrages verzichten, soweit es sich um industrielle Anlagen, Bergwerke und Lagerstätten handelt, es sei denn, daß die Liquidation nach Ansicht der Gemischten Kommission unerläßlich ist, um die Aufrechterhaltung des Betriebes zu sichern.

deutschen Rechtes zu treten, hat der Ständige Internationale Gerichtshof zu entscheiden. (Art. 2.)

c) Es ist bereits im ersten Teil darauf hingewiesen worden, daß einerseits der Wunsch, die Arbeiterschaft nicht zu beunruhigen, andererseits aber auch höhere Gesichtspunkte die Entscheidung dazu veranlaßten, in der polnischen Zone den Arbeitnehmern die sozialpolitischen Errungenschaften, deren sie sich in Deutschland erfreuen, zu erhalten. Die deutsche Delegation hielt es für ihre selbstverständliche Pflicht, diese Absicht, soweit irgend möglich, zu verwirklichen. Sie hat es sich angelegen sein lassen, die Fortführung der Sozialversicherung zu sichern, und — wie schon bemerkt — die Arbeitsgesetzgebung auf der in Deutschland errichteten Höhe zu erhalten. Sehr heftigen Widerstand aber setzten die Polen der Verwirklichung der Bestimmung der Genfer Entscheidung entgegen, wonach die zurzeit im Abstimmungsgebiet tätigen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände auch in Zukunft von den beiden Staaten anerkannt, also in ihrer Tätigkeit nicht behindert werden sollen. Sie scheuten augenscheinlich die Macht der deutschen Gewerkschaftsverbände. Gegenüber dem Wortlaut der Entscheidung aber sahen sie sich endlich zum Nachgeben genötigt, wobei ihnen nur, übrigens mit Zustimmung der deutschen Gewerkschaften, das Zugeständnis gemacht wurde, daß nach Ablauf von 3 Jahren von den deutschen Verbänden in der polnischen Zone örtliche Verwaltungsstellen einzurichten sind, eine Verpflichtung, die selbstverständlich auch die polnischen Gewerkschaften in der deutschen Zone trifft. Sehr sorgfältig ausgearbeitete Bestimmungen sehen die Möglichkeit der Vereinbarung und Verbindlicherklärung von Tarifverträgen für das gesamte Abstimmungsgebiet vor, eine Möglichkeit, die die Genfer Entscheidung besonders erwähnt, augenscheinlich von der Hoffnung ausgehend, daß durch gemeinschaftliche Tarifverträge die Arbeitsverhältnisse in der polnischen Zone dauernd auf der Höhe der deutschen Verhältnisse gehalten werden möchten. Nur hat sie selbst die Verwirklichung dieses Gedankens dadurch untergraben, daß sie die beiden Zonen durch Errichtung der Zollgrenze unter ganz verschiedene wirtschaftliche Entwicklungstendenzen stellte. Der Gedanke der Aufrechterhaltung des Zusammenhanges der Gewerkschaften sowie der gemeinschaftlichen Tarifverträge wird sich auf die Dauer, wie so manches in dem Abkommen, nur als ein schön gedachtes Projekt von lediglich papierener Existenz erweisen. Wirtschaft und Arbeitsverhältnisse hängen zu eng zusammen, als daß in getrennten Wirtschaftsgebieten die Arbeitsverhältnisse einheitlich gestaltet werden könnten. Man wird daher auch auf die Tätigkeit der beiden Bevollmächtigten für Arbeitsfragen, die von Deutschland und Polen bestellt werden sollen, um nach dieser Richtung zu wirken, keine besonderen Erwartungen setzen dürfen. Die Fürsorge für die sozialpolitischen Verhältnisse in der polnischen Zone drückt sich schließlich noch in der Bildung einer besonderen Beratungsstelle aus, die von der Gemischten Kommission zu hören ist, bevor sie in den hier in Frage kommenden Streitigkeiten entscheidet.

d) Wie schon gesagt, ließ sich die Entscheidung bei der Regelung der Zoll-, Einfuhr- und Ausfuhrfragen allein von den Interessen der polnischen Zone leiten. Es findet dies seinen krassesten Ausdruck in der Tatsache, daß sie die Bestimmung des Versailler Vertrages (Art. 268b), wonach Rohstoffe und Fabrikate aus dem ehemals deutschen Gebiet bei der Einfuhr nach Deutschland drei Jahre lang Zollfreiheit genießen, einfach übernommen hat, ohne der deutsch bleibenden Zone entsprechende Vorteile zuzugestehen. Es bot sich leider keine Handhabe, diese Unterlassungssünde im Abkommen auszugleichen. Manche Industrien der deutschen Zone müssen es jetzt bitter empfinden, daß ihnen ihr altes Absatzgebiet hinter der sich nun sofort erhebenden polnischen Zollmauer von der kongreßpolnischen Konkurrenz genommen wird.

Freilich ist auch die Bestimmung des Versailler Vertrags (Art. 90) aufgenommen, wonach Polen Deutschland den Ankauf und die freie Ausfuhr der oberschlesischen Bergwerksprodukte gestatten muß. Offenbar glaubte man, daß Deutschland die neupolnische Kohle nicht entbehren könne, was ja schon heute nicht mehr zutrifft. Bezeichnenderweise aber hat die Genfer Entscheidung in ihrem Wohlwollen für Polen es nicht unterlassen, eine entsprechende Verpflichtung Deutschlands vorzusehen. Es handelt sich übrigens, wie in dem Abkommen klargestellt ist, bei den für die Ausfuhr aus Deutschland namentlich in Betracht kommenden Eisenerzen nur um eine Verpflichtung Deutschlands, den Ankauf nicht zu hindern und die Ausfuhr zu gestatten, nicht um einen Lieferungszwang.

Im übrigen beschränkte sich die Genfer Entscheidung darauf, diejenigen Bestimmungen anzuordnen, deren Notwendigkeit sie im Interesse der jetzt polnischen Industrie aus der schon erwähnten, in so ganz anderem Sinn gemeinten Denkschrift des Berg- und Hüttenmännischen Vereins entnahm. Deutscherseits wurde versucht, den vorgeschriebenen Zugeständnissen in dem Abkommen eine möglichst enge Auslegung zu geben, nicht als ob der Industrie auf der anderen Seite, solange sie deutsch bleiben würde, die Unterstützung des Mutterlandes versagt werden sollte, sondern um Maß und Dauer einer solchen Unterstützung in der Hand zu behalten. So ist es gelungen, die zunächst höchst gefährliche Bestimmung, wonach Deutschland 15 Jahre verpflichtet ist, die Ausfuhr von Erzeugnissen aus seinem Gebiet zu erleichtern, die für die Industrie der polnischen Zone unentbehrlich sind, und umgekehrt, dahin zu erläutern, daß nur der durch die eigene Industrie nicht benötigte, für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Ueberschuß in Frage kommt. Freilich nur um den Preis eines weiten, doch zeitlich beschränkten Entgegenkommens für Schrott und Grubenholz sowie eine Anzahl anderer Waren, bei denen aber wohl kein deutsches Interesse der Ausfuhr entgegensteht, wogegen Polen bei Dolomit und Schwefelsäure entgegenkam. Ferner ist festgestellt, daß die von der Entscheidung für natürliche Erzeugnisse (z. B. Getreide, Kartoffeln) vorgeschriebene Zollfreiheit den Erlaß von Ausfuhrverboten nicht hindert. Die Befugnis Deutschlands, seiner eigenen Ernährungslage durch Ausfuhrverbote Rechnung zu tragen, ist unangetastet erhalten worden. Wenn hierfür eine bereits im

Mai 1923 zu Ende gegangene beschränkte Aushilfe in der Milchversorgung, ohne die in der polnischen Zone eine schwere Milchnot entstanden wäre, zugesagt war, so bedeutete das in Wahrheit kein Opfer, da sich Deutschland dieser Aushilfe, solange Polen noch nicht Zeit hatte, die Milchzufuhr aus seinem Gebiet zu organisieren, schwerlich hätte entziehen können. Uebrigens hat Polen für dieselbe Zeit die Ausfuhr von Thomasmehl gestattet, die wiederum der deutschen Landwirtschaft zugute kam.

Im ganzen ist es gelungen, um den Preis von nur für kürzere Zeit geltenden Zugeständnissen den nach der Genfer Entscheidung für die ganze Uebergangsperiode zu treffenden Vereinbarungen einen erträglichen Inhalt zu geben. Praktisch wirchtig ist, daß, wo das Abkommen Zollfreiheit oder den Anspruch auf Ausfuhrerlaubnis von bestimmten Voraussetzungen hinsichtlich der Herkunft oder Verwendung abhängig macht, die Beibringung der Nachweise von jedem Lande durch die Zollgesetzgebung autonom zu regeln ist. Deutschland kann sich also gegen einen Mißbrauch der Bestimmungen des Abkommens ausgiebig nach eigenem Ermessen sichern. Die Anrufung der Gemischten Kommission ist nicht gestattet.

e) In den Fragen der Staatsangehörigkeit war die deutsche Delegation bemüht, in möglichst großem Umfange den Bewohnern der polnischen Zone den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit zu sichern. Sie ließ sich dabei von der Hoffnung leiten, daß die Deutschen ihrem Vaterlande das Opfer bringen würden, das Schicksal, Polen zu werden, auf sich zu nehmen und nicht für Deutschland zu optieren. Oberschlesien wird der deutschen Kultur nur erhalten bleiben, wenn möglichst viel Deutsche nicht nur im Lande ausharren, sondern sich die gesicherte Stellung erhalten, die nur dem Staatsangehörigen zusteht. Nur der Staatsangehörige ist gegen Ausweisung gesichert. Nur er kann die den sprachlichen und religiösen Minderheiten zugestandenen Rechte in Anspruch nehmen.[11] Nur als polnische Staatsangehörige können Deutsche in die kommunalen Vertretungskörperschaften, in das Parlament der Wojewodschaft Oberschlesien und in den Reichstag nach Warschau kommen und dort zusammen mit ihren deutschen Brüdern aus Posen und Westpreußen und mit den anderen fremden Bestandteilen Polens eine Macht werden. Dem stand das Interesse der Polen entgegen, in ihrem zusammengestückelten und zusammengeraubten Lande ihren neuen Volkskörper möglichst einheitlich und frei von fremdstämmigen Minderheiten auszubauen.

Im Anschluß an den Versailler Vertrag und das Polen-Mächte-Abkommen vom 28. Juni 1919 entsprachen die Grundsätze der Genfer Entscheidung einerseits den polnischen Wünschen, während sie in anderer Hinsicht ihnen zuwiderliefen. So ergab sich die Möglichkeit, das Abkommen einen Mittelweg gehen zu lassen. Sehr sorgfältig sind dann die Schutzvorschriften für diejenigen, welche zwar die polnische Staatsangehörigkeit erwerben, aber nachträglich für Deutschland optieren, und der Wohnberech-

[11] Z. B. zählen bei der Frage, ob eine deutsche Schule zu errichten ist, nur die Kinder polnischer Staatsangehöriger deutscher Sprache.

tigten, d. h. derjenigen, die bei Uebergang der Souveränität einen Wohnsitz in der polnischen Zone haben, sowohl für die Zeit ihres Verbleibens wie für ihren Abzug nach Deutschland ausgebaut.

f) Daß Ost-Oberschlesien, wenn auch zurzeit verloren, deutsches Land ist und die deutsche Kultur dort zu erhalten Deutschlands Pflicht ist, veranlaßte — wie gesagt — die deutsche Delegation, mit besonderem Nchdruck die vertragsmäßige Ausgestaltung der Minderheitsrechte zu betreiben. Trotz des überaus zähen Widerstandes der Polen, die sich am liebsten auf bloße Wiederholung der kurzen Sätze des mit der Entente geschlossenen Vertrags vom Juni 1919 beschränkt hätten, die ihnen anscheinend bei ihrem Vorgehen in Posen und Westpreußen schon unangenehm genug sind, ist es nach langem Ringen schließlich unter dem Drucke Calonders gelungen, ein wohldurchdachtes System von Normen aufzustellen, das auf allen Lebensgebieten den Minderheiten die Pflege ihrer kulturellen, sprachlichen und religiösen Interessen im Rahmen des staatlichen Lebens ermöglichen und, soweit dies durch Verträge geschehen kann, unsere deutschen Minderheiten in Ost-Oberschlesien vor dem schweren Drucke schützen soll, dem die polnischen Staatsangehörigen deutscher Nationalität oder evangelischer Religion in Westpreußen und Posen ausgesetzt sind. Hierbei konnten die in Westpreußen und Posen mit den polnischen Praktikern gemachten Erfahrungen ausgiebig verwertet werden. Man hat mit Recht die einzelnen Bestimmungen des Abkommens als ein Sündenregister der Polen bezeichnet. Die deutsche Delegation ist ferner davon ausgegangen, daß diese Bestimmungen nur mit Hilfe eines an Ort und Stelle befindlichen Aufsichtsorganes in das Leben überführt werden könnten. Die Möglichkeit der Beschwerde an den am blauen Gestade des Genfer Sees thronenden Völkerbundsrat hielt sie nicht für ausreichend. Sie hat zwar nicht die Zuständigkeit der Gemischten Kommission, wohl aber, was sachlich keinen Unterschied macht, die Zuständigkeit des Präsidenten durchgesetzt, der vor seiner Entscheidung die Beisitzer hören muß.

Die deutsche Delegation war sich darüber klar, daß alles, was sie zugunsten der Minderheiten in der polnischen Zone erzielte, auf Kosten unserer innerstaatlichen Verhältnisse in der deutschen Zone geht. Jede Sicherung der Minderheiten in der polnischen Zone kann eine Stärkung der nationalpolnischen Agitation in der deutschen Zone und eine Schwächung der deutschen Abwehrstellung zur Folge haben. Sie hat geglaubt, dieses Opfer einer höheren Pflicht bringen zu müssen, die Deutschland gegenüber dem Deutschtum im ehemals deutschen Land obliegt, der Pflicht, einen über den jammervoll verstümmelten politischen Staat hinausragenden unsichtbaren Staat des Deutschtums zu erhalten. Hoffentlich setzt die Zukunft unter diesen Abschnitt des Abkommens nicht das Wort: „Vergebens".

Tatsächlich wird nach den vereinbarten Bestimmungen auch Deutsch-Oberschlesien einem zweisprachigen Lande sehr nahe kommen. Post und Eisenbahn werden allerdings nur die deutsche Sprache verwenden, auch die Amtssprache bleibt ausschließlich deutsch. Aber der Bevölkerung ist der Gebrauch der polnischen Sprache vor Gericht, im Verkehr mit den

Behörden und in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen usw. nach Belieben gestattet und die Erteilung von Unterricht in der polnischen Sprache und Errichtung polnischer Schulen in weitem Umfange ermöglicht. Von der Entwicklung wird es abhängen, ob nunmehr auch in der deutschen Zone, worauf in der polnischen Zone mit aller Entschiedenheit hingearbeitet werden wird, das Hochpolnische an die Stelle des bisherigen Oberschlesisch-Polnisch treten oder ob letzteres, wozu allerdings noch jeder wirkliche Anfang fehlt, sich zu einer Schriftsprache und damit zur Unterrichtssprache ausgestalten wird. Es wird sich auch zeigen, ob, wie vielfach behauptet wird, mit der Freigabe die tatsächliche Verwendung der polnischen Sprache zurückgehen wird. Wahrscheinlicher ist, daß die nie rastende polnische Agitation das, was nach dem natürlichen Verlauf der Dinge vielleicht eintreten würde, mit Hilfe der durch das Abkommen gegebenen Handhaben zu verhindern wissen wird.

g) Schon im ersten Teil (S. ???) ist dargelegt, daß die Sonderstellung, welche die Genfer Entscheidung dem Abstimmungsgebiet geben wollte, sich am schärfsten in der Schaffung gemeinschaftlicher Organe der Ueberwachung und der Rechtsprechung ausprägte. Hier war es zunächst das von den Polen geteilte Bestreben der deutschen Delegation, diese Sonderstellung tunlichst abzuschwächen und namentlich die Zuständigkeit der Gemischten Kommission möglichst eng und scharf zu umreißen. Die Kommission hat nach dem Abkommen nicht mehr den ihr von der Genfer Entscheidung zugedachten Charakter einer Ueberwachungsstelle, sondern ist lediglich eine zwischenstaatliche Schiedsstelle, die Streitigkeiten zwischen Deutschland und Polen über Auslegung und Anwendung des Abkommens zu entscheiden hat. Tätig darf sie nur werden auf Anrufen eines der beiden Staaten, die für den Verkehr mit der Kommission und zur Wahrnehmung ihrer Interessen vor der Kommission ständige Vertreter zu bestellen haben. Ihre Zuständigkeit betrifft nicht das ganze Abkommen, sondern nur einzeln angegebene Bestimmungen.

Allerdings konnte unter dem Druck des Völkerbundsrats dem Präsidenten die bei der jetzigen Persönlichkeit für uns vielleicht sogar erwünschte Befugnis nicht versagt werden, auf Mängel in der Ausführung des Abkommens hinzuweisen, ohne daß sich aber irgendwelche Folgerungen aus einem solchen Hinweis ergeben. Daneben bleiben der Kommission gewisse einzelne Zuständigkeiten, die ihren Charakter als einer zwischenstaatlichen Schiedsstelle zur Beilegung bestimmter Streitigkeiten zwischen Deutschland und Polen nicht ändert. Ihre Tätigkeit ist mit der Fällung des Schiedsspruchs beendet. Die Ausführung ist nur durch Vereinbarung zwischen Deutschland und Polen gesichert. Etwas anders gestaltet sich die Stellung der Gemischten Kommission oder genauer ihres Präsidenten in Fragen des Minderheitsschutzes. Hier handelt es sich um Streitigkeiten zwischen dem einen Staate und seinen eigenen Staatsangehörigen, *in die sich der andere Staat grundsätzlich nicht einzumischen hat.* Der Präsident hat deshalb nur auf Antrag der Minderheit, die selbst für ihre Rechte kämpfen muß, tätig zu werden. Die Eigenart dieses Verfahrens

kommt auch darin zum Ausdruck, daß die regelmäßigen Staatsvertreter ausgeschaltet sind und ein besonderes in jedem Staat zu bildendes Minderheitsamt der sich in ihren Rechten verletzt fühlenden Minderheit gegenübertritt. An das Minderheitsamt ihres Staates hat sich die Minderheit zu wenden, um die Entscheidung des Präsidenten herbeizuführen. Das Minderheitsamt hat dafür zu sorgen, daß der Präsident, von dringenden Fällen abgesehen, erst nach Erschöpfung des staatlichen Instanzenzuges, soweit dies das Abkommen verlangt, angegangen wird, und hat in dem Verfahren vor dem Präsidenten den *staatlichen* Standpunkt zu vertreten. Als staatliches Organ hat es selbstverständlich berechtigten Beschwerden vor Weitergabe an den Präsidenten tunlichst, durch Einwirkung auf die zuständigen Stellen, Abhilfe zu verschaffen. Es ist aber nicht dazu berufen, die Minderheiten gegenüber dem Staat zu vertreten, sondern ist gegenüber der den Minderheiten gewährten, im bisherigen staatlichen Leben noch unerhörten Befugnis, den eigenen Staat vor einer internationalen Stelle zur Verantwortung zu ziehen, zur Wahrung der staatlichen Interessen geschaffen. Als eine Art Landmannschaftsminister ist es nicht aufzufassen. Es würde dem Sinne des Abkommens widersprechen, wenn den Minderheiten irgendwelcher Einfluß auf die Besetzung des Minderheitsamts, das übrigens eine Reichsbehörde ist, eingeräumt würde.

Während die Entscheidungen der Gemischten Kommission für die beiden Staaten bindend sind, hat die Entscheidung des Präsidenten in Minderheitsfragen nur die Bedeutung einer Meinungsäußerung (avis). Das Minderheitsamt hat diese Aeußerung seinem Staat zu übermitteln, und demnächst dem Präsidenten mitzuteilen, was darauf veranlaßt ist. Es wird von der Autorität, die der Präsident sich erwirbt, abhängen, ob seine Ausführungen ausreichen werden, solche Streitigkeiten zu schlichten. Den staatlichen Behörden bleibt jedenfalls die Möglichkeit offen, bei ihrer Stellung zu beharren, während die Minderheiten nicht gehindert sind, auch jetzt noch den Völkerbundsrat anzurufen.

An verschiedenen Stellen des Abkommens sind für zukünftig entstehende, im Augenblick noch nicht zu übersehende Fragen besondere Vereinbarungen vorbehalten. In solchen Fällen soll die Gemischte Kommission, falls eine Einigung nicht zustande kommt, als Schlichtungsstelle angerufen werden. Ihr Einigungsvorschlag wird verbindlich, wenn die beiden Staaten sich nicht innerhalb bestimmter Frist anderweit verständigen.

Die Kommission hat ihren Sitz in Kattowitz.

Dem Schiedsgericht für Oberschlesien, das nach Beuthen kommt, hatte die Entscheidung die Aufgabe zugewiesen, privatrechtliche Streitigkeiten zu entscheiden, die aus der Anwendung des Abkommens entstehen könnten. Wie die Fühlungnahme mit den Rechtsberatern des Völkerbundsrats ergab, waren diese Worte auch für sie ein vollkommenes Rätsel.[12] Es

[12] In der ersten Vollsitzung äußerte Calonder, daß man wohl eine Art Verwaltungsgerichtshof habe schaffen wollen, der Wortlaut besagt das Gegenteil.

handelte sich also darum, dieser Einrichtung einen zweckmäßigen Inhalt zu geben.

Das Abkommen wurde zu einem immer verwickelteren Gebilde, das zu einer Pandorabüchse für Auslegungsfragen zu werden drohte. Um eine einheitliche und objektive Auslegung des Abkommens sicherzustellen, wurde das Schiedsgericht berufen, in Streitigkeiten, die vor einem Gericht, einem Verwaltungsgericht oder einer Beschlußbehörde im Abstimmungsgebiet anhängig werden und bei denen die Entscheidung von der Auslegung des Genfer Abkommens abhängig ist, auf Antrag einer Partei diese Auslegungsfrage für die Streitigkeit maßgebend zu entscheiden.[13] Bei dem berechtigten Mißtrauen gegen die Objektivität und die Qualität der polnischen Gerichte, die zunächst sehr mangelhaft und nicht durchweg mit gelehrten Richtern besetzt sein werden, bedeutet diese sekundäre Zuständigkeit als Schiedsgericht einen höchst erwünschten Schutz namentlich der Bewohner der polnischen Zone und der dort verbleibenden deutschen Interessen, ohne daß man von einer Beeinträchtigung der Hoheitsrechte sprechen dürfte.

Sodann soll das Schiedsgericht für bestimmte Streitigkeiten die allein und endgültig entscheidende Instanz bilden, insoweit also an Stelle der an sich zuständigen Behörde (Gericht oder Verwaltungsbehörde) treten. Das sind in erster Linie eine ganze Anzahl in dem Abkommen aufgezählte Fälle, in denen eine Beeinträchtigung der für die Bewohner des Abstimmungsgebiets begründeten Rechte in Frage kommt, z. B. das Recht auf die Verkehrskarte, der Erwerb der Staatsangehörigkeit, der den Optanten und Wohnberechtigten zugedachte Schutz; erwähnt ist bereits der Schadenersatzanspruch wegen Verletzung wohlerworbener Rechte durch staatliche Maßnahmen. (Art. 5.) Abgesehen von der Verkehrskartenfrage kommt diese primäre Zuständigkeit der überstaatlichen Instanz so gut wie ausschließlich für den polnischen Teil in Betracht, der ja überhaupt in dem Abkommen die größte Rolle spielt. Um so mehr lag es in deutschem Interesse, diese primäre Zuständigkeit möglichst weit zu gestalten.

Bei dieser großen Mannigfaltigkeit der Zuständigkeit des Schiedsgerichts mußte einer Ueberlastung mit unbedeutenden Angelegenheiten vorgebeugt werden. Es ist dies durch Schaffung von Vorinstanzen, sog. Auffangsorganisationen, geschehen, die aus einem deutschen und einem polnischen Kommissar bestehen und entweder auf eine Schlichtung der Streitigkeit hinzuwirken haben (so die Schlichtungsstelle für Staatsangehörigkeitsfragen, Art. 55 ff.), aber auch bei Einstimmigkeit endgültig entscheiden (so die Schiedsstelle für Verkehrskarten, Art. 294 ff.).

Zwar ist in dem Abkommen darauf Bedacht genommen, der Gemischten Kommission einen gewissen Vorrang vor dem Schiedsgericht zu sichern. Voraussichtlich aber wird sich die Tätigkeit des Schiedsgerichts als die bedeutsamere erweisen. Allerdings wird viel von der künftigen

[13] Handelt es sich um Minderheitsschutzbestimmungen, so ist der Präsident des Schiedsgerichts allein zuständig.

Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen abhängen. Sind diese einigermaßen korrekt, so werden die beiden Staaten es wohl vorziehen, Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung und Auslegung des Abkommens unter sich zu erledigen, wofür die beiden Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission die geeignetsten Organe bilden werden. Von großer Tragweite ist dagegen, wie sich schon gezeigt hat, die Tätigkeit des Präsidenten der Kommission in Fragen des Minderheitsschutzes. Ganz so bedrängt ist dank den Bestimmungen des Abkommens die Lage der deutschen Minderheiten in Oberschlesien wohl nicht, wie in Posen und Westpreußen.

Die Fülle der Organisationen, die notwendig werden, um die von dem Völkerbundsrat versuchte Lösung zu ermöglichen, muß berechtigtes Erstaunen erregen. Zu der Gemischten Kommission und dem Schiedsgericht treten die bei diesen Stellen tätigen Staatsvertreter, der begutachtende Ausschuß für Arbeitsfragen, die Schlichtungsstelle für Staatsangehörigkeitsfragen, die Schiedsstelle für Verkehrskarten, die Minderheitsämter, die Bevollmächtigten für Arbeitsfragen, die Schlichtungsstellen für gemeinsame Tarifverträge, das gemeinschaftliche Oberkomitee für die Bahnen des Abstimmungsgebiets und sonstige durch die Regelung des Eisenbahnwesens erforderliche Stellen, weiter Schiedsstellen für besondere Fälle. Schließlich sind auch noch der Völkerbundsrat und der Ständige Internationale Gerichtshof in wichtigen Fällen zur Entscheidung berufen.

Es ist ein Werk von einer Künstlichkeit und Kompliziertheit geschaffen, wie es die Welt noch nicht gesehen hat und das so recht in das Zeitalter des Versailler Vertrags paßt. Aber eben in seiner unvermeidlichen Kompliziertheit und seinen 606 Artikeln ist dieses Werk die vernichtende Verurteilung des Versuchs, Oberschlesien durch die unsinnigste aller Grenzen auseinanderzureißen und dann durch ausgeklügelte Maßnahmen die abgerissenen Glieder vor dem Absterben zu schützen. In einem Bericht über die Tätigkeit des Völkerbundsrats heißt es: „Seit der Genfer Entscheidung hat die völligste Ruhe in Oberschlesien geherrscht, das vor und nach der Abstimmung der Schauplatz schwerer Unruhen war. So ist es dem Völkerbund gelungen, ausgleichend und beruhigend zu wirken, kurz dazu beizutragen, die Ursachen künftiger Kriege zu vermeiden.“ Wenn man dem eigentlichen Unruhestifter mehr gibt, als er zu hoffen wagte, so stellt sich natürlich zeitweise, wenigstens an der Oberfläche, eine gewisse Beruhigung ein. Aber die Zeit wird kommen und ist vielleicht schon da, in der der Völkerbundsrat nicht mehr mit dem naiven Stolz auf sein Werk sieht, sofern er nicht so vorsichtig ist, sich die glückliche Unkenntnis der Verhältnisse, mit der er die Genfer Entscheidung verfaßt und sich das oben wiedergegebene Zeugnis ausgestellt hat, zu erhalten.

Die große Frage, ob es der Genfer Entscheidung durch das von ihr erzwungene Abkommen gelingt, das Wirtschaftsleben der polnischen Zone von schweren Erschütterungen und Verelendung zu schützen, ist jetzt, so

übel es auch zurzeit schon aussieht, doch noch nicht mit Sicherheit zu beurteilen. Die Länge trägt die Last. Das Verschwinden der Zollgrenze gegenüber Polen war jedenfalls zunächst ein günstiges Moment, und der deutsche Markt ist heute noch offen. Erst am 15. Juni 1925 schließt sich die deutsche Zollgrenze. Dann wird sich das ganze Unheil zeigen.

Die Wirkung eines Vertrags hängt nicht allein von dem ab, was auf dem Papier steht, sondern in erster Linie von denen, die ihn auszuführen haben. Ost-Oberschlesien ist jetzt verurteilt, ein Bestandteil Polens zu werden. Keine noch so fein ausgedachten Bestimmungen werden es auf der Kulturstufe, auf die es das alte Mutterland gehoben hatte, erhalten können. Polnisch-Oberschlesien wird nicht den Oberschlesiern, sondern den Polen gehören. Gesetze sind eine Form; erst das Leben gibt ihnen den Inhalt. Das Leben aber wird in Zukunft mit polnischem Geist erfüllt sein und der polnische Geist ist noch nie der Geist der Ruhe, Ordnung und redlichen Pflichterfüllung gewesen. Ohne diesen aber kann sich das Abkommen nicht von seiner papierenen Existenz erheben und praktisch im Leben wirken. Niemand wird anders als mit der größten Besorgnis den Verhältnissen, die sich an der neuen Grenze und drüben entwickeln, und dem Schicksal unserer deutschen Stammesgenossen entgegensehen. In keinem Falle ist es mit den Schutzvorschriften des Abkommens für die deutschen Minderheiten getan. Sie entbinden uns nicht von der Pflicht, unseren Landsleuten drüben stetig beizustehen und in ihnen nie das Gefühl entstehen zu lassen, daß sie sich selbst überlassen und vergessen sind.

Als der Reichstag über die Ratifikation des Abkommens beschloß, hing über ihm eine schwarz umflorte Fahne in den Farben Schlesiens und unter dieser Fahne wurde der Protest gegen das uns angetane Unrecht feierlich wiederholt.

Polen hat keinen Schwertstreich getan, kein eigenes Opfer gebracht. Was ihm jetzt durch die gnädige Willkür des Obersten Rates geschenkt wurde, ist ein Raub, der nur dürftig mit der durch Mord und Totschlag, Betrug und Bestechung verfälschten Abstimmung eines völlig unreifen Volkes bemäntelt ist, ein Raub, begangen an dem Deutschland, dessen siegreiche Waffen Rußland niedergeworfen und Polens Erstehung erst ermöglicht hatten und das jetzt ohnmächtig am Boden liegt. Daß Deutschland überdies genötigt wurde, diesen Raub durch das vorliegende Abkommen sichern zu helfen, war die härteste Zumutung, die wohl jemals einem Volke gestellt worden ist und macht es erklärlich, daß dieses Abkommen, trotzdem es von keiner Seite in wesentlichen Punkten bemängelt wurde, nicht die einhellige Zustimmung des Reichstags gefunden hat.

Es ist verschiedentlich betont worden, daß die Verhandlungen von beiden Seiten in versöhnlichem Geiste geführt worden sind. Es wäre verständlich genug, wenn Polen eine Versöhnung erstrebte. Und doch sind, während die Verhandlungen schwebten, und noch in den Tagen der Ratifikation die Stimmen nicht verstummt, die erkennen lassen, daß Polen nicht am Ziele seiner ehrgeizigen Wünsche ist und daß eine zähe und zielbewußte Agitation fortfahren wird, unser Land zu unterwühlen, um zu gegebener

Zeit wieder zugreifen zu können. Demgegenüber wird die Fürsorge für das Gedeihen des uns verbliebenen Landes durch das alte Mutterland, das seit den Tagen des großen Königs Oberschlesien zu dem gemacht hat, was es bis vor kurzem noch war, die beste Verteidigung und die wirksamste Deutschtumspolitik sein.

In dem beraubten Deutschland aber wird der Geist der Versöhnlichkeit, in dem das Abkommen geschlossen werden mußte, und im Interesse des geraubten Landes ausgeführt werden muß, die Erinnerung daran, was uns geschehen ist und wer dazu mitgeholfen hat, nicht auslöschen.

Nachtrag.

Am Tage vor der Ratifikation des Abkommens teilte die Botschafterkonferenz durch Schreiben vom 24. Mai der deutschen Regierung zu deren peinlichster Ueberraschung mit, daß die Bestimmungen des Artikels B des Abkommens, wonach die Güter, Rechte oder Interessen deutscher Staatsangehöriger oder von deutschen Staatsangehörigen kontrollierter Gesellschaften in Oberschlesien nicht liquidiert werden dürfen, die Anwendung des Artikels 260 des Versailler Vertrages nicht ausschlössen. Artikel 216, soweit er hier interessiert, besagt, daß Deutschland, alle Rechte und Interessen, die deutschen Reichsangehörigen an einer Unternehmung von öffentlichen (entreprise d'utilite publique) oder einer Konzession in einem von Deutschland abgetretenen Gebietsteilen gehören, auf Verlangen der Reparationskommission erworben und dieser übereignen muß. Damit war der Erfolg des Abkommens, soweit es sich um die Sicherung deutscher Rechte und deutschen Eigentums im abgetretenen Gebiet handelte, in Frage gestellt. Die Anwendbarkeit dieser Bestimmung auf Oberschlesien war während der ganzen Verhandlungen auch nicht andeutungsweise berührt worden; niemand hatte nur im entferntesten an sie gedacht. Es muß zur Ehre der Botschafterkonferenz angenommen werden, daß auch sie bei der Genfer Entscheidung die Anwendbarkeit des Artikels 260 des Friedensvertrages nicht in Betracht gezogen hat. Anderenfalls würde es sich um eine Doppelzüngigkeit ohnegleichen gehandelt haben. Auf einer Seite versicherte man feierlich, daß die Entscheidung das wirtschaftliche und soziale Leben Oberschlesiens vor Störungen sichere und deshalb auch das Privateigentum schützen wolle, schloß überdies ausdrücklich das Liquidationsrecht, das Polen nach dem Friedensvertrag zuzustehen schien, für industrielle Unternehmungen, Bergwerke und Lagerstätten aus. Auf der anderen Seite aber behielt man eine Bleffe im Gewande, mit der man die Entdeutschung der oberschlesischen Industrie nicht minder vollkommen zu erzielen vermocht hätte. Denn unter Unternehmen von öffentlichem Nutzen verstand die Reparationskommission auch Kohlen und Erzbergwerke, unter Konzession das Bergwerkseigentum. Nach ihrer Ansicht konnte sie auf Grund des Artikels 260 die Abtretung

der deutschen oder in Deutschland sitzenden Gesellschaften gehörigen oberschlesischen Bergwerke und unverritzten Felder, sowie der im deutschen Besitz befindlichen Anteile von oberschlesischen bergbautreibenden Gesellschaften verlangen. Vermutlich ist die Botschafterkonferenz erst, nachdem die Regelung der Liquidationsfrage in dem Abkommen die Hoffnung Polens, auf das Liquidationsrecht als Mittel zur Entdeutschung nicht ganz verzichten zu brauchen, zerstört hatte, auf diesen Ausweg hingewiesen worden. Selbstverständlich würde die Anwendbarkeit des Artikels 260 des Friedensvertrages auf Oberschlesien sowohl nach den Bestimmungen des Friedensvertrages selbst wie nach dem Sinn und dem Wortlaut der Genfer Entscheidung von Deutschland entschieden bestritten. Die Reparationskommission sah sich veranlaßt, mit der deutschen Regierung einen Schiedsvertrag zu schließen, durch den der ganze Komplex der über Artikel 260 entstandenen Streitfragen einem Schiedsrichter zu unterbreiten war. Die Verhandlungen haben im Januar und Februar 1924 in Paris stattgefunden. Schiedsrichter war der norwegische Hofgerichtspräsident in Drontheim und stellvertretende Richter am Internationalen Schiedsgericht im Haag, Beichmann. Die deutsche Regierung wurde durch Professor Dr. Partsch und Unterstaatssekretär a. D. Dr. Göppert vertreten. Der Schiedsrichter hat die ihm vorgelegte Frage, ob die Bestimmungen des Artikels 260 des Friedensvertrages auch auf das an Polen abgetretene Gebiet Oberschlesiens anwendbar sind, verneint. Uebrigens hat er sich auch dahin ausgesprochen, daß ein Bergwerk keine Unternehmung von öffentlichem Nutzen und das preußisch-rechtliche Bergwerkseigentum keine Konzession im Sinne des Artikels 260 seien. Damit ist eine unvermutet aufgetauchte Gefahr für das oberschlesische und deutsche Wirtschaftsleben endgültig beseitigt.

VIII. Die Zerreißung Oberschlesiens.

1. Die Feststellung der neuen Grenze.

(Nach amtlichen Berichten.)

Die endgültige Festsetzung der Grenze gestaltete sich nochmals zu einem zähen Kampfe der beiden Anschauungen und Interessen. Wohl handelte es sich, nachdem die Genfer Entscheidung zu Deutschlands Ungunsten gefallen war, um Einzelheiten. Diese waren aber zum Teil noch von großer wirtschaftlicher Bedeutung, und so mußte denn alle Kraft angewendet werden, um das zu retten, was noch zu retten war. In der Tatsache, daß sich hierbei die deutsche Auffassung weitgehend durchzusetzen vermochte, liegt zwar kein Trost für den unermeßlichen Schaden der Genfer Entscheidung, aber immerhin ein schöner Beweis für die Energie und Tatkraft der deutschen Grenzkommission.

Die Verhandlungen über die Grenzziehung seien nun kurz geschildert:

A. Nach Bekanntgabe der Teilung Oberschlesiens durch die Genfer Entscheidung vom 20.Oktober 1921 wurde zunächst nach der in Artikel I dieser Entscheidung gegebenen Grenzbeschreibung durch die Grenzkommissare eine Demarkationslinie festgesetzt, die zwar die endgültigen Entschlüsse der Kommission nicht präjudizieren und als provisorische Linie späteren Abänderungen unterworfen bleiben, jedoch im Industriegebiet „möglichst der endgültigen Grenzlinie nahekommen" sollte. Schon die Verhandlungen über die Demarkationslinie hatten zu heftigen Kämpfen der beiden beteiligten Delegationen um die Zuteilung wichtiger Industrieobjekte geführt, so vor allem um die von der Grenze durchschnittenen Delbrückschächte und die Radzionkaugrube, ferner um das östliche Grubenfeld der Königin-Luise-Grube. Die Entscheidung über die Demarkationslinie im Dezember 1921 beließ die Delbrückschächte, das östliche Feld der Königin-Luise-Grube und den Hauptteil des vorgerichteten Grubenfeldes von Radzionkau bei Deutschland.

Noch vor der Abmarkung der Demarkationslinie setzten heftige Bemühungen der polnischen Delegation ein, eine Revision der Entscheidung bei den Delbrückschächten zugunsten Polens zu erlangen. Diese blieben damals erfolglos.

Die Uebergabe der beiden Teile Oberschlesiens im Juli 1922 an Deutschland und Polen, ebenso der Abschluß des deutsch-polnischen Ab-

kommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 und der damit im Zusammenhang stehenden Verträge erfolgte auf der Grundlage der Demarkationslinie.

B. *Die endgültige Grenzfestsetzung.* Die Arbeiten der Kommission zur Festsetzung der endgültigen Grenzlinie begannen am 12. August 1922 mit dem Austausch der vorläufigen Grenzvorschläge der deutschen und der polnischen Delegation für das Industriegebiet (Abschnitt N.).

I. *Industrieabschnitt.*

Unter den gegebenen Verhältnissen, d. h. auf Grund der Genfer Entscheidung, nach der sich die Kommission zu richten hatte, war die Demarkationslinie im Industriegebiet im allgemeinen für Deutschland günstig ausgefallen. Es galt daher, das Gewonnene bei der endgültigen Entscheidung zu behaupten. Unter dem Gesichtspunkt, daß weitreichende deutsche Forderungen sicher zu nachteiligen Abänderungen an anderen Stellen führen mußten, hielt sich der deutsche Vorschlag eng an die bestehende Demarkationslinie und erstrebte nur an wenigen Punkten geringfügige Ergänzungen zugunsten der wirtschaftlichen Entwicklung des ohnehin so schwer verstümmelten deutschen Teiles von Oberschlesien. — Demgegenüber offenbarte der gegnerische Vorschlag polnische Gebietsansprüche, die durch ihre maßlose Ausdehnung und den außerordentlich hohen Wert der Objekte einen neuen polnischen Raubplan enthüllten. Die Polen forderten neben zahlreichen kleinen Flächen:

Die Delbrückschächte südlich Hindenburg.
Die Fiedlersglück-Grube nebst den Zinkfeldern Wilhelmsglück im Stadtgebiet von Beuthen.
Das Gelände von Städtisch-Dombrowa mit dem vorgerichteten Feld der Radzionkaugrube.
Das Westfeld von Bleischarley im Gebiet von Roßberg.
Das Ostfeld der Königin-Luise-Grube in der Gemarkung Ruda.
Weiteres Gelände bei Nieborowitzer Hammer.

Der polnische Grenzvorschlag war nichts anderes als ein erneuter, großzügig angelegter Angriff auf wertvollste Teile deutschen Landes.

Da die deutscherseits sofort erhobenen Proteste bei der polnischen, französischen, britischen, italienischen Regierung und bei der Botschafterkonferenz zunächst ausweichend beantwortet und schließlich mit der Begründung zurückgewiesen wurden, daß die Regelung dieser Frage ausschließlich Sache der Grenzkommission sei, fiel der Deutschen Delegation, tatkräftig unterstützt durch die zuständigen Stellen, die schwere Aufgabe zu, die Abwehr der polnischen Ansprüche zu organisieren, sie mit umfangreichen Denkschriften zu widerlegen und in monatelangen zähen Verhandlungen die Berechtigung des deutschen Standpunktes darzulegen. Obwohl deutscherseits sogar Bereitwilligkeit gezeigt wurde, selbst die geringen Forderungen, welche zur notwendigen Ergänzung der Demarkationslinie gestellt worden waren, fallen zu lassen, verzichtete der polnische Kom-

missar bei keiner Gelegenheit und an keiner Stelle auf seine Ansprüche, da er sie als Gebiete ansehen müsse, die Polen durch die Genfer Entscheidung zugesprochen seien.

Die Verhandlungen über die Einzelobjekte des Industrieabschnitts gestalteten sich in Anbetracht des hohen Wertes auch der kleinsten Flächen und bei der Notwendigkeit, zahlreiche Sachverständige heranzuziehen, denen die Gegenseite wiederum anderes Material und ihre Sachverständigen gegenüberstellte, äußerst kompliziert und zeitraubend. Sie nahmen die Monate August bis Dezember 1922 in Anspruch. Der Entwurf der alliierten Kommissare über die endgültige Grenzführung fiel im großen und ganzen für Deutschland günstig aus:

Die Delbrückschächte,
das Ostfeld der Königin-Luise-Grube,
die Fiedlersglückgrube,
das Westfeld von Bleischarley,
Städtisch-Dombrowa und das nach der Demarkationslinie auf deutscher Seite verbliebene Feld der Radzionkaugrube mit einer Erweiterung bei Wetterschacht II und
Nieborowitzer Hammer mit der Straßenverbindung nach Westen

sollten bei Deutschland verbleiben.

Bemerkenswert ist, daß die Polen im Laufe der Verhandlungen den Versuch machten, beim Reichskohlenkommissar ein größeres Einfuhrkontingent von Koks nach Polnisch-Oberschlesien zu erhalten, nur um den angeblich in Polen herrschenden „Koksmangel", der deutscherseits bei der Diskussion über die Delbrückfrage mit Erfolg bestritten worden war, statistisch belegen zu können. Das Manöver wurde diesseits rechtzeitig erkannt und verhindert. Die Polen antworteten darauf mit einer Ausfuhrsperre von oberschlesischem Koks gegen Deutschland.

Am Tage vor der endgültigen Abstimmung über die Grenze im Industrieabschnitt, die im wesentlichen der für Deutschland günstigen Vorentscheidung entsprochen haben würde, überreichte der polnische Kommissar eine Note, in der er die Ernennung eines nichtinteressierten Grubensachverständigen zur örtlichen Prüfung der Frage der Delbrückschächte bei der Botschafterkonferenz beantragte und die Forderung stellte, daß während der Zwischenzeit bis zu seiner Ernennung die Entscheidung über den ganzen Abschnitt N suspendiert werden sollte. Als Begründung machte er geltend, daß die Unstimmigkeiten zwischen den gutachtlichen Erklärungen der deutschen und polnischen Grubensachverständigen in der Delbrückfrage so bedeutend und für die Entscheidung wichtig seien, daß unbedingt das Urteil eines neutralen Fachmannes eingeholt werden müßte.

Trotz des heftigsten Widerstandes der Deutschen Delegation beschlossen die alliierten Kommissare — aus Sorge vor dem polnischen Einfluß bei der Botschafterkonferenz —, dem Antrage der Polen stattzugeben. Glücklicherweise gelang es jedoch dem deutschen Kommissar, nach schwerwiegenden Zwischenfällen durchzusetzen, daß über die Grenze im

Abschnitt N, unter Aussparung des Teiles bei den Delbrückschächten, noch im Dezember 1922 endgültig entschieden wurde. Damit wurde wenigstens die Ungewißheit bei den übrigen Hauptobjekten, auf welche die Industrie besonderen Wert legte, behoben:

Königin-Luise-Ostfeld, Bleischarley-Westfeld, Fiedlersglück, das Dombrowaer Feld der Radzionkaugrube und der Guts- und Gemeindebezirk Nieborowitzer Hammer waren endgültig für Deutschland gerettet! —

II. Nord- und Südabschnitt.

Ein gleichfalls für Deutschland den Umständen entsprechend günstiges Ergebnis lieferte die endgültige Grenzfestsetzung im Nordabschnitt (M), d. h. den Kreisen Guttentag (Restkreis Lublinitz), Groß-Strehlitz und Tost-Gleiwitz.

Deutschland mußte der bestehenden Demarkationslinie gegenüber einige Ackergrundstücke, Abbauten und Gehöfte in der Gegend von Staschowe und Sorowski aufgeben, deren Besitzer bzw. Bewohner sich aus wirtschaftlichen oder nationalen Gründen als zu Polen gehörig betrachteten. Auf Wunsch der Gräfl. Tiele-Wincklerschen Forstverwaltung wurde zwecks Vereinheitlichung der Teichwirtschaft eine kleine, unbewohnte Waldfläche abgetreten, und außerdem wurde Polen ein Stück unbewohntes Waldgelände im Südostzipfel des Gutsbezirks Neudorf-Tworog und ferner im Zusammenhang mit der für Polen als notwendig erachteten Chauseeverbindung Piassetzna — Boruschowitz (Pulverfabrik Pniowitz) ein Stück unbewohntes Waldgelände nebst Hannusseker Wiesengelände zwischen Renardstraße und Stollenwasser von der Kommission zugewiesen.

Demgegenüber gewann Deutschland außer einigen Parzellen an dem Südrande der Gemeinde Sorowski und östlich und südlich von Skrzidlowitz fast den ganzen Wald des Gutsbezirks Pawonkau mit dem Gelände für einen auf deutscher Seite neu zu errichtenden Grenzbahnhof sowie die wichtige, über 8 km lange Straßenverbindung von Skrzidlowitz nach Zawadzki mit den westlichen Teilen der Gemeinde Koschmieder (Paczeras, Gaborowice, Potasnia (ca. 30 Wohnstellen), den östlich der bisherigen Demarkationslinie gelegenen Teil des zur Herrschaft Malepartus gehörigen Forstgutsbezirk Pluder (ca. 200 ha) und aus dem Gutsbezirk Koschmieder den zur selben Herrschaft gehörigen, wertvollen Jagen 100. Weiter wurden über die Demarkationslinie hinaus in der Nähe der bisherigen Kreisgrenze Lublinitz/Groß-Strehlitz ca. 330 ha wertvollen Forstgeländes, gleichfalls der vorerwähnten Herrschaft des Grafen Tiele-Winckler gehörig, Deutschland zugesprochen. Zwischen Wüstenhammer und der Försterei Krywald gelang es, die Malapanelinie als endgültige Grenze durchzusetzen und hierbei eine größere Waldfläche im Nordteil der Forst Tworog für Deutschland zu retten. Auch einige Grenz- und Zugangswege

östlich Miedar und bei Larischhof sowie das Mundloch des Tiefen Friedrichsstollens mit dem angrenzenden Gelände konnten Deutschland erhalten werden.

Zur staatsvertraglichen Regelung zwischen den beiden beteiligten Mächten vorgesehen wurden:

1. die Kontrolle über den Wasserzufluß zum Lißwarthe-Kanal bei Staschowe durch Deutschland;
2. die gemeinsame Benutzung des Weges zwischen den Abbauten der Kolonie Dzielna;
3. die Ueberwachung des Tiefen Friedrichstollens durch Polen.

Diese Entscheidung über den Nordabschnitt hat den wirtschaftlichen Interessen beider Staaten in der Hauptsache Rechnung getragen.

Was dagegen den Südabschnitt (O) betreffend Stadt- und Landkreis Ratibor, Restkreis Rybnik und Kreis Tost-Gleiwitz angeht, so hat die Grenzkommission hier nur an einigen wenigen Punkten unwesentliche Aenderungen zugestanden, obwohl die beteiligten Kreise der deutschen Bevölkerung ebenso wie die Deutsche Delegation die größten Anstrengungen gemacht haben, um in diesem Abschnitt eine umfassende Revision der Demarkationslinie zu erreichen. Die endgültige Grenze ist hier im allgemeinen mit der bisherigen Demarkationslinie zusammenfallend festgesetzt worden.

Unter Ablehnung nahezu sämtlicher deutschen Forderungen, insbesondere der auf den Gutsbezirk Hohenbirken (Besitz der Stadt Ratibor) und die Gemeinde Niebotschau, die als Austauschobjekt für die, Polen durch die Genfer Entscheidung namentlich zugesprochene, Gemeinde Hohenbirken in Betracht gekommen wäre, wurden Deutschland lediglich einige Fischteiche und Jagen des Herzogs von Ratibor bei Piela, einige an der Grenze liegende, bisher durchschnittene, bzw. von der in Deutschland gelegenen Wirtschaftsstelle abgetrennte Grundstücke der Gemeinden Stodoll, Babitz und Markowitz sowie ein Grundstück an der Grenze von Nieder-Wilcza zugesprochen. Außerdem wurde die für Deutschland ungünstige Teilung der Oderbrücken bei Olsau und Buckau aufgehoben und die Grenze über die Mitte der Brücken verlegt.

Trotz des energischen Protestes der Deutschen Delegation gegen diese durchaus unbefriedigende und den wirtschaftlichen Belangen, insbesondere der Stadt und des Kreises Ratibor, in keiner Weise gerecht werdende Lösung, war es nicht möglich, einen vorteilhafteren Spruch zu erzielen, da die Kommissare sich an die, hier besonders ungünstige Genfer Entscheidung genau halten zu müssen glaubten.

Die Entscheidung über die endgültige Grenze im Südabschnitt muß somit in wirtschaftlicher Beziehung als unbefriedigend bezeichnet werden.

III. Die Frage der Delbrückschächte.

Nach der so erfolgten Festlegung der gesamten oberschlesisch-polnischen Grenze bedurfte nur noch die Grenzstrecke bei den staatlichen Delbrückschächten, für welche die Polen im Dezember 1922 das Gut-

achten eines nichtinteressierten Grubensachverständigen gefordert und durchgesetzt hatten, der Regelung.

Die Botschafterkonferenz hatte im Februar 1923 ihre Bereitwilligkeit erklärt, dem ihr auf Verlangen der Polen durch die Kommission übermittelten Antrage auf Ernennung eines solchen Sachverständigen stattzugeben. Ueber dessen Persönlichkeit und Nationalität war lange Zeit nichts in Erfahrung zu bringen. Graf Szembek, der Chef der polnischen Delegation der Grenzkommission, und Korfanty hielten sich, wie zur Kenntnis der Deutschen Delegation gelangte, gerade während der damaligen kritischen Wochen in Paris auf und es drohte die Gefahr, daß ein tschechischer, belgischer oder ein aus einem sonstigen Vasallenstaat Frankreichs stammender „Sachverständiger" mit der Begutachtung der Delbrückfrage betraut wurde. Abgesehen davon, daß das Gutachten eines solch einseitig orientierten Sachverständigen für Deutschland fraglos ungünstig ausgefallen sein würde, wäre es auch angesichts der nationalen Einstellung des größten Teiles der Belegschaft der Delbrückschächte einem derartigen „uninteressierten" Sachverständigen praktisch gar nicht möglich gewesen, seine Aufgabe an Ort und Stelle durchzuführen. Die Deutsche Delegation unterließ daher nichts, die alliierten Kommissare sowohl wie alle in Betracht kommenden Instanzen darüber aufzuklären, daß nur ein unbedingt und einwandfrei neutraler Fachmann für die Beurteilung der strittigen Frage in Betracht kommen und von Deutschland anerkannt werden könne.

Vielseitigen Bemühungen, insonderheit denen des Auswärtigen Amtes, war es dann schließlich zu danken, daß der Völkerbundrat auf Veranlassung der Botschafterkonferenz den spanischen Professor *Fabrega* von der Königlichen Bergschule in Madrid zum Sachverständigen ernannte. Erst am Vorabend seiner Ankunft wurde das Auswärtige Amt von der Deutschen Botschaft in Madrid drahtlich von dessen Ernennung in Kenntnis gesetzt, und im Anschluß daran erhielt die Deutsche Delegation die Nachricht, daß der Sachverständige am 15. April in Breslau eintreffen werde. Der Kernpunkt seines Auftrages bestand darin, die Lage der Dinge unter dem Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der Gegend zu prüfen, „damit die örtlichen wirtschaftlichen Interessen durch die Zuteilung der Delbrückschächte an die eine oder andere Partei keinen Schaden erleiden", wie es wörtlich in der Note des Generalsekretariats der Botschafterkonferenz hieß.

Seitens des Präsidenten der Grenzkommission wurden dem Professor Fabrega sämtliche Noten und Denkschriften übermittelt, die dem Sekretariat zur eingehenden Klärung und Orientierung über die gesamte Delbrückfrage eingereicht worden waren. Während der Sachverständige sich über deren Inhalt eingehend informierte, versuchten sich die Kommissare über den ihm vorzulegenden Text des Fragebogens zu einigen, dessen Formulierung erst nach langwierigen Verhandlungen und Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten gelang, da die Polen durch den von ihnen in Vorschlag gebrachten Entwurf, dessen Annahme sie mit aller Gewalt

durchdrücken wollten, von vornherein eine ausgesprochene Beeinflussung des Spaniers versuchten.

Ihr Vorhaben scheiterte an dem deutschen Widerstande, und nachdem Fabrega sich aus dem ihm übermittelten Material ein Bild der Lage gemacht hatte, wurde ihm der mit Stimmenmehrheit angenommene Fragebogen vorgelegt. Er erklärte ihn für deutlich und ausreichend zur Klärung der Sachlage und begab sich dann an Ort und Stelle ins Industriegebiet, um dort die erforderlichen Feststellungen zu machen. Auf polnischem Boden, wo er seine örtlichen Erkundungen und Feststellungen begann, empfing man ihn mit größtem Entgegenkommen und ausgesuchter Liebenswürdigkeit. Die polnischen Bergbeamten und Grubensachverständigen unterließen *nichts,* um bei ihm und seinen Begleitern eine möglichst günstige Aufnahme der polnischen Wünsche zu erreichen und sein Urteil durch alle möglichen Mittel in ihrem Sinne zu beeinflussen. — Auf deutscher Seite, bei der Bergwerksdirektion Hindenburg, legte man sich in dieser Beziehung taktvolle Zurückhaltung auf, so daß Fabrega ungestört seiner eigentlichen Aufgabe nach- und den Tatsachen auf den Grund gehen konnte. — In ausgiebiger und bereitwilliger Weise stellten ihm die staatliche Bergwerksdirektion und die unmittelbar zuständigen deutschen Sachverständigen alles Material und sämtliche Unterlagen zur Verfügung, wiederholt fuhr der Professor selbst in die Schächte ein, besichtigte und prüfte unter Tage alles, was er zur Abfassung seiner Antworten brauchte und war durchaus bemüht, ein wirklich loyales, fachmännisches Gutachten abzugeben.

Nach Breslau zurückgekehrt, legte er das gesammelte Material in einer ausführlichen Beantwortung der gestellten Fragen nieder und begab sich am 22. Mai nach Berlin, um die so entstandene Denkschrift mit Hilfe der dortigen spanischen Botschaft ins Französische übertragen zu lassen, hauptsächlich wohl auch, um fern von der Kommission in Ruhe und Sachlichkeit seine Arbeit beenden zu können. Diese Abreise des Sachverständigen bedeutete für die Polen und den naturgemäß polnisch orientierten französischen Präsidenten der Kommission eine peinliche Ueberraschung, da es ihnen auf diese Weise unmöglich gemacht wurde, weiterhin mit allen Mitteln persönlicher Beeinflussung und anderen zu arbeiten und auf die Ansicht des Spaniers ihren Wünschen entsprechend einzuwirken. Die wiederholten Rückberufungsversuche des Präsidenten, der sogar den Vorsitzenden der Italienischen Delegation nach Berlin entsandte, um den Professor zur persönlichen Uebergabe seines Gutachtens in einer Vollsitzung der Kommission hier in Breslau zu veranlassen und sich zur Beantwortung eventueller weiterer Fragen bereit zu halten, scheiterten an seiner entschiedenen Weigerung, die er mit dem Hinweis auf die Beendigung der ihm vom Völkerbunde übertragenen Arbeit und auf ihn in Madrid erwartende wichtige und dringende Angelegenheiten begründete. Da die spanische Botschaft die Uebersetzung des Gutachtens ablehnen zu müssen glaubte, beschränkte sich Professor Fabrega schließlich darauf, fünf Exemplare seines Gutachtens in Urschrift dem Präsidenten der Kommission

zwecks Weitergabe an die einzelnen Delegationen zu übermitteln. Dieselben trafen am 29. Mai beim Sekretariat ein, es dauerte aber noch bis zum 6. Juni, bevor ihre Uebergabe an die Delegationen stattfand. Es setzten nämlich sofort eifrige Bemühungen der Polen und des französischen Präsidenten ein, eine Veröffentlichung möglichst lange hinauszuzögern. Dazu sollte vor allem der Vorschlag dienen, das Gutachten durch den französischen Konsul in Breslau oder bei der Botschafterkonferenz übersetzen zu lassen, was die Deutsche Delegation aus berechtigter Furcht vor einer im polnischen Sinne gefärbten Art der Uebersetzung ablehnte. Schließlich wurde in der Vollsitzung am 6. Juni 1923, 8 Uhr 30 vorm. der von Fabrega übersandte Brief mit seinem Gutachten feierlich geöffnet und die einzelnen Exemplare ausgehändigt. Im Anschluß daran erfolgte sofort die Uebertragung ins Französische durch je einen seitens der beiden beteiligten Delegationen gestellten Dolmetscher, die, wie man sich schließlich geeinigt hatte, unter Aufsicht des italienischen Oberstleutnants Tonini im Laufe desselben Tages noch ihre Arbeit beendigten.

Auch jetzt gaben die Polen ihre Verschleppungsversuche noch nicht auf, indem sie die vorliegende Beantwortung des Fragebogens durch den Spanier für voller Irrtümer, unklar und erläuterungsbedürftig, ja das Gutachten und die ganze Aufgabe des Professors wegen seiner vorzeitigen Abreise für unvollendet erklärten und formell Protest einlegten. Die Uebergabe des neutralen Gutachtens in Urschrift sowohl wie in französischer Uebersetzung an alle Delegationen fand in einer am 7. Juni abgehaltenen Vollsitzung statt. Unter dem heftigen Widerspruch des stellvertretenden polnischen Kommissars, Herrn von Kobylinski, wurde außerdem die Schlußabstimmung über den bisher ausgesetzten Teil der Grenze in Abschnitt N auf Sonnabend, den 9. Juni, nachmittags, anberaumt. Etwa zu stellende Klärungsfragen sollten seitens der beteiligten Delegationen bis zum 8. Juni mittags dem französischen Sekretariat übermittelt werden. Dies geschah seitens der Polen in einer ausführlichen Note, worin sie in gesuchter Weise eine Reihe ziemlich nebensächlicher Punkte als ungeklärt bezeichneten, um, wie umseitig angedeutet, eine nochmalige Sachverständigen-Befragung und Verschleppung der endgültigen Entscheidung zu erreichen. Der deutsche Kommisar begnügte sich mit der Erklärung, daß die Deutlichkeit und zweifellose Klarheit der Antworten des spanischen Fachmannes für die Notwendigkeit weiterer Erläuterungen keinerlei Anlaß böten, und daß das Gutachten von neuem beweise, wie richtig die bisherigen Entscheidungen der Kommission zugunsten Deutschlands gewesen seien. In einer weiteren Note drängte er dann unter Hinweis auf die berechtigte Ungeduld aller beteiligten Kreise und die Gefahr etwaiger Unruhen unter der Bevölkerung angesichts erneuter Verzögerung auf eine möglichst rasche endgültige Entscheidung.

Die am 9. Juni, 4 Uhr nachmittags, beginnende Schlußsitzung der Kommission, zu der auch Graf Szembek, der Vorsitzende der polnischen Delegation, aus Warschau herbeigeeilt war, ergab dann nach heftigen Kämpfen und vergeblichen neuen Sabotageversuchen von seiten der Polen

den für Deutschland günstigen Spruch, wonach die von den alliierten Kommissaren am 7. Dezember 1922 bereits vorgeschlagene Grenzlinie angenommen wurde. *Damit waren die Delbrückschächte endgültig für Deutschland gerettet.* Den Theatercoup der polnischen Delegation, deren Mitglieder im Anschluß an die Weigerung des Grafen Szembek, abzustimmen, und an den weiteren Arbeiten mitzuwirken, das Sitzungszimmer geschlossen verließen, gelang es dem deutschen Kommissar dadurch zunichte zu machen, daß er erklärte, die Kommission müsse ohne Rücksicht auf die Abwesenheit der Polen weiterverhandeln und den entscheidenden Spruch, über dessen Herbeiführung sie sich in ihrer Mehrheit einig sei, nunmehr endgültig fällen. Der Protest des Grafen Szembek gegen die Grenzführung müsse zumindest ebenso wirkungslos bleiben, wie die ganze grundsätzliche Stellungnahme der deutschen Delegation, die stets betont habe, daß sie den gesamten neuen Grenzverlauf an der Ostgrenze Deutschlands nur als einen aufgezwungenen betrachten könne und daß man von deutscher Seite an diesen ganzen Grenzregulierungsarbeiten nur teilgenommen habe, um zu retten, was noch zu retten sei.

1½ Jahre haben die Verhandlungen über den endgültigen Verlauf der oberschlesisch-polnischen Grenze in Anspruch genommen. Es handelte sich durchweg um wertvollste Teile deutschen Volkstums und Volksvermögens, die bei Deutschland zu erhalten sich die Delegation mit allen Kräften bemüht hat. Die Hindernisse und Schwierigkeiten aller Art schienen oft genug fast unüberwindlich. Das in Anbetracht der Umstände, besonders des katastrophalen Genfer Diktates im großen und ganzen nicht ungünstige Ergebnis, die Tatsache, daß Polen, besonders im eigentlichen Industriegebiet, zum ersten Male nicht einen einzigen seiner maßlosen Ansprüche hat durchsetzen können, und daß so eine Anzahl durch Wert und Größe hervorragender Objekte dem Vaterlande erhalten blieben, hat die langwierige und schwere Arbeit gelohnt und kann mit Recht als ein deutscher Erfolg gebucht werden.

2. Die geographischen Folgen.

Von *Dr. Stratil-Sauer.*

Am 20. Oktober 1921 wurde durch Oberschlesien der entscheidende Schnitt gelegt. Vom Kreise Lublinitz mußte der Südosten, vom Tarnowitzer Kreise der größte und wertvollste Teil, vom Beuthner Landkreise ein großes Stück, die Kreise Kattowitz und Königshütte vollständig, der Südosten vom Kreise Hindenburg, Pleß und Rybnik ganz und vom Kreise Ratibor der Südosten abgetreten werden. *Zusammen* ergibt sich, daß in Oberschlesien rund 3200 qkm (33 % des Abstimmungsgebietes) und fast 1 000 000 Einwohner (42 % der Bevölkerung) verlorengegangen sind. Es ist wichtig, hier festzustellen, daß in jenem Gebiete, welches an Polen zugesprochen wurde, am Abstimmungstage sich 44,1 % für Deutschland entschieden haben. Im einzelnen bekommen wir für die abgetretenen Teile nachstehendes völkisches Bild:

	Deutsche Stimmen	%	Polnische Stimmen	%
SO Lublinitz	10 100	51	9 900	49
Industriebezirk	163 000	51	160 000	49
Pleß, Rybnik, SO Ratibor	48 000	30	111 000	70

Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß sich selbst im polnischen Teile des Industriebezirkes eine *deutsche Mehrheit* ergab, und man erkennt daraus, daß keineswegs der Gedanke maßgebend war, die Wahl der Abstimmenden zu berücksichtigen, von wirtschaftlichen Notwendigkeiten *ganz* zu schweigen, sondern vielmehr den polnischen Ansprüchen auf das Industriegebiet Genüge zu tun. Man lasse nur die Zahlen sprechen:

Es sind bei *Deutschland* verblieben 252 000 deutschsprachige Deutsche
235 000 polnischsprachige Deutsche

Summe 487 000 Deutsche
198 000 Propolen

Es sind zu *Polen* gekommen . . . 156 000 deutschsprachige Deutsche
65 000 polnischsprachige Deutsche

Summe 221 000 Deutsche
281 000 Propolen

Mithin also umfaßt nach dem Genfer Diktat das deutsche Rumpf-Oberschlesien rund 70 % Prodeutsche, 30 % Propolen. Hingegen das neue polnische Oberschlesien: *45 % Prodeutsche und 55 % Propolen*, ein Unrecht, das durch diese blanken Zahlen genügend illustriert wird.

Ein Zahlenskelett soll uns die wirtschaftliche und völkische Struktur des heutigen zerschnittenen Oberschlesien kurz wiedergeben[1]:

Kreis	Fläche in qkm	*Deutscher Teil* Stimmen deutsch	*Deutscher Teil* Stimmen polnisch	*Polnischer Teil* Stimmen deutsch	*Polnischer Teil* Stimmen polnisch
		I. Ackerbaukreise:			
Leobschütz . .	690 000	65 000	259	—	—
Neustadt . . .	799 000	33 000	4 000	—	—
Neiße	691 000	—	—	—	—
Grottkau . . .	520 000	—	—	—	—
Kreuzburg . .	553 000	43 000	1 780	—	—
		II. Ackerbau- und Waldwirtschaft:			
Falkenberg . .	600 000	—	—	—	—
Rosenberg . .	899 000	24 000	11 000	—	—
Oppeln . . .	1 408 000	56 000	25 000	—	—
Lublinitz . . .	1 000 000	5 000	3 600	10 000	9 200
Gr.-Strehlitz .	896 000	22 400	23 000	—	—
Tost-Gleiwitz .	880 000	20 000	25 000	600	1 900
		III. Beeinflußt durch Industrie und Handel:			
Ratibor . . .	837 000	23 000	11 000	3 400	6 300
Kosel	675 000	36 000	12 000	—	—
Rybnik . . .	850 000	2 500	3 300	26 000	50 000
Pleß	1 000 000	—	—	19 000	53 000

[1] Die Zahlen sind abgerundet. Die genauen amtlichen Zahlen sind auf S. 139 angeführt.

Kreis	Fläche in qkm	*Deutscher Teil* Stimmen		*Polnischer Teil* Stimmen	
		deutsch	polnisch	deutsch	polnisch
		IV. Industriekreise:			
Tarnowitz . .	328 000	3 400	10 000	14 000	23 000
Beuthen . . .	99 000	12 000	19 000	32 000	44 000
Hindenburg . .	120 000	36 000	26 000	7 700	17 000
Kattowitz . .	182 000	—	–	53 000	66 000
		V. Stadtkreise:			
Oppeln (35 000 Einwohner) .		21 000	1 100	—	—
Ratibor (37 000 Einwohner) .		22 000	2 200	—	—
Kattowitz (45 000 Einwohner)		—	—	23 000	4 000
Gleiwitz (69 000) Einwohner)		32 000	8 600	—	—
Beuthen (71 000) Einwohner)		30 000	10 000	—	—
Königshütte (75 000 Einwohn.)		—	—	32 000	10 700

Zusammengefaßt ergeben sich für beide Hälften folgende Zahlen:

	Deutsch-Oberschlesien	An Polen abgetreten
Flächeninhalt in qkm . . .	973 000	322 000
Bevölkerung (Stand a. 8.10.19)	1 300 000	980 000
deutschsprachig (1910) . . .	614 000	264 000
polnischsprachig	582 000	585 000
zweisprachig	75 000	43 000
deutsch gesinnt (20. 3. 1921) .	925 000 = 71 %	430 000 = 44 %
polnisch gesinnt	375 000 = 29 %	550 000 = 56 %
evangelisch (1910)	132 000	56 000
katholisch	1 130 000	827 000
Juden	9 700	8 500

Mithin hat das Rumpf-Oberschlesien ein ganz anderes Gesicht erhalten. Der Schwerpunkt liegt nicht mehr in der Industrie, sondern vielmehr in der *Landwirtschaft,* wie vor 100 Jahren.

Nachdem die Wahlschlacht geschlagen war und sich die künstlich geschürte Verhetzung der beiden Parteien etwas abgekühlt hatte, kam es noch zu weiteren Volksbefragungen, und es ist hochinteressant, die Autonomieabstimmung vom 3. September 1922 und die Wahlen zum Reichstag usw. vom 19. November 1922 mit den Abstimmungsresultaten zu vergleichen.

Es ist als sicher anzunehmen, daß bei der *Autonomieabstimmung alle Polen für* eine Sonderstellung Oberschlesiens gestimmt haben. Es ist zweifellos, daß auch verschiedene Deutsche sich für diesen Gedanken erwärmen konnten, doch um nicht der Parteilichkeit geziehen zu werden, soll die Gleichung gelten: Polen = Autonomisten. Berücksichtigen wir die Wahlenthaltung wie bei den Reichstagswahlen 1919, so ergibt sich, daß nur 19 % der Bevölkerung für eine Autonomie sich erklären konnten (Höchstziffer!). Es hat sich also bereits der Polenindex um 35 % gegen die Abstimmung gesenkt!

Bei den Reichstagswahlen stimmten die Polen mit. Denn es mußte ihnen doch alles daran gelegen sein, jede Stimme aus politischem Prestige zur Urne zu bringen. Es ergab sich aber, daß bei geringer Wahlbeteiligung (67 %) die Polen nur 10 % aller Stimmen erobern konnten. Neuerlich also fällt der Polenindex und beträgt jetzt gar nur an die 70 % der Abstimmungsgröße!

Mit untrüglicher Sicherheit können wir daraus entnehmen: schon die *kurze Zeit warnendes Beispiel im polnischen Gebiete* des entrissenen Teiles und nur eine kurze Zeit der normalen fürsorglichen Verhältnisse im Reiche haben die meisten Propolen von ihrer *aufgestachelten Schwärmerei geheilt.* Wie anders jedoch bei den Wahlen zum polnischen Reichstage in Polnisch-Oberschlesien! Die polnischen Chauvinisten mußten die Schmach erleben, daß die *deutschen Stimmen zugenommen hatten* und — besonders das Industriegebiet sich als ein *deutsches Land* bekundete! Und das alles, nachdem bereits der polnische Terror 80 000 Deutsche von Haus und Hof vertrieben hatte!

Die Verteilung der polnischen Stimmen im einzelnen ergibt nachstehende Tabelle:

Kreis	Zahl der Stimmberechtigten	Zahl der Polen in %				
		1919 (errechnet)	März 1921	September 1922		November 1922
				abgegeben	errechneter Höchstsatz	
Kreuzburg	29 000	—	4	1,4	—	0,4
Rosenberg	26 000	26	32	0.9	17	17
Oppeln-Stadt	23 000	—	5	5	5	1,2
Oppeln-Land	65 000	21	24,4	15,7	25	21,5
Groß-Strehlitz	40 000	30	50,7	17	23	30
Tarnowitz	12 000	36	61	40	45	36
Beuthen-Stadt	30 000	16	25	7	28	5,7
Beuthen-Land	28 000	42	41	20	25	23
Gleiwitz-Stadt	49 000	23	21	6,7	19	2,5
Tost-Gleiwitz	40 000	29	41	16	27	22
Hindenburg	52 000	20	49	17	27	9
Ratibor	31 000	18	29	8,3	22	
Rybnik	4 000	39	35	16,3	30	19
Ratibor-Stadt	20 000	—	9	5,6	10	
Leobschütz	45 000	—	0,6	0,6	0,7	—
Neustadt	50 000	—	2	2,4	2,4	3
Falkenberg	22 000	—	—	1,6	1,6	0,5
Grottkau	22 500	—	—	0,8	0,8	—
Neiße-Stadt	19 000	—	—	0,9	1	—
Neiße-Land	37 000	—	—	0,4	0,5	—

Wir können nun aus der Verteilung der polnischen Stimmen entnehmen, daß gerade im Industriebezirk eine gewaltige Polenbaisse eingesetzt hat, aus der wiederum die deutsche Sozialdemokratie Nutzen gezogen hat. *Was sagt dieser Umstand anderes, als daß wir eine wirtschaftliche und keine nationale Frage vor uns haben?* Denn jene Oberschlesier, welche bei der Abstimmung aus nationalen Gründen polnisch gewählt haben, müssen jetzt im Reiche *um so mehr* Gelegenheit suchen, ihr Volkstum zu bekennen, so wie es die Deutschen im polnischen Teile

von Oberschlesien getan haben. Seine nationale Ueberzeugung ändert niemand so leicht. Man kann aber seine politische Orientierung auf Grund einer vollkommenen Aenderung der sozialen Verhältnisse umändern . . . und solch ein Fall liegt bei den ehemals Propolen im Rumpf-Oberschlesien vor.

Die „oberschlesische Frage von gestern" hat, wie wir in Kapitel I sahen, in keiner Beziehung irgendeine Berechtigung. Erst als das *Genfer Diktat* in den organischen Wirtschaftskörper eine klaffende Wunde hineinhieb und ganz Oberschlesien willkürlich in zwei Hälften zerlegte, erst *da* wurde die „oberschlesische Frage" geboren. Das ist die oberschlesische *Existenzfrage:* Entweder geeint der Weltkonkurrenz Parade bieten zu können oder zerstückelt dem Moloche der beengenden Grenzen, der Zölle und der unglücklichen Verkehrslage zum *Opfer zu fallen.* Diese *„oberschlesische Frage von heute",* ein blankes Entweder-Oder, sie ist in Wahrheit eine *oberschlesische* Frage, denn sie wird einzig und allein im *Interesse des Landes* und nicht im Interesse von Polen gestellt, wie die „oberschlesische Frage von gestern". Hier gilt es: Soll Oberschlesien leben oder soll Oberschlesien sterben.

Die „oberschlesische Frage von gestern" war ein Wechselbalg, der in Versailles das Licht der Welt erblickte. Der Fluch der bösen Tat, der sich auf ihre Fersen heftete, segnete sie im Genfer Diktat ein und hob gleichzeitig die *„oberschlesische Frage von heute"* aus der Taufe. Wir nehmen diese Frage auf und wissen, daß wir die Antwort nicht schuldig bleiben werden.

3. Die wirtschaftlichen Folgen.

Die von der Botschafterkonferenz gefällte Entscheidung beläßt zwar den räumlich größeren Teil des Abstimmungsgebiets bei Deutschland, raubt ihm aber den wirtschaftlich wichtigeren. Aus den früheren Ausführungen über die Entwicklung Oberschlesiens erhellt, daß es, zwar auf drei Seiten vom Ausland umschlossen, in engster wirtschaftlicher Gemeinschaft mit Deutschland durch deutsche Tatkraft zur Blüte gelangt ist und daß der Schwerpunkt seiner mannigfachen wirtschaftlichen Beziehungen von jeher in Deutschland lag. In diese Verhältnisse greift die Entscheidung ein, unbekümmert um die Folgen, die sich daraus für Deutschland und für Oberschlesien selbst ergeben. Wenn auch durch die Einschaltung einer Uebergangsperiode von 15 Jahren die wirtschaftliche Loslösung Oberschlesiens von Deutschland und seine Angliederung an Polen allmählich erfolgen soll, so vermögen alle Abkommen, die eine gegenseitige loyale Durchführung der Entscheidung im Interesse aller Beteiligten herbeizuführen trachten, nichts an der Tatsache zu ändern, daß ein bisher zusammenhängendes, auf das vielseitigste in seinen einzelnen Gliedern und mit Deutschland verknüpftes Wirtschaftsgebiet auseinandergerissen und zum größten Teile vom Mutterland losgelöst wird.

Für Oberschlesien selbst bedeutet die Teilung die Aufrichtung einer Scheidewand zwischen wirtschaftlich eng zusammengehörigen Betrieben

und damit Neuorientierung, die keinesfalls ohne einen Stillstand oder Rückgang in der Entwicklung und nicht ohne erhebliche Geldopfer durchzuführen ist. Weiterhin bedeutet sie Trennung des größten Teiles seiner Montanindustrie von seinem Hauptabsatzgebiet und seinen Rohstoffquellen und Verknüpfung mit der Wirtschaft Polens, eines Staates, dessen wirtschaftliche Entwicklung hinter der Deutschlands um Generationen zurück ist. Für Deutschland hat die Teilung den Verlust des größten Teiles seines einzigen schwerindustriellen Reviers in Ostdeutschland und damit der Basis für dessen gesamtes wirtschaftliches Leben zur Folge.

Es wäre verfrüht, vorauszusagen, wie sich die Entwicklung in Zukunft gestalten wird; wohl aber läßt sich übersehen, was für Verhältnisse die Teilung schafft und welche unmittelbaren Wirkungen durch sie auf die Wirtschaft Deutschlands und Oberschlesiens selbst ausgeübt werden.

Entsprechend seiner überragenden Bedeutung im Wirtschaftsleben Oberschlesiens sind die Wirkungen beim *Steinkohlenbergbau* am fühlbarsten. Die neue Grenze schneidet das oberschlesische Steinkohlenbecken derart, daß von der gesamten kohleführenden Fläche, soweit sie bisher zu Deutschland gehörte, in Größe von 2800 qkm weniger als $^1/_5$, etwa 600 qkm, deutsch bleiben, während Polen zu den bereits zuvor in seinem Besitz befindlichen 4400 qkm weitere 2200 erhält. Sein künftiger Anteil an dem Gesamtvorkommen übertrifft damit den deutschen um das Zehnfache. Noch ungünstiger stellt sich das Verhältnis für Deutschland, wenn man die noch anstehenden Kohlenvorräte berücksichtigt. Von der gesamten auf Seite 56[2] als vorhanden nachgewiesenen Kohlenmenge, die bis zu der gegenwärtig durch Bergbau erreichbaren Teufe von 1500 m 90 Milliarden Tonnen umfaßt, verbleiben bei Deutschland schätzungsweise nur 7—8 Milliarden Tonnen; Polen erhält zu den bereits in seinem Besitz befindlichen, auf 30—40 Milliarden Tonnen zu veranschlagenden Vorräten mindestens weitere 80 Milliarden Tonnen.

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß von den deutschbleibenden Vorräten ein Teil, der auf 1—2 Milliarden Tonnen zu schätzen ist, in die Sicherheitspfeiler unter Ortschaften fällt, deren Gewinnung zum mindesten als nur bedingt möglich angesehen werden muß. Ferner kommt hinzu, daß in dem deutschbleibenden Teile die Sattelflözgruppe und die darüberliegenden Rudaer Schichten, soweit sie überhaupt vorhanden sind, bereits stark abgebaut sind und daß die vorhandenen Reserven überwiegend Flöze der Randgruppe darstellen, deren Verhieb nur unter ungleich schlechteren Bedingungen möglich ist.

Von den zurzeit betriebenen 67 Steinkohlengruben bleiben nur 14 ganz oder teilweise deutsch. Diese waren an der Förderung des Jahres 1920 von 31,7 Millionen Tonnen mit 7,1 Millionen Tonnen gleich 23 % beteiligt. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß diese Gruben nicht in der Lage sind, den Bedarf Ostdeutschlands an oberschlesischer Kohle zu decken, der bisher 75 % der Gesamtförderung Oberschlesiens betrug. In-

[2] Abschnitt: Oberschlesiens Blüte vor Einzug der Interalliierten Kommission.

folge des Ausscheidens von Posen und Westpreußen aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet verringert sich allerdings der Bedarf Deutschlands um 2,5 bis 3 Millionen Tonnen. Trotzdem wird einer Erzeugung Deutsch-oberschlesiens von jährlich 7 Millionen Tonnen ein Bedarf Ostdeutschlands von schätzungsweise mindestens 16 Millionen Tonnen gegenüberstehen, dessen größere Hälfte also zunächst ungedeckt bleibt.

Für die nächsten Jahre und Jahrzehnte besteht allerdings sichere Aussicht, daß der abzutretende Teil Oberschlesiens weiter wie bisher Kohle an Deutschland liefert, da Polen die gesamte ihm zufallende Förderung von 24 Millionen Tonnen infolge der Rückständigkeit seines Verkehrswesens nicht abfahren kann, selbst wenn es Absatz im eigenen Lande dafür hätte. In welchem Umfange Deutschland Kohle erhalten wird, läßt sich schwer voraussagen. Immerhin gewähren die Zahlen der bisherigen Zwangslieferungen Oberschlesiens an Polen einen gewissen Anhalt. Diese auf Anordnung der Interalliierten Kommission erfolgten Lieferungen haben etwa 4 Millionen Tonnen im Jahre betragen und stellen, wie man annehmen darf, die Höchstmenge dessen dar, was Polens Eisenbahnnetz bewältigen und seine Wirtschaft zurzeit aufnehmen kann. Weiter ist der auf 7—8 Millionen Tonnen zu veranschlagende Bedarf des polnisch werdenden Anteils der oberschlesischen Industrie einschließlich des Selbstverbrauchs der Gruben zu berücksichtigen. Von den übrigbleibenden 12 Millionen Tonnen werden Deutschösterreich, die Tschechoslowakei und die Balkanländer einen Teil erhalten; indessen ist deren Aufnahmefähigkeit aus mannigfachen Gründen begrenzt. Es kann also damit gerechnet werden, daß ein Anteil in Höhe von 8—10 Millionen Tonnen dem deutschen Markt vorläufig zur Verfügung stehen wird. Eine andere Frage ist es freilich, ob und zu welchem Preise Deutschland die von ihm benötigten Kohlensorten erhalten wird und ob die Lieferung mit der wünschenswerten Regelmäßigkeit erfolgen wird.

Diese Verhältnisse können sich im Laufe der Zeit jedoch sehr zuungunsten Deutschlands verschieben, wenn es Polen gelingt, sein Eisenbahnnetz auszubauen und sein Land durch Entwicklung seiner eigenen Industrie aufnahmefähiger zu machen. Im gleichen Maße, in dem es seiner Kohle im eigenen Lande Absatz verschafft, muß mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Ausfuhr nach Deutschland zurückgeht. Angesichts dessen liegt die Frage nahe, ob und wie Deutschland diesen Ausfall zu decken in der Lage ist. Zieht man hierfür zunächst den deutschbleibenden Teil Oberschlesiens in Betracht, so muß festgestellt werden, daß es sich bei den 14 Steinkohlengruben Westoberschlesiens zum Teil um Betriebe handelt, die den Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit bereits erreicht oder überschritten haben. Nur einige Gruben sind in der Lage, ihre Förderung zu steigern. Unverritzte Reservefelder behält Deutschland nur in der Umgebung von Gleiwitz. Die Lagerungsverhältnisse sind hier noch wenig geklärt, da sie zum größten Teil in dem bisher vom Bergbau verschont gebliebenen Schutzbezirk der oberschlesischen Wasserversorgungsanlagen liegen. Es kann als sicher gelten, daß in Zukunft Mittel und

Wege gefunden werden, auch die hier anstehende Kohle nutzbar zu machen und daß zu diesem Zwecke Neuanlagen im Laufe der nächsten Jahrzehnte entstehen werden. Ihre Entwicklung kann aber nach Lage der Verhältnisse nur langsam vor sich gehen, so daß ihre Förderung nur etwa imstande sein wird, den Ausfall auszugleichen, der durch den Rückgang der Förderung der ihrer Erschöpfung entgegengehenden Gruben entsteht. — Oberschlesien selbst, soweit es deutsch bleibt, wird also seine Förderung über das gegenwärtige Maß bestenfalls um 2—3 Millionen Tonnen steigern, also nur einen geringen Teil des Ausfalls ausgleichen können. Ebensowenig wird das niederschlesische Steinkohlenrevier durch Vermehrung seiner Förderung einen Ausfall an Kohle aus Ost-Oberschlesien decken können. Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau ist in zeitlich allerdings eng begrenztem Umfange dazu in der Lage, soweit die Braunkohle Steinkohle überhaupt ersetzen kann; indessen wäre hierzu eine erhebliche Steigerung seiner Förderung nötig, die nur auf Kosten seiner ohnehin nur noch auf 100 bis 150 Jahre veranschlagten Lebensdauer möglich wäre. Das einzige Deutschland verbleibende größere Steinkohlenrevier, der Ruhrbezirk, wäre wohl in der Lage, im Laufe von Jahrzehnten seine Förderung soweit zu steigern, um einen Teil des bisherigen Absatzgebietes Oberschlesiens zu übernehmen. Indessen liegt er räumlich so weit entfernt von Ostdeutschland, daß seine Kohle zu einem die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Industrie gewährleistenden Preise nur unter erheblichen Eisenbahntarifvergünstigungen, also letzten Endes Opfern ganz Deutschlands, zur Verfügung gestellt werden könnte.

Deutschland wird allerdings trachten müssen, im Interesse seiner Außenhandelsbilanz den Verlust der ostoberschlesischen Kohle durch Steigerung der Produktion in den ihm verbliebenen Revieren nach Möglichkeit auszugleichen. Vor dem Kriege besaß es einen Ausfuhrüberschuß an Steinkohlen, Koks und Briketts von etwa 27 Millionen Tonnen, deren Wert einen außerordentlichen Posten im Außenhandel darstellte. Nach der Abtretung von Ost-Oberschlesien und dem Saargebiet beträgt die Deutschland aus eigener Produktion zur Verfügung stehende Kohlenmenge zurzeit — unter Abzug der Reparationskohle — etwa 80 Millionen Tonnen, der Bedarf dagegen ist, selbst wenn man den heute geringeren Verbrauch infolge sparsamerer Wirtschaft zugrunde legt, auf mindestens 100 Millionen Tonnen zu veranschlagen. Deutschland kann also nicht einmal mehr seinen eigenen Bedarf decken, geschweige denn Kohle ausführen. Was diese Veränderung für die Außenhandelsbilanz bedeutet, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Für Oberschlesien selbst wirft die Teilung, soweit der Steinkohlenbergbau in Frage kommt, hauptsächlich die Frage auf, inwieweit Polen imstande sein wird, seinen Anteil an Oberschlesien wirtschaftlich und technisch auf der Höhe zu halten, zu der er unter deutscher Führung gelangt ist, und den Bezirk weiter in dem Maße zu entwickeln, wie es den vorhandenen, noch unerschlossenen Kohlenvorräten entspricht. Hierbei spielt die zurzeit bestehende völlige Abhängigkeit Oberschlesiens von Deutsch

land in bezug auf die Versorgung des Bergbaus mit Betriebsmaterialien, Maschinen aller Art usw. eine ebenso große Rolle, wie die Tatsache, daß die geistigen und die qualifizierten Handarbeiter in der oberschlesischen Montanindustrie fast durchweg Deutsche sind und daß ein Nachwuchs in Polen zurzeit noch nicht herangebildet werden kann.

Von besonderem Interesse ist die Frage der Erzeugung und Verarbeitung von *Kokskohlen.* Wie vorher erwähnt, besitzt Oberschlesien in dem westlichen Teile des Zentralreviers eine ausgedehnte Kokerei-Industrie, die ihre Kokskohle zum Teil aus dem Rybniker Revier bezieht. Infolge der Teilung ist etwa die Hälfte der Koksanstalten bei Deutschland verblieben. Da sich ihre Kokskohlenbasis mit der Erschöpfung der Kokskohlenvorräte im Zentralrevier immer mehr ins Rybniker Revier verschiebt, ist sie von ihr von nun an durch eine Landesgrenze getrennt; der Bestand der deutschbleibenden Kokereianlagen ist infolgedessen nur gesichert, wenn es gelingt, den gleichmäßigen Bezug von Kokskohle aus dem Rybniker Revier weiterhin zu bewerkstelligen.

Auch die *Nebenprodukten-Industrie* wird von der Teilung betroffen. Im Laufe der letzten Jahre sind gerade auf dem Gebiete der gemeinsamen Verarbeitung der Nebenprodukte Bestrebungen zur Erzielung höherer Wirtschaftlichkeit erkennbar geworden und bereits zum großen Teil in die Tat umgesetzt worden, die von der Zerreißung des Reviers aufs empfindlichste berührt werden.

Von dem reservierten Felde des *Staatlichen Bleierzbergwerks Friedrich* bleibt nur der südwestliche, kleinere Teil deutsch. Die Jahresförderung der in diesem Teil bauenden Gruben an Blei betrug 1920 etwa 5400 Tonnen, also 25 % der Gesamtförderung Oberschlesiens. Der Vorrat an Bleierzen in dem deutsch verbleibenden Teil läßt sich auf etwa 200 000 Tonnen schätzen; bei gleichbleibender Förderung würde der Vorrat noch für etwa 40 Jahre reichen.

Besonders ungünstig gestaltet sich das Verhältnis bei den *Zinkerzen.* Von der Gesamtförderung Oberschlesiens im Jahre 1920 in Höhe von 267 000 Tonnen entfallen auf die deutsch verbleibenden Gruben nur 15 %. Auch die Zinkerzreserven werden aufs äußerste beschnitten, so daß eine Steigerung der Zinkerzgewinnung in West-Oberschlesien nicht zu erwarten ist.

Die *Zink- und Bleihütten* fallen ausnahmslos an Polen. Damit wird Deutschland zunächst genötigt, sich für die Verhüttung der Förderung aus den deutsch verbleibenden Gruben neue Hütten zu bauen. Da aber die Erzreserven West-Oberschlesiens nur noch gering sind und die Förderung an Erzen sich infolgedessen in mäßigen Grenzen halten muß, werden die Hütten von vornherein auf eine verhältnismäßig geringe Produktion zugeschnitten sein müssen. Damit verliert Deutschland sein Haupterzeugungsgebiet für Zink fast ganz. Aus Oberschlesien stammten mehr als 60 % der deutschen Zinkerzeugung. Deutschland war bisher Ausfuhrland für Zink; demnächst wird es Einfuhrland hierfür werden. An der Bleierzproduktion büßt Deutschland durch die Teilung Oberschlesiens etwa 25 % ein.

Der *Eisenerzbergbau* fällt in vollem Umfange an Polen. Angesichts der sinkenden Bedeutung dieses Industriezweiges sind die wirtschaftlichen Folgen der Entscheidung insofern nahezu bedeutungslos.

Die *Eisenhüttenindustrie* Oberschlesiens selbst wird von der Teilung aufs schwerste betroffen. Von insgesamt 37 Hochöfen und 8 Werken bleiben 15 auf 3 Werken deutsch. An der Erzeugung von 576 000 Tonnen Roheisen im Jahre 1920 waren die deutschbleibenden Werke mit 190 000 Tonnen = 33 % beteiligt. Von 14 Stahl- und Walzwerken bleiben nur 5 deutsch mit einem Anteil an der Gesamterzeugung von 28 % (31 000 Tonnen) für Halbzeug zum Verkauf und 16 % (115 000 Tonnen) an Fertigerzeugnissen. Von der Verfeinerungsindustrie bleibt etwa die Hälfte deutsch.

Gerade im Eisenhüttenwesen bestehen die mannigfaltigsten Beziehungen der einzelnen Werke untereinander. Diese werden von der Teilung auf das empfindlichste gestört, so daß eine Neuorientierung nicht zu umgehen ist. Angesichts der ungünstigen Lage, in der sich die Eisenindustrie seit langer Zeit befindet, legen derartig einschneidende Aenderungen die Frage nahe, ob diese Industrie überhaupt imstande sein wird, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Es wurde bereits früher erwähnt, daß Oberschlesien im Bezuge seines Eisenerzes fast völlig von dem übrigen Deutschland und vom Auslande abhängig ist. Ebenso lieferte Deutschland fast den gesamten von Oberschlesien bisher verbrauchten Schrott. Deutschland ist durch den Friedensvertrag von Versailles seiner hauptsächlichsten Eisenerzvorräte beraubt worden. Es hat deshalb ein Interesse daran, mit den ihm verbliebenen hauszuhalten und sie sowohl wie den Schrott nur einer deutschen Eisenindustrie zukommen zu lassen. Allerdings besitzt Polen selbst ausgedehnte Eisenerzlager. Indessen bedürfen diese noch sehr bergbaulicher Entwicklung. Außerdem sind die Erze von verhältnismäßig geringer Qualität, so daß sie nicht ohne weiteres als Ersatz für die bisher gelieferten hochwertigen deutschen gelten können. Wie sich die Verhältnisse in Zukunft gestalten werden, ist angesichts der vielen Faktoren, die mitsprechen, heute noch nicht zu übersehen. Jedenfalls wird aber die früher bereits betonte Schwierigkeit durch die Abtretung des größten Teiles der Eisenindustrie an Polen noch verschärft, dadurch, daß der Standort der oberschlesischen Eisenindustrie mit Bezug auf seine Rohstoffquellen und sein Absatzgebiet ein überaus ungünstiger ist. Infolgedessen erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Deutschland die Geldopfer nicht scheut, für die Versorgung seines ostdeutschen Marktes an günstigerer Stelle eine neue, wirtschaftlicher arbeitende Eisenhüttenindustrie zu begründen. Damit wäre aber der oberschlesischen Eisenindustrie, insbesondere der auf polnischer Seite, das Todesurteil gesprochen. Sie sänke in ihrer Bedeutung auf das Niveau einer den Bedarf des engeren Industriebezirks versorgenden Industrie herab.

Die *Zementindustrie* bleibt ganz, die *Kalkindustrie* nahezu in vollem Umfange deutsch. Da östlich der bisherigen Grenze Polen eine eigene

Kalk- und Zementindustrie besitzt, besteht die Gefahr, daß den deutschbleibenden Industrien ihr Absatzgebiet in Ost-Oberschlesien verlorengeht.

Für die *Holzindustrie* ist die Teilung von Belang, insoweit es sich um ihre über den lokalen Bedarf hinausgehende Bedeutung handelt. Die Fabrikationsstätten für manche Erzeugnisse, die das ganze Revier bisher versorgten, befinden sich an einem oder nur wenigen Orten. Deren Absatz über die Grenze erscheint hinfort nicht mehr gesichert. Die Zellstoffindustrie bleibt mit 9 Werken deutsch und damit in politischem Zusammenhang mit ihrem Hauptabsatzgebiet.

Für die *chemische Industrie* ist hauptsächlich von Belang, daß Deutschland der Hauptabnehmer an Düngemitteln war. Außer den Reichsstickstoffwerken geht ein großer Teil der Fabrikation von schwefelsaurem Ammoniak für Deutschland verloren. Ost-Oberschlesien, in dem sämtliche Erzeugungsstätten für Schwefelsäure liegen, wird durch die Grenzziehung von dem Hauptabsatzgebiet für dieses schwer unterzubringende Produkt abgeschnitten.

Für die übrigen Industriezweige ist die Teilung ohne zurzeit erkennbare nachhaltigere Bedeutung.

Von erheblichen Folgen begleitet ist dagegen die Teilung in *land- und forstwirtschaftlicher Beziehung*. Mit dem kleinen Teil der Bevölkerung des Industriebezirks bleiben die landwirtschaftlich wertvollen Kreise, die bisher als Kornkammer ganz Oberschlesiens dienten, deutsch. Damit verliert aber Ost-Oberschlesien sein wichtigstes bisheriges Versorgungsgebiet für Lebensmittel. Ob Polen in der Lage sein wird, Ost-Oberschlesien zu ernähren, ist eine Frage, deren Beantwortung ganz davon abhängt, ob es ihm überhaupt gelingt, sich wirtschaftlich zu organisieren. An sich wäre es bei seiner geringen Industrialisierung wohl imstande, genügend Lebensmittel zu erzeugen. Indessen ist nicht zu vergessen, daß der Stand der landwirtschaftlichen Kultur Polens ein sehr niedriger ist, so daß zurzeit Zweifel berechtigt sind, ob Lebensmittel in genügender Menge überhaupt erzeugt werden. Und wenn man dies voraussetzt, so bleibt noch die Frage offen, ob die Nahrungsmittel rechtzeitig und in genügender Menge am Verbrauchsorte zur Verfügung gestellt werden können.

In forstwirtschaftlicher Beziehung liegen die Verhältnisse insofern anders, als mit Ost-Oberschlesien große Waldgebiete in den Kreisen Pleß, Rybnik, Tarnowitz und Lublinitz an Polen übergehen, das in Galizien über einen erheblichen und zu dem oberschlesischen Bergbau als Hauptverbraucher günstig gelegenen Waldbesitz verfügt. Es kann infolgedessen angenommen werden, daß im Laufe der Zeit der Holzbezug beider Teile Oberschlesiens sich in der Weise regelt, daß er vorwiegend aus dem eigenen Lande erfolgen kann.

Die *Handelsbeziehungen* werden durch die Teilung naturgemäß auf das empfindsamste betroffen, namentlich wenn nach Ablauf der Uebergangsfrist von 15 Jahren endgültige Zollschranken die beiden Teile Ober-

schlesiens trennen werden. Im übrigen hängt das Gedeihen des Handels eng mit der Entwicklung zusammen, die dem Wirtschaftsleben in beiden Teilen in der Zukunft beschieden sein wird.

Die vorstehenden Darlegungen zeigen, daß die Teilung Oberschlesiens von ganz außerordentlichen, heute noch nicht abzusehenden Folgen für das Land selbst und für Deutschland begleitet sein werden. Welchen Verlust an Nationalvermögen Deutschland erleidet, läßt sich mangels brauchbarer Unterlagen nicht sagen; er dürfte aber mit 10 Milliarden Goldmark kaum zu niedrig gegriffen sein. Auf alle Fälle entstehen dem Deutschen Reiche schmerzliche Verluste durch steuerliche Einbußen.

4. Die kulturellen Folgen.

Von Oberbibliothekar *Kaisig*.

Kulturwirkungen lassen sich nicht mit der Elle messen; auch nicht ihr Verfall. Wenn also dazu übergegangen wird, die durch das Genfer Diktat heraufbeschworenen Schädigungen des geistigen Lebens in Oberschlesien zu kennzeichnen, so kann im wesentlichen nur auf vereinzelte Sturmzeichen hingewiesen werden, die auf den zerstörenden Geist der polnischen Kulturpolitik schließen und die bösen Folgen ahnen lassen, die daraus erwachsen müssen.

Im Kapitel II ist ein Bild der blühenden geistigen Kultur Oberschlesiens entworfen worden. Was neuzeitliche Kulturpflege an Schulen und sonstigen sie vorbereitenden, begleitenden und abschließenden Einrichtungen außer den eigentlichen Hochschulen kennt, war in Oberschlesien vertreten, zum Teil in vorbildlicher Weise verwirklicht. Die Abtrennung hat den deutschgebliebenen Teil weniger betroffen, wenn auch manche kulturellen Einrichtungen sehr darunter leiden, daß die Wurzeln ihrer Kraft durch den Grenzstrich von Stamm und Blättern abgetrennt worden sind. Es sind damit viele feine Fäden zerschnitten, es ist manche verheißungsvolle Entwicklung gestört worden, z. B. bei der Volkshochschule und dem Musik- und Vortragswesen, das jetzt vieles zurückstellen muß, was sich nur im engen Zusammenwirken mit den gleichartigen Einrichtungen Polnisch-Oberschlesiens verwirklichen läßt.

Was im einzelnen von der Tätigkeit der polnischen Behörde herüberdringt, kann nur mit großer Sorge erfüllen und durchaus die obige düstere Voraussage bestätigen. In Polnisch-Oberschlesien gab es vor der Abtrennung 3300 Volksschullehrkräfte, die rund 200 000 Schulkinder zu betreuen hatten. Etwa drei Viertel der Lehrpersonen wanderten unter dem Druck des polnischen Terrors, der sich ja besonders gegen die Lehrerschaft kehrte, alsbald ab, 800 Lehrkräfte stellten sich der polnischen Behörde zur Verfügung. Diese lehnte ohne Angabe von Gründen nahezu 200 Meldungen ab. Den Ausfall an Lehrkräften deckte die polnische Schulbehörde durch zugewanderte Lehrer und Lehrerinnen aus Galizien und Posen sowie durch Hilfskräfte aus Oberschlesien, die in Schnellkursen

vorgebildet wurden. Das gelang aber nur zum Teil, noch heute sind viele Stellen unbesetzt und einige Schulen in den Landkreisen völlig geschlossen. Zu Kreisschulräten wurden die bisherigen polnischen Kreisschulbeiräte ernannt, frühere oberschlesische Lehrer, die sich im Laufe der französischen Besetzung der Interalliierten Kommission zur Verfügung gestellt hatten. Die Besetzung dieser Stellen erfolgte also nicht nach der pädagogischen Eignung, sondern nach Fixigkeit im Gesinnungswechsel und sonstigen politischen Gründen, was auf die Tüchtigkeit dieser für das Gedeihen des Schulwesens maßgeblichen Persönlichkeiten keinen guten Schluß zuläßt.

Besonders schlecht wurden die deutschen Minderheitsschulen behandelt. Es begann ein System von kleinlichen Schikanen, das noch jetzt andauert und das Ziel verfolgt, die deutschen Kinder in möglichst großer Anzahl den minderwertigen polnischen Schulen zuzuführen. Ueber die den deutschen Eltern im Genfer Abkommen zustehenden Rechte wurde amtlich nichts bekanntgegeben. Der deutsche Bezirksschulverein und der deutsch-oberschlesische Volksbund in Kattowitz übernahm die Aufklärung der Eltern und die Sammlung von Anträgen für die deutschen Minderheitsschulen mit dem Erfolge, daß etwa 45 000 Kinder für diese angemeldet wurden. Die polnische Schulabteilung übersah diese Anträge und veröffentlichte Anfang September eine Schulverordnung, durch die eine erneute Stellung der Anträge unter mannigfachen Erschwerungen für die Eltern angeordnet wurde. Die Minderheitschulen wurden erst für das neue Schuljahr, das am 1. September 1923 begann, angekündigt. Bis dahin sollten die Schulleiter eine Teilung der Kinder in deutsche und polnische Klassen vornehmen. Die Teilung ist trotz des Drängens der Eltern vielfach gar nicht vorgenommen worden; wo sie erfolgte, geschah dies meist willkürlich durch die polnischen Schulleiter. Nicht der Antrag der Erziehungspflichtigen war maßgebend, sondern wer im alten Schulverzeichnis als zweisprachig verzeichnet war, wer einen polnischen Namen hatte, wer zuhause neben Deutsch auch Polnisch sprach oder betete, wurde trotz Einspruchs der Eltern der polnischen Klasse zugeteilt. So werden bis heute viele tausend Kinder gezwungen, einem Unterricht, den sie nicht verstehen, beizuwohnen. Wo deutsche Klassen bestehen, sind sie meist so überfüllt, daß ein erfolgreicher Unterricht nicht möglich ist. Der deutsche Lehrer hat hundert und mehr Kinder in seiner Klasse sitzen, während die anderen deutschen Lehrkräfte zum Unterricht in den polnischen Klassen gezwungen werden. So sind seit der Abtretung nahezu 40 000 Volksschulkinder ohne deutschen Unterricht, den die Eltern nachdrücklich verlangen.

Aehnlich steht es mit den höheren Schulen. Vor der Abtrennung hatten die Gymnasien in Kattowitz, Königshütte, Rybnik, Myslowitz und Pleß, das Realgymnasium in Tarnowitz und die Oberrealschule in Königshütte (staatliche Anstalten) 121 Lehrer und 2690 Schüler, die Oberrealschule in Kattowitz mit Vorschule, die Progymnasien in Sohrau und Nikolai, die Realschulen in Ruda und Laurahütte (Gemeindeanstalten) 33 Lehrer

und 1193 Schüler, die höheren Mädchenanstalten in Kattowitz, Königshütte, Myslowitz, Laurahütte, Rosdzin, Ruda, Tarnowitz und Lipine 152 Lehrer und 2300 Schüler, die privaten höheren Schulen in Pleß, Rybnik, Nikolai, Antonienhütte, Lublinitz und Friedenshütte 45 Lehrer und 1090 Schüler. Am meisten gefährdet waren von vornherein die sieben Staatsanstalten, weil diese von den Polen mit dem Tage der Uebergabe geschlossen und die Lehrerkollegien aufgelöst wurden. Mit Beginn des Unterrichts wurden ganz neue Anstalten aufgetan und es wurde dadurch die organische Entwicklung unterbrochen. Die polnischen Anstaltsleiter brachten es in Kürze dahin, daß in den drei großen Staatsanstalten Gymnasium Königshütte, Gymnasium Kattowitz und Oberrealschule Königshütte die Zahl der Schüler von 1665 auf 850 zurückging. In den kleineren Städten ist die im Genfer Abkommen vorgesehene Bedingung für Errichtung von Minderheitsgymnasien infolge der Abwanderung vielfach schon jetzt nicht mehr gegeben, und so sieht sich der deutsche Schulverein genötigt, in diesen Orten höhere Knabenschulen einzurichten.

Nicht so gefährdet wie die Staatsanstalten waren die städtischen Schulen, doch ist auch bei ihnen der Rückgang der Schüler groß. Polnische Parallelklassen werden in den höheren Schulen zwar eingerichtet, aber in unsachlicher Weise und unter Zwangsmaßnahmen gegen die deutschen Schüler ähnlich wie bei den Volksschulen.

Es ist bedauerlich, daß unsere Feinde aus der Geschichte nichts zu lernen vermögen und immer wieder vermeinen, durch eine Unterdrückungspolitik moralische Eroberungen machen zu können. In Ost und West sehen wir das gleiche Verfahren, das man unserer früheren Politik zum Vorwurf macht, in Reinkultur angewandt. Der Endeffekt ist in Polnisch-Oberschlesien, daß sowohl das deutsche wie das polnische Volkstum in gleicher Weise leidet. Denn mit ehemaligen Dienstmädchen, die man in Schnellkursen zu Lehrerinnen heranbildet, läßt sich kein erfolgreicher Unterricht erteilen und auch nicht mit einer Lehrerschaft, die man nach ihrer Gesinnungstüchtigkeit einstellt und in höhere Stellen befördert.

Auf den übrigen Gebieten dasselbe Verfahren. Die Einrichtungen der Jugendpflege und Jugendfürsorge, die im ungeteilten Oberschlesien unter staatlicher Förderung in so großer Blüte standen, werden vernachlässigt und es tritt von polnischer Seite nichts an diese Stelle. Die Folge ist eine schon jetzt deutlich bemerkbare Verwilderung der Jugend und ein Rückgang aller bestehenden kulturellen Einrichtungen. Zwar hat der deutsch-oberschlesische Volksbund unter großen Opfern zu halten versucht, was sich halten läßt, z. B. eine eigene Zentrale für die Volksbüchereien unter hauptamtlicher Leitung eingerichtet und die Volksbüchereien des abgetrennten Gebiets zu einem „Verband deutscher Volksbüchereien“ nach dem Muster des 1903 für ganz Oberschlesien gegründeten Verbandes oberschlesischer Volksbüchereien zusammengefaßt, weil ja über die Grenze hin-

weg ein Zusammenhang mit den gleichartigen Kultureinrichtungen von den polnischen Behörden nicht geduldet wird. Aber die Kräfte des deutschen Volksbundes reichen nicht aus, alles zu halten und weiterzuentwickeln. So kann es nicht ausbleiben, daß Polnisch-Oberschlesien von seiner stolzen Kulturhöhe langsam aber sicher hinabgleitet und daß die Grenze von Europa und Halbasien, die bisher längs der Brinitza und Prsemsa verlief, schließlich an den Trennungsstrich von Genf heranrücken wird. Denn der Pole kann nur niederreißen, im besten Falle sich an Plänen berauschen; aufbauen kann er nicht.

IX. Zusammenfassende Schlußbetrachtung.*

Von Berghauptmann Dr. h. c. K. Schmeißer†.

Die Geschehnisse, die in Vergangenheit und Gegenwart mit dem unglücklichen Oberschlesien in Verbindung standen, haben wir, auf nackten Tatsachen fußend, in nüchternster Behandlung darzustellen versucht.

Am Stadthaus zu Eger in Böhmen steht ein Sinnspruch Felix Dahns:

„Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk!
Das höchste Gut des Volkes ist sein Recht!"

Im Sinne dieser ewigen Wahrheit gab die Entente, gab auch Wilson, als die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Weltkrieg eintraten, vor, die Waffen zu ergreifen und sie vertraten insbesondere das Recht der Völker auf Selbstbestimmung.

Nie ist die Welt herber getäuscht worden! Wie in der Behandlung Deutschlands, so auch in der Oberschlesiens sehen wir in Geschehen und Handeln einen Tiefstand der Moral, der geradezu erschütternd ist.

Wir hatten uns daran gewöhnt, die Zeiten Talleyrands und Metternichts als diejenigen größter diplomatischer Unmoral anzusehen, welche nicht wieder erreicht werden könnten.

Weit gefehlt!

Wie wir uns vor dem Kriege über die Art des Kriegsverlaufs und der Kriegsführung kein annäherndes Bild machen konnten, so irrten wir uns auch in dem Gedanken, daß die berüchtigten Zeiten unmoralischer Diplomatie nicht wieder erreicht werden könnten. Und doch hätte uns die Lügenpropaganda vor, während und nach dem Kriege und die Schuldlüge von Versailles, welche trotz der Enthüllung der Brüsseler Akten, des Suchomlinow-Prozesses und vieler anderer verbürgter Nachrichten immer wieder nur Deutschland zum allein Verantwortlichen am Kriege stempeln wollen, hinreichend warnen können.

---

* Diese von Berghauptmann *Schmeisser* für das Handbuch geschriebene Betrachtung soll den Schluß des Werkes bilden. Wenn auch manches darin heute, nach zwei Jahren, einer Ergänzung oder Modifizierung bedarf, so gibt das Ganze doch aufs Beste den Eindruck wieder, den die oberschlesische Tragödie auf jedes rechtlich denkende Gemüt ausüben mußte. Die einzelnen Kapitel bedürfen keines Kommentars. Die wirtschaftlichen Gefahren der Teilung haben wir schon früher (Vorträge und Aufsätze, Abt. III, Nr. 2) auseinandergesetzt. Die politischen Folgen zeigt die vorliegende Schlußbetrachtung aufs deutlichste. Die Antwort der Geschichte auf die „oberschlesiche Frage" kann schon danach nicht zweifelhaft sein.

Das erste Unrecht, was man Deutschland antat, war, daß der Weg der Verhandlungen grundsätzlich ausgeschlossen wurde, um den Gegner möglichst verteidigungsunfähig und mundtot zu machen, und daß stattdessen der Weg des Diktats allgemein betreten wurde.

Deutschland hätte ja sonst den Nachweis erbringen können, daß der Versailler Vertrag in der Härte aller seiner Bestimmungen von Anfang an unausführbar war; dies mußte tunlichst verhütet werden. So kam der ungeheuerliche Versailler Vertrag zustande, dessen Unterzeichnung vom Gegner erzwungen wurde.

Und dennoch vertraten die militärischen und diplomatischen Kreise Frankreichs den Standpunkt, „daß man nicht *den* Frieden gemacht habe, den man hätte machen müssen, und daß man sich deshalb nicht wundern dürfe, wenn der Krieg weitergehe". Die Politik der Clémenceau, Poincaré, Foch, Tardieu und ihrer Gefolgschaft ging offenbar von Anfang an darauf hinaus, den Frieden so zu gestalten, daß er von Deutschland gar nicht erfüllt werden konnte, um Grund zur Fortsetzung unerhörter Gewaltpolitik zu haben.

Im Widerspruch zum Friedensvertrage reihte sich bald, in der Angst Frankreichs vor dem Wiedererstarken Deutschlands und vor Wiedervergeltung, Gewalttat an Gewalttat, so daß eine Schweizer Zeitung schrieb, Frankreich scheine das Bedürfnis zu haben, Deutschland jede Woche einen Fußtritt zu versetzen.

Dem Diktat von Spaa schlossen sich an das Ultimatum von London, die militärischen Sanktionen in den Rheinlanden, die mannigfachsten Zwangsmaßnahmen zur Abrüstung, die Greueltaten der schwarzen Franzosen — die schwarze Schmach —, das Verbot der Flugzeugfabrikation, der Dieselmotoren, die geplante Lahmlegung der Deutschen Werke, die Besetzung des Ruhrgebiets. Jetzt sind es die chemischen Fabriken, an die man Hand legen möchte, weil sie giftige Gase herstellen können, morgen wird vielleicht der Betrieb der Koksöfen gefährlich erscheinen, da aus den Nebenprodukten Trinitrotoluol und Trinitroxylol gewonnen werden können.

So legte man viele Betriebe lahm und bedrohte andere, deren wir zur Volkswohlfahrt bedürfen. Sollte nicht ein findiger Nollet noch ermitteln, daß aus den Kartoffelkeimen das entsetzliche Gift Solanin hergestellt werden kann, daher der Kartoffelanbau unbedingt untersagt werden müßte? — Dadurch könnte ja der Clémenceau so bedauerlichen Tatsache, daß Deutschland viele Millionen Einwohner mehr besitzt als Frankreich, ein rasches Ende bereitet werden.

Und bei dem uns fast täglich bereiteten neuen Schimpf verlangt Frankreich von Deutschland noch moralische Abrüstung! — Dies ist wiederum ein klassisches Beispiel der in diesem Kriege gebräuchlichen Heuchelei und entspricht dem Diebesruf:

„Haltet den Dieb!" —

Wie glänzend sticht von dieser Rache- und Haßpolitik kurzsichtiger Staatsmänner Bismarcks überlegene Staatskunst ab, die nie den Feind zu

sehr demütigen wollte, sondern auch gegen den Wunsch des Königs und seiner Generäle dem Waffengang frühzeitig Einhalt tat und den Gegner wieder zu versöhnen trachtete.

Als furchtbares Glied nächst der Vergewaltigung des Ruhrgebiets fügte sich in die Kette der Gewalttaten die Losreißung Oberschlesiens, im Gedanken damit Deutschland einer Waffenschmiede zu berauben.

Frankreich fühlt sich dann erst vor Deutschland vollständig gesichert, wenn es dies bis zur vollständigen Ohnmacht zerschlagen hat.

Zur Herbeiführung der erwünschten Ergebnisse in Oberschlesien fand die Interalliierte Kommission skrupelloseste, starknervigste Männer. Um das Urteil, was die Geschichte fällen wird über das, was Le Rond und seine Helfershelfer an Beugung des Rechts dort begingen, könnte man die Schuldigen fast bemitleiden.

Wir hörten, wie Le Rond und seine Helfer schon vor der Abstimmung den oberschlesischen Boden zuungunsten Deutschlands vorbereiteten. Als aber die Abstimmung wider Erwarten versagte und zugunsten Deutschlands ausfiel, mußten andere Mittel in Anwendung gebracht werden, um dennoch das gewünschte Ziel zu erreichen.

Nie ist das „vae victis" fürchterlicher zur Anwendung gebracht worden. Wenngleich so manche böse Erfahrungen gelehrt hatten, daß alle die Phrasen von Selbstbestimmung der Völker, von Recht und Gerechtigkeit und ähnlichen schönen Sachen nur erfunden worden waren, um an den dummen, leichtgläubigen Deutschen den plumpsten Gimpelfang zu üben, hatten wir, als die Entscheidung über Oberschlesien langsam herannahte, doch noch einen Rest von Hoffnung genährt, daß die für jeden Wirtschaftskundigen widersinnigste aller Entscheidungen nicht Wirklichkeit werden könne; daher war die schließliche Enttäuschung durch das frevle Spiel des Genfer Schiedsspruches um so härter und bitterer.

Jeder Kenner der oberschlesischen Verhältnisse hielt eine Teilung Oberschlesiens, insbesondere des Industriebezirks, für ganz undenkbar. Die verschiedensten warnenden Stimmen wurden in der Oeffentlichkeit laut.

Der oberschlesische Großindustrielle Williger zog den sehr treffenden Vergleich:

„Man stelle sich einen Arbeitssaal vor mit Dutzenden von Transmissionen, elektrischer Licht- und Kraftleitungen, mit Gas- und Wasserleitungen; einen Saal, in dem ein Arbeiter dem anderen in die Hand arbeitet. Man kann unmöglich einen Strich hindurchziehen und sagen: „Dieser Teil ist mein, jener ist dein!"

Das englische Unterhausmitglied Kennworthy schrieb in den „Times" am 10. Oktober 1921: „Ich behaupte nun, daß jede Teilung Oberschlesiens ein wirtschaftliches Verbrechen wäre, nicht allein gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Wie stehen die Tatsachen? Oberschlesien ist der am höchsten organisierte Industriebezirk in Europa. Es ist so unzertrennbar wie das

Räderwerk einer Uhr. Pleß und Rybnik enthalten die Kohle, welche demnächst abgebaut werden muß, um die Belieferung an Heizmaterial für die Eisenwerke usw. im Industriebezirk aufrechtzuerhalten. Die Behauptung ist nicht übertrieben, daß die große Masse der Bevölkerung über den Gedanken einer Teilung entsetzt ist. Sie wissen, daß es den Untergang bedeutet. Wasser ist spärlich und muß durch eine komplizierte Röhrenleitung verteilt werden. Die elektrische Kraft wird dem ganzen Gebiet durch drei große Kraftanlagen geliefert. Das Netz der Eisenbahnen und elektrischen Kleinbahnen verknüpfen das Gebiet zu einer Einheit." Und weiter: „Polnisches Geld, polnische Arbeitergesetze — respektive deren Mangel — und polnische Unerfahrenheit auf der einen Seite der Trennungslinie und deutsches Geld, deutsche Arbeitergesetze und deutsche industrielle Tätigkeit auf der anderen, dazwischen Zoll- und Paßschranken würden den Untergang eines reichen Gebiets bedeuten, das eine Lebensnotwendigkeit für Europa ist."

Fair play wurde von Lloyd George feierlichst verkündet! Unerhörte Gewalttat wurde begangen an einem wehr- und schutzlosen Volke!

„Der Wahrspruch muß nicht nur gerecht sein! Er muß auch als gerecht empfunden werden", sagte Lord Curzon! Worte! Worte! Nichts als Worte!

Lloyd George erwies sich leider nur als geschickter Augenblickstaktiker, aber als schwacher Politiker. Seine Politik war ein ständiges Hin- und Herschwanken, Haschen nach Augenblickserfolgen, ohne klare, starke Richtlinien und ohne staatsmännischen Weitblick, vor festem Widerstand Frankreichs stets zurückweichend, stets umfallend.

Dagegen war die Politik der französischen Diplomatie in der Verfolgung der gesteckten Ziele sehr geschickt. Klug wußten sie namentlich orientalische Schwierigkeiten immer von neuem gegen England auszuspielen. Wenn noch ein Zweifel darüber bestanden haben könnte, daß Frankreich der Alp der Welt ist, der die Wiederkehr wirklichen Weltfriedens unmöglich macht, so ist dieser Zweifel jedem Denkenden benommen, seitdem Poincaré, dieser eigentlichste Urheber des Weltbrands, nach Briands Sturz die Zügel der französischen Regierung ergriff, durch sein Verhalten während des Kongresses zu Genua, während der Verhandlungen des Bankierkongresses, welcher in Paris unter Morgans Führung die Möglichkeiten einer Weltanleihe studierte, während der Konferenz zu London und in der Nachzeit, als Deutschland das Moratorium nachgesucht hatte. Jeder vorgeschlagenen Lösung setzte Frankreich seinen Einspruch entgegen.

Die Hunderte von Noten, die namentlich von der Kontrollkommission in Berlin her auf die deutsche Reichsregierung herabprasselten, sollten dazu dienen, Deutschlands innere Verwaltung zu verwirren. Vollbewußt versetzten Briand und Poincaré in Reden und Noten Deutschland Keulenschlag auf Keulenschlag und bewirkten einen Hochstand des Dollars und Tiefstand der Mark, die Deutschlands Volksernährung aufs schwerste gefährdeten und seine Finanzwirtschaft an den Rand unrettbaren Ruins brachten.

So ging auch die Absicht der neuen Grenzziehung in Oberschlesien mitten durch lebenswichtigste zusammengehörige Betriebe hindurch sichtbarlich darauf hinaus, zahllose Lebensfäden des Wirtschaftslebens zu zerreißen, zu verwirren und unlösbar zu verknäueln.

Dasselbe Spiel soll sich im Ruhrbezirk wiederholen. Die Besetzung des Ruhrgebiets, welche die Wiedergutmachung durch Leistungen Deutschlands dauernd unmöglich machen wird, zeigte klar, daß es Frankreich nur darauf ankam, der Deutschen nationale Selbständigkeit zu vernichten und sie zu willenlosen wirtschaftlichen Sklaven Frankreichs zu machen.

Im allgemeinen richtig, nur hinsichtlich Bismarcks Absicht im Irrtum, äußerte sich die „Westminster Gazette" am 23. Januar 1923 über den Vernichtungswillen Frankreichs:

„. . . Man muß wohl sagen, daß das tiefste Wesen und die Bedeutung des jetzigen Kampfes von Frankreich und Deutschland gegenseitig besser erfaßt wird, als das Außenstehende vermögen. Denn die Gegenwart ist nur das Endglied einer langen Geschichte, in der die beiden Rassen in ständiger Beziehung und intimer Wechseleinwirkung standen, aus welcher der wilde Gegensatz erwachsen ist. Bismarck war 1871 überzeugt, daß die von ihm geforderte Kriegsentschädigung Frankreich für immer vernichten würde (dem stehen die geschichtliche Wahrheit und Bismarcks eigene Worte gegenüber. Verf.). Die rasche Abzahlung war wahrscheinlich seine schlimmste Enttäuschung. Frankreich hat dann 1919 in Paris, wo es dominierte, dafür gesorgt, daß Bismarcks Fehler nicht wiederholt würde. Es hat Deutschlands Vernichtung sichergestellt, indem es keine bestimmte Summe als Kriegsentschädigung forderte, aus Furcht, Deutschland könnte Mittel und Wege finden, um das Wunder von 1871 nachzumachen. Es wurde also in raffinierter Weise festgelegt, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit von Zeit zu Zeit von neuem bestimmt wird, so daß es niemals imstande sein wird, sich von seinen Schulden freizumachen."

Es ist die Politik Ludwigs XIV., die seit 1667 Westeuropa fast unaufhörlich in Kriege verwickelte. Dem Frieden des kontinentalen Westeuropa ist überaus abträglich, daß die beiden stärksten Nationen eine gemeinsame Landgrenze besitzen, über welche hinweg sie bei nationalem Landbedürfnis hüben und drüben die Fahnen zu tragen suchen. Im Wege friedlicher Verständigung könnte da wohl eine Möglichkeit, schiedlich-friedlich sich nebeneinander einzurichten, gefunden werden, und zwar gerade auf Grundlage der zurzeit so viel umstrittenen mineralischen Bodenschätze. Durch den Mineralaustausch zwischen Frankreich und Deutschland, und zwar durch Koksbezug aus Deutschland nach Frankreich und durch Erzausfuhr aus Frankreich nach Deutschland, sowie durch beiderseitige Kapitalanlage in Bergwerks- und Hüttenbesitz entwickelten sich im Anfang dieses Jahrhunderts dort hinüber und herüber Interessenverbindungen, die einer andauernden Erhaltung friedlicher Beziehungen

hätten förderlich sein können — wenn die unselige Einkreisungspolitik Eduards VII. zur Niederringung Deutschlands nicht eingesetzt hätte und dann Poincaré die Brandfackel in den zum Weltkriege wohlvorbereiteten Zündstoff geworfen hätte.

Aehnlich liegen die Verhältnisse im Osten zwischen Deutschland und Polen sowohl wie zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei. Auch dort konnten und können noch Interessenverbindungen zum friedlichen Ausgleich geschaffen werden — wenn es nicht im Sinne französischer Politik läge, wirklichen Frieden dort nicht zustande kommen zu lassen.

Frankreich kennt diese Möglichkeiten in West und Ost wohl, aber es will nicht friedlichen Ausgleich, es will herrschen, politisch und wirtschaftlich, und zu diesem Zweck die deutsche Nation in die Knechtschaft führen.

Frankreich handelt fortgesetzt planmäßig im Sinne des Testaments Napoleons I., welcher beklagte, daß er vor hundert Jahren Deutschland nicht genug geschwächt, Polen nicht genug gestärkt habe. Daß Frankreich diese Absicht hegt, wird bestätigt durch die Ablehnung des von der deutschen Reichsregierung angebotenen Rheinlandspakts, durch den ein dreißigjähriger Burgfriede herbeigeführt werden sollte.

Nun sollte man meinen, daß die anderen Völker, nicht nur Europas, sondern der ganzen Welt, diese restlose Zerschlagung und Unterjochung Deutschlands sowohl aus allgemein menschlich-sittlichen Gründen, aber auch wegen der furchtbaren, auch für sie im Bolschewismus liegenden Gefahr nicht dulden würden. Auch dieser Gedanke erweist sich als Irrtum! England allerdings hat durch Lloyd Georges Kurzblick die Gelegenheit versäumt, rechtzeitig der großen, ihm am Weltmarkt drohend heranwachsenden Wettbewerbsgefahr vorzubeugen und scheint jetzt militärisch einer Kraftprobe ausweichen zu müssen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat Senator Borah wohl erkannt, daß die Staaten durch Wilsons Gimpelfang, welcher mit seinen berüchtigten 14 Punkten bewirkte, daß Deutschland vorzeitig die Waffen niederlegen mußte, bezüglich der Behandlung Deutschlands auch gewisse Verpflichtungen übernommen haben. Im allgemeinen war aber, jedenfalls zur Zeit der oberschlesischen Entscheidung, die öffentliche Meinung Amerikas von der Versailler Schuldlüge noch derart befangen, daß sie Frankreichs maßloses Auftreten, wie die Zeitungen berichteten, gar noch für berechtigt hielt. Denn Borah klagte: „Wir sehen deutsches Gebiet überfallen und Deutschland der vernichtendsten und unberechtigtsten Methode des Militarismus einer willkürlich handelnden Macht ausgeliefert und wir protestieren nicht einmal."

Die anderen Staaten waren und sind einseitig interessiert oder fühlen sich zu schwach, um Frankreichs Uebermut entgegenzutreten.

Dem Völkerbund bot sich, als die oberschlesische Frage ihm übergeben wurde, die schönste, edelste Aufgabe, sich mit seiner ganzen Kraft

einzusetzen für Recht und Gerechtigkeit, für Völkerversöhnung und für Herstellung des Völkerfriedens, den alle Völker — eins ausgenommen — so schmerzlich ersehnten!

Aber er versagte vollkommen. Offensichtlich gebundener Marschroute folgend und ohne eigene örtliche Prüfung, formte er sein Urteil, erniedrigte sich durch den Genfer Schiedsspruch und trug bei zur Verewigung der Völkerzwietracht. Oberschlesien konnte und mußte gerade *mit Hilfe* des Völkerbundes geteilt werden, weil Frankreich die Kraft besaß, seine Absichten auch dem durch politische Schwierigkeiten gebundenen England gegenüber durchzusetzen.

Wohl ist den Polen die Sorge nicht ferngeblieben, ob es ihnen bei dem Mangel an wirtschaftlicher Erfahrung überhaupt möglich sei, einen so entwickelten Industriebezirk, wie den oberschlesischen oder einen Teil desselben, ohne allzu große Beschwerden für das gesamte Staatswirtschaftsleben zu übernehmen; diese Bedenken wurden aber beseitigt durch die vorgeschlagene Wirtschaftsgemeinschaft, welche auf deutscher und polnischer Seite vielfachen unabwendbaren Schwierigkeiten begegnet und Polen ermöglichen soll, mit Deutschlands Hilfe im neu erworbenen Länderbesitz sich bequem einzurichten.

Der Erkenntnis von der wahren Sachlage vermag sich die Umwelt nun doch auf die Dauer nicht zu verschließen. Langsam beginnt ein Wandel der Gesinnung im bisher feindlichen Lager. Die Ueberzeugung, daß nicht das vollständig entwaffnete Deutschland, sondern das nach unbestrittener Vorherrschaft in Europa strebende Frankreich der Störenfried Europas ist, fängt an, Gemeingut der Ueberzeugung aller klar Denkenden zu werden.

Zu den Namen Sidney Osborne, Shaw, Ray Beveridge, Morel, Keynes, Kennworthy, Wills, Bradbury, Nock, Nitti, Borah, Bridge gesellt sich langsam der eine und andere, denen es zu viel wird der französischen Gewalttat, und die offen aussprechen, daß das Versailler Diktat ein Wahnsinn sei.

Die moralische Isolierung Frankreichs ist da! Wir täuschen uns aber nicht über die Beweggründe der Sinnesänderung. Es ist nicht Liebe zu Deutschland oder gar die Achtung vor dem, was Deutschlands Leistungen als Kulturnation (Kant, Goethe, Helmholz, Nernst) der Welt brachten! Wie rasch war dies vergessen unter Northcliffs Propaganda!?

Nein, die Völker haben erkannt, daß Deutschland die ungeheuerlichen, vom Versailler Vertrag ihm auferlegten Lasten nicht tragen kann — daß es darunter zusammenbricht, daß durch die Zerrüttung der Markvaluta die Rückkehr friedlichen Wettbewerbs dauernd verhindert wird, Deutschland als Konsument und Produzent schließlich dauernd ausscheidet und dadurch das ungestörte Wirtschaftsleben in allen mit ihm Handel und Wandel pflegenden Reichen unterbunden wird.

Auch das Ammenmärchen Briands, Lefèvres und Barthous von der in der deutschen Bevölkerung versteckten bewaffneten Siebenmillionenarmee, welches in der französischen Kammer zur Erregung der Gemüter

zu politischen Zwecken und in Washington zum Nachweis der Notwendigkeit eines französischen Riesenheeres den Völkern vorgetragen und von Einsichts- und Gedankenlosen teilweise geglaubt wurde, beginnt wegen seiner faustdicken Lügen und offensichtlichen Unmöglichkeiten zu versagen.

Es kann ein Sechzigmillionen-Volk doch nicht so leicht aus der Weltwirtschaft ausgeschaltet werden, wie die unkluge französische Staatskunst vermeinte.

Dies zu erreichen, schreckt der Erbfeind daher vor dem Letzten nicht zurück — vor dem Bolschewismus! Wir glauben jenem polnischen Gewährsmann aufs Wort, welcher versicherte, daß Frankreichs fortgesetzte Eingriffe in das deutsche Wirtschaftsleben Deutschland schwächen sollen bis zur Entstehung des Bolschewismus durch die zunehmende Zahl der Arbeitslosen, in dem Gedanken, daß der Rhein dem Völkergift eine unübersteigliche Schranke gegen Ansteckung des Westens biete.

Welche Täuschung! —

In diesem Vernichtungskampf auf sich allein gestellt in der Welt, ohne Hilfe von irgendeiner Seite, muß Deutschland handeln, gestützt allein auf sein gutes Recht; es muß auch handeln, das oberschlesische Unrecht wieder gutzumachen.

Zwar wollen wir nicht die Rückerwerbung anstreben mit der Gewalt der Waffen, aber der Gang der wirtschaftlichen Ereignisse wird immer mehr zeigen, daß die geschehene Zerreißung eines so fein gegliederten Wirtschaftskörpers, wie es der oberschlesische ist, nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden kann.

Schon die Vorbesprechungen über die Teilung zeigten, je mehr man sich in das Problem versenkte, selbst den dem Wirtschaftsleben ferner Stehenden, wie gänzlich unmöglich eine solche Teilung ist.

Die Teilung wird beiden Teilen, dem abgerissenen und dem verbleibenden, äußerst nachteilig sein aus vielen triftigen Gründen.

Diese Wirkungen müssen in der Folgezeit sorglich festgestellt und bekanntgegeben werden. Hier gilt nicht das Wort Gambettas:

„Nimmer davon reden,
Immer daran denken!“

Hier heißt es:

„Immer davon reden,
Immer daran denken!“

Der seit Jahren an der oberschlesisch-polnischen Grenze bestehende Grenzkampf wird durch die Genf-Pariser Entscheidung keine Beendigung, sondern noch lange Zeit Fortsetzung finden.

Das Polentum wird, dafür bürgt seine Geschichte, wie bisher im deutsch verbliebenen Oberschlesien und weiter nach Schlesien hinein im polnischen Sinne zu arbeiten versuchen. Demgegenüber gilt es deutscherseits, alle Kräfte zu sammeln und zu stärken, um jeden neuen Einbruch unmöglich zu machen.

Mit flammender Empörung müssen wir von dem Rechtsempfinden sämtlicher Völker des Erdballs in Oberschlesien einen gerechten Wahrspruch fordern auf Grund der Volksabstimmung, auf Grund sorgfältigster örtlicher Untersuchungen und Prüfung der gesamten völkischen, geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.

Selbstbestimmungsrecht und Minderheitenschutz der Völker waren nach Wilsons tönenden Worten die großen Grundsätze, unter denen der Weltkrieg gegen Deutschland geführt wurde. Wenn dem so war, dann müssen sie auch aufrechterhalten werden. Das Recht auf Eigentum, der freie Gebrauch der Sprache und Religion müssen gesichert werden.

Da ferner die Zurückhaltung der Völker gegenüber der Vernichtungswut Frankreichs immer noch — wenigstens zum Teil — sich gründet auf den Glauben an die Schuldlüge von Versailles, so darf Deutschland nicht ruhen und rasten, als bis, wie beim Dreyfuß-Prozeß, die Wahrheit obsiegt über die Lüge und bis das wiedererwachte Weltgewissen unter Ablehnung der unersättlichen Haß- und Rachsucht den Völkern denjenigen Platz in der Weltgemeinschaft anweist, der ihnen nach ihrer Kulturentwicklung gebührt.

X. Bibliographie.

Von Staatsarchivrat Dr. H. Bellée.

Der nachstehenden Bibliographie, die in der Hauptsache die aus Anlaß der Abstimmung in Oberschlesien erschienene Literatur enthält, ist eine Einleitung vorangestellt, die in gedrängter Kürze über die wichtigsten Fragen der Entwicklung des oberschlesischen Landes orientieren soll. Anschließend daran ist wegen der Bedeutung des Problems eine Sammlung von Schriften zur Nationalitätenfrage bis zum Kriegsausbruch in einem besonderen Kapitel zusammengetragen.

Während diese beiden Teile nur eine Auswahl aus der großen Fülle der Literatur über Oberschlesien zur ersten Einführung und Anregung zur selbständigen Forschung bieten wollen, soll in den folgenden fünf Kapiteln eine annähernde Erschöpfung des Stoffes, soweit dies das sehr verstreute Material überhaupt ermöglicht, gegeben werden. Innerhalb dieser Kapitel sind die Titel alphabetisch nach dem Verfassernamen bzw. dem Sachtitel geordnet. In dem Kapitel „Oberschlesien während der Abstimmungszeit" sind jedoch die periodischen Erscheinungen zur besseren Uebersicht in sich geschlossen an den Anfang gestellt; ebenso ist dies mit den Kartenwerken, die das Ergebnis der Abstimmung darstellen, in dem Kapitel „Die Abstimmung" geschehen.

I. Das Land Oberschlesien.

a) Nachschlagewerke.

Partsch, Joseph: Literatur der Landes- und Volkskunde der Prov. Schlesien. 1900. Breslau: Aderholz, 1892—1900. 530 S.

Nentwig, Heinr.: Literatur der Landes- und Volkskunde der Prov. Schlesien. (Umfassend die Jahre 1900—1912.) Breslau: Aderholz 1904—1914. 3 Hefte.

Michael, Richard: Die geologische Literatur der Prov. Schlesien und ihrer Nachbargebiete. Berlin 1914: Geolog. Landesanstalt. IV, 253 S.

Triest, Felix: Topographisches Handbuch von Oberschlesien. Breslau: Korn 1864—65. VIII, 1288 S.

Partsch, Joseph: Schlesien. Eine Landeskunde. (Bd. 2, Heft 1, Oberschlesien.) Breslau: Hirt, 1896—1911. 2 Bde.

Fechner, H.: Wirtschaftsgeschichte der preuß. Provinz Schlesien, in der Zeit ihrer provinziellen Selbständigkeit 1741—1806. Breslau: Schottländer 1907. X, 736 S.

Frech, Fritz u. Franz Kampers: Schlesische Landeskunde. Leipzig: Veit 1913. 2 Bde.

Oberschlesien. Monatsschrift zur Pflege der Interessen Oberschlesiens, begr. von Dr. Ezechiel Zivier, fortges. durch Prof. Dr. Paul Knötel. Kattowitz: Böhm, 1902—20. Jg. 1—18.

Generalkarte von Oberschlesien. Berlin (1920). 1 : 300 000. Flemmings Generalkarten Nr. 67.

Gemeindelexikon für d. Reg.-Bez. Oppeln, hrsg. v. Kgl. Preuß. Statist. Landesamt. Berlin 1912.

Ortschaftsverzeichnis mit Angabe der zugehörigen Gemeinden und Eisenbahnstationen der Prov. Oberschlesien und des Kreises Namslau. Bearb. von den Vereinigt. Verbänden heimattr. Oberschlesier. Breslau 1921. 95 S.

b) Geschichte.

Arndt, Alfred: Forschungsaufgaben auf dem Gebiete der Vorgeschichte in unserer oberschl. Heimat. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 47—48.

Jahn, Martin: Die oberschlesischen Funde aus der röm. Kaiserzeit. Prähist. Zeitschrift. Berlin. 10. Bd. 1918, S. 80—149 und 13./14. Bd. 1921/22, S. 127—149.

— Aus Oberschlesiens Vorzeit. Aus Oberschlesiens Vergangenheit. Gleiwitz 1921. S. 4—7.

Seger, Hans: Aus Oberschlesiens Vorgeschichte. Oberschlesien. Ein Land dt. Kultur. 1921 S. 42—49.

Oberschlesien. Zeitschrift zur Pflege der Kenntnis und Vertretung der Interessen Oberschlesiens, hrsg. v. E. Zivier, von Bd. 6 an von Prof. P. Knötel. Kattowitz: Böhm 1902/03—19/20.

Oberschlesische Heimat. Zeitschrift d. oberschles. Geschichtsvereins, hrsg. v. O. Wilpert, später v. Dr. J. Chrząszcz. Oppeln, Oberschles. Geschichts-Verein, 1905—20, Jg. 1—16.

Chrząszcz, Joh.: Der oberschles. Geschichtsverein. Wiss. Aufgaben in Oberschlesien, S. 4—7.

Immerwahr, W.: Der Beuthener Geschichts- und Museumsverein. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 10—13.

Aus Oberschlesiens Vergangenheit. Beiträge zur oberschles. Geschichte, hrsg. v. Ver. f. Gesch. Schles. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien. 1921. 94 S.

Aus Oberschlesiens Vergangenheit und Gegenwart. Heft 1, hrsg. v. V. Loewe. Heft 2 hrsg. v. E. Randt. Gleiwitz: Heimatverlag. 1922. 84 S. und 65 S.

Knötel, Paul: Geschichte Oberschlesiens. Kattowitz: Gebr. Böhm. 1906. IV, 163 S. Vgl. dazu: Knötel, Paul: Begleitwort zu meiner Gesch. Oberschlesiens, in: Oberschlesien IV, 1905. S. 542—552.

— Oberschlesien einst und jetzt. Kurzgefaßte Gesch. d. Reg.-Bez. Oppeln. Kattowitz: Gebr. Böhm. 1910. 109 S.

Zivier, Ezechiel: Oberschlesien und Polen. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 58—61.

— Geschichte des Fürstentums Pleß. Teil I (bis 1517). Kattowitz: Böhm 1916. 232 S.

Grünhagen, Colmar: Oberschlesiens Sonderstellung in der Geschichte. Zeitschrift f. Gesch. Schles. 37 Jg. 1903. S. 99—119.

Zivier, Ezechiel: Zur Geschichte der Besiedlung und Germanisierung Oberschlesiens. Oberschlesien 2. Jg. 1903. S. 587—605.

Andreae, Friedrich: Oberschlesien in der friderizianischen Zeit. Schles. Heimat 1. Jg. (1921.) S. 197—199.

Kapras, J.: Oberschlesische Landbücher. Ein Beitrag z. Gesch. d. öffentl. Bücher. Zeitschr. f. Gesch. Schles. 42. Jg. 1908. S. 60—120.

Wutke, Konrad: Deutsches Recht in Oberschlesien im Mittelalter. Ein Ortsverzeichnis. Aus Oberschles. Vergang. Gleiwitz 1921. S. 12—22

Knötel, Paul: Entstehung und Lage der oberschles. Städte. Oberschlesien 16. Jg. 1917. S. 7—15, 63—68.

Randt, Erich: Oberschles. Stadtgeschichten. Aus Oberschles. Vergang.. Gleiwitz 1921. S. 44—46.

Schwarzer, Otfried: Die oberschles. Städte. Aus Oberschles. Vergang. Gleiwitz 1921. S. 26—35.

Zivier, Ezechiel: Chroniken oberschles. Städte und Ortschaften. Oberschlesien 2. Jg. 1903. S. 90—95.

Wilpert O. und Kutzer, P.: Die Wappen der oberschles. Landgemeinden. Oberschles. Heimat 5. Jg. 1909. S. 73, 88, 177—185; 6. Jg. 1910. S. 29—37; 7. Jg. 1911. S. 9—19 und 9. Jg. 1913. S. 166—168.
Friedensburg, F.: Oberschlesiens Anteil an der Münzgeschichte Schlesiens. Oberschlesien 6. Jg. 1907—1908. S. 567—573.

c) Bewohner.

Grabowski, E.: Land und Leute in Oberschlesien. Heimatbilder. Breslau: Priebatsch (1913). 165 S.
Kammer, Wilhelm: Oberschlesisches Volkstum in der Literatur. Oberschlesien 2. Jg. 1903—04. S. 456—469 und 723—725; 3. Jg. 1904—05. S. 737—746 und 4. Jg. 1905—06. S. 337—344.
Joël, Manuel: Die kulturelle Entwicklung Oberschlesiens von der Völkerwanderung bis zur Gegenwart in ihrer Abhängigkeit von dem Boden. Der Versuch einer anthropogeographischen Entwicklung. Breslau 1920: Graß, Barth & Co. 61 S. (Bresl. Diss. 1920.)
Vogt, Maria: Dichte und Bewegung der Bevölkerung Oberschlesiens in ihrer geograph. Bedingtheit 1781—1910. Breslau Diss. 1921. (Nur i. Auszug gedr.)
Chrobok, L.: Volkskundliches Arbeiten in Oberschlesien. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 40—45.
Unser Oberschlesien. Das Hohelied deutscher Arbeit. Vorwort v. Frieda Kaisig. Bd. 1: Die Hütte. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien. (1920.) 16 Bilder.
Wilk, Karl: Bilder aus Oberschlesien. Breslau: Aderholz 1920. 118 S. Bilder aus dem Osten 1. Bd.
Gusinde, K.: Schönwald. Beiträge zur Volkskunde und Geschichte eines deutschen Dorfes im poln. Oberschlesien. Breslau: Marcus 1912. 80 S.
Schönwald. Trachtenbilder aus einem deutschen Dorf in Oberschlesien. Hrsg. von Frieda Kaisig. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1920.
Holtzmann, Robert: Oberschlesiens Deutschtum im Mittelalter. Aus Oberschles. Verg. Gleiwitz 1921. S. 7—12.
Knötel, Paul: Deutsche Kultur in Oberschlesien. Mitteil. d. Schles. Bundes f. Heimatschutz. 1920. Heft 4/5. S. 84—93.
Aus Eichendorffs Heimat. Wald- und Landschaftsstimmungen aus Oberschlesien, hrsg. v. Frieda Kaisig. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien. (1920.) 16 Bilder.
Andreae, Friedrich: Die zivilisatorische Entwicklung Oberschlesiens. Aus Reisebeschreibungen und Memoiren. Aus Oberschles. Verg. Gleiwitz 1921. S. 70—77.
Kaminsky, Friedrich: Oberschlesien vor hundert Jahren. Kulturstudien. Königshütte O.-S.: Hyazinth-Druckerei. 1912. 120 S.
Andreae, Friedrich: Gestalten des oberschlesischen Adels. Aus Oberschlesiens Verg. und Gegenw. Heft 1. 1922. S. 57—74.
Knossalla: Ueber Familiengeschichtsforschung. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 37—40.
Brann, Martin: Die Bedeutung der Juden für die Geschichte und Kultur Oberschlesiens. Oberschlesien, Ein Land dt. Kultur. 1921. S. 93—95.
Knötel, Paul: Die Aufgabe der Heimatmuseen. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 48—52.
Chrząszcz, Johannes: Ueber die Ziele des oberschles. Museumsvereins (zu Gleiwitz). Oberschlesien 5 Jg. 1906—07. S. 487—494.
Arndt, Alfred: Der oberschlesische Museumsverband. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 13—16.
Die oberschlesischen Museen. Der Oberschlesier 1. Jg. 1920. Nr. 31.
Abicht: Die oberschlesische Sprachenfrage im Lichte der Sprachwissenschaft. Der Oberschlesier 1. Jg. 1920. Nr. 34 u. 36.
Mak, Wilhelm: Sprachwissenschaftliches Arbeiten in Oberschlesien. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 45—46.
Dziennikarstwo polskie na Śląsku. Zarys histor. napisał Ksiądz (Das poln. Zeitungswesen i. Schles., verf. v. e. Geistlichen.) Bytom (Beuthen O.-S.): 1912. 63 S.

d) Geistige Kultur.

Chrząszcz, Johannes: Kirchengeschichte Schlesiens. Breslau: Aderholz 1908. 287 S.
Nowack, Alfons: Zur Geschichte der katholischen Kirche in Oberschlesien. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 16—20.

Klapper, Joseph: Kirchliches Leben in Oberschlesien vor 500 Jahren. Bruder Nikolaus v. Kosel. Aus Oberschles. Verg. u. Gegenw. Heft 2. 1922. S. 1—20.
Skotnik, P.: Die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse im oberschlesischen Industriebezirk unter den Bresl. Bischöfen. Aus Oberschles. Verg. Gleiwitz 1921. S. 61—70.
Balthasar: Die evang. Kirche Oberschlesiens. Der Oberschles. 1. Jg. 1920. Nr. 24.
Schwencker: Zur Geschichte der evangelischen Kirche in Oberschlesien. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 20—24.
— Die kirchengeschichtliche Zusammengehörigkeit der ev. Kirche Oberschlesiens mit der Gesamtschlesiens. Aus Oberschles. Verg. u. Gegenw. Heft 2. 1922. S. 30—38.
Feja, P.: Die evangelischen Gemeinden polnischer Zunge Oberschlesiens. Schles. Volksztg. 1906. Nr. 78 u. 82.

Kobel, Oskar: Die Entwicklung des oberschles. Volksschulwesens. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 48, 50, 51 und 3. Jg. 1921. Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 9.
Klawitter, Willy: Hundert Jahre preuß. Volksschulpolitik in Oberschlesien. Aus Oberschlesiens Verg. u. Gegenw. Heft 1. 1922. S. 41—57.
Urbanek, Robert: Zur Lage der Volksschule und der Volksschullehrer im oberschlesischen Industriegebiet. Breslau: Priebatsch, 1904. 39 S.
Die Volksbücherei in Oberschlesien. Zeitschrift d. Verbandes oberschles. Volksbüchereien e. V., hrsg. von Oberreg.-Rat Dr. Rudolf Küster u. Verbandsbibliothekar Karl Kaisig. (Jg. 14, 1921—22: von Karl Kaisig u. Dr. Wilhelm Schuster.) Oppeln: H. Muschner 1906—1911; 1912—1917: Breslau: Priebatsch; 1918: Selbstverl. d. Verb. oberschles. Volksbüchereien; 1921—22: Gleiwitz: Heimatverl. Oberschlesien.
Küster, Rudolf: Die Volksbibliothek in Oberschlesien, ihre Entwicklung bis Mitte 1899 und ihre weitere Ausgestaltung. Denkschr. i. Auftr. d. Reg. Oppeln. Oppeln 1899: Raabe. 101 S.
Kaisig, Karl: Volksbibliotheken in Oberschlesien. Oberschlesien 3. Jg. 1904—05. S. 796—817.
Brauweiler, Roland: Deutche Volksbildungsarbeit in Oberschlesien. Ostland, Jahrb. f. ostdt. Interessen. Bd. 2. Lissa i. P.: Eulitz 1913. S. 123—147.
Küster, Rudolf: Kulturelle Wohlfahrtspflege in Oberschlesien Denkschrift der Kgl. Reg. zu Oppeln. Kattowitz: Böhm 1907. 2. Aufl. II, 63 S. 4°.

Bimler, Kurt: Aufgaben der Kunstgeschichte in Oberschlesien. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 30—34.
Knötel, Paul: Kunst in Oberschlesien. Kattowitz: Böhm 1912. V, 117 S.
Burgemeister, Ludwig: Die Kunstdenkmäler und ihre Pflege in Oberschlesien. Oberschlesien. Ein Land dt. Kultur. 1921. S. 139—145.
Knötel, Paul: Von deutscher Kunst in Oberschlesien. Aus Oberschles. Verg. Gleiwitz 1921. S. 36—39.

Klemenz, Paul: Der Anteil Oberschlesiens an deutscher Geisteskultur und Dichtung. Oberschlesien 17 Jg. 1918—19 in Heft 1—9.
Zivier, Ezechiel: Oberschlesien in der Literatur. Oberschlesien 2. Jg. 1903—04. S. 145—152 u. 217—220.
Hoffmann von Fallersleben: Polnische Volkslieder der Oberschlesier, ins Deutsche übertragen. Schles. Prov.-Bll. N. F. III. 1864. S. 390, 469 u. 513.
Kegel, Hugo: Oberschlesien in der Dichtung. Eine Anthologie. Kattowitz: Siwinna [1897]. XIII, 298 S.
Neumann, Paul: Zur Musikgeschichte Oberschlesiens. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 34—37.

e) Wirtschaftliche Kultur.

Zeitschrift des Oberschles. Berg- und Hüttenmännischen Vereins, hrsg. v. Oberschles. Berg- und Hüttenmännischen Verein E. V. 1. Jg. 1862 u. ff. Seit 1882 Kattowitz, Verl. des Vereins. 4°.
Statistik der oberschles. Berg- und Hüttenwerke, hrsg. v. Oberschles. Berg- u. Hüttenm. Verein. Kattowitz 1883 ff. 4°.

Berg- und Hüttenmännische Rundschau. Organ f. d. Interessen d. Bergbaus . . . . sowie der in ihnen tätigen Beamten, hrsg. v. C. Ilgner in Zabrze. Kattowitz: Gebr. Böhm. 1. Jg. 1904 u. ff. 4°.

Kohle und Erz. Technischer Centralanzeiger f. Berg-, Hütten- und Maschinenwesen. Organ d. Ver. techn. Bergbeamt. Oberschlesiens. Kattowitz: Siwinna. 1. Jg. 1904 u. ff. 4°.

Kaminsky, Friedrich: Einführung in die Literatur zur oberschles. Wirtschaftsgeschichte. Wiss. Aufgaben in Oberschles., S. 24—29.

General-Industriekarte vom oberschles., russischen u. Mährisch-Ostrauer Revier, angefert. durch Mueller, Markscheider in Berlin. 1 : 100 000. Kattowitz [1907]: G. Siwinna.

Uebersichtliche Hand- und Verkehrs-Karte des oberschles. Berg- u. Hütten-Bezirks, enthaltend die Kreise Beuthen, Gleiwitz, Kattowitz, Pleß usw., hrsg. v. H. Melzer. 1 : 90 000. Beuthen O.-S.: H. Freund 1899.

Handkarte d. oberschles. Industriebezirks. Entworfen v. E. Sochowski. Kattowitz 1911. 1 : 75 000.

Spezialkarte des oberschles. Industriebezirks. Entw. u. gest. durch den Markscheider Küntzel. 1 : 60 000 o. O. 1896.

Verzeichnis der Karten und Zeichnungen des Kgl. Oberbergamts zu Breslau. Breslau 1906: Korn. VIII, 136 S.

Verzeichnis der Bergwerksbetriebskarten d. Kgl. Oberbergamts zu Breslau. Breslau 1908.

Handbuch des oberschlesischen Industriebezirks, hrsg. vom Oberschles. Berg- u. Hm.-Verein. Kattowitz: Oberschl. Berg- u. Hm.-Verein 1913. XVI, 832 S. Mit Kartenanlagen. — Festschr. z. XII. Allg. dt. Bergmannstage in Bresl. 1913. Bd. II.

Schlockow, J.: Der oberschlesische Industrie-Bezirk m. bes. Rücksicht auf s. Kultur- u. Gesundheits-Verhältnisse. Nach amtl. Quellen dargest. Breslau: Korn 1876. 77 S.

Sachs, Arthur: Die Bodenschätze Schlesiens. Leipzig: Veit 1906. VIII, 194 S.

v. Bülow-Trümmer, E. U.: De Bodenschätze Oberschlesiens. Greifswald: Bamberg 1920. 16 S. — Mitteil. aus d. geolog. Institut d. Univ. Greifswald. Nr. 2.

Sachs, Arthur: Die Grundlagen der schles. Montanindustrie. Mit 4 Textfig. und einer geolog. Karte. Kattowitz: Böhm 1917. 20 S.

Fechner, Hermann: Gesch. d. schles. Berg- und Hüttenwesens i. d. Zeit Friedrichs d. Gr., Friedr. Wilh. II. u. Friedr. Wilh. III. 1741—1806. Berlin: W. Ernst 1903. 756 S. 4°. Auch in: Zeitschr. f. d. Berg-, Hütten- u. Salinen-Wesen im Preuß. Staate. Bd. 48—50, Jg. 1900—02.

Renauld, Joseph Ritter v.: Der Bergbau u. die Hüttenindustrie von Oberschlesien 1884—1897. Eine Untersuchung über die Wirkungen der staatl. Eisenbahntarifpolitik u. des Wasserverkehrs. Preisgekr. v. d. staatswirtsch. Fak. der Univ. München 1899. Stuttgart: Cotta 1900. XIX, 428 S. — Münchn. Volkswirtsch. Stud. Bd. 38.

Flegel, Kurt: Die wirtschaftliche Bedeutung der Montanindustrie Rußlands und Polens und ihre Wechselbeziehungen zu Deutschland. Leipzig: Teubner 1920. 101 S. — Quellen und Studien, hrsg. v. Osteuropa-Institut. III, 1.

Die Bergwerks- u. Hüttenverwaltungen des oberschles. Industriebezirks. Ein hist.-statistischer Wegweiser, den Teilnehmern am 5. Allg. dt. Bergmannstage gew. v. Oberschles. Berg- u. Hüttenm.-Verein, bearb. von Dr. H. Voltz. Kattowitz: 1892—1901. Selbstverl. d. Ver. 3 Bde.; dabei eine Karte des oberschles. Industriebez., bearb. v. Küntzel, 1 : 60 000, 1892, und Verzeichnis d. Gruben u. Hütten, 1892.

Wendriner, M.: Die Berg- u. Hüttenindustrie Oberschlesiens. Verhandlungen deutscher Naturforscher in Breslau 1904. II, S. 128—135.

Urbanek, Robert: Geschichte des oberschlesischen Bergbaus. Breslau u. Oppeln: Priebatsch 1920. 2. Aufl. 23 S.

Wutke, Konrad: Aus der Vergangenheit des schles. Berg- u. Hüttenlebens. Breslau 1913: Nischkowsky. VIII, 774 S. — Festschr. z. XII. Allg. dt. Bergmannstage in Breslau 1913. Bd. V, dazu Anhang sep. Das Goldene Buch von Tarnowitz. 87 S.

Bernhardi, Friedrich: Gesammelte Schriften. Mit 3 Profilen usw., hrsg. vom Oberschlesischen Berg- u. Hüttenmännischen Verein. Kattowitz: Gebr. Böhm 1908. XIII, 499 S.

Matschoß, C.: 50 Jahre Ingenieurarbeit in Oberschlesien. Eine Gedenkschrift zur Feier d. 50jähr. Bestehen des Oberschles. Bezirksvereins deutscher Ingenieure. Berlin: Springer (1907). VIII, 286 S.

Deutsche Arbeit in Oberschlesien. Oberschlesien 1831 u. heute. Karten entw. v. geogr. Institut d. Univ. Bresl. Breslau 1919.

Raßmann, Richard: Das Auswanderungsproblem der oberschl. Schwerindustrie. Breslau: Marcus 1922. 80 S. — Veröffentl. d. Schles. Ges. f. Erdkunde. Heft 2.

Wutke, Konrad: Friedrich Wilhelm Graf v. Reden, Begründer der Montanindustrie Oberschlesiens. Aus Oberschles. Verg. Gleiwitz 1921. S. 77—87.

Partsch, J.: Die Entwicklung d. schles. Bergbehörde u. d. Kgl. Oberbergamts in Breslau. Schlesien V. Jg. 1912. S. 661—66.

Wutke, Konrad: Studien über die Entwicklung des Bergregals in Schlesien. Berlin: Stargardt 1897. VIII, 211 S.

Zivier, Ezechiel: Die Entwicklung d. Bergregals i. Schlesien u. d. Bergwerksgerechtsame d. Fürstentums Pleß. Kattowitz: Böhm 1908. 98 S.

Raefler, Friedrich: Die Brauneisenerzlagerstätten Oberschlesiens. Kattowitz O.-S.: Böhm [1915]. 66 S. Aus: Berg- und Hüttenmännische Rundschau. 11. Jg. 1914/15.

Simmersbach, O.: Die Begründung d. oberschles. Eisenindustrie unter Preußens Königen. Kattowitz: Böhm 1911. 41 S. — Heft 74 d. Sammlung B.- u. Hm. Abhdlgen.

Felsch, Gustav: Die Wirtschaftspolitik des Preuß. Staates bei der Gründung der oberschles. Kohlen- u. Eisenindustrie (1741—1871). Berlin 1919: Ernst. 60 S. 4°. (Würzburger Diss. 1919.)

Jüngst, Ernst: 50 Jahre oberschlesischer Eisenindustrie. Essen (Ruhr): Verlag d. Berg- u. Hüttenm. Zeitschr. Glückauf (1913). 44 S.

Brockdorff, Sigmund Graf v.: Die Deckung des Erzbedarfs der oberschles. Hochöfen. Kattowitz: Böhm 1914. VIII, 121 S. (Bresl. Techn. Diss. 1914.)

Freund, E.: Die Elektrizität in der oberschles. Eisenindustrie. Kohle u. Erz. 3. Jg. 1906. S. 32—46.

Michael, Richard: Die Geologie des oberschles. Steinkohlenbezirks. Berlin: Preuß. Geolog. Landesanstalt 1913. 415 S. u. Karten. — Festschr. z. XII. Allg. dt. Bergmannstage in Breslau 1913. Bd. 1, und Abhandlungen d. Preuß. Geolog. Landesanstalt N. F. Heft 71.

Gaebler, C.: Das oberschlesische Steinkohlenbecken. Kattowitz: Böhm 1909. VI, 300 S. nebst Beilagen.

Zivier, Ezechiel: Die Entwicklung des Steinkohlenbergbaus im Fürstentum Pleß. Kattowitz: Böhm 1913. 99 S.

Schroth, Kurt: Geschichte der Verkehrs- u. Absatzverhältnisse beim oberschles. Steinkohlenbergbau i. d. ersten 100 Jahren s. Entwicklung 1748—1845. Breslau 1912: Favorke. VI, 50 S. (Bresl. Phil. Diss. 1912.)

Schneider, Hans: Der Kampf d. oberschles. Kohle gegen die englische. Naumburg a. S. 1919: Pätz. 44 S. (Bresl. Jur. Diss. 1919.)

Frey: Die Zinkgewinnung im oberschles. Industriebezirk u. ihre Hygiene seit Erlaß der Bekanntmachung des Bundesrats, betr. die Einrichtung u. d. Betrieb d. Zinkhütten, v. 6. 2. 1900. Berlin: Hirschwald 1907. 60 S. mit Taf. u. Fig.

Kaiser: Das Zink u. seine Bedeutung f. d. oberschles. Volkswirtschaft. Zeitschrift f. Schulgeogr. 1911. Heft 8.

Krantz, Fr.: Die Entwicklung der oberschles. Zinkindustrie in techn., wirtschaftl. u. gesundheitl. Hinsicht. Kattowitz: Böhm 1911. IV, 92 S.

Zivier, Ezechiel: Zur Geschichte der Zinkindustrie in Oberschlesien. Oberschlesien. 3. Jg. 1904/05. S. 431—447.

Rzehulka, A.: Die oberschlesische Zinkgewinnung u. ihre Fortschritte. Kattowitz: Böhm 1906. 23 S.

Graf, Georg Engelbert: Die geographische Lage des oberschlesischen Industriereviers. Geograph. Zeitschr. 25. Jg. 1919. S. 195—210.

Wendt, Heinrich: Die Anfänge der oberschlesischen Industrie. Oberschlesien. Ein Land dt. Kultur. 1921. S. 117—120.

Brzoski, Fred. [d. i. Fr. Kaminsky]: Industrieschlesien, das Land einer Zukunft. Deutsche Kulturworte eines Polen. Glogau u. Leipzig: Hellmann 1911. 111 S.
Gerke: Entwicklung und Aufschwung d. oberschles. Industrie. Oberschlesien. Ein Land dt. Kultur. 1921. S. 121—125.
Ziekursch, P.: Die Entwicklung der staatl. Wasserversorgungsanlage im oberschlesischen Industriebezirk. Berlin: Ernst 1910. 26 S. 4°. u. Zeitschr. f. d. Berg-, Hütten- u. Salinenwesen i. Preuß. Staate. 1909. S. 379—404.
Geisenheimer, P.: Die Wasserversorgung des oberschles. Industriebezirks. Kattowitz: Oberschles. Berg- u. Hm.-Verein 1913. V, 97 S.
Caspari, E.: Die Arbeitsverhältnisse der oberschles. Zementindustrie. Korrespondenzbl. d. Generalkommission d. Gewerksch. Deutschlands. XXII. 1912. S. 737/8.

Mitteilungen der Handelskammer f. d. Reg.-Bez. Oppeln. Oppeln: Raabe 1894 ff. Ab 28. Jg. 1922 unter d. Titel: Mitteil. d. Handelskammer f. d. Provinz Oberschlesien.
Wendt, Heinr.: Ergebnisse der schlesischen Wirtschaftsgeschichte. Hrsg. v. d. Hist. Kommission f. Schlesien. Breslau 1922: Korn. 32 S.
Die wirtschaftl. Beziehungen zwischen Russisch-Polen u. d. Deutschen Reiche u. die sich daraus für den Friedensschluß ergeb. Folgerungen. Bearb. v. d. Handelskammer Oppeln u. d. Oberschles. Berg- u. Hüttenmännischen Verein. Oppeln 1915. 91 S. 4°.
Hilgermann, Bernhard: Der Handel Schlesiens mit Polen u. seine Entwicklung auf Grund der natürlichen Begebenheiten. Ein Beitrag zur Handelsgeographie Schlesiens. Breslau: Hochschulverlag 1921. 64 S.
Gutachten über Geschäftsgebräuche im Regierungsbez. Oppeln. Hrsg. v. d. Handelskammer f. d. Reg.-Bez. Oppeln. Oppeln 1911: Raabe. IX, 192 S.
Asmussen, Nikolaus: Die Wasserwege Oberschlesiens. Oberschlesien. Ein Land dt. Kultur. 1921. S. 83—86.
Wattenbach, Wilhelm: Ein Aufsatz über die Handelsstraßen Oberschlesiens (verfaßt 1859), mitgeteilt v. O. Meinardus. Schles. Geschichtsbll. 1908. S. 25 bis 30.

Jelitto, Anton: Geschichte d. oberschles. Landwirtschaft. Berl., Bresl., Kattowitz: Phönix-Verlag 1910. VIII, 141 S.
Heumann, Friedrich: Die Agrarpolitik der schles. Provinzialverwaltung. Berlin: Puttkamer u. Mühlbrecht. 1918. 230 S.
Tischbierek, Emanuel: Die bäuerlichen Verhältnisse in Oberschlesien und ihre Regulierung. Oberschlesien. 11. Jg. 1912/13. S. 191—200 u. 251—260.

Caspari, E.: Bergarbeiterlöhne in den Steinkohlengruben in Russisch-Polen u. in Oberschlesien. Korr.-Bl. d. Generalkommission d. Gewerksch. Deutschlands. XIX. 1909, Nr. 2.
Steinbiß, Johannes: Entstehung u. Zusammensetzung der Bergarbeiterlöhne im oberschles. Steinkohlenbergbau. Blankenese 1914: Kröger. 120 S. (Heidelberger Diss.)
Hein, Benno: Das Familienleben des oberschles. Arbeiters und die schulentlassene Jugend. Oberschlesien, 4. Jahrg. 1905/06. S. 827—833.
Seidl, Kurt: Das Arbeiterwohnungswesen in der oberschles. Montanindustrie. Kattowitz: Oberschles. Berg- u. Hm. Verein 1913. VI, 117 S.
Grund, P.: Die ausländ. Wanderarbeiter i. ihrer Bedeutung f. Oberschlesien. Leipzig: Deichert 1913. VII, 81 S. — Veröff. d. mitteleurop. Wirtschaftsvereins in Deutschland. H. 16.
Zur Ruthenenfrage im oberschles. Bergrevier. Kohle u. Erz. III. 1906. S. 55—58.

II. Die Entwicklung der Nationalitätenfrage in Oberschlesien.

Abicht: Die oberschles. Sprachenfrage im Lichte der Sprachwissenschaft. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 34 u. 36.
Die großpoln. Aerzteschaft in Oberschlesien. Schles. Ztg. 1904. Nr. 232 u. 235.
Bandtke, Ueber die polnische Sprache in Schlesien. Hist. crit. Analekten Breslau 1802. S. 270—278.

Baron: Zur Frage der Germanisierung der poln. Bevölkerung Oberschlesiens durch die Volksschule. Schles. Prov.-Bll. N. F. XI. 1872. S. 113—121.
Bischof, K.: Soll der Unterricht in der Volksschule in der Muttersprache erteilt werden, mit Rücksicht auf die Schulen polnischer Gegenden Schlesiens? Schles. Prov.-Bll. Bd. 129. 1849. S. 515—522.
Einige Worte über das polnische Oberschlesien, besonders über die dortige Sprache. Schles. Prov.-Bll. Bd. 86. 1827. 113—120.
Ks. Norbert Bonczyk, Życiorys (Lebenslauf). Oppeln: Towarzystwo Oświaty. 1918. 48 S.
Cardinal v. Widdern: Die Unterwerfung Oberschlesiens durch die Posener Polen. Berlin: Ißleib 1910. 2. vervollst. Aufl. 61 S.
Chudziński, Anton: Die polnische Frage in Preußen. Uebers. v. Ossowski. Berlin: Mittler 1891. 32 S.
Dompnik: Die deutschen Volksbanken in Oberschlesien. Die Grenzboten 71. Jg. III. 1912. S. 501—506.
Erdmann, O.: Oberschlesischer Polenspiegel. Polnische Presse-Aeußerungen in u. über Oberschlesien. Breslau: Priebatsch 1911. 174 S.
Fischer: Königliche Verordnungen Friedrichs II., die poln. Sprache in Oberschlesien betr. Schles. Prov.-Bll. Bd. 85. 1827. S. 556—562.
Giovanni: Die Geistlichkeit in Gleiwitz-Lublinitz im Wahlkampfe 1918. Als Mscr. gedr. o. O. (1918). 16 S.
— Oberschlesien und sein Klerus. Was Zeitungen innerhalb eines Monat darüber berichten. Als Mscr. gedr. Beuthen: Bednorz 1912. 18 S.
Hanslik, E.: Kulturgeographie d. deutsch-slaw. Sprachgrenze. Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. VIII. Jg. 1910. S. 103—27, 445—72.
Heimbrod: Ueber die deutsche Sprache in dem poln. Oberschlesien. Gleiwitz, Gymn.Progr. 1865. 23 S. 4° u. Oberglogau 1872. 25 S.
[Hoffmann, Heinr.]: Das Gebiet der slavischen Sprachen in Schlesien zu Anfang des 18. u. zu Anfang des 19. Jhds. Monatsschr. von u. für Schlesien 1829. I. S. 233—236.
Das Interesse Oberschlesiens an der Zukunft Polens. Hrsg. von der Handelskammer Oppeln. Oppeln 1917. 28 S. 4°.
Kaisig, Karl: Deutsches und polnisches Volksbildungswesen in Oberschlesien. Ostland, Jahrb. f. ostdt. Interessen, Lissa i. P. Eulitz. 1. Bd. 1912 S. 205—25. 2. Bd. 1913. S. 254—255.
— Die polnische Sprache in Oberschlesien. Der Oberschles. 1. Jg. 1920. Nr. 16.
— Sprachmischung in Oberschlesien. Ein Beitrag zur oberschles. Volkskunde von Spectator (d. i. Karl Kaisig). Kattowitz: Böhm 1909. 27. S.
Kastner, Karl: Vom Geiste Bernhard Bogedains. Aus Oberschlesiens Verg. u. Gegenw. Heft 2. 1922. S. 21—29.
Knötel, Paul: Zur poln. Frage in Oberschlesien. Ein Nachwort zum deutschen Tage. Oberschlesien 8. Jg. 1909/10. S. 265—72.
Knötel, Paul: Die deutsche Turnerschaft und die nationale Bewegung in Oberschlesien i. d. Festschr. z. 50. Stiftungsfest d. Alten Turnvereins. Kattowitz O.-S. 1910.
Kolbe: Konr.: Zur Geschichte der Eindeutschung Oberschlesiens bis zum Tode d. Ministers v. Altenstein 1840. Oberschlesien 16 Jg. 1917/18. S. 53—62, 116—126.
Innere Kolonisation und Polenfrage i. Schlesien. Schles. Ztg. 1902. Nr. 418.
Koneczny, Feliks: W sprawie górnoślązkiej. [In der oberschles. Frage.] Krakau: Selbstverl. 1903. 58 S.
v. Koschützki, C.: Zum Sprachenkampf in Schlesien. Schles. Prov.-Bll. Bd. 119. 1844. S. 223—226, 695—696, u. Bd. 124. 1846. S. 56—58.
— Verhandlungen und authentische Aktenstücke betr. die Sprachenfrage in Preußisch-Oberschlesien aus d. Jahren 1839—1859. Tarnowitz (1859): Reimann. 102 S.
Kügler: Zur praktischen Lösung der Sprachenfrage in der Volksschule Oberschlesiens. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 48.
— Zum Kampfe um die oberschlesische Schule. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 26.
Kustos, J.: Oberschlesiens Schule i. d. Geschichte. Ratibor 1919: Meyer. 32 S.
Langhans, Paul: Nationalitäten-Karte der Provinz Schlesien. Auf Grund amtl. Angaben entw. 1 : 500 000. Gotha: Perthes 1906.

Laubert, Manfred: Die preuß. Polenpolitik von 1772—1914. Berlin: Preuß. Verlagsanstalt 1920; darin cap. 1 § 9. Die Polenfrage in Schlesien.
— Oberschlesien im 19. Jh. Schles. Heimat, 1921. S. 200—202.
— Eine Denkschrift Gottlieb Theodor v. Hippels zur Polenfrage 1879. Schles. Geschbll. 1922. S. 18—23.
Lechmann, Paul: Die Entwicklung der Grenze zwischen Schlesien und Polen seit der Herrschaft der Wladislaiden. Oberschlesien 14. Jg. 1915/16. S. 204—207.
Limanowski, Boleslaw: Odrodzenie rozwój narodowosci polskiej na Śląsku [Wiedergeburt u. Ausbreitung d. poln. Volkstums i. Schlesien] Warschau: Życie 1911. 101 S.
Makkabaeus: Das Recht auf die Muttersprache im Lichte des Christentums. Oppeln: Towarcystwo Oświaty na Śląsku 1919. 110 S.
Mueller, Paul: Die poln. Gefahr in Schlesien. Halle 1911. — Vorstandsbl. d. ev. Bundes Nr. 9.
Nitschke, Kurt: Schlesien bleibt deutsch! Breslau: Langewort, 1904. 55 S.
Ostmarkenbriefe aus Oberschlesien, betr. die Entwicklung d. nationalen Bewegung in Oberschlesien. Schles. Ztg. 1904. Nr. 406 ff.
[Pohle]: Der Oberschlesier verteidigt gegen seine Widersacher 1791. Breslau: W. G. Korn 1791. 35 S.
Der Polonismus u. die oberschles. Schule. Schles. Schulztg. XXXII 1902. Nr. 11.
Praesent, Hans: Deutsches u. polnisches Sprachgebiet. Geographische Zeitschr. 25. Jg. 1919. S. 219—222.
Preis, J.: Ein Wort über die „Germanisierung" der poln. Bevölkerung Oberschlesiens. Schles. Prov.-Bll. N. F. XI. 1872. S. 292—297.
Prus, Konstantin: Józef Lompa, jego życie i prace [J. L., sein Leben u. s. Werk.] Beuthen 1913: Katholik. 161 S.
Przyklenk, A.: Die poln. Sprache des Oberschlesiers. Der Oberschlesier 1. Jg. 1920. Nr. 14.
— Warum soll man dem Oberschlesier seine poln. Sprache belassen? Der Oberschlesier 1. Jg. 1920. Nr. 20.
— Der oberschlesisch-polnische Kirchengesang. Der Oberschlesier 3. Jg. 1921. S. 124—126.
Randt, Erich: Neue Quellen zur Kenntnis der nationalen Herkunft des oberschlesischen Adels. Aus Oberschlesiens Verg. u. Gegenw. Heft 1. 1922. S. 1—23.
Rassek, R.: Warum erteilt ein Teil des oberschles. Klerus den Beicht- und Kommunionunterricht in deutscher Sprache? Gleiwitz: B. Mittmann [1903]. 28 S.
— Schule und Kirche im Sprachenkampfe der Ostmark. Ostland, Jahrb. f. ostdt. Interessen. Lissa i. P.: Eulitz 2. Bd. 1913. S. 104—122.
Ratzlaff, F.: Das oberschles. Polentum im Rahmen der Rechtspflege und Verwaltung. Dt. Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart. III. Jg. 1904. Heft 10.
Regnal, Anselm: Deutschtum u. Polentum in Oberschlesien. Der Oberschlesier 3. Jg. 1921. S. 180—82.
Rendschmidt, F.: Ueber die Verbreitung der deutschen Sprache in Oberschlesien. Schles. Prov.-Bll. Bd. 99. 1834. S. 341—349, 425—433.
Richter: Etwas über die polnische Sprache Oberschlesiens; als Verteidigung ihres Wertes. Schles. Prov.-Bll. Bd. 86. 1827. S. 107—113.
Schöhl, Eugen: Die Polenfrage in Oberschlesien. Vortrag, geh. 1911 in Düsseldorf. Mainz: Verlag d. Vermögens-Verw. d. Alldeutschen Verbandes 1911. 32 S. — Flugschriften d. Alldeutschen Verbandes, Heft 30.
Schoppe, Georg: Wasserpole. Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 559—561.
— Deutsche Sprache unter den Polen in Oberschlesien. Schles. Heimat 1921. S. 785.
Schramek, Emil: Geschichtl. Ueberblick über die Sprachenfrage in den letzten zwei Jahrhunderten in Oberschlesien. Der Oberschlesier 1. Jg. 1920. Nr. 20 u. 21.
Skowroński, A.: In welcher Sprache muß der Religionsunterricht erteilt werden? Beuthen O.-S.: Verlag der Katholik 1902. 34 S.
Oberschles. Sokols und Bau von Sokolhäusern. Schles. Ztg. 1905. Nr. 247.
Sontag, Ernst: Die polnischen Volksbanken in Oberschlesien. Die Grenzboten 69. Jg. II. 1910. S. 241—50 u. 319—26.
— Die Abwehrmaßnahmen des Deutschtums in Oberschlesien auf finanziellem Gebiete. Ostland, Jahrb. f. ostdt. Interessen. Lissa i. P.: Eulitz, Bd. 1. 1912. S. 27—41.
Splittgerber: Zum Sprachenkampf in Schlesien. Schles. Prov.-Bll. Bd. 119. 1844. S. 485—487.

Die oberschlesische Sprachenscheide. Schles. Ztg. 1903. Nr. 181.

Stephan, St.: Der Beuthener Prozeß im Lichte der Wahrheit oder wahrheitsgetr. Enthüllungen aus der poln. Politik in Oberschlesien. Ein Beitrag zum Verständnis der oberschlesischen Wirren. Königshütte (Berlin: Verlagsanstalt Karl Hof) 1904. 320 S.

Swart, Fr.: Deutsches u. polnisches Genossenschaftswesen i. Schlesien. Ostland. I. 1912. S. 176—94.

Tuckermann, W.: Bedingt die deutsch-slaw. Sprachgrenze eine kulturgeschichtliche Scheidung? Vierteljahrsschrift f. Sozial- u. Wirtschaftsgesch. X. Jg. 1912. S. 70—95.

Zur oberschles. Unterrichtsfrage. Von T. S. Schles. Prov.-Bll. N. F. XI. 1872. S. 500—01.

Urbanek, Kurt: Oberschlesien heute und morgen. Berlin-Friedenau: Dt. Kommunal-Verlag 1916, 55 S. — Schriften d. Vereins f. Kommunalwirtsch. u. Kommunalpolitik. Heft 3.

Weber, Paul: Die Polen in Oberschlesien. Eine statistische Untersuchung. Mit e. Vorwort „Die Fehlerquellen i. d. Statistik d. Nationalitäten" von Professor Dr. L. Bernhard. Berlin: J. Springer 1914. XXIV, 72 S.

Weidemann, Fr.: Oberschles. Zustände in freien Rasierspiegel-Szenen. Leipzig: Drobisch 1912. 220 S.

Weltzel, Aug.: Zur Sprachgrenze Oberschlesiens (a. 1665). Schles. Prov.-Bll. N. F. XII. 1873. S. 601.

Wutke, Konr.: Amts- u. Volkssprache ehemals in Oberschlesien. Schles. Volksztg. 1921. Nr. 139.

III. Oberschlesien in der Abstimmungszeit.

Der Schwarze Adler. Oberschles. Wochenblatt f. Wahrheit u. Recht. Kattowitz 1919: Wenske (verantwortl. f. Verl. u. Red. Josef Garczorz i. Domb). 2°. Jg. 1. Nr. 1. (25./III.) nur dies.

Der Schwarze Adler. Für Schlesiens Einheit. Kattowitz 1919: (Wenske). 2°. Ab 8. 6. 19. Später Breslau: Schles. Volksztg.; 1921 Sept. verschmolzen mit: Oberschles. Warte.

Der Weiße Adler. Unabhäng. oberschles. Wochenschrift. Oppeln: Der Weiße Adler 1919—20. 2°.

Der Bund — Związek. Organ des Bundes der Oberschlesier. Organ Związku Górnoślązaków. Beuthen O.-S.: Bund d. Oberschlesier 1920 bis ca. 1921. 4°.

Dzwoń [Die Glocke]. Katowice [Kattowitz] 1919: Wenske. 4°. Ersch. bis 1921 März.

Głosy z nad Odry [Oderstimmen]. Cwiercrocznik oświatowy dla ludu polskiego na Śląsku (Vierteljahrsschr. zur Aufklärung des poln. Volkes in Schlesien). Oppeln (Druck v. Miarka in Nikolai O.-S.) 1918—1920.

Der Heimattreue. Wochenschrift f. d. Interessen Oberschlesiens u. d. Ostens. Hrsg. v. d. Vereinigt. Verbänden heimattr. Oberschlesier. Breslau 1922 ff.

Der Helfer. Wochenschrift der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens f. ihre Mitglieder, Freunde u. Gönner. Oppeln: 1919. 4°. Nur Nr. 1—28 ersch.

Journal officiel de Haute Silésie, impr. de la Commiss. interalliée de Gouvernement et de Plébiscite de Haute-Silésie. Gazeta urzędowa Górnego Śląska. Amtsblatt für Oberschlesien. Oppeln 1920 bis ca. April 1922. 4°.

Kocynder. Czasopismo wesołe-Górnośląskie. [Kocynder. Lustige oberschlesische Zeitschrift.] Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka 1920.

Oberschlesische Mitteilungen. Täglich erscheinendes Nachrichten-Material f. d. deutsche Presse mit bes. Berücksichtigung der oberschles. Presse, hrsg. von der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens. Oppeln: Pohl 1918—1919. 2°.

Der Oberschlesier. Oberschles. Wochenschrift. Oppeln: Der Oberschlesier 1919 ff. 2°. Ab 1923 Gleiwitz.

Pieron. Hrsg. v. Hans Pilot. Gleiwitz: Gutenberg-Verlag, später Pieron-Verlag, 1920—1922. 4°.

Die oberschlesische Warte. Zentralorgan d. Landesgruppe Westfalen-Rheinland d. Vereinigten Verbände heimattr. Oberschlesier in Dortmund. Nr. 1, o. O., Nr. 2—17 Duisburg, Nr. 18 ff. Breslau: Schles. Volksztg. 1920. 4°. (Vom 1. 10. 1922 aufgegangen in: Der Heimattreue.)

Wola ludu [Volkswille]. Hrsg. v. Teofil Kupka. Bytom [Beuthen]: Oberschl. Plebiszit-Komitet 1920—21. 4°.

Die neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit in Oberschlesien. Schles. Schulztg. 50. Jg. 1921. S. 73—74.

Arndt, Martin: Die gegenwärtige Lage, Sept. 1921. Süddt. Monatshefte, 1921 Sept. S. 430—431.

— Meine Gefangenschaft. Süddt. Monatshefte, 1921 Sept. S. 425—427.

Aufruhr in Oberschlesien. Berl. Illustr. Zeitung 1921 Mai [Extrablatt].

Der poln. Aufstand in Oberschlesien und die Mitschuld der Franzosen. Mai bis Juli 1921. Das Weißbuch des Kr. Tost-Gleiwitz O.-S. Nach Protokollen u. Berichten d. Plebiszitkommissariats f. Deutschland. Berlin: H. Paetel 1921. 40 + 32 S. 4°.

Der Aufstand im oberschles. Abstimmungsgebiet Aug. u. Sept. 1920, hrsg. v. Ausw. Amte. I. Denkschrift, II. Anlagen. Berlin 1920: Reichsdr. 30, 99 S. nebst Anl. 2°.

Der dritte Aufstand in Oberschlesien Mai-Juni 1921. [Berlin 1921]. 56 S. 2°.

Der Augustaufstand in Oberschlesien. (Der poln. Raubzug.) Nach amtl. Mitteilungen. Berlin: Verlag f. Politik u. Wirtschaft [1920]. 48 S.

Die Bedrohung des oberschles. Grenzschutzes durch den Dringlichkeitsantrag Pospiech im poln. Landtage. Oppeln 1919: E. Raabe. 29 S.

Bloch: Der Polenaufstand in Beuthen vom 1. Mai bis 4. Juli 1921. Breslau 1921: Graß, Barth u. Co. 57 S.

Der Bruch der interalliierten Treuhänderschaft über Oberschlesien. Die Unterstützung der poln. Banden durch Frankreich. Berlin: Engelmann 1921. 36 S. — Die Vergewaltigung d. Menschenrechte Heft 2.

Brunau, Max: Die evang. Kirche in Oberschlesien u. d. Schreckenstage in Anhalt. Leipzig: Arn. Strauch, 1921. 15 S. — Volksschriften d. Gustav-Adolf-Vereins, 5. Heft.

Cyrus, Joseph: Aus Oppelns Franzosenzeit. Süddt. Monatshefte, 1921 Sept. S. 401—407.

Denkschrift über das oberschlesische Beweismaterial gegenüber polnischen Annexionsabsichten. Berlin 1919: Reichsdruckerei. 30 S. 4°.

Denkschrift der deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens über den poln. Aufstand Mai-Juni 1921. o. O. u. J. 28 S. 4°.

Denkschrift über den Kreis Hindenburg O.-S., hrsg. v. Verband heimattreuer Oberschlesier, Kreisgruppe Hindenburg O.-S. Kattowitz 1921: Siwinna. 55 S. 4°.

Denkschrift des Kreises Loebschütz. Loebschütz [1920]: Hampel. 16 S. 4°. u. Ratibor 1921. 22 S. 8°.

Denkschrift über den dritten Polenaufstand Mai-Juni 1921 im Kr. Hindenburg O.-S., hrsg. v. d. deutschen Parteien u. Gewerkschaften d. Kr. Hindenburg O.-S. Breslau 1921: Schatzky. 125 S. 4°.

Ein historisches Dokument für Oberschlesien (1. Ausgabe des Amtsblattes für Oberschlesien.) Oberschles. Heimat 16. Jg. 1920. S. 28—30.

Ergebnisse der Gemeinderatswahlen in Oberschlesien am 9. Nov. 1919. Breslau 1920: Graß. 111 S. 4°.

Ewert, Władysław Ludwik: Powstaniec śląski spadkobierca Piasta [Der schles. Rebell ein Erbe Piasts]. In: Warszawa Śląskowi.

Fischer: Frankreichs Schuld am Polenaufstand in Oberschlesien. München, o. J. 7 S.

Fritsch, Carl Joseph: Korfantys Putsch. Deutsche Politik 6. Jg. I. 1921. S. 467 bis 468.

Fritsche, Julius: Das wahre Gesicht des polnischen Aufstandes. Die Gegenwart 50. Jg. 1921. S. 165—167.

— Korfanty. Die Deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 47—49.

Die Greuel des Grenzschutzes während des Augustaufstandes in Oberschlesien oder wie Oberschlesien „gesäubert" wurde. Nikolai O.-S.: Miarka 1920. 66 S.

Haußmann, Conrad: Die oberschlesische Regierungskrise. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 1035—37.

Heilberg: Rechtspflege im oberschles. Abstimmungsgebiet. Juristische Wochenschrift 49. Jg. 1920. S. 344.

Herschel: Der oberschlesische Aufstand. Allg. Rundschau, München, 18. Jg. 1921. S. 308—309.

— Oberschlesien und Zentrum. Allg. Rundschau, München, 18. Jg. 1921. S. 233—235.

Hülsen, Bernh. v.: Der Kampf um Oberschlesien. Oberschlesien und sein Selbstschutz. Stuttgart: Berger [1922]. 87 S.

Katsch, Hermann: Die Amokläufer von Beuthen. Süddt. Monatshefte, 1921 Sept. S. 420—424.

— Der oberschles. Selbstschutz im dritten Polenaufstande. Berlin u. Leipzig: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 101 S.

Knötel, Paul: Die Lage in Oberschlesien. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 34—36 und 26. Jg. 1921. S. 6—8, 15—16 u. 24—25.

[Knötel, Paul]: Oberschlesien in Todesnot. Die Ostmark 26. Jg. 1921. S. 56—58 u. 67—68.

— Oberschlesiens Leidenszeit. Die Ostmark 26. Jg. 1921. S. 80—81, 94—95, 109—10 u. 124—25. 27. Jg. S. 32—33.

— Nach Oberschlesiens Leidenszeit? Die Ostmark 27. Jg. 1922. S. 68—69.

— Aus Oberschlesiens Leidenszeit. Die Ostmark 27. Jg. 1922. S. 76—77.

Kisch, Jakob: Oberschlesien. Allgem. Rundschau, München, 17. Jg. 1920. S. 295—296.

Kobel, O.: Bilder aus dem Polenaufstande im Kreise Rybnik. Niederschlesien 1. Jg. 1921. S. 174—182.

Koffka, Friedr.: Zum Falle Kupka. [Erm. 24. Nov. 1920.] Juristische Wochenschrift 50 Jg. 1921. S. 385.

Kriminalstatistik für das Abstimmungsgebiet Oberschlesien. Dt. Juristenzeitung 26. Jg. 1921. Sp. 115.

Polnische Kulturtaten in Oberschlesien. o. O. [1921.] 22 S. 4°. Auch franz., engl. u. ital.

Die Leiden der deutschen Oberschlesier. Berl. Illustr. Ztg. Jg. 1921. Nr. 51.

Leithäuser, Walter: Die Geschichte des Freikorps v. Aulock. (Breslau) [1921]. 39. S.

Das Martyrium der Deutschen in Oberschlesien. Gewaltakte und Greueltaten der Polen während d. 3. Aufstandes in Oberschlesien im Mai u. Juni 1921. Berlin 1921: Reichsdruckerei. 104 S. 4°.

Menenius: Oberschlesien und die Entente. Die Grenzboten 80. Jg. II. 1921. S. 245—248.

— Oberschlesien und die Washingtoner Konferenz. Die Grenzboten 80. Jg. III. 1921. S. 117—120.

Mosler, Joseph: Beiträge zur oberschlesischen Frage. Allgem. Rundschau, München, 17. Jg. 1920. S. 507 u. 516.

Die Not der Deutschen in Oberschlesien. 1. Folge. Berlin: Engelmann 1921. 67 S. — Die Vergewaltigung der Menschenrechte. 1. Heft.

Die Not des mährischen Anteils. Die Vorenthaltung d. Selbstbestimmungsrecht f. d. Süden d. Kr. Ratibor u. Leobschütz, hrsg. v. Mähr. Pressebureau. Ratibor 1919: Oberschles. Gesellsch.-Druckerei. 24 S..

Nottage in Anhalt, Kr. Pleß, während des poln. Aufstandes im Aug. 1920. o. O. [1920.] 15 S.

Oberland in Oberschlesien. Auf Grund eigener Berichterstattung bearbeitet vom Verlag „Die deutschen Baumeister München." München: Lindauer 1921. 29 S.

Oberschlesien, Generalkarte, hrsg. v. J. J. Kettler. Berlin: Flemming & Wiskott 1920. 1 : 300 000. Flemmings Generalkarten Nr. 67. 2. Aufl. 1921 mit d. Entscheidung d. Völkerbundes.

Pohlmann, Alexander: Oberschlesien. Die Hilfe, Berlin, 26. Jg. 1920. S. 247 bis 248.

Der oberschles. Polenaufruhr. Warschau und Entente. Die Grenzboten, Berlin, 80. Jg. II. 1921. S. 133—36.
Pronobis aus Bittkow O.-S. Geschichte des oberschles. Aufstandes und seine Resultate. o. O. [1920.] 128 S. Auch poln.
Richtlinien A. für die Durchführung der Flüchtlingsfürsorge im oberschles. Abstimmungsgebiete. Oppeln: Der Flüchtlingskommissar für Oberschlesien (1921). 14 S. 4°.
The third Polish rising in Upper Silesia in the spring of 1921. (Die dritte poln. Erhebung in Oberschlesien im Frühjahr 1921.) Illustr. Welt, 5. Jg. 1921. Nr. 18, S. 6—7.
Rohrbach, Paul: Frankreich und Oberschlesien. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 531—35.
Satzungen der Oberschlesischen Volkspartei. (Beuthen 1920.) 4 S. 8°.
Satzungen des Verbandes heimattreuer Oberschlesier. Kattowitz 1920.
Dunkle Schatten in Oberschlesien. Oberschles. Heimat 16 Jg. 1920. S. 30.
Amtliche Schriftstücke zum Korfanty-Aufstand in Oberschlesien, Mai 1921, hrsg. v. Ausw. Amt. Berlin [1921]: Reichsdr. 26. S. 4°.
Schubert: Der 3. Polenaufstand in Oberschlesien (Mai—Juni 1921). Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 648—652.
Schuster, Wilhelm: Ein vergewaltigtes Volk. Der polnische Maiaufstand 1921 in Oberschlesien. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1922. 315 S.
Simons, Hans: Oberschlesien und die internationale Rechtslage. Gründe und Gegengründe. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 992—95.
Sontag, Ernst: Der Justizbeamtenstreik in Oberschlesien. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 97—98.
— Neue Feststellungen über das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien während des letzten poln. Aufstandes. Preuß. Jahrb. 187. Bd. 1921. S. 240—245.
— Unserer Zeiten Schande. Das Verhalten der Franzosen in Oberschlesien während d. poln. Mai- und Juniaufstandes 1921. Gotha: Perthes (1921). 36 S.
— Die Karriere Wojciech Korfantys. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 510—512.
— Die Franzosenherrschaft in Oberschlesien. Eine Anklageschrift. Berlin: Spaeth & Linde 1921. 61 S.
Stinnesbeck, Bruno: Geschichte des oberschles. Freiwilligenkorps. Kattowitz (1919). 58 S. Maschinenschr. 4°. [i. d. Staats- u. Univ.-Bibl. Breslau].
Streiflichter auf den oberschlesischen Aufstand. Berlin [1921]: Litfaß. 15 S.
Aus den Sturmtagen Oberschlesiens. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 104—105.
Urbanek, Kurt: Schriften-Nachweis zur oberschlesischen Frage. Breslau: Marcus 1922. 30 S.
— Robert: Polnischer Fanatismus im oberschlesischen Lehrerstande. Schles. Schulzeitung 49. Jg. 1920. S. 289.
Velsen, Dorothee v.: Oberschlesisches Tagebuch (vom 11.—21. 3. 1921). Die Frau, Berlin 28. Jg. 1920/21. S. 209—15.
Die Vergewaltigung der Menschenrechte in Oberschlesien. In Dokumenten vorgelegt vom Ausschuß für Minderheitenrecht. Heft 1 ff. Berlin: Engelmann 1921.
Oberschlesisches Verkehrsbuch. Nachschlagebuch f. d. Industriebezirk und Beamten-Verzeichnis. Kattowitz: Phönix-Verlag 1921.
Visser, Bouke A. [Berichterstatter d. Haager Nieuwe Courant]: Eindrücke aus Oberschlesien. Süddt. Monatshefte 1921, Sept. S. 400—401.
F. A. V[oigt] [Berl. Vertr. d. Manch. Guardian]: Die Engländer über Oberschlesien. Berlin: Verl. f. Sozialwissensch. 1921. 30 S.
Zur Vorgeschichte des poln. Augustaufstandes in Oberschlesien. Urkdl. Beiträge. Von einem Oberschlesier. Charlottenburg: Dt. Verl.-Ges. f. Politik und Gesch. 1919. 51 S.
Vosberg, Fritz: Volksabstimmung in Ost- u. Westpreußen u. d. Lage in Oberschlesien. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 90—92.
Oberschlesische Wahlen. Die Ostmark 24. Jg. 1919. S. 78.
Die Wahrheit über Oberschlesien. Beiträge von oberschles. Gewerkschaftsführern. Süddt. Monatshefte 18. Jg. 1921. S. 373—432.

Walther, Karl: Was wird in Oberschlesien? Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 577 bis 580.

Der wahre Wert des poln. Weißbuches. „Violations du Traité de Paix par les Allemands en Haute-Silésie." Hrsg. v. Ausw. Amt. Berlin 1920: Reichsdr. 16 S. 4°.

Weinhausen, Friedrich: Demokraten u. oberschlesische Krisis. Berlin: Demokratischer Verlag [1921]. 23 S. Gr. 8°.

Wie ein Land versinkt (Oberschlesien). Von einem Oberschlesier. Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 202—207.

Wienholdt, A.: Verschleppt! Mißhandelt! Interniert! 6 Wochen in Gefangenschaft d. poln. Insurgenten. Breslau: Schles. Buchdr.- u. Verl.-Ges. 1921. 2. Aufl. 27 S.

Zusammenstellung von Protokollen u. Berichten über den dritten poln. Aufstand im Abstimmungsgebiete ‹Mai 1921›. Folge 1 u. 2. o. O. (1921). 2°.

IV. Aufklärung über Oberschlesien.

Adamietz Alfred: Oberschlesien als Freistaat. Eine kritische Studie. Gleiwitz: Oberschles. Volksstimme 1920. 30 S.

Deutsche Arbeit u. Kultur in Oberschlesien (Oberschlesienheft). Leipziger Illustr. Ztg. Nr. 4014 v. 3. VI. 1920.

Einige Aufsätze über die organische Zusammengehörigkeit des Industriebezirks Oberschlesiens. Kattowitz [1921]: Böhm. 15 S.

Die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien. Das Verfassungsgesetz des gesetzgebenden Landtags in Warschau vom 15. Juli 1920, enthaltend d. organische Statut der Wojewodschaft Schlesien. Text m. Anm. hrsg. von Rechtsanwalt Dolny (Beuthen O.-S.). Nikolai O.-S.: Miarka (1920). 66 S. — Auch poln.

Badendieck: Oberschlesiens Schicksal. Akad. Bll. 34. Jg. 1919. S. 126—128, 166—168 u. 211—212.

Bansen, Hans: Der Bergbau Oberschlesiens. Die Räder, Berlin, 1. Jg. 1920. Nr. 19. S. 2—6.

Beiträge zur oberschles. Frage. I. Oberschlesien u. d. Umgestaltung der europ. Schwerindustrie durch d. Versailler Vertrag. II. Die wirtschaftliche Zugehörigkeit d. Kreise Pleß u. Rybnik zur oberschles. Montanindustrie. Denkschrift d. Forschungsabtlg. f. Bergbau u. Hüttenkunde des Osteuropa-Instituts zu Breslau. Breslau 1921. 26 S. 4°. u. Leipzig: Teubner 1921. 37 S. 8°. Auch engl., franz., ital. u. span.

Bełza, Stanisław: Początki narodowego odrodzenia Śląska [Anfänge einer völkischen Entwicklung Schlesiens]. In: Warszawa Śląskowi.

Amtlicher Bericht über die gemeinsame Sitzung v. Mitgliedern d. Deutschen Nationalversammlung u. d. Preuß. Landesversammlung am 16. Dez. 1919. Konstituierende Versammlung des Gesamtausschusses der „Grenzspende" des Deutschen Schutzbundes f. d. Grenz- und Auslandsdeutschen. o. O. (1919). 16 S.

Boggiano-Pico, Eugenio: L'Alta Slesia e la guistizia internazionale. Con prefazione di Claudio Treves. Roma 1921. 30 S.

Bonikowsky: Um Oberschlesien. Hrsg. v. Ausw. Amt. Berlin 1921: Reichsdr. 38 S. 4°.

Bornhak, Conrad: Polnisches und deutsches Autonomiegesetz für Oberschlesien. Deutsche Juristenztg. 26. Jg. 1921. Sp. 54—56.

Der deutsche Bundesstaat Oberschlesien. Hrsg. v. Generalsekretariat d. kath. Volkspartei (Zentrum) f. Oberschlesien. Ratibor: Oberschles. Gesellschaftsdr. 1920.

Carnevali, Dalmo: Italien und die oberschlesische Frage. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 535—37.

Chemnitz u. Oberschlesien. Sonderbeil. d. Chemn. Tageblattes. [1921.] 4°.

Choloniewski, Antoni: Państwo polskie, jego roskrzeszenie i widoki rozwoju. [Das poln. Reich, sein Wiederaufleben u. die Aussichten seiner Entwicklung.] Warszawa [1920]. 70 S.

Chrząszcz, Joh., u. Laslowski, Ernst: Wissenschaftliche Aufgaben in Oberschlesien. Eine Sammlung von Aufsätzen. Gleiwitz: Heimatverl. Oberschlesien 1922. 70 S.

Cunow, Heinrich: Lloyd Georges Kontinentalpolitik und die oberschles. Frage. Die neue Zeit 39. Jg. II. 1921. S. 241—46.
Damaschke, Adolf: 1. Um Oberschlesien. 2. Die Heimstättenfrage in diesem Kampfe. „Heimstätten" S. 3—5. Berlin: Bodenreform [1919].
Die Oberschlesien-Denkschrift d. Handelskammer Breslau. Mitteilungen der Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg, Landeshut, Liegnitz usw. 1. Jg. 1921. S. 101—107.
Denkschrift „Braucht Polen Oberschlesien?". Hrsg. v. d. Freien Vereinig. zum Schutze Oberschlesiens. Berlin 1919: Reichsdr. 94 S. 4°.
Denkschrift über die Zugehörigkeit Oberschlesiens zum Deutschtum und zum Deutschen Reiche. Berlin 1919: Reichsdr. 45 S. 4°.
Dietrich Bruno: Oberschlesien. Mit einer Skizze der natürl. Landschaften O.-S. Breslau: Hirt 1920. 23 S.
— Oberschlesien. In: Zwölf länderkundl. Studien . Von Schülern A. Hettners ihrem Lehrer z. 60. Geb. Breslau: Hirt 1921. S. 63—80.
— Die oberschlesische Industrie und ihre Bedeutung für Deutschland. Die Bergstadt 9. Jg. I. 1920/21. S. 129—35.
— Die natürliche Grenze des nordöstl. Oberschlesiens. Breslau: Marcus, 1921. 4 S. u. 4 Ktn. 4°. — Auch engl. u. frz.
Doerschlag, Siegfried: Rund um unsere Abstimmungsgebiete. Leipziger Illustr. Ztg. 1919. Nr. 3983.
Die deutsche Eisenindustrie und das bedrohte Oberschlesien. Stahl u. Eisen, Düsseldorf, 40. Jg. 1920. S. 1321.
Entwurf eines Gesetzes betr. Oberschlesien. Berlin: Heymann 1920. 4 S. 4°. — Entwürfe d. Dt. Reichstages Nr. 7.
Die Erhaltung Oberschlesiens bei Deutschland. Wirtschaftl. Nachr. aus d. Ruhrbezirk, Essen, 1. Jg. 1920. S. 329.
Everth, Erich: Die Krise v. London u. Oberschlesien. Die Gegenwart 50. Jg. 1921. S. 67—69.
Die oberschlesische Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Denschrift d. Breslauer Handelskammer. Breslau 1921. 26 S. Auch als Sonderheft d. Mitteil. d. Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg usw.
Zur oberschlesischen Frage. Mitteil. d. Handelskammern Breslau, Görlitz, Hirschberg usw. 1. Jg. 1921. S. 165—169.
Franz, Julius: Die oberschlesische Wirtschaft und Deutschland. Süddt. Monatshefte 1921 Sept. S. 396—400.
Führer durch die Ausstellung: Arbeit und Kultur in Oberschlesien. Hrsg. vom Arbeitsausschusse. Breslau 1919: Schenkalowsky. 116 S.
Führer durch Oberschlesien. Ein kurzes Hand- und Heimatbuch. Hrsg. v. Oberschlesier. Oppeln: Der Oberschlesier 1920. 71 S. u. 1 Kte.
Geld- und sonstiger Verkehr in Oberschlesien. Oberschles. Heimat. 16. Jg. 1920. S. 32—33.
Gothein, Georg: Oberschlesien. Die Gegenwart. 49. Jg. 1920. S. 155—58.
Greiser, J.: Die oberschles. Frage. Allg. Rundschau, München. 16. Jg. 1919. S. 492—493.
Groba, Kurt: Oberschlesiens Wirtschaft — Deutschlands Wirtschaft. Der Tierzüchter 2. Jg. 1921. H. 6 (Sonderheft Schlesien).
— Oberschlesien u. Europa. Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 265—68.
Groetschel, Emil: Oberschlesische Schicksalsstunde. Allg. Rundschau, München. 18. Jg. 1921. S. 144—145.
Hach, O.: Oberschlesiens Land und Leute. Westermanns Monatshefte 1921. Febr. S. 617—27.
Harden, Maximilian: Oberschlesien. Die Zukunft. 107. Bd. 1919. S. 107—19.
Harnisch, Joh. W.: Deutsche Ordnung und polnische Wirtschaft. Zeitgemäße Bilder aus Oberschlesien. Die Woche 1920. S. 303—05.
Les frontières de la Pologne. La Haute-Silésie, son union économique. Nr. 24. o. O. [1920.] 48 S. 4°. Avec les antiques territoires de la Pologne. Les Archives de la grande guerre. Nr. 24. [1920.] S. 48. 4°.
Heile, Wilhelm: Oberschlesien u. die deutsche Frage. Die Hilfe 26. Jg. 1920. S. 531—32.
Heinisch, Fritz: Oberschlesien muß neutraler Freistaat werden. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 8.
Helfritz, Hans: Das Polnische Autonomiegesetz für Oberschlesien. Breslau: Verlag d. Schles. Ztg. 1920. 12 S.

Herschel: Oberschlesien und das Zentrum. Allg. Rundschau, München, 18. Jg. 1921. S. 233—35.
Joachim, Hans: Der oberschles. Freistaatsgedanke. Die Grenzboten 80. Jg. II. 1921. S. 214—16.
Kaisig, Karl: Deutsche Schutzarbeit in Oberschlesien. 1. Teil. Die freie Bildungspflege in Oberschlesien. 2. Teil. Die polnische politische Propaganda in Oberschlesien und die deutsche Abwehr. Gleiwitz 1921. Als Handschr. gedr. 32 u. 34 S. 4°.
Karte des Oberschlesischen Industriedreiecks. Entw. auf Grund v. Karten d. preuß. Generalstabes u. d. Oberbergamtes Breslau. Von Prof. Dr. Bruno Dietrich. Nebst Verzeichnis der industriellen Werke. Breslau: Marcus [1921]. 1 : 5000.
Evang. Kirchennachrichten aus Oberschlesien. Der Evang. Bote, Kreuzburg O.-S. 1. Jg. 1920. Nr. 21.
Knötel, Paul: Land und Bevölkerung in Oberschlesien. Die Bergstadt 9. Jg. I. 1920/21. S. 17—32.
— Provinz Oberschlesien. Oberschlesien 18. Jg. 1919/20. S. 193—94.
— Oberschlesien polnisch oder deutsch? Oberschlesien 27. Jg. 1918/19. S. 257—63.
Koch, Max: Das deutsche Oberschlesien und Josef Frhr. v. Eichendorff. Unser Schlesierland, Volkskal. 1922. S. 60—66.
König, A.: Beiträge zur oberschlesischen Autonomiefrage. o. O. o. J. 16 S.
Kramsztyk, Jerzy: Upper Silesia in economic relation to Poland and Germany [Oberschlesien in wirtschaftl. Beziehung zu Polen u. Deutschland.] Mikołow [Nikolai O.-S.]: Miarka [1920]. 21 S. 4°.
— La Pologne, l'Allemagne et l'Industrie de la Haute-Silesie. Edité par le Comité plébiscitaire polonais pour la Haute-Silésie. Mikołow [Nikolai O.-S.]: K. Miarka [1920]. 27 S. 4°.
Kranold, Hermann: Oberschlesien, ein europäisches Problem. Sozialistische Monatshefte 1921. S. 288—92.
Kranz: Oberschlesien. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 23—25.
Kriesmann, Robert: Poln. Köder für Oberschlesien. Konservative Monatsschrift 78. Jg. 1921. S. 268—73.
Kudera, Jan Ks.: Obrazy Ślązaków wspomnienia godnych, tom I [Bilder bemerkenswerter Schlesier]. Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka 1920. 134 S.
Kwiatkowski E.: Znaczenie górnośląskiego przemysłu przetworczo-węglowego dla Polski [Die Bedeutung der oberschlesischen Kohlenverwertungsindustrie für Polen]. Lwów [Lemberg]: Zakład Im. Ossolinskich [Ossolinskisches Institut] 1920. 12 S. — Przemysł chemiczny [Chemische Industrie] 1920. Nr. 12.
Laslowski, Ernst: Oberschlesien. Ein offenes Wort in zwölfter Stunde. Allg. Rundschau, München, 16. Jg. 1919. S. 477—78.
— Zur oberschlesischen Frage. Hochland 18. Jg. 1921. S. 349—55.
— Neue Wege in der oberschles. Politik. Allg. Rundschau, München, 18. Jg. 1921. S. 510—11.
Lukaschek, Hans: Wie ist die Stimmung in Oberschlesien? Wie wird die Abstimmung ausfallen? Die Deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 35—39.
Mair, Joh.: Oberschlesiens Bedeutung f. d. deutsche Volkswirtschaft. Allgemeine Rundschau, München, 17. Jg. 1920. S. 650—51.
Mannhart, Hans: Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien. (Osborne.) Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 250—56.
Mentis: Oberschlesien als Freistaat. Die Grenzboten 80. Jg. IV. 1921. S. 71—73.
Möhring, Rudolf: Die wirtschaftliche Bedeutung Oberschlesiens f. d. Reich und die Stellung Bayerns. Die Grenzboten 79. Jg. I. 1920. S. 153—71.
Montanus: Die Einwirkung der Angliederung Oberschlesiens an Polen auf die oberschles. Eisenindustrie. Der Oberschlesier 2. Jg. 1920. Nr. 4.
Müller, Theodor: Die Autonomie Oberschlesiens. Die neue Zeit 39. Jg. I. 1921. S. 355—62.
Nehlert, Benno: Zur oberschles. Frage. Der Oberschlesier 1. Jg. 1919. Nr. 3 u. 4.
Nieborowski, Paul: Oberschlesien, Polen und der Katholizismus. Berlin: Engelmann 1919. 1. u. 2. Aufl. 145 S. 3. Aufl. u. d. Titel: Oberschlesien und Polen in Hinsicht auf Kultur und Katholizismus. Beuthen O.-S.: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 144 S. 4. Aufl. u. d. Titel: Oberschlesien und Polen in Hinsicht auf Kultur und Religion. Breslau: Wahlstatt-Verlag 1922 mit 1 Kte. von Prof. W. Volz. 142 S. — Auch engl., frz., ital. u. poln.

— Der Fels der Wahrheit im poln. Lügenstrom gegen die 331 Opielka-Lügen. Kattowitz O.-S. 1921: Siwinna. 63 S.

Land Oberschlesien. Deutsches Autonomiegesetz vom 27. 11. 1920. Das organ. Statut der Wojewodschaft Schlesien. Poln. Autonomiegesetz. Erläuterung und Beurteilung d. poln. Autonomiegesetzes. Berlin 1920: Reichsdruckerei. 29 S. 4°.

Kommt Oberschlesien an Polen? (Aus d. Kattowitzer Ztg.) Die Ostmark 24. Jg. 1919. S. 19—20.

Oberschlesien. Ein Land deutscher Kultur. Hrsg. v. P. Knötel. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 163 S. 4°.

Oberschlesien. Mitteilungen des Schlesischen Bundes für Heimatschutz. Breslau 1920: Stenzel. Heft 4/5. 118 S.

Oberschlesien. Zwei Jahrtausende in acht Karten dargest. Unter Mitarbeit v. Br. Dietrich, Joel u. a. Hrsg. v. Wilh. Volz. Breslau 1920: Graß, Barth u. Co. 5 Bl. u. 23 S. 4°.

Oberschlesien. Denkschrift des Ausw. Amts. Berlin 1920. 7 S. 4°.

Ein deutsches Oberschlesien, freier Staat. (Kattowitz) o. J. 14 S. 8°.

Oberschlesien als wirtschaftl. Produktionszentrum. Wirtschaft u. Statistik; hrsg. v. Statist. Reichsamt. 1. Jg. 1921. S. 3—6.

Oberschlesien und die Umgestaltung der europäischen Schwerindustrie durch den Versailler Vertrag. Beiträge zur oberschles. Frage, hrsg. v. Osteuropa-Institut zu Breslau, 1921. S. 1—16. 4°.

Oberschlesien und die poln. Währung. Dat. 18. 11. 1920. 4°. Schreibmaschinenabzug i. d. Staatsbibl. in Berlin.

Aus dem evang.-kirchl. Leben Oberschlesiens. Der Evang. Bote, Kreuzburg O.-S. 1. Jg. 1920. Nr. 16.

W obronie Polskości Górnego Śląska. Referaty i szkice Ludomira innych autorów górnośląskich [Zum Schutze des Polentums in O.-S.]. Część 1: Opole [Oppeln]: Tow. Oświaty 1918. 81 S.

Okonsky, Karl: Die oberschles. Arbeiter zur Abstimmung. Die deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 39—42.

Olszewski, Antoni: La Haute-Silésie. Son influence sur la solvabilité et la vie économique de l'Allemagne. Paris: Lahure 1921. 55 S. 2°.

Opielka, Josef: Oberschlesien, Polen und der Katholizismus. Dem Herrn Nieborowski zur Entgegnung. Nicolai: Miarka 1920. 94 S. — Auch poln.

Osborne, Sidney: The Upper Silesian question an Germanys coal problem. London: Allen and Unwin 1920. 285 S. 2. Aufl. 1921. Deutsch als: Die oberschles. Frage u. d. deutsche Kohlenproblem. Berechtigte Uebers. von F. v. Holtzendorff. Berlin: Stilke 1921. 2. Aufl. 2 Teile in 1 Bd. 304 S.

— The problem of Upper Silesia. With five maps. [Die oberschles. Frage. Mit fünf Karten.] London: Allen and Unwin (1921). X, 180 S. (Mit Beiträgen von S. H. Harley, Schotte, Sacharczewski und Osborne.)

Osterroth, Nikolaus: Der Kampf um Oberschlesien. Die neue Zeit. Wochenschrift d. dt. Sozialdemokratie 38. Jg. II. 1920. S. 529—34.

Pampuch, P.: 150 Jahre preußischer Knechtschaft oder die Leiden der oberschlesischen Polen unter der preuß. Herrschaft. Nikolai: Miarka [1920]. 100, VIII S. — Auch poln. (ohne Verfasserangabe) u. frz.

Parczewski, Alfons: Polskość na Śląsku w szeregu wieków [Das Polentum in Schlesien im Laufe der Jahrhunderte]. In: Warszawa Śląskowi.

Petzold, Kurt: Ist Oberschlesien deutsch oder polnisch? Eine Untersuchung im Sinne der Wilsonschen Grundsätze. (Breslau): Volksrat 1919. 40 S. — Auch englisch.

Poetzsch: Zum Gesetz betr. Oberschlesien. Deutsche Juristenztg. 26. Jg. 1921. Sp. 52—54.

Deutsche und polnische Pressestimmen zur Wojewodschaft Schlesien. Kattowitz [1921]: Volkswille. 30 S.

Prus, Konstantin: Spis miejscowości polskiego Śląska Górnego [Verzeichnis der Ortschaften im poln. O.-S.]. Bytom [Beuthen O.-S.]: Nakładem Polskiego komissarjatu Plebiscytowego dla Górnego Śląska 1920.

— O pierwszych polskich drukrzach i wydawcach na Śląsku Górnym to i owo [Ueber die ersten poln. Drucker u. Verleger in O.-S.]. Mikołów: Miarka 1920.

Zur Psychologie Oberschlesiens. Von einem oberschles. Geistlichen. Allg. Rundschau, München, 17. Jg. 1920. S. 395.

Quessel, Ludwig: England und Oberschlesien. Sozialist. Monatshefte 1921. S. 929—35.
Rabow, Robert F.: Katholizismus u. Hakatismus in Oberschles. Eine Antwort auf zwei Broschüren d. Pfarrers Nieborowski. Beuthen O.-S. [1920]: Hadrian. 31 S.
Rachfahl, Felix: Das deutsche Recht auf Oberschlesien. Die geschichtl. Entwicklung d. schles. Lande. Frankfurt a. M.: Verlag d. Frankfurter Ztg. 1921. 15 S.
Rakowski, Kazimir: Walka o Górny Śląsk (Der Kampf um O.-S.). Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka [1920]. 141 S.
— Haute-Silésie. Menace de guerre ou Garantie de paix. Paris: Lahure 1921. 48 S. 4°.
[Reginek, Th.]: Oberschlesien = selbständiger Freistaat? o. O. 1918. 2°.
Reginek, Th.: Die oberschles. Frage. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte und Lösung. Königshütte: Nowak 1920. 80 S.
Regnal, Anselm: Deutschtum und Polentum in O.-S. Der Oberschlesier 3. Jg. 1921. S. 180—82.
v. Rheinbaben: Um Oberschlesien. Die Grenzboten 79. Jg. IV. 1920. S. 233—38.
Ribbeck, Ernst: Gespenst der Valuta (in Oberschlesien). Die Gegenwart 50. Jg. 1921. S. 84—86.
Rohrbach, Paul: Briefe an einen Oberschlesier. Deutsche Politik 5. Jg. II. 1920. S. 323—30.
Rose, Alexander: Deutsche und Polen in Oberschlesien. Berlin: W. Greve 1919. 51 S. m. 1 farb. Kte.
Rostek, Józef: O politycznem odrodzenie Śląska [Die politische Entwicklung Schlesiens]. In: Warszawa Śląskowi.
Roy, James A.: Pole and Czech in Silesia. London, New York 1921. VI. 212 S.
Schmidt, Axel: Die Steinkohlen in Oberschlesien und an der Saar, die Bedeutung ihres Besitzes und die Folgen ihres Verlustes f. Deutschland. Stuttgart: Enke 1919. 40 S. — Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. Heft 62.
Schneeweiß, Adolf: Der Kampf um Oberschlesien. Die Breslauer Revue 1919. S. 145—147 u. 169—170.
Schotte, Walther: Die Zukunft d. oberschles. Wirtschaft, eine Kritik d. poln. Propaganda. Berlin: Stilke 1921. 72 S. mit 2 Karten. — Schriftenreihe d. Preuß. Jahrbb. Nr. 3.
— Leute und Land (in Oberschlesien). Süddt. Monatshefte 1921 Sept. S. 374—86.
Schramek, Emil: Das poln. Nationalbewußtsein in Oberschlesien. Der Oberschlesier 3. Jg. 1921. S. 140—42.
Schremmer, Wilhelm: Oberschlesien. Deutsche Politik 4. Jg. II. 1919. S. 348—52.
Schumacher: Oberschlesien, ein Wirtschaftspfeiler Deutschlands. Aus Oberschlesiens Verg. u. Gegenwart. Heft 2. 1922. S. 39—46.
Silesius: Die oberschlesische Frage. Allg. Rundschau, München, 17. Jg. 1920. S. 305—06.
Skrobotz, Bernh. Max: Deutsche Siedlungsarbeit in Oberschlesien. Kattowitz: Verb. heimattr. Oberchles. [1920]. 16 S.
Śląsk Górna i. Polska [Oberschlesien u. Polen]. Memorjał poufny niemieckich przemysowców ślązkich do Bethmanna-Hollwega. Wydał i przedmowa opatrzył J. Juroff. [Vertraul. Denkschrift d. dt. Kaufleute in Schlesien an Bethmann Hollweg.] Warszawa, Lublin, Łódź: Gebethner i Wolff 1919. 36 S.
Ze Śląska polskiego. Książka zbiorowa autorów śląskich [Aus d. poln. Schles. Sammelwerk schles. Autoren]. W. Opolu [Oppeln] (1917: Komitet Wykonawczy [Vollzugskomitee]. 72 S.
Soba, Rudolf: Oberschlesien und seine Bedeutung, insbesondere für die Stadt Breslau. Mit Vorwort von Fritz Kleiner. Breslau: Hochschulverlag [1921]. 31 S.
Spectator: Der Oberschlesier. Schles. Heimat 1. Jg. 1921. S. 629—32.
Das Organische Statut der Wojewodschaft Schlesien „Poln. Autonomiegesetz v. 15. Juli 1920, Reichsgesetzbl. d. poln. Repub. Jg. 1920 Nr. 73". Hrsg. v. Ausw. Amt. Berlin 1920: Reichsdr. 19 S. 2°.
Steinitzer, Erwin: Oberschlesien und Osteuropa. Die Gegenwart 50. Jg. 1921. S. 69—71.
Troska: Beitrag zur Abstimmung des oberschl. Volkes u. d. Oberschles. Volkspartei. Kreuzburg: Kreuzburger Ztg. [1920]. 16 S.
Tupfer, A.: Die wirtschaftlichen Aussichten Oberschlesiens im poln. Staatsverband. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 39 S.

Urbanek, Kurt: Die poln. Autonomie. Der deutsche Plebiszitkommissar über Korfantys Bauernfang. Die Wojewodschaft Schlesien. Kattowitz 1921: Siwinna. 2 Bll. 4°.

Urbanek, Robert: Abtrünnige. Schles. Schulztg., Breslau 49. Jg. 1920. S. 73—75.

Volz, Wilhelm: Oberschlesien, das Land und seine wirtschaftlichen Kräfte in ihrer geogr. Entwicklung. Deutsche Kultur in der Welt 6. Jg. 1921. Heft 4 (Grenzlanddeutschtum). 11 S.

— Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen d. oberschles. Frage. Berlin: Stilke 1921. 91 S. mit 5 Kten. In allen Weltsprachen.

— Die völkische Struktur Oberschlesiens in 3 Ktn. dargestellt unter Mitarbeit von Charl. Thilo. Breslau: Marcus 1921. 12 S. 4°. — Auch frz. u. engl.

— Oberschlesien. Oesterr. Rundschau 17. Jg. 1921. Novemberheft S. 1061—70.

— Das oberschlesische Land und seine Entwicklung in ihrer geographischen Bedingtheit. Ostdeutsche Monatshefte 1. Jg. 1921. H. 12.

— und H. Rosenberger: Besiedlungskarte von Oberschlesien [Abstimmungsgebiet]. 1 : 400 000 nebst Text. Breslau: Marcus 1922. 1 Kt. 16 S. — Veröffentl. d. Schles. Ges. f. Erdkunde. Heft 3.

— Geographische Lage Oberschlesiens. Die Bergstadt 9. Jg. I. 1920/21. S. 123—28.

— Das Deutschtum in den Kreisen Rybnik und Pleß. Unter Mitarbeit von Bruno Dietrich u. a. Breslau: Marcus 1921. 7 S. m. 5 Ktn. 4°. — Auch engl. u. frz.

Die polnische Währung und Oberschlesien. o. O. 1921. 20 S. 2°. Masch.-Schrift im Museum in Beuthen O.-S.

Warszawa Śląskowi. Odczyty Alfonsa Parczewskiego, Stanisława Bełzy, Dra Józefa Rostka i Władysława Ludwika Ewerta. [Warschau dem Schlesier, Vorträge] durch Konstantin Graf Przezdziecki. Warflzawa: Gebethner i. Wolff 1920. 57 S. 2. Aufl. als: Odczyty publiczne [Oeffentl. Vorträge] durch die Ges. zur Unterstützung der Kriegsopfer.

Wasruk, E.: Polnische moralische Offensive in deutschen Zeitungen. Deutsche Politik 5. Jg. II. 1920. S. 503—09.

— Der oberschlesische Autonomiegedanke. Deutsche Politik 5. Jg. II. 1920. S. 605—10.

Wendt, Heinrich: Der polnische Verzicht auf Schlesien. Aus Oberschlesiens Vergangenheit 1921. S. 1—4. u. Wir Schlesier 1. Jg. 1920/21. S. 162—63.

Westphal, J.: Wohin muß Oberschlesien politisch gehören, wenn s. industr. Produktivität am größten werden soll u. wenn s. Kräfte am vollkommensten ausgenützt werden sollen? Gleiwitz: Heimatverlag [1921]. 24 S.

Wierzbicki, A.: Die Wahrheit über Oberschlesien. Rede, gehalten am 28. 1. 1921 im Reichstag zu Warschau. Warschau: Verl. d. Reichstages 1921. 113 S. (Die Verdeutschung wurde vom Chef des Pressebüros im Finanzministerium besorgt.)

Wohlfahrt: Das Problem Oberschlesien. Die Grenzboten 78 Jg. IV. 1919. S. 234—36.

Zimmermann: Kazimierz: Z dziejów ucisku ludu polskiego na Górnym Śląsku [Aus d. Gesch. d. Bedrückung d. poln. Volkes in Oberschles.] Rzeczpospolita. Warschau 1921 nr. 52.

Die wirtschaftliche Zugehörigkeit der Kreise Pleß und Rybnik zur oberschlesischen Montanindustrie. Beiträge zur oberschlesischen Frage, hrsg. v. Osteuropa-Institut zu Breslau. Breslau 1921. S. 17—26. 4°.

V. Werbeschriften zur Abstimmung.

[Adamietz, Alfred]: Oberschlesische Schicksalsfragen. Material für Redner. Kattowitz O.-S. [1920]: Volkswille 38 S.

— Die einzelnen Bevölkerungsschichten und die Abstimmung in Oberschlesien. Breslau [1921]: Schatzky. 16 S. 2. Aufl. Kattowitz [1921]: Siwinna. 19 S.

— Die Verkehrsverhältnisse in Polen und in Deutschland. Kattowitz [1920]: Volkswille. 4 S.

Aderhold, Johannes: Die nichtsnutzige Mark. Eine Betrachtung über Polens Valuta. o. O. [1921]. 2 Bl.

Bełza, Stanisław: W przedednie plebiscytu na Śląsku Górnym. [Am Vortage der Abstimmung in O.-S.]. Warszawa: Towarzystwo pomocy ofiarom wojny. [Gesellsch. zur Unterstützung d. Kriegsopfer] 1920. 40 S.

— Śląsk musi być nasz. Słowo wstępne przed konzertem urządonym przez Polskie Towarzystwo pomocy ofiarom wojny w. dn. 6. październi ka 1920 r. w Filharmonji na plebiscit śląski. (Schlesien muß unser sein. Einleitende Rede vor dem durch die polnische Gesellschaft zur Unterstützung der Kriegsopfer am 6. Okt. 1920 veranstalteten Konzert in der Philharmonie für die Abstimmung in Schlesien.) Warszawa 1920. 20 S.

Berger, Friedrich: Zwei Antworten auf eine Drohung. o. O. [1920]. 2 Bl.

Die Bezahlung der deutschen u. polnischen Grubenarbeiter. o. O. [1921]. 8 S.

Christiansen, C. C.: Warum muß Oberschlesien bei Deutschland bleiben? Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 4. Jg. 1919. S. 475—480.

Cianciara, St.: Górny Śląsk a Polska [Oberschlesien und Polen]. Lódź. Robotnicz 1919. 16 S.

Czego żąda Górnoślązak? [Was verlangt der Oberschlesier?] o. O. (1920). 14 S. 8°.

Czego żądamy? [Was verlangen wir?] W Bytomiu (Beuthen O.-S.) (um 1920): Katolik. 16 S.

Daszyński, Ignacy: Głosuj za Polską. Uwagi otem jak robotniczy polscy maią głosować podczas plebiscytu [Stimme für Polen. Erwägungen, wie die poln. Arbeiter bei der Abstimmung zu stimmen haben]. W Krakowie [Krakau] 1920: Drukarnia ludowa. 16 S.

Doerschlag, Siegfried: Oberschlesiens Industrie. Die Räder, Berlin, 1. Jg. 1920. Nr. 19. S. 13—14.

Drews, Oberschlesien ist deutsches Land! Wirtschaftl. Nachrichten aus d. Ruhrbezirk, Essen, 2. Jg. 1921. S. 49—52.

Eger, A.: Was hat Oberschlesien im poln. Staat zu erwarten? Die Woche 1921. S. 222.

Um Schlesiens Einheit! Hrsg. v. d. Pressestelle des Volksrates zu Breslau. Breslau [1919]: Stenzel. 16 S.

An die Eltern unserer Kinder! Rodzicom dzieci naszych ku rozwadze! Hrsg. v. Bezirkslehrererat Oppeln. Gleiwitz [1921]. 5 S.

Aufsehenerregende Entlarvung der alldeutschen Lügenkampagne in Oberschlesien. Hrsg. v. poln. Plebiszitkommissariat. o. O. [1920]. 8 Bl.

Falkowski, St.: Polska a nie Niemcy [Polen und nicht Deutschland]. W. Sosnowcu [Sosnowiec]: Komitet Plebiscytu 1920. 8 S.

Der schlesische Feuerreiter! Hrsg. v. d. Vereinigt. Verbänden heimattreuer Oberschlesier. o. O. [1920]. 2 Bl.

Fischer, Arthur: Die Bedeutung Oberschles. für Deutschland. Breslau 1919. Betensted u. Winter. 12 S. und Breslau 1920: Schenkalowsky. 8 S.

Die drei Fragen des Oberschlesiers. Berlin: Zentralverlag 1920. 59 S. — Auch poln.

Gecke: Die wirtschaftl. Bedeutung Oberschlesiens f. d. Deutsche Reich. Vortrag. Hrsg. v. d. Kregerhilfe Ost, Abt. Oppeln. o. O. [1919]. 12 S.

v. Glasenapp: Oberschlesien u. d. poln. Währung. Die Deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 16—22.

Gloeckner, Georg: Kanonenfutter gesucht! Polen braucht Soldaten. o. O. [1920]. 2 Bl.

Głos biskupów katolickich do katolickiego ludu polskiego na Górnym Śląsku w sprawie plebiscytu [Stimme d. kath. Bischöfe zum poln. kath. Volke in Oberschles. über die Abstimmung]. [Poznań 1921]. 37 S. 8°.

Wierny Górnoślązak. Kalendarz dla ludu wiernego Górnośląskiego na rok Pański 1921. [Der treue Oberschlesier. Kalender für das treue oberschles. Volk für das Jahr 1921.] (Gleiwitz 1921). 96 S. 4°. Dasselbe für 1922. 96 S.

Gothein, Georg: Oberschlesien. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 4. Jg. 1919. S. 468—72.

— Was würde aus Oberschlesien unter poln. Herrschaft? Die deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 23—28.

— Deutsch oder Polnisch? o. O. 1920. 7 S. — Auch poln.

Grünfeld, L.: Oberschlesiens Entwicklung zum Industriezentrum. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 4. Jg. 1919. S. 473.

Die alte Heimat. Hrg. v. Verbande heimattreuer Oberschlesier, Zentrale Kattowitz. o. O. [1921]. 8 Bl.

Heimat und Freiheit. Schlesische Stimmen für Schlesiens Recht. Hrsg. von Paul Barsch. Schweidnitz: Heege 1921. 35 S.

Heimatgabe zur Volksabstimmung in Oberschlesien. Hrsg. v. Verband heimattreuer Oberschlesier, Kreisgruppe Gleiwitz. Gleiwitz 1921: Oberschles. Volksstimme. 70 S.

Ist Oberschlesien polnisch? Die deutschsprechende Bevölkerung nach d. Volkszählung v. J. 1910 u. d. abgegebenen poln. Stimmen b. d. Reichstagswahl i. J. 1912; hrsg. v. Reichsverband Ostschutz. Berlin: Reichsverband Ostschutz 1919. 2 Bl. — Auch engl., ital. u. frz.

Ist Oberschlesien polnisch? Antwort auf die stat. Zusammenstellung des Reichsverbandes Ostschutz. o. O. o. J.

Jak prześladowali Prusacy polski lud górnoślazki? Wiadomości zestawione w skróceniu według tajnych aktów ministerstwa w Berlinie, prezesów regencij w Opolu, landratów w Bytomiu, Komisarzy granicznych i Wydzialu kryminalnego. [Wie verfolgteen die Preußen das polnische Volk? Mitteilungen im Auszuge aus Geheimakten des Ministeriums in Berlin, der Regierungspräsidenten in Oppeln, der Landräte in Beuthen, der Grenzkommissare und der Kriminalabteilung.] Gliwici [Gleiwitz] [1920]: Kwiatkowski. Heft 1—2.

Joël Manuel: Der Zusammenhang des oberschles. Industriegebietes. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 503—14.

Kapłan Górnoślązak: Kto wyrządził ludowi polskiemu na Górnym Śląsku największą krzywdę? [Wer fügt dem poln. Volke in Oberschlesien den größten Schaden zu?] o. O. 1920. 16 S.

Knabe, Friedrich: Nur eine Wahl: Mühevoller Aufstieg oder sicherer Untergang? o. O. [1921]. 2 Bl.

Koerner, Tina: Deutschland oder Polen? Wofür entscheidet sich die kathol. Frau Oberschlesiens? Breslau [1920]: Schles. Volksztg. 14 S. — Auch poln.: Niemcy czy Polska.

Kriegstaten. Quellengemäße u. wahrheitsgetreue Zusammenstellung. o. O. [um 1919]. 258 S.

Latacz: Die oberschlesische Volksseele als soziales und politisches Problem. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 439—444.

— Oberschlesier, rettet Euch selbst. Eine Streitschrift f. ein freies u. unteilbares Oberschlesien. [Beuthen 1920]. 20 S.

— Oberschlesien auf Subhasta. Beuthen 1919: Oberschles. Ztg. 35 S. — Auch poln.: 1920. 31 S.

Lehmann, Hanns: Oberschlesien muß deutsch bleiben! Rede, geh. am 10. Mai 1919 in Oppeln. o. O. (1919). 2 Bl.

Die Leidensgeschichte des oberschlesischen Volkes unter deutscher Herrschaft. Ein statistisches Bilderbuch. Poln. u. deutsch. o. O. [1920]. 21 S. Quer 8°.

Liebmann, Karl Theodor: Eine brennende Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft. o. O. [1920]. 2 Bl.

v. Lindeiner-Wildau: Die oberschles. Frage. Berlin: Deutschnation. Schriftenvertriebsstelle 1921. 16 S. — Heft 20 der Deutschnat. Parlamentsreden.

Ludowi górnośląskiemu pod rozwagę [Dem oberschles. Volke zur Erwägung]. Nikolai O.-S.: Miarka 1920. 55 S.

Mächler, Martin: Oberschlesien — eine Schicksalsfrage der Welt. Deutsche Rundschau Bd. 186. 1921. S. 1—5.

Maxis, Emil: Oberschlesische Kulturfragen. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 500—503.

Michaelis, Paul: Deutsch oder polnisch? Berlin: Engelmann 1919. 20 S.

Michejda, Franz: Aus welchen religiösen Beweggründen muß der protestant. Oberschlesier für Polen stimmen? Kreuzburg O.-S. 1920: Kreuzburger Ztg. 12 S. — Auch poln.

Modelski, Teofil Emil: W sprawie ziem plebiscytowych. [In der Angelegenheit der Abstimmungsländer.] Lwów [Lemberg] 1920: Drukarnia Polka. 16 S.

Monte, J. [Umschlagt. Monte-Kurpiun]: Was muß jedermann über Oberschlesien wissen? Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1921. 52 S.

Myschik, Aug.: Oberschlesiens Schicksalsstunde. Breslau [1919]. 24 S. — Auch poln. o. O. [1920]. 23 S.

[Myschik, Aug.]: Wie es kam! Ein Beitrag zur oberschles. Frage. Von e. Oberschlesier. Pleß (1919): Krummer. 15 S.

Nieborowski, Paul: Dobra rada księdza katolickiego o głosowania [Guter Rat eines kath. Geistlichen für die Abstimmung]. Wrocław [Breslau 1920]: Śląska Gaz. Lud. [Schles. Volkszeitung]. 78 S. — Auch deutsch: Landsmann, ich rate Dir gut!

[Nieborowski, Paul]: Landsmann, ich rate Dir gut! Von einem oberschles. Pfarrer. o. O. 1920. 72 S. — Auch poln. mit Verfasserangabe.

— Oberschlesier, verteidige Deinen verstorbenen Bischof! [Kardinal Kopp.] Gleiwitz [1920]: Oberschles. Volksstimme. 7 S. — Auch poln.

Niestroj, P.: Augen auf, Oberschlesier. Kattowitz: Volkswille [1920]. 32 S.

Nitschke, Rudolf: Klage und Gebet der Oberschlesier. Brieg [1921]. 4 S.

Nowak, Gottlieb: Warnung an die evangelischen Oberschlesier. o. O., o. J.

Oberschlesien. Christl. Welt 35 Jg. 1921. Sp. 198—200.

Oberschlesien und seine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft. Hrsg. von der Freien Vereinigung zum Schutze Oberschlesiens. Breslau [1919]: Fleischmann. 40 S. Breslau [1919]: Fleischmann. 46 S. Breslau [1920]: Betensted u. Winter. 48 S.

Oberschlesien. Berlin: Scherl 1921. 28 S. 4°. (Sonderheft der Woche.)

Für ein ungeteiltes Oberschlesien. Oberschlesien muß bei Deutschland bleiben. Hrsg. v. d. Pressestelle d. Verbandes heimattr. Oberschlesier. Kattowitz (1920): Oberschles. Kurier. 32 S.

Oberschlesien am Scheidewege. Kattowitz 1918: Böhm. 16 S. und [1921]: Böhm. 2. u. 3. Aufl. 16 S. — Auch poln.

Unser Oberschlesien. Ein Buch der Heimat. Gotha: Perthes [1921]. 48 S.

Oberschlesiens Not. Hrsg. v. d. Hauptgeschäftsstelle d. Oberschlesier-Hilfswerks, Berlin. Vorrede v. Gerh. Hauptmann. Berlin 1921. 31 S.

Oberschlesier, denke nach! Der Evang. Bote, Kreuzburg O.-S. 1. Jg. 1920. Nr. 27.

Landarme und landlose Oberschlesier. Ein Flugblatt der polnischen Parzellierungskommission — und die Wahrheit. Berlin: Verl. d. Bundes der Bodenreformer [1920]. 6 S.

Oberschlesier! Bruder! Arbeiter! Hrsg. v. d. Vereinig. oberschles. Autonomisten [1920?]. 16 S.

Oberschlesierheft. Die deutsche Nation. Eine Zeitschrift für Politik. 3. Jg. 1921. Heft 1, Januar, 96 S.

Okonsky, Karl: Wir sind für Deutschland! Die Räder, Berlin, 1. Jg. 1920. Nr. 19. S. 6—7.

— Die lustige Kohlenkiste. Allzupolnisches aus Oberschlesien. Kattowitz 1921: Volkswille. 31 S.

v. Oppersdorf, Hans Georg Reichsgraf: Gleiches Recht für Alle. Volksabstimmung und Linkes Oderufer. Oberglogau, Selbstverlag, [1921]. 46 S.

Petzold, Kurt: Die nationale Gefährdung Schlesiens. Breslau: Schles. Heimatdienst 1921. 3. Aufl. 15 S.

Piast: Kalendarz górnośląski [Oberschles. Kalender]. o. O. 1921.

Polacy mają święte prawo do Śląska. Zatem Śląsk musi należeć do Polski [Die Polen haben ein heiliges Recht auf Schlesien; daher muß Schlesien zu Polen gehören]. o. O. [um 1920.] 15 S.

Polak: Kalendarz historyczno-powieściowy na rok pański 1921 [Historisch-erzählender Kalender f. d. Jahr 1921]. o. O. 1921. 144 S.

Polnisch oder Deutsch? Eine Studie von Wojtek und Michel. o. O. [1920]. 111 S.

Polnisch oder Deutsch? Ein ernstes Bilderbuch für erwachsene Oberschlesier von Wojtek u. Michel. o. O. [1920]. 128 S. — Deutsch u. poln.

Prawda o walucie Polskiej. [Die Wahrheit über die poln. Valuta.] Warszawa: Gebethner i Wolff 1920. 28 S.

Przybyła, Jan: Walka o Górny Śląsk [Der Kampf um Oberschlesien]. Nikolai O.-S. 1920: Miarka. 48 S.

Pyrlik, Jacenty: War Oberschlesien deutsch oder polnisch? Kreuzburg: Thielmann 1920. 30 S.

Radziszewski, Henryk: Polska wielkiem mocarstwem [Polen als Großmacht]. Warscawa: (Selbstverlag) 1920. 16 S. Komitet zjednoczenia Górnego Śląska z rzecząpospolitą Polską [Komitee zur Vereinig. Oberschlesiens mit Polen].

Die deutsche Stadt Ratibor. Ratibor 1921. 36 S.

Reginek, T. Moralność a dobroczynność ludu górnośląskiego [Moral u. Wohltätigkeit d. oberschles. Volkes]. Królawska Huta [Königshütte], [1920]. 37 S.

Ringmann, Aleksander: Przyłość ekonomiczna Polski i jej związek gospodarczy ze Śląskiem. [Die wirtschaftl. Zukunft Polens u. s. wirtsch. Zusammenhang mit Schlesien]. Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka 1920. 48 S. Komitet zjednoczenia Górnego Śląska z rzecząpospolitą Polską (Komitee z. Vereinig. Oberschlesiens mit Polen.

Rößler Hans: Oberschlesien — unser Land! Ernstes und Heiteres. Breslau: Schles. Buchdruckerei u. Verlagsges. 1921. 2. Aufl. 50 S.

Rola, Roman: Jakto prusacy nagrodzili za służbę Ślązaka [Wie die Preußen die Dienste des Schlesiers lohnen]. Mikołów [Nikolai O.-S.]: K. Miarka 1920. 16 S. Komitet zjednoczenia Górnego Śląska z rzecząpospolitą Polską [Komitee zur Vereinig. Oberschles. mit Polen].

— Dlaczego Górnoślązak nie może głosować za Niemcami? [Weshalb kann der Oberschlesier nicht f. Deutschland stimmen]. Nikolai [1920]: Miarka. 35 S.

Rose, Edward: Jakie są powody gospodarcze dla których Górnoślązak głosować powinien za Polską? [Welches sind die wirtschaftl. Gründe, aus welchen der Oberschles. f. Polen stimmen muß?] Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka 1920. 48 S.

Salomon-Schwenn, Herm.: Die oberschles. Eisenbahner zur Abstimmung. Korrespondenzbl. des Allg. deutschen Gewerkschaftsbundes 30. Jg. 1920. S. 468—69.

Oberschlesiens Schicksal und die Juden Oberschlesiens. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 4. Jg. 1919. S. 483—486.

Oberschlesiens Schicksalsstunde. Breslau: Verb. heimattr. Oberschlesier. 1919. 24 S.

Das deutsche Schlesien. Sondernummer d. Beilage d. Münch. Neuesten Nachr. „Die Einkehr" 1. Jg. 1920. Nr. 39. S. 306—320. 4°.

Schlesien, ein Bekenntnisbuch, hrsg. v. Schles. Bund f. Heimatschutz. Breslau 1919. 75 S.

Seid auf der Hut Oberschlesier! Euer Recht verteidigt, wählt deutsch. Gleiwitz [1920]: Gutenbergverlag. 10 Bl. 4°.

Silesius: Der Zusammenbruch Polens. Ein Mahnruf i. letzt. Stunde z. Errettung Oberschlesiens. Rostock: Pythia-Verlag 1921. 15 S.

Siwik, Bronisław: Die deutsche Wahrheit über die Sozialversicherungen in Polen. Kreuzburg 1920: Thielmann. 13 S. (Aus: Bibl. d. oberschles. Arbeiters.) Auch poln.: Gleiwitz 1920: Kwiatkowski.

Skrobotz, Bernh. Max: Oberschlesiens Kohle, ein Weltproblem. Kattowitz: Verband heimattr. Oberschles. [1921]. 14 S.

Sollen wir zu Deutschland oder Polen gehören? Mamy należeć do Niemczech albo do Polski? o. O. [1919]. 16 S.

Sołtys, Joachim: Górny Śląsk. Warszawa: Nakładem Komitetu Obrony Śląska 1920. 24 S.

So seht Ihr aus! Beuthen O.-S. [1920]: Kozlik 16 S. 2°.

Speil, Gerh.: Wem soll Oberschlesien gehören? Kommunismus und Volksabstimmung. Breslau: Schles. Buchdruckerei u. Verlags- Ges. [1921]. 16 S.

Die Sprache der evang. Oberschlesier. Der Evang. Bote, Kreuzburg O.-S. 1. Jg. 1920. Nr. 33.

Die deutschen und polnischen Staatsfinanzen. o. O. [1920]. 8 S.

Die Steuern in einem polnischen Oberschlesien. Kattowitz [1920]: Volkswille. 16 S.

Sujkowski, Anton: Co Śląsk zyska na przyłączeniu do Polski [Was Schlesien durch den Anschluß an Polen gewinnt]. Częstochowa 1919: Wilkoszewski 20 S. u. Mikołów [Nikolai O.-S.] 1920: Miarka. 16 S. Wydawnictwo komiteta Obrony Śląska Nr. 5 (Veröffentl. d. Komitees zur Verteidigung Schlesiens) — auch deutsch.

Tafel, Wilhelm: Oberschlesien des Reiches größter, Schlesiens einziger Schatz. Breslau [ca. 1919]: Betensted & Winter. 10 S.

Truth and right in Upper Silesia. [Wahrheit und Recht in Oberschlesien.] o. O. [1920]. 8 S.

Twardy: Dobrobyt Śląska zależy od Polski [Der Wohlstand Schlesiens hängt von Polen ab]. Mikołów [Nikolai O.-S.]: Miarka. 1920. 15 S. Komitet zjednoczenia Górnego Śląska z rzecząpospolitą Polską [Komitee zur Vereinig. Oberschlesiens mit Polen].

Upadek gospodarczy niemiec. Niemcom grozi wieczysty głód [Deutschlands wirtschaftlicher Zusammenbruch. Den Deutschen droht ewiger Hunger.] Gliwice [Gleiwitz] 1920: Kwiatkowski. 16 S.
Die landwirtschaftlichen Verhältnisse in Polen und in Deutschland. Kattowitz [1920]: Volkswille. 8 S.
Die nationalen Verhältnisse im deutsch-polnischen Grenzgebiet. Berlin 1919. 21 S.
Die sozialen Verhältnisse in Deutschland und in Polen. o. O. [1920]. 8 S.
Die Verkehrsverhältnisse in Polen und in Deutschland. Kattowitz [1920]: Volkswille. 8 S.
Oberschlesischer Volkskalender. Kattowitz 1921. 48 S.
Das Volksschulwesen in Deutschland und in Polen. o. O. [1920]. 4 S.
Voß: Die oberschles. Frage und die evang. Kirche. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 4. Jg. 1919. S. 480—483.
Walka z językiem polskim w szkole i w kościele [Der Kampf gegen die poln. Sprache in Schule u. Kirche] [Gleiwitz 1920]. Jak prześladowali Prusacy polski lud gornóślązki? Heft 1.
Wasiutynski, Bohdan: Ślązko, Ślązko — Wracaj że do Polski [Schlesien, Schlesien — kehre zu Polen zurück]. Warschau, Selbstverl. 1920. 12 S. Komitet Zjednoczenia Górnego Śląska z rzeczpospolitą Polską [Komitee zur Vereinigung Oberschles. mit Polen].
v. Welser, Friedrich: Oberschlesien — Wojewodschaft oder deutsches Land? Die Deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 29—35.
Wenger, Johannes: Deutsche Gedichte im Abstimmungskampfe um Oberschlesien gegen Groß-Polen. o. O. 1922. 48 S.
Westfalewiczówna, Marya: Ratujmy Śląsk (Retten wir Schlesien), Poezye aktualne. Kraków 1919: Drukarnia mieszczańska. 8 S.
Widomski, Stanisław: Die Lebensbedingungen Oberschlesiens. Kattowitz 1921. 30 S.
— Złączenie Górnego Śląska z Polską jako warunek dobrobytu Górnego Śląska. [Die Vereinig. Oberschles. mit Polen als Beding. f. d. Wohlstand Oberschles.] Warszaws 1920: Drukarn.-Polska. 16 S.
Wie Polen Oberschlesien an sich reißen will! Enthüllungen einer groß-poln. Verschwörung in Oberschlesien. Breslau 1920: Graß. 15 S. Deutsch u. poln.
Wie sieht die polnische Autonomie aus? o. O. [1920]. 8 S. Auch poln.
Wießner, Fr.: Oberschlesiens wirtschaftliche Bedeutung. Die Deutsche Nation 3. Jg. 1921. S. 82—87.
Wie wird es in Oberschlesien aussehen, 5 bis 6 Wochen nach der Uebernahme durch Polen. o. O. [1920]. 8 S.
Polnische Wirtschaft. o. O. [1921]. 2 Bl.
Wo droht dem evangelischen Glauben Gefahr? Von einem evang. Oberschlesier. o. O. [1920]. 7 S.
Zeitung. Sondernummer d. Schles. Zeitung vom 10. März 1921 zur Abstimmung in Oberschlesien. Breslau: Korn 1921. 20 S. u. 3 Bll. 2°.
Die Zukunft der oberschlesischen Industrie beim Anschluß an Polen und beim Verbleiben bei Deutschland. o. O. [1920]. 8 S.
Zwalczanie Oświaty [Die Unterdrückung der Aufklärung]. [Gleiwitz, 1920]. — Jak prześladowali Prusacy polski lud górnoślązki? Heft 2.

VI. Die Abstimmung.

Abstimmungsgebiet Oberschlesien, hrsg. v. d. kartogr. Abtlg. d. preuß. Landesaufnahme i. Auftr. d. Deutschen Schutzbundes f. d. Grenz- u. Auslandsdeutschen. Berlin 1919. 1 : 300 000.
Darstellung des Ergebnisses der Volksabstimmung in Oberschlesien. [Große Sektorenkarte.] Karte d. Deutschen Reichs, 1 : 100 000.
Kartographische Darstellung der Abstimmungsergebnisse von Oberschlesien, hrsg. i. Auftr. d. Ausw. Amts von der Plankammer d. Preuß. Landesamts. [Quadratenkarte.] Berlin 1921. 6 Bll. 1 : 100 000.

Karte des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien vom 20. März 1921, hrsg. v. d. kartogr. Abt. d. preuß. Landesaufn. [Kleine Sektorenkarte.] Berlin: Eisenschmidt 1921. 1 : 200 000.

Abstimmungsgebiet Oberschlesien, Akte poln. Wahlbeeinflussung. [Terrorkarte.] Hrsg. v. Pressedienst für O.-S. Berlin: Geaverlag 1921. 1 : 250 000.

Karte des Abstimmungsergebnisses in Oberschlesien, hrsg. v. d. preuß. Landesaufn. Berlin 1921. 1 : 300 000.

Abstimmung in Oberschlesien. Mitteilungen d. Handelskammer zu Berlin 19. Jg. 1921. S. 38.

Volksabstimmung und Geschäftsverkehr mit Oberschlesien. Mitteilungen d. Handelskammer zu Berlin 18. Jg. 1920. S. 250.

Nach der Abstimmung in Oberschlesien. Allgem. Zeitung, München 1921. Nr. 97.

Der Abstimmungskampf in Oberschlesien. Berlin-Steglitz: Zentral-Europäischer Verlag 1921. 41. S.

Abstimmungskundgebung in Breslau, den 6. März 1921. Bezirksnachrichten d. Vereinigt. Verbände heimattr. Oberschlesier, Bez. Breslau f. d. Kreise Neumarkt, Breslau u. Ohlau. Breslau 1. Jg. Nr. 15. Sondernummer. 8 S.

Abus plébiscitaires. Nikolai O.-S.: Miarka [1921]. 158 S. 4°.

Aeußerung des Plebiszitkommissariats für Deutschland zu dem von der Interalliierten Kommission in Oppeln veröffentlichten Abstimmungsreglement. Kattowitz (1921): Böhm. 11 S. 4°.

Aeußerung des Plebiszitkommissariats für Deutschland über die Praxis der Abstimmungsvorbereitungen. Kattowitz (1921): Volkswille. 4 S. 4°.

Auszug aus den vom Deutschen Schutzbund Berlin herausgegebenen Richtlinien (1. 4. 1920), bearb. v. d. Vereinigten Verbänden heimattreuer Oberschlesier. Breslau [1920]: Schenkalowsky. 8 S.

An die deutschen Beisitzer in den Wahlbüros. Hrsg. von dem Plebiszitkommissariat f. Deutschland. Kattowitz: Böhm 1920.

Bemerkungen des Plebiszitkommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis. Nr. 1—5. (31. 3. 1921 bis 10. 4. 1921.) Nr. 1—4 Kattowitz. Nr. 5 o. O. 4°.

Brisch: Die Abstimmungspolizei. o. O. (1921). 27 S. 4°. — Bemerkungen d. Plebiszitkommissariats für Deutschland zum Abstimmungsergebnis Nr. 5. (10. April 1921.)

Der Einspruch der deutschen Regierung gegen die Vorschriften f. d. Abstimmung in Oberschlesien v. 30. Dez. 1920, nebst einer Zusammenstellung der deutschen Forderungen z. d. einzeln. Artikeln u. einer Denkschrift. Berlin 1921: Reichsdruckerei. 45 S. 4°.

Elster, Karl: Oberschlesien. Deutsche Juristenztg 26. Jg. 1921. Sp. 722—24.

Entwurf eines Reglements für die Volksabstimmung in Oberschlesien. Vorgelegt von d. poln. Plebiszitkommissariat. — Aeußerung d. Plebiszitkommissariats für Deutschland zu dem von d. poln. Plebiszitkommissariat aufgestellten . . . . Abstimmungsreglement. — Aeußerung d. Plebiszitkommissariats für Deutschland zu dem von d. poln. Plebiszitkommissariat verfaßten mémoire sur le prétendu droit au vote des personnes qui étant nées en Haut Silésie, habitent en dehors du territoire plébiscitaire. Berlin 1920: Reichsdr. 55 S. 4°.

Fritzsche, Thomas: Fallstricke. Eine Würdigung des Abstimmungsreglements für Oberschlesien. o. O. [1920]. 2 Bl.

Handbuch für die Abstimmung in Oberschlesien. Hrsg. v. d. Vereinigt. Verbänden heimattr. Oberschlesier. Juli 1920. Nebst Nachträgen vom 26. August u. 25. November 1920. Breslau 1920: Betensted u. Winter. 42 S.

Instruktion des polnischen Plebiszitkommissariats f. d. poln. Vertreter in den paritätischen Ausschüssen. o. O. o. J. 14 S.

Kunth: Die Aufgaben der Mitglieder der Paritätischen Ausschüsse nach den Vorschriften f. d. Abstimmung in Oberschlesien. o. O. [1921]. 2 Bl. kl. 8°.

Merkbüchel für die Abstimmung. Breslau [1921].

Müller, Theodor: Zur Abstimmung in Oberschlesien. Die Neue Zeit. Wochenschrift d. deutschen Sozialdemokratie. 39 Jg. I. 1921. S. 321—26.

— Zur Abstimmung in Oberschlesien. Die Neue Zeit 39. Jg. II. 1921. S. 6—9.

Note des deutschen Ausschusses für Oberschlesien an die Interalliierte Regierungs- u. Plebiszitkommission in Oppeln v. 27. Juli 1921. Breslau [1921]: Graß, Barth u. Co. 143 S. 4°.

Note der deutschen Regierung an die alliierten Regierungen vom 25. Sept. 1921 mit 5 Denkschriften als Anlagen. Berlin 1921: Reichsdr. 1 Bl. 34 u. 98 S. 4°.

Note über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Berlin (1921): Reichsdruckerei. 20 S. 4°. Anlagen 1—5. Anlage 1. Karte d. Abstimmungsergebnisses in Oberschl. 2. Wahlbeeinflussungen (gesondert 459 S.). 3. Die wirtsch. Beziehungen zwischen Oberschl. u. Deutschld. 4. Die wirtsch. Einheit Oberschlesiens. 5. Karte d. oberschl. Steinkohlenreviers u. d. angrenz. Steinkohlenbezirke Polens u. d. Tschechoslowakei.

Die Note der dt. Regierung zur Volksabstimmung. Die Ostmark 26. Jg. 1921. S. 45—47.

Richtlinien für die Vorbereitung der Reise der Abstimmungsberechtigten in die Abstimmungsgebiete. Hrsg. v. d. Deutsch. Schutzbunde. o. O. o. J. 48 S.

Amtliche Schriftstücke zur Abstimmung in Oberschlesien Dez. 1920 — Jan. 1921 nebst 34 Anl. zur Note 7 v. 7. 1. 1921 u. zur Note 8 v. 9. 1. 1921. Berlin 1921: Reichsdruckerei. 59 S. 4°.

Silbergleit: Epilog zur Abstimmung. Die Räder, Berlin, 2. Jg. 1921. S. 177.

Silesius: Abstimmung in Oberschlesien. Allg. Rundschau, München, 18. Jg. 1921. S. 197—198.

Die Unfeilbarkeit Oberschlesiens. Kattowitz (1921): Böhm. 13 S. 4°. Bemerkungen d. Plebiszitkommissariats f. Deutschland zum Abstimmungsergebnis. Nr. 4. (7. 4. 1921.)

Zur Volksabstimmung in Oberschlesien. Die Ostmark 25. Jg. 1920. S. 57—58.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien. Allg. Zeitung d. Judentums. 85. Jg. 1921. S. 51.

Die Volksabstimmung um Oberschlesien. Die Ostmark 26. Jg. 1921. S. 32—33.

Die Volksentscheidung in Oberschlesien. Korrespondenzbl. des Allg. Dt. Gewerkschaftsbundes 31. Jg. 1921. S. 169—170.

Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien. Verordnung der Interalliierten Kommission. Kattowitz 1920; 1. Teil v. 30. 12. 1920. — Breslau 1921; 2. Teil v. 23. 2. 1921.

Vorschriften f. d. Abstimmung in Oberschlesien. Kattowitz [1921]. 15 S.

Wagner, Gerhard: Die Ziele der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier. In: Oberschlesischer Heimatkalender 1923. Hrsg. v. d. Vereinigt. Verb. heimattr. Oberschles. E. V. Bearb. v. B. Groß. Breslau: Vereinigt. Verb. heimattr. Oberschlesier (1922). S. 66—70.

Wahlbeeinflussungen. Eine kleine Auswahl von Drohbriefen u. sonstigen Dokumenten. Berlin [1921]: Reichsdr. 39 S. 4°. — Auch engl. u. frz.

Polnische Wahlbeeinflussungen in Oberschlesien. II. Bd. Nachtrag zu Anl. 2 zur Note über die Volksabstimmung in Oberschlesien. Berlin 1921: Reichsdr. 328 S. 4°.

Die oberschlesischen Wahlen. Die Ostmark 27. Jg. 1922. S. 81—82.

Wasruk, E.: Die 3 Abstimmungspläne Korfantys. Deutsche Politik. 6. Jg. I. 1921. S. 33—37.

Włoszczewski, Stefan: Komitet obrony Śląska Książeczka plebiscytowa Górnego Śląska [Komitee zur Verteidigung Schlesiens. Oberschles. Abstimmungsbüchlein]. — Warszawa: Kwiecień (April) 1920. 23 S.

Zusammenstellung der von dem Plebiszit-Kommissariat f. Deutschland an die Interalliierte Kommission zu Oppeln vom 8. bis einschl. 19. März 1921 gerichteten Telegramme über poln. Terrorakte. Kattowitz 1921: Böhm. 14 S. 4°.

VII. Die Lösung der oberschlesischen Frage.

Deutsch-polnisches Abkommen über Oberschlesien. Mitteilungen der Handelskammer zu Berlin 20. Jg. 1922. S. 242—44.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom 15. Mai 1922. Gleiwitz: Oberschles. Volksstimme [1922]. 2°. Sonderbeilage der Volksstimme.

Provinzielle Auseinandersetzung mit Oberschlesien. Schles. Zeitung. 578 u. 580 — 11. u. 12. Dez. 1923.

Die wirtschaftlichen Bestimmungen der Ententenote vom 20. 10. 1921. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 495—500.

Bronk, Joh., u. Mallachow, Rolf: Führer nach Polnisch-Oberschlesien. Nach dem deutsch-polnischen Abkommen dargest. Gleiwitz: Heimatverlag 1922. 92 S. 16°.

Büttner: Das Schicksal Oberschlesiens. Niederschlesien 2. Jg. 1922. S. 228.

Dahrmann, Gustav: Aus dem zukünftigen Polnisch-Oberschlesien. Bericht. Volksbücherei in Oberschlesien 14. Jg. 1922. S. 9—12.

Damaschke, Adolf: Was lehrt der Kampf um Oberschlesien. Bodenreform 32. Jg. 1921. S. 101—10.

— Arbeiten und Hoffen der deutschen Bodenreformer. 1. Oberschlesien. Bodenreform 32. Jg. 1921. S. 277—79.

Dietrich, Bruno: Die Folgen der Teilung Oberschlesiens für die oberschlesische Industrie. Mitteil. d. technisch-wissenschaftl. Vereine Schlesiens. 1922. Nr. 1.

Dombrowski, Erich: Oberschlesien als internationales Problem. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 418—419.

— Oberschlesien zerrissen und doch eins! Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 493—495.

Die Entscheidung über Oberschlesien. Korrespondenzbl. d. Allg. Dt. Gewerkschaftsbundes 31. Jg. 1921. S. 621—23.

Entwurf eines Gesetzes zur Ueberleitung des Rechtszustandes in Oberschlesien. Berlin: Heymann 1922. 4°. — Entwürfe d. Dt. Reichstages 1922. Nr. 13.

Entwurf eines Gesetzes, betr. Vereinbarungen der Deutschen Regierung und der Polnischen Regierung mit der Interalliierten Regierungs- u. Plebiszit-Kommission für Oberschlesien über gewisse Fragen der Rechtsüberleitung im oberschlesischen Abstimmungsgebiete. Berlin: Heymann 1922. 12 S. 4°. — Entwürfe d. Dt. Reichstages 1922 Nr. 60.

Entwurf eines Gesetzes über die Erklärung der Deutschen Regierung und der Polnischen Regierung zu dem am 15. Mai 1922 in Genf geschlossenen deutsch-poln. Abkommen über Oberschlesien. Berlin: Heymann 1922. 2 S. 4°. — Entwürfe d. Dt. Reichstages 1922. Nr. 61.

Entwurf eines Gesetzes, betr. das Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Republik Polen über Erleichterung des Grenzverkehrs (dt.-poln. Grenzabkommen). Berlin: Heymann 1922. 14 S. 4°. — Entwürfe des Dt. Reichstages 1922. Nr. 62.

Entwurf eines Gesetzes, betr. das deutsch-polnische Abkommen über das berg- u. hüttenfiskalische Eigentum in dem poln. werdenden Teile Oberschlesiens, vom 15. Mai 1922. Berlin: Heymann 1922. 8 S. 4°. — Entwürfe des Dt. Reichstages 1922. Nr. 63.

Feder, Ernst: Oberschlesien vor dem Völkerbund. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 429—434.

Führer durch das deutsch-poln. Wirtschaftsabkommen vom 15. 5. 22. Hrsg. vom Dt.-Oberschl. Volksbund f. Poln.-Schles. zur Wahrung d. Minderheitsrechte. Kattowitz: Katt. Buchdruckerei- u. Verl.-A.-G. 1922.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland. Hrsg. v. Ausw. Amte. Berlin 1921: Reichsdr. 15 S. 4°.

Gothein, Georg: Die Handelsaussichten des oberschlesischen Industriedistriktes mit Polen. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 419—424.

Handbuch des Deutschtums in Poln.-Oberschlesien. Eine Sammlung der im Abtretungsgebiete geltenden Grundgesetze f. die nationale Minderheit, hrsg. v. Dt.-Oberschl. Volksbund f. Poln.-Schles. zur Wahrung der Minderheitsrechte. Kattowitz: Katt. Buchdruckerei- u. Verlags-A.-G. 1922. VI, 305 S. 4°. Mit 1 Karte.

Oberschlesischer Heimatkalender 1923. Hrsg. v. d. Vereinigt. Verb. heimattr. Oberschlesier. Bearb. von Bruno Groß. Breslau 1922. 231 S.

Herschel: Das autonome Oberschlesien. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 434—439.

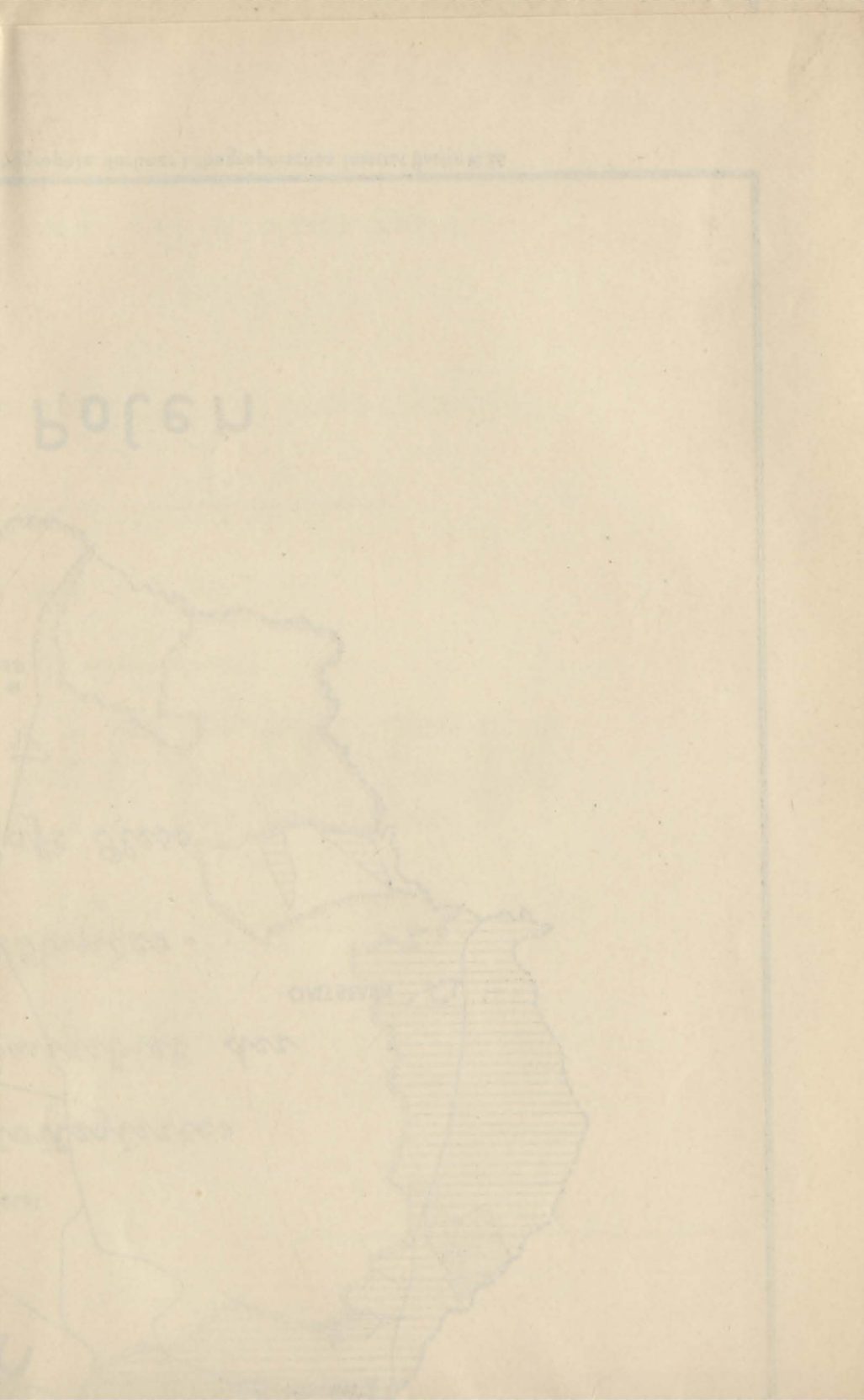
Hussong, F.: Der Sieg in Oberschlesien. Die Woche 1921. S. 290—91.

Karte der neuen Grenze in Oberschlesien. Hrsg. v. Reichsamt der Landesaufnahme. Berlin 1922: Eisenschmidt. 1 : 300 000.

Kasperski, K.: Przejsciowy ustrój celny dla obu części Śląska Górnego [Uebergangszolltarif f. beide Teile Oberschlesiens]. Przegląd gospodarczy 3. Jg. 1922 S. 6-7.
Kern, Fritz: Reaktion auf Oberschlesien. Die Grenzboten 80 Jg. IV. 1921. S. 97 bis 100.
Kleiner, Fritz: Der Fluch der Weltdemokratie. Die Tragödie Oberschlesien. Breslau: W. John 1922. 48 S.
Knötel, Paul: Schlesien unteilbar, deutsch, preußisch! Hannover u. Leipzig: E. Letsch 1922. 44 S. — Deutscher Michel, wach auf! Heft 2.
Kowoll, Johann: Die oberschlesische Frage und die Gewerkschaften. Süddt. Monatshefte 1921 . Sept. S. 393—396.
Kraus, H.: Oberschlesien in juristischem Lichte. Ein Appell an das Recht in zwölfter Stunde. Deutsche Juristenztg. 26. Jg. 1921. Sp. 650—657.
— Die deutsche Rechtsverwahrung gegen die oberschles. Entscheidung und ihre rechtliche Bedeutung. Deutsche Juristenztg. 26. Jg. 1921. Sp. 773—778.
Kurpiun, Robert: Entrissenes Land. Bilder aus Oberschlesien. Gleiwitz: Heimatverlag Oberschlesien 1922.
Lewald: Das deutsch-poln. Abkommen über Oberschlesien. Der Heimatdienst 2. Jg. 1922. Nr. 11/12.
Lloyd George, Polen u. Oberschlesien. Allgem. Zeitung, München. 1921. Nr. 189.
Loebner: Die Folgen der Teilung des oberschlesischen Industriebezirks. Aus Oberschlesiens Verg. u. Gegenw. Heft 2. 1922. S. 47—56. u. Der Oberschles. 4. Jg. 1922. S. 216—217.
Löffler, Heinr.: Um Oberschlesien. Eine kritische Betrachtung der Entscheidung des Völkerbundrates. Berlin: Verlagsges. d. Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes 1922. 51 S.
Die Lösung der oberschlesischen Frage. Bericht der vom internationalen Gewerkschaftsbund nach Oberschlesien entsandten Delegation (Juni 1921). Amsterdam 1921. 25 S. 4°. — Auch frz.
Lukaschek, Hans: Oberschlesien, ein soziales Problem. Süddt. Monatshefte. 1921 Sept. S. 387—393.
Mannhart, Hans: Ein amerikanischer Wahrheitszeuge für Oberschlesien (Osborne). Deutsche Politik 6. Jg. I. 1921. S. 250—255.
— Um Oberschlesiens Einheit. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 757—762.
Meridies, Wilhelm: Neue Wege zur Lösung der oberschles. Frage. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 898—902.
Müller, Aug.: La question de la Haute-Silésie au point de vue polonais. Berlin: Litfaß Erben 1921. 32 S.
Müller, Theodor: Das unteilbare Oberschlesien. Die neue Zeit 39. Jg. II. 1921. S. 49—52.
Nieborowski, Paul: Schlesiens Einheit, der Rettungsweg für Oberschlesien. Neue Gedanken zur oberschles. Frage. Breslau (1922). 36 S.
Note der Alliierten, betr. die Teilungslinie und die Wirtschaftsbedingungen zwischen Deutschland und Polen, vom 20. Okt. 1921. Berlin (1921): Reichsdruckerei. 4°.
Note der Botschafterkonferenz über die oberschles. Entscheidung vom 20. 10. 21. Berlin 1921: Reichsdr. 12 S.
Für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien. Oeffentliche Protest-Versammlung in Berlin am 15. Juli 1921. Berlin: Zentralverlag 1921. 32 S.
Oberschlesien. Blätter f. Gesetzeskunde, Berlin, 4. Jg. 1922. Nr. 6 (Sonderheft). 584 S.
Oberschlesien im Genfer Vertrag. Allg. Bestimmungen u. Liquidationsrecht. Breslau: Verl. d. Schles. Ztg. 1922. 12 S.
Oberschlesien nach der Teilung. Bearb. v. Preuß. Stat. Landesamt. Berlin 1922: Statist. Landesamt. 19 S.
Ost-Oberschlesien. Die Ostmark 27. Jg. 1922. S. 66—67.
West-Oberschlesien. Die Ostmark 27. Jg. 1922. S. 67—68.
Okonsky, Karl: Die oberschles. Autonomiefrage und die Sozialdemokratie. Rede. Kattowitz O.-S.: Volkswille 1922. 15 S.
Partsch, Josef: Oberschlesien unteilbar. Deutsche Allg. Ztg. 1921. Nr. 366 u. 368.
— Oberschlesiens Schicksal. Die Westmark 1. Jg. 1921. Nr. 12.

Pohlmann, Alexander: Deutsche Arbeit und deutscher Aufbau der oberschles. Städte. Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 425—429.
Procès-Verbal de la session extraordinaire du conseil de la société des nations, consacrée à la question de Haute-Silésie. Genève 12. 10. 1921. (Lausanne 1921.) 24 S. 4°.
Protestversammlung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens am Sonntag den 22. 5. 21 im Saale d. Phil. in Berlin. Einber. v. Allg. Dt. Gewerkschaftsbund. Berlin: Zentralverlag (1921). 30 S. — Auch engl.
Quaatz, R.: Hört die Stimme der Gerechtigkeit und der Vernunft. Oberschlesien und mitteleurop. Wirtschaft. Wirtschaftl. Nachrichten aus d. Ruhrbezirk, Essen, 2. Jg. 1921. S. 443—46.
Question de la Haute-Silésie. Décision de la conférence des ambassadeurs. Société des nations. Genève 29. 10. 21. 7 S. 4°.
Ramin: Versailler Unrecht an Oberschlesien. Wirtschaftl. Nachrichten aus dem Ruhrbezirk, Essen, 2. Jg. 1921. S. 19.
Rothbarth, Marg.: Die Entscheidung der Pariser Friedenskonferenz über Oberschlesien. Wirtschaftspolitische Rundschau d. Preuß. Jahrbb. 1. Jg. 1922. Heft 2/3.
Die Rückgabe des Kreises Kreuzburg an das Dt. Reich am 19. 6. 1922. „In Treue vereint". Kreuzburg 1922. 15 S. 4°.
Rusker, Udo: Staatsangehörigkeit und Minoritätenschutz in Oberschlesien. Berlin: Verlag f. Politik u. Wirtschaft 1922. 136 S. — Das Recht der deutschen Grenzgebiete. Nr. 5.
Schiffer: Oberschlesien nach der Neureglung. Niederschlesien 2. Jg. 1922. S. 285—287 und Der Heimatdienst 2. Jg. 1922. Nr. 11/12.
Schotte, Walther: Oberschlesien! Preuß. Jahrbücher 183. Bd. 1921. S. 417—428.
Sontag, Ernst: Das Genfer Diktat über Oberschlesien. Bankarchiv, Zeitschrift f. Bank- und Börsenwesen 21. Jg. 1921/1922. Nr. 3. S. 45—49.
Stahlberg, Walter: Die „Linien" in Oberschlesien. Tägl. Rundschau Nr. 332/333 v. 19.—20. Juli 1921.
— Das Kartenspiel um Oberschlesien. Die Grenzboten 80. Jg. III, 1921. S. 6—27.
Die oberschlesische Tragödie. Kritische Beiträge zu Deutschlands Kampf um Oberschlesien. Breslau: Bresl. Neueste Nachr. [1922]. 42 S. 8°.
Treuherz, Walter: Die Zukunft Oberschlesiens. Deutsche Politik 6. Jg. 1921. S. 322—327.
Urbanek, Kurt: Das Unrecht von Genf. Gleiwitz: Oberschles. Volksstimme v. 22. November 1921.
Volz, Wilhelm: Oberschlesien und die Genfer Entscheidung. Wirtschaftspolitische Rundschau der Preuß. Jahrbb. 1. Jg. 1922. Heft 1 u. 6/7.
— Und Oberschlesien . . .? Deutsche Rundschau. 191. Bd. 1922. S. 49—56.
— Der 3. September 1922 und der 20. März 1921 ein lehrreicher Vergleich. Schles. Ztg. Sept. 1922.
— Oberschlesien und die oberschles. Frage. Breslau: Marcus 1922. 76 S. 4°. — Veröffentl. d. Schles. Ges. f. Erdkunde. Heft 1.
— Gibt es eine oberschlesische Frage? Oberschlesischer Heimatkalender 1923. Breslau: Vereinigte Verb. heimattr. Oberschles. (1922). S. 155—172.
— Der Raub an Oberschlesien. Der Ruf in die Welt, Leipzig. 1922. Märzheft.
Werner: Verwaltung und Finanzen eines autonomistischen Bundesstaates Deutsch-Oberschlesien. Breslau 1922. 39 S.
Weyrich, Karl: Unser Rechtsgefühl. Zum Genfer Machtspruch über Oberschlesien. Christl. Welt 35 Jg. 1921. Sp. 910—12.
Wirth, [Reichskanzler]: Oberschlesien — unsere größte Sorge! Europ. Staats- u. Wirtschaftsztg. 6. Jg. 1921. S. 417—418.
Die Zukunft des deutschen Volkstums in Polnisch-Oberschlesien. Kattowitz: Verl. d. Kattow. Ztg. 1922. 16 S. 4°.

Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung", A.-G., Berlin SW 11.



Osteuropa-Institut : Oberschlesien und der Genfer Schiedsspruch